

# Störenfried Böll S.45


# Arbeiterkampf

Jg. 15, Nr. 261, 28. 8. 85 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E




## Nelson Mandela: *Wir wollen nicht nur Reformen, wir Schwarzen wollen die Macht*

„Zu wenig, zu spät!" dies war der einhellige internationale Kommentar zur Rede von Präsident Botha. Auf keine der von den Schwarzen und ihren politischen Organisationen gestellten Forderungen ging er ein, stattdessen hatte er nur erneut die Botschaft, bei Aufgabe der weißen Rassistenherrschaft würde Südafrika in „Chaos und Armut" untergehen. Schon am Abend der Rede wurde deutlich, daß sich kein politischer Führer der Schwarzen finden würde, selbst die bisher zur Zusammenarbeit bereiten nicht, der der Regierung nach dieser Rede noch einen „Reformwillen" bescheinigen würde. Richtungsweisend für die Haltung der schwarzen Bevölkerung war die Anwort von Nelson Mandela, jetzt sei selbst die Zeit für Gespräche vorbei, jetzt könne es nur noch um die Machtübergabe an die Schwarzen gehen. Enttäuschung und gespielte Enttäuschung bei den westlichen Regierungen. Alles Drängen und „gutes Zureden" konte das Rassistenregime nicht zu einem „Dialog" mit den politischen Organisationen der Schwarzen bewegen, um so den Konflikt in Südafrika zu entschärfen. Nun stehen die Westmächte vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Südafrikapolitik: Ihr Partner, das weiße Rassistenregime, kann zwar die Herrschaft noch mit unerbittlichem Terror aufrecht erhalten, aber alle Anzeichen sprechen dafür, daß bei einem Festhalten an diesem Kurs der Bürgerkrieg unvermeidlich ist, und im imperialistischen Lager geht die Befürchtung um, daß dies auch das Ende eines absolut prowestlichen und proimperialistischen Südafrikas sein könnte.

Fortsetzung Seite 4

## Hiroshima 6. August 1945

# 40 Jahre Atombombe

***„Als Messeoffizier Charles Perry um 10.30 hörte, daß der Schlag erfolgreich war, wandte er sich an seine Köche und rief: ‚Die Party geht los!'. Die Küchenräume der 509ten wurden das Zentrum der Aktivitäten von Charles Perry zur Vorbereitung der Feier für die Heimkehr der Sieger. Seine Leute bereiteten Hunderte von Pasteten für einen Freß-Wettbewerb, stellten Riesenmengen Bier und Limonade kalt, produzierten Tausende von hot dogs, schnitten Fleisch und Salami für sandwiches, mischten Kartoffel- und Obstsalate."***

**Vier Flaschen Freibier ohne Rationskarten für jeden wurden spendiert. Es gab hot music, einen jitter bug Wettbewerb und abends einen Film mit Sonja Henie und Michael O'Shea. Rat an die Partygäste auf dem Einladungszettel: *„Zieht euch alte Klamotten an!"*.**

Schauplatz der Party war die Pazifikinsel Tinian. Anlaß der Freude war die Premiere einer völlig neuen Bombe, die um 8.16 am Morgen des 6.August 1945 präzis ins Zentrum der japanischen Stadt Hiroschima abgeworfen worden war. Seit September 1944 war die nur zu diesem Zweck gebildete Spezialeinheit, die 509th Composite Group, perfekt auf ihre Aufgabe vorbereitet worden. Zuerst auf einem Luftwaffenstützpunkt im US-Staat Utah, dann mit einem vierwöchigen Spezialtraining auf Kuba, und seit Anfang Juli 1945 befanden sich die Bombercrews mit ihren B-29 auf Tinian. Hier war seit der Einnahme durch US-Truppen im August 1944 der größte Stützpunkt für die Bombardierung Japans aufgebaut worden. Von Tinian aus startete am 9.August 1945 erneut eine Gruppe von B-29, um die zweite Atombombe auf eine japanische Stadt zu werfen. Es traf die Bevölkerung von Nagasaki, weil das erste Ziel auf der Liste, die Stadt Kokura, unter dichten Schlechtwetter-Wolken lag. Damit war der Vorrat an einsatzbereiten Atombomben erschöpft. Eine dritte Bombe hätte erst Ende August oder Anfang September zur Verfügung gestanden. Auf der Liste möglicher Ziele befanden sich noch die Städte Kokura und Niigata. Aber auch ein Abwurf über Tokio war in der Diskussion. Am 14.August kapitulierte Japan.

1939 begannen in den USA unter größter Geheimhaltung die Arbeiten an der Entwicklung der Atombombe. Begründet mit der Furcht eines deutschen Vorsprungs auf diesem Gebiet. Bereits 1942 war es das Ziel der USA, die Bombe schnellstmöglich zu produzieren und militärisch einzusetzen. Als sie im August 1945 in Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurde, hatte sich das militärische Ziel allerdings verschoben. Deutschland war geschlagen, Japans Niederlage zu diesem Zeitpunkt offenkundig.

Der Autor unseres Artikels begründet und entwickelt seine These, daß zu diesem Zeitpunkt das Trachten der US-Regierung bereits darauf gerichtet war, über eine qualitativ völlig neue Waffe zu verfügen, die den USA entscheidende militärische und politische Vorteile gegenüber der Sowjetunion als neuem Hauptkonkurrenten sichern sollte.

Fortsetzung auf Seite 7

## Vor den DGB-Herbstaktionen:

## Vor den DGB-Herbstaktionen:

# Der »Soziale Trialog«

**Als der DGB-Bundesvorstand am 4. Juni beschloß, im Herbst eine Aktionswoche unter dem Motto *„Schluß mit der Politik für wenige. Arbeit für alle — Mitbestimmung — soziale Gerechtigkeit"* durchzuführen, schienen die Beziehungen Gewerkschaften/Bundesregierung auf dem Tiefpunkt. Überraschend endete dann das Spitzengespräch der DGB-Führung mit der Bundesregierung am 23. Juli mit einer Annäherung: *„In der gemeinsamen Überzeugung, daß die Erreichung von mehr Beschäftigung und Abbau der Arbeitslosigkeit zentrale politische Aufgaben sind, kamen Bundesregierung und DGB überein, mit den Arbeitgebern zusammenzukommen"*, hieß es im gemeinsamen Kommunique (DGB-Informationsdienst, 25.7.85). Der Termin, 5. September, liegt knapp sechs Wochen vor der Aktionswoche vom 14. - 20. Oktober. Der neue „Soziale Trialog" („Welt der Arbeit", 15.8.) war geboren. Aber was soll er bringen?**

### Die Wende in der Sozialpolitik und beim Schutz der Arbeitenden

Eine Übergangsbedingung für den Koalitionswechsel zur CDU erfüllte die FDP im September 1982, als der damalige sozialliberale Wirtschaftsminister Lambsdorff seine wirtschaftsliberalen Vorstellungen von „Konsolidierungspolitik" in einem Papier zusammenfaßte, das umfangreiche Forderungen nach verstärktem Sozialabbau, nach massiver Umverteilung zugunsten der Kapitalbesitzer und mehr unternehmerischer Freiheit erhob. Nur ein Teil von Lambsdorffs Vorstellungen fand sich allerdings in den Koalitionsvereinbarungen von CDU und FDP nach der „Wende" wieder. Zunächst einmal wollte die konservativ-wirtschaftsliberale Regierung die Neuwahlen abwarten, bevor sie mit einschneidenden Maßnahmen an die Bevölkerungsmehrheit ranging. Nach dem CDU/FDP-Wahlsieg vom März 1983 begann auch in der CDU die Diskussion um eine weitere Verschärfung des wirtschafts- und sozialpolitischen Kurses der Regierung. Den Auftakt machte der sozialpolitische Sprecher der CDU, Haimo George, im Juli 1983, der in seinen Vorstellungen zum Sozialabbau feststellte: *„Der Schlüssel für die Lösung der heutigen Probleme liegt in den Kosten — vor allem der Arbeit, damit also im Tarifsystem,. das aus der jetzigen (Besitzstands-)Erstarrung gelöst werden muß"*. Ende August legte Ernst Albrecht seine im Auftrage Kohl's erarbeiteten Thesen zur Arbeitslosigkeit vor, in denen er ebenfalls eine massive Umverteilung zugunsten der sozial Schwachen und vorrangig steuerliche Erleichterungen für die Unternehmen forderte.

Im Kern sind alle diese Vorstöße in eine ähnliche Richtung angelegt, sie sind aber bis heute nicht insgesamt Regierungsprogramm geworden, da zwischen den Regierungsparteien und innerhalb der CDU Meinungsverschiedenheiten über das Tempo des Abbaus sozialer Leistungen, des tariflichen Schutzes und der Rechte der Gewerkschaften bestehen. Dennoch kann sich die Bundesregierung mit einer Reihe von „Erfolgen" schmücken. In ihrer „Zwischenbilanz für die Sozialpolitik"

Fortsetzung auf Seite 2

**Demonstrationen gegen das südafrikanische Apartheid-Regime**

28. August: Hamburg, 17 Uhr Gerhart-Hauptmann-Platz mit Rednern von ANC, SWAPO, AAB

21. September: Zentrale Demonstration in Bonn.

## Aus dem Inhalt



**El Salvador**

Die Guerilla kann den Kampf nicht für sich ent-

Fortsetzung von Seite 1

legte die Bundesregierung Ende Juli eindrucksvolle Zahlen vor: 30 Milliarden DM habe der „Konsolidierungsbeitrag" von Leistungsempfängern und Beitragszahlern der Sozialversicherung in den Jahren 1983 und 1984 betragen, gegenüber 94 Milliarden DM Kürzungen bei den Sozialleistungen, die die sozialliberale Koalition von 1975 bis 1981 vorgenommen habe, heißt es in der Bilanz. Noch drastischer nehmen sich allerdings die Zahlen aus, die der DGB zur „neuen Armut" veröffentlichte. 211 Milliarden DM sind danach von 1982 bis 1985 durch Kürzung der Sozialleistungen (75 Mrd.), Erhöhungen der Sozialabgaben (59 Mrd.) und Steuererhöhungen (42 Mrd.) umgeschichtet worden. Die Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe sowie die Verringerung der Sozialhilfesätze gehören ebenso zu den „Erfolgen" dieser Politik, wie der Abbau von Arbeitsschutzrechten im Jugend- und Frauenarbeitsschutz, bei den Behinderten. Der große Wurf gelang allerdings mit dem am 1. Mai dieses Jahres in Kraft getretenen Beschäftigungsförderungsgesetz, das eine Vielzahl von Aufweichungen beim Arbeitsschutz ermöglicht, die befristeten Arbeitsverträge und Zeitarbeit fördert, den Kündigungsschutz und Sozialplanregelungen verschlechtert, sowie die Ausdehnung von Wochenend- und Nachtarbeit ermöglicht.

Dennoch ist Teilen des Kapitals die gesamte Entwicklung zu langsam. Charakteristisch hierfür die Äußerung von CDU-George, der bei Verabschiedung des „Beschäftigungsförderungsgesetzes" feststellte: *„Das waren allenfalls zwei Kilometer unseres Marathons, die restlichen 40 haben wir noch vor uns"*. Das Jahr 1985 sollte daher auch zum Jahr einer neuen Offensive werden.

Dabei wird nach bewährtem Muster arbeitsteilig vorgegangen: Die FDP oder Vertreter des CDU-Wirtschaftsrats machen weitgehende Vorschläge, die dann auf Kritik im Regierungslager stoßen — meist in Blüms Ministerium oder bei den CDU-Sozialausschüssen. Die Methode scheint dabei zu sein, zwei Schritte vorzudenken, damit einer nachgezogen werden kann. Ziele sind dabei einmal die Löhne. Zeitlich befristete Arbeitsverträge mit untertariflicher Bezahlung für Arbeitslose fordert Haussmann (FDP), Lambsdorff möchte generell die Begünstigung von Individualverträgen statt kollektiver Tarifverträge mit der Möglichkeit untertariflicher Bezahlung. 20 % weniger
Tarifverträge mit der Möglichkeit untertariflicher Bezahlung. 20 % weniger
Lohn bei Krankheit und Anrechnung der Urlaubstage bei mehr als zwei Wochen Krankheit fordert der (CDU-)Wirtschaftsprofessor Norbert Walter. 5 % Lohnkürzung bei allen Beschäftigten könnten zur Einstellung von einer Million Arbeitsloser führen, behauptet der Ex-BDI-Präsident Sohl. Und die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände schlägt den Gewerkschaften eine neue Lohnformel vor. Die Einberechnung des Produktivitätsfortschritts in die tariflichen Lohnerhöhungen sollte zukünftig nicht mehr auf der Basis der Beschäftigten, sondern aller Erwerbspersonen erfolgen, also auch der Arbeitslosen, um so den Lohn zu senken. Bei den Renten variiert Bangemann (FDP) seine Kürzungsforderung nach Einheitsrente unterhalb der Sozialhilfe, wobei „Leistungsstarke" durch beitragspflichtigen Zusatz oder private Zusatzrente sich freiwillig höher versichern können. In Wellen wird in immer neuen Varianten versucht, das Eis für eine Ausdehnung von Samstags- und Sonntagsarbeit zu brechen. Schließlich verbirgt sich hinter der schönklingenden Formulierung der Steuerreform die Entlastung der Unternehmenssteuern, die Senkung der Spitzensteuersätze und hinter dem Abbau steuerlicher Subventionen beispielsweise die Streichung der Essengeldzuschüsse. Selbst die CSU-Vorschläge nach Änderung der Arbeitslosenstatistik durch staatlich verordnete Kategorisierung „echter" Arbeitsloser — der „Alleinernährer" — und „unechter" „Zuverdiener" ist mehr als statistische Manipulation, sondern signalisieren, wo als nächstes mit Streichungen begonnen werden könnte.

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.500
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.
Einem Teil der Auflage liegt ein Aufruf der Hamburger Anti-Apartheids-Aktionseinheit bei.

# Vor den DGB-Herbstaktionen:
# Der »Soziale Trialog«

### Konservative in der Zwickmühle

Das Dilemma der Konservativen hierzulande ist zum einen, daß sie bei ihrem wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs in Konflikte mit der eigenen Klientel geraten, da die kapitalfreundliche Politik selbstverständlich auch einen großen Teil der CDU-Wähler trifft. Die Wahlergebnisse dieses Jahres in Hessen, Saarland und vor allem in NRW haben dies für sie schmerzlich deutlich gemacht. Der im Bundestagswahlkampf 1983 versprochene Aufschwung, nicht unmaßgeblich mitentscheidend für den CDU/FDP-Sieg, ist zwar gekommen, aber anders als versprochen. Die Demagogie des „Aufschwungs für alle" ist eben nur der Aufschwung für wenige Kapitalbesitzer geblieben, wie unschwer an der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Entwicklung ablesbar. Damit droht aber auch eine wichtige Bedingung der bisherigen Politik verlorenzugehen. Die Berufung auf einen Mehrheitskonsens bei der Verwirklichung eines zunehmenden Wirtschafts-
Mehrheitskonsens bei der Verwirklichung eines zunehmenden Wirtschafts-
liberalismus ist angeknackst, die in der bürgerlichen Demokratie notwendige Rücksichtnahme auf Wählerstimmungen gefährdet die Verwirklichung und die Verschärfung des Kurses. Die erwünschte innere Stabilität hierfür ist bei der CDU der Sorge um den Machterhalt gewichen. Die SPD ihrerseits hat diese Chance erkannt und ist in die Offensive gegangen.

Diese Veränderung der politischen Entwicklung dürfte auch die neuerlichen Auseinandersetzungen Regierung/Gewerkschaften maßgeblich beeinflußt haben. Sieben Spitzenbegegnungen DGB/Bundesregierung hat es seit der „Wende" gegeben, der Tiefpunkt war dabei das Jahr des Arbeitskampfs um die 35-Stunden-Woche, 1984, in dem es zu keinem Treffen kam. Die Bundesregierung hatte sich eindeutig gegen die gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung gestellt. Sie hatte zwar noch mit dem Vorruhestandsgesetz versucht, einen Teil der Gewerkschaften für ihre Politik einzunehmen, doch fehlte dieser Absicht der durchschlagende Erfolg. Bereits in dieser Auseinandersetzung hatte es Widersprüche im konservativen Lager gegeben, ob und wie weitgehend man auf eine Konfrontation mit den Gewerkschaften setzt.

### DGB in der Offensive?

Zweifelsohne können die Gewerkschaften der Bundesregierung heute aus gestärkter Position begegnen. Der Beschluß für die Herbstaktionen erfolgte kurz nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl und steht in engem Zusammenhang mit sozialdemokratischen Überlegungen, möglicherweise 1987 wieder an die Regierungsverantwortung zu kommen. Zwar betont die „Einheitsgewerkschaft" DGB landauf landab ihre parteipolitische Neutralität. DGB-Vorstandsmitglied Fehrenbach (CDU) hat dies bei der Vorstellung der Aktionswoche auf die Formel gebracht: *„Die Gewerkschaften wollen keine andere Regierung, aber sie wollen eine andere Politik"* (DGB-Nachrichtendienst, 5.6.85). Doch läßt sich die Hauptzielsetzung nicht immer verschweigen, etwa wenn sein Kollege Bleicher sagt: *„Dabei müsse insbesondere in das Bewußtsein der Arbeitnehmer die Tatsache gerückt werden, daß die Wählerstimmen eine scharfe Waffe gegen Sozialabbau und für eine neue Reformphase in der Politik sind"* und er diese ‚scharfe Waffe' bereits bei den Landtagswahlen in Niedersachsen zu erproben hofft (DGB-Nachrichtendienst, 3.7.85).

Mit der Ankündigung ihrer Aktionswoche haben die Gewerkschaften auch die Linke hierzulande auf Trab gebracht. Schon wird wieder die Morgenröte einer außerparlamentarischen Arbeiterbewegung gesichtet. Die DKP etwa rührt die Trommel einer Einheitsfront von Gewerkschaftern — Sozialdemokraten, Christen und Kommunisten — zum Sturz der Regierung. Auf ihrem jüngsten Plakat „Her mit Beschäftigungsprogrammen" stehen führende CDU/FDP-Politiker als Nein-Sager hierzu einsam gegen solche Ja-Sager wie Ernst Breit und Willy Brandt, den IG Chemie-Vorsitzenden Hermann Rappe und den DKP-Vorsitzenden Herbert Mies, ja sogar gegen den Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse Scharrenbroich. Doch sind die Gewerkschaften himmelweit von einer politischen Neuorientierung entfernt. Die Ankündigung der Aktionswoche und die Gespräche mit der Bundesregierung sind zwei Seiten der selben Politik, wenngleich beides gleichzeitig durchzuführen nicht immer einfach ist. Das Gesprächs-Kommunique vom 23. Juli zeugt davon, daß außer allgemeinstem Rumgelaber und der Feststellung, man habe in einer Reihe von Fragen Übereinstimmung gefunden sowie der „gemeinsamen Überzeugung" von der Dringlichkeit des Abbaus der Arbeitslosigkeit, absolut nichts für die Betroffenen zu erwarten ist. Gleichzeitig wird in den Gewerkschaften nach diesem Spitzengespräch eine „Entmotivierung" der Mitglieder registriert.

Der DGB-Vorsitzende Breit versucht in der jüngsten Ausgabe der „Gewerkschaftlichen Monatshefte" (8/85) eine politische Begründung für die Gespräche zu liefern, wohlwissend, daß dieser
schaftlichen Monatshefte" (8/85) eine politische Begründung für die Gespräche zu liefern, wohlwissend, daß dieser
Kurs im Gegensatz zu den krassen Tönen steht, die in Gewerkschaftszeitungen und Flugblättern derzeit gegen die Regierungspolitik angeschlagen werden. Bei den zurückliegenden Wahlen, so Breit, hätte die Bundesregierung *„eine so deutliche Lektion erteilt bekommen, daß sie nicht mehr sicher sein kann, die nächste Änderung ihrer Politik zu überstehen"*, so daß *„mancher Regierungspolitiker sich gezwungen sieht, über neue Wege aus der Krise nachzudenken"*. *„Auch für die Arbeitgeber gilt, daß sie — insbesondere durch den beschäftigungspolitisch erfolgreichen Kampf der Gewerkschaften für Arbeitszeitverkürzungen — in ihrer starren Ablehnung aller gewerkschaftlichen Argumente wankend geworden sind"*. Diese Schwächen im bürgerlichen Lager wolle der DGB nutzen: *„Die Gewerkschaften werden das Gespräch führen. Gleichzeitig werden sie alles tun, um eine Entmotivierung ihrer Mitglieder zu vermeiden und einer möglichen Hinhaltetaktik der Regierung zu begegnen"*. Eine geschickte Doppelstrategie? Immerhin könnte einer Entmotivierung dadurch vorgebeugt werden, daß das Dreiergespräch am 5. September sichtbar ergebnislos scheitert, der Spielraum für Zugeständnisse ist für Bundesregierung und Kapitalvertreter angesichts ihrer Vorhaben nicht besonders groß. Auf jeden Fall scheint die DGB-Spitze die Taktik zu verfolgen, ihre Politik für einen Regierungswechsel zur Sozialdemokratie 1987 nicht so weit zu treiben, daß die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der CDU-geführten Regierung gänzlich aufgegeben wird.

Die Priorität dürfte für den DGB eindeutig auf Regierungswechsel 1987 liegen. Insofern sind die Aufnahme der Arbeitslosenproblematik und die Wahl einer neuen Regierung eins, vermittelt sich doch für die maßgebenden DGB-Politiker eine andere Politik unmittelbar über eine SPD-geführte Regierung. In der Realität gewerkschaftlicher Politik spielen allerdings die Nichtarbeitenden so gut wie keine Rolle. Die mobilisierten Massen, Arbeitende und Nichtarbeitende, sind zu den Herbstaktionen aufgerufen, dürften wieder einmal die Rolle von Hilfstruppen für eine sozialdemokratisch geführte Reformregierung spielen. Allerdings ist diese Politik mit dem Risiko behaftet, daß heute nur von einem Trend in Richtung Wechsel gesprochen werden kann, dieser aber alles andere als sicher anzunehmen ist. Daher wird gleichzeitig davon auszugehen sein, daß die Spitzengespräche seitens des DGB mit allem Ernst in Richtung möglicher Kompromisse geführt werden. Es kommt nicht von ungefähr, daß der gewerkschaftliche Aufschrei sich nicht vornehmlich an sozialer Verarmung und Massenarbeitslosigkeit entzündet hat, sondern an den Fragen, die die Rolle der Gewerkschaften bei der Mitgestaltung im Staat, in den Betrieben und der Wahrnehmung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben berühren: der derzeit relativ unbedeutenden Änderungen am Betriebsverfassungsgesetz, der Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes § 116, damit der Einschränkung von Streikrecht und Tarifautonomie sowie den Plänen zur Änderung der Mitbestimmung. Letzteres berührt insbesondere den Nerv der Gewerkschaften, auch wenn die Debatte darum derzeit auf Sparflamme kocht. Auf der wissenschaftlichen Konferenz des DGB zur Mitbestimmung wies Breit darauf hin, daß in den montanmitbestimmten Betrieben der Stahlindustrie ab 1989 das derzeitige Gesetz ausläuft. *„Wir müssen mehr Mitbestimmung wieder zu einem der Hauptthemen der deutschen Innenpolitik machen — nur dann können wir dafür politische Mehrheiten gewinnen. Dazu müssen wir stärker als bisher an die unmittelbaren und konkreten Bedürfnisse unserer Mitglieder anknüpfen. Wir müssen deutlich sagen, daß wir ohne mehr Mitbestimmung* (Anm.: gemeint ist nicht die betriebliche, sondern die im Aufsichtsrat der Unternehmen) *die Probleme der Beschäftigung, der Arbeitsumwelt oder der Technologie-Gestaltung nicht so beeinflussen können, wie es notwendig ist"* („Welt der Arbeit", 28.3.85). Breit weiß natürlich, wie wenig populär diese Mitbestimmung ist, insbesondere nach den Skandalen um die Neue Heimat und die COOP. Führende FDP-Mitglieder haben bereits angekündigt, daß mit der FDP die Montanmitbestimmung nicht verlängert wird. Dies aber würde den DGB in seiner Rolle als Mitgestalter mehr treffen als alle anderen bisherigen Veränderungen.

Daher versucht sich der DGB mögliche Erosionen in der CDU (Sozialausschüsse) und Widersprüche im bürgerlichen Lager bezüglich der Einbeziehung der Gewerkschaften in den sozialen Konsens zunutze zu machen und spekuliert darauf, daß der kooperative Flügel des Kapitals angesichts des rapiden Vertrauensschwundes für die Bundesregierung seine Position verstärken wird. Bedingung dafür ist allerdings, daß der DGB seine konstruktive Haltung zum marktwirtschaftlichen System erneuert und dafür sorgt, daß das Klassenkampfgetöne der letzten Zeit nicht in überhandnehmende außerparlamentarische Aktivitäten einmündet.

Gerade darum geht aber auch das Bemühen maßgeblicher DGB-Führer in der letzten Zeit. Ernst Breit hat im oben zitierten Aufsatz als Kern der politischen Orientierung des DGB die Befürchtung formuliert, daß die derzeitige Politik *„letztlich den sozialstaatlichen Grundkonsens, an dem CDU-geführte Regierungen früherer Zeiten unbestreitbaren Anteil hatten, gefährdet"* ist.

Dieser Gedanke durchzieht die programmatischen Aussagen führender Gewerkschafter. Nicht mehr Klassenkampf, sondern Wiederherstellung des sozialen Friedens im Lande. Typisch dafür ist die gemeinsame Initiative der Vorsitzenden von DGB und DAG, des Vorsitzenden der Unternehmerverbände, des CDU-Landwirtschaftsministers sowie des Bischofs der nordelbischen Kirche in Schleswig-Holstein, die in einer bislang einmaligen Aktionen einen *„Gemeinsamen Vorstoß zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit/Abstriche von den eigenen Vorstellungen"* (abgedruckt in „Frankfurter Rundschau" — „FR", 31.7.85) ergriffen haben. *„Unsere Gesellschaft ist im ganzen reich und vital genug, um ein Arbeitslosigkeitsproblem auch in der vorhandenen Größenordnung lösen zu können. Die Ordnung, die sie sich gegeben hat, behindert nicht, sondern öffnet gerade den Weg zu den erforderlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Schritten"*, heißt es da zur Rettung der „sozialen Marktwirtschaft", die sich „hierbei neu bewähren" kann. Unstrittig ist dabei allerdings ein *„Lastenausgleich zwischen denen, die Kapital- oder Arbeitseinkommen haben und denen, die ohne Arbeit sind."*

Seine staatstragende und staatserhaltende Rolle hat der DGB am deutlichsten in der Auseinandersetzung um die Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes deutlich gemacht. Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung Sprecherausschüsse der Leitenden Angestellten gesetzlich verankern und die Minderheitenrechte kleiner Gruppen zu Lasten des DGB ändern (zwei Unterschriften reichen für die Einreichung einer eigenen Listen zu den Betriebsratswahlen, Minderheitengruppen sollen nach Verhältniswahl und nicht wie jetzt nach Mehrheitswahl an Betriebsratsfreistellungen und Ausschüssen beteiligt werden). Mit diesem Angriff auf das DGB-Monopol sieht der DGB *„den sozialen Frieden in den Betrieben und Verwaltungen"* gefährdet, ja er fürchtet gar um die *„politische und soziale Stabilität in unserer Gesellschaft"* (DGB-Stellungnahme, 22.5.85). Breit erwartet, daß durch leichteren Zugang *„kleiner extremer Gruppen"* zu den Betriebsräten *„die Abstimmung zwischen Unternehmensleitungen und Betriebsräten keineswegs erleichtert oder versachlicht werden"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" — „FAZ", 5.8.85). Wiederholt warnten DGB-Führer vor *„Rückkehr zu Weimarer Verhältnissen"*. NGG-Führer Döding warnte vor *„radikalen Grüppchen"* wie *„Alternative, Grüne und K-Gruppen"* („FAZ", 3.5.85). DGB-Vorständler Bleicher warf der CDU vor, sie *„besorge das Geschäft der Grünen"*, die hoffen, *„in den Gewerkschaften etwas ins Rutschen zu bringen"* („Welt der Arbeit", 13.12.84).

Kapitalistenvertreter unterstützen die DGB-Position. BDA-Präsident Esser und (Ex-)Gesamtmetall-Chef Thie-



1981: 50.000 Gewerkschafter in Hannover gegen Sozialabbau

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

le halten das Gesetz für überflüssig (Thiele: *,,Die Abwicklung* (Anm.: der Betriebsratsarbeit) *ist in der jetzigen Form gewährleistet''*, ,,FR'', 26.3.). Der Chemie-Arbeitgeberverband befürchtet *,,die Gefahr andauernder Wahlkämpfe in den Betrieben. Das wiederum erschwere die Zusammenarbeit mit den Betriebsräten''*. Ein solches Gesetz würde *,,linken Minderheitsgruppen nutzen''* (,,FAZ'', 14.8.85).

### Streit um Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit

130 CDU-Abgeordnete haben die Initiative zur Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz ergriffen und damit eine maßgebliche Forderung der Unternehmerverbände aufgenommen. Der Paragraph verpflichtet die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) zur Neutralität in Arbeitskämpfen, ist allerdings so unklar formuliert, daß die BfA im 35-Stunden-Wochen-Kampf des letzten Jahres durch Arbeitsgerichtsurteile gezwungen werden konnte, an ausgesperrte Beschäftigte Arbeitslosengeld zu zahlen. Diese ,,Streikkasse'' der Gewerkschaften soll jetzt dichtgemacht werden, die Waffe der Aussperrung zu schmerzlichen finanziellen Aufwendungen der Gewerkschaften führen. Die Bundesregierung will die Gesetzesinitiative der CDU-Abgeordneten nicht übernehmen, *,,vorerst''*, wie immer betont wird. Zunächst einmal hofft man vor einer Gesetzesänderung auf einen *,,freiwilligen Verhaltenskodex''* der Tarifparteien, der allerdings — und das ist wiederum ein Dilemma — das gleiche beinhalten soll, wie eine Gesetzesänderung. Dregger (CDU) begründete das derzeitige Nichtverhalten der Regierung damit, daß man sich in einer *,,Phase der Vernunft''* befinde. *,,Da wäre es falsch, Reizthemen anzusprechen''* (,,FAZ'', 5.8.85). Die bisher dazu bezogenen Standpunkte dürften eine Einigung erschweren, die IG Metall hat erklärt, sie sieht *,,keinen Regelungsbedarf''* über die derzeitigen Bestimmungen hinaus, die Arbeitgeberverbände haben daraufhin eine gesetzliche Änderung gefordert. Zusätzliche Brisanz hat dieser Streit durch das am 21. August veröffentliche ,,Müller-Gutachten'' erhalten, das der ehemalige Präsident des Bundesarbeitsgerichts Müller im Auftrag von Arbeitsminister Blüm erstellt hat. In diesem Gutachten wird nicht nur eine weitgehende Festlegung der umstrittenen ,,Neutralitätspflicht'' gefordert, sondern ebenfalls das gesetzliche Verbot von Warnstreiks, die den Charakter von *,,Erzwingungsstreiks''* haben sowie die Legalisierung von *,,Angriffsaussperrungen''* und die Einführung staatlicher Zwangsschlichtung.

Es dürfte eine Einigung beim ,,Sozialen Trialog'' am 5. September zusätzlich erschweren. Zumal die bisher bekanntgewordenen Zugeständnisse der Kohl-Regierung für die Gewerk-

bekanntgewordenen Zugeständnisse der Kohl-Regierung für die Gewerk-

schaften wenig hergeben:

— Ein Beschäftigungsprogramm wird abgelehnt;

— bei der Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes soll eventuell die Änderung des Mehrheitswahlrechts bei der Besetzung von Betriebsratsposten entfallen;

— zusätzlich soll eine fälschlicherweise Mitbestimmung genannte Mitsprache des Betriebsrates bei der Einführung neuer Technologien in das Betriebsverfassungsgesetz aufgenommen werden;

— in der Diskussion um die Verwendung der Überschüsse der BfA sollen nicht die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden, sondern die Gelder für berufsqualifizierende Maßnahmen verwendet werden (Einigung Regierung/DGB);

— in der Frage Änderung des Arbeitskampfrechts/§116 AfG wird auf eine (kaum wahrscheinliche) freiwillige Einigung der Tarifpartner spekuliert.

Alle diese geringen Zugeständnisse sind zudem im Regierungs- und Kapitalistenlager umstritten. Die Regierung Kohl — hin- und hergerissen zwischen versuchter Einbindung der Gewerkschaften und starkem Druck des wirtschaftsliberalen Flügels — kann sich wieder einmal nicht klar entscheiden.

Für eine Mobilisierung zu den Herbstaktionen gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau besteht also aller Anlaß. Die Linke und die nicht gewerkschaftlich vertretenen Betroffenen vom Sozialabbau sollten allerdings alles unternehmen, das Wenige, was angesichts der Lage in ihrer Macht steht, voll zu nutzen, sich nicht vor den Karren eines SPD-Wahlkampfs spannen zu lassen und Mobilisierungstruppen für die Mitbestimmungsvorstellungen des DGB zu stellen.

**Kommission Betrieb & Gewerkschaft**

# Bürgerkrieg in Südafrika

,,Der Staat wird uns nicht abhalten können, unseren eigenen Ausnahmezustand zu verkünden'', war die zornige Reaktion des UDF-Sprechers Stone Sizani auf einer von mehreren Zehntausend besuchten Beerdigungsfeier, als die Verhängung des Ausnahmezustands in 36 südafrikanischen Industriebezirken bekannt wurde. Seither haben die Unruhen und Zusammenstöße ein Ausmaß erreicht, das alle bisherigen Aufstände in der Geschichte Südafrikas übersteigt. Die Erbitterung der schwarzen Bevölkerung ist unbeschreiblich groß. Bilder von steinewerfenden Jugendlichen, Plünderungen, Straßenschlachten etc., wie sie in der hiesigen Presse überwiegend vermittelt werden, sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß gegenwärtig in erster Linie der weiße Terror wütet.

Der Ausnahmezustand, üblicherweise begründet als notwendiger Schritt zur Wiederherstellung von Ruhe und



Ordnung, war eine kaum verhüllte Aufforderung an alle militärischen und paramilitärischen Verbände, zur direkten Liquidierung der Opposition überzugehen. Wieviele Tote, Verletzte, Verhaftete, Gefolterte, Verschwundene es allein in den letzten Wochen gegeben hat, wird sich wohl nie feststellen lassen. Es ist in der RSA verboten, darüber zu berichten; Kontakte zu Verhafteten sind nur mit Sondergenehmigungen möglich. Jeder beliebige Angehörige der Sicherheitskräfte (und das ist jeder Uniformträger bis zum Bahnbeamten) kann jede beliebige Person verhaften und 14 Tage festhalten, jede Wohnung und jedes Fahrzeug durchsuchen, jeden Gegenstand beschlagnahmen... Aber das ist es nicht allein. Es existiert eine Vielzahl bewaffneter Banden, die ähnlich vorgehen, wie es

Es existiert eine Vielzahl bewaffneter Banden, die ähnlich vorgehen, wie es

von den Todesschwadronen in Lateinamerika bekannt ist. Sie nennen sich ,,Vigilantes'' (Sicherheitsausschüsse), auch ,,Phakatis'' oder ,,A-Team''. Es sind dies zum einen weiße Terrorgruppen des offen klerikal-faschistischen Lagers, vielfach aber auch gut bezahlte und bewaffnete schwarze und indische ,,Bürgerwehren''. Angeblich zum Schutz gegen Übergriffe radikaler Schwarzer werden sie auch von (wenigen noch verbliebenen) Gemeinderäten in den Townships und Geschäftsleuten angemietet. Meistens gehen sie jedoch nach sog. ,,hit lists'' gegen bestimmte Personen vor. Entführungen, Mißhandlungen, Brandanschläge etc. zur Einschüchterung der Aktivisten sind an der Tagesordnung. Noch vor der Verhängung des Ausnahmezustands dokumentierte beispielsweise die Bergarbeitergewerkschaft NUM 200 Fälle von Übergriffen der ,,Vigilantes'' auf Gewerkschafter und ihre Familien allein in einem Bezirk (Südafrika ist in 336 Bezirke aufgeteilt). Die Ermordung etlicher UDF-Repräsentanten geht auf das Konto der ,,Vigilantes''; ebenso die vorzeitig aufgedeckte ,,Operation Demolition (Zerstörung)'', ein Kommandounternehmen, das eine Reihe von Attentaten auf prominente schwarze Politiker (u.a. Bischof Tutu) geplant hatte.

Wenn das Regime auch in einigen (wenigen) Fällen erklärt hat, mit solchen Vorgängen nichts zu tun zu haben, sind diese Banden mit dem staatlichen Repressionsapparat jedoch eng verfilzt.

### ,,Bruderkrieg''?

Daß es sich bei den Unruhen in erster Linie um Kämpfe rivalisierender schwarzer Gruppen handele und die Intervention der Sicherheitskräfte dem Schutz der ,,friedliebenden Mehrheit'' diene, gehörte zu den ersten Begründungen für den Ausnahmezustand. Seit den jüngsten Auseinandersetzungen in den indischen Vorstädten von Durban heißt es nicht nur ,,schwarz gegen schwarz'', sondern auch ,,schwarz gegen braun''. Diese Versuche, verschiedene Gruppen gegeneinanderzuhetzen und dies in der Propaganda als ethnisch oder rassistisch begründete Querelen hinzustellen, sind an sich nichts Neues. Einige Fälle von handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern verschiedener oppositioneller Fraktionen, Lynchjustiz gegen Kollaborateure und Aktionen militanter Kleingruppen gegen eher harmlose Geschäftsleute haben sich nachträglich als von den Rassisten inszeniert herausgestellt. Die Zahl der Opfer (ca. 10 in anderthalb Jahren) ist in Anbetracht der explosiven Situation eher erstaunlich gering. Spontane Ausbrüche angestauter Wut, die in Lynchjustiz gegen schwarze Polizisten, Gemeinderäte oder auch nur vermeintliche Spitzel und Verräter enden, wird es in nächster Zeit vermutlich häufiger geben. Auch wenn die Führer der politischen Organisationen ihre Anhängerschaft warnen, daß solche Aktionen die Spaltungsabsichten der Rassisten erleichtern, ist es unmöglich, auf den Radikalisierungsprozeß überall Einfluß zu haben.

Der Umgang mit den Kollaborateuren des Systems ist innerhalb des Widerstands umstritten. Während beispielsweise die von Tutu u.a. vertretenen Strömungen diese Vorgänge grundsätzlich verurteilen, erklärte der ANC, daß die Zeit reif sei, sich zu entscheiden, auf welche Seite man gehöre. Dies richtet sich vor allem an schwarze Polizei und Militärs, die neuerdings häufig provokativ inmitten der brodelnden Townships stationiert werden. Besonders verhaßt sind auch die von den Rassisten installierten schwarzen Gemeinderäte. Diese sog. ,,Selbstverwaltung'' der Townships lebte im wesentlichen von bei den Slumbewohnern erhobenen Sondersteuern und Mieterhöhungen. In den meisten Orten ist dieses System mittlerweile zusammengebrochen und hat Organisationen der Bürgerrechtsbewegung Platz gemacht. Wer sich noch hält, kann das nur mit offener Unterstützung des Repressionsapparats.

Eine zunehmende Rolle scheinen die von den Rassisten ausstaffierten Militärs der ,,Homeland''-Marionetten zu spielen. Insbesondere die schlagkräftigen ,,Impis'', die Zulu-Armee des Führers der ,,Inkatha''Partei und Chiefs von Kwazulu, Gatsha Buthelezi, werden — häufig verdeckt — gegen den Widerstand eingesetzt. (Buthelezi, der seinen Einfluß über Kwazulu hinaus aufzubauen versucht, tritt als gemäßigter Apartheid-Gegner auf und spekuliert darauf, von den Rassisten als Verhandlungspartner anerkannt zu werden).

Ein typisches Beispiel für die erfolgreiche Verdrehung der Fronten und tiefgreifende Verunsicherung all jener, die sich heraushalten wollen, waren die jüngsten Unruhen in Durban, die als ,,Kämpfe zwischen Schwarzen und Indern'' durch die Presse gingen. Anlaß für die Unruhen war die Ermordung der Anwältin Victoria Mxenge, einer Verteidigerin in einem ,,Hochverrats''-Prozeß gegen führende UDF-Mitglieder. Weitere (indische) UDF-Mitglieder und Linke waren von (schwarzen) ,,Impis'' bedroht und mißhandelt worden. Infolge der angespannten Situation kam es zu Aufständen (schwarzer) Schüler, die auch zu Plünderungen (indischer) Geschäfte übergingen. Eine weitere Eskalation erfolgte durch brutales Eingreifen der ,,Impis'' im Verein mit (indischen) ,,Vigilantes'' gegen die Schüler. Als die (weiße) Polizei später eingriff, um ,,die'' indische Bevölkerung gegen ,,die schwarzen Horden'' zu schützen, hatten sich bereits viele Familien zu ihren (schwarzen) Nachbarn geflüchtet.

Das Interesse der Rassisten an solchen ,,Bildern des Chaos'' ist offensichtlich, zumal sich das Botha-Regime entgegen allen Gerüchten über Reformpläne entschieden hat, am Konzept des ,,Vielvölkerstaates'', der nur von starker weißer Hand zu regieren sei, festzuhalten.

### Niederschlagung statt Reform

Obwohl Botha allen Erwartungen, er werde in seiner Rede auf dem außerordentlichen Kongreß der National Party neue Reformvorschläge machen, bereits im Vorfeld energisch entgegengetreten war, zeigte man sich in den westlichen Ländern ,,zutiefst enttäuscht''. Die Reaktion war weniger scharf als irgendwie beleidigt. Wenigstens ein paar konkrete Ansätze, wenigstens eine Demonstration guten Willens, das Pulverfaß zu entschärfen, wäre doch angebracht gewesen. Auch aus südafrikanischen Wirtschaftskreisen wurde Kritik laut.

Botha hatte im wesentlichen erklärt, daß die NP (Regierungspartei) an ihrem bisherigen Kurs festhalten werde. Eine wie auch immer geartete Beteiligung Schwarzer an der Macht würde *,,... zur Dominanz der einen über die anderen führen ... Ich bin nicht bereit, weiße Südafrikaner und andere Minderheiten auf einen Weg zur Abdankung und zum Selbstmord zu führen''* (nach Financial Mail, 16.8.)

Diese harte Haltung zeigt, wie gering der Spielraum für Veränderungen innerhalb des weißen Blocks ist. So makaber es angesichts der brutalen Zustände erscheinen mag, stellen Botha und die hinter ihm stehende Militärclique tatsächlich im Vergleich einen eher ,,gemäßigten, modernen'' Flügel der NP dar, der unter der weißen Bevölkerungsgruppe nur über eine knappe Mehrheit verfügt. Andere Strömungen innerhalb der NP befürworten ein noch schärferes Vorgehen gegen die Schwarzen. Den in der Konservativen Partei, einer Abspaltung der NP im Zuge der Verfassungsreform, versammelten klerikal-faschistischen Kräften gehen bereits die minimalen Zugeständnisse an die Inder und Farbigen zu weit. Selbst die in den letzten Wochen erfolgte Aufhebung der ,,Immorality Act'' (die bislang jede Beziehung zwischen verschiedenfarbigen Menschen unter Strafe stellte), die formale Zulassung von gemischten Parteien oder die Diskussion über Lockerung der Zuzugskontrollen von Schwarzen in die Städte und Verzögerungen der Zwangsumsiedlungen werden aus diesen Kreisen von wütenden Protesten begleitet. Diese Mischung aus panischer Angst vor der ,,schwarzen Gefahr'' und unerschütterlicher Überzeugung, im rechtmäßigen Besitz dieses Landes zu sein, wie sie im Bewußtsein der Mehrheit der Weißen vorherrscht, läßt keine Reformen zu, die auch nur den Anschein erwecken, es könnte am weißen Herrschaftswillen gerüttelt

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

werden. Selbst wenn die Botha-Clique zu weitergehenden Zugeständnissen bereit wäre, würde sie vermutlich darüber stürzen, bevor sie auch nur eine einzige Maßnahme durchgesetzt hätte. Die wenigen Weißen, die den Konsens der absoluten Herrschaftssicherung infrage stellen, müssen mit unerbittlicher Verfolgung rechnen. Jüngste Bilder einer niedergeknüppelten Demonstration weißer Studenten in Johannesburg zeigen nichts als haßerfüllte Polizeigewalt gegen solche ,,Abweichler''.

Wenn beispielsweise Botha in einem Kommentar der ,,Frankfurter Rundschau'' bescheinigt wird, er habe sein ,,entscheidendes Rendezvous mit der Geschichte'' verpaßt (17.8.), so hat das mit der Logik weiß-südafrikanischen Geschichtsbewußtseins nichts zu tun. Seit 300 Jahren ist es den Weißen gelungen, die schwarze Mehrheit von der Macht fernzuhalten; seit 300 Jahren ist weiße Geschichte weiße Herrschaft. Jeder Schritt hin zu ernsthaften Reformen wäre in der Tat politischer Selbstmord — für die Weißen als Herrenrasse.

Möglicherweise wird es in nächster Zeit zur Bildung von gemischten ,,Beratungsforen'' oder ,,Regionalräten'' kommen, möglicherweise wird es Gespräche mit Buthelezi oder anderen entsprechenden ,,Repräsentanten'' der Schwarzen geben. Aber:,,*Es bleibt bei dem Ausgangspunkt der Regierung, daß es aufgrund der Verschiedenheit in der südafrikanischen Gesellschaft weder wünschenswert noch praktikabel ist, alle Bevölkerungsgruppen gleich zu behandeln.*''(Botha in einer Rede im März, nach ANC Bull. 2/85)

### Perspektiven des Widerstands

Sämtliche Strömungen der schwarzen Opposition haben als Reaktion auf die Verhängung des Ausnahmezustands erklärt, sie würden den Kampf gegen die Apartheid verstärken und kein Vertrauen mehr in irgendwelche Reformvorschläge setzen. In den letzten Monaten gab es häufig Stellungnahmen, daß eine friedliche Entwicklung kaum noch denkbar sei. Dennoch dürften viele mit der Härte des jetzigen Angriffs nicht gerechnet haben. Das Regime hat einen Zeitpunkt gewählt, in dem der spontane Massenprotest und der Zustrom in Organisationen und Gewerkschaften ständig anwächst, dieser Prozeß jedoch noch wenig gefestigt ist.

Die UDF, das größte und von den Positionen her das breiteste Anti-Apartheid-Bündnis hatte ihre Jahreskonferenz im April unter das Motto ,,Vom Protest zur Herausforderung — Von der Mobilisierung zur Organisierung!'' gestellt. Entsprechend ihrem gewaltfreien Selbstverständnis ist es ihr Ziel, das Apartheid-System politisch funktionsunfähig zu machen. Es existieren vermutlich gemäßigte Strömungen innerhalb der UDF, die immer noch auf Verhandlungsmöglichkeiten hoffen. Ihr Minimalkonsens ist jedoch kaum kompromißfähig. ,,*Noch ist es*

stieren vermutlich gemäßigte Strömungen innerhalb der UDF, die immer noch auf Verhandlungsmöglichkeiten hoffen. Ihr Minimalkonsens ist jedoch kaum kompromißfähig. ,,*Noch ist es*

*Zeit für das rassistische Minderheitenregime, sich mit den authentischen Führern des Volkes zu beraten — mit dem ausschließlichen Ziel, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen für die schleunige Beseitigung der Apartheid und die Übergabe der Macht an das Volk.*'' (nach ANC Bull. 4/85) Als unverzichtbare Forderung werden genannt: Abschaffung sämtlicher Rassen- und ,Sicherheits''-gesetze; Auflösung der ,,Homelands'' und des Wanderarbeitersystems; Aufhebung der Landgesetze und Stop der Zwangsumsiedlungen; Abschaffung des 3-Kammer-Parlaments sowie aller Marionetteninstitutionen; Auflösung der Streitkräfte, Sondereinheiten und Polizei; Freilassung aller politischen Gefangenen; umfassende Gewerkschaftsrechte; gleiches und demokratisches Bildungssystrem.

Boykottkampagnen und Massenproteste werden vermutlich weiterhin die Aktionsformen sein, mit dem Ziel einer engeren Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung.

Das NF (National Forum), ein kleineres Bündnis verschiedener (ehemaliger) Black Consciousness Strömungen setzt in noch stärkerem Maße auf die Gewerkschaftsbewegung. Ein linker Flügel, vertreten vor allem durch die AZAPO (Azanians People's Organisation), hatte die Debatte um eine sozialistische Orientierung auf die Tagesordnung gesetzt. Er lehnt, trotz Zusammenarbeit in verschiedenen Aktionen, ein engeres politisches Bündnis mit der UDF ab, solange diese mit ,,liberalen Kräften'' zusammenarbeitet. Daß die AZAPO sich im vergangenen Jahr zur ,,Avantgarde der schwarzen Arbeiterklasse'' erklärte, drückt zwar eine Linksentwicklung innerhalb der Black Consciousness Strömung aus, über einen organisierten Einfluß in der Arbeiterklasse ließe sich jedoch nur spekulieren.

Nach wie vor verhalten sich die meisten Gewerkschaften zurückhaltend gegenüber den politischen Organisationen, teils aufgrund der Repression, größtenteils aufgrund der Überzeugung, der gewerkschaftliche Kampf müsse ein eigenständiger bleiben. Auch wenn es eine große Beteiligung von Gewerkschaftsmitgliedern an den Massenprotesten gibt, ist beispielsweise der Aufruf zum Boykott weißer Geschäfte als Reaktion auf den Ausnahmezustand seitens der NUM eher die Ausnahme.

NF-Vertreter scheinen gegenwärtig bereits das Ende der Aufstände zu sehen. (Nachfolgende Informationen nach einem ausführlichen Interview in ,,was tun'' 15.8.85). ,,*Das Interesse der Regierung mußte es sein, eine Frühgeburt der Revolte herbeizuführen, um diese schneller zu ersticken.*'' Es wird eine ,,Lateinamerikanisierung'' befürchtet, d.h. eine völlige Zerschlagung der politischen Führung, danach eine lange Phase erfolgloser Revolten. Die westlichen Imperialisten würden auf längere Sicht versuchen, einen gemäßigten Flügel an die Macht zu bringen, dies würde jedoch ähnlich wie in Zimbabwe mißlingen.

Auch der ANC geht davon aus, daß ein schneller Sieg nicht zu erwarten ist und sieht eine sehr lange, sehr blutige Phase vor sich. Er tritt jedoch für ein offensives Vorantreiben der gegenwärtigen Konfrontation ein und hat erstmals zur Intensivierung des bewaffneten Kampfes aufgerufen (siehe nebenstehende Erklärungen). Die Parole: ,,Einheit in der Massenaktion — Stellt euch dem Feind an allen Fronten!'' drückt das Ziel aus, die spontane Massenbewegung sowohl politisch zu organisieren als auch den wachsenden militanten Teilen eine Kampfperspektive zu geben. Politisch fühlt sich der ANC der UDF verbunden, da er für die Stärkung a l l e r demokratischen Kräfte eintritt. Obwohl auch der ANC vom weißen Terror schwer getroffen sein dürfte, verfügt er über jahrelang aufgebaute Untergrundstrukturen und einen militärischen Flügel, die nicht ohne weiteres zu zerschlagen sein dürften. Die sprunghaft angewachsenen Sympathien für den ANC in den letzten Jahren dürften auch damit zusammenhängen, daß er als einzige Organisation den bewaffneten Kampf tatsächlich führen k a n n , auch wenn er diesen bewußt nur als Teil des Kampfes propagiert. ,,*Der ANC könnte den Kampf der Ideen gewonnen haben*'' (ANC Bull., 6/85), befürchtete Dr. Tom Lodge, Politikwissenschaftler der Universität von Witwatersrand.

**bt., Hamburg**

**Quellen:**
Tagespresse
ANC Bulletins 2-6/85
AIB 8/9/85
was tun — Beilage 15.8.85
The Economist, 23.8.85

* Die **Black Consciousness Bewegung** war die radikale Bewußtseinsbewegung, die mit den Soweto-Aufständen ihren Höhepunkt erreichte. Nach dem vollständigen Verbot ihrer Organisationen 1976 schloß sich ein Teil dem ANC im Untergrund an, ein anderer reorganisierte sich später in verschiedenen Gruppierungen, die heute durch das **National Forum (NF)** repräsentiert werden. Neben einer starken sozialistischen Strömung wie der AZAPO existieren auch im NF gemäßigte Kräfte, und es wird nicht ausgeschlossen, daß sich das NF an der Frage der sozialistischen Orientierung spalten könnte (z.B. gehörte Bischof Tutu zu den Gründungsmitgliedern des NF). Siehe dazu auch AK 258: ,,Die Entwicklung der Befreiungsbewegung''.

Fortsetzung von Seite 1

## Nelson Mandela:
# Wir wollen nicht nur Reformen, die Schwarzen wollen die Macht

### Die westlichen Sanktionen — Mit Nadelstichen gegen einen Dickhäuter

Die Republik Südafrika ist ein treues und anerkanntes Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft. Sie ist Mitglied der UNO, in der ihre Mitarbeit nur durch erheblichen Druck der schwarzfrikanischen Staaten, unterstützt von den ,,Dritte-Welt-'' und den sozialistischen Staaten eingeschränkt werden konnte, Mitglied im Internationalen Währungsfond (IWF), Mitglied in der GATT-Runde, verbunden mit den USA und Großbritannien über Militärabkommen. Und nicht zuletzt ist sie eine der bevorzugten Handels- und Kapitalpartnerinnen der Westmächte.

10 Prozent der Kapitalinvestitionen in Südafrika sind in ausländischer Hand, davon 40 Prozent (20 Milliarden Mark) in britischer, 20 Prozent in US-amerikanischer (ca. 10 Milliarden Mark); es folgen die BRD mit 7,5 Milliarden und Frankreich mit rund 4 Milliarden Mark. Noch wichtiger für die Kapitalbeziehungen ist die Entwicklung der Kreditgeschäfte. Die gesamten südafrikanischen Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Banken machten 1984 rund 60 Milliarden Mark aus, vier Jahre vorher waren es nur 20 Milliarden. Und diese Steigerung von 200 Prozent geht eben nicht, wie bei den ,,Dritte-Welt''-Ländern, auf die Aufhäufung von Zinslasten wegen Zahlungsschwierigkeiten zurück, sondern es handelt sich um tatsächliche Investitionen. Im gleichen Zeitraum lag die Direktinvestitionssumme aus der BRD bei 525 Millionen Mark, wobei die Entwicklung bezeichnend ist: 1981: 29,9, 1982: 64,7, 1983: 259,6, 1984: 171,2 Millionen Mark. (ZEIT, 2.8.; HB, 14.8.; FAZ, 25.7.85)

Aber eine noch wichtigere Rolle als die Kapitalverflechtungen spielen für die Republik Südafrika die laufenden Handelsverbindungen. Die USA und die BRD sind die größten Lieferanten Südafrikas. 1984 betrugen die Warenlieferungen aus der BRD 6,6 Milliarden Mark, 33 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Lieferungen aus der gesamten EG haben einen Anteil von 38 Prozent an den Einfuhren Südafrikas. Und auch bei den Ausfuhren Südafrikas spielen wiederum die Westmächte die entscheidende Rolle. Von der EG werden allein 18 Prozent der Ausfuhren abgenommen, die Hitliste der Exportpartner führen hier wieder die USA an, gefolgt von Großbritannien, der Schweiz (Goldgeschäfte), Japan und der BRD. In beiden Richtungen, Import und Export, sind die westlichen Industrienationen mit jeweils über 50 Prozent vertreten, was selbstverständlich zu einer starken Abhängigkeit Südafrikas von diesen Ländern führt.

Dies ist der Hintergrund, vor dem die seit Wochen geführte Diskussion um Sanktionen gesehen werden muß. Zunächst muß festgehalten werden, daß immer nur über Sanktionen im Wirtschaftsbereich geredet wird, für keines der Westländer steht ein Abbruch der Beziehungen, ein Ausschluß aus den internationalen Gremien oder gar eine Aufkündigung der militärischen Zusammenarbeit zur Debatte. Über welche Art von Sanktionen wurde dann noch diskutiert, und welche Wirkungen könnten diese tatsächlich erzielen?

Seit Monaten wird in den USA mit großen Worten um Sanktionen ,,gerungen'', bis schließlich ein lauer Kompromiß zustande kam. Danach soll die Einfuhr von Krügerrandmünzen und die Ausfuhr von Computern, die von den Polizei- und Militärkräften verwandt werden könnten, untersagt werden; weiterhin soll keine Nukleartechnik übermittelt werden, amerikanische Firmen mit mehr als 25 Arbeitern sollen Gleichberechtigung garantieren und es sollen dem Staat keine Bankkredite mehr eingeräumt werden. Diese Maßnahmen sind aber nicht einmal in Kraft, sondern müssen noch durch die Parlamente und hängen dann auch noch von der Entscheidung Reagans ab, der für Angelegenheiten dieser Art ein Vetorecht hat.

Frankreich beschloß einen Maßnahmenkatalog, der dann auch vom Sicherheitsrat der UNO für die Mitglieder empfohlen wurde. Danach soll die Investitionstätigkeit in Südafrika suspendiert, der Verkauf von in Südafrika geprägten Münzen verboten und die Exportrisikogarantie gegenüber Südafrika ausgesetzt werden, Nuklearanlagen und -geräte sowie Elektronik, die

spendiert, der Verkauf von in Südafrika geprägten Münzen verboten und die Exportrisikogarantie gegenüber Südafrika ausgesetzt werden, Nuklearanlagen und -geräte sowie Elektronik, die

von Polizei und Militär benutzt werden könnte sollen mit einem Embargo belegt werden. Diese Empfehlung wurde mit 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen (USA und GB) angenommen. Aber da es sich nur um eine Empfehlung handelt (ein Beschluß wäre am Veto der USA bzw. GB gescheitert), ist die Wirkung gleich Null, da alle Westmächte umgehend erklärt haben, sich nicht daran zu halten.

Aber selbst dort, wo, wie in Frankreich oder den USA, Maßnahmen beschlossen oder diskutiert werden, haben diese rein kosmetischen Charakter. So würde beispielsweise bei den in den USA diskutierten Maßnahmen allein das Verbot der Einfuhr von Krügerrandmünzen eine tatsächliche Wirkung haben, indem die Deviseneinnahmen gesenkt würden. Aber auch diese Auswirkung ist rein theoretisch, da der Handel mit diesen Münzen nicht verboten wird, somit im Handel mit anderen Ländern als der RSA dieses Verbot unterlaufen werden könnte. Von den Beschränkungen im Nuklear- und Elektronikbereich sind laufenden Geschäfte nicht berührt. Und zum möglichen Verbot von Krediten an die Regierung Südafrikas schreibt die FAZ: ,,*Demgegenüber würde die Untersagung weiterer Bankkredite an die Regierung mehr oder weniger nur den bestehenden Zustand festschreiben. Die amerikanischen Großbanken haben schon vor einigen Jahren auf freiwilliger Basis die Kreditvergabe an Pretoria eingestellt. Dafür sind in den vergangenen Jahren die Ausleihungen an südafrikanische Banken und Unternehmen deutlich gestiegen.*'' Genau das gleiche trifft auf Frankreich zu, das von den großen Industrienationen bisher als einziges Land Sanktionen beschlossen hat. Die ,,Liberation'' weist darauf hin, daß der blühende bilaterale Handel von diesen Maßnahmen überhaupt nicht betroffen wird, der immerhin im Jahr 1984 einen Umfang von 2 Milliarden Mark Importen und 1,5 Milliarden Mark Exporten umfaßte. Gleiches gilt für die Kreditgeschäfte. Immerhin sind die französischen Großbanken mit rund 7 Milliarden Mark an den Ausleihungen an Südafrika beteiligt, wobei noch eine besondere Pikanterie hinzu kommt: Seit die ,,sozialistische'' Regierung die Großbanken 1982 verstaatlichte, haben diese ihr Engagement in Südafrika um 90 Prozent gesteigert.

Zwecks Imagepflege wird heute versucht fast jede wirtschaftliche Maßnahme, die dazu geeignet ist, als Sanktion zu verkaufen. So meldete beispielsweise das ,,Handelsblatt'' am 17.8.: ,,Jetzt befinden sich auch britische Banken auf dem Rückzug aus dem Unruhe-Herd Südafrika.'' Nun, nachdem man schon gesehen hat, wie das bei den amerikanischen Banken läuft, muß man schon etwas genauer hinsehen. Die Meldung beruht auf der Reduzierung eines Anteils der Barclays Bank von 50 Prozent auf 40 Prozent bei einer Tochterbank in Südafrika. Das hat aber ganz und gar nichts mit einer Sanktion zu tun, sondern mit der einfachen Tatsache, daß es ein südafrikanisches Gesetz gibt, nach der ab

bei einer Tochterbank in Südafrika. Das hat aber ganz und gar nichts mit einer Sanktion zu tun, sondern mit der einfachen Tatsache, daß es ein südafrikanisches Gesetz gibt, nach der ab

# Erklärung des ANC, Mai 85

,,Die sorgfältige Bewahrung unserer Einheit ist zu einer unserer wichtigsten Prioritäten geworden. Laßt sie uns mit all unserer Energie, mit unserem Blut und Leben verteidigen, denn unsere Freiheit und soziale Gerechtigkeit hängen von ihr ab. Laßt uns den Feind daran hindern, die vorübergehenden Probleme zwischen der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und der Azanischen Volksorganisation (AZAPO) auszunutzen. Diese Probleme müssen in der ruhigen Atmosphäre eines politischen Dialogs gelöst werden, da sie keine antagonistischen Widersprüche darstellen. Wir sollten uns nicht ablenken lassen von der richtigen politischen Marschroute, und einem immer beunruhigteren und ängstlicheren Regime die Sache nicht leicht machen. Wir sollten hart arbeiten, um unsere Menschen davor zu bewahren, ahnungslose Werkzeuge der Botha-Malan-Le-Grange-Clique zu werden.'

Die Perspektiven unseres revolutionären Kampfes dürfen nicht verwischt werden. Wir sind entschlossen, das verbrecherische Apartheidsystem mit Stumpf und Stiel zu zerstören und auf seinen Trümmern eine wahre nichtrassische Demokratie aufzubauen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir in den Kampf alle demokratischen Kräfte, aus allen rassischen Gruppen und Klassen unserer Bevölkerung einbeziehen. Über dieses Prinzip kann es keinen Kompromiß geben.

* * *

Der Afrikanische Nationalkongreß richtet an alle unterdrückten scharzen Menschen unseres Landes und an alle ihre demokratischen Verbündeten einen dringenden Appell, alle Abteilungen der demokratischen Bewegung für die nationale Befreiung zu stärken, die zur Zeit alle Ecken unseres Landes erobert.

In seiner kürzlichen Botschaft an die Nation erinnerte der Afrikanische Nationalkongreß alle unsere Menschen daran, daß ‚die Periode vor uns, jeden von uns — ob in- oder außerhalb des ANC — vor eine ehrfurchtgebietende Herausforderung stellt. Unter der Führung unserer Befreiungsbewegung können und müssen wir diesem Ruf der Geschichte folgen.'

Laßt das Blut all unserer Märtyrer, die durch die Kugeln des Feindes fallen, unsere Schlacht um die Freiheit stärken.

Laßt unsere Losungen sein: Einheit in der Massenaktion — Stellt Euch dem Feind an allen Fronten!

*Alfred Nzo, Generalsekretär, für das Nationale Exekutivkomitee des ANC, 9.5.1985''*

wir in den Kampf alle demokratischen Kräfte, aus allen rassischen Gruppen und Klassen unserer Bevölkerung ein-

*Alfred Nzo, Generalsekretär, für das Nationale Exekutivkomitee des ANC, 9.5.1985''*




### Johann Coetzee, Polizeiminister

Den Aufstieg zum Polizeiminister verdankte Johann Coetzee u.a. der Tatsache, daß er im Sicherheitsdienst für die Koordinierng der Infiltration von Oppositionsgruppen zuständig war.

,,*Die Leute erzählen von Männern, die sich mit Mützen tarnten und unter Absingen von ,,Freiheitsliedern'' und ,,Befreiungsparolen'' durch die Straßen stürmten. Jugendliche aus den Townships, die sich ihnen anschlössen, würden nicht mehr wiedergesehen. In den Ghettos macht man dafür unverblühmt die Polizei verantwortlich, der man vorwirft, durch den Einsatz von ,,agents provokateurs'' die schwarze Bevölkerung aufwiegeln zu wollen*'' (NZZ., 24.7.85).

,,*In Dubuza .. besucht ein Informant eines unserer politischen Treffen, wo wir unsere Freiheitslieder und Slogans singen. Der geht dann zur Polizei und bringt den Polizisten unsere Lieder bei. In der Nacht kommen sie dann in unsere Straßen, dabei tragen sie nicht ihre Uniformen, sondern Overalls. Sie singen diese Lieder und klatschen die gleichen Rhythmen wie unsere Jungen* ... (Alan Boesak im BBC am 22.7., nach ,,taz'', 25.7.85)

1986 die Beteiligungen ausländischer Banken an südafrikanischen auf unter 50 Prozent gesenkt werden müssen. Hinzu kommt auch noch, worauf ein Sprecher der Bank hinwies, daß diese Reduzierung keinesfalls eine Desinvestition sei, denn das Geld bleibt selbstverständlich in Südafrika.

### Was können Sanktionen bringen?

Immer wieder wird von den Apartheidgegnern die Forderung nach Sanktionen erhoben. Fast alle entscheidenden Staaten haben dies bisher abgelehnt, auch die Bundesregierung. Das immer wieder vorgebrachte Argument ist, daß dies doch nur die Schwarzen treffen würde. Wer aber kann dem Präsidenten der USA, einer ausgesprochen rassistischen Gesellschaft, tatsächlich abnehmen, daß dies sein Motiv ist? Wer kann es den Herrschenden der BRD abnehmen, daß das Schicksal der Schwarzen für sie Leitlinie des Handelns ist, wo es in diesem Land tagtäglich staatlichen Rassismus gegen ausländische Teile der Bevölkerung gibt?

Ein anderes Argument ist, wirtschaftliche Sanktionen würden nichts bringen, hätten noch nie etwas gebracht. Das stimmt sicherlich dann, wenn die Sanktionen derart sind wie vorher beschrieben. Diese Art Sanktionen müssen insbesondere bei einem Land wie Südafrika, das eine hochentwickelte kapitalistische Wirtschaft hat, fehlschlagen. Die Frage, ob mit wirtschaftlichen Sanktionen etwas zu erzwingen ist kann nicht mit Sicherheit beantwortet werden. Aber schlicht Unsinn bzw. Scheinheiligkeit ist es , wenn Sanktionen nur noch als ,,Nachweis unbefleckter Moralität'' behandelt werden (wie in einem ZEIT-Kommentar). Selbstverständlich ist es für die südafrikanische Regierung von entscheidender Bedeutung, ob ihr zusätzlich zu den innenpolitischen Schwierigkeiten auch noch außen- und wirtschaftspolitische aufgehalst werden. Anders herum: wenn sie außen- und wirtschaftspolitisch den Rücken frei hat, kann sie mit aller Kraft gegen den. Anders herum: wenn sie außen- und wirtschaftspolitisch den Rücken frei hat, kann sie mit aller Kraft gegen den schwarzen Freiheitskampf zu Felde ziehen. Auch wenn sich Analogieschlüsse nicht unbedingt ziehen lassen, so soll doch auf das Beispiel Rhodesien, heute Zimbabwe, hingewiesen werden, wo das weiße Regime endgültig stürzte, als die britische Regierung ihre weitere Unterstützung versagte. Die entscheidenden Faktoren für den Sturz des Smith-Regimes lagen zwar bei den Befreiungskräften, doch für den Zeitpunkt des Sturzes spielte das Verhalten der britischen Regierung eine wichtige Rolle.

Aber es gibt doch einen wichtigen Unterschied zu Rhodesien/Zimbabwe: Dort war der Kampf schon soweit fortgeschritten, daß auch von den Briten nur noch über die Übergabe der Macht an die Schwarzen verhandelt werden konnte. Sie standen vor der Alternative, das weiße Rassistenregime noch ein oder zwei Jahre zu stützen, damit aber jegliche Verhandlungsmöglichkeit gegenüber den Schwarzen zu verspielen. Sie entschieden sich Smith fallenzulassen, als sein Sturz offensichtlich wurde.

Soweit ist die Entwicklung in Südafrika noch nicht fortgeschritten. Gerade deshalb ist die ganze Politik der Westmächte darauf ausgerichtet, eine Zuspitzung der Auseinandersetzung auf die Entscheidung schwarz oder weiß zu verhindern. Die Westmächte wollen kein schwarzes Südafrika, sie halten mit allen Mittel am weißen Regime fest. Eine wesentliche Rolle hierfür dürfte die Bedeutung spielen, die Südafrika in militärischer Hinsicht durch seine Lage hat. Da aber die jetzt stattfindenden Auseinandersetzungen bewiesen haben, daß es sich nicht mehr nur um spontane Aufstände handelt und der bewußte und organisierte Kampf zugenommen hat, verstärkt sich die Furcht auch in Südafrika reife die Zeit des Umsturzes heran. Dies ist der eigentliche Grund, weshalb die südafrikanische Regierung von den Westmächten gedrängt wird, Verhandlungen mit den Organisationen der Schwarzen aufzunehmen.

Die Westmächte haben längst für sich entschieden, daß mit den Organisationen der Schwarzen geredet werden muß. So üben sie eine vergleichsweise erstaunliche Zurückhaltung gegenüber den Organisationen des Widerstandes. In jeder anderen Region der Welt würden Reagan, Thatcher und Kohl nur die ,,kommunistische Bedrohung'' beschwören. Nicht so in Südafrika, obwohl beispielsweise der ANC seine guten Beziehungen zu den sozialistischen Staaten nicht verheimlicht. Mit ihrer Forderung nach einem Dialog mit dem Widerstand stießen die Westmächte bei den Rassisten auf weitgehend taube Ohren, und Washington und Bonn stehen vor dem Dilemma, sich auf keinerlei Opposition (beispielsweise eine sozialdemokratische Partei) innerhalb des weißen Lagers stützen zu können. So bleibt nur der Weg der ,,kleinen Reformen''.

### Die Botha-Rede: Nichts geht

Deutlich wird diese Politik im Zusammenhang mit der Botha-Rede. Nach Gesprächen des südafrikanischen Außenministers mit Vertretern der USA, der BRD und GB wurde diese Rede mit allerlei Vorschußlorbeeren versehen. Erwartet wurden entscheidende Schritte zum Abbau der Apartheidsgesetze, die Aufhebung des Ausnahmezustands und die Freilassung Nelson Mandelas. Der Erwartungsdruck in den westlichen Medien wurde so hoch geschraubt, daß sich die südafrikanische Regierung einige Tage vor der entscheidenden Rede genötigt sah, diesen Erwartungen entgegenzutreten. Man weiß nicht, ob die Versprechen von Außenminister Botha gegenüber den Regierungsvertretern der USA, der BRD und GB größer gewesen sind und ob die südafrikanische Regierung nachträglich einen Rückzieher gemacht hat, oder ob von Anfang an mit falschen Karten gespielt wurde. Jedenfalls wurde durch die Botha-Rede keine der Erwartungen erfüllt. Stattdessen kam wiederum die weiße Rassistenbotschaft herüber, daß das Land bei Aufgabe der weißen Herrschaft in ,,Chaos und Armut'' versinken würde. Die Rede war schließlich so unbedeutend, daß kaum eine Zeitung es für nötig hielt, sie zu zitieren.

Die Erwartungen der dialogbereiten Kräfte formulierte Zulu-Führer Buthelezi: ,,*Alles, was Botha anbieten werde, ... werde ohne Bedeutung sein, wenn der Ausnahmezustand andauere und die anderen Bedingungen nicht erfüllt werden.*'' (nach FAZ, 17.8.)

Damit waren die Weichen gestellt. Außer der US-amerikanischen Regierung, die von einer ,,wichtigen Erklärung'' sprach, kamen aus allen anderen Ländern mehr oder weniger kritische Stimmen. Der generelle Tenor ist, rung'' sprach, kamen aus allen anderen Ländern mehr oder weniger kritische Stimmen. Der generelle Tenor ist, daß ,,zu wenig, zu spät'' angeboten worden sei, wobei bezeichnenderweise fast niemand über die ,,kleinen Reformen'' spricht, die in der Rede verkündet werden. Treffend kommentiert die der südafrikanischen Regierung nahestehende Zeitung ,,Rapport'': ,,Eine langsam verlaufende Evolution ist auch gefährlich. Wenn die Reformschritte zu langsam sind, haben sie an Bedeutung verloren, wenn es endlich soweit ist, dann sind die Forderungen längst viel höher geschraubt'' (nach FAZ, 19.8.).

Genau an diesem Punkt ist die Auseinandersetzung nun angekommen. Nelson Mandela ließ durch seine Frau Winnie erklären, die Zeit für gemischtrassige Konferenzen über die Zukunft Südafrikas sei vorbei. Jetzt könne es nur noch um die Umstände der Machtübergabe an die Schwarzen gehen (nach FAZ, 22.8.). Bischof Tutu, von den westlichen Medien bevorzugter Sprecher der Schwarzen, der nach Verhängung des Ausnahmezustands die Regierung zu Gesprächen aufforderte, schlug jetzt nach der Rede Bothas ein angesetztes Gespräch zwischen der Regierung und den Bischöfen aus, weil Gespräche mit dieser Regierung nichts brächten.

Dies fällt zusammen mit der Ankündigung des ANC, seine Aktionen militärischer Art auszuweiten. Tony Seedat, Sprecher des ANC in Bonn, erklärte, der ANC werde die Unterstützung des Regimes durch westdeutsche Firmen nicht länger hinnehmen, auch diese würden jetzt zu Zielen des ANC.

Damit hat der ANC klar gemacht, daß es ihm nicht um ,,kleine'' und auch nicht um ,,große Reformen'' geht, sondern um eine andere Gesellschaft, in der die Schwarzen als absolute Mehrheit der Bevölkerung die Macht haben. Gerade einen solchen Umsturz wollten die Westmächte mit ihren ,,Reformvorschlägen'' verhindern. Wir müssen davon ausgehen, daß es hierüber sicherlich noch keine Einigkeit im schwarzen Lager gibt, aber es drückt sich darin die Stimmung aus, die heute die Diskussion in Südafrika beherrscht. Und dies sollte auch der Maßstab für die Unterstützung des Kampfes sein. Wenn wir in der BRD von der Bundesregierung Sanktionen gegen Südafrika fordern, dann nicht um Druck zu machen, daß über Reformen geredet wird, sondern damit sich die Verhältnisse grundlegend verändern und dem Regime der Boden unter den Füßen weg gezogen wird. Niemand sollte sich der Hoffnung hingeben, daß dieses Ziel in kurzer Zeit zu erreichen ist, aber die gegenwärtigen Auseinandersetzungen geben Hoffnung, daß es mehr als ein spontanes Aufbäumen ist.

he.

# »Das Land unregierbar zu machen!« Erklärung des ANC, April 85

**In den vergangenen Jahren hatte der ANC den Schwerpunkt auf die politische Mobilisierung gelegt und betont, daß der Übergang zum Volkskrieg erst möglich sei, wenn die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung die bewaffnete Strategie unterstütze.**

**Im Januar 1985 erfolgte der erste Aufruf zur Intensivierung des bewaffneten Kampfes und zur Stärkung des militärischen Flügels Umkhonto We Sizwe.**

**In den folgenden Erklärungen wird die Ausdehnung der Kämpfe propagiert:**

,,Die Ereignisse in unserem Land bewegen sich mit erstaunlicher Schnelligkeit. In unserer Botschaft vom 8. Januar riefen wir auf zur Intensivierung unserer Befreiungsoffensive an allen Fronten, zur Umwandlung von mehr und mehr Orten in revolutionäre Massenbasen, und zur Notwendigkeit, weitere Schritte zu unternehmen, um das Land unregierbar zu machen.

Nur drei Monate sind vergangen, seit dieser Aufruf erfolgte, und schon hat die Welle des Volkswiderstandes und der aktiven Verweigerung neue Höhen erreicht. Das Gesicht unseres Landes verändert sich vor unseren Augen:

— In den schwaren Ghettos der städtischen Gebiete wurde die Legitimität der unterschiedlichen Behörden nicht nur angegriffen, sondern großteils zerstört. Die meisten derjenigen, die der weißen Herrschaft in den sog. Stadträten dienten, haben den Zorn der Menschen zu spüren bekommen. Aber viele haben mit ihrem Rücktritt den Forderungen der Menschen entsprochen.



— Das Dreikammerparlament hat seine vollständige Unfähigkeit in der gegenwärtigen Krise gezeigt und wird weiterhin gemieden. Die Bantustans werden allgemein verachtet.

— Gut organisierte Streiks in begrenzten Gebieten haben wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die potentielle Kraft der organisierten Arbeiter gelenkt, die herrschende Klasse in die Knie zu zwingen.

— Die Menschen lehren schwarze Polizisten und Soldaten durch ihre Aktionen, daß in unseren Gemeinschaften kein Platz für jeden ist, die die Uniform der Apartheid tragen und die Befehle ausführen, ihre Brüder und Schwestern zu töten, zu verstümmeln und zu foltern.

— Alle Anstrengungen, unsere kämpfenden Schüler und Studenten zu zähmen, sind gescheitert und mehr und mehr Schulen und Universitäten werden zu Fanalen für die Freiheit.

— Die fortgesetzten Zusammenstöße in den Straßen mit den bewaffneten Kräften des Feindes zeigen, daß unsere Menschen in großer Zahl nicht nur eine neue Ordnung in unserem Lande wünschen, sondern auch bereit sind, nötigenfalls, um dies zu erreichen, ihr Leben zu opfern.

— Angefeuert durch das heldenhafte Beispiel des Umkhoto We Sizwe, suchen mehr und mehr Jugendliche nach Wegen, sich selbst in wirkungsvollen Kampfeinheiten zu organisieren, um das Volk zu schützen, die Kollaborateure zu bekämpfen und um an bestimmten Punkten gegen das bewaffnete Personal des Feindes zurückzuschlagen.

— Die Menschen, unerschrocken durch massive staatliche Repressionen, demonstrieren immer wieder offen, daß der ANC ihr legitimer und umfassender Führer auf dem Weg zur Volksmacht ist.

Auf seiten des Volkes beginnen die Bedingungen für einen revolutionären Sprung nach vorn zu reifen. Auf seiten der herrschenden Klasse hat die wirtschaftliche und politische Krise neue Höhepunkte erreicht. Klar ist, daß die Rassisten nicht in der bisherigen Weise weiterregieren können. Das bankrotte und sterbende Regime wird von jenen, die Waffen zu seiner Verteidigung tragen, am Leben erhalten. Alle seine Versuche, alternative Lösungen zu finden, schlugen fehl.

Alle Reformen Bothas, geschaffen, um den entstehenden revolutionären Angriff zu stören, lösten sogar eher kraftvolle Massenaktionen aus. Die versprochene Änderung der Sexualitätsgesetze ist das letzte pathetische Manöver. Es ist eine weitere Geste, um den ausländischen Verbündeten der Apartheid zu helfen, sich dem ansteigenden internationalen Druck nach umfassender Isolierung Südafrikas entgegenzustellen. Wirkliche Liebe über die Farbgrenzen hinweg wird es geben, wenn Südafrika vollständig frei sein wird.

— Wir rufen unsere national unterdrückte Arbeiterklasse auf, die Gewerkschaftsbewegung zu stärken und zu einigen und die Waffe der Arbeitermacht am Arbeitsplatz im Kampf für nationale Befreiung zu schärfen.

Ein lang andauernder Streik, mitgetragen von unseren unterdrückten Gemeinschaften und unterstützt von bewaffneten Aktivitäten, kann das Rückgrat des Apartheidsystems brechen und das Regime auf die Knie zwingen. Alle Patrioten, die in Industriegewerkschaften aktiv sind, müssen die Lehren aus den kürzlichen Streiks in Transvaal und im Ostkap ziehen, und ihr Augenmerk auf gemeinsame nationale Streiks und landesweite Massenaktionen richten.

— Wir rufen unsere Gemeinschaft in den schwarzen Ghettos auf, die zusammenbrechenden Räte der Regierungshandlanger durch Volkskomitees in jedem Block zu ersetzen, die zu Embryos der Volksmacht werden könnten.

— Wir rufen unser Volk und besonders unsere kämpfende Jugend in jeder schwarzen Gemeinschaft, Schule und Universität auf, Wege zu finden, sich in kleinen mobilen Einheiten zu organisieren, die das Volk gegen unsoziale Elemente schützen und in organisierter Weise in beiden Gebieten, in weißen und schwarzen, gegen den Feind und seine Handlanger vorgehen werden.

Jedes schwarze Gebiet muß ein ,,verbotenes Gebiet'' für jeden isolierten Einzelnen oder Stoßtrupp der Polizei oder bewaffneten Einheiten des Feindes werden.

*Nationales Exekutivkomitee des ANC, 25.4.85''*

Buchbesprechung/Südafrika

# »Mythos Deutsch-Südwest — Namibia und die Deutschen«

Dieses, 1983 im Beltz-Verlag erschienene Buch haben Helga und Ludwig Helbig geschrieben. Beide unterrichteten zwei Jahre lang an der Deutschen Schule in Lüderitzbucht. ,,*Der Aufenthalt in ,Südwest' hatte uns politisiert. Aber noch fehlten uns die Kategorien, um das Erlebte rational aufzuarbeiten. Es folgten Jahre intensiven Studiums der namibischen Geschichte, der Geschichte des Rassismus, der Geschichte Südafrikas. Drei ausgedehnte Reisen durch Namibia und Südafrika in den Jahren 1978, 1980 und 1983 schlossen sich an. Wir engagierten uns in der Anti-Apartheid-Bewegung und in der evangelischen Frauenaktion Südafrika*'', schreiben die Autoren in ihrem Vorwort.

Sie fügen hinzu: ,,*Namibia — das sind verdrängte Kapitel deutscher Geschichte. Hier fand der erste Völkermord statt, den Deutsche begingen. Hier gab es die ersten Konzentrationslager der deutschen Geschichte. Hier wurde dreißig Jahre vor Hitler deutsches Herrenmenschentum praktiziert. Hier wurde die schwarze Bevölkerungsmehrheit in ein Unterdrückungssystem gepreßt, das Südafrika nahtlos in seine Apartheidspolitik übernehmen konnte. Namibia ist ein Prüfstein, der zeigt, wie ernst wir es mit dem Kampf gegen den Faschismus meinen. Es ist auch ein Prüfstein dafür, wie ernst es uns mit den Menschenrechten ist, wie ernst es uns mit der Demokratie ist. Die Mehrheit der Namibier und die SWAPO wollen ein demokratisches Namibia. Ihnen gilt unsere Solidarität.*''

Auf fast 300 Seiten dokumentieren die Autoren die Geschichte Namibias, wo heute von den rund 75.000 Weißen ein Drittel (25.000) Deutsche leben, vom vorkolonialen Namibia Anfang des 19. Jahrhunderts über den Völkermord (1904 - 1907) bis zur Entstehung der SWAPO und der südafrikanischen Terrorherrschaft, die Bonner Namibia-Politik eingeschlossen. Ein äußerst lesenswertes Buch.

E.

**Helga und Ludwig Helbig: ,,Mythos Deutsch-Südwest. Namibia und die Deutschen.'' Beltz Verlag 1983.**

## Dohnanyi und Südafrika

# Beispiel für doppelte Moral

**Aufmerksamkeit erregte der Hamburger Bürgermeister, als er Ende Juli massiv einer Politik der Sanktionen gegen Südafrika widersprach. Dohnanyi hatte kurz zuvor, anläßlich des Psychoanalytiker-Kongresses in der Hansestadt wohlgesetzte Worte gegen den Faschismus gesprochen. Diplomatie freilich war schon immer seine hohe ,,Kunst'', wie ein Blick in die Vergangenheit beweist.**

Botha und die Seinen in Pretoria können sich auf Hamburgs 1. Bürgermeister weiterhin verlassen. Das war schon zur Regierungszeit von Vorster (Pretoria) und Schmidt (Bonn) so. Damals war Klaus von Dohnanyi Staatsminister im Auswärtigen Amt und zeitweise Spitzenkandidat der rheinland-pfälzischen SPD für den dortigen Ministerpräsidenten-Posten. 1979 gab es in diesem Zusammenhang einen Wahlkampf, den einige Jungsozialisten und aktive Menschen aus der Solidaritätsbewegung mit außenpolitischen Diskussionen anreicherten. Ganz oben auf der Tagesordnung der Dohnanyi'schen Auftritte standen somit die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika und die Frage der Verschwundenen in Argentinien, um deren Freilassung sich die damalige Bundesregierung dermaßen ,,heftig'' bemühte, daß die Betroffenen monatelang vergeblich auf ein Einreisevisum in die BRD warteten. Auf Flugblättern, die in der rheinland-pfälzischen Provinz im Januar 1979 verteilt wurden, standen übrigens auch Fragen wie diese: ,,Warum schenkt Bonn dem Herrn Flick die Millionen DM Steuern''? Ein Thema, das noch länger die Öffentlichkeit bewegen sollte ... Die Antworten des Klaus von Dohnanyi waren darauf genau so wahr und schlüssig — wie seine zu Südafrika.

Nachfolgend ein kurzer Streifzug durch die gesammelten Dementis des ehemaligen Staatsministers zu Südafrika und dessen militärisch-nuklearer Aufrüstung durch die BRD.

ka und dessen militärisch-nuklearer Aufrüstung durch die BRD.

Schon 1977 staunte Dohnanyi nicht schlecht, als er sich auf einer SPD-Kreiskonferenz in Neuwied (Rheinland-Pfalz) massiven Vorwürfen gegen Bonn in Form eines ausgelegten Flugblatts gegenübersah. Die weithin sichtbare Textüberschrift *,,Bonn: Bomben für Südafrika''* schien ihn in starke Erregung zu versetzen. Noch bevor er das Podium betrat, eilte er zu den in der Nähe des Saaleingangs sitzenden Jungsozialisten und fragte erbost, was das solle. Ihn wundere nicht, daß immer wieder die gleichen, unwahren Behauptungen aufgestellt würden; es gäbe halt immer Leute, die nicht dazu lernen wollten. ,,Es gibt keine Zusammenarbeit'' auf nuklearem oder militärischem Gebiet zwischen der Bundesrepublik und Südafrika, ließ von Dohnanyi den fragenden Juso wissen. Etwas anderes glaube auch niemand mehr. Der Juso aus der Provinz wollte dem Herrn aus Bonn jedoch nicht glauben und erinnerte an die zweifelsfrei vorhandenen ,,Andersgläubigen'' in Schwarzafrika, der UNO und dem Weltrat der Kirchen. Auch in Lagos sei anläßlich einer Anti-Apartheid-Konferenz noch darüber gesprochen worden. Beweise für die enge Zusammenarbeit mit den Rassisten am Kap hatte der ANC kurz zuvor in Bonn auf einer Pressekonferenz vorgelegt.

Auf verschwundene Briefwechsel zwischen südafrikanischen staatlichen Stellen und der STEAG Essen (Firma, die Südafrika bei der Entwicklung eines Urananreicherungsverfahrens behilflich war) wollte von Dohnanyi lieber nicht eingehen. Vielmehr bezeichnete er den Jung-Genossen als ,,schönes Mädchen, dies ist genau so wahr, wie das andere'' — was jener sagte. Die Tischnachbarn wunderten sich nicht wenig über den diplomatischen Stil des Ministers. Statt nun bei seinem eigentlichen Thema ,,Europa-Wahlen'' zu bleiben, sah sich der Mann aus Bonn nochmals veranlaßt, auf den vor seinen Augen und auf allen Tischen liegenden Handzettel einzugehen. Nun jedoch mit oft wiederholten und vielfach widerlegten Bonner Standarddementis und beleidigenden Vorwürfen. Die zum Großteil auf Berichte in ,,Spiegel'' (31/77) und ,,Stern'' (32/77) bezugnehmenden Anklagen des Flugblatts nannte er ,,Lügen'', das Blatt bezeichnete er als ,,lügnerisches Pamphlet''.

Dem in der folgenden Diskussion nachfragenden Juso aus Neuwied empfahl er, ,,dazuzulernen'', er habe ,,nichts gegen Naivität'', aber es sei gut, ,,den Verstand mit Erfahrung anzureichern.'' Erregt rief der als Jurist sonst vorsichtige Herr: ,,Sie verbreiten doch hier Lügen.'' Doch solche Fragen sollten seine Laufbahn auch weiterhin stören. Am 19.1.79 beispielsweise klagte die ,,FAZ'', in Schwarzafrika schenke man *,,allen noch so hoch und heilig vorgebrachten deutschen Beteuerungen, es gebe eine solche Zusammenarbeit nicht, einfach keinen Glauben.''* Dohnanyi, mit solcher Pressemeldung im Rheinland-Pfälzischen wieder per Flugblatt konfrontiert: ,,Das sind alles Fragen, die mit Recht beunruhigen.'' Soweit, so richtig. Allerdings ,,arbeitet die Bundesrepublik nicht nuklear mit Südafrika zusammen. Wir ... (Anmerkung: aristokratische Form für ,,ich'' — Wir Wilhelm Kaiser von Gottes Gnaden ...), also ,,Wir haben das immer wieder gesagt.''

Angesprochen auf Dokumente, die eben diese laut Herrn Staatsminister nicht existente Zusammenarbeit mit dem Apartheid-Staat belegten, wie beispielsweise eine Korrespondenz zwischen dem immer noch in seinem Bonner Amt befindlichen Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie, Hans Hilger Haunschild und Dr. A.J.A. Roux, Präsident des Atomic Energy Board, Pretoria: ,,.... Das ist eine Verkürzung des Briefs und deshalb verfälscht. Wenn Sie die ganzen Briefe ansehen, erfahren sie das Gegenteil von dem, was dort in der Broschüre (des ANC, Anm.) zitiert ist. Es handelt sich um eine scheinbare Dokumentation. Der Brief ist nicht ganz abgedruckt. Wir haben das Gegenteil von dem getan, was da drin steht ...'' Dohnanyi wurde sichtbar nervös und wiederholte sich ständig ... Er hatte auch allen Grund dazu. Staatssekretär Haunschild hatte seinen südafrikanischen Verhandlungspartner schriftlich um allerstrikteste Geheimhaltung gebeten — der ANC konnte es dokumentieren!

Zum Ärger Dohnanyis funktionierte die Rückkopplung zwischen afrikanischen Diplomaten und den Dritte-Welt-Aktivisten in der rheinland-pfälzischen Provinz. Was der Herr von Adel in Lagos oder Arusha zusammenlog, wurde ihm in Linz oder Neuwied präsentiert. So entpuppten sich angebliche ,,Gespräche'' zwischen v. Dohnanyi und beispielsweise dem Leiter der Weltkampagne gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit, Abdul S. Minty, als ,,Monologe'' und stürmisches Einreden, ohne große Chancen für den ,,Gesprächspartner'', dem




Herrn aus Bonn zu antworten. Von Dohnanyi machte daraus später — ganz staatsmännisch — ein ,,interessantes Gespräch mit Herrn Minty''.

Noch Monate nach diesem ,,interessanten Gespräch'' wartete Minty vergeblich auf die von Dohnanyi in Aussicht gestellten Gegenbeweise.

Zur Frage des Wirtschaftsboykotts gegen Südafrika meinte Dohnanyi damals: ,,Schwarze Gewerkschaften sind gegen ein Wirtschaftsembargo, deshalb auch die Bundesregierung ...''

Nun sind viele der schwarzen Gewerkschafter inzwischen für den Boykott, folglich müßte der Herr Bürgermeister doch — seiner Logik folgend — ebenfalls dafür sein. Mitnichten.

Auch zum Rüstungsexport allgemein wußte der Staatsminister Verblüffendes zu erzählen: ,,Waffenhandel der Bundesrepublik ist minimal, in erster Linie NATO ... Seit 1963 striktes Waffenembargo gegen Südafrika seitens der Bundesrepublik. Es kann sein, daß zivile Lastwagen umgerüstet werden oder auf Umwegen auf für uns unerfindlichen Wegen nach Südafrika gelangen.''

Deutsche Kerntechniker in Südafrika? Für von Dohnanyi kein Problem: ,,Wir können nicht verhindern, daß die nach Südafrika gehen.'' Darauf angesprochen, daß beispielsweise auch der Leiter der metallurgischen Abteilung der südafrikanischen Atomenergiebehörde, ein Bundesbürger namens H.D. Denkhaus, seit 1961 in Südafrika ist **(damals verließ der Mann die Kernforschungsanlage Karlsruhe)** und dennoch weiter die bundesdeutsche Staatsbürgerschaft behalten kann — erklärte v. Dohnanyi: ,,Wir können ihm doch nicht die Staatsbürgerschaft aberkennen. Ich würde nicht bestreiten, daß das vorkommen kann, daß ein Deutscher in Südafrika an führender Stelle arbeitet ...''

Tatsächlich kann die Bundesregierung via Botschaft den Paß einziehen — so jüngst erfolgt bei Herrn Zundel in Ottawa, der von Kanada aus Neo-Nazi-Material in die BRD sandte.

Die Zusammenarbeit mit Südafrika geht auf allen Feldern weiter. Auch die Mittäterschaft Hamburgs. So hat der Hamburger Senat *,,keine Einwände gegen Exportgeschäfte von MBB, die im Rahmen geltender Gesetze abgewickelt werden''*. Gefragt hatte der GAL-Abgeordnete Rainer Schmidt, ob *,,der Senat und seine Vertreter in den Führungsgremien von MBB diese Unternehmenspolitik mittragen''*, als deren Ergebnis Polizeihubschrauber nach Südafrika exportiert werden. (Drucksache 11/4560)

Geändert haben sich von Dohnanyi und die Seinen lediglich in einer Hinsicht: Sie sind älter geworden.

Eines war dem Herrn bisher nicht vergönnt, obwohl er es bereits bei der Anti-Apartheid-Konferenz in Lagos 1977 prophezeite: ,,Ich werde persönlich dafür sorgen, daß die Sache vom Tisch kommt''. Die Sache — die Vorwürfe wegen der atomaren und militärischen Zusammenarbeit mit Südafrika — ist immer noch drauf, auf dem Tisch.

**AK-Leser aus Neuwied**

# Ziviler Belagerungszustand in der Türkei

Fünf Jahre nach dem Putsch und fast zwei Jahre nach den Wahlen, die der türkischen Bevölkerung eine ,,Zivilregierung'' unter dem Ministerpräsidenten Özal bescherte, halten Menschenrechtsverletzungen und Folterungen an. Amnesty International belegte jüngst in einer Broschüre eine Reihe von grausamsten Folterungen. Ein Vertreter der sozialdemokratischen SODEP bezeichnete unlängst das Polizeipräsidium in Ankara als den Ort mit der wohl höchsten Selbstmordrate, nachdem allein in den ersten Monaten 1985 mehrere Menschen dort nach offizieller Version ,,Selbstmord'' begangen hatten. Schritte zur ,,Redemokratisierung'' finden wohl eher in den Reden westlicher Politiker als in der türkischen Realität statt.

Ende Juni wurde nach heftigen Debatten das neue Polizeigesetz verabschiedet. Bis ins fünfte Jahr nach der Machtübernahme durch die Militärs herrschte in der Häfte der Provinzen Kriegs- bzw. Ausnahmerecht. Das neue Polizeigesetz institutionalisiert diesen Zustand, indem weitreichende Befugnisse des Militärs an die Polizei übertragen werden. Die Polizei kann nun das tun, was bisher von Militärs und Jandarma praktiziert wurde: willkürliche Verhaftungen, Aufbrechen von Wohnungen, Durchsuchungen bei Vereinen, Organisationen, usw. Todesschüsse und Folterungen werden geradezu legalisiert, denn eine gerichtliche Verfolgung schießwütiger Polizisten wird ausdrücklich untersagt. Der Polizei wird das Recht eingeräumt, bereits im Gefängnis Einsitzende für 15 Tage erneut zur Vernehmung vorzuladen. Durch diesen Rückgriff auf die Gefangenen schweben z.B. die in Lebensgefahr, die vor Gericht über erlittene Folterungen berichten.

Das neue Polizeigesetz ist die Festschreibung des bisherigen Zustandes mit dem Unterschied, daß die Kompetenzen auf die Polizei übertragen wurden. Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang der scharfe Protest der politischen Kräfte von der sozialdemokratischen SODEP und HP bis hin zur rechten MDP. Diese Kräfte liefen gegen ,,die Einführung des Polizeistaates'' Sturm, obwohl sie der Repression unter den Militärs meist schweigend zugestimmt hatten. Der Grund für die widersprüchliche Haltung der zivilen bürgerlichen Kräfte dürfte darin liegen, daß die Bevölkerung auf Dauer mit den stereotypen Mahnungen vor ,,der Rückkehr zu Anarchie und Terror'' nicht zufrieden ist und die bürgerliche Opposition ihre Zeit gekommen sieht, sich als Kämpfer für die Demokratie in Erinnerung zu bringen.

### Amnestie und Belohnung für Kronzeugen

Gegenwärtig sitzen etwa 70.000 Verurteile und Untersuchungshäftlinge in den türkischen Knästen, davon rund 6.000 politische Gefangene. Diese Zahl wird in der nächsten Zeit ansteigen, da die Zahl der Angeklagten in den politischen Massenprozessen weit über 10.000 liegt. In den letzten beiden Jahren ist schon ein Großteil derjenigen entlassen worden, die nur ein Strafmaß von 1 - 5 Jahren zu erwarten hatten.

1983 beendete Juntachef Evren die damalige Diskussion um eine Amnestie mit dem Verweis auf die Verfassung. Doch insbesondere die Angehörigen der politischen Gefangenen machten unermüdlich mit Aktionen und Demonstrationen auf die Situation in den Gefängnissen aufmerksam und gewannen so große Sympathie für die Forderung nach Amnestie. ,,Leert die Kerker — Generalamnestie'' war die zentrale Parole der Menschen auf zwei Demonstrationen in Ankara und Istanbul.

Im Mai dieses Jahres wurde ein sog. ,,Reuegesetz'' erlassen, das denjenigen sehr weitreichende Zusicherungen gewährt, die als Kronzeugen vor Gericht auftreten wollen. Straferlaß, Gesichtsoperationen oder Versetzung in den Auslandsdienst wird für die Kollaboration mit der Regierung geboten. Das Regime scheint sehr viel Wert darauf zu legen, daß sich Oppositionelle öffentlich und damit propagandistisch auswertbar vom Widerstand distanzieren.

Zeitgleich brachte die regierende ANAP den Vorschlag für eine ,,begrenzte Amnestie'' ein. Unter diese Amnestie sollten im wesentlichen die rechten politischen Gefangenen fallen und sämtliche Spielarten von Wirtschaftskriminalität, Steuerhinterziehung und Betrug.

Die Gefängnisse sind überfüllt, und die Diskussion um die Amnestie ist wieder in der Öffentlichkeit entflammt. Im Parlament wurde eine Kommission mit der Aufgabe eingesetzt, einen Entwurf für die Amnestie vorzubereiten, die jedoch alle politischen Gefangenen ausschließen sollte. Die sozialdemokratischen Kräfte SODEP und HP fordern eine ,,umfassende'' Amnestie, die jedoch die politischen Gefangenen ausschließen soll, die eine Gewaltanwendung gegen den Staat befürworten. Spätestens zum Jahrestag der Republik soll ein Amnestiegesetz verabschiedet werden.

Unsere uneingeschränkte Solidarität muß allen revolutionären und demokratischen Gefangenen gelten: **Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Türkei — Generalamnestie!**

**Chondrula/Hamburg**

**Demonstration gegen die Militärdiktatur in der Türkei**
**Samstag, 7.9.85 um 11 Uhr**
**Köln, Ebertplatz**

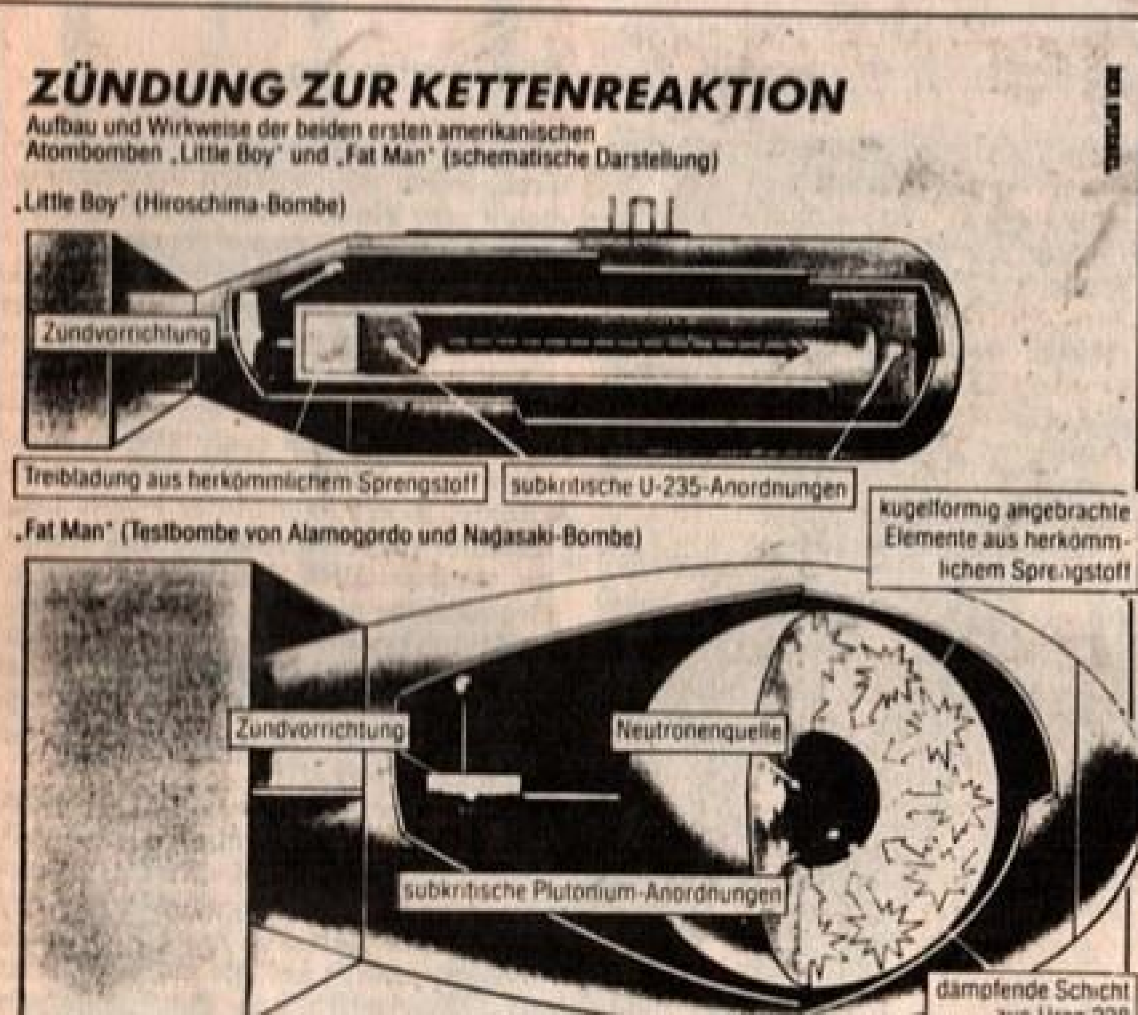
**Spendenaufruf für die politischen Gefangenen in der Türkei**



Fünf Jahre nach dem Putsch sitzen immer noch 6.000 politische Gefangene in den Knästen der Türkei — im ganzen Land und in Kurdistan werden immer noch Massenverhaftungen durchgeführt. Die Gefangenen brauchen unsere Solidarität. Diejenigen, die nach jahrelanger Haft freigelassen werden, sind oft durch die Haftbedingungen und Folterungen krank und müssen behandelt werden. Auch sind die Anwaltskosten in den Massenprozessen von den Angehörigen der Gefangenen nicht aufzubringen.

Benötigt werden vor allem **regelmäßige** Spenden! Wir haben daher einen Solidaritätsfonds eingerichtet und fordern Euch auf, diese Arbeit durch einen monatlichen Beitrag von 10,- DM zu unterstützen.

**Spendenkonto:**
**Katharina v. Kerssenbrock**
**Kto.-Nr. 1201/469267 (BLZ 200 505 50)**
**Hamburger Sparkasse**




Bei der über Hiroschima abgeworfenen Uran-Atombombe wurden im Augenblick der Zündung die beiden „subkritischen" Anordnungen aus Uran 235 durch eine Art Kanonenrohr mit Hilfe einer herkömmlichen Treibladung zur „überkritischen" Masse vereint, in der die Kettenreaktion in millionstel Bruchteilen von Sekunden ablief. Bei der in Alamogordo getesteten und in Nagasaki erstmals eingesetzten Plutonium-Bombe mußten die Wissenschaftler eine andere Anordnung wählen. Um ein vorzeitiges Auseinanderfliegen und Verpuffen des Plutoniums zu verhindern, umgaben sie die beiden subkritischen Plutonium-Halbkugeln mit einer kugelförmigen Anordnung von gleichgeformten Ladungen herkömmlichen Sprengstoffs sowie einer dämpfenden Schicht aus Uran 238. Nach der Zündung preßten diese Sprengladungen die beiden Plutonium-Halbkugeln zur überkritischen Masse zusammen, die Neutronenquelle im Innern setzte die atomare Kettenreaktion in Gang.

# Wie funktioniert eine Atombombe?

Das Prinzip der Atombombe beruht auf dem Prinzip der Spaltung von Atomkernen (oder bei der Wasserstoffbombe auf dem der Verschmel-

auf dem Prinzip der Spaltung von Atomkernen (oder bei der Wasserstoffbombe auf dem der Verschmel-

zung), wobei ein Teil der Masse direkt in Energie umgesetzt wird. Schwere Atomkerne haben eine größere Instabilität als leichte, besonders dann wenn im Kern die Anzahl der Protonen und Neutronen unterschiedlich ist. Das führt dazu, daß in der Natur schwere Atome, Uran oder noch größere, ohne äußere Einwirkung zerfallen. In einem solchen Prozeß entstehen zwei kleinere Atome (beim Uran beispielsweise Barium), eine Reihe von freien Neutronen und Energie hauptsächlich in Form von Wärme und Strahlung. Diesen Vorgang nennt man Radioaktivität, die entsprechenden Stoffe radioaktiv. Der Zeitraum, in dem von einem beliebigen Zeitpunkt aus gesehen, die Hälfte des Stoffes zerfällt, ist immer gleich und wird Halbwertzeit genannt. Diese bewegt sich je nach Stoffen zwischen Stunden, Tagen oder in kosmischen Größenordnungen.

Dieser Vorgang, die Spaltung eines Atom, kann auch künstlich durch das Beschießen mit Neutronen hervorgerufen werden. Dabei werden wiederum Neutronen frei (bei der Uranspaltung bis zu zehn), die wieder weitere Spaltungen hervorrufen (Kettenreaktion).

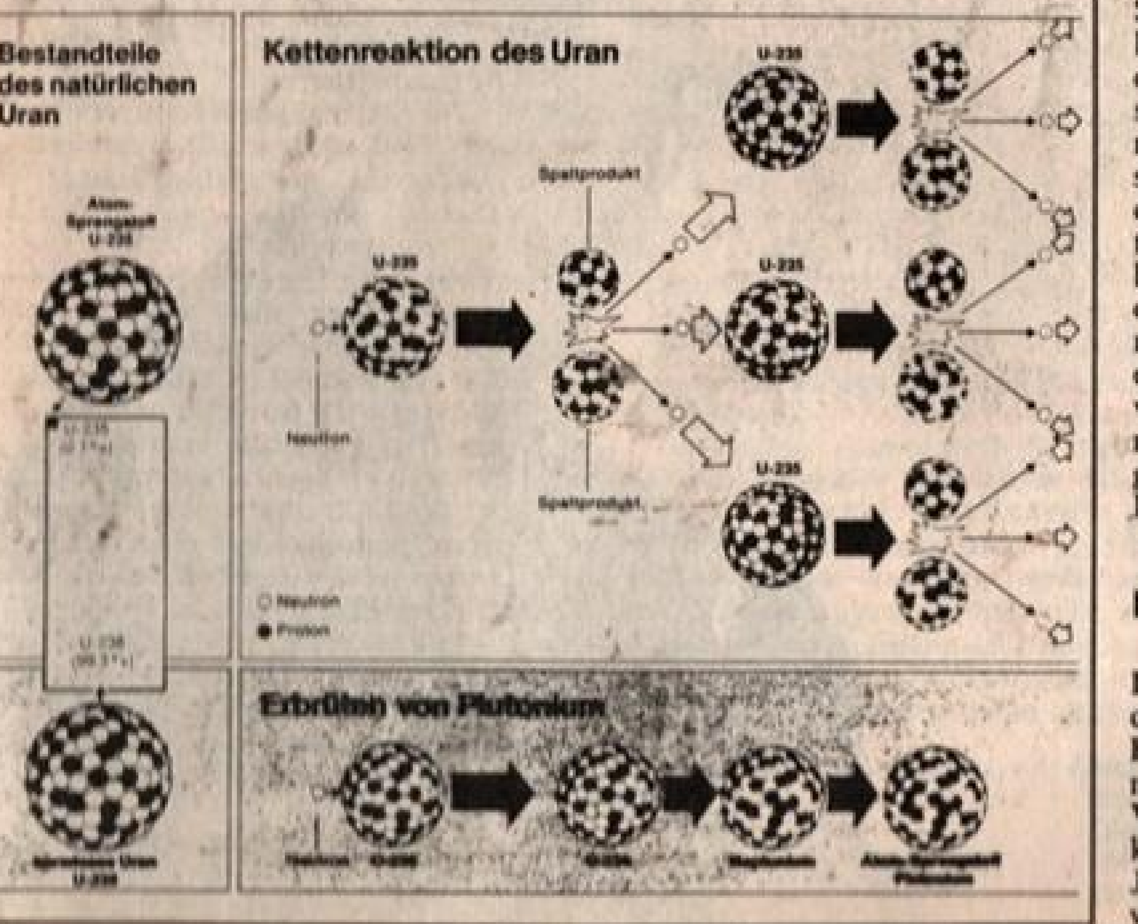
Der entscheidende Schritt hin zur Bombe besteht nun darin, eine schnell ablaufende Kettenreaktion zu erzeugen, die das gesamte Material in Bruchteilen von Sekunden spaltet. Es wurde festgestellt, daß bei geringen Mengen spaltbaren Materials, man verwendete damals wie heute vor allem Uran und Plutonium, der größte Teil der frei werden-

rials, man verwendete damals wie heute vor allem Uran und Plutonium, der größte Teil der frei werden-

den Neutronen wirkungslos in die Luft gestrahlt werden. Erst ab einem bestimmten Verhältnis von Masse und Volumen verbleiben soviel freiwerdende Neutronen im Inneren der Masse, daß aus einer Spaltung mehr als eine weitere folgt (das ist dann die Voraussetzung für die Potenzierung des Spaltvorgangs). Dies nennt man die kritische Masse, wobei das ideale Verhältnis zum Volumen bei der Kugel erreicht wird. Dieser Faktor, kritische Masse, liegt bei Uran und Plutonium bei ca. 5 kg.

In der Atombombe werden zwei Teilmassen, die jeweils unterhalb der kritischen Masse liegen, zusammengesprengt, sodaß die Gesamtmasse oberhalb der kritischen Masse liegt und so eine Kettenreaktion möglich ist. Teilweise wird der Spaltungsvorgang noch durch eine zusätzliche Neutronenzündung beschleunigt.

Die dabei freiwerdende Energie ist gegenüber herkömmlichen Sprengstoffen gigantisch. Allein mit einer Uranbombe von 5 kg erreicht man eine Energiefreisetzung von 10.000 Tonnen des normalen Sprengstoffs. Um die Größenordnungen in etwa zu erfassen, sei hier nur darauf hingewiesen, daß diese Energieumwandlung mit der fast schon legendären Formel von Einstein $E = m \cdot c^2$ berechnet werden kann, wobei E die Energie ist, m die umgewandelte Masse und c die Lichtgeschwindigkeit (ca. 300.000 Km/h).




# »The Culmination of three Centuries of Physics«

## Vor 40 Jahren: Abwurf der ersten Atombombe über Hiroshima

***„Als Messeoffizier Charles Perry um 10.30 hörte, daß der Schlag erfolgreich war, wandte er sich an seine Köche und rief: ‚Die Party geht los!'. Die Küchenräume der 509ten wurden das Zentrum der Aktivitäten von Charles Perry zur Vorbereitung der Feier für die Heimkehr der Sieger. Seine Leute bereiteten Hunderte von Pasteten für einen Freß-Wettbewerb, stellten Riesenmengen Bier und Limonade kalt, produzierten Tausende von hot dogs, schnitten Fleisch und Salami für sandwiches, mischten Kartoffel- und Obstsalate."***

**Vier Flaschen Freibier ohne Rationskarten für jeden wurden spendiert. Es gab hot music, einen jitter bug Wettbewerb und abends einen Film mit Sonja Henie und Michael O'Shea. Rat an die Partygäste auf dem Einladungszettel: *„Zieht euch alte Klamotten an!"*. (1)**

Schauplatz der Party war die Pazifikinsel Tinian. Anlaß der Freude war die Premiere einer völlig neuen Bombe, die um 8.16 am Morgen des 6.August 1945 präzis ins Zentrum der japanischen Stadt Hiroschima abgeworfen worden war. Seit September 1944 war die nur zu diesem Zweck gebildete Spezialeinheit, die 509th Composite Group, perfekt auf ihre Aufgabe vorbereitet worden. Zuerst auf einem Luftwaffenstützpunkt im US-Staat Utah, dann mit einem vierwöchigen Spezialtraining auf Kuba, und seit Anfang Juli 1945 befanden sich die Bombercrews mit ihren B-29 auf Tinian.

Spezialtraining auf Kuba, und seit Anfang Juli 1945 befanden sich die Bombercrews mit ihren B-29 auf Tinian.

Hier war seit der Einnahme durch US-Truppen im August 1944 der größte Stützpunkt für die Bombardierung Japans aufgebaut worden. Von Tinian aus startete am 9.August 1945 erneut eine Gruppe von B-29, um die zweite Atombombe auf eine japanische Stadt zu werfen. Es traf die Bevölkerung von Nagasaki, weil das erste Ziel auf der Liste, die Stadt Kokura, unter dichten Schlechtwetter-Wolken lag. Damit war der Vorrat an einsatzbereiten Atombomben erschöpft. Eine dritte Bombe hätte erst Ende August oder Anfang September zur Verfügung gestanden. Auf der Liste möglicher Ziele befanden sich noch die Städte Kokura und Niigata. Aber auch ein Abwurf über Tokio war in der Diskussion. Am 14.August kapitulierte Japan.

Der 40.Jahrestag der Vernichtung Hiroschimas bietet Anlaß für Mahnungen aller Seiten, daß „dies" sich niemals wiederholen dürfe. Je nach Standort und Interessenlage erfahren wir, daß der Einsatz zweier Atombomben den Krieg beendet und damit Hunderttausenden das Leben gerettet habe, oder daß er militärisch überflüssig und verbrecherisch war. Japan sei schon vorher reif zur Kapitulation gewesen. Der Einsatz der Atombombe habe nur politischen Zwecken gedient, vor allem der Einschüchterung und Erpressung der Sowjetunion.

Beide Interpretationen gehen an der Tatsache vorbei, daß die militärische Anwendung der Atombombe nicht allein und nicht einmal hauptsächlich von den konkreten Bedingungen im Sommer 1945 aus zu verstehen ist: Allerspätestens seit 1942 war es das Ziel der US-Regierung, die Atombombe schnellstmöglich zu produzieren und militärisch einzusetzen. Die bloße Tatsache der Arbeit an dieser Waffe wurde vor dem damaligen Kriegsverbündeten, der Sowjetunion, bis zuletzt absolut geheimgehalten. Daraus ergibt sich eindeutig die strategische Absicht, nach Abschluß des 2.Weltkriegs über eine qualitativ völlig neue Waffe zu verfügen, die den USA entscheidende militärische und politische Vorteile gegenüber der Sowjetunion als neuem Hauptkonkurrenten sichern sollte.

### Die Atomlücke wird entdeckt

Die Aufnahme der ersten Arbeiten für die amerikanische Atombomben-Entwicklung 1939 wurde begründet mit der Furcht, daß Deutschland einen Vorsprung auf diesem Gebiet haben könnte und vielleicht schon in wenigen Jahren über Atombomben verfügen würde. Was dies in Verbindung mit der zu jedem Verbrechen und Risiko bereiten Machtpolitik der NS-Regierung bedeutet hätte, ist offensichtlich. Hartnäckig wird in diesem Zusammenhang die Legende weitergetragen, der Bau der Atombombe sei von Einstein in einem Brief an Roosevelt empfohlen worden. Einstein hat diesen Brief nicht geschrieben, sondern lediglich auf Drängen befreundeter Physiker unterzeichnet. Der Bau der Atombombe wird darin nicht explizit vorgeschlagen. Nicht einmal Spekulationen über den Stand der Arbeiten in Deutschland werden dort angestellt, sondern nur auf die Tatsache verwiesen, daß die NS-Regierung den Export von Uranerz aus der besetzten Tschechoslowakei eingestellt hatte.

Inzwischen ist nachgewiesen, daß es den deutschen Atomforschern zwar nicht unbedingt an schlechtem Willen zur Arbeit an der Atombombe fehlte, aber daß auf dem Weg dorthin wenig investiert und wenig erreicht wurde. (2) Ob Deutschland überhaupt dazu fähig gewesen wäre, unter dem Druck zunehmender Kriegslasten riesige Finanzmittel und ein Heer von Beschäftigten auf die Arbeit an einem Projekt mit ungewissen Erfolgsaussichten anzusetzen, ist zu bezweifeln. Es ist bezeichnend, daß Hitler erstmals und nur höchst oberflächlich im Juni 1942 über das Thema informiert wurde, während Roosevelt sich seit Ende 1939 ständig über den Gang der Forschungen und Arbeiten auf dem Laufenden halten ließ.

Die Arbeiten bis zur Einsatzbereitschaft der ersten Atombomben kosteten über 2 Milliarden Dollar - gemessen an den damaligen Rüstungsausgaben der USA eine riesige Summe, und ein Vielfaches von dem, was man zu Anfang der Arbeiten vorausgeschätzt hatte. In der direkten Produktion wurden zeitweise über 200.000 Menschen beschäftigt; vielfältige Zuliefer-Arbeiten kamen hinzu. Es war bei weitem das größte und teuerste militärische Projekt, das es weltweit bis dahin gegeben hatte. Und dieses gigantische Unternehmen wurde strikt geheimgehalten, also auch der parlamentarischen Ausgaben-Kontrolle entzogen. Der spätere Präsident Truman, so wird berichtet, sei 1944 als Abgeordneter auf den geheimnisvollen großen Ausgabenposten gestoßen und habe peinliche Nachfragen gestellt; er habe sich dann aber mit der Auskunft zufrieden gegeben, daß es sich um eine kriegswichtige Geheimsache handele. Dieses Projekt war überhaupt nur unter Kriegsbedingungen möglich, und wohl auch nur unter den Bedingungen dieses konkreten Krieges gegen einen extrem verabscheuungswürdigen Gegner. Anders als in den Jahren nach 1945 waren bis zum Zweiten Weltkrieg die Militärausgaben der USA in Friedenszeiten gleichbleibend minimal gewesen.

Die Öffentlichkeit ist seither daran gewöhnt, daß in den USA jeder eigene qualitative Sprung in der Aufrüstung mit Furcht vor einem Vorsprung des Gegners gerechtfertigt wird. Mal ist es die Raketen-Lücke, mal die SS-20, dann wieder das Fenster der Verwundbarkeit und die beängstigende sowjetische Überlegenheit im Weltraum. Bereits die Aufnahme der Arbeiten an der Wasserstoffbombe nach 1945 wurde mit der völlig absurden Propaganda-These begründet, die Sowjetunion könnte an dieser Waffe arbeiten. (Tatsächlich brauchte die Sowjetunion noch bis 1949, um eine erste Atombombe zu testen, und das war eine unvermeidliche Voraussetzung für den Bau einer Wasserstoffbombe).

Im Unterschied zu den späteren Vorgängen gingen jedoch 1939 die Warnungen vor einer künftigen deutschen Atombombe weder von den Militärs noch von interessierten Rüstungsproduzenten aus. Sie kamen in erster Linie von Physikern, die aus Europa in die USA emigriert waren, wie den Ungarn Leo Szilard, Eugene Wigner und Edward Teller (Teller wurde später zum „Vater der Wasserstoffbombe"), und dem Italiener Enrico Fermi. Es kann unterstellt werden, daß ihre Sorge vor einer Vergewaltigung der Welt durch deutsche Atomwaffen echt war. Viele von ihnen wandten sich 1945 gegen den Abwurf der Bombe auf japanische Städte oder wollten mindestens eine demonstrative Warn-Explosion vor internationalen Beobachtern in einer unbewohnten Gegend vorschalten, um den Japanern noch eine Chance zur Kapitulation zu geben. Indessen vereinfacht auch die Behauptung, „die Väter der Bombe" hätten sich allesamt schaudernd von ihrem Werk abgewendet, die Dinge unzulässig: Oppenheimer, Fermi, Compton und Lawrence empfahlen im Juni 1945 ausdrücklich den „direkten militärischen Einsatz" der Bombe anstelle einer Demonstrations-Explosion. Teller wurde wenig später zum „Vater der Wasserstoffbombe".



Projektleiter Groves im Gespräch mit dem Bankier Alexander Sachs, der 1939 den ersten Kontakt zwischen den Atomphysikern und Präsident Roosevelt vermittelt hatte.

### Hat Hitler die Bombe ?

Zumindest bis ins Jahr 1943 wurde in den Kreisen, die über das Thema informiert waren, an der Version festgehalten, man wisse über mögliche Arbeiten am gleichen Gegenstand in Deutschland überhaupt nichts, und Hitler könne vielleicht schon 1944, sogar noch vor den USA, Atomwaffen zur Verfügung haben. Inzwischen, nämlich 1942, waren in den USA die nötigen Schritte getan worden, um die Arbeit an der Atombombe aus dem vergleichsweise bescheidenen Forschungsstadium in die Dimension der kostenintensiven Großproduktion unter direkter militärischer Kontrolle zu überführen. Bis November 1941, einen Monat vor dem Kriegseintritt der USA, waren 16 Einzelprojekte mit einem Gesamtwert von 300.000 Dollar genehmigt worden. 1942 gab es einen sprunghaften Ausgaben-Anstieg auf über 16 Millionen Dollar, und 1943 einen zweiten Sprung auf 345 Millionen. Die vorläufige Spitze wurde 1944 mit 940 Millionen erreicht.(3)

Kann für die 1942 getroffene strategische Entscheidung, die Arbeiten an der Bombe qualitativ und quantitativ enorm auszuweiten und so mit einiger Unvermeidlichkeit den Kriegseinsatz von Atomwaffen anzusteuern, tatsächlich noch die gleiche Furcht vor der deutschen Bombe geltend gemacht werden, die 1939 real bestanden hatte und begründbar gewesen war? Einige Überlegungen zu dieser Frage: Begründet mit der Notwendigkeit zur maximalen Geheimhaltung des gesamten

Fortsetzung von vorheriger Seite

Unternehmens waren für Entwicklung und Anwendung der Atombombe spezielle, hochzentralisierte Entscheidungsstrukturen geschaffen worden. Das bedeutete zum Beispiel, daß im militärischem Führungssektor in erster Linie Kriegsminister Henry Stimson und Stabschef George Marshall voll informiert waren, jedoch anscheinend nicht das zentrale Gremium, die Joint Chiefs of Staff (JCS). Praktisch hatte das zur Folge, daß die gesamte strategische Planung der Kriegsoperationen niemals die künftige Verfügbarkeit von Atomwaffen berücksichtigte. Das gilt selbst für den letzten strategischen Plan vom Juni 1945, der Landungen in Japan im November 1945 und im März 1946 vorsah, ohne die Atombombe überhaupt zu erwähnen.

Trotzdem muß die Verfügbarkeit von Atomwaffen selbstverständlich ein strategischer Faktor von erheblicher Bedeutung gewesen sein. Erst recht, falls man ernsthaft von dem Risiko ausging, es könnte auf diesem Gebiet einen Wettlauf mit Deutschland geben: Hätte Deutschland deutlich früher als die USA Atomwaffen einsetzen können, bestand sogar die Gefahr eines ungünstigen Kriegsausgangs. Kein Zweifel also, daß die militärischen Geheimdienste der USA (und Großbritanniens) sich über den Stand der Dinge größtmögliche Kenntnis zu verschaffen suchten. Vermutlich waren diese Kenntnisse präziser, als es aus den bisher bekannten Darstellungen hervorgeht. Außerdem muß es Wege der Informationsvermittlung zwischen den Geheimdiensten einerseits und den Entscheidungsstrukturen für das Bomben-Projekt andererseits gegeben haben. Der Leiter des Atombomben-Projekts, Groves, schreibt, daß zunächst die verschiedenen Geheimdienste separat zu Atom-Fragen gearbeitet hätten. Im Herbst 1943 jedoch wurde die gesamte geheimdienstliche Arbeit für diesen Bereich der Kontrolle durch Groves unterstellt.(4)

Ebenso müssen bei den Stabschefs einige Informationen über den Stand des Atomprojekts im eigenen Land wie auch beim Gegner vorgelegen haben. Denn die langfristige Zeitplanung mußte diesen Faktor berücksichtigen. Nun ist bekannt, daß die Gesamtstrategie der USA (und Großbritanniens) die direkte Intervention in Europa eher verzögert als beschleunigt hat. Die entscheidende Landung in Frankreich („Zweite Front") wurde mehrfach verschoben, und noch 1944 hatten die USA gegen Japan mehr Kräfte im Einsatz als in Nordafrika und Europa. Es gibt die politische Deutung, daß die Westalliierten die Eröffnung der „Zweiten Front" aus politischen Gründen verschleppt hätten, weil ihnen an der nachhaltigen Schwächung der Sowjetunion gelegen war: Die So-

(„Zweite Front") wurde mehrfach verschoben, und noch 1944 hatten die USA gegen Japan mehr Kräfte im Einsatz als in Nordafrika und Europa. Es gibt die politische Deutung, daß die Westalliierten die Eröffnung der „Zweiten Front" aus politischen Gründen verschleppt hätten, weil ihnen an der nachhaltigen Schwächung der Sowjetunion gelegen war: Die So-

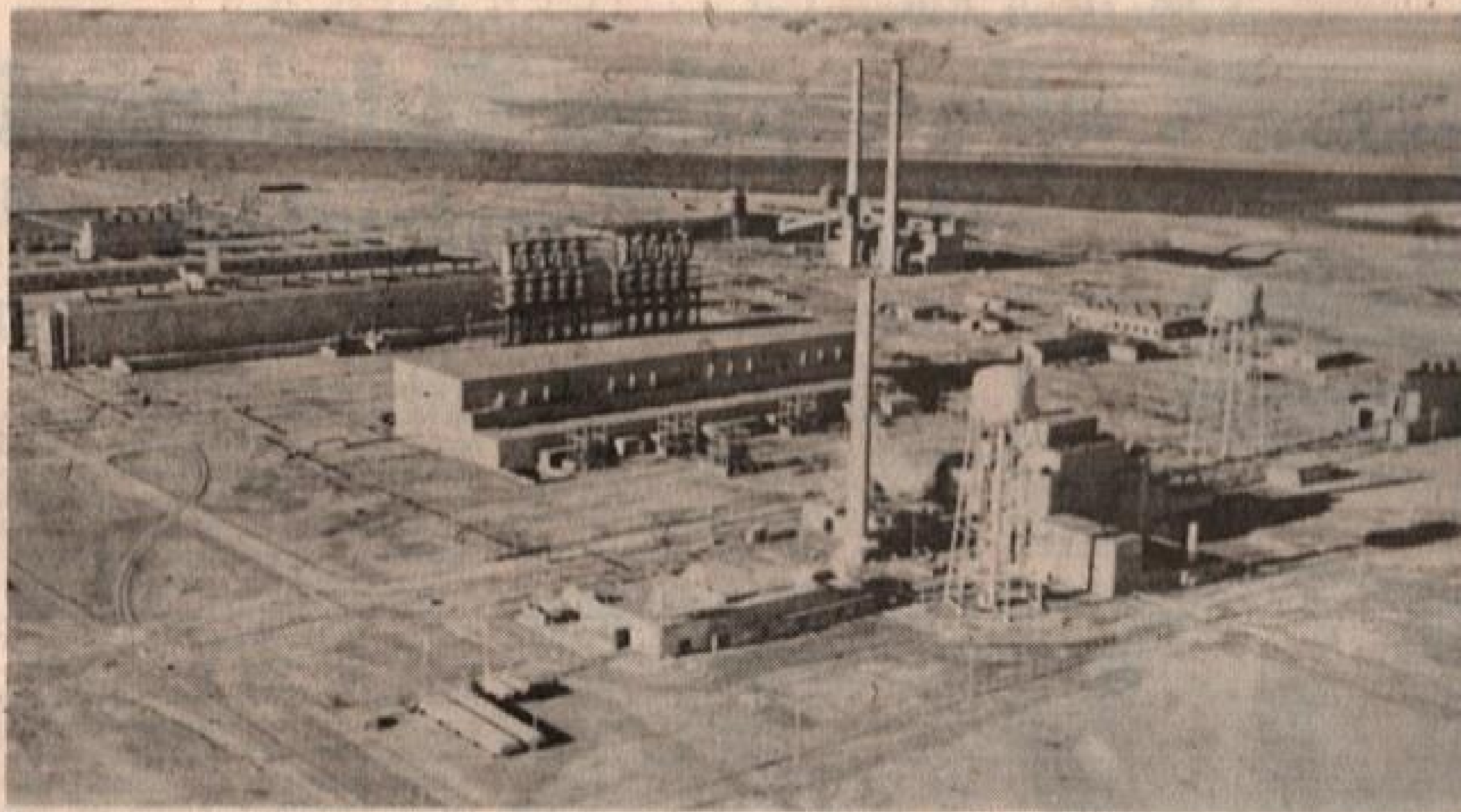
wjetunion trug mit Abstand die Hauptlasten des Krieges und drängte seit langem auf Entlastung durch die Westalliierten.

Auch wenn man diese Deutung nicht akzeptiert, bleibt festzustellen, daß die Strategie der USA in dieser Sache von starkem Sicherheitsdenken und vom Prinzip der Minimierung eigener Verluste bestimmt war. Diese Strategie wäre jedoch unverhältnismäßig riskant gewesen, falls die Gefahr einer deutschen Atombombe bestanden hätte. Anders gesagt: Hätten die USA sich mit der Landung in Frankreich bis zum Juni 1944 Zeit gelassen, wenn sie 1942/43 noch ernsthaft befürchtet hätten, es könne auf atomarem Gebiet einen deutschen Vorsprung oder auch nur Gleichstand geben? Die amerikanische Strategie machte nur deshalb Sinn, weil man sicher sein konnte, daß die Zeit gegen die gegnerische Kriegskoalition arbeitete. Die Betonung liegt auf dem Wort „sicher".

### Manhattan Project

Im Oktober 1939 wurde auf Veranlassung von Roosevelt das Advisory Committee on Uranium (kurz: Uranium Committee) gebildet, das die Forschungsarbeiten beaufsichtigen und dem Präsidenten Bericht erstatten sollte. Im Juni 1940 wurde das Komitee dem neugebildeten National Defense Research Committee (Verteidigungsforschung) unterstellt. Das NDRC gehörte zu der Vielzahl von Zentralstellen, die nach dem deutschen Überfall auf Polen, aber noch vor dem direkten Kriegseintritt gegründet wurden, um die US-Wirtschaft auf den Krieg umzustellen. Somit war NDRC-Chef Vannevar Bush nächst dem Präsidenten der Verantwortliche für die Atomwaffen-Forschung.

Im Juni 1941 wurde, gleichfalls unter Bush als Director, als übergreifende Behörde das Office of Scientific Research (OSRD) gebildet, dem das NDRC und auf diesem Wege auch das Uranium Committee angegliedert waren. Im November 1941 wurde das Komitee aus dem NDRC herausgelöst und direkt dem OSRD unterstellt. Es war inzwischen, in veränderter Besetzung, zur Uranium Section (oder S-1) des OSRD geworden. Leiter von S-1 wurde James Conant, zugleich neuer Chef des NDRC.



Plutonium-Produktionsanlage in Hanford

Im Oktober 1941 bildete Roosevelt als höchstes Kontroll- und Entscheidungsgremium für das Bomben-Projekt die Top Policy Group. Sie bestand aus Roosevelt, seinem damaligen Vizepräsidenten Wallace, Kriegsminister Stimson, Stabschef Marshall sowie Bush und Conant. In Sachen Atomwaffen war damit eine überparlamentarische, nahezu diktatorische Instanz geschaffen worden.

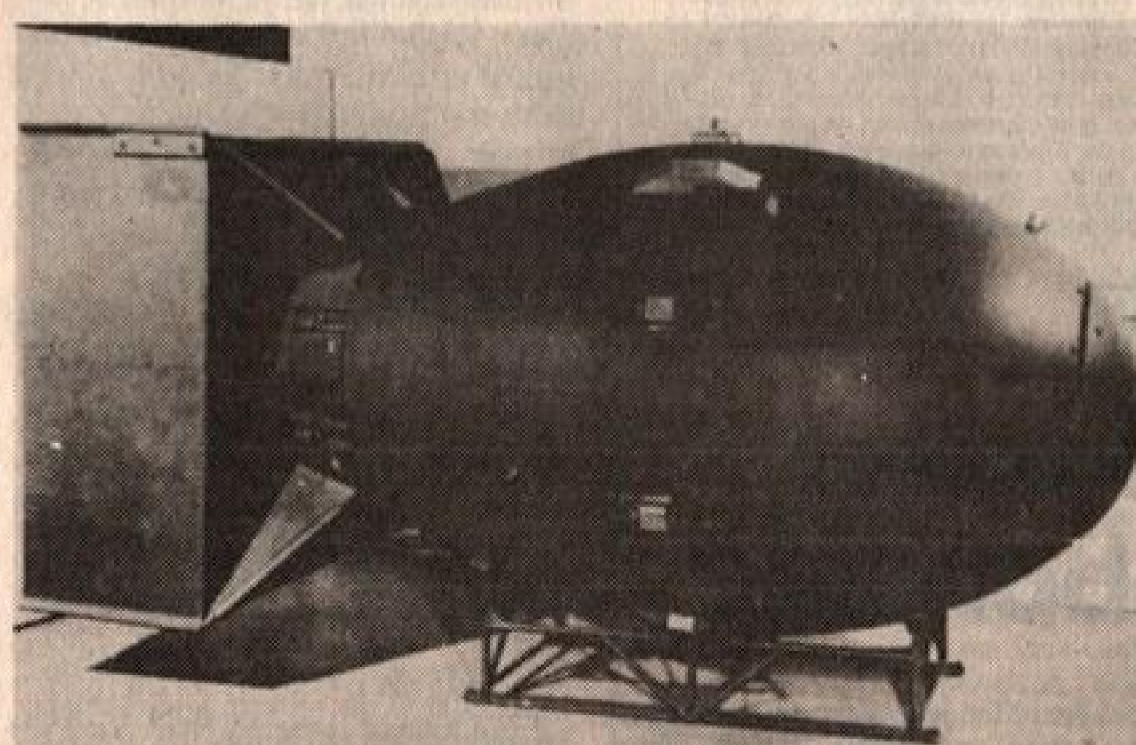
Im Sommer 1942 folgte zum einen eine erhebliche Ausdehnung des Projekts, und zum anderen seine direkte Anbindung an die Armee: Innerhalb des Corps of Engineers (5) wurde eigens ein neuer Bezirk geschaffen, genannt Manhattan District, weil das Hauptbüro in New York war. Er war für alle militärischen Aspekte der Sache zuständig, und die Arbeit an der Atombombe erhielt nun den Tarnnamen Manhattan Project. Im September 1942 wurde der Manhattan Engineer District der Leitung von Lieutenant General Leslie Groves unterstellt. Praktisch bedeutete das, daß Groves für sämtliche Teile des Vorgangs — vom Bau der Fabrikanlagen und der Produktion bis zur konkreten Einsatzplanung — unmittelbar verantwortlich

Atombombe erhielt nun den Tarnnamen Manhattan Project. Im September 1942 wurde der Manhattan Engineer District der Leitung von Lieutenant General Leslie Groves unterstellt. Praktisch bedeutete das, daß Groves für sämtliche Teile des Vorgangs — vom Bau der Fabrikanlagen und der Produktion bis zur konkreten Einsatzplanung — unmittelbar verantwortlich

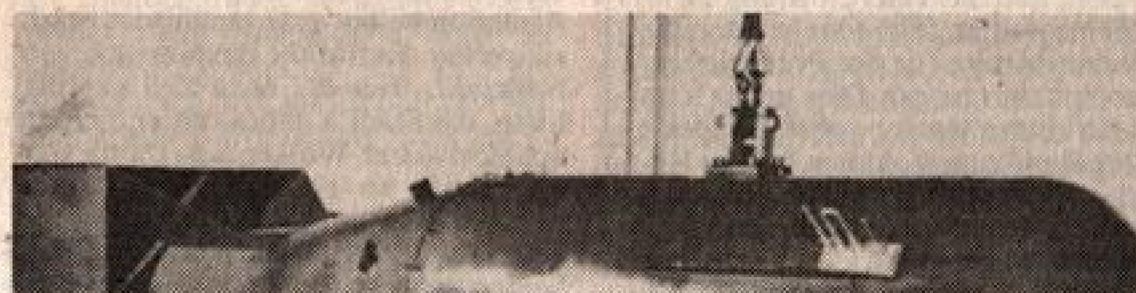
war. Selbst um fernere Dinge wie die Auswahl von Grundstücken, die Kontrolle der geheimdienstlichen Zuarbeit (s.o.) und die Sicherung möglichst großer Uran-Bestände für die USA kümmerte sich Groves. Ihm übergeordnet war nur noch die Top Policy Group. An Groves' politischem Standort besteht kein Zweifel: *„Nachdem ich zwei Wochen zuständig für dieses Projekt war, gab es für mich nie eine Illusion darüber, daß Rußland unser Feind ist. Auf dieser Grundlage wurde das Projekt betrieben. Ich war überhaupt nicht einverstanden mit der Stimmung im ganzen Land, daß Rußland ein ritterlicher Verbündeter sei...".* (6)

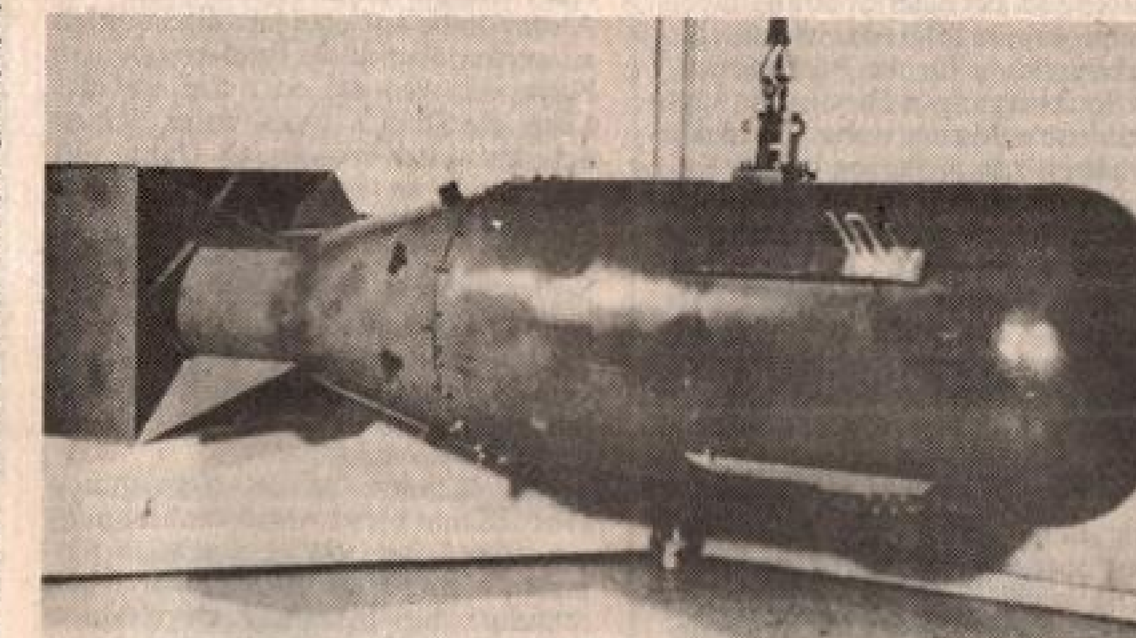
Menschen, die mit Groves zu tun hatten, bezeichneten ihn auch als Antisemiten und Faschisten, was vermutlich emotionale Übertreibungen sind, die dennoch einiges aussagen. Gewiß ist, daß Groves der Richtige auf diesem Platz war. Er war im Übrigen beispielsweise Pragmatiker genug, den jüdischen Physiker Oppenheimer 1942/43 als Leiter des Los Alamos-Komplexes zu stützen, als diesem Kontakte zu Kommunisten vorgeworfen wurden. Man muß es Groves glauben, wenn er in seiner Darstellung des Manhattan Project später schrieb: Für ihn habe es niemals den geringsten Zweifel gegeben, daß die Atombombe zum militärischen Einsatz bestimmt war, und daß dies auch für keinen der verantwortlichen Politiker, einschließlich Roosevelt, jemals zweifelhaft gewesen sei. (7)

Bis zum Herbst 1942 hatte sich die Arbeit an der Bombe nur auf der Ebene der Grundlagenforschung in einer Reihe von Labors entwickelt. Nun wurde es nötig und möglich, große Fabrikationsanlagen für die Produktion von angereichertem Uran (U-235) und von Plutonium zu bauen und zu betreiben. Ende 1943 waren wesentliche Anlagen betriebsfertig. In Los Alamos wurde seit Frühjahr 1943 unter Leitung von Robert Oppenheimer ein Zentrum geschaffen, das die vielen noch offenen Probleme des eigentlichen Bomben-Bau's bis zur Einsatzreife zu lösen hatte.



„Fat man", die Plutoniumbombe, die über Nagasaki detonierte (oben) und „Little Boy", die Uranbombe, die Hiroshima zerstörte (unten)





Es zeigte sich bald, daß man die anfallenden Kosten extrem unterschätzt hatte. So hatte man beispielsweise für die Anlagen in Oak Ridge (U-235-Trennung) 1942 noch mit 35 Millionen gerechnet. Tatsächlich beliefen sich allein die Baukosten dort auf rund 300 Millionen (bis Ende 1946), plus 200 Millionen Betriebskosten und weitere kleinere Aufwendungen.(8)

### Einsatzplanung

Wann und in welchem Umfang Atombomben zur militärischen Verwendung bereit sein würden, war im frühen Stadium der Arbeiten nur ungenau vorauszusagen. Es überwog die Erwartung, daß erste Bomben im Sommer 1944 zur Verfügung stehen könnten. Noch im April 1944 ging Groves in einem Bericht an den Kriegsminister davon aus, daß eine erste Bombe vielleicht noch Ende des Jahres fertig sein könnte, sicher aber in der ersten Jahreshälfte 1945. Diese Erwartung mußte im August 1944 korrigiert werden. Grund dafür waren in erster Linie Entwicklungsschwierigkeiten der Plutoniumbombe. Aber selbst jetzt noch wurde spekuliert, daß im Januar 1945 möglicherweise eine Bombe bereit sein könne.

Die Vorbereitungen für den militärischen Einsatz der Bombe hatten inzwischen längst begonnen. Als Trägerflugzeug war die B-29 vorgesehen: Nur sie, die „Superfortress", hatte die nötige Ladekapazität, um die überschweren und sperrigen ersten Bomben-Typen zu transportieren. Für einen Angriff auf die japanischen Inseln war die B-29 zudem der einzige Bomber mit der erforderlichen Reichweite. Die B-29 wurde erst im Sommer 1944 in den Krieg eingeführt. Sie war eine Neukonstruktion, die besonders auf den pazifisch-ostasiatischen Kriegsschauplatz zugeschnitten war und tatsächlich ausschließlich dort eingesetzt wurde. (9) Noch während die B-29 im Stadium der Testflüge und baulichen Veränderungen war (Ende 1943-Frühjahr 1944), wurden 15 Stück einer Sonderversion in Auftrag gegeben, die für den Abwurf von Atombomben geeignet sein sollte. Um dies zu ermöglichen, mußten an der Normalversion der B-29 noch erhebliche Umbauten vorgenommen werden. Im März 1944 begannen Tests, bei denen modifizierte B-29 mit Bombenmodellen operierten, die in Gewicht und Form schon so genau wie möglich den späteren Uran- und Plutoniumbomben entsprechen sollten. Schon 1943 war eine andere Voraussetzung des Atombomben-Abwurfs bis zur Test-Reife gelangt: ein spezieller Zünder, der die Explosion beim Erreichen einer bestimmten Entfernung vom Boden auslöste. Später auch für konventionelle Bomben benutzt, war er für die Atombombe ein absolutes „Muß".

Fortsetzung nächste Seite

vom Boden auslöste. Später auch für konventionelle Bomben benutzt, war er für die Atombombe ein absolutes „Muß".

Fortsetzung nächste Seite

*„The Culmination of three Centuries of Physics"*

(Isidor Rabi, Physiker und Mitarbeiter am Manhattan Project, über die Atombombe)

*Die einzige Sprache, die Tiere verstehen*

*„The only language they seem to understand is the one that we have been using to bombard them. When you have to deal with a beast you have to treat him as a beast."*

(Präsident Roosevelt an Samuel McCrea Cavert, 11.8.45. Zit. nach Barton J. Bernstein: Roosevelt, Truman and the Atomic Bomb...In: Political Science Quarterly, vol.90/1975)



Fortsetzung von vorheriger Seite

Im September 1944 begann die Aufstellung einer Spezialeinheit für den Atombomben-Einsatz, genannt 509th Composite Group. Sie bestand außer den Bomber-Besatzungen in Einheiten für Wartungsarbeiten und andere technische Hilfsdienste. Basis war der Luftwaffenstützpunkt Wendover/Utah.

Im Oktober 1944, sobald die ersten umgebauten B-29 in Wendover eingetroffen waren, begannen Tests und Übungsflüge. Dafür gab es nun explosive Übungsbomben, wieder mit den voraussichtlichen Abmessungen der ersten Atombomben. Die Bombercrews hatten sich in erster Linie in der Kunst zu vervollkommnen, diese Bomben aus großer Höhe mit maximaler Präzision in Zielkreise von wenigen Hundert Metern Radius zu werfen. Das war wichtig, weil später auch die Atombomben so genau wie möglich an die Zielpunkte plaziert werden sollten: Selbst bei dem realen absoluten Vernichtungsradius der ersten Atombomben von etwa einem Kilometer hätten Zielabweichungen von Tausend Metern oder mehr das gewollte Ergebnis deutlich beeinträchtigt. Zudem unterschätzte man 1944 die Kraft der ersten verfügbaren Bomben erheblich.

Im Januar 1945 wurden 10 Bomber der Spezialeinheit zu einem Training nach Kuba verlegt. Es ging vor allem um das Üben von längeren Flügen bei Dunkelheit und über offener See. Die restlichen 5 Bomber-Crews setzten das tägliche Training in Wendover fort.

Ebenfalls im Januar 1945 wurde die Marianen-Insel Tinian als Einsatzstandort der 509ten ausgewählt. Mehrmonatige Arbeiten begannen, um den vorhandenen Luftwaffenstützpunkt der zusätzlichen Aufgabe entsprechend herzurichten. Zur gleichen Zeit wurde in Los Alamos eine Abteilung gebildet, die sich mit nichts anderem als dem Transport und der Herrichtung der Bomben zum unmittelbaren Abwurf
in Los Alamos eine Abteilung gebildet, die sich mit nichts anderem als dem Transport und der Herrichtung der Bomben zum unmittelbaren Abwurf
zu beschäftigen hatte. Im Mai 1945 wurden die ersten Teile der 509ten von Wendover nach Tinian verlegt. Als Letzte folgten die Bombercrews mit ihren B-29 im Juli 1945. Zu Übungszwecken flogen sie nun Angriffe mit überschweren Bomben, die ähnliche Maße wie die Plutoniumbombe hatten, gegen Japan. Das sollte auch dazu dienen, die japanische Abwehr an einzeln operierende B-29 zu gewöhnen.

Am 16.Juli, dem zweiten Tag der Potsdamer Konferenz, wurde in Alamogordo/New Mexico testweise die erste Plutoniumbombe gezündet. Technischer Zweck dieses Tests war es erstens, sich Gewißheit über das lange Zeit problematische Zündsystem dieser Bombe zu verschaffen (10) , und zweitens die ersten empirischen Daten über Kraft und Wirkung der Bombe zu gewinnen. Diese übertraf mit dem Äquivalent von 20.000 Tonnen TNT (herkömml. Sprengstoff) die kühnsten Prognosen. Die Schätzungen hatten unmittelbar vor dem Test bei 1000 bis 5000 Tonnen TNT gelegen.

Die Tatsachen zeigen, daß seit 1944 eine militärische Eigendynamik in Gang gebracht worden war, die wenig zu tun hatte mit der konkreten Frage, unter welchen politischen Bedingungen die Bombenabwürfe schließlich stattfanden und ob sie überhaupt noch nötig gewesen wären.

## Zielplanung

Die Atombombe erwies sich in der Praxis als eine strategische Waffe, in dem Sinn, daß ihr zweimaliger Einsatz die politische Bereitschaft des Gegners zur Kapitulation herbeiführte oder zumindest vollendete. In dieser Funktion hatte man die neue Waffe ursprünglich nicht gesehen. Gedacht war, soweit es die erste verfügbare Generation der neuen Waffe anging, eher an eine Gefechtsfeldwaffe, also an ein taktisches System, wie man heute sagen würde. Man unterschätzte nämlich einerseits bei weitem die Kraft der Bombe (anfangs auf ein Zwanzigstel oder Vierzigstel des realen Werts), überschätzte hingegen das Tempo, mit dem eine grössere Anzahl von Atombomben produziert werden könnten.

Wie Alperowitz (siehe Literaturliste) schreibt, war die Atombombe noch zur Zeit der Jalta-Konferenz (Februar 1945) als taktische Waffe vorgesehen gewesen: Stabschef Marshall habe sie in Verbindung mit den geplanten Landungen auf den japanischen Hauptinseln verwenden wollen. Insgesamt 9 Bomben sollten gegen japanische Militärkonzentrationen eingesetzt werden, um die Landung der US-Truppen an mehreren Stellen der Insel Kyuschu zu erleichtern. Bereits im Mai 1943 hatte das Military Police Committee (11) sich mit Überlegungen beschäftigt, die erste Atombombe gegen die japanische Flotte einzusetzen. (12)

Diese Pläne gingen zwar davon aus, mit der Atombombe eine weit überlegene militärische Waffe zur Verfügung zu bekommen, zielten aber noch nicht auf die sofortige Beendigung des Krieges durch den abschreckenden Einsatz von ein oder zwei Bomben gegen Großstädte. Das bekannte Argument -man habe Hiroshima und Nagasaki vernichtet, um die japanische Regierung friedensbereit zu machen, und man habe dieses Ziel schließlich auch erreicht- stellt also lediglich eine scheinbar logische Sicht der Dinge aus dem Rückblick dar. Noch 1944 hat von den Verantwortlichen offenbar niemand angenommen, man könne mit lediglich zwei Atombomben den Gegner zur Kapitulation zwingen. Und dieses Ergebnis wäre wahrscheinlich auch nicht eingetreten, wenn Japans Kriegsfähigkeit Anfang August 1945 nicht ohnehin weitgehend zerrüttet gewesen wäre.

Im November 1944 wurde von Kriegsminister Stimson eine Arbeitsgruppe für die Zielplanung des Atombomben-Einsatzes gebildet, über deren Ergebnisse anscheinend nichts bekannt ist.(13) Präsident Truman setzte am 25.4. 45, kurz nachdem er die Nachfolge des am 12.4. gestorbenen Roosevelt angetreten hatte, das sog. Interim Committee (14) ein, das für alle Probleme des militärischen Einsatzes der Atombombe verantwortlich war. Konkret lag die Zielplanung vor allem bei Groves, der (in engem Kontakt mit dem Interim Committee, besonders mit Marshall und Oppenheimer) zunächst allgemeine Zielkriterien festlegte: Es sollte sich um Ziele mit militärischer Bedeutung handeln, wie etwa Hauptquartiere, Truppenkonzentrationen und Zentren der Rüstungsproduktion. Da die Bombenabwürfe auch maximale psychologische Wirkung erzielen sollten, wurden Stätten der Kriegsproduktion, die von Arbeiterwohngegenden umgeben waren, schließlich für die zweckmäßigste Zielgruppe gehalten. ,,*Um uns in die Lage zu versetzen, genau die Wirkungen der Bombe festzustellen, sollten die Ziele zuvor nicht durch Luftangriffe beschädigt worden sein. Außerdem war es wünschenswert, daß das erste Ziel so groß wäre, daß der gesamte Schaden innerhalb des Ziels liegen würde, damit wir mit Bestimmtheit die Kraft der Bombe feststellen könnten''*, schreibt Groves. (15) Auf Basis dieser Kriterien ergab sich im Mai 1945 eine Liste von vier Städten als potentielle Atombomben-Ziele: Kokura, Hiroschima, Niigata und Kyoto, die größte Stadt dieser Reihe. Kyoto wurde schließlich gegen den Protest von Groves, der dieses Ziel gerade wegen der durch Massen von Flüchtlingen noch verstärkten Bevölkerungsdichte bevorzugte, durch Nagasaki ersetzt: Kriegsminister Stimson wandte ein, daß die Vernichtung dieser Großstadt, die ein historisches und kulturelles Zentrum erster Ordnung war, die Nachkriegsbeziehungen zwischen den USA und Japan unerträglich belasten würde.

An die Luftwaffe ging ein Befehl, die als potentielle Ziele aufgelisteten Städte zukünftig ohne besondere Anweisung nicht mehr zu bombardieren, da sie für das Atom-Experiment so unzerstört wie möglich sein sollten.

Am 1.Juni forderte das Interim Committee Truman auf, die Atombombe sobald wie möglich und ohne Vorwarnung gegen Japan einzusetzen. Am 16.Juni, nachdem es zu Einwänden aus dem Kreis der Wissenschaftler gekommen war, erklärte der wissenschaftliche Beirat des IC: ,,*Wir sehen zur direkten militärischen Anwendung keine Alternative''*. Am 2.Juli legte Stimson dem Präsidenten den endgültigen Plan zum militärischen Einsatz der verfügbaren Bomben vor, und Truman gab seine Zustimmung. Am 25.Juli gab Stimson den formellen Befehl, zum wettermäßig frühestmöglichen Termin nach dem 3.August die erste ,,Spezialbombe'' abzuwerfen.

## Einsatz gegen Deutschland ?

So umfassend und präzis sich die Einsatzplanung der Atombombe gegen Japan aus der Literatur rekonstruieren läßt, so mager sind die zugänglichen Informationen über ähnliche Planungen gegen Deutschland. Erst kürzlich wurde die Behauptung US-amerikanischer Historiker publiziert, es habe überhaupt nie Pläne für den Einsatz von Atombomben gegen Deutschland gegeben. Im Widerspruch dazu kam Paul Tibbets (Chef der 509ten und Bomberpilot von Hiroshima) in einer Dokumentation der US-TV-Gesellschaft CBS mit der Aussage zu Wort, es seien parallel zu Japan auch Atombomben-Abwürfe gegen Deutschland geplant gewesen. Basis dafür hätte ein Luftwaffenstützpunkt an der Adria sein sollen. (16)

Da die Entwicklung der Atombombe nach innen hin mit dem Argument gerechtfertigt wurde, Hitler dürfe diese Waffe nicht als erster und einziger bekommen, kann die Behauptung, man habe die Bombe überhaupt niemals gegen Deutschland einsetzen wollen, nur Erstaunen hervorrufen. Anscheinend soll die Wahrheit der angeschlagenen deutsch-amerikanischen Freundschaft nicht zugemutet werden.

Tatsächlich muß nach Logik der Dinge zunächst Deutschland (und nicht Japan) als primäres Ziel der zu konstruierenden neuen Waffe gedacht gewesen sein. Es gibt in diesem Zusammenhang ein interessantes Dokument vom Anfang November 1941, also einen Monat vor Pearl Harbour und dem Kriegseintritt der USA. Damals beschäftigte sich ein offizieller Untersuchungsausschuß mit verschiedensten Aspekten des Atom-Projekts, so u.a. mit der voraussichtlichen Kraft und Wirkung der neuen Waffe. Wörtlich heißt es in diesem Bericht: ,,*Falls die Schätzung korrekt ist, daß 500.000 t TNT benötigt würden, um Deutschlands militärische und industrielle Ziele zu vernichten, so würde man zwischen einer und zehn Tonnen Uran 235 brauchen, um den gleichen Job zu machen.''* (17)

Atombomben-Einsätze gegen Deutschland vorzusehen, solange dieser Gegner nicht kapituliert hatte, muß vor allem 1943/44 zum selbstverständlichen militärischen Denken gehört haben. Es wurde bereits erwähnt, daß das MPC sich zumindest einmal, Anfang Mai 1943, schon sehr konkret mit möglichen japanischen Zielen beschäftigt hat. Aus welchem Grund sollte damals nicht ebenso über Ziele im deutschen Bereich nachgedacht worden sein?

Die direkten Vorbereitungen für die ersten Bomben-Abwürfe begannen ungefähr Anfang 1944, mit der Herrichtung von B-29-Bombern. Ab September 1944 wurde die 509te als Spezialeinheit für den Atombomben-Einsatz aufgebaut. Die Behauptung von Tibbets, daß in diesem Stadium noch zweigleisig geplant wurde, daß also auch die Eventualität von Atomangriffen gegen Deutschland berücksichtigt und praktisch vorbereitet wurde, ist sehr viel wahrscheinlicher als die gegenteilige Version. Noch im Januar 1945, als man nach einem pazifischen Stützpunkt für Atomangriffe gegen Japan Ausschau hielt, war die Kriegslage in Europa nicht so, daß Deutschland als mögliches Ziel mit Sicherheit wegen des Zeitfaktors ausschied.(18) Logisch wäre also, wie in der Darstellung von Tibbets behauptet, daß zur gleichen Zeit für alle Fälle auch ein Stützpunkt in Europa ausgewählt wurde.

Aus dem Reich der reinen Spekulation wird diese Frage befreit durch den Leiter des Manhattan Project, Groves: er erwähnt beiläufig mit einem einzigen Satz, daß Roosevelt ihm bei einem Arbeitstreffen vor der Abreise zur Jalta-Konferenz seine Absicht mitgeteilt habe, Atombomben auf Deutschland zu werfen, falls bei Bereitschaft der ersten Atombomben der Krieg in Europa noch nicht vorbei sein sollte.(19) Leider sagt Groves nicht, welche praktischen Schritte er aufgrund dieses Aktionsauftrags veranlaßt hat. Die langfristige, perfektionistische Vorbereitung der Einsätze gegen Japan zeigt jedenfalls, daß nichts dem Zufall und der Improvisation überlassen blieb. Möglich, daß beispielsweise die allgemein als Rätsel gehandelte Tatsache, daß Dresden bis zu den vernichtenden Luftangriffen vom 13.-14.Februar 1945 von Bombardements fast völlig verschont worden war, hier ihre Erklärung findet. Weitgehend unzerstörte Städte wurden aus experimentellen Gründen für die Ersteinsätze der Atombombe bevorzugt.

## Die Bombe als Mittel für die Nachkriegsordnung

Die Bombe als Mittel für die Nachkriegsordnung

Daß das Atom-Monopol, zumindest für ein paar Jahre, den USA einen Vorteil in den aus dem 2.Weltkrieg resultierenden Umverteilungskämpfen zwischen den Großmächten verschaffte, ist gewiß. Daß sich besondere politische Überlegungen an die konkreten historischen Umstände knüpften, unter denen im August 1945 zwei Atombomben gegen Japan eingesetzt wurden, ist gleichfalls sicher. Hierfür ist die Bezeichnung atomic diplomacy gebräuchlich geworden.(20) Gemeint ist das strategische Kalkül, mit dem erreichten qualitativen Vorsprung die Sowjetunion unter Druck setzen und zu Zugeständnissen bringen zu können. Das läßt sich leicht mit der offensichtlichen Tatsache erklären, daß nach dem Tode Roosevelts und der deutschen Kapitulation sich unter Präsident Truman eine deutliche Verschärfung der Beziehungen USA-Sowjetunion entwickelte. Gerade in der Entwicklung und Anwendung der Atombombe zeigt sich aber viel mehr Kontinuität als Bruch zwischen den Regierungen Roosevelt und Truman.

Die Investition von über 2 Milliarden Dollar zielte auf die Produktion einer qualitativ völlig neuen Waffenart. Diese Produktion sollte so rasch wie möglich zu ersten praktischen Ergebnissen kommen, und die neue Waffe sollte so bald wie möglich kriegsmäßig angewendet werden. Diese Grundrichtung war spätestens mit dem Übergang zum Stadium der Großproduktion 1942 eindeutig festgelegt. Niemand jedoch konnte damals mit Bestimmtheit voraussagen, ob überhaupt und falls ja, unter welch konkreten Umständen die Atombombe noch in den 2.Weltkrieg eingeführt werden würde. Die Situation vom Sommer 1945 — Deutschland bereits aus dem Krieg geworfen, Japan am Rande der Kapitulation, der Umverteilungskampf zwischen den Großmächten schon in vollem Gange — war als Hintergrund des Atombomben-Ersteinsatzes nicht vorauszusagen gewesen. Gerechnet hatte man 1942/43 damit, die Bombe schon in einem früheren Kriegsstadium zur Verfügung zu haben: als kriegsentscheidende Waffe, nicht als Instrument für einen fragwürdigen Gnadenstoß. Das hätte dem Prestige der USA und ihrer neuen Waffe ungleich mehr gedient. Die Atomwaffe in dieser Weise einzusetzen, erwies sich aufgrund der Ungleichzeitigkeit zwischen der Arbeit an der Bombe und dem Kriegsgeschehen als unmöglich. Am Ende war es tatsächlich so, daß die Verantwortlichen darum bangen mußten, durch eine plötzliche japanische Kapitulation vor dem ersten Bombenabwurf um die Gelegenheit zum Realexperiment gebracht zu werden. Verständlich also, daß die Zuständigen für das Manhattan Project in den letzten Kriegsmonaten zur äußersten Eile angetrieben wurden. Schnelligkeit zählte in dieser Pha-

Fortsetzung nächste Seite

## Die Lage Japans im August 1945

Nach dem Krieg wurde von der US-Luftwaffe eine umfangreiche Gesamt- und Detailanalyse über den Ablauf und die praktischen Ergebnisse der Bomber-Kampagnen gegen Deutschland und Japan ausgearbeitet. Dort wird die Hypothese vertreten, daß ,,*sicher vor dem 31.12.45, und aller Wahrscheinlichkeit nach vor dem 1.11.45, Japan auch dann kapituliert hätte, wenn die Atombomben nicht abgeworfen worden wären, wenn Rußland nicht in den Krieg eingetreten wäre, und sogar dann, wenn eine Invasion (Japans) weder geplant noch erwogen worden wäre.''* (26) Auch andere US-Militärs, wie Admiral Leahy und Ge-
dann, wenn eine Invasion (Japans) weder geplant noch erwogen worden wäre.'' (26) Auch andere US-Militärs, wie Admiral Leahy und Ge-
neral Eisenhower, meinten, daß Japan schon vor den Atombomben-Abwürfen ,,reif für die Kapitulation'' gewesen sei.(27)

Die Frage ist jedoch: zu welcher Art von Kapitulation? Die Alliierten hatten nach der Konferenz von Teheran (November 1943) ihre Entschlossenheit erklärt, nichts anderes als eine ,,bedingungslose'' Kapitulation ihrer Gegner zu akzeptieren. Praktisch bedeutete das über die Wiederherstellung des Vorkriegszustandes hinaus die unbefristete militärische Besetzung, die Zerschlagung der herrschenden politischen Verhältnisse und die Abhaltung von Strafgerichten über die politische und militärische Führung der gegnerischen Kriegskoalition. Zu dieser Art von Kapitulation war Japan zweifellos vor Hiroschima und Nagasaki noch nicht bereit. Selbst nach den beiden Atombomben-Einsätzen wurde Japans Kapitulation erst durch das Zugeständnis herbeigeführt, daß die Stellung des Kaisers nicht angetastet werden sollte. Das war eine Durchlöcherung des Prinzips von der ,,bedingungslosen'' Kapitulation, und mit diesem Zugeständnis wäre eine Beendigung des Krieges möglicherweise schon früher möglich gewesen.

Trotz der Tatsache, daß Japan 1941 mit Nazi-Deutschland eine feste Kriegsallianz eingegangen war, führt eine Gleichsetzung beider Länder nur in die Irre. Selbst die ,,Kriegspartei'', die sich im Herbst 1941 in Japan durchgesetzt hatte, war dabei nicht von maßloser Selbstüberschätzung, sondern von einem relativ realistischen Bild der Gesamtlage ausgegangen. Daß das ökonomisch schwache und technologisch rückständige Japan einen militärischen Konflikt mit den USA langfristig nicht gewinnen konnte, war unbestritten. Doch hoffte man, den USA einen so hohen Preis vor allem an Menschenverlusten aufzwingen zu können, daß die USA schließlich zur weitgehenden Anerkennung der japanischen Eroberungen im ostasiatischen und pazifischen Raum genötigt sein würden.

Die strategische Initiative im Pazifik war nach großen japanischen Anfangserfolgen schon Ende 1942, also nach dem ersten Kriegsjahr, an die USA übergegangen. Die Besetzung
fik war nach großen japanischen Anfangserfolgen schon Ende 1942, also nach dem ersten Kriegsjahr, an die USA übergegangen. Die Besetzung
der Marianeninseln im Juni 1944 verschaffte der US-Luftwaffe erstmals eine Basis, von der aus fast ganz Japan im Aktionsbereich des neuen Langstreckenbombers B-29 lag. Im November 1944 wurde von hier aus die strategische Bomber-Kampagne gegen Japans Städte begonnen.(28) Zur gleichen Zeit wurden in der Leyte-Seeschlacht bei den Philippinen die Reste der japanischen Kriegsflotte vernichtet. Damit war die totale Abschneidung Japans von seinem Imperium (der grössere Teil Chinas, Korea, Indochina, Indonesien, Burma, Malaya u.a.) und deren Ressourcen absehbar. Spätestens zu diesem Zeitpunkt gewann in Japans Führung die Tendenz zur raschen Beendigung des Krieges die Oberhand. Der Sturz der Regierung Tojo im Juli 1944, kurz nach der Landung der USA auf den Marianen, markiert in diesem Sinn einen Wendepunkt. Die Regierung Tojo hatte Japan 1941 in den Krieg geführt und galt als Zentrum der ,,Kriegspartei''. (29) Seit September 1944 konzentrierten sich die japanischen Friedenspläne auf die Einschaltung der Sowjetunion als Vermittlerin: Die beiden Staaten hatten im April 1941, noch vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, einen Nichtangriffspakt geschlossen und auch strikt eingehalten. Am 4.April 1945 trat Koiso zurück, der auf Tojo gefolgt war. Sein Nachfolger Suzuki hatte, wie er später selbst sagte, den Auftrag des Kaisers, ,,*jede Anstrengung zu unternehmen, um den Krieg so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen''*. Am gleichen Tag gab die Sowjetunion ihre Absicht bekannt, den 1946 auslaufenden Vertrag mit Japan nicht zu erneuern. Dies ließ Schlüsse auf sowjetische Absichten zum baldigen Kriegseintritt zu, der in der Tat bereits in Teheran und endgültig während der Jalta-Konferenz fest vereinbart worden war. Eine von Suzuki in Auftrag gegebene Gesamtanalyse kam im Mai 1945 zum Ergebnis, daß Japan den Krieg nicht fortsetzen könne. Spätestens seit diesem Zeitpunkt wäre vermutlich jeder Friedensschluß, der die bedingungslose Kapitulation vermieden hätte, auf japanischer Seite möglich gewesen. Der Sowjetunion, die von Juni
Friedensschluß, der die bedingungslose Kapitulation vermieden hätte, auf japanischer Seite möglich gewesen. Der Sowjetunion, die von Juni
bis Anfang August die immer offensiver werdenden japanischen ,,Friedensfühler'' beharrlich abblitzen ließ, hätte zu dieser Zeit eine entscheidende Rolle zufallen können. Stattdessen konterte sie am 7.August, einen Tag nach Hiroschima, mit der Kriegserklärung an Japan und dem Einmarsch in das von den Japanern besetzte Nordchina.

Wäre es den USA lediglich darum gegangen, mit der Atombombe Japan zur sofortigen Kapitulation zu zwingen und voraussehbar hohe Verluste bei Landungsoperationen auf den japanischen Inseln zu vermeiden, so hätte man ohne weiteres vor den Bombenabwürfen noch die japanischen Reaktionen auf den sowjetischen Kriegseintritt abwarten können, von dem man längst wußte, daß er spätestens Mitte August erfolgen würde. Und sogar darüber hinaus hätte man ohne großen Schaden abwarten können, denn die ersten Landungsoperationen waren sowieso erst für November 1945 geplant und bis dahin standen keine größeren Operationen mehr auf dem Zettel. Die Tatsachen weisen darauf hin, daß nicht trotz, sondern gerade wegen der zunehmenden Aussichten auf ein Kriegsende auch in Fernost die beiden Atombomben in größter Eile und unter Zurückweisung aller politischen Bedenken noch eingesetzt werden mußten.



Nach getaner Arbeit: Vier Verantwortliche des Atom-Projekts am 9. August 1945 vor dem Weißen Haus. George L. Harrison, Leslie R. Groves, James B. Conant und Vannevar Bush.

se mehr als absolute Perfektion: Der Leiter von Los Alamos, Oppenheimer, berichtet, daß er Groves damals noch einige Veränderungen an der Bombe vorgeschlagen habe, *„um effektiveren Gebrauch von dem Material zu machen"*. Groves habe das abgelehnt, weil die Bombe so schnell wie möglich einsatzbereit sein sollte.(21)

2 Milliarden Dollar für ein so revolutionierendes Projekt wie die Atombombe nehmen sich wie Kleingeld aus gegenüber dem aktuellen Vorhaben SDI, dessen Kosten sich schließlich leicht auf das 500fache oder mehr belaufen könnten. Man muß aber diese 2 Milliarden mit der Tatsache konfrontieren, daß bis 1940 der jährliche Rüstungsetat der USA nie mehr als einige hundert Millionen Dollar betragen hatte. Das Manhattan Project bedeutete unter anderem auch den Durchbruch zu einer ganz neuen Dimension militärischer Langzeit-Projekte und Ausgabenpolitik. Daß vor diesem Hintergrund alles Erdenkliche veranstaltet wurde, um vor Abschluß des Weltkrieges die Bombe unter realen Bedingungen zu testen und vorzuführen, bedarf nicht der Erklärung durch die außenpolitische Wende von 1945: Es lag in der ganzen Logik des Projekts selbst, das seit 1943 immer deutlicher nicht mehr auf die Entscheidung des aktuell stattfindenden Weltkriegs, sondern schon auf die globale Konfrontation der Nachkriegsordnung abzielte. Aus diesem Ziel erklärt sich erstens die schon erwähnte Tatsache, daß die US-Regierung vor ihrem sowjetischen Verbündeten nicht bloß konkret Details der Arbeiten an der Bombe verbarg, sondern daß nicht einmal die bloße Existenz eines solchen Projekts mitgeteilt wurde. Den ersten, sehr undeutlichen Hinweis gab Truman während der Potsdamer Konferenz, am 24.7.45, an Stalin. Liberale Kritiker hatten schon Roosevelt vergeblich darüber aufzuklären versucht, daß die absolute Geheimhaltung der Arbeiten an der Bombe die amerikanisch-sowjetischen Nachkriegsbeziehungen mit der schweren Hypothek des Mißtrauens belasten würde. Aus dem Ziel des Atom-Monopols erklärt sich zweitens, daß die US-Regierung (mit Großbritannien als Juniorpartner) seit Anfang 1943 größte Anstrengungen unternahm, um sich einen bestmöglichen Gesamtüberblick über die Uran-Vorkommen der Erde zu verschaffen und sich davon soviel wie möglich langfristig zu sichern. Die mit weitem Abstand größten und reinsten Uran-Vorkommen lagen damals in der belgischen Kongo-Kolonie, und 30% des Aktienkapitals der Union Miniere, die diese Vorkommen ausbeutete, waren in britischer Hand. Die USA kamen deshalb, obwohl Großbritannien eigentlich soweit wie möglich von den Früchten des Atom-Programms ferngehalten werden sollte, um die Bildung eines gemeinsamen Gremiums, des Combined Development Trust, nicht herum. Der im Juni 1944 offiziell gegründete CDT sollte u.a. der Exploration und Ausbeutung aller erreichbaren Uran-Vorkommen durch die beiden Staaten dienen. Im Auftrag des US-Kriegsministeriums befaßte sich im Frühjahr 1944 eine Studie auch mit Uran-Vorkommen in der Sowjetunion. Ergebnis: Im Süden der kirgisischen und usbekischen Sowjetrepubliken gebe es bedeutende Ressourcen.(22) Trotzdem kam Groves im November 1944 in einem Bericht an Kriegsminister Stimson zur Schlußfolgerung, daß die USA zusammen mit Großbritannien 90% der Uran-Vorkommen der Welt unter Kontrolle hätten. (23)

Die USA hatten am Ende des 2.Weltkriegs das Atomwaffen-Monopol. Eine Geheimstudie des Joint Intelligence Committee beim US-Generalstab (JCS) listete erstmals „die 20 lohnendsten Ziele für Atombomben" in der Sowjetunion auf, darunter Moskau und Leningrad. Diese Ziele sollten nach Ansicht des JIC vernichtet werden, falls die Sowjetunion entweder eine „Aggression" in Asien oder Europa beginnen würde, oder falls „klar angezeigt ist, daß eine Aggression gegen die USA droht". Das JIC empfahl vorsorgliche Atomschläge sogar für den Fall, daß der industrielle und wissenschaftliche Fortschritt in der Sowjetunion deren Fähigkeit zu einem *„eventuellen Angriff auf die USA oder zur Verteidigung gegen unseren Angriff"* vermuten ließe. (24) Seither gehörte der Einsatz von Atomwaffen immer wieder zu den denkbaren Optionen der US-Politik:

— Während der Berlin-Krise 1948 wurden B-29 in die BRD verlegt, um mit Atombomben drohen zu können.

— Der Einsatz der Atombombe gegen China wurde erwogen während des Korea-Krieges, Anfang der 50er Jahre.

— US-Militärs forderten im April 1954, während der Kämpfe um Dien Bien Phu (Vietnam), den Abwurf von 1-6 Atombomben mit jeweils der dreifachen Stärke der Hiroshima-Bombe.

— Der Einsatz von Atombomben wurde erwogen während der Suez-Krise 1956 und angedroht während der Berlin-Krise 1959, und erneut während der Kuba-Krise 1962.

— Die nukleare Option wurde während der Amtszeit Nixons mindestens viermal intern erörtert: gegen Vietnam; während des Nahost-Krieges 1973; als
viermal intern erörtert: gegen Vietnam; während des Nahost-Krieges 1973; als
Drohung gegen die Sowjetunion im Falle eines sowjetischen Schlages gegen die chinesische Atom-Industrie um 1969/70; während des indisch-pakistanischen Krieges 1971. (25)

Die Atombombe hat sich vorläufig als eine zwar politisch verwertbare, aber militärisch nicht zu handhabende Waffe erwiesen. Dies zu ändern, ist vorrangiges Ziel imperialistischer Militärpolitik. Denn eine Waffe nur zu besitzen, um sie niemals einzusetzen, macht politisch und militärisch überhaupt keinen Sinn. Sie würde nur eine Fehlinvestition darstellen. Nach dieser Logik mußten Hiroshima und Nagasaki vernichtet werden.

**Kt., Hamburg**

**Anmerkungen:**

Einige nützliche Bücher in diesem Zusammenhang:
Der sog. Smyth-Report, 1945 noch vor Hiroshima abgeschlossen und später in 1945 als Buch erschienen, ist die erste umfassende, offizielle Darstellung der Arbeiten an der Atom-Bombe. Der volle Titel: Atomic Energy for Military Purposes. The Official Report on the Development of the tomic Bomb...1940-45. Herausgeber H.D. Smyth. The New World, Band 1 von A History of the US Atomic Energy Commission, behandelt die Probleme rund um die Atombombe von 1939 bis 1946 und gilt als offizielle Darstellung. Die Autoren sind Richard G. Hewlett und Oscar E. Anderson.

The Effects of Atomic Weapons von J.O. Hirschfelder ist eine gründliche Darstellung über die Funktionsweise der Atombombe und über die physikalischen Grundlagen und Abläufe ihrer verschiedenen Wirkungen. Untersucht werden in erster Linie die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, nicht so sehr die konkreten Ergebnisse im Fall der beiden vernichteten Städte.

Für die Auswirkungen in Hiroschima und Nagasaki ist der japanische Untersuchungsbericht Hiroshima and Nagasaki. The Physical, Medical, and Social Effects of the Atomic Bombings eine vorzügliche Quelle. Alle Aspekte der Bombenabwürfe und ihrer Folgen (für die Betroffenen, im politischen Bereich u.a.) werden umfassend dargestellt.

Eine frühe US-amerikanische Studie über die Wirkungen der beiden Atombomben findet sich im Band 7 der Reihe The United States Strategic Bombing Survey, erschienen 1946. Nützlich ist ein Vergleich mit den Untersuchungen über die Wirkungen der konventionellen Luftangriffe gegen Tokio und andere japanische Großstädte im Frühjahr 1945; sie liegen in Bd. 10 derselben Reihe vor. Es zeigt sich, daß der konventionelle Luftangriff gegen Tokio vom 9.März 1945 mit mindestens 85.000 Toten bereits im Wirkungsbereich der Atombombe gelegen hatte. Tokio und andere Großstädte wurden innerhalb weniger Tage und Wochen mit Hilfe von Brandbomben zu über 50% zerstört. Allein in Tokio verloren 2,86 Millionen Menschen ihre Wohnung, davon 1 Million allein am 9.März.

Unverzichtbar ist das Buch des Projektleiters Leslie R. Groves, soweit es um die militärischen Aspekte des Unternehmens geht. Groves verzichtet weitgehend auf den üblichen anekdotischen Schnickschnack und reiht dafür Fakten an Fakten und Namen an Namen. Titel: Now it can be told.

Für die Rolle Großbritanniens bei der Sache ist das Buch von Margaret Gowing, Britain and Atomic Energy 1939-45, die klassische Quelle.

Eine gute deutschsprachige Gesamtdarstellung des Bombeneinsatzes und seiner Hintergründe ist: Es begann in Hiroshima von Brigitte Drescher und Detlev Garbe, erschienen 1982.

Für die Politik Japans in der letzten Kriegsphase sind die klassischen Quellen: Toshikazu Kase, Eclipse of the Rising Sun (1951), und Robert J.C. Butow, Japan's Decision to Surrender (1954).

**Zu den Anmerkungen im Text:**

1) Gordon Thomas und M. M. Witts, Enola Gay, 1977; S.267-268.

2) Nach der ersten Atomspaltung durch Hahn und Strassmann Ende 1938 wurden praktisch sämtliche weiteren Entdeckungen und Nachweise auf dem Wege zur Atombombe nur noch in den USA und anfangs teilweise in Großbritannien gemacht. Der deutsche Versuchsreaktor wurde niemals kritisch, d.h. es wurde bis Kriegsende nicht einmal der Stand erreicht, den die US-Forschung im Dezember 1942 hatte. Der Schritt von der Laborforschung zur Großproduktion wurde niemals auch nur konkret ins Auge gefaßt. Die deutsche Blitzkriegs-Strategie und die Beanspruchung sämtlicher Reserven für einen mehrere Nummern zu großen Krieg ließen ein Projekt dieses Umfangs mit mehrjähriger Laufzeit und ungewissen Erfolgsaussichten nicht zu. Eine passable Gesamtdarstellung der deutschen Atom-Arbeiten und der alliierten Gegenmaßnahmen bietet der ansonsten zwielichtige Autor David Irving in: The Virus House.

3) Eine detaillierte Übersicht über die Ausgaben 1942-46 nach Monaten und nach Einzelposten ist in New World, S.724.

4) Groves, S.185. Mit dem Vordringen der Westalliierten in Europa, erstmals nach der Landung in Italien im Sommer 1943, wurden Teams von Militärs, Geheimdienstlern und Wissenschaftler eingesetzt, die den vorrückenden Truppen unmittelbar folgten. Ihnen gelang es, sich ein immer dichteres und präziseres Bild vom Stand der deutschen Atomforschung zu verschaffen. Groves beschreibt dies im Einzelnen auf den S.185 bis 248. Ein Nebenergebnis war, daß US-Truppen 1945 schnell auf einige Orte in Südwestdeutschland vorstießen, in die Teile der deutschen Atomforschung ausgelagert waren und die eigentlich zur französischen Zone gehören sollten. Da sich dieses simple Verfahren gegenüber dem östlichen Verbündeten verbot, wurden Anlagen der deutschen Uran-Produktion, die im Bereich der künftigen sowjetischen Zone lagen, am 15.März 1945 durch einen Großangriff von 600 US-Bombern total zerstört.

Bombern total zerstört.

5) Das Corps of Engineers war eine Institution mit großem Mitarbeiterstab und Etat. Es war für alle militärischen Bau-Arbeiten zuständig.

6) Zeugenaussage von Groves, Oppenheimer Hearings, 173.

7) „.... *Als wir im Laufe der Zeit immer mehr Geld und Arbeitskraft in das Projekt pumpten, wuchs die Verpflichtung der Regierung zum schließlichen Einsatz der Bombe. Man sagt oft, daß wir die Entwicklung dieser schrecklichen Waffe unternahmen, damit Hitler sie nicht als erster kriegen sollte. Aber es bleibt die Tatsache, daß die ursprüngliche Entscheidung, alle Anstrengungen auf das Projekt zu konzentrieren, auf der Anwendung dieser Waffe zur Beendigung des Krieges basierte... Es war gewiß weder für mich noch, soweit ich es wahrgenommen habe, weder für Präsident Roosevelt noch für Präsident Truman oder irgendeine andere verantwortliche Person, je eine Frage, daß wir eine Waffe entwickelten, um sie gegen die Feinde der USA anzuwenden."* (Groves, S.265-266) Das stimmt völlig überein mit den Ansichten des damaligen Kriegsministers Stimson: „... *Zu keiner Zeit, von 1941 bis 1945, habe ich je von Präsident Roosevelt oder von irgendeinem anderen verantwortlichen Regierungsmitglied die Ansicht gehört, daß die Atomkraft in diesem Krieg nicht angewendet werden sollte. Wir alle verstanden selbstverständlich die schreckliche Verantwortung, die verbunden war mit unserem Versuch, die Türen zu einer so verheerenden Waffe aufzustoßen. Besonders Präsident Roosevelt sprach oft mit mir über seine Sorgen wegen der katastrophalen Konsequenzen unserer Arbeit. Aber wir befanden uns im Krieg, und die Arbeit mußte getan werden. Ich möchte deshalb betonen, daß es unser gemeinsames Ziel während des ganzen Krieges war, als erste eine Atomwaffe herzustellen und sie einzusetzen...Es ging um nichts anderes als die Produktion einer militärischen Waffe; aus keinem anderen Grund könnte die Investition von so viel Zeit und Geld in Kriegszeiten gerechtfertigt werden."* (Stimson in „Harper's Magazin", Febr. 1947. Zit. in: Stimson/Bundy, On Active Service in Peace and War, S.612ff)

8) Groves, S.111-124.

9) Es beweist strategischen Weltblick, daß der Auftrag zum Bau der B-29 als Nachfolgerin der B-17 und B-24 (die beiden US-Weltkriegs-Bomber auf den europäischen Schauplätzen) schon im März 1938 erteilt wurde. Die B-29 wurde 1939/40 entworfen und absolvierte am 21.9.42 ihren ersten Flug. Es stellte sich aber bei den Testflügen heraus, daß viele Modifikationen noch nötig waren, sodaß die B-29 erst ab Sommer 1944 zum Kriegseinsatz reif war.

10) Es hatte sich 1944 gezeigt, daß das „gun"-System, bei dem die zwei Teile der Uran-Masse zusammengeschossen wurden, zwar vermutlich für die Uranbombe, nicht aber für die Plutoniumbombe taugte. Für diese war daraufhin das Implosions-System entwickelt worden, bei dem die Uran-Hälfte mit Sprengstoff umgeben und zusammengesprengt werden mußten. Da dies mit absoluter Präzision erfolgen mußte, war diese Arbeit problematischer als die Zündung der Uranbombe, für die ein Test vor dem Ersteinsatz nicht für nötig gehalten wurde.

11) Das MPC wurde im September 1942 gebildet und übte, der Top Policy Group untergeordnet, weitgehend die direkte politische Kontrolle über das Manhattan Project aus.

12) New World, S.253.

13) John Ehrmann: Grand Strategy/History of the Second World War, Bd. 6, S.295.

14) Das Komitee bestand aus Byrnes, Leiter des Kriegsmobilisierungsamtes und künftiger Außenminister; den schon erwähnten V. Bush und J. Conant; dem stellvertr. Außenminister W. Clayton; dem aus dem Versicherungsgeschäft stammenden Sonderberater von Kriegsminister Stimson, G. Harrison; Karl Compton, Bruder des Atomphysikers A. Compton, und selbst hoher Funktionär im OSRD; R. Bard als Vertreter des Marineministeriums. Er gab als einziges Mitglied des IC ein Votum gegen den Abwurf der Bombe ohne Vorwarnung ab. Dem IC zugeordnet war eine Wissenschaftlergruppe, bestehend aus A. Compton, Fermi, Lawrence und Oppenheimer.

15) Groves, S.266-267.

16) Laut dpa, der dies in Gestalt einer sehr mageren Meldung zu verdanken ist, soll der Film von CBS am 31.7. ausgestrahlt worden sein. Danach behauptet Tibbets, er habe damals (das würde heissen: im Herbst 1944) „die Weisung bekommen, sich und seine Leute auf eine geteilte Operation vorzubereiten: ‚Gleichzeitige Abwürfe in Europa und Japan!' ". Die dpa-Meldung wurde von einigen Tageszeitungen am 21. oder 22.7. in kleiner Aufmachung wiedergegeben.

17) Smyth, S.71-73. Die Studie kam vom sog. National Academy Committee, das im Frühjahr 1941 gebildet worden war, um die militärische Bedeutung der Atombombe zu untersuchen und Empfehlungen über das Ausmaß der zu tätigenden Ausgaben abzugeben. Vorsitzender der Arbeitsgruppe war der Physiker A. Compton. Die Schätzung der zur Zerstörung Deutschlands nötigen Bombenmenge war mit 500.000 Tonnen TNT sehr unrealistisch. Tatsächlich wurde von den Westalliierten während des Krieges fast das Dreifache dieser Menge auf Deutschland abgeworfen: 1,42 Millionen Tonnen.(Bombing Survey, Bd.1, S.XVIII)

18) Die Schätzungen variierten und schwankten im Kriegsverlauf stark, wie das Beispiel einiger britischer Prognosen zeigt: Ende Oktober 1944 hoffte man, frühestens am 31.1. und spätestens am 15.5.45 Deutschland erledigt zu haben. Am 14.12.44 sah man unter dem frischen Eindruck der deutschen Ardennen-Offensive den 30.6.45 als Kriegsende voraus, und am 12.1.45 hielt man gar ein Andauern des Krieges in Europa bis Ende 1945 für möglich. In Jalta, Anfang Februar 1945, einigten sich die Stabschefs der Westmächte auf den 1.7.45 und den 31.12.45 als Rahmen der Prognose. Erst ab Ende März war man sich dann gewiß, den Krieg gegen Deutschland bis Ende Mai abschließen zu können. Nach J. Ehrmann (s.o.), S.380-381.

19) Groves, S.184.

20) Klassische Literatur zu diesem Thema ist : Gar Alperowitz, Atomic Diplomacy. Hiroshima and Potsdam. Er zeichnet die Verbindung der Einsatz-Planung mit den Entwicklungsstufen des Konflikts USA-Sowjetunion im Frühjahr/Sommer 1945 detailliert, fast Tag für Tag, nach. Lesenswert ferner u.a. auch : Lisle A. Rose, After Yalta.

21) Oppenheimer Hearings; zit. nach Herbert Feis: The Atomic Bomb and the End of World War II.

War II.

22) Ausgearbeitet wurde diese Studie von Boris Pregel, dem Präsidenten der Kanadischen Radium and Uranium Corporation, der in den Anfängen der US-Atomforschung diskret als Mäzen im Hintergrund gewirkt hatte.

23) New World, S. 288.

24) Auszüge aus der JIC-Studie sind nachgedruckt bei Bernd Greiner/Kurt Steinhaus, Auf dem Weg zum 3.Weltkrieg?. S.74-76. Vgl. dazu auch Michael S. Sherry, Preparing for the next War. American Plans for Postwar Defense 1941-45, S.213.

25) Wichtigste Quelle für diese Mitteilungen ist das Interview mit Nixon in der „Time" vom 29.7.85. Über Einsatzpläne während der Schlacht um Dien Bien Phu (dem letzten großen Stützpunkt der französischen Kolonialarmee in Indochina) 1954 berichtete die „New York Times" im Februar 1984.(Wiedergabe hier nach „Welt" vom 15.2.84). Über Atombomben-Pläne während der ersten Berlin-Krise berichtet der Hamburger Historiker Gunther Gerhardt in seiner in diesem Jahr erschienenen Dissertation. (Wiedergabe hier nach „Hamb. Abendblatt", 26.2.85).

26) Bombing Survey, Bd. 7, S.13.

27) Eisenhower wird aus seinen Memoiren (ohne präzisere Angabe) in der UZ vom 2.8.85 mit der Aussage zitiert, *„die Japaner"* seien *„reif für die Kapitulation"* gewesen, *„und es war nicht notwendig, sie mit diesem schauerlichen Ding zu schlagen."* Admiral William D. Leahy schreibt in I was There, S.441: *„It is my opinion that the use of this barbarous weapon at Hiroshima and Nagasaki was of no material assistance in our war against Japan. The Japanese were already defeated and ready to surrender because of the effective sea blockade and the successful bombing with conventional weapons."*

28) Anders als Deutschland war Japan bis 1944 nicht in Reichweite alliierter Bomber. Die ersten Bombenflüge der B-29 hatten im Juni 1944 von Flugbasen in China aus begonnen. Doch waren diese Basen erstens japanischen Gegenoffensiven ausgesetzt, und zweitens konnten von hier aus große Teile Japans noch nicht erreicht werden. Die schweren Luftangriffe gegen Japans Städte fanden erst im Frühjahr 1945 statt.

29) Der „Bombing Survey" bemerkt dazu: die auf Tojo folgende Regierung Koiso *„broke the grip of the Tojo clique as the ruling faction, took important and necessary steps toward peace, and may even have been an unavoidable step in the transition from Tojo to the surrender Cabinet of Admiral Suzuki."* Bd. 7, S.3.

TABLE 7.9
*Total Number of Casualties due to the Atomic Bomb, Hiroshima, 10 August 1946**

| Distance from Hypocenter (km) | Killed | Severely Injured | Slightly Injured | Missing | Not Injured | Total |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Under 0.5 | 19,329 | 478 | 338 | 593 | 924 | 21,662 |
| 0.5–1.0 | 42,271 | 3,046 | 1,919 | 1,366 | 4,434 | 53,036 |
| 1.0–1.5 | 37,689 | 7,732 | 9,522 | 1,188 | 9,140 | 65,271 |
| 1.5–2.0 | 13,422 | 7,627 | 11,516 | 227 | 11,698 | 44,490 |
| 2.0–2.5 | 4,513 | 7,830 | 14,149 | 98 | 26,096 | 52,686 |
| 2.5–3.0 | 1,139 | 2,923 | 6,795 | 32 | 19,907 | 30,796 |
| 3.0–3.5 | 117 | 474 | 1,934 | 2 | 10,250 | 12,777 |
| 3.5–4.0 | 100 | 295 | 1,768 | 3 | 13,513 | 15,679 |
| 4.0–4.5 | 8 | 64 | 373 | | 4,260 | 4,705 |
| 4.5–5.0 | 31 | 36 | 156 | 1 | 6,593 | 6,817 |
| Over 5.0 | 42 | 19 | 136 | 167 | 11,798 | 12,162 |
| Total | 118,661 | 30,524 | 48,606 | 3,677 | 118,613 | 320,081 |

* Military personnel not included.
Source: Hiroshima Shiyakusho, *Hiroshima Genbaku Sensaishi* [RHAWD], (Hiroshima, 1971), vol. 1.

TABLE 7.10
*Number of Casualties due to the Atomic Bomb in Nagasaki* as of 31 December 1945*

| | |
|---|---|
| Killed | 73,884 |
| Injured | 74,909 |
| Affected | 120,820 |

* It is unknown whether floating population, such as military personnel and other volunteer corps, is included.
Source: Nagasaki City A-bomb Records Preservation Committee.

Hiroshima and Nagasaki: The Physical, Medical, and Social Effects of the Atomic Bombings.

# Neues Demorecht in Kraft

**Am 5. Juli 1985 — noch vor der Sommerpause — stimmte der Bundesrat der Verschärfung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts zu, nachdem die Gesetzesentwürfe in nur 14 Tagen, gegen die Stimmen der SPD und der Grünen, durch den Bundestag gepeitscht worden waren.**

Die Änderungen betreffen zum einen den Landfriedensbruchparagraphen 125 des Strafgesetzbuches, dem ein neuer Abschnitt nachgestellt wurde, der sowohl das Tragen von Schutzwaffen als auch das Vermummen unter Strafe stellt (bis zu einem Jahr Haftstrafe), zum anderen das Versammlungsgesetz, in das ein § 17a eingefügt wurde, nach dem es generell verboten ist, auf Versammlungen oder Demonstrationen vermummt bzw. schutzbewaffnet zu sein. Bei einem Verstoß droht Festnahme und Geldstrafe.

Darüberhinaus wurde das Delikt der ,,Sachbeschädigung'' auch ohne Anzeige eines Geschädigten für strafbar erklärt, wenn die Staatsanwaltschaft ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung als gegeben ansieht.

### Unter freiem Himmel

1. Es ist verboten, bei öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel oder bei Aufzügen Schutzwaffen oder Gegenstände, die als Schutzwaffen geeignet und dazu bestimmt sind, Vollstreckungsmaßnahmen eines Trägers von Hoheitsbefugnissen abzuwehren, mit sich zu führen.
2. Es ist auch verboten, an einer solchen Veranstaltung in einer Aufmachung, die geeignet und den Umständen nach darauf gerichtet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern, teilzunehmen.

§ 17a Versammlungsgesetz

### Es geht alles seinen parlamentarischen Gang...

Die Änderungen des Demonstrationsrechts begriff die Wendekoalition spätestens nach den Wahlen am 6. März 1983 als eine ihrer vornehmsten Aufgaben.

In einem Interview mit dem ,,Spiegel'' (11.7.83) äußerte sich Innenminister Zimmermann: ,,*Wenn der örtliche Einsatzleiter sagt: ,Bitte entfernen Sie sich', und er entfernt sich nicht, dann ist er schon kein normaler Bürger.*'' (zit. nach: ,,Mit aller Gewalt'' — Die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit, Hamburg 1983).

In der im Sommer 1983 betriebenen Kampagne zur Verschärfung des Demonstrationsrechts sah Zimmermann — und mit ihm nach einigem Tauziehen FDP-Justizminister Engelhard — vor:
— die Beteiligung allein an einer Demonstration, die unfriedlich verläuft, unter Strafe zu stellen (bis zu drei Jahren Haft)
— das Sich-nicht-entfernen aus einer von der Polizei für aufgelöst erklärten



Trotz Vermummungsverbot vermummt: Demonstranten in Wackersdorf am 18.8.85

ren Haft)
— das Sich-nicht-entfernen aus einer von der Polizei für aufgelöst erklärten

Trotz Vermummungsverbot vermummt: Demonstranten in Wackersdorf am 18.8.85

Demonstration ebenfalls strafrechtlich zu belangen (bis zu einem Jahr Haft).

Der Bestrafung wegen bloßer Teilnahme an einer Demonstration sollte lediglich derjenige entgehen, der selbst beweisen könne, daß er die Demonstranten zur Friedfertigkeit ermahnt hätte (sogenannte ,,Abwieglerklausel'') oder derjenige, der sich dort berufsmäßig aufhält (Journalisten und Polizeibeamte).

Dieser Vorschlag konnte aber 1983 aufgrund zahlreicher kritischer Stimmen nicht durchgesetzt werden. Selbst Bundesgerichtshofpräsident Pfeiffer, sicher kein Garant der Wahrung demokratischer Rechte, war das zuviel: ,,*Sollten Tausende von Demonstranten wie Kriegsgefangene in die Untersuchungshaft abgeführt werden?*'' fragte Pfeiffer damals anläßlich der Regierungsvorschläge (,,FR'', 11.7.83).

Insbesondere auf Kritik stieß die Beweislastumkehr. Der rechtsstaatliche Grundsatz ,,Im Zweifel für den Angeklagten'' war zu offen — durch die Beweisführungspflicht (zur eigenen Entlastung) des Angeklagten — ausgeschaltet worden.

Was Engelhard als ,,minimale, aber gewollte Schlechterstellung'' des beschuldigten Demonstranten bezeichnete, war auch dem reaktionären Deutschen Richterbund zuviel: ,,*Auf keinen Fall könne von dem elementaren Grundsatz abgewichen werden, daß das Gericht dem Beschuldigten die Tat nachzuweisen habe.*'' (,,NN'', 9.7.83).

Von Seiten der Regierungskoalition mußte also ein anderer Vorschlag in die Debatte eingebracht werden, galt es doch den Kritikern aus quasi den eigenen Reihen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Schließlich dürfte auch absehbar gewesen sein, daß dieser Vorschlag bei einer Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht keinen Bestand gehabt hätte, und eine solche Schlappe wollte man sich nicht leisten.

Da der von Zimmermann ersehnte ,,Heiße Herbst'' 1983 ausblieb und auch die folgenden Demonstrationen der Friedens- und anderer Bewegungen bis auf wenige Ausnahmen relativ friedlich blieben, bestand an sich auch keine konkrete Notwendigkeit seitens der Herrschenden, das Demonstrationsrecht zu verändern, hatte es sich doch, politisch modifiziert durch ,,Deeskalationsgespräche'' (u.a. der jetzige saarländische SPD-Umweltminister Jo Leinen mit Polizeiführern) und Distanzierungskampagnen, in ihrem Sinne weitestgehend bewährt. Die gewaltfreien Blockaden von Kasernen und anderen Einrichtungen wurden nach bestehendem Recht aufgelöst, die Blockierer nach bestehendem Recht festgenommen, angeklagt und in ihrer Mehrzahl verurteilt.

Unbefriedigend blieben die rechtlichen Grundlagen allerdings gegen Demonstranten, die wegen Landfriedensbruch angeklagt waren: Trotz polizeiinterer Zeugenschulungen und in der Regel polizeihörigen Richtern gab es zwischen 1976 und 1981 bei 402 Landfriedensbruchverfahren ,,nur'' 205 Verurteilungen zu Freiheits- und Geldstrafen, eine Verurteilungsquote von ca. 50% also (nach: ,,Mit aller Gewalt'', S.18).

Daher ist die Eile erstaunlich, mit der das Gesetzesvorhaben nun unter Dach und Fach gebracht wurde, nachdem es 1984 zunächst ganz in der Schublade verschwunden war. Öffentliche Anhörungen oder eine breite Kommentierung hatte es jedenfalls nicht mehr gegeben.

### Kompromiß zwischen den klassischen Parteien

Die nun erfolgte Änderung des § 125 StGB (Landfriedensbruch) wird als Kompromiß zwischen der FDP und der CDU/CSU zu verkaufen versucht, die SPD-Sprecher kritisieren das verabschiedete Gesetz. Der SPD-Abgeordnete Emmerlich erklärte, ,,*es sei ein fundamentaler Grundsatz des Rechtsstaates, daß eine Strafe nur für eine Straftat angedroht werde. Das neue Gesetz sei eine Perversion dieses Gedankens, da es erlaube, auch Demonstranten zu bestrafen, die keine Gewalt ausgeübt haben*'' (,,TSP'', 29.6.85).

Tatsächlich haben sich bei einem kaum noch nachvollziehbaren Schlingerkurs der regierenden Parteien, insbesondere der FDP, die von der CSU propagierten Vorstellungen durchgesetzt: ,,*Wer demonstriert, soll sein Gesicht zeigen*'' — so Franz-Josef Strauß.

Noch auf einer Konferenz der ,,Rechtsexperten'' der Koalition in Westberlin Ende Januar 1985 einigte man sich darauf, Vermummung und passive Bewaffnung als bloße Ordnungswidrigkeit nach dem Versammlungsgesetz zu verfolgen, das Mitführen von Waffen auf Demonstrationen sollte nach diesem von der FDP favorisierten Vorschlag allerdings gesondert durch einen erweiterten § 125 verfolgt werden (siehe ,,FR'', 1.2.85). Aber das CSU-Veto brachte die FDP wieder auf Zimmermanns Linie, der sie ja bereits 1983 zu folgen bereit war.

Wichtiger, aber in der Öffentlichkeit völlig untergegangen ist die Tatsache, daß der wirkliche Urheber des jetzt verabschiedeten Gesetzes aus den Reihen der SPD stammt:

,,*In der Debatte um den § 125 meldete sich 1982 Westberlins Polizeipräsident Hübner (SPD) mit einem eigenen Vorschlag zu Wort, der sowohl die CDU/CSU-Interessen (Vermummungsverbot) als auch SPD-Interessen (das ,,Grundrecht Versammlungsfreiheit'' nicht allzu offen anzutasten) verbindet. Hübner meinte in seiner Begründung denn auch: ,Vermieden werden soll eine Änderung des Versammlungsgesetzes, die zumindest bei vordergründiger Betrachtung als eine Einschränkung erscheinen könnte'. In seinem Vorschlag geht es darum, die Gerichte von der konkreten Beweislast zu entheben. ,Die gerichtliche Praxis zeigt, daß unter ... Umständen die hohen Anforderungen an den Nachweis der einzelnen Tathandlung des Landfriedensbruchs, etwa des Steinwurfs, oft nicht erfüllt werden können.' Entsprechend werden in seinem Vorschlag nicht nur die tatsächlichen Gewalttaten mit Strafe bedroht, sondern all die Menschen,*
*— die sich trotz Aufforderung nicht entfernen,*
*— Waffen oder waffenähnliche Gegenstände bei sich tragen,*
*— Gegenstände zu ihrem Schutz vor Polizeiübergriffen mit sich führen (,passive Bewaffnung').*
*— ,vermummt' sind.*''(aus: ,,Mit aller Gewalt'', S.22).

### Wer Schutzwaffen mit sich führt

Wer in einer Menschenmenge, aus der Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen im Sinne des Absatzes 1 begangen werden,
1. Schutzwaffen oder Gegenstände, die als Schutzwaffen geeignet und dazu bestimmt sind, Vollstreckungsmaßnahmen eines Trägers von Hoheitsbefugnissen abzuwehren, mit sich führt oder
2. sich in einer Aufmachung, die geeignet und den Umständen nach darauf gerichtet ist, die Feststellung seiner Identität zu verhindern, aufhält,
obwohl ein Träger von Hoheitsbefugnissen aufgrund des Versammlungsgesetzes oder eines Polizeigesetzes dazu aufgefordert hat, diese Gegenstände oder Aufmachungen abzulegen oder sich zu entfernen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 125 Abs.II-IV StGB

Hübner wollte darüberhinaus grundsätzlich noch die ,,gefährliche Zusammenrottung'' bestraft wissen, die sich vom Tatbestand des ,,Landfriedensbruchs'' dadurch unterscheiden sollte, daß eine Menschenmenge nicht erforderlich wäre. Schwerpunkt und strafwüridg sollte vielmehr die ,,kriminelle Intensität'' der wenigen sich zum Zwecke der Gewalttätigkeit zusammenrottenden Personen sein.

Nur letztgenannte Vorstellung Hübners findet sich im neuen Gesetz nicht wieder, ansonsten ist die jetzt verabschiedete Form des § 125 StGB fast wörtlich aus dem Hübner-Vorschlag übernommen. Lediglich die ,,passive Bewaffnung'' wurde in ,,Schutzwaffen'' umformuliert (siehe Kasten).

Was die SPD bzw. nicht unwichtige Parteimitglieder in der Regierungszeit oder in gehobenen Positionen mitbetrieben haben, davon will die SPD als Oppositionspartei heute nichts mehr halten und nichts mehr wissen. Es fehlt in den Stellungnahmen der SPD zu den neuen Regelungen auch jeder Hinweis auf die eigene Mitverantwortung.

### Die Veränderung des Versammlungsgesetzes

Der gleich mitverabschiedete § 17a des Versammlungsgesetzes verbietet ebenfalls grundsätzlich, Schutzwaffen und Gegenstände, die die Feststellung der Identität verhindern sollen, auf Demonstrationen mit sich zu führen. Daraus ergibt sich zum einen, daß die Polizeibehörden bei der Anmeldung einer Demonstration nicht mehr wie bisher dies zur Auflage zu machen brauchen, zum anderen, daß für die Ordnungshüter jederzeit eine — wie wir noch zeigen werden — dehnbare Rechtsgrundlage zur Auflösung einer Demonstration vorhanden ist. Schließlich läßt sich der Paragraph auch bestens für Durchsuchungen und Festnahmen von Demonstranten gebrauchen. Umgekehrt ist die Polizei aber nicht zum Eingreifen gezwungen, es liegt weiterhin in ihrem Ermessen, wann und unter welchen Bedingungen sie einschreiten will.

Ein Novum bei den verabschiedeten Gesetzen ist es, daß nunmehr die Polizei — je nach Opportunität — wählen kann: Erklärt sie eine Demonstration für aufgelöst und macht dann Festnahmen, so drohen Haftstrafen; hält sie eine Auflösung für nicht angemessen, machen sich Festgenommene lediglich einer Ordnungswidrigkeit schuldig. Dies kritisierten auch SPD-Vertreter am neuen Recht (siehe ,,TSP'', 29.6.85).

### Wir wissen sehr genau, was Schutzwaffen sind

Juristisches Neuland wurde aber auch in der Auswahl der Begriffe ,,Schutzwaffe'' und ,,Vermummung'' betreten. Sie tauchen in keinem anderen Gesetz auf. Geht es nach den bisherigen polizeilichen Definitionen — und dafür spricht die Äußerung des Westberliner Justizsenators Scholz: ,,*Wir wissen sehr genau, was Schutzwaffen sind*'' (,,FR'', 6.7.85), so fallen Helme aller Art, feste Bekleidung, insbesondere Ledersachen, Transparentstangen, aber wohl auch Wasserflaschen darunter, das zum Ausspülen der Augen nach einem Tränengaseinsatz geeignet ist. Warum eigentlich nicht auch Turnschuhe? Wann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem nur noch nackt demonstriert werden darf?

Dehnbar ist auch der Begriff der Vermummung: ,,*Ströbele versuchte die Unbestimmtheit der Begriffe ,Aufmachung' und ,Schutzwaffe' dadurch optisch zu veranschaulichen, daß er eine Pudelmütze aufsetzen wollte. Daran hinderte ihn aber der Bundestagspräsident Phillip Jenninger (CDU)*''. (,,FR'', 29.6.85). Ist eine Pudelmütze nun eine Schutzwaffe, dient sie der Vermummung oder gar beides? Wie steht es mit dem Tragen von Kopftüchern?

,,*Wenn Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 versucht hätte, sich gegen den tödlichen Schuß des Polizeibeamten durch einen Helm oder eine dicke Aktentasche zu schützen, dann wäre dies nach dem neuen Versammlungsgesetz als Ordnungswidrigkeit zu ahnden gewesen. Nach der Neufassung des Landfriedensbruchparagraphen hätte er sich mit einem solchen Abwehrversuch sogar strafbar gemacht, falls ihn vorher ein ,Hoheitsträger' aufgefordert hätte, diese Gegenstände abzulegen.*

*Wenn beim Besuch des Diktators Stroeßner Jubel-Paraguayer mit langen Holzlatten auf protestierende Demonstranten einschlagen — wie die Jubelperser beim Staatsbesuch des Schahs in Berlin — müssen die Demonstranten den bloßen Kopf hinhalten, wollen sie sich nicht der Verfolgung wegen einer Ordnungswidrigkeit oder gar einer Straftat aussetzen. Wenn zur Beule und zum Bluterguß nicht noch ein Bußgeld oder Geldstrafe kommen sollen, müssen Helme, feste Hüte, wattierte Jacken, Regenschirme zu Hause bleiben, Schals und Pudelmützen abgelegt werden.*

*Dasselbe gilt, wenn Neonazis auf Demonstranten gegen ein Waffen-SS-Traditionstreffen eindreschen oder wenn Steine fliegen, mal von Protestierern, mal von Beamten, wie am berüchtigten 11.6. am Nollendorfplatz in Berlin.*'' (Rechtsanwalt und Abgeordneter der Grünen Hans Christian Strö-

rüchtigten 11.6. am Nollendorfplatz in Berlin.'' (Rechtsanwalt und Abgeordneter der Grünen Hans Christian Strö-

bele am 6.7. in der ,,taz'').

Schließlich hätten die Anti-AKW-Demonstrationen der letzten Jahre nach der neuen rechtlichen Lage leicht zu wahren Massenfestnahmen führen können, mit noch blutigeren Köpfen der Demonstranten, ebenso die verschiedenen Startbahn-West-Aktivitäten. Als militante/r Demonstrant/in wird in Zukunft verfolgt, wer schon so aussieht.

Unvermummt den Polizeikameras zum Ablichten dargeboten, ungeschützt hochbewaffneten Polizeieinheiten entgegen, die zur Auflösung auffordern können, wann immer sie Schutzwaffen und Vermummungsmaterial auszumachen glauben, ein weiterer Distanzierungsdruck in den eigenen Reihen, dem Veranstalter — will er keinen Polizeieinsatz risikieren — die Pflicht zur Aussortierung in gute und böse Demonstranten aufzuerlegen, das ist das Demonstrationsrecht der Wendekoalition. Hat das Bundesverfassungsgericht tatsächlich ein so anderes Verständnis von Demonstrationsrecht, wenn es jüngst in der auch von der ,,taz'' bejubelten ,,Brokdorf-Entscheidung'' (dokumentiert in der ,,FR'' vom 30./31.7.85) ausführt: ,,*Die Verfassung gewährleistet lediglich das Recht, sich ,friedlich und ohne Waffen zu versammeln'. ... Je mehr die Veranstalter ihrerseits zu einseitigen vertrauensbildenden Maßnahmen oder zu einer demonstrationsfreundlichen Kooperation bereit sind, desto höher rückt die Schwelle für behördliches Eingreifen wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.*''

Verfassungsbeschwerden gegen das neue Demonstrationsrecht wurden bisher von SPD-Vertretern, dem BBU und auch den Grünen angekündigt. Wir drücken die Daumen und empfehlen ansonsten: Demonstrieren ohne sich zu distanzieren, totalvermummt oder totalentblößt, je nach Geschmack und Situation.

**KB/Westberlin**
**Anti-Repressionskommission**

## Hannover:
# Terroristische Vereinigung e.V. »gegründet«




*,,Es ist an der Zeit, dem Zeugen eindringlich klarzumachen, daß er das Gesetz zu respektieren hat.''* Mit dieser Begründung — unter anderen — fordert Bundesanwalt Senge im Ermittlungsverfahren nach 129a gegen eine angebliche ,,terroristische Vereinigung Wirtschaftswunderkinder'' in Hannover die Erzwingungshaft gegen den Zeugen Albrecht W. Albrecht war einer von 16 Zeugen, die generell oder mit der Begründung, es werde gegen sie ermittelt, in diesem Verfahren eine Aussage vor der Bundesanwaltschaft verweigert hatten. Neben 200 DM Ordnungsgeld wegen Aussageverweigerung und 500 DM wegen Nichterscheinen bei zwei Vorladungen nach Karlsruhe, hatte BA Senge bereits schon einmal einen Antrag auf Erzwingungshaft gestellt. Die darin genannten Fragen, die sich auf das Zusammenwohnen A.s mit der inhaftierten Isabel Jacob bezogen, waren allerdings hinfällig geworden, da A. schon vor längerer Zeit ausgezogen war. Nun ließ BA Senge die Katze aus dem Sack: Der Zeuge Albrecht W. sei *,,wesentliches Beweismittel .. zur inneren Tatseite der Beschuldigten''* d.h. erzwungen werden sollen *,,Angaben über die Einstellung der Beschuldigten zum Staat, zu militanten Aktionen und ähnlichen Themenkreisen''*!

Eine deutliche Ausweitung hatte das Ermittlungsverfahren ,,Wirtschaftswunderkinder'' Anfang Juli mit der Vorladung von 25 Zeugen erfahren. Bereits Mitte Juni hatte es 5 Vorladungen gegeben, bei denen einer der Zeugen aus der Vernehmung heraus als Beschuldigter festgenommen und für 24 Stunden inhaftiert wurde. Zwei Aussagen führten zum erweiterten Haftbefehl gegen den in U-Haft sitzenden Horst Mönnecke von Unterstützung zur Mitgliedschaft einer terroristischen Vereinigung. Aufgrund dieser Vorkommnisse hatten 16 der zwischen dem
Horst Mönnecke von Unterstützung zur Mitgliedschaft einer terroristischen Vereinigung. Aufgrund dieser Vorkommnisse hatten 16 der zwischen dem
2. und 4. Juli vorgeladenen Zeugen beschlossen, keine Angaben gegenüber der BAW zu machen. Reaktion der Bundesanwaltschaft: Ordnungsgelder zwischen 200 und 300 DM für alle und 4 Vorladungen nach Karlsruhe, darunter auch Albrecht W.

Befürchtungen der Zeugen, daß sie weniger zur Aufklärung der Explosion am Messegelände als zur Ausforschung ihres persönlichen und politischen Umfeldes beitragen sollten, hatten sich bereits zu diesem Zeitpunkt angedeutet. Mit Freunden, Mitbewohnern und Bekannten der beiden Hauptbeschuldigten Isabel und Horst, sowie des bei der Explosion getöteten Jürgen zielten die Vorladungen auf das ,,sympathisierende Umfeld''. In einem Fall reichte sogar das Flugblatt ,,Jürgen ist tot'' auf dem Beifahrersitz des Autos zur Wohnungsdurchsuchung und Vorladung aus.

Belegt war auch, daß die BAW eine Reihe der ,,Zeugen'' eher als potentielle Tatverdächtige betrachtete. Einem der Zeugen wurde die Besuchserlaubnis bei Isabel mit der Begründung verweigert, er gehöre dem ,,terroristischen Umfeld der Beschuldigten'' an. Samt und sonders sind auch alle vorgeladen worden, die bei der Räumung der Wohnungen von Isabel und Horst geholfen hatten (s. Bericht im letzten AK). Neben dem Vorwurf des ,,Beiseiteschaffens von Beweismitteln'' hatte die Ermittlungsbehörden dabei besonders interessiert, wer diese Umzüge ,,organisiert'' habe. Offensichtlich soll oder besser muß aus Ereignissen, die nach der Explosion am Messegelände liegen, erst die ,,Wirtschaftswunderkinder-Vereinigung'' konstruiert werden.

Darüberhinaus hatte bei Vernehmungen interessiert, wer bei der Beerdigung von Jügen P. war, oder ob Zeugen bei der antifaschistischen Kundgebung gegen das NPD-Deutschlandtreffen am 15.6. in Stadthagen teilgenommen hatten. Die Eltern eines Beschuldigten wurden gefragt, ob ihr Sohn anläßlich des Türkei-Länderspiels zu den Protestaktionen gegen Neonazis nach Berlin gefahren sei und ob er bei der Anti-Bush-Demo in Krefeld war.

*,,Die Grenze zwischen Zeugen und Tatverdächtigen ist schmal''* bestätigte BA Senge auch dem Anwalt eines Zeugen. Die BAW nutzt die prekäre Situation der ,,Zeugen'', mit ihren Aussagen entweder sich selbst oder andere zu belasten oder aber maximal ein halbes Jahr Erzwingungshaft zu riskieren, auch im Tauziehen um die 4 Vorgeladenen nach Karlsruhe. Zwar wurde auf
belasten oder aber maximal ein halbes Jahr Erzwingungshaft zu riskieren, auch im Tauziehen um die 4 Vorgeladenen nach Karlsruhe. Zwar wurde auf
eine zwangsweise Vorführung verzichtet und eine Vorladung aufgehoben, weil die Zeugin Mutter eines kleinen Kindes ist. Ihr wurden schriftlich Fragen vorgelegt — unter Androhung von Beugehaft — so u.a.: welche Beziehungen die beiden mit ihr zusammenwohnenden Zeugen (ebenfalls nach Karlsruhe vorgeladen) zu den Beschuldigten haben. Gleichzeitig wurde bekannt, daß das Foto der Zeugin bei einer polizeilichen Vernehmung in Hannover zusammen mit denen von ca. 30 anderen Personen vorgelegt wurde. Etliche davon hätten eine auffallende Ähnlichkeit mit Paßfotos gehabt — den Zweitfotos die beim Ordnungsamt liegen? Alle drei genannten Zeugen berufen sich bei der Aussageverweigerung darauf, daß gegen sie ermittelt wird.

Albrecht W. dagegen hatte seine Nichtaussage politisch begründet. Offensichtlich soll deshalb exemplarisch gegen ihn vorgegangen werden. Auf seine Forderungen nach einer genaueren Begründung für seine Vorladungen als das übliche stereotype ,,129a'', nach ,,Sachbezogenheit'' auf die Explosion am 1.6.85 und ,,Begrenzung der Fragestellung, auch zum Schutz seiner Person'' reagierte die BAW mit der pauschalen Fragestellung, sie habe keinen Anlaß konkrete Gründe zu nennen, da die hohe Anzahl der Aussageverweigerungen eine Zeugenabsprache beweisen würde. Als falsch wies sie vor allem zurück, Vorgeladene seien ,,mit Einschüchterung und Drohung'' nach ihrer ,,politischen Auffassung'' befragt worden.

BA Senge gegenüber einer Zeugin: *,,Sie werden mich noch auf den Knien bitten, ihre Aussagen machen zu können.''*

Wie hart die BAW ihre Linie tatsächlich durchziehen kann, wird allerdings sehr stark davon abhängen, inwieweit es gelingt, eine demokratische Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Mit der Vorladung von Zeugen, gegen die offensichtlich ermittelt wird und mit Fragen nach der politischen Einstellung als ,,Beweismittel'', bewegt sich die BAW in einer gesetzlichen Grauzone, die auch bei bürgerlichen Juristen durchaus in der Diskussion steht. Das erklärt auch das bisherige, durchaus vorsichtige Verfahren.

Näheres werden wir am 3. September erfahren, bis dahin läuft die neue Frist für Albrecht zur Entscheidung über die Erzwingungshaft.

**KB (Hannover)**

---

Seit sieben Wochen sitzen Isabel Jacob und Horst Mönnecke in Untersuchungshaft. Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens nach § 129a werden die beiden der Mitgliedschaft in einer ,,terroristischen Vereinigung'' verdächtigt. Anlaß ist die Explosion am 1. Juni am Messegelände, bei der Jürgen Pemöller getötet wurde.

Isabel Jacob, nach der als angebliche Tatbeteiligte eine Fahndung ausgeschrieben wurde, hatte sich kurze Zeit später zusammen mit ihrem Anwalt zur Polizei begeben. Horst Mönnecke wurde als Mitbewohner von Jürgen Pemöller verhaftet. Die genauen Gründe sind noch unklar.

Beide Inhaftierten sind, wie beim § 129a üblich, verschärften Haftbedingungen unterworfen. Das heißt:
- Einzelhaft
- eingeschränkte Besuchserlaubnis (viermal eine halbe Stunde im Monat)
- sämtliche Besuche, einschließlich die der Anwälte, werden nur mit Trennscheibe erlaubt, Ausnahmen werden bei den Eltern gemacht
- der gesamte Briefverkehr unterliegt der Vorzensur des Ermittlungsrichters
- Ausschluß vom gemeinschaftlichen Leben im Gefängnisalltag, wie z.B. den Gemeinschaftsveranstaltungen und der Gefängnisarbeit. Die Benutzung der Gefängnisbibliothek ist Isabel zwar offiziell erlaubt worden. Da sie jedoch weder den zugehörigen Katalog benutzen noch die Bibliothek betreten darf, wird diese ,,Erlaubnis'' zur Farce.

Die verschärften Haftbedingungen bedeuten für beide eine doppelte Isolation. Sie werden von ihren Freunden und Bekannten abgeschnitten. So hindert man sie, sich mit dem gesamten Ermittlungsverfahren, mit den für sie tragischen Ereignissen (Tod eines Freundes bzw. Bekannten) und mit ihrer eigenen Situation auch mit vertrauten Personen auseinanderzusetzen.

Zusätzlich ist es kaum für die beiden möglich, wenigstens im Gefängnis notwendige menschliche Beziehungen aufzubauen. So gibt es zwar einen gemeinsamen Hofgang, der aber mit ständig wechselnden Mitgefangenen durchgeführt wird. Dabei versuchte eine ,,Mitgefangene'' Isabel in auffälliger Weise auszuhorchen.

Um die geschilderte Isolation ein Stück weit aufzubrechen, demonstrierten am 27.7. 150 Menschen vor dem Knast, in dem Isabel in Hannover einsitzt.

Wer Isabel Jacob und Horst Mönnecke schreiben will, Isabel sitzt zur Zeit in Hannover, Horst in Wolfenbüttel. Briefe an die beiden an:

**Isabel Jacob bzw. Horst Mönnecke**
**c/o Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof**
**Herrenstr. 15a**
**7500 Karlsruhe**

---




Mit Sekt und Champus feierten am 27.7. die ersten 129 Mitglieder der hannoverschen ,,Terroristischen Vereinigung (e.V.)'' ihre Neugründung. Ziel ist einen ,,Beitrag zur zwischenmenschlichen Entspannung und innenpolitischen Spannung'' zu leisten, ,,um der wachsenden Bereitschaft zur Denunziation und der ansteigenden ideellen Verelendung entgegenzuwirken''. Angestrebt wird der Zusammenschluß mit anderen gleichnamigen Orts- und Kreisverbänden ,,Terroristischer oder Krimineller Vereinigungen e.V.''. Als erste Aktion findet ,,in einem feierlichen Akt die öffentliche Vereidigung'' der Mitglieder am 24.8. auf der Straße statt. Abendgarderobe (kleines oder großes Schwarzes) ist erwünscht, um das erstmalige Vortragen der Vereinshymne würdig zu unterstreichen. Anschließend werden die Mitglieder in einer gemeinsamen Aktion aufgerufen ,,Anschläge'' an Banken und öffentlichen Gebäuden anzubringen. Ob die Vereinigung juristisch formell in die Vereinsliste eingetragen werden soll, ist noch nicht ausdiskutiert.

# Erster Prozeß gegen Teilnehmer der Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel

Am 15.8. begann in Bonn die erste Verhandlungsrunde gegen Andreas S. aus Wiesbaden vor dem Schöffengericht.

Schwerer Landfriedensbruch, Widerstand und versuchte Körperverletzung werden ihm vorgeworfen. Andreas, der sich bei der Kundgebung am 4. Mai auf dem Bonner Münsterplatz in der Nähe des Beethoven-Denkmals aufhielt, das von der Polizei aus Gründen des ,,Denkmalschutzes'' (so der Einsatzleiter) geräumt wurde, soll bei seiner Festnahme ,,wild um sich geschlagen und getreten'' haben, während er von SEKlern mit einem Knüppel am Hals gewürgt und über den Boden geschleift wurde. Die Festnahme von Andreas wird damit begründet, daß man ihn ,, mit einem Stein in der Hand'' gesichtet hätte, worauf von SEKlern eine Bresche in die Demonstrationsmenge geschlagen und Andreas gegriffen wurde. Er wurde danach zur nahegelegenen Post geschleppt, mit Handschellen an ein Gitter geschnürt und mehrmals in den Unterleib geschlagen. (Spontan stellt sich dem neutralen Beobachter die Frage, ob hier die Anklage wegen Körperverletzung gegen Andreas etwa an die falsche Adresse gerichtet ist.) Andreas wurde mit ca. 15 weiteren Festgenommenen im Gefangenentransporter zum Haftrichter nach Hangelar gebracht. Nachdem er eine Nacht auf blankem Betonboden verbringen mußte, erwirkte eine Kölner Anwältin am nächsten Tag Haftverschonung.

Der erste Verhandlungstag wurde sowohl von einer beachtlichen Zuschauermenge, als auch von einem sichtlich übertriebenen Polizeiaufgebot begleitet. Jeder Prozeßbesucher muß eine bis ins kleinste reichende Personenkontrolle über sich ergehen lassen (auch der Inhalt einer Streichholzschachtel bleibt dabei dem plastikbehandschuhten Beamten nicht verborgen) und findet seine genauen Personalien auf einer Liste wieder. Verhandlungsführender Richter ist ein Herr Hasse, der sich im vergangenen Oktober einen Namen dadurch machte, daß er fast die gesamte Zuhörerschaft wegen ,,ungebührlichen Verhaltens'' (man hatte ihm den Rücken zugekehrt) zu 3-5 Tagen Ordnungshaft verdonnerte.

Zu Beginn der Verhandlung verlas Andreas eine Erklärung zu dem Prozeß, in der er aus seiner Rolle als Angeklagter zum Ankläger gegen die Weltwirtschaftsordnung wurde. Für seine Bemerkung, dies sei ,,zweifellos ein politischer Prozeß'' erntete Andreas eine Rüge von Richter Hasse.

Wie um sich dann gleich selbst zu widerlegen, liest Richter Hasse eine Liste von ,,Erkenntnissen'' des K 14 vor über das politische Leben von Andreas im Zusammenhang des Startbahnwiderstandes; da reicht es vom ,,wilden Plakatieren'' bis zu ,,Nötigung'' und ,,Widerstand'', womit wohl vor allem die Schöffinnen von der Bösartigkeit des Angeklagten überzeugt werden sollen.

Als Zeugen auf Seiten der Staatsanwaltschaft treten jene zwei SEK-Beamte, Küster und Rätzler, auf, die Andreas am 4. Mai festgenommen und verprügelt haben. Als weiteres Beweismaterial benutzt die Staatsanwaltschaft Filmmaterial der ,,Video-Bonn'', auf dem sich eine Reihe von Einzelheiten über das Geschehen um das Beethovendenkmal befinden, allerdings von den randalierenden Polizeieinsätzen auf dem Münsterplatz nichts zu sehen ist. Dabei ist interessant, daß ,,Video-Bonn'' das Material angeblich nur deshalb an das Gericht ausgehändigt hat, weil es von Seiten der Verteidigung gewünscht wurde. Die Verteidigung hat aber gar keinen entsprechenden Antrag gestellt. Mit ,,Video-Bonn'' hat nur Richter Hasse verhandelt.

**Th., Bonn**



Massives Polizeiaufgebot bei der Demo zum WWG und immer wieder startet die Polizei Provokationen

# Ingrid Barabaß und Mareile Schmegner festgenommen

## BKA wieder auf Terroristenjagd

**Als „mutmaßliche Mitglieder" der RAF sind Ingrid Barabass und Mareile Schmegner, die beide legal in Frankfurt leben, in der Nacht vom 2. auf den 3.7.85 festgenommen worden.**

Ihnen wird vorgeworfen, daß sie eine Wohnung unter falschem Namen angemietet und als „Waffen- und Materiallager" benutzt haben. Diese Wohnung soll seit Januar angemietet und seit April nicht mehr benutzt worden sein. Seit Juni — nachdem die Polizei behauptet, dort Handfeuerwaffen, falsche Personalpapiere und Munition gefunden zu haben — wird diese Wohnung observiert. Gesehen worden ist dort dann allerdings niemand.

Damit mit den angeblichen Funden auch gleich die richtige Stimmung gemacht werden kann, werden die Sachen dann zugeordnet: die Papiere haben RAF-typische Fälschungsmerkmale, ein Lichtbild von Barbara Ernst, eine von Günter Sonnenberg gekaufte Waffe usw.

Die Festnahme der beiden legal in Frankfurt lebenden Frauen ist ein weiterer Schritt des BKA, das Konstrukt der „legalen RAF" festzuklopfen. Bundesanwalt Rebmann spricht von vier Gruppen: die 20 Kommandomitglieder in der Illegalität; illegale Militante, die die erste Gruppe „versorgen"; die im Knast sitzenden RAF-Angehörigen. Und dann diese vierte Gruppe, die das „legale Umfeld" bildet. Dazu rechnet er die „legalen Sympathisanten", die Unterstützer- und Hilsdienste leisten wie Häftlingsbetreuung, politische Agitation und Materialbeschaffung. (nach „Hamburger Morgenpost, 11.7.85) Das ist ein ganz massiver Versuch, alle, die sich um die Haftbedingungen von Gefangenen kümmern und Besuche im Knast machen, zu kriminalisieren. Die ersten Schritte hat Rebmann dann auch gleich unternommen und einen Besuchsverbotsantrag gegen Christiane und Martha Barabass gestellt, die Schwester und die Mutter von Ingrid. Der zuständige Richter hat sich dann die Besuchserlaubnis für die Mutter „abgerungen", die Schwester ist immer noch nicht zum Besuch zugelassen. Für Ingrid bedeutet das, daß selbst der Kontakt zu ihren nächsten Angehörigen total eingeschränkt wird.

Hinzu kommt, daß Anwälte, die sie verteidigen wollen wegen des § 146 (Mehrfachverteidigungsverbot) nicht zugelassen werden. Nach etlichen Ablehnungen sollte dann die endlich zugelassene Anwältin und der Anwalt nur unter Aufsicht des LKA ein Anbahnungsgespräch mit ihr führen dürfen. Da das überhaupt keine Basis für eine Verteidigung ist, hat Ingrid dieses Gespräch abgelehnt. Inzwischen ist die Überwachung für den Anwalt zurückgenommen und ein erstes unüberwachtes Gespräch hat stattgefunden, bei der Anwältin besteht die Gesprächsüberwachung noch.

(Mareile ist inzwischen nach Aichach verlegt worden, Ingrid ist weiterhin im Knast in Preungesheim. Post geht für beide über den Ermittlungsrichter in Karlsruhe, Herrenstraße 45a.)

**ga.**

# Presseerklärung

Als Verteidiger von Mareile Schmegner teile ich folgendes mit:
am Morgen des 3.7.85 gegen 0.30 Uhr wurde meine Mandantin in Frankfurt-Sachsenhausen, als sie gerade in ihr Auto einsteigen wollte, durch mehrere Zivilbeamte überfallartig festgenommen. Hierbei wurde sie von mehreren Beamten u.a. in die Rippen und die Brust geschlagen und geboxt und schließlich in ein ziviles Fahrzeug geprügelt. Anschließend wurde sie in das Polizeigewahrsam in der Klapperfeldgasse gebracht, wo sie im Laufe des vormittags erkennungsdienstlich behandelt wurde. Hierbei gingen die beteiligten Beamten — größtenteils vom BKA — mit äußerster Brutalität vor, meine Mandantin wurde u.a. getreten, gewürgt, ihre Finger wurden verstaucht (insgesamt mußte sie viermal Fingerabdrücke geben!), schließlich wurde sie mit dem Gesicht auf den Betonfußboden gestoßen, wobei ihr die Hälfte eines Schneidezahnes abbrach.

Bereits vorher wurde Ingrid Barabass in ihrer Wohnung kurz vor sechs Uhr von Beamten des BKA und LKA festgenommen. Obwohl sie unbekleidet war, wurde ihr erst nach über einer halben Stunde gestattet, sich anzuziehen. Ihr und ihrer ebenfalls in der Wohnung lebenden Schwester, die auch kurzfristig festgenommen wurde, wurden Kapuzen über den Kopf gestülpt, die sie bis zum Eintreffen im Polizeipräsidium aufbehalten mußten.

Am frühen Nachmittag wurden Frau Barabass und Frau Schmegner ins Bundeskriminalamt nach Wiesbaden gebracht, wo dann eine Gegenüberstellung in der Form stattfand, daß vor einer Zeugin, die sich im Haus befand, insgesamt acht Fahrzeuge mit einem Mann und zwei Frauen, davon je eine in Handschellen, vorfuhr, darunter auch Frau Barabass und Frau Schmegner. Anschließend fanden noch Einzelgegenüberstellungen statt, die in dieser Form rechtswidrig, aber in politischen Verfahren inzwischen durchaus üblich sind. Später erschien dann noch der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes zu einer richterlichen Vernehmung im BKA. Dies und die Tatsache, daß sich beide Frauen 36 bzw. 41 Stunden, ab der Festnahme, unter der direkten Verfügungsgewalt des BKA befanden, belegt, daß das BKA in politischen Verfahren immer mehr Herr des Verfahrens wird.

Daran wird deutlich, daß der Zugriff des BKA auf Gefangene, vor allem in der Zeit nach der — mit allen Mitteln geheimgehaltenen — Festnahme immer dichter und extensiver wird — und zum Dauerzustand werden soll. Dies wird auch an den immer häufigeren Zellenrazzien durch BKA und LKA in den Gefängnissen deutlich. Die angestrebte totale Verfügungsgewalt über die Gefangenen durch das BKA wurde propagandistisch vorbereitet mit der gezielten Falschmeldung nach der Gefangenennahme von Christian Klar im November 1982, er sei ins BKA gebracht worden. Sie wurde erstmals ausgeübt bei der Verlegung von Gisela Dutzi von Stuttgart-Stammheim nach Frankfurt-Preungesheim, wobei im BKA Zwischenstation gemacht und eine verdeckte Gegenüberstellung durchgeführt wurde.

Diese Verpolizeilichung der Verfolgung des politischen Gegners, die durch die Anwesenheit des BGH-Richters justitiell abgesichert werden sollte, entspricht der Intensivierung und Militarisierung der Aufstandsbekämpfung, wie sie von US-Außenminister Shultz von den westeuropäischen Nato-Staaten gefordert wurde.

Ingrid Barabass hat bis heute noch keinen Verteidiger, da sämtliche Rechtsanwälte, die bereit waren, das Mandat zu übernehmen, bislang gem. § 146 StPO (Verbot der Mehrfachverteidigung) ausgeschlossen wurden, so beispielsweise auch Rechtsanwalt Elard Biskamp, weil er Verteidiger von Christian Klar ist, obwohl dieser bereits seit Ende 1982 in Haft ist und sich Frau Barabass bis Mai 1984 in Haft befand, eine „Interessenkollision" also gar nicht vorliegen kann. Durch diese extensive Auslegung des § 146 sollen sämtliche politische Verteidiger ausgeschlossen und somit eine politische Verteidigung schlechthin unmöglich gemacht werden.

Abschließend ist noch festzuhalten, daß beide Frauen bei ihrer Festnahme ordnungsgemäß polizeilich gemeldet waren und somit das Konstrukt einer „legalen RAF" durchgesetzt werden soll. Bei Frau Barabass kommt noch hinzu, daß ihr Mitgliedschaft in der RAF seit 1983 vorgeworfen wird, zu einem Zeitpunkt also, wo sie noch in Haft saß. Hiermit soll die durchsichtige Konstruktion einer „RAF im Knast" fortgesetzt werden.

Rechtsanwalt Rainer Koch, Frankfurt, 8.7.1985.

## Rebmann will Verwandtenbesuch verhindern!

Der Generalbundesanwalt
Karlsruhe, den 11. Juli 1985

An den Ermittlungsrichter des
Bundesgerichtshofes
Herrenstraße 45a
7500 Karlsruhe 1

Ich beantrage,
Christiane Barabaß und Martha Barabaß keine Besuchserlaubnis (bei Ingrid Barabaß) zu erteilen.

Begründung:
Aus den weiter fortbestehenden Gründen des in Ablichtung beigefügten Beschlusses vom 20. August 1984 (I BGs 359/84) sind die Voraussetzungen für die Versagung der beantragten Besuchserlaubnisse nach wie vor gegeben.

Durch die Besuche könnten die Sicherheit und Ordnung in der Justizvollzugsanstalt und vor allem der Zweck der gegen die Beschuldigten Ingrid Barabaß angeordneten Untersuchungshaft gefährdet werden.

Beide Antragstellerinnen haben in der Vergangenheit in vielfältiger Weise ihre Sympathien für die terroristische Vereinigung „RAF" bekundet und deren Ziele durch eigene Aktivitäten zu fördern gesucht. So haben sie am 2. April 1981 an einer Demonstration teilgenommen, auf der für die „RAF" und deren terroristische Ziele geworben wurde.

Am 20. Juni 1983 kettete sich Christiane Barabaß mit anderen Angehörigen von „RAF"-Mitgliedern im Justizpalast München an ein Eisengeländer, um auch damit die Ziele der „RAF" zu unterstützen.

Am 8. November 1983 störte sie zusammen mit anderen Besuchern die Hauptverhandlung gegen Adelheid Schulz vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf, woraufhin sie von der Teilnahme an der Hauptverhandlung ausgeschlossen wurde.

Am 6. Januar 1985 demonstrierte sie mit anderen Personen vor dem Wohn-
ausgeschlossen wurde.

Am 6. Januar 1985 demonstrierte sie mit anderen Personen vor dem Wohnsitz des Vorsitzenden Richters am Oberlandesgericht Stuttgart, Dr. Knospe und forderte die Zusammenlegung der „politischen Gefangenen" in großen Gruppen.

Bereits am 4. März 1981 hatten beide Antragstellerinnen — zusammen mit anderen Personen — die Kantine des SPIEGEL-Verlages in Hamburg besetzt und dort für die Forderungen der „RAF" demonstriert. Bei dieser Gelegenheit klebten sie die Hungerstreikerklärung inhaftierter „RAF"-Angehöriger vom 6. Februar 1981 an die Fensterscheiben des Verlagshauses. Auch diese Erklärung forderte zur Unterstützung der terroristischen Ziele der „RAF" auf.

Aufgrund des Beschlusses vom 20. August 1984 (I BGs 359/84) hat der Justizminister von Baden-Württemberg durch den ebenfalls in Ablichtung beigefügten Erlaß vom 3. Oktober 1984 gegenüber allen Vollzugsanstalten in Baden-Württemberg angeordnet, Martha Barabaß vom Besuch inhaftierter terroristischer Gewalttäter auszuschließen. Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß sie bei solchen Besuchen für deren Ziele werben bzw. die Häftlinge in ihrer staatsfeindlichen Haltung bestärken werde.

Bezugnehmend auf die erwähnten Hinderungsgründe hat auch das Oberlandesgericht Düsseldorf durch Beschluß vom 7. Februar 1985 in dem Verfahren 1 StE 3/82 den Antrag von Martha Barabaß, den in jenem Verfahren angeklagten Rolf Klemens Wagner besuchen zu dürfen, abgelehnt.

Angesichts des bisherigen Verhaltens der Antragstellerinnen muß eine nachhaltige Störung der Anstaltsordnung befürchtet werden, wenn es ihnen ermöglicht wird, durch Besuchskontakte Informationen über weitere terroristische Aktivitäten oder andere Unrechtshandlungen auszutauschen.

Bei dieser Sachlage müssen die verwandtschaftlichen Beziehungen ausnahmsweise zurücktreten. Wie bereits im Haftbefehl vom 4. Juli 1985 ausgeführt ist, sind die familiären Bindungen nicht so eng, daß sie in der Vergangenheit ein Abtauchen der Inhaftierten ins Ausland und in die Illegalität behindert hätten (1). Den Antragstellerinnen verbleibt die Möglichkeit, persönliche Angelegenheiten vorerst durch Briefkontakte zu erledigen.

Im Auftrag
Völz

(1) Es handelt sich hierbei wohlgemerkt um Vorgänge aus dem Jahr 1977! (Anm. AK)

# Heike Klar endlich freigesprochen!

**Nach mehr als zwei Jahren wurde am 4.7.85 das Urteil gegen Heike Klar in zweiter Instanz revidiert. Die am 19.5.83 wegen „schwerem Landfriedensbruch in Tateinheit mit schwerem Widerstand und gefährlicher Körperverletztung" von einem erweiterten Schöffengericht als Wiederholungstäterin zu 20 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung Verurteilte, wurde nun im Berufungsverfahren von sämtlichen Vorwürfen freigesprochen.**

Heike Klar hatte an der Klaus-Jürgen-Rattay-Gedenkdemonstration am 22.9.82 teilgenommen. Wie im Vorjahr war auch diese Demonstration nicht genehmigt. Wieder kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Polizeiknüppel wurden geschwungen, Steine flogen. An den schweren Kopfverletzungen (u.a. Sprengung der Lam danaht und eine Schädelfraktur), die Heike Klar erlitt, wird deutlich, daß Lummers Knüppelgarde auch diesmal nicht zimperlich war.

Heike Klar erklärte, daß sie bei ihrer Festnahme mit dem Schlagstock auf den Kopf geschlagen worden sei. Bis sie nach der Festnahme zu einem Arzt gelassen wurde, dauerte es Stunden. Im Festnahmeprotokoll stand nämlich, daß keine Verletzungen offensichtlich seien. Der Gefängnisarzt diagnostizierte einen Schädelbruch und ordnete die sofortige Einweisung in ein Krankenhaus an. Hier stellte der behandelnde Arzt als Verletzungsursache Einwir-
sofortige Einweisung in ein Krankenhaus an. Hier stellte der behandelnde Arzt als Verletzungsursache Einwir-
kung eines Schlagstocks fest. Auf der Intensivstation des öffentlichen Krankenhauses, in die Heike Klar zunächst überwiesen wurde, wurde sie rund um die Uhr von Beamten des Staatsschutzes bewacht.

### Erste Instanz

Im Januar 83, als der Prozeß begann, war Heike aus dem Haftkrankenhaus entlassen und in einem der Berliner Frauenknäste inhaftiert. Obwohl sie sich noch in ständiger ärztlicher Behandlung befand und der behandelnde Arzt sie nur für zwei Stunden täglich verhandlungsfähig schrieb, ordnete das Gericht U-Haft an. Der Prozeß schleppte sich über fünf Monate hin. Heike Klars ständiges Beharren, keine Steine geworfen zu haben, sondern von den an ihrer Festnahme beteiligten Bullizisten zusammengeschlagen worden zu sein, wurde vom Gericht als Lüge diffamiert. Während widersprüchliche und unschlüssige Aussagen, ja sogar sich gegenseitig aufhebende Aussagen der belastenden Polizeizeugen die Urteilsfindung nicht beeinträchtigten, wurden die entlastenden Zeugen der Verteidigung nicht einmal alle gehört. Im Gegensatz zum krankenhausärztlichen Gutachten behauptet das gerichtsmedizinische Gutachten, daß die Kopfverletzungen nicht von einem Schlag mit einem Polizeiknüppel herrühren, sondern entweder durch einen Stein oder einen Sturz verursacht seien. Obwohl das Urteil nicht rechtskräftig war, weil die Verteidigung Berufung einlegte, ordnete das Gericht weiterhin U-Haft an.

### Wiederaufnahme

Es dauerte sieben Monate, bis die zweite Verhandlung vor dem Berliner Landgericht im Februar 84 eröffnet wurde. Die Verzögerung des Berufungsverfahrens gründete nicht zuletzt darin, daß die Vorsitzende Richterin des Schöffengerichtes ihre Urteilsbegründung vier Monate lang nicht schriftlich vorlegte. Als dann Ende Februar der Prozeß nach wenigen Verhandlungstagen platzte, gelang es der Verteidigung wenigstens, Haftverschonung für Heike Klar zu erzielen.

Der Haftbefehl wurde jedoch nicht aufgehoben, Heike wurde lediglich gegen Auflagen freigelassen. Ein neues Verfahren wurde für den Sommer 84 anberaumt. Daraus wurde allerdings nichts. Heike Klar mußte bis Ende Mai 85 auf die Berufungsverhandlung warten, fünfzehn Monate in Unsicherheit leben.

Am 22.5.85 wurde dann endlich die Berufungsverhandlung eröffnet und es dauerte lediglich 6 Wochen, bis das Gericht am 4.7.85 zur Urteilsverkündung gelangte. In nur acht Verhandlungstagen konnte die Beweisaufnahme abgeschlossen werden. Diesmal konnten die Zeugenaussagen scheinbar leichter als widersprüchlich und offensichtlich falsch identifiziert werden. Die schon fast wissenschaftlich wirkenden, detaillierten Angaben über Flugphase eines bestimmten Steins und deren Urheberschaft, sowie den Einschlag waren doch widersprüchlich und unwahrscheinlich. Endgültiges Entlastungsmaterial allerdings war das neue gerichtsmedizinische Gutachten, aus dem wie aus dem krankenhausärztlichen hervorgeht, daß mindestens eine der drei Kopfverletzungen von Heike Klar durch einen Polizeischlagstock verursacht wurde. Mit dieser Aussage sind die Aussagen der Polizeizeugen eindeutig als Falschaussagen entlarvt, denn sie hatten einmütig bekundet, daß niemand den Schlagstock gegen Heike eingesetzt bzw. so etwas gesehen habe.

In der Urteilsbegründung kommt der Vorsitzende Richter zu der Feststellung, daß *„hier davon auszugehen sei, daß Falschaussagen erfolgt sind ... Offensichtlich sei in diesem Verfahren geworden, daß Heike Klar einen Schlag mit einem Polizeiknüppel erhalten habe. Die Polizeizeugen, die entweder selbst die Täter seien oder aber hätten*
*be. Die Polizeizeugen, die entweder selbst die Täter seien oder aber hätten*
*wissen müssen, wer geschlagen habe, hätten darüber keine Bemerkung gemacht."* (taz, 5.7.85) Die Anzeige, die Heike direkt nach ihrer Festnahme gegen die Beamten erstattete, liegt noch immer auf Eis. Denn erst wenn das Verfahren gegen sie völlig abgeschlossen ist, wird die Staatsanwaltschaft in dieser Sache Anklage erheben.

Der Staatsanwalt hat bis zuletzt versucht, eine Verurteilung rauszuschinden. Weil jedoch ziemlich klar war, daß Sprüche wie „die Aussagen der Polizeizeugen stimmen im Kernbereich überein", nicht viel bewirkten, mußte er auf unsachliche Tatsachenäußerungen in seinem Plädoyer zurückgreifen. So betonte er, was eh schon gerichtsbekannt ist, daß Heike Klar in ähnlicher Sache schon vorbestraft ist. Ferner gab er zum Besten, was er am Vortag in der taz gelesen hatte. Dort war ein Interview mit Heike Klar abgedruckt, aus dem mensch zweifellos schließen kann, daß Heike Demonstrationserfahrung hat. Forderte der Vertreter der Anklage im ersten Verfahren 1983 vor dem Schöffengericht noch die Höchststrafe von drei Jahren, so lautete seine jetzige Forderung zweieinhalb Jahre ohne Bewährung. Natürlich hat die Staatsanwaltschaft auch Revision gegen den Freispruch eingelegt.

### Keine Haftentschädigung

Bei genauer Betrachtung, stellt sich der „Justizirrtum" als Wandel der Strategie dar. Galt es 82/83 einer Bewegung mit allen Mitteln der Repression den Garaus zu machen, so kann 85 auf dem Hintergrund der Zerschlagung dieser Bewegung die „Gerechtigkeit" wieder „siegen", zumal wenn man es sich nichts kosten lassen will und in seinem Urteil wahrhaft salomonisch bleibt. Denn dort heißt es: *„Heike Klar habe sich auf eine ungenehmigte Demonstration begeben und erkannt, daß dort Unruhe geherrscht habe". „Wer sich so verhält, habe die Strafverfolgungsmaßnahmen grob fahrlässig verursacht, deshalb ist eine Haftentschädigung auszuschließen."* (taz, 5.7.85). Die Verteidigung hat Zivilklage eingelegt, um Haftentschädigung für die 17 Monate U-Haft zu erreichen.

**Anti-Repressionskommission**
**KB/Westberlin**

* * * * * * *

# Von einer Abhängigkeit in die nächste: Zur Situation süchtiger Frauen

Mitte Juni '85 führte die Hamburgische Landesstelle gegen Suchtgefahren eine Arbeitstagung zum Thema „Frau und Sucht'' durch. Aus verschiedenen Bundesländern und West-Berlin waren Fachkräfte geladen, um ihre Erkenntnisse vorzutragen. Die Vielschichtigkeit des Problems „Frau und Sucht'' fand ihren Niederschlag in den differenzierten Fragestellungen der Tagung: Erörtert wurden die gesellschaftlichen Lebenszusammenhänge süchtiger Frauen; ihr Abhängigkeitsverhalten; ihre psychosozialen Belastungen; die Rolle, die Männer, Kinder, Sexualität und Delinquenz in ihrer Lage spielen; Art und Umfang der Suchterscheinungen und die Möglichkeiten durch Therapie und Selbsthilfe eine geeignete Form für den Weg aus der Abhängigkeit zu finden.

Wenngleich die Mehrheit der rund 200 Teilnehmer/innen der Tagung, die Hauptursache der steigenden Zahl von süchtigen Frauen in den gesellschaftlichen Verhältnissen sah und Arbeitslosigkeit und Bildungsmangel angeprangert wurden, gab es doch Stimmen, die die Sucht der Frau gerne auf deren „Labilität'' zurückführen wollten. Diese Auffassung wurde zwar nur von wenigen direkt vorgebracht, oft aber war zu hören: „Die Frauen müssen nur wollen und endlich was tun, dann werden sie auch ihre Sucht los.'' So auch in der Arbeitsgruppe „Emanzipation und Sucht'', wo vertreten wurde, die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse ermöglichten am ehesten die Emanzipation und somit natürlich auch am ehesten die Bewältigung der Sucht. Süchtige Frauen gab es offensichtlich keine auf dieser Tagung, nur wenige Frauen bekannten sich zu einer — bereits überstandenen — Sucht. Überhaupt war mein Eindruck, daß hier vorwiegend privilegierte Menschen miteinander diskutierten und stritten. Dies ist allerdings kein Zufall: süchtige Frauen leben im Verborgenen, verstecken ihre Sucht, denn die gesellschaftliche Stigmatisierung hält an. Eine alkoholsüchtige Frau wird von der Öffentlichkeit allemal verurteilt, während einem alkoholkranken Mann seine Sucht eher nachgesehen und nicht selten seine Frau dafür verantwortlich gemacht wird.

Daß die Sucht der Frauen sehr viel mit ihrer spezifischen Rolle als Frau in unserer Gesellschaft zu tun hat, wird an vielen Punkten deutlich, auf die ich im folgenden noch eingehen werde. Den wissenschaftlichen Erkenntnissen und Untersuchungen, die von einigen Referentinnen vorgetragen wurden, sei es aus der Theorie oder der Praxis, mangelt es keineswegs an der Benennung der frauenspezifischen Ursachen. Anders sieht es allerdings aus, wenn es

nung der frauenspezifischen Ursachen. Anders sieht es allerdings aus, wenn es

um die Lösungsvorschläge für die süchtigen Frauen geht: weder sind neue gesellschaftliche Perspektiven in Sicht, noch sind sich die Fachkräfte darüber einig, ob eine therapeutische Einrichtung von Frauen für Frauen der richtige Ansatz ist, und wenn, dann gibt es keine Staatsknete. Das größte Problem bleibt allerdings, die betroffenen Frauen zu erreichen. Ihre Sucht findet still und heimlich statt, wird täglich angeheizt durch die staatlich abgesegnete Werbung und wird mit Vorurteilen und gesellschaftlicher Ausgrenzung quittiert.

Aus Bund und Ländern der BRD zeigen die Zahlen der Abhängigen von Drogen, Medikamenten und Alkohol ein stetiges Steigen. Ein Drittel der 1,8 Millionen Alkoholkranken sind Frauen. Von den rund 500.000 Medikamentenabhängigen sind heute schon 350.000 Frauen, allein 70% der Psychopharmaka werden Frauen verschrieben, die häufigste Sucht gilt dem Schmerz- und Beruhigungsmittel. Ca. 30.000 Frauen gehören zu den etwa 80.000 Drogenabhängigen, wobei vorwiegend junge Mädchen in diese Abhängigkeit geraten. Fast explosionsartig stieg die Mager- und Eßsucht in den letzten Jahren als besonders frauenspezifisches Suchtverhalten an. Nicht minder stieg der Anteil der rauchenden Frauen, von 1960 bis 1980 von 4,7 auf 7,7 Millionen, demgegenüber stieg die Zahl der rauchenden Männer um eine Million, ihre Gesamtzahl wird auf 17,3 Millionen geschätzt.

Wenn wir davon ausgehen, daß allein in den Jahren 1970 bis 1979 der Pro-Kopfverbrauch an Medikamenten um 163 Prozent gestiegen ist, der jährliche Bierverzehr in der BRD pro Kopf mit 148 Litern zur Weltspitze gehört, um nur einige Beispiele zu geben, wird deutlich, wie die Wirtschaft von der Sucht profitiert. Die Bonner Regierung erzielt mit den Steuereinnahmen durch Tabakwaren und Alkohol bedeutende Einnahmen. Für Alkohol und Tabakwaren werden jährlich für die Werbung rund 500 Millionen Mark ausgegeben, auch dies ist ein Beleg für das tägliche Geschäft mit der Sucht. Wenn eine Frau auf der Tagung den Teilnehmer/innen zurief, „daß es dieser Staat ist, der süchtig macht, wenn 397 Millionen Mark für Bandenwerbung in Fußballstadien für Alkohol und Tabakwaren ausgegeben werden'', ist es zweifellos doppelbödig zu beklagen, daß die alkoholisierten Fans hemmungslos Gewalt anwenden.

Zurück zu den süchtigen Frauen. Bei den oben genannten Zahlen fehlt natürlich die Dunkelziffer, dennoch sind sich die Wissenschaftler einig, daß die unter Frauen verbreitetste Sucht Medikamentenabhängigkeit ist. Einig sind sich viele darin, daß dies nicht an der biologischen Konstitution der Frau liegt, sondern daß die rollenspezifische Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau und die geschlechtsspezifische Erziehung eine der Ursachen ist, weshalb Ärzte Frauen mit Medikamenten füttern, oder Frauen zu anderen Suchtmitteln greifen. Frauen sind eher emotional als Männer, gehen häufiger zum Arzt und sind durch ihre psychischen und physischen Belastungen dem Arzt und dem Medikamentenmißbrauch ausgeliefert. Während die Hausfrau in den letzten Jahren eine immer größere Abwertung und gesellschaftliche Isolation erfahren müßte, kämpft die berufstätige Frau mit Familie gegen ständige Schuldgefühle. Einer amerikanischen Studie zufolge nehmen Hausfrauen mehr psychoaktive Medikamente als berufstätige Frauen ein, diese wiederum greifen laut Bundesgesundheitsministerium eher zu Schmerzmitteln, die bekanntlich auch aufputschende Wirkung haben.

Die berufstätige Frau trifft heute auf gesellschaftliche Bedingungen, die sie zu 94 Prozent in Berufe als Arbeiterinnen und zu 70 Prozent in Berufe als Angestellte zwingen, und nicht selten liegt die ausgeübte Tätigkeit unterhalb ihrer Qualifikation. Bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit sind es oftmals die Frauen, die zuerst Angst um ihren Arbeitsplatz haben müssen. Gerade die berufstätige Frau legt höheren Wert auf die sozialen Kontakte im Betrieb als ihre männlichen Kollegen, so eine Umfrage. Gegen ihren Willen lassen sie sich oft auf Alkohol und Rauchen ein, um nicht als unkollegial zu gelten.

Die Erziehung der Frauen — sie soll sanft sein, geduldig, liebevoll, tüchtig und schnell — ist oft auch die Basis für aufkommende Depressionen und den Verlust des Selbstwertgefühls. Nicht selten sind deshalb auch emotionale Gründe, wie gescheiterte Beziehungen oder das Warten auf die große Liebe

Gründe, wie gescheiterte Beziehungen oder das Warten auf die große Liebe

Anlaß, Medikamente, Alkohol oder Drogen zu nehmen. Die „Welt der Frauen'' ist oft genug noch der Mann, das darf nicht vergessen werden.

Daß Pharma-Industrie und Ärzteschaft die „Leidensfähigkeit'' der Frauen auszunutzen wissen, indem sie ihnen unkontrolliert und entsprechende Mengen Medikamente verordnen, ist auch nur die eine Seite der Medaille. Frauen sind nicht nur die Hauptkonsumentinnen von Schmerz- und Beruhigungsmitteln, sie sind auch oft für diese und andere Medikamente die Testpersonen. Nicht nur einmal wurden schon zugelassene Medikamente als gesundheitsschädigend vom Markt gezogen, als die Pharma-Industrie diese auch auf Männer anwenden wollte.

### Eß- und Magersucht — die typisch „weibliche'' Sucht

In den letzten 10 bis 20 Jahren hat die Eß- und Magersucht bei Mädchen und Frauen extrem zugenommen, Zahlen existieren hier nur wenige, sicher ist allerdings, daß ca. 90 Prozent der Betroffenen Frauen sind. Wohl jede Frau hat mal mit dem einen oder anderen Symptom zu tun gehabt. Die Hintergründe dieser Sucht zeigen wohl am deutlichsten, daß die Ursache in der gesellschaftlichen Rollenverteilung liegt. Eß- und Magersucht ist nämlich die „weiblichste'' aller Suchtformen. Sie zeigt das Spannungsfeld zwischen Auflehnung und Anpassung gegen bzw. an die Rolle der Frau.

Frauen haben auszusehen, wie Medien und Modeschöpfer es vorschreiben. Das Schlankheitsideal ist in Brust-, Taillen- und Hüftumfang festgelegt. Für die männliche Welt ist die „Traumfrau'' vorgeschrieben und dies führt nicht selten dazu, daß Frauen, angetrieben durch Minderwertigkeitsgefühle und Selbstzweifel, Opfer der Eß- und Magersucht werden. Sabine Stauss schreibt in ihrem Papier dazu folgendes:

*„Neun von zehn Diäten werden aus kosmetischen Gründen von Frauen gemacht, die unter massiven Eßstörungen leiden*
*— ein diffuses Gefühl der Sehnsucht, ein unstillbarer Hunger nach Anerkennung, Liebe, Selbstverwirklichung*
*— eine schmerzliche Beziehungslosigkeit — zu anderen und besonders zu sich selbst, zum eigenen Körper*
*— hohe Selbstansprüche, die nicht erfüllt werden können und das Gefühl der Wertlosigkeit verstärken*
*— Schwierigkeiten, ‚nein' zu sagen, eigene Bedürfnisse wahrzunehmen und durchzusetzen*
*— ein auch in der Familie vermitteltes Bild der Frauenrolle, das Abwehr hervorruft, ohne daß andere Vorbilder zur Verfügung ständen.''*

Darüberhinaus ist für Frauen oft die neue Lebenssituation wie Heirat oder Schwangerschaft der Beginn des Eßproblems. Während die einen ihre Unzufriedenheit mit wahllosem in sich Hineinessen kompensieren, hungern andere Frauen sich zu Tode. Frauentypisch ist diese Form der Sucht auch deshalb, weil sie unauffällig und heimlich stattfindet, weil sie sich an vorgegebenen Normen (schlank sein) orientiert. Die mager- und eßsüchtigen Frauen stecken in einem Teufelskreis. Sind es doch die Frauen, die in den Familien für die Nahrung zu sorgen haben, die Essen mit Bedürfnisbefriedigung und Fürsorglichkeit gleichsetzen. Diese emotionale Besetzung legt natürlich den Frauen das Essen als Problemlöser nahe. Problematisch ist dabei, daß für Nahrungsmittel keine Abstinenz angestrebt werden kann und somit die eß- und magersüchtigen Frauen ständig mit dem „Suchtmittel-Nahrung'' konfrontiert sind. Die Versuche der Frauen, sich von dieser Sucht zu lösen, kosten enorme Energien und sind nicht selten selbstzerstörerisch, weil die Folge von Essen, Hungern und Erbrechen zu schweren gesundheitlichen Schäden führt, und meist mit der Einnahme von Medikamenten verbunden ist.

### Die psychosozialen Belastungen abhängiger Frauen

Besonders die alkoholabhängige Frau trifft in ihrer Umwelt auf Unverständnis und Ablehnung, dennoch lassen sich mit großer Wahrscheinlichkeit ihre konkreten Lebenserfahrungen auch auf andere süchtige Frauen übertragen.

Irmgard Vogt hat mit alkoholabhängigen Frauen, die sich bereits in einer Therapie befinden, intensive Gesprä-

Irmgard Vogt hat mit alkoholabhängigen Frauen, die sich bereits in einer Therapie befinden, intensive Gesprä-

che geführt. Sie berichtete: Fast alle Frauen haben durch die Erziehung ihrer Väter Härte und Gewalt statt liebevoller Zuwendung durchlebt. Auffallend ist auch, daß viele Frauen nur lockere Freundschaften haben und diese oftmals ganz abbrechen, wenn sie sich einem Mann zugewendet haben. Die meisten Frauen blicken auf negative Erfahrungen mit ihren Männern zurück, oftmals ist die Sexualität eine reine Pflichtübung. Die körperliche Liebe wird für die Frauen mehr und mehr zur Qual und das Bedürfnis nach Zärtlichkeit und Erfüllung wird nicht ausgesprochen. Vor allem die jüngeren Frauen fangen an, sich durch Alkohol zu stimulieren, während ältere Frauen berichten, daß ihre Funktionsfähigkeit in der Sexualität nachläßt.

Solange die Frauen maßvoll mit dem Alkohol umzugehen wissen, haben sie keine Probleme mit ihren Partnern. Spätestens in dem Stadium, wo alkoholabhängige Frauen ihre Selbstkontrolle verlieren, reagieren die Männer mit Zorn, Wut und Schlägen. Diese Situation verschärft allerdings die psychische Lage der Frauen. Ihr Selbstwertgefühl sinkt weiter ab, sie schieben sich selbst alle Schuld für das Scheitern der Ehe oder Beziehung zu. „Erst recht sind sie der Meinung, daß sie körperliche Züchtigung verdient haben, wenn sie getrunken haben. Ihre Selbstentwertung, die in solchen Urteilen zum Ausdruck kommt, hat aber tiefe Wurzeln, denn wenn man fragt, ob sie sich gegen ihre prügelnden Ehemänner im nüchternen Zustand zur Wehr setzen würden, sagen viele von ihnen ganz spontan: Nein, niemals.'' Auch die Berufstätigkeit hilft einem Teil der Frauen nicht über die emotionalen Schwierigkeiten hinweg. Weil sie es nie gelernt haben, Freundinnen und Freunde zu haben, stabilisiert sich die Fixierung auf den Partner. Diese wiederum helfen ihren Frauen nicht, nutzen die Abhängigkeit aus, weil sie sie „für sich haben wollen''.

Viele Frauen haben Kinder, sie flüchten sich in ihre Nähe, um dort die gewünschte emotionale Wärme zu bekommen. Aber auch dies läuft nur eine gewisse Zeit. Irmgard Vogt: *„In meiner Untersuchung sind es die Väter, die ihre Kinder anhalten, das Verhalten ihrer Mütter zu überwachen und zu kontrollieren. Beliebt sind dabei Riechproben und Durchsuchungen der gesamten Wohnung sowie der Arbeitsbereiche der Mütter und deren Begleitung zu jedem außerhäuslichen Gang. Die Kontrollen können sämtliche Lebensbereiche umfassen. Am Ende bleibt den Frauen keinerlei Freiraum mehr übrig, keine Chance für einen Rückzug in einem Bereich ohne Fremdkontrolle. So werden die Mütter zu Kindern, die, da sie gänzlich unselbständig sind, der permanenten Überwachung bedürfen. Um allen noch die Krone aufzusetzen, werden viele Kinder von den Vätern auch dazu ermuntert, ihre Mütter zu schlagen, wenn sie sie beim Trinken erwischen oder wenn sie sonst finden, daß diese sich ‚schlecht benehmen'.''* Kein Wunder, daß die Frauen

*ken erwischen oder wenn sie sonst finden, daß diese sich ‚schlecht benehmen'.''* Kein Wunder, daß die Frauen

sich von ihren Kindern abwenden, weil sie sich keine Hilfe mehr von ihnen versprechen.

Andere Untersuchungen zeigen, daß abhängige Frauen häufiger und früher von ihren Männern verlassen werden, als Frauen ihre abhängigen Männer verlassen. So kommt eine Arbeitsgruppe zu dem Schluß, „ist der Vater suchtkrank, trägt die Mutter die Familie; ist die Mutter suchtkrank, bricht sie auseinander.''

### Von der Unfähigkeit, abhängigen Frauen eine gesellschaftliche Alternative zu bieten

Schätzungen zufolge sind nicht weniger Frauen abhängig als Männer. Unterschiedlich sind die Suchtmittel. Erschreckend ist deshalb, daß nur ein Drittel der in Beratungsstellen und Therapieeinrichtungen hilfesuchenden Abhängigen Frauen sind. Mitarbeiter/innen dieser Einrichtungen berichten, daß Männer oftmals von allein kommen, während Frauen fast immer auf Druck der Familie oder Freunde kommen. Das Verhalten der Frauen hat auch hier wieder eine ganze Menge mit ihrer gesellschaftlichen Situation zu tun. Die Hemmschwelle, sich in die Beratung oder Therapie zu begeben, ist bei Frauen viel größer als bei Männern und dies liegt nicht zuletzt an der Diskriminierung süchtiger Frauen in der Öffentlichkeit. *„Emanzipatorische Anstrengungen, so wird behauptet, müssen die Frauen mit zunehmendem Suchtmittelkonsum bezahlen. Kurz: Gleichheit und Gleichberechtigung sind Werte, für die die Frauen nach Meinung der Psychiater einen hohen Preis bezahlen müssen, insofern sie Gefahr laufen, die neugewonnene Freiheit in der Lebensgestaltung, die ihnen diese Grundrechte einräumen, mit Unfreiheit im Umgang mit alkoholischen Getränken einzutauschen. Aus der Sicht der Psychiatrie sind die Frauen die Verlierer, wenn sie zugleich mit ihrem Wunsch nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung den Schutz aufgeben, der ihnen bislang in der Familie durch den Mann gewährt worden ist. Dem Risiko, dem sie sich außerhalb der Familie, etwa im Berufsleben, aussetzen, sind sie jedoch nicht gewachsen, wie gerade auch die Zunahme der Fälle alkoholabhängiger Frauen zu zeigen scheint''* (Arbeitspapier „Frau und Sucht'', zitiert nach „FR''). Demagogisch werden abhängige Frauen hier in die ihnen zugeteilte gesellschaftliche Abhängigkeit verwiesen, nämlich die Frauenrolle. Während Männer in dieser Gesellschaft auf eine viel größere Toleranz stoßen, werden Frauen noch zusätzlich diskriminiert. Dabei ist ihr Suchtverhalten in der Öffentlichkeit viel weniger sichtbar.

Obwohl die Frauen materiell oft schlechter gestellt sind als die Männer, ist ihr Anteil an der Gesamtdelinquenz der Abhängigen nur 20 Prozent und es handelt sich meist (zu 91 Prozent) um Bagatelldelikte. Auffallend ist auch, daß die Frauen seltener als Männer Anträge bei den Behörden einreichen, um eine Therapie statt Strafe zu erreichen. Aufgrund ihrer Schuldgefühle sitzen sie oft ihre Strafe geduldig ab.



Foto: Dörte Eißfeldt aus Betton & Haut, Frauenbilder. Frauen-Kalender-Gruppe, Edition im Klenkes-Verlag, Aachen 1984)

Diejenigen Frauen, die sich in eine Therapie begeben, sind meistens mit einer Überzahl Männer in den Einrich-

Diejenigen Frauen, die sich in eine Therapie begeben, sind meistens mit einer Überzahl Männer in den Einrich-

tungen konfrontiert. Auf die männliche Dominanz reagieren die meisten Frauen mit Zurückhaltung, sie haben es ja auch nicht anders gelernt, und wieder werden ihre Probleme untergebuttert.

Über die bestehenden Möglichkeiten für Frauen Therapien durchzuführen, wird seit einigen Jahren heftig diskutiert. Während früher die Einrichtungen eine strenge Trennung aus moralischen Gründen zwischen Männern und Frauen vornahmen, sind heute die gemischten Einrichtungen zwar auch als fortschrittlich zu betrachten, aber dennoch nach wie vor darauf fixiert, die Menschen wieder funktionstüchtig zu machen. Bei den Frauen wird dies bereits als erreicht angesehen, wenn sie in der Therapie eine neue Partnerschaft eingehen, was übrigens nicht selten der Fall ist. Sie funktioniert wieder für einen Mann; daß es auch noch andere Werte für Frauen gibt, zählt oft nicht. Eine Abhängigkeit wird durch eine andere ersetzt und der Rückfall auf ein Suchtmittel ist deshalb auch nur Ausdruck einer kurzfristigen Reparatur. In den vergangenen Jahren haben Frauen aus therapeutischen Einrichtungen dieses Problem diskutiert. Forderungen nach frauenspezifischen Einrichtungen wurden laut. In den Behörden gab es zwar eine gewisse Zustimmung, aber die Einrichtungen, die spezielle Frauengruppen haben, sind meist von Männern geleitet. Als einziges Projekt von Frauen für abhängige Frauen gilt die „Zwiebel'' in Berlin.

Ihr Konzept ist vor allem darauf angelegt, daß die abhängigen Frauen ein umfassendes Selbstwertgefühl entwickeln, daß Frauen miteinander lernen sich zu schätzen und sich gegenseitig brauchen. Dies bedeutet nicht, daß die Frauen nicht auch mit Männern Beziehungen haben sollen.

Derartige Einrichtungen gibt es wenige, sowie überhaupt wenige Frauen eine Therapie durchführen. Für die meisten abhängigen Frauen besteht eine „Problemlösung'' nach wie vor nur in neuer Abhängigkeit, in Ehe und Familie oder Prostitution, denn eine tatsächliche Alternative ist nicht in Sicht.

Ul.

# Eine Zensur findet nicht statt!

## Frankfurter Journalisten zeigen verbotenen Startbahnfilm

**Ein Film des Hessischen Rundfunks (HR) machte Furore. Dabei war es weniger der Inhalt als vielmehr die Tatsache, daß dieser Film nicht gesendet werden sollte. Er war den HR-Verantwortlichen zu brisant: es ging um die Startbahn West und eine Langzeitbeobachtung darüber. „Kinder haften für ihre Eltern" heißt die Fernseh-Dokumentation, und sie sollte auf Nimmerwiedersehen im Giftschrank des Funkhauses in der Frankfurter Betramstraße verschwinden. Wenn es nicht gelungen wäre, den Film zu „beschlagnahmen" und der interessierten Öffentlichkeit vorzuführen.**

Es war kurz nach 11 Uhr, als der Gerichtsvollzieher am 16. Juli das Frankfurter Gewerkschaftshaus betrat. In seinem Gepäck eine einstweilige Verfügung, die der Deutschen Journalisten-Union (dju) — bei Androhung eines Ordnungsgeldes von 500.000 Mark oder ersatzweise Ordnungshaft von sechs Monaten — untersagen sollte, den zensierten und gestohlenen Startbahnfilm „Kinder haften für ihre Eltern" vorzuführen. Erwirkt hatte diese einstweilige Verfügung der Hessische Rundfunk (HR), dem dieser Film auf unerklärliche Weise abhanden gekommen war, und der bei einer öffentlichen Aufführung noch mehr Publizität fürchtete.

Um 11.15, der Gerichtsvollzieher irrte immer noch durch das Gewerkschaftshaus, weil die Veranstaltung kurzfristig (und wie sich zeigte, aus gutem Grund) in einen anderen Saal verlegt worden war, flimmerten die ersten Bilder der verbotenen Langzeitdokumentation über den Bildschirm. Eingeladen hatte der Vorstand der Frankfurter dju, dem eine Videocassette dieses Films zugespielt worden war, und der mit dieser öffentlichen Vorführung ein „Zeichen gegen Zensur und bürokratische Willkür setzen" wollte.

### „Kinder haften für ihre Eltern"

Zwei Jahre beobachtete der HR-Autor Fritz Kremser den Bürgerprotest an der Startbahn West mit der Kamera. Herausgekommen ist ein Film — und das ist das bemerkenswerte — der auf jeglichen Kommentar verzichtet. Er besteht, bis auf eingeschnittenes Nachrichtenmaterial, ausschließlich aus Aussagen von Betroffenen: Bürger, Polizisten, Demonstranten, Flughafenangestellte und Waldarbeiter, die, aus Südtirol angeheuert, sich auch gegen das Abholzen der Bäume wehren würden, wenn es ihre Heimat wäre. Dies alles macht diesen Film so authentisch. Er macht betroffen, weil deutlich wird, wie ganz „normale" Bürger, in ihrem Demokratieverständnis erschüttert, für diesen Staat, die Parteien und für die Polizei nur noch Hohn, Spott und Haß übrighaben. Aber sie haben auch erfahren, daß sich etwas verändert, wenn sie sich engagieren. Darin liegt die eigentliche Brisanz der Langzeitbeobachtung. Und hier sind vielleicht die wahren Gründe für das Verbot des Films zu finden. Denn eine Ausstrahlung hätte sicher noch mehr Leute für die Demonstration zur „Einweihung" der Startbahn mobilisiert. Wieviel Querelen es um diesen Film gab, hat der Redakteursausschuß des HR in einer Dokumentation „Chronologie der Verhinderung" zusammengetragen (siehe Kasten). Diese Dokumentation legte er auf einer gemeinsamen Veranstaltung von Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) und dju vor. Fazit der Veranstaltung, die die Meinungsfreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk abklopfen wollte: die Erstellung einer weiteren Dokumentation über den Inhalt des Films.

Dieses doch sehr magere Ergebnis veranlaßte den Branchendienst „epd-Kirche und Rundfunk" zu einem bissigen Kommentar. Nach einer Parallele zum Hattenbachfilm, der auch auf nicht ganz legale Weise an die Öffentlichkeit kam, schreibt die Autorin G.Z.: „*Heute findet der Protest im Saale statt (die Grünen haben anderswo zu tun). Auf hellgrauem Velours in Frankfurts ‚Presseclub' auf dem Römerberg, gepflegt und postmodern. Da traf man sich letzten Freitag zum gemeinsamen Klagelied, RFFU und dju, und der HR-Redakteursausschuß und seht her, was der HR-Chefredakteur, der Herr Dr. Buchwald, seit einem Jahr mit uns macht*", fährt sie fort, „*und dann meldet sich der alte Carlebach, in Klammern DKP, zu Wort und fragt ganz naiv und ganz richtig: ‚Warum wird denn der Film nicht geklaut?' Weil es keine entsprechende Dienstanweisung gibt. Darum.*" (epd-KiFu, Nr. 52).

### Film zensiert — Film entführt

Irgendwie müssen sie doch gehört worden sein, die Worte der Kirchenjournalistin. Denn: „*Die Blechdosen waren*

den sein, die Worte der Kirchenjournalistin. Denn: „Die Blechdosen waren

*leer*", wußte die „Frankfurter Rundschau" (FR) am 10.7. zu berichten. Aus dem HR war der Originalfilm (und nicht die Arbeitskopie, wie die FR schreibt) verschwunden — von den Tätern keine Spur. Etwas Licht in diese „mysteriöse Angelegenheit" brachte die „Gesellschaft zur Wiederaufbereitung verbotener Filme" (GWF). Laut ihrer Pressemitteilung sieht sich die GWF „*gezwungen, die übliche Vertraulichkeit aufzugeben und die Begleitumstände aufzuklären*". Und das ist unglaublich. Denn der Intendant des HR, Wolfgang Lehr, soll den Film selbst der GWF überlassen haben, mit der Bitte um Wiederaufbereitung oder Endlagerung. Diesen Auftrag konnte die GWF jedoch nicht ausführen und so schickte sie dem Intendanten den Film wieder zurück, um ihm zu erklären: „*Eine Wiederaufbereitung durch einen den Aussagen der betroffenen Bürger entgegenlaufenden Kommentartext konnte leider nicht erfolgen, da der Film keinerlei veränderbaren Text enthält. Er besteht, wie Sie wissen, nur aus Originaltönen*". Da die GWF eine „Endlagerung" gegenwärtig noch nicht vornehmen könne — weil der Film sich hartnäckig in den Schlagzeilen halte —, empfiehlt sie deshalb dringend eine rasche Ausstrahlung des Films: „*Danach sind wir gerne bereit, das Material wie gewünscht zu entsorgen*".

Zwar hatte man auch beim HR diesen Brief als Satire „entlarvt", wie der einstweiligen Verfügung in etwas merkwürdiger Orthographie zu entnehmen war. Dort heißt es u.a.: „*Bei dieser ‚Gesellschaft zur Wiederaufbereitung verbotener Filme' handelt es sich ersichtlich um ein Fantasieprodukt, bei der angegebenen Anschrift handelt es sich nämlich um die Postanschrift des WDR, desgleichen stimmt die Telefonnummer mit derjenigen des WDR überein. Daß es sich um ein Fantasieunternehmen handelt, folgt auch aus der auf Zensur anspielenden Namensgebung des Unterzeichners ‚Dr. W. Zens'.*"

Spaß verstand der HR in dieser Frage aber dennoch nicht. Die einstweilige Verfügung mit einem Streitwert von DM 20.000 machte die Dimension deutlich, in welcher sich das Verfahren abspielen würde.

Da aber unser Gerichtsvollzieher im Gewerkschaftshaus niemanden der Frankfurter dju vorfinden konnte, legte er schließlich entnervt die Verfügung bei einer Sachbearbeiterin nieder. Allerdings war sie so nicht *rechtmäßig* und vor allem nicht *rechtzeitig* zugestellt worden.

Wie man hört, rätseln zur Zeit die HR-Justitiare darüber, ob nicht auch der Norddeutsche Rundfunk in die Sache verwickelt sei. Denn die GWF pflegt ihre Korrespondenzen und Überraschungspakete aus Hamburg zu versenden. Und das ist kein „Fantasieprodukt".

### 1:0 für die Mediengewerkschaft

Sehr zu ihrer Verwunderung bat der HR die dju zu einem „Versöhnungsgespräch". Der HR habe wohl doch etwas voreilig gehandelt, man wolle die Sache friedlich aus der Welt schaffen. Zwei Gründe mögen den Sender dazu bewogen haben. Da ist zum einen die neue Mediengewerkschaft, in der neben RFFU und dju noch die anderen 150.000 Kollegen der kämpferischen IG Druck und Papier vertreten sein werden. Kein guter Einstand also für den HR, wenn er diese neue Phase gleich mit Gerichtsverhandlungen beginnt. Und zum anderen hat der HR-Intendant Lehr, der sich übrigens über die ganze Posse köstlich amüsiert haben soll, nur eine Chance zur Wiederwahl, wenn er die Stimme auch des Gewerkschaftsvertreters bekommt. Und so einigten sich HR und dju in einem Kompromiß, der leider nicht völlig überzeugen konnte. Um zu erlangen, daß der HR auf seine Rechte aus der einstweiligen Verfügung verzichtet, verpflichtete sich die dju, die ihr zugespielte Cassette dem HR zu überlassen, keine weiteren Vorführungen mehr zu veranstalten und die Kosten des Verfahrens (rund 1.200 Mark) zu übernehmen. Könnte man den beiden ersten Punkten noch zustimmen, so ist doch an der Kostenübernahme verschärfte Kritik anzumelden. Eine weitere öffentliche Auseinandersetzung um den Film — denn das genau will der HR verhindern — hätte sicher mehr Erfolg gebracht und dem HR deutlich ge-

verhindern — hätte sicher mehr Erfolg gebracht und dem HR deutlich ge-

macht, daß er mit seinen Zensurmaßnahmen so nicht durchkommt.

### Englische Journalisten machen es vor: das Beispiel BBC

In England entschied kürzlich der BBC-Aufsichtsrat trotz heftiger Proteste, eine Sendung über Nordirland, in der der Sinn-Fein-Stadtrat und angebliche Stabschef der IRA, Martin McGuiness, zu Wort kommen sollte, nicht auszustrahlen. Das ist für die BBC, deren Integrität und (journalistische) Unabhängigkeit ihr auch international zu einem guten Ruf verholfen hatten, ein einmaliger Fall. Aber auch die BBC-Journalisten reagierten einmalig: zum ersten Mal in der Geschichte der BBC legten sie am 7. August für 24 Stunden die Arbeit nieder. Auch die anderen Journalisten — von konkurrierenden Gewerkschaften und von privatrechtlichen Sendern (!) — schlossen sich dem Streik an. In vielen Versammlungen wurde der inkriminierte Film vorgeführt und diskutiert. Und immer wieder eine Ausstrahlung gefordert. Parallelen zum Startbahnfilm sind nicht zu übersehen — das Problem liegt ähnlich, die Reaktionen jedoch klaffen noch weit auseinander. Dennoch gilt der Frankfurter dju die Anerkennung, den zensierten Startbahnfilm öffentlich gezeigt zu haben, ohne letztendlich zu wissen, was auf sie zukommen wird. Aber die englischen Journalisten sollten hier Vorbild bleiben.

### Üble Rolle des Deutschen Journalisten-Verbandes

Wie immer, wenn in der weiten Welt etwas passiert, was von den eigenen, gleichen Problemen ablenkt, melden sich diejenigen zu Wort, die in der gleichen Situation genau das tun, was sie bei anderen kritisieren. So verteidigt ausgerechnet Manfred Buchwald, Chefredakteur des HR und verantwortlich für den Startbahnfilm-Konflikt, die Pressefreiheit (natürlich nicht im eigenen Sender). In seinem Kommentar in den „Tagesthemen" vom 7.8. heißt es u.a.: „*Mit der BBC gerät eine der freiesten Stimmen der freien Welt in den Verdacht der Regierungshörigkeit und damit fällt auch ein Schatten auf das demokratische Wirtschaftsgefüge Großbritanniens. Man darf schließlich mit Fug und Recht die Freiheit einer Gesellschaft an der Freiheit ihrer Medien messen. Die streikenden Rundfunk-Journalisten in England kämpfen also um mehr als ihre eigene Sache.*" Als „unerhörten Eingriff in die Presse- und Rundfunkfreiheit" bezeichnet der Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV), Werner A. Rudolph, die Absetzung des Nordirlandfilms.

Bei solch deutlichen Worten sollte man meinen, daß der DJV in der Startbahn-Dokumentation „Kinder haften für ihre Eltern" an vorderster Front zu finden war, als es galt, das Banner der Pressefreiheit hochzuhalten. Aber weit gefehlt. Die unrühmliche Rolle des Chefredakteurs Buchwald, selbst früherer DJV-Bundesvorsitzender, ist in der Dokumentation des Redakteursausschusses allzu deutlich geworden. Aber noch einer mischte kräftig mit, als es galt, den HR zu unterstützen, den Film zu zensieren: Gernot Raue, Vorsitzender des hessischen Landesverbandes des DJV und Pressesprecher des HR in einer Person. Der DJV, eine reine Standesorganisation, die sich mehrheitlich nicht an der Mediengewerkschaft beteiligen will (denn dann müßten sie ja

nicht an der Mediengewerkschaft beteiligen will (denn dann müßten sie ja

tatsächlich mal streiken), hat hier eine ganz üble Rolle gespielt: In seiner Eigenschaft als DJV-Landesvorsitzender versuchte Raue, den dju-Vorsitzenden über die geplante Vorführung des Films auszuhorchen, und sicherte ihm absolute Vertraulichkeit und Stillschweigen zu. Nach diesem — für ihn allerdings nicht so ergiebigen — Telefongespräch brachte Raue dennoch mit einer eidesstattlichen Erklärung die einstweilige Verfügung ins Rollen.

Auf solche Leute kann die Mediengewerkschaft getrost verzichten. Die aufrichtigen Kollegen im DJV sollten sich allerdings überlegen, ob sie sich das alles gefallen lassen wollen, denn durch solches Verhalten kommt die ganze Organisation in Verruf.

### Schafft eine, zwei, drei ... viele Kopien und Vorführungen

Einen Vorteil hat's ja doch mit diesen Neuen Medien. Es ist völlig problemlos und preiswert, die vorhandenen Videocassetten zu vervielfältigen. Da die GWF — vermutlich aus finanziellen Gründen — nicht allen relevanten Organisationen und Initiativen eine Cassette hat zukommen lassen können, ist also Selbsthilfe gefordert. Nachdem in einigen Initiativen, so in der Startbahn-BI Mörfelden-Walldorf, der Film bereits gezeigt und diskutiert wurde, überlegen die Frankfurter GRÜNEN, beim „Tag der offenen Tür" im Römer ebenfalls die Zensur zu überrumpeln. Sie wollen auch ihre Kopie vorzeigen. Und da der Film wirklich gut ist, sollte er auch den vielen anderen Interessierten nicht vorenthalten werden.

**KB/Gruppe Frankfurt**




---

**Chronologie der Verhinderung**

*April 1984:* Der Chefredakteur des HR will den Film nicht zur Eröffnung der Startbahn West ausstrahlen. Der Autor wird aufgefordert, eine Kurzfassung von 20 Minuten zu erstellen, die mit einem Film über das „Projekt" Startbahn und einer Zweierdiskussion (Flughafen AG-Vereinigung Cockpit) ausgestrahlt wird. Der Autor erstellt diese Kurzfassung, weil ihm zugesagt wird, daß die Langfassung einige Wochen später, spätestens im Herbst gesendet wird. Dem Redakteursausschuß wird bestätigt, daß der Film ausgezeichnet ist. Seine Absetzung wird damit begründet, daß er zum wenigsten mit der Startbahn zu tun habe, als vielmehr mit der Veränderung des demokratischen Bewußtseins. Da vor der Sommerpause kein Sendeplatz mehr frei sei, werde er im Herbst gesendet. Der Redakteursausschuß bestätigt diese Zusage in einem Brief an den Chefredakteur und teilt dies allen Kollegen in einem Info mit.

*Oktober 1984:* Der Film wird nicht zur Sendung eingesetzt. Die Begründung des Chefredakteurs lautet jetzt gegenteilig: Der Film beziehe sich direkt auf die Startbahn. Weder sie noch irgendein anderes politisches Umfeld gebe Anlaß zur Ausstrahlung. Nach vier Briefen zwischen Redakteursausschuß und Chefredakteur über diese neue, unerklärliche und überraschende Wendung beruft der Redakteursausschuß eine Redakteursversammlung ein. Vor deren Sitzung kommt man in Gesprächen zwischen Autor und Chefredakteur, zwischen Redakteursausschuß, Redaktion, Abteilungsleitung und Chefredakteur zu der Einigung: Der Film läuft am 17. April 1985 in ungekürzter Fassung, wenn Autor und Redaktion sich auf ein filmbegleitendes Konzept einigen. Die Redakteursversammlung wird abgesagt, das „positive" Ergebnis schriftlich mitgeteilt.

*März 1985:* Der Redakteursausschuß erfährt, daß Redaktion und Autor sich auf ein Konzept für den 17. April (Jahrestag der Eröffnung der Startbahn) geeinigt haben: Der Film läuft unter dem Stichwort „Bürgerprotest". Als Diskutanten sind vorgesehen: Ehemaliger hessischer Innenminister, Vertreter der Bürgerinitiativen, Staatsrechtler. Das Konzept wird vom Chefredakteur dem Abteilungsleiter gegenüber gebilligt.

*März 1985:* Der Programmdirektor schaltet sich ein oder wird eingeschaltet: Er sieht den Film (angeblich) zum ersten Mal. Seine Meinung: Der Film ist schlecht. Wie der Chefredakteur sieht er keinen Anlaß für den Film. Der Chefredakteur sieht jetzt auch wieder keinen, oder keinen mehr. Seine Zusage an die Redaktion zieht er zurück — oder habe sie so nicht gegeben.

*März 1985:* Der Redakteursausschuß wendet sich an den Intendanten. Nur durch seine Vermittlung kommt es zu einem Gespräch zwischen Redakteursausschuß und Chefredakteur und Programmdirektor. Die früheren Zusagen werden als nicht gegeben bezeichnet. Der Programmdirektor entscheide. Man habe sich mit dem Autor geeinigt. Das Wenigste hiervon entspricht den Tatsachen.

*März 1985:* In einem „inoffiziellen Gespräch" trägt der Redakteursausschuß dem Intendanten den Fall vor.

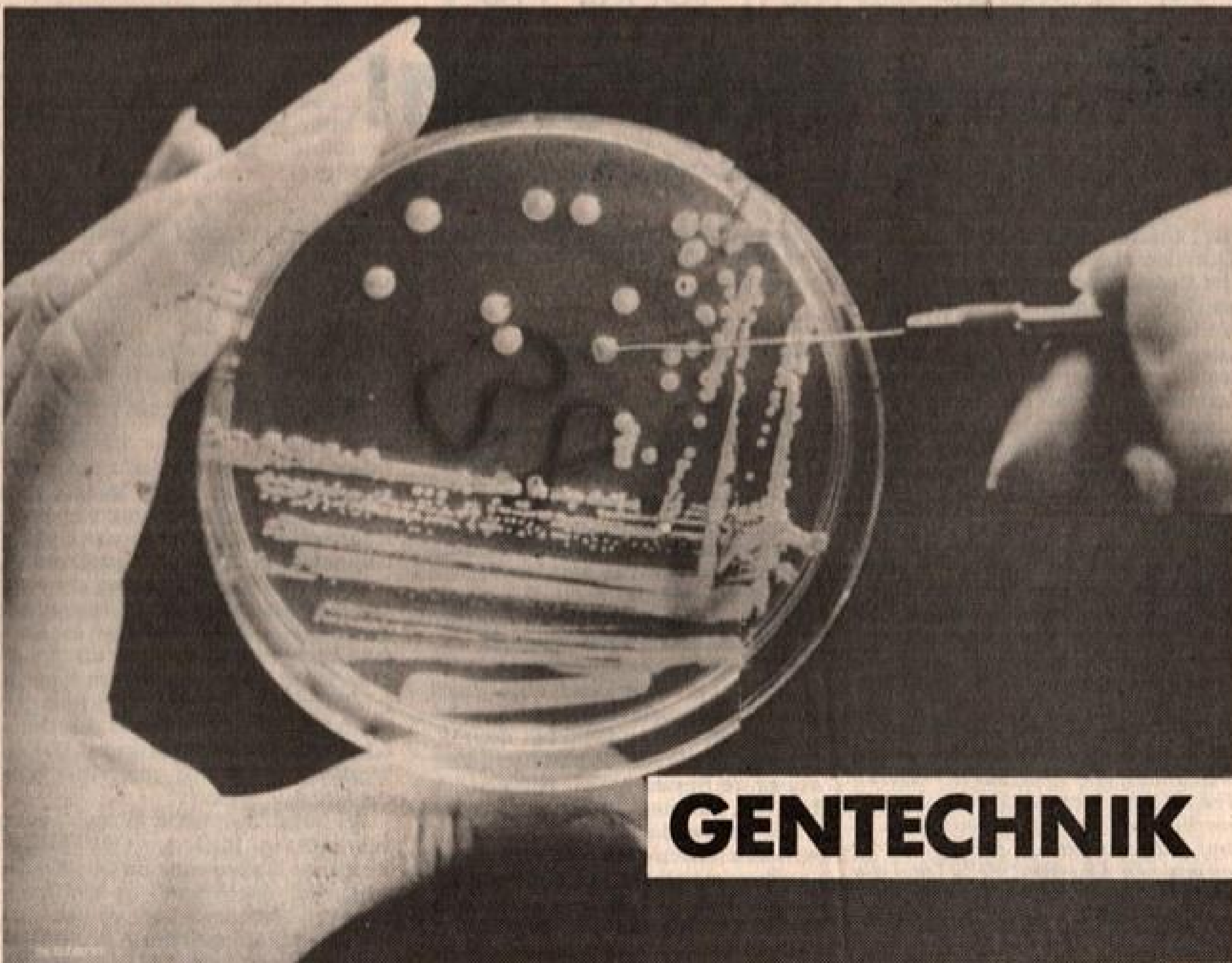
*April 1985:* Am Ausstrahlungstag kommt es zu einem Gespräch zwischen Intendant, Programmdirektor, Chefredakteur und Redakteursausschuß. Der Intendant verspricht, nach Prüfung des Films zu vermitteln.

*April 1985:* Der Redakteursausschuß lädt zur Redakteursversammlung ein. Die Leitung des Hauses lehnt eine Vorführung des Films auf dieser Versammlung ab. In einem Gespräch zwischen Intendant und Autor wird die Hoffnung erweckt, daß der Intendant, nach Prüfung des Films, eine Entscheidung herbeiführen werde.

*Mai 1985:* Am Morgen des 7. Mai, dem Tag der Redakteursversammlung, wird dem Redakteursausschuß mitgeteilt: der Film laufe nicht. Eine Kurzfassung zu einem späteren Termin, bei Bilanzierung der Startbahn, sei denkbar. Den Film hatte der Intendant nicht gesehen.

*Mai 1985:* Der Redakteursausschuß berichtet der Redakteursversammlung, die einen Brief an den Intendanten schreibt. Da keine Antwort erfolgt, beschließen Gewerkschaften und Redakteursversammlung eine öffentliche Veranstaltung mit Darlegung dieser Dokumentation.

Dokumentation des HR-Redakteursausschusses




# Wertfreier Fortschritt mit Schönheitsfehlern?

**Die derzeitige Diskussion in der erweiterten Linken über Gen-, aber auch über Reproduktionstechniken führt haarscharf am Kern der Sache vorbei. Dies soll hier am Beispiel des Einsatzes und der Entwicklung gentechnischer Verfahrensweisen in der Pharma-Industrie gezeigt werden.**

*„Wir brauchen Biotechnologie: Zur Impfstoffgewinnung, für die gezieltere Verabreichung von Medikamenten, für die biologische Schädlingsbekämpfung ... Biotechnologie ist sowohl als feinmechanischer Prozeß wie auch als biologischer Prozeß technisch beherrschbar, wenn die sozialen Verhältnisse die Erarbeitung, Einführung und Einhaltung entsprechender Sicherheitsvorkehrungen zulassen ... Biotechnologie löst die andauernde Krise des marktwirtschaftlichen Systems nicht, sondern treibt sie auf die Spitze: durch Arbeitsplatzvernichtung, Hochrüstung,*

*wirtschaftlichen Systems nicht, sondern treibt sie auf die Spitze: durch Arbeitsplatzvernichtung, Hochrüstung,*

*Überwachung und Umweltbedrohung auf qualitativ höherem Niveau ... Diese Gefahren können nur abgewendet werden, wenn sich die Gewerkschaften ... den notwendigen Handlungsspielraum schaffen."* Mit diesen Resümee beendet Ruben Scheller, Biologe, DKPler und Mitglied der Berufungskommission des Heidelberger Genzentrums sein Buch „Das Gen-Geschäft".

Schellers Resümee ist, konzentriert mensch es mal auf die Gentechnik als Teilgebiet der Biotechnologie, typisch für viele. Die Gefahren der Gentechnik werden benannt, vor „Maschinenstürmerei" wird gewarnt, schließlich sind neue Impfstoffe wichtig und als Ausweg müssen vorübergehend bestimmte gesellschaftliche Kontrollorgane herhalten: wenn die Gewerkschaften Einfluß auf die Art und Weise des Einsatzes der Gentechnik haben kann sehr viel weniger schief gehen.

Auffällig dabei ist, daß der von den GRÜNEN und dem Verein sozialwissenschatliche Forschung und Praxis für Frauen veranstaltete „Kongreß gegen Gen- und Reproduktionstechniken" eine sehr viel kritischere Position in diesem Bereich bezogen hat, als das von „der Linken" bisher getan wird. Mir scheint der Grund für diese m.E. grundsätzliche Differenz darin zu liegen, daß von den einen — z.B. Ruben Scheller, den AK-Autorinnen, die in den letzten Ausgaben hierüber geschrieben haben, etlichen Vertretern des Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) — Gentechnik für eine neutrale Technik gehalten wird, deren Vor- bzw. Nachteile sich wesentlich aus dem sozialen Umfeld, in der sie betrieben wird, ergeben. Die anderen, hierzu zählen derzeit vor allem die GRÜNEN, die Behindertenbewegung, einige Teile der Frauenbewegung, halten die gezielte Manipulation an Erbanlagen, Genkartierung und Genomanalyse grundsätzlich für problematisch.

Um eine sinnvolle Auseinandersetzung über die Anwendung gentechnischer Methoden hier, heute und in den nächsten zwanzig Jahren führen zu können, muß in erster Linie aufgearbeitet werden, von wem die Gentechnik betrieben wird, wie sie verkauft wird (ökonomisch und psychologisch) und welche Informationen in der öffentlichen Auseinandersetzung bewußt ausgeblendet werden.

## Kapital statt Innovation: die chemische Industrie

Hauptbetreiber der Gentechnik ist die chemische Industrie, genauer: die Pharmaindustrie. Schon heute haben gentechnisch hergestellte Produkte im Bereich Gesundheit einen Weltmarktwert von etwa 1,4 Mrd. Dollar (1), für das Jahr 2000 soll dieser Wert mehr als dreißigmal so hoch liegen. Die möglich erscheinenden Erfolge im Bereich der Diagnostika, Impfstoffe und Therapeutika werden in der Öffentlichkeit, neben der Bekämpfung des Welthungers, als Begründung für die Notwendigkeit, gentechnische Methoden in industriellem Maßstab möglichst schnell

neben der Bekämpfung des Welthungers, als Begründung für die Notwendigkeit, gentechnische Methoden in industriellem Maßstab möglichst schnell

einzusetzen genannt (2).

Verantwortliche Politiker und die PR-Stellen der Konzerne sind nicht besonders zurückhaltend, wenn es darum geht, Versprechungen zum therapeutischen und gesundheitspolitischen Wert der mit gentechnischen Methoden entwickelten und hergestellten Medikamente zu machen. *„Die Gentechnologie wird uns in die Lage versetzen, Stoffe herzustellen, die dem Menschen bisher nicht zugänglich gewesen sind, und sie wird auf diese Weise ganz neue Therapiemöglichkeiten erschließen. Es wird langfristig möglich sein, viele heute nur symptomatisch behandelbare Krankheiten einer kausalen Therapie zuzuführen"*, behauptete beispielsweise Dr. Hanna Neumeister, CDU-MdB, Vorsitzende der Deutschen Rheumaliga, stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsenquete-Kommission Gen-Technologie und Empfängerin erheblicher Spendengelder vom Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (3).

Und kaum weniger euphorisch auch Dr. Hans-Jürgen Quadbeck-Seeger, Vorstandsmitglied der Knoll AG Ludwigshafen in einem Vortrag vor Wissenschaftlern der Max-Planck-Gesellschaft: *„Bei allen Fortschritten, die die klassische Chemotherapie erzielt hat, sind die Möglichkeiten in einigen Therapiefeldern noch begrenzt. Das gilt für eine Reihe von viralen Erkrankungen, für Entgleisungen des Immunsystems, für Stoffwechsel- und Reglungsanomalien sowie für den Krebs. Hier wird die Gentechnologie der ärztlichen Kunst weiterhelfen."* (4)

Da die Pharmaindustrie bekanntermaßen keine in erster Linie an humanitären Zielen sich orientierende Industrie ist, wird deutlich wo das Interesse der Konzerne an den neuen technischen Möglichkeiten besteht: es wird die Chance gesehen neue Märkte zu erschließen, Wirkstoffe entwickeln zu können, die bei Indikationen anwendbar werden können, für die herkömmliche chemotherapeutische Mittel mangels Therapieerfolg nur begrenzt und oft heftig umstritten eingesetzt werden. Der durch den großindustriellen Einsatz gentechnischer Methoden eventuell bevorstehende Innovationsschub kommt der Pharmaindustrie sehr gelegen, denn seit Jahren werden kaum mehr neue Wirkstoffe synthetisiert, sondern nur noch vorhandene verändert. Ein Dilemma was in der medikamentösen Rheumatherapie besonders offensichtlich wird (5).

## Gentechnik, Risikofaktoren — der Abschied von der Sozialmedizin

Schaut mensch sich einmal genauer an, in welchen Bereichen gentechnisch hergestellte Medikamente den Durchbruch zur kausalen, also an den Ursachen ansetzenden, Therapie bringen sollen fällt auf: es geht fast ausschließlich um sogenannte Zivilisationskrankheiten. Krebs, Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems, Rheuma (6), Diabe-

lich um sogenannte Zivilisationskrankheiten. Krebs, Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems, Rheuma (6), Diabe-

tes (7) ... Die Behauptung gentechnisch gewonnene Medikamente könnten den Weg zu einer **kausalen** Therapie weisen muß deshalb äußerst kritisch gesehen werden. Denn von den tatsächlichen Krankheitsursachen — Arbeitsbedingungen, Umweltbelastungen, durch industrielle Verfahren entwertete Nahrung, um nur ein paar Oberbegriffe zu nennen — wird dadurch abgelenkt.

Die Propagandisten dieser Art medikamentöser „Kausaltherapie" sind in der Regel dieselben, die auch dem Risiko-Faktoren-Konzept zum Durchbruch verhelfen wollen: demnach sind nicht gesellschaftliche Umstände sondern individuelles Fehlverhalten bzw. individuelle Fehlveranlagung verantwortlich für die „Zivilisationskrankheiten". Die Konsequenz: mit einem enormen Aufwand wird Gesundheitserziehung betrieben, um beispielsweise Raucherentwöhnungsprogramme durchzusetzen. Bestimmte Risikogruppen werden identifiziert, z.B. mittels EDV-gestützter Kostentransparenzversuche bei den gesetzlichen Krankenkassen (7a) und genauer überwacht. Es werden bereits seit längerem Überlegungen angestellt, diese Risikogruppen beispielsweise mit höheren Selbstbeteiligungskosten für die Behandlung aufkommen zu lassen. Die andere Seite des Risiko-Faktoren-Konzepts ist der Versuch, die individuelle Normabweichung pharmakologisch zu regulieren, also biologisch handhabbar zu machen. (8)

Das ist nicht nur gesundheitspolitisch bedenklich, weil damit die Verantwortung für Krankheiten demIndividuum zugeschustert wird, es ist auch ein wenig erfolgreiches Vorgehen, denn die Erfahrungen mit der Bekämpfung von Massenkrankheiten aus vorangegangenen Epochen zeigen, daß nicht die Entwicklung neuer Medikamente sondern die Veränderung hygienischer und sozialer Verhältnisse deren wirksame Bekämpfung ermöglicht hat. (9)

Nicht wesentlich anders sieht es auch mit dem zweiten großen Bereich, in dem die Gentechnologie heilend eingreifen können soll aus: bei den Erbkrankheiten. Auch hier ist der Ansatzpunkt, individuelle „Defekte" (10) zu reparieren bzw. die Geburt möglicherweise behinderter Menschen zu verhindern, nicht aber eine tatsächliche Primärprävention: also ein Arzneimittelgesetz mit umfangreichen und effektiven Patientenschutzbestimmungen, die Vorkommnisse wie den Contergan- oder Duogynon/Cumorit-Skandal hätten verhindern können bzw. eine Chemiepolitik, die die Verseuchung ganzer Regionen nicht zuläßt.

## Die Zukunft ist bald verloren

Die Diskussion über Gentechnik darf sich also nicht auf die Möglichkeiten dieser neuen Technik beschränken, sie muß sich intensiv auch mit den sozial- und gesundheitspolitischen Umfeld befassen. **Offensichtlich kommt der Gentechnik dabei die Funktion zu, reaktionäre Individualisierungsstrategien leichter durchsetzbar zu machen. Krankheit und Gesundheit werden als rein biologische Zustände gesehen, auf die dementsprechend konsequent und zielgerichtet eingewirkt werden kann.** Hier liegt — jenseits von allen ethischen und philosophischen Bedenken gegen die Gentechnik — das politische, aber nicht allein kapitalismusspezifische Problem dieser neuen Technologie. Derzeit scheint aber auch erhebliche Skepsis angebracht, ob die Gentechnik tatsächlich große Fortschritte in der Therapie bringt. Daß sie eine Kausaltheorie vieler Massenkrankheiten nicht leisten kann, ergibt sich ja schon aus dem rein biologischen Modell mit dem die Gentechniker arbeiten. Aber wie sieht es mit den Bereichen aus, die heute schon auf dem Markt bzw. in der Entwicklung sind? Aus Platzgründen will ich mich hier auf drei Gruppen beschränken: die Humaninsuli ne, das Interferon und den sogenannten Tissue Plasminogen Activator (TPA), der gezielt Blutgerinnsel auflösen können soll.

## Rationalisierungseffekt positiv — das Humaninsulin

Insulin ist ein Eiweißkörper, der den Bluzuckergehalt regelt. Es wird in der Bauchspeicheldrüse produziert. Diabetiker, deren Bauchspeicheldrüse dieses Hormon gar nicht oder in zu geringen Mengen produziert, bekommen häufig Insulin gespritzt. Bis vor drei Jahren wurde das dafür verwendete Insulin mit einigem Arbeitsaufwand aus den Bauchspeicheldrüsen von Rindern und Schweinen gewonnen. Dieses tierische Insulin hat zwei Nachteile: bei Patienten traten gelegentlich allergische Reaktionen auf, weil die chemische

Insulin hat zwei Nachteile: bei Patienten traten gelegentlich allergische Reaktionen auf, weil die chemische

Struktur der gespritzten Substanz in einer (beim Schwein) bzw. in drei (beim Rind) Aminosäuren von der des menschlichen Insulins abwich; für die Industrie sind die hohen Gewinnungskosten für das tierische Insulin von Nachteil.

Abhilfe für die Patienten schaffte weitestgehend die Einführung von hochgereinigtem Schweineinsulin, das nur noch geringe Verunreinigungen aus der tierischen Bauchspeicheldrüse enthält und damit offensichtlich die Hauptursache für Abwehrreaktionen des menschlichen Körpers beseitigt werden konnte. Immerhin: auch das hochgereinigte Schweineinsulin unterscheidet sich noch in einer Aminosäure vom menschlichen Insulin. Außerdem war mit der Einführung dieses Insulins auch das Problem des hohen Arbeitsaufwandes für die Gewinnung noch nicht gelöst. Da konnten die Anfang 1983 auf den Markt gekommenen gentechnisch hergestellten Humaninsuline Abhilfe schaffen. Das Humaninsulin wird durch den Einsatz von Bakterien, den E.colis gewonnen, die entweder — in den Bioreaktoren der Firma Eli Lilly — die Eiweißketten des menschlichen Insulins selbst produzieren oder — in Verfahren, die Hoechst und der schwedische Konzern Novo entwickelt haben — die eine Aminosäure in der sich das Schweineinsulin vom menschlichen unterscheidet gegen die „richtige" Aminosäure austauschen. Der Arbeitsaufwand für die Gewinnung des ganz synthetisch hergestellten Humaninsulins der Firma Eli Lilly ist sicher geringer als der für herkömmliches Insulin, immerhin werden eine ganze Reihe menschlicher Arbeitskräfte (Laboranten, Schlachter) nicht mehr bzw. in sehr viel geringerer Menge gebraucht (11). Beim semisynthetisch hergestellten Humaninsulin von Hoechst und Novo sieht das anders aus, weil für dessen Produktion ja immer noch als Ausgangsbasis Schweineinsulin benötigt wird. Trotzdem ist auch der Preis des Eli Lilly-Insulins noch höher als der des herkömmlichen hochgereinigten Schweineinsulins: 9,97 DM kostete die 400 Einheiten-Packung 1983 im Großhandel, ca. 9,50 DM kostete die gleiche Menge hochgereinigten Schweineinsulins, und das Humaninsulin von Hoechst war für 11,80 DM zu haben (12).

Was bringt das gentechnisch hergestellte Humaninsulin jetzt für den Patienten? Vorliegende medizinische Studien (13) gehen davon aus, daß geringfügig weniger Abwehrreaktionen beobachtet werden konnten, daß aber das Risiko für diabetische Gefäßkomplikationen deswegen nicht geringer sein wird. Im übrigen hat sich herausgestellt, daß Humaninsulin im Körper schneller abgebaut wird, für Patienten mit einem hohen Insulinbedarf deshalb nur bedingt empfehlenswert sein kann, weil diese möglicherweise deshalb öfter spritzen müssen.

Von einem großen Fortschritt im therapeutischen Bereich kann also keineswegs die Rede sein, andererseits ist Humaninsulin sicher auch kein gefährliches Teufelswerk. Trotzdem müssen wir aufhorchen, wenn immer wieder gesagt wird, die Entwicklung von Humaninsulin wäre deswegen notwendig, weil in absehbarer Zeit die Vorräte an Schweine- und Rinderinsulin für die ständig wachsende Zahl Diabetiker nicht mehr ausreichen. Das nämlich heißt nichts anderes, als daß die Ursachen von Diabetes nicht beseitigt werden sollen, das Humaninsulin aber die Möglichkeit bietet, diese Krankheit dennoch systemimmanent in den Griff zu bekommen.

Und noch eine Folgewirkung von gentechnisch hergestellten Präparaten ist am Beispiel des Humaninsulins ablesbar. Humaninsulin wird von drei Konzernen auf den Markt gebracht: dem US-Giganten El Lilly, der den US-Insulinmarkt zu 85% beherrscht. Hoechst, der bis dahin 2/3 des bundesdeutschen Insulinmarktes kontrollierte und Novo, die in der BRD immerhin einen Marktanteil von 15% hält (14). Da die Entwicklung gentechnischer Verfahren, die eine Fertigung im industriellen Maßstab erlauben, extrem teuer ist, können auf diesem Markt nur kapitalstarke Konzerne oder kleine hochspezialisierte Genfirmen, die über ein enormes know-how verfügen mithalten (15). Das wird zur Folge haben, daß der ohnehin schon stark verflochtene Pharmamarkt in der BRD noch enger wird und die wenigen verbliebenen mittelständischen Unternehmen ganz aufgesogen werden. Übrig bleiben wird dann kaum mehr als die ehemaligen IG Farben: BASF, Bayer, Hoechst ... Diese Firmen sind ja auch die entscheidenden, die in den existierenden Gen-Zentren in Heidelberg, Köln und München engagiert sind (16).

## Interferon — Flop oder Wundermittel?

Interferon — Flop oder Wundermittel?

Die Arbeiten an der gentechnischen Gewinnung von Interferonen machen zweierlei deutlich: 1. die enormen Schwierigkeiten, Laborwissen in industriellem Maßstab umsetzbar zu machen, 2. wie schnell ein Luftballon voller Heilungserwartungen zerplatzen kann.

Es gibt im menschlichen Körper drei Interferonklassen und vermutlich 18 verschiedene Interferontypen. Alpha-Interferon wird in den Leukozyten produziert, Beta-Interferon in Bindegewebszellen, Gamma-Interferon in Lymphozyten. Interferone hemmen nach dem derzeitigen Erkenntnisstand die Vermehrung von Viren, sie können dadurch zwar die Ausbreitung, nicht aber die Spätfolgen von Infektionen bekämpfen. Im Übrigen beeinflussen Interferone das menschliche Immunsystem und scheinen tumorhemmende Wirkung haben zu können. Nichts genaues weiß mensch nicht, obwohl Forschungsarbeiten zu Interferonen seit Anfang der 70er Jahre vom Bundesministerium für Forschung und Technologie gefördert werden.

Klar ist vor allem eins: die hochgesteckten Erwartungen, Interferon könne Krebs heilen, sind unbegründet. In einer Übersicht zum „Stand klinischer Interferonstudien in der BRD" konnten Prof. Hofschneider (Max-Planck-Institut für Biochemie) und Dr. Obert (wiss. Abteilung von Biofeon (15)) lediglich Erfolge in der Behandlung des Nasopharynx-Karzinoms, der Herpes-Keratitis und der Herpes Zoster (Gürtelrose) vermuten. Ein sehr unkritischer, leicht euphorischer Artikel im „Spiegel" berichtet noch von Erfolgen bei einer seltenen Blutkrebsform, der Haarzell-Leukämie, bei einer mit Knochenschmerzen verbundenen Krebsform, dem multiplen Myelom und sogar eventuell bei AIDS. Nicht erwähnt wird, daß es nach Verabreichung von Alpha-Interferonen in den USA auch schon zu mehreren Todesfällen gekommen ist. In der BRD ist derzeit erst ein Präparat, das Beta-

Interferon, als Wirkstoff zugelassen: zur Behandlung viraler Infektionskrankheiten mit möglicherweise tödlichem Ausgang.

Ein Problem bei der medikamentösen Verabreichung von Interferon scheint zu sein, daß das vom Körper produzierte Interferon aufgrund des speziellen Mischungsverhältnisses der achtzehn Interferonarten seine Wirkung erzielt, während das künstlich hergestellte Interferon z.B. reines Beta- oder reines Gamma-Interferon ist und daher weniger wirksam. Doch das alles sind allgemeine Probleme der Therapie mit Interferonen. Mit Gentechnik hat das noch wenig zu tun. Die Gentechnik kann hier auch wenig vebessern, sie kann lediglich dazu beitragen, daß es möglich wird größere Mengen Interferon zu produzieren. Die begrenzten Mengen von Interferon, die heute aus menschlichen Zellen (Im Falle des Beta-Interferons aus den Vorhäuten von beschnittenen kleinen Amis) gewonnen werden können, machen es nämlich schwer, klinische Studien in größerer Anzahl durchzuführen bzw. größere Patientenzahlen mit dem Medikament zu behandeln.

Die gentechnische Gewinnung von Interferon in industriellem Maßstab ist ausgesprochen problematisch, weil Interferone nicht von einfachen Bakterien wie den E. Coli produziert werden können. Beta-Interferon beispielsweise besteht aus 166 Aminosäuren und hat eine angehängte Zuckerkette. Da weder Bakterien noch Hefezellen solche Zuckerketten produzieren können, müssen für die gentechnische Produktion von Beta-Interferonen Säugetierzellen benutzt werden. Das ist aber, zumal im industriellen Maßstab, ungleich schwieriger als die Arbeit mit einfachen E. Coli. Bis die anstehenden verfahrenstechnischen Probleme gelöst sind, so schätzen in diesem Bereich arbeitende Forscher, vergehen noch etwa zehn Jahre. (17)

Sehr viel interessierter als an der Verfahrensentwicklung für die gentechnische Herstellung von Interferon, bei dem der Markt vermutlich doch sehr viel kleiner sein wird, als das Anfang der siebziger Jahre, als die Forschungsinvestitionen getätigt wurden, abzusehen war, ist das Interesse der Industrie an dem Gerinnungshemmer TPA.

### Herzinfarkt — halb so schlimm

*„Große klinische Studien sind in Vorbereitung und es läßt sich erwarten, daß die Spritze mit TPA in nicht allzu ferner Zeit im Notfallkoffer des Arztes einen festen Platz einnehmen wird"*, verkündete Hans Jürgen Quadbeck-

einen festen Platz einnehmen wird", verkündete Hans Jürgen Quadbeck-

Seeger in seinem o.a. Vortrag.

Daß diesem Medikament eine großer Markt beschieden sein dürfte ist offensichtlich: daß es keineswegs dazu geeignet ist, eine Massenkrankheit, nämlich den Herzinfarkt, zu heilen ist ebenso klar. Bisher werden zur Auflösung von Blutgerinnseln bei Thrombosen oder bei Herzinfarkten hauptsächlich die Enzyme Urokinase und Streptokinase eingesetzt, die beide aber als Nebenwirkungen oft erhebliche Blutungen haben. Außerdem wirken beide nicht so schnell, wie das gerade beim Herzinfarkt oft notwendig wäre. Deshalb arbeiten Gentechniker derzeit daran, ein neues Enzym, eben den Tissue Plusminogen Activator (TPA) zu konstruieren. Dieser TPA wirkt erstens sehr schnell und zweitens ganz gezielt nur gegen echte Blutgerinnsel, dabei sind bisher wohl keine Blutungen als Nebenwirkung beobachtet worden (18). Ein Medikament also, daß den Ursachen des Herzinfarkts nicht zu Leibe rückt, diesen aber einfacher behandelbar macht. Wobei einschränkend gesagt werden muß, daß TPA eben noch nicht auf dem Markt ist, über seine tatsächliche Wirkung und vor allem über die Nebenwirkungen nur spekuliert werden kann.

### Pharmaindustrie — Hersteller mit Vergangenheit

Dieser Vorbehalt muß überhaupt gemacht werden. Gerade bei Neuentwicklungen, diese Lektion hätten wir in den letzten Jahren nach Contergan, Duogynon und mehr als einem dutzend Rheuma-Skandalen eigentlich lernen müssen, ist höchste Vorsicht angebracht. Da es in der BRD keine wirksame Kontrolle für neu auf den Markt kommende Medikamente gibt, werden Nebenwirkungen erst bekannt, wenn bereits Menschen gestorben bzw. erhebliche Schäden eingetreten sind. Dieses Risiko ist bei gentechnisch hergestellten Medikamenten noch erheblich höher, weil hier überhaupt keine Erfahrungswerte existieren. Die Mitarbeiter des BGA beispielsweise haben keine spezielle Ausbildung, die ihnen ermöglichen würde, auf bestimmte Sicherheitsanforderungen bei gentechnisch hergestellten Medikamenten zu achten. (19) Aber auch kritische Pharmakologen, beispielsweise die Mitarbeiter des unabhängigen Ärzte-Informationsdienstes „arznei telegramm" wissen über mögliche besondere Risiken gentechnisch hergestellter Präparate nicht Bescheid. Das ist angesichts der Tatsache, daß in der BRD bisher auch erst das vermutlich unproblematische Human-Insulin auf dem Markt ist, derzeit unproblematisch. Gefährlich wird es erst, wenn im Bereich der gentechnischen Produktion genauso unkontrolliert und unter Verwertungszwängen gearbeitet wird, wie das derzeit bei der herkömmlichen Chemotherapie der Fall ist.

### Technikfolgeabschätzung — brauchen wir nicht?

Gerade wenn auf die Gefahren des industriellen Einsatzes gentechnischer Verfahren aufmerksam gemacht wird, ist viel Spekulation im Spiel. Befürwortern der neuen Technologie ist dies Anlaß, darauf hinzuweisen, daß ja noch nichts passiert ist, die Gefahren also nur Phantasiegebilde seien.

Ob tatsächlich noch nichts passiert ist, muß dabei erstmal in Frage gestellt werden, denn das Wissen, das die Gentechnik-Gegner nicht haben, haben die Betreiber wahrscheinlich auch nicht. Der Bereich der Erforschung von Sicherheitsrisiken nämlich wird sträflich vernachlässigt und eine Technikfolgeabschätzung, wie sie beispielsweise von den GRÜNEN verlangt wird, findet überhaupt nicht statt. dabei wäre es interessant, zu erfahren, inwieweit sich beispielsweise der Medikamentenkonsum durch die Einführung neuer, vermeintlich sanfter, weil im chemischen Aufbau den körpereigenen Substanzen identischer Wirkstoffe erhöht hat. Wie verändert sich, wäre eine zweite wichtige Frage, eine Gesellschaft, in der das biomedizinische Modell der Gentechniker sich durchgesetzt hat?

**Gentechnik im pharmazeutischen Bereich unterstützt die Durchsetzung biomedizinischer Modelle und befördert damit einen Abschied von der Sozialmedizin. In den Bereichen, in denen gentechnisch hergestellte Medikamente heute bereits eingesetzt werden, kann von einem therapeutischen Durchbruch keine Rede sein, wohl aber von einer Verschärfung des ökonomischen Konzentrationsprozesses. Über mögliche Nebenwirkungen gentechnisch hergestellter Medikamente existieren so gut wie keine Informationen, weil in**

**gestellter Medikamente existieren so gut wie keine Informationen, weil in**

**diesem Bereich nicht geforscht wird. Das wissenschaftliche Modell von dem die Gentechniker ausgehen ist keinesfalls so überzeugend und fortschrittlich wie oft getan wird. Im Bereich der Mikrobiologie existieren insgesamt gesehen nach wie vor mehr Fragen als Antworten. Das zusammengenommen ist der industrielle Einsatz gentechnischer Verfahren eindeutig abzulehnen. Da derzeit Forschung und Industrie aufs engste miteinander verknüpft sind und diese Verknüpfung gerade durch die im Bereich der Gentechnologie betriebene Forschungspolitik noch vorangetrieben wird, muß auch hier eine klare Ablehnung der Forschungsarbeit aus politischen Gründen erfolgen.**

**Fassanbass**

Quellen u. Anmerkungen:

1) Biotechnology News zit. n. Bericht der Bundesregierung vom 2.4.84. D.h., diese Zahlen sind Schätzungen und stimmen mit dem realen Volumen nicht völlig überein. Sie dürften wahrscheinlich etwas niedriger liegen, weil die Geschwindigkeit mit der sich gentechnische Verfahren entwickeln ließen und durchsetzen würden damals noch überschätzt wurden. Zum Vergleich: der Weltmarktwert gentechnisch hergestellter Produkte insgesamt sollte nach dieser Schätzung 1985 3,7 Mrd. Dollar betragen. Der Gesamtumsatz der pharmazeutischen Industrie der BRD betrug 1983 18,1 Mrd. DM (nach Angaben des Verbandes der chemischen Industrie).

2) Z.B. Hanna Neumeister, CDU-MdB: *„Ich kann mir vorstellen, daß diejenigen, die die Gentechnologie als verantwortungslose Wissenschaft bezeichnen, noch nichts von den intensiven Bemühungen in der Krebsforschung erfahren haben, mit Hilfe gentechnologischer Verfahren das Wissen von der normalen und entartetem Gewebe und vom krebskranken Menschen zu vermehren."* (zit. n. Das Parlament, 2.2.85)

3) zit. n. ÖKO-TEST-Magazin 9/85

4) zit.n. Ms. — zu beziehen über das Archiv Gentechnik, Eltingstr. 25, 43 Essen

5) siehe ÖKO-TEST-Magazin 6/85: da die Ursachen für entzündliche rheumatische Erkrankungen nicht bekannt sind, können die ca. 1 Million Patienten nur symptomatisch behandelt werden. Das geschieht mit den sog. nichtsteroidalen Antirheumatika, die wegen der erheblichen, nicht selten sogar tödlichen Nebenwirkungen berüchtigt sind. 1984 wurden allein in der BRD über 160 neue nichtsteroidale Antirheumatika zugelassen, von denen allerdings nicht einmal 10% einen neuen Wirkstoff hatten, die übrigen 90% bestanden aus kaum oder gar nicht veränderten bekannten (und nur begrenzt wirksamen) Wirkstoffen.

6) Rheuma ist ein sehr ungenauer Begriff, unter den im wesentlichen drei Krankheitsgruppen gefaßt werden: 1. die entzündlichen rheumatischen Erkrankungen: ca. 1 Mio. Patienten in der BRD, 2. der Weichteil-Rheumatismus: Patientenzahl kaum schätzbar, 3. der degenerative Rheumatismus, der in sehr vielen Fällen berufsbedingt ist: 17 Mio. Patienten. Der degenerative Rheumatismus ist kausal medikamentös überhaupt nicht behandelbar, weil die Ursachen woanders liegen. Chancen gibt es wenn überhaupt für die Patienten mit entzündlichen rheumatischen Erkrankungen.

7) zumindest Altersdiabetes ist eindeutig eine „Zivilisationskrankheit": über 80% der Patienten sind übergewichtig, auch der Einfluß psychischer Faktoren — z.B. Stress — auf die Krankheit gilt als gesichert. Höchstens 1/3 aller Diabetiker braucht strenggenommen eine medikamentöse Behandlung. Die anderen müßten lediglich eine genau ausgeklügelte und individuell zugeschnittene Diät einhalten. (nach „Bittere Pille'" 27. Auflage)

7A) dazu taz 8.8.84, Tagesthema: Rasterfahndung im Gesundheitswesen

8) siehe dazu vor allem Sigurd von Ingersleben „Wirkstofforschung und neue Technologien" in „Technik, Kultur, Gesellschaft", Elefanten Press 1985: *„Dieses breite Wirkstoffangebot legt Umdefinitionen von sozialen oder Lebenskonflikten zu chemisch regulierbaren, physiologischen Entgleisungen nahe. Doch welche Probleme lösen eingentlich Stimulantien, Kater-Mittel, Süßstoffe, Appetitzügler oder Bräunungsdragees ... Alarmieren muß insbesondere die Tendenz, nun auch noch die Krankheitsvorbeugung zu pharmakologisieren ... so etwa der Einsatz von Lipidsenkern zur ‚Infarktprophylaxe' oder die Bekämpfung sogenannter ‚Risikofaktoren' wie Bluthochdruck, Rauchen oder Fettleibigkeit."*

9) Diese Diskussion kann hier unmöglich ausführlich geleistet werden, deswegen ein paar Literaturhinweise: Dieter Borgers in „Argumente für eine soziale Medizin 64", Berlin 1981: „Primärprävention von Volkskrankheiten: biotechnischer Eingriff und soziale Prävention am Beispiel von Tuberkolose, Karies, Hypertonie"; Heinz-Harold Abholz in „Jahrbuch für kritische Medizin 10", Berlin 1984: „Risikoverminderung als präventives medizinisches Konzept"

10) Was als Defekt bzw. krank bzw. behindert (keine Synonyme, aber Sprachgebrauch)gilt ist keineswegs klar. Am Beispiel des Kleinwuchses: ist kleinwüchsig wer unter 150 cm klein ist oder unter 140 cm? Oder die so oft als Beispiel für gentechnisch heilbar erklärte Sichelzellen-Anämie, die vorwiegend bei Farbigen vorkommt: die Sichelzellen-Anämie tritt gleichzeitig mit einer Resistenz gegen Malaria auf, für viele Bewohner tropischer und subtropischer Regionen also eine mitunter lebenswichtige „Erbkrankheit".

11) Dazu Ruben Scheller, Das Gen-geschäft, Heidelberg 1984, S. 19 ff. — kommt demnächst überarbeitet im Weltkreis-Verlag heraus.

12) nach „Zeit", 4.2.83, Gen-Geschäft

13) mir lagen vor: Deutsches Ärzteblatt, Heft 10/85: „Humaninsulin in der klinischen Praxis"1 Diagnostik 17 (1984) Nr. 8: „Humaninsuline bewähren sich"; euromed 6/84 „Humaninsulin — wo liegt der Fortschritt?"

14) nach ÖKO-TEST-Magazin 9/85

15) Aber auch die kleinen Gen-Firmen werden zunehmend von Konzernen aufgekauft, beispielsweise Biogen, das an der gentechnischen Fertigung von Interferon in der BRD maßgeblich beteiligt ist. Bioferon gehört zu 50% der Biogen, die ihrerseits zu 19% in Schering-Besitz ist, 25% hält die International Nickel Corporation, 13% Monsanto und nur 21% werden noch von den Wissenschaftlern, die Bioferon gründeten, gehalten.

16) nach I. Hack, L. Hack „Zum akademisch-industriellen Komplex in der Mikrobiologie/Gentechnologie", in: Technik und Gesellschaft, Jahrbuch 3, Ffm 1985

17) ÖKO-TEST-Magazin 9/85

18) nach Deutsches Ärzteblatt Heft 11/1984

**Artikel über Gen- und Reproduktionstechnik in den letzten Ausgaben des AK:**

**— Die Frauenbewegung hat ein neues Thema: Über die Auseinandersetzung um Gen- und Reproduktionstechniken (Bericht vom internationalen Frauenkongreß zu diesem Thema im April 1985 in Bonn). AK 258, S. 25f.**

**— Diskussion der Reproduktionstechnik — Mama, wie bin ich entstanden? (Über den „neuen Weg, Babys zu machen"). AK 259, S. 19f.**







# Bundesregierung verweigert Beitritt zur Anti-Folter-Konvention

**Am 1.8. diesen Jahres haben Bundesregierung und Massenmedien das 10-jährige Jubiläum der KSZE-Schlußakte von Helsinki gefeiert. Sie haben dabei einseitig die Sowjetunion und die übrigen Staaten des Warschauer Paktes wegen Menschenrechtsverletzungen angegriffen. Man konnte dabei fast den Eindruck bekommen, die Schlußakte verpflichte allein diese Staatengruppe zur Einhaltung der Menschenrechte und setze die kapitalistischen Staaten zu Kontrolleuren ein. Dabei läuft allein schon die Definition der Menschenrechte durch Regierung und Massenmedien auf eine Verfälschung hinaus, indem sie die wirtschaftlichen und sozialen Rechte (vor allem die durch Massenarbeitslosigkeit verletzten Rechte auf Ausbildung und auf Arbeit) ausklammern und die Menschenrechte auf die bürgerlichen und politischen Rechte reduzieren. Aber auch im Bereich der Bürgerrechte, in dem die kapitalistischen Staaten sich so selbstsicher aufführen, zeigt sich immer deutlicher, daß sie diese Rechte praktisch über Bord werfen und damit auch internationale Verpflichtungen verletzen, wenn sie das Ziel verfolgen, Opposition gegen das kapitalistische Staats- und Gesellschaftssystem auszuschalten.**

So hat, um nur ein Beispiel zu nennen, die ILO, eine Sonderorganisation der UN, die BRD wegen der Berufsverbote verurteilt. Das Gleiche zeigt sich an zwei Vorgängen vom Anfang diesen Jahres, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun hatten:

— Die Gefangenen aus der RAF und andere politische Gefangene haben vom 4.12.1984 bis Anfang Februar 1985 in einem Hungerstreik für die Aufhebung der Isolation gekämpft, mit dem Ziel, in große Gruppen zusammengelegt zu werden; es war dies der 9. Hungerstreik — nachdem die Isolation hier bereits seit ca. 15 Jahren, seit es Gefangene aus der RAF gibt (1970), praktiziert wird. Regierung und zuständige Behörden haben diese Forderung nicht erfüllt, u.a. mit der Begründung, es gebe keine Isolationshaft.

— Amnesty International und ein Teil der bundesdeutschen Presse haben etwa zu gleicher die Bundesregierung kritisiert (1), weil diese sich weigert, zwei Anti-Folter-Konventionen beizutreten, die die Vereinten Nationen und die Parlamentarische Versammlung des Europarats vorgelegt haben (2). Die Bundesregierung hat dies u.a. damit begründet, ein Beitritt würde unberechtigtes Mißtrauen gegen Justiz und Gefängnisverwaltungen zum Ausdruck bringen.

Amnesty International hat dabei jedoch nicht ausgesprochen, **warum** die Bundesregierung diese Haltung einnimmt. Tatsächlich befürchtet sie, von den Kontrollorganen, die in den Konventionen vorgesehen sind, wegen der Isolationshaft kritisiert zu werden. Dies ist nicht nur eine Vermutung, die angesichts der hier seit 15 Jahren verhängten Isolation plausibel ist, sondern läßt sich an Hand der Vorgeschichte der beiden Entwürfe im einzelnen belegen.

### A. Der Entwurf des Europarats

1. Das Neue an dem Entwurf ist nicht das Folterverbot — dieses ist bereits in Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention vom 4.11.1950 enthalten — sondern die erweiterte Kontrollmöglichkeit: eine aus fünf Mitgliedern bestehende Kommission (Die Mitglieder sollen von den Vertragsstaaten vorgeschlagen, von der Parlamentarischen Versammlung gewählt und nicht als Regierungsvertreter, sondern als unabhängige Experten tätig werden) soll die Kompetenz haben, Besuche in Gefängnissen durchzuführen, mit Gefangenen ohne Aufsicht zu sprechen und einen (wenn auch nur vertraulichen, d.h. allein dem betroffenen Staat zugänglichen) Bericht verfassen. Der Vertragsstaat soll zwar generell über geplante Gefängnisbesuche informiert werden, nicht jedoch vor jedem einzelnen Besuch.

2. Der Rechtsausschuß der Parlamentarischen Versammlung spricht bereits in seinem Bericht vom 2.10.1975 (3) von „seelischer und psychologischer Folter", auf die sich die künftige Konvention (auch) zu beziehen habe; ebenfalls noch allgemein ist im gleichen Zusammenhang in Resolution 9/9 (1981) der Parlamentarischen Versammlung (4) von *„alarmierenden Berichten über Folter in einigen Europastaaten"* die Rede. Der französische Abgeordnete Berrier hatte sich in der vorangegangenen Diskussion jedoch bereits deutlicher geäußert, indem er davon sprach, es werde eine *„sog. saubere Folter"* angewendet, die *„keine sichtbaren Spuren am Körper hinterlasse"* — z.B. durch *„sensorische Deprivation, Isolation und den Gebrauch chemischer und medikamentöser Mittel."* (5)

Barrier stellte die Frage, ob die in Ausarbeitung befindliche Konvention auch diese Techniken erwähnen werde; er halte dies für notwendig, weil sie immer häufiger angewendet würden. In Frankreich gebe es Hochsicherheitstrakte, in denen Gefangene durch Drogen „ruhiggestellt" werden würden; in

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

der Bundesrepublik werde die Haft an Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe unter Bedingungen vollzogen, die näherer Untersuchung bedürften. Die schweizerische Abgeordnete Meier, die den oben erwähnten Bericht erstattet hatte, antwortete, die Konvention solle sich auf alle Arten der Folter beziehen. Gerade wegen der neuen Formen der Folter sei ein besonderes Kontrollverfahren vorgesehen. (6)

Der Politische Ausschuß der Parlamentarischen Versammlung nimmt in seinem Bericht vom 20.9.1983 (Berichterstatter: der belgische Abgeordnete Dejardin) (7) ebenfalls auf die Isolationshaft in der BRD Bezug. Regierungen, Gerichte und Gefängnisverwaltungen seien — im Zusammenhang mit einer Zunahme ,,krimineller Gewalt'' — zu ,,sauberer Folter'', z.B. durch Isolationshaft der unterschiedlichen Art und Hochsicherheitstrakte, übergegangen (S. 1), was zu der Forderung führen müsse, *,,alle Methoden zur Zerstörung der Persönlichkeit, zur Beeinträchtigung der persönlichen Identität oder des seelischen Gleichgewichts als entwürdigende und unmenschliche Behandlung zu qualifizieren''* (S. 2) und dementsprechend zu verbieten oder einzustellen (S. 5). Die Notwendigkeit eines derartigen Verbots leitet der Politische Ausschuß aus Informationen über Folter und unmenschliche Haftbedingungen in verschiedenen Europastaaten ab und fährt fort (S. 6): ,,*Erstens: die Bundesrepublik Deutschland. 1979 hat AI einen Bericht über die Haftbedingungen von Personen veröffentlicht, die wegen politisch motivierter Verbrechen in Untersuchungshaft oder bereits verurteilt waren. In seinem Jahresbericht von 1982 hat AI festgestellt, daß wegen politischer Verbrechen in Untersuchungshaft gehaltene oder bereits verurteilte Personen in alarmierend schlechten Bedingungen gefangen gehalten werden, obwohl die Behörden zugesagt hatten, Verbesserungen einzuführen (S. 264). Insbesondere hob der Bericht hervor, daß ,die langandauernde Isolationshaft, die solchen Gefangenen auferlegt wird (sei es die vollständige Isolation oder die Isolation in kleinen Gruppen) ihre Gesundheit ernsthaft beeinträchtigt hatte'.''* Der Politische Ausschuß nennt sodann Italien, Spanien, Großbritannien (Nord-Irland) und die Türkei.

Der Politische Ausschuß bezieht sich ein zweites Mal auf die BRD (S. 5), in-
(Nord-Irland) und die Türkei.

Der Politische Ausschuß bezieht sich ein zweites Mal auf die BRD (S. 5), indem er eine Entscheidung der Europäischen Menschenrechtskommission (Straßburg) zur Isolationshaft anspricht: der zu errichtende Anti-Folterausschuß solle die Begriffe der Folter und unmenschliche Behandlung anders als die Kommission, d.h. weniger restriktiv, definieren und daher auch Bereiche erfassen, die bisher eine ,,Grauzone'' gebildet haben. — Der Politische Ausschuß bezieht sich offenbar auf die sog. Stammheim-Entscheidung der Europäischen Menschenrechtskommission (8) vom Juli 1978. Darin hatte die Kommission eine Beschwerde von Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe mit der Begründung zurückgewiesen, ,,totale'' Isolation und sensorische Deprivation seien zwar als unmenschliche Behandlung anzusehen, jedoch würden die Haftbedingungen in Stammheim nicht unter diese Begriffe fallen. Der Politische Ausschuß hat somit diese Entscheidung als zu restriktiv kritisiert und es als eine Aufgabe der neuen Konvention bezeichnet, gerade auch Haftbedingungen wie die in Stammheim zu erfassen.

Die hier vertretene These wird schließlich auch direkt durch eine Äußerung der Ministerialdirigentin im Bundesjustizministerium und Beauftragte für Menschenrechtsfragen Irene Maier belegt, die in der Zeitschrift ,,Vereinte Nationen'' folgendes geschrieben hat (9): ,,*Die Notwendigkeit einer solchen Konvention für die Europastaaten — übrigens insbesondere auch für die Bundesrepublik — wird mit den durch Sicherheitsmaßnahmen veranlaßten Haftbedingungen von Häftlingen begründet, die wegen terroristischer Taten verurteilt oder in Untersuchungshaft genommen worden sind.''*



Camera Silens

Camera Silens

## B. Der Entwurf der Vereinten Nationen

1. Die Generalversammlung der UN hat mit der Resolution 39/46 vom 10.12.1984 den UN-Mitgliedstaaten die Ratifikation einer Konvention gegen die Folter empfohlen — naahdem u.a. der bundesdeutsche Delegierte in der UN-Menschenrechtskommission, der als Befürworter der Todesstrafe bekannte CDU-Politiker Jaeger (10) den Entwurf als einen ,,Meilenstein'' in der Entwicklung des internationalen Menschenrechtsschutzes bezeichnet hatte. (11)

Auch dieser Entwurf ist nicht wegen des Folterverbots von Bedeutung (das bereits in Art. 7 des UN-Pakts über bürgerliche und politische Rechte verankert ist), sondern wegen der im Vergleich zum UN-Pakt erweiterten Kontrollmöglichkeit. Im Falle des Verdachts von systematischen Folterungen soll ein Ausschuß gegen Folter (bestehend aus 10 von den Vertragsstaaten vorgeschlagenen und gewählten, von Weisungen unabhängigen Experten) die Kompetenz zu ,,Untersuchungen'', z.B. durch Besuche in Gefängnissen der Vertragsstaaten haben. Ferner soll der Ausschuß ein Berichtsverfahren durchführen, in dem die Vertragsstaaten periodisch über die Maßnahmen zur Verhinderung und Ahndung von Folter und unmenschlicher Behandlung schriftlich Bericht erstatten müssen. (12)

2. Die Bundesregierung muß davon ausgehen, von dem Anti-Folter-Ausschuß wegen der Isolationshaft kritisiert zu werden. Denn im Rahmen der UN wurde und wird Kritik an der Isolationshaft allgemein und speziell an den Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD geübt.

a) Bereits Art. 19 des ,,Entwurfs von Grundsätzen über die Freiheit von willkürlicher Haft und Gefangenschaft'' (verfaßt von der UN-Menschenrechtskommission, 1964 (13) verbietet die Isolationshaft. In einer Reihe von Studien über die Rechte von Gefangenen hat die UN-Menschenrechtskommission die Isolation unter die Foltermethoden gerechnet. (14)

b) Gerade die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD hat der UN-Menschenrechtsausschuß 1978 kritisiert. Der Menschenrechtsausschuß (auf Grund des bereits erwähnten UN-Pakts über bürgerliche und politische Rechte dem ca. 80 Staaten, also ungefähr die Hälfte aller UN-Mitgliedsstaaten, beigetreten sind — Staaten aller politischen Richtungen, darunter die BRD, nicht jedoch die USA, Israel und Südafrika) hat die allgemeine Menschenrechtssituation in den Vertragsstaaten zu prüfen, indem er sich schriftliche Berichte der Vertragsstaaten vorlegen läßt, die er sodann in öffentlicher Sitzung mit den jeweiligen Regierungsvertretern diskutiert. Die Bundesregierung hat ihren ersten Bericht November 1977 vorgelegt (15) und darin die Haftbedingungen der politischen Gefangenen mit keinem Wort erwähnt. Der Menschenrechtsausschuß hat den Bericht vom 26. bis 28.7.1978 diskutiert (16) — Vertreter der BRD waren der damalige UN-Botschafter von Wechmar und die bereits erwähnte Beamtin aus dem Bundesjustizministerium Maier. Dabei hat das (aus Norwegen kommende) Ausschußmitglied Opsahl sie nach Beschränkungen der Verteidigertätigkeit sowie nach Sicherungen gegen willkürlichen Schußwaffengebrauch gefragt. Das (aus der DDR kommende) Ausschußmitglied Graefrath fragte ebenfalls nach exessivem Schußwaffengebrauch. Tarnopolsky (Kanada) wollte Informationen über Bedingungen und Dauer der Isolationshaft und der Kontaktsperre sowie über Gerichtsverhandlungen in Abwesenheit des Angeklagten (§ 231 a Strafprozeßordnung). Evans (Großbritannien) wollte Informationen über das Ausmaß der Isolationshaft. Schließlich fragte Prado Vallejo (Ekuador) danach, wie die Kontaktsperre als zeitlich unbegrenzte Maßnahme zu rechtfertigen sei.

Die Vertreter der BRD haben lediglich drei Fragen beantwortet (17):
— Die Kontaktsperre sei als ,,Ausnahmemaßnahme'', als ,,Antwort'' auf ,,terroristische Anschläge'' zu rechtfertigen und unterliege im übrigen einer ,,strikten zeitlichen Begrenzung'';
— hinsichtlich Gerichtsverhandlungen in Abwesenheit hieß es, diese Regelung sei auf Gefangene zugeschnitten, die sich selbst durch Hungerstreiks verhandlungsunfähig gemacht hätten;
— die Isolationshaft wurde lediglich mit Hinweis auf die (hier bereits zitierte) Stammheim-Entscheidung der Europäischen Menschenrechtskommission gerechtfertigt.

Von diesen Antworten sind zwei falsch gewesen:
— Die Kontaktsperre ist zunächst auf einen Monat begrenzt, kann jedoch beliebig oft verlängert werden (§ 36 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz);
— Grund für die partielle Verhandlungsunfähigkeit der in Stammheim Angeklagten (Baader, Meinhof, Ensslin, Raspe) waren nicht Hungerstreiks, sondern die Haftbedingungen: dies hatten vom Gericht selbst bestellte Gutachter festgestellt und dies mußten schließlich auch Bundesgerichtshof (18) und Bundesverfassungsgericht (19) einräumen (wenngleich sie daran die Behauptung knüpften, die Gefangenen seien auf Grund ihrer ,,Gefährlichkeit'' an den Haftbedingungen selbst schuld, so daß die Verhandlung gegen sie zeitweise in ihrer Abwesenheit zu Recht geführt werden konnte).
— Allein schon aus diesem Grund ist auch die Stammheim-Entscheidung der Straßburger Kommission nicht haltbar: sie geht zu Unrecht und auch entgegen den Entscheidungen von Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht von der alten These aus, Grund für die Verhandlungsunfähigkeit der in StammheimAngeklagten seien die Hungerstreiks gewesen.

Die Vertreter der Bundesregierung haben schließlich dem Menschenrechtsausschuß weitere schriftliche Informationen versprochen. Obwohl der Menschenrechtsausschuß diese mehrfach angemahnt hat (20), hat die Bundesregierung sie nicht vorgelegt. Sie hätte spätestens in ihrem zweiten (umfassenden) Bericht auf diese Fragen einzugehen gehabt. Jedoch: obwohl dieser Bericht bereits am 3.8.1983 fällig gewesen ist und die Bundesregierung 5 Jahre zu seiner Abfassung Zeit hatte, und obwohl sie später dessen Vorlage für das Frühjahr und dann für den Herbst 1984 versprochen hat (21), liegt dieser Bericht bis heute nicht vor.

Nachdem der Menschenrechtsausschuß eine Vielzahl von Staatenberichten geprüft hatte und dabei mehrfach auf Isolationshaft zu sprechen gekommen war, hat er in seiner ,,Allgemeinen Bemerkung 7/16'' vom Juli 1982 (22) zum Folterverbot (Art. 7 des UN-Paktes) festgestellt, ,,*auch eine Maßnahme wie Isolationshaft kann, den Umständen entsprechend, ... gegen den Artikel gerichtet sein*''.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang festzustellen, daß die Bundesregierung einer Empfehlung des Ausschusses an die Vertragsstaaten, die Diskussion zwischen Regierungsvertretern und Ausschuß und damit die gegen den Vertragsstaat vorgebrachte Kritik der Öffentlichkeit zugänglich zu machen (23), nicht gefolgt ist.

3. Noch bevor der Beitritt zu den Anti-Folter-Konventionen aktuell geworden ist, hat die BRD aus der Entwicklung im Menschenrechtsausschuß die Konsequenz gezogen, weitergehende Kontrolle zu verhindern. Als Ergänzung zum UN-Pakt existiert nämlich ein Zusatzvertrag, der ein Individualbeschwerdeverfahren vorsieht: jedermann kann danach den Menschenrechtsausschuß anrufen, wenn er sich als Opfer einer Menschenrechtsverletzung durch den Vertragsstaat betrachtet. Die Bundesregierung hat diesen Zusatzvertrag nicht ratifiziert mit der Begründung, Probleme des Verhältnisses dieses Beschwerdeverfahrens zum Individualbeschwerdeverfahren vor der Straßburger Menschenrechtskommission vermeiden zu wollen — eine Begründung, die deshalb unzutreffend ist, weil es der BRD freisteht, mit Beitritt zum Zusatzvertrag einen Vorbehalt zu formulieren, der das Verhältnis beider Verfahren zueinander klarstellt, wie dies andere westeuropäische Staaten, z.B. die Niederlande, getan haben. Bundesaußenminister Genscher hat deshalb in einem Brief an AI eine weitere Begründung nachgeschoben: der Menschenrechtsausschuß könne ,,durch eine große Anzahl von Beschwerden aus der Bundesrepublik Deutschland'' in seiner Arbeit für andere Länder behindert werden. (24) Daß auch dieses Argument vorgeschoben und eine Heuchelei ist, liegt auf der Hand.

4. Die Weigerung der Bundesregierung, den Koventionen gegen Folter beizutreten, könnte vielleicht deswegen als verwunderlich erscheinen, weil die darin vorgesehenen Kontrollorgane nur geringe Kompetenzen haben werden. Zwar sollen nach beiden Entwürfen Gefängnisbesuche möglich sein, jedoch soll dies nach dem UN-Entwurf nur in enger Zusammenarbeit mit dem betreffenden Staat möglich sein (also wohl nur nach dessen vorheriger Information), während der Staat nach dem westeuropäischen Entwurf nur generell, nicht jedoch vor jedem einzelnen Besuch informiert werden soll. Jedoch soll nach diesem Entwurf der abschließende Bericht nur dem betroffenen Staat zugänglich sein, so daß dieser es in der Hand hat, ihn der Öffentlichkeit zugänglich zu machen oder geheim zu halten. Von den übrigen Kontrollverfahren ist allein das Berichtsverfahren nach dem UN-Entwurf für alle Vertragsstaaten verbindlich, während Staaten- und Individualbeschwerdeverfahren nach beiden Entwürfen nur dann zulässig sein sollen, wenn der betreffende Vertragsstaat eine zusätzliche Erklärung abgegeben hat, wonach er sich diesen Verfahren generell unterwirft. Der geringe Umfang der Kontrollkompetenzen erklärt sich daraus, daß es ja gerade die Staaten und damit diejenigen, die künftig kontrolliert werden sollen, sind, die derlei Regelungen und Kompetenzen aushandeln und vereinbaren. Wenn die Bundesregierung jetzt noch nicht einmal bereit ist, sich einer derart geringen Kontrolle auszusetzen, so zeigt dies ihre Empfindlichkeit gegenüber internationaler Kritik und drückt aus, daß sie sich dessen bewußt ist, hier etwas zu verbergen zu haben. Hinzu kommt, daß die Kontrollorgane von den Vertragsstaaten selbst geschaffen werden, also offiziellen Charakter haben werden. Die bisherige Methode staatlicher Organe, Kritik an der Isolationshaft mit der Behauptung abzuwehren, der Kritiker sei ,,Sympathisant'', dem es nicht um eine Verbesserung der Haftbedingungen, sondern die Unterstützung von ,,Terroristen'' gehe, wäre hier offensichtlich nicht länger möglich.

Während also die Bundesregierung sich, wie jetzt anläßlich des KSZE-Jubiläums, als Kontrolleur anderer Staaten bezüglich der Menschenrechte aufspielt, versucht sie, sich einer Kontrolle der Verhältnisse in der BRD zu entziehen, weil sie sich dessen bewußt ist, Menschenrechte zu verletzen. Sie mißachtet dabei gerade auch die KSZE-Schlußakte. Die Praxis der Isolationshaft und auch das Unterlassen der Berichtsvorlage an den Menschenrechtsausschuß verletzen den genannten UN-Pakt und damit auch die Bestimmung in der Schlußakte (Korb 1 Abschnitt VII), wonach ,,sie (die Unterzeichnerstaaten; Verf.) ... ferner ihre Verpflichtungen erfüllen'' werden, ,,wie diese festgelegt sind in den internationalen Erklärungen und Abkommen auf diesem Gebiet, soweit sie an sie gebunden sind, darunter auch in den Internationalen Konventionen über die Menschenrechte'', zu denen der UN-Bürgerrechtspakt gehört. Aber auch die Weigerung der Bundesregierung, den Anti-Folter-Konventionen beizutreten, ist eine Mißachtung der KSZE-Schlußakte. Danach nämlich sollen sich die Staaten bemühen, ,,einzeln und gemeinsam, auch in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, ... die universelle und wirksame Achtung dieser Rechte und Freiheiten (der ,,Menschenrechte und Grundfreiheiten''; Verf.) zu fördern'': zur ,,Förderung'' der Menschenrechte gehört sicher auch der Beitritt zu Konventionen wie denen gegen die Folter.

**Ein Genosse aus Heidelberg**

**Anmerkungen:**

1) Frenz in: Evangelische Information, Jg. 1985, H. 1; vgl. auch: Süddeutsche Zeitung v. 11.12.1984; Frankfurter Rundschau v. 4.1.1985 sowie 8.3. und 28.5.85; taz vom 27.2. u. 28.5.85

2) Fundstelle des UN-Entwurfs: Res: 39/46 v. 10.12.1984: A/RES./39/46; deutsch: Vereinigte Nationen. Jg. 33 (1985), S. 31 ff.; Fundstelle des europäischen Entwurfs: Rec. 971 (1983): Parliamentary Assembly of the Council of Europe, 35th ordinary session. Texts adopted ... 1983; auch in: International Commission of Jurists. The Review. No. 31, dec. 1984, S. 55 ff.; deutsch in: Europäische
Grundrechte-Zeitschrift 1984, S. 165 ff.
Zum europäischen Entwurf: die Parlamentarische Versammlung besteht aus Abgeord-
Grundrechte-Zeitschrift 1984, S. 165 ff.
Zum europäischen Entwurf: die Parlamentarische Versammlung besteht aus Abgeordneten der nationalen Parlamente der Europaratsstaaten (nicht zu verwechseln mit dem direkt gewählten Europaparlament, welches ein Organ der Europäischen Gemeinschaft ist). Die Parlamentarische Versammlung hat ihren Entwurf dem Ministerkomitee des Europarats (bestehend aus den Außenministern) vorgelegt, der dem Entwurf zustimmen und — eventuell nach Änderungen — den Europaratsstaaten zur Ratifizierung vorlegen soll. Die Bundesregierung verweigert im Ministerkomitee ihre Zustimmung.

3) Berichterstatter: der Abgeordnete Lewis: Report on torture in the world. Legal Affairs Committee (Doc. 3668): Parliamentary Assembly of the Council of Europe. 27th ordinary session, 2nd part. Documents. Working Papers Vol. 5. Strasbourg 1975

4) Vom 26.1.1981: Parliamentary Assembly of the Council of Europe. 32nd ordinary session, 3rd part. Texts adopted ... Strasbourg 1981

5) Parliamentary Assembly ... 32nd ordinary session, 3rd part. Official Records. Vol 3. 1981, S. 684

6) A.a.O., S. 692

7) Doc. 5123 vom 20.9.1983: Parliamentary Assembly of the Council of Europe. 35th ordinary session, 2nd parts. Documents, working papers. Strasbourg 1983

8) European Commission on Human Rights. Decisions and reports. 14 (1979), S. 64 ff.

9) Jg. 1985, S. 5

10) Vgl. ,,Spiegel'' vom 6.2.1984

11) E/CN. 4/1984/SR. 32, S. 16 (6.3.1984)

12) Nach dem Muster des Berichtsverfahrens vor dem UN-Menschenrechtsausschuß (Art. 40 des UN-Pakts über bürgerliche und politische Rechte) wird dies wahrscheinlich in der Weise geschehen, daß Regierungsvertreter dem Ausschuß Rede und Antwort stehen müssen, in öffentlicher Sitzung.

13) E/CN. 4/826/Rev. 1

14) Vgl. z.B. Question of human rights of persons subjected to any form of detention or imprisonment. Synopsis of material received form non-governmental organisations ... prepared by the Secretariat — E/CN. 4/Sub. 2/394 (5.7.1977), S. 10

15) CCPR/C/1/Add. 8 (25.11.1977); deutsch: Der Schutz der Menschenrechte in der Bundesrepublik. Hrsg.: Bundesminister der Justiz. Bonn 1979

16) CCPR/C/SR. 92-94

17) CCPR/C/SR. 96

18) Die Entscheidung ist abgedruckt in: Politische Prozesse ohne Verteidigung? 1976, S. 89 ff.

19) Die Entscheidung ist abgedruckt in: Stuberger: In der Strafsache gegen Andreas Baader ... 1977, S. 130

20) Vgl. z.B. den Jahresbericht des Menschenrechtsausschusses an die Generalversammlung der UN von 1979 (Report of the Human Rights Committee = GAOR 34th session. 1979, suppl. 40, S. 15, Abs. 63 sowie: CCPR/C/SR. 340, 2. 6

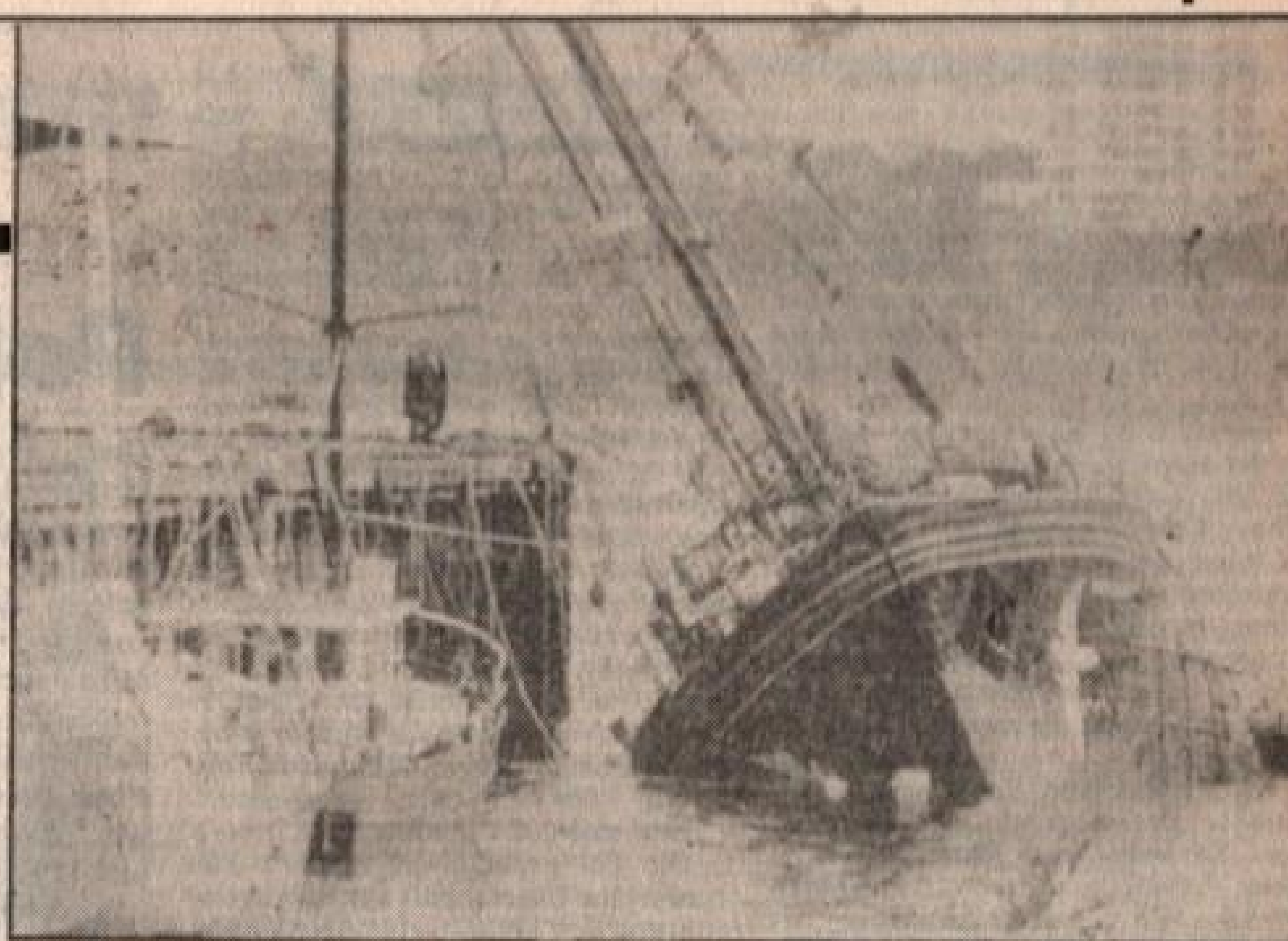
21) CCPR/C/SR. 540/ Add. 1, 2, 2

22) Report of the Human Rights Committee ... 1982, S. 84

23) ,,Allgemeine Bemerkung 2/13'' = Report of the Human Rights Committee ... 1981, S. 109

24) Vgl. dazu: Thun: Menschenrechte und Außenpolitik. 1985, S. 34

# UNE MALHEURE FRANCAISE



Das Greenpeace-Schiff ,,Rainbow Warrior'' im Hafen von Auckland — nach dem Bombenanschlag

Kurz vor Mitternacht am 10. Juli zerstörte ein Bombenattentat das Greenpeace-Schiff ,,Rainbow Warrior'' in Auckland (Neuseeland). Die 12 Besatzungsleute sprangen noch rechtzeitig aufs Quai. Denn eine Minute später folgte eine zweite Explosion, die den portugiesischen Photographen Fernando Pereira, der seine Apparate noch retten wollte, tötete. Die Greenpeace-Aktivisten hatten gerade zuvor die Bewohner des durch US-Atomtests verseuchten Rongelap-Atolls auf eine neue Insel umgesiedelt. Im September beginnt im südlichen Pazifik, auf dem Mururoa-Atoll, eine neue französische Versuchsreihe mit Neutronenbomben: Gemeinsam mit weiteren Protestschiffen sollte von Neuseeland aus die ,,Rainbow Warrior'' (jetzt die ,,Vega'') nach Mururoa auslaufen.

Knappe 48 Stunden nach dem Mordanschlag, der durchaus noch mehr Opfer hätte kosten können, verhaftete die neuseeländische Polizei ein französisches Agentenpaar, das jetzt unter Mord- und Brandstiftungsanklage steht. Gegen vier weitere Mitarbeiter des französischen Geheimdienstes DSGE sind Haftbefehle erlassen worden. Das neuseeländische Belastungsmaterial ist eindeutig: alle Wege führen nach Paris.

Nach der allerersten publikumswirksamen Emotion hüllte sich der Menschenrechts-Matador Mitterand zunächst in Schweigen, wie auch seine Opposition, die solches Attentatsgeschäft aus eigener Praxis kennt. Mitterrand, der gerade angekündigt hat, Proteste gegen die Atomversuche im September würden ,,notfalls mit Waffengewalt'' verhindert werden, führt Proteste gegen die Atomversuche im September würden ,,notfalls mit Waffengewalt'' verhindert werden, führt eine alte französische Tradition fort.

Es war de Gaulle selber, der 1965 grünes Licht für derartige Unternehmungen gegen Atomenergie-Gegner im Pazifik gab. Es ist auch ein alter Weggefährte de Gaulles, Bernard Tricot (im Mai '68 noch Generalsekretär im Elysée), der mit der jetzigen Untersuchung beauftragt wurde, um *,,die Wahrheit aufzudecken und die Verantwortlichen ohne irgendwelche Einschränkungen festzustellen.''* Für die Integrität des Beamten Tricot schwärmen PS und Opposition gleichermaßen. Kann sein, daß der Mann diesmal eine glücklichere Hand beweist als 1965. Damals war er von de Gaulle mit der Aufklärung des Mordes am marokkanischen Exilpolitiker Medhi ben Barka bauftragt worden.

Wie so oft im Leben, zumal wenn Geheimdienste mitmischen, wurde freilich die Ben Barka-Affäre nie restlos aufgeklärt ...

Der größte Teil der französischen Presse bemühte sich jetzt zunächst um die Verdrängung der bitteren Wahrheit. Nicht allzu phantasiereich wurden der staunenden Leserschaft alle möglichen, das heißt auf gut französisch eben **nicht**-französische Spuren angeboten.

Eine KGB-Spur mußte natürlich her — zwar kurios begründet, aber das ist bei so komplexen Sachverhalten ja nicht weiter ungewöhnlich: so hieß es, Pereira sei so gut wie ein waschechter roter Spion, der aus der Kälte kam, gewesen ...

Schon etwas ausgefallener wurde auch eine belgische Spur ins Spiel gebracht. Die belgischen Fahnder, aus Frust über die ständige französische Bespöttelei ihres Volkes, hätten den französischen, sozusagen ein Streich zwischen Kollegen, eins auswischen wollen.

Ähnlich gedanklich hergeleitet kam zeitweise eine englische Spur ins Gespräch nach dem Motto ,,perfides Albion'' ... Neukaledonische Befreiungskämpfer wurden ebenfalls verdächtigt — bekanntlich wollen sie überall auf der Welt Frankreich schlechter machen als es ist. Oder es wurde ein rechtsextremistisches Komplott suggeriert, das, wie man weiß, keineswegs eine Beteiligung des KGBs auszuschließen braucht.

Fehlt nur noch die beliebte bulgarische Spur oder der gerade sonst für solche Situationen so begehrte und geheimnisvolle ,,Carlos''.

Schließlich mußte sich auch ,,Le Monde'' den trivialen, nackten Fakten beugen: *,,Von Hypothese zur Gewißheit — die DSGE verantwortlich für das Attentat auf Greenpeace''* (17.8.).

Freilich — ,,Le Monde'' wäre nicht *heit — die DSGE verantwortlich für das Attentat auf Greenpeace''* (17.8.). Freilich — ,,Le Monde'' wäre nicht ,,Le Monde'', d.h. eine regierungstreue Zeitung, wenn es nicht gleich hinzufügen würde: Niemand aus der *,,aktuellen Umgebung''* Mitterrands habe mit der Affäre zu tun.

Also: WER?

Das Szenario des Attentats war ziemlich einfach: Im Mai dieses Jahres infiltrierte eine Mitarbeiterin der DSGE die in Neuseeland weilende Greenpeace-Gruppe. Später, im Juli, befindet sie sich in Israel, das sie seit den neuseeländischen Veröffentlichungen verlassen hat.

Im Juni erreicht eine Yacht namens ,,Ouvea'', mit 4 Mann an Bord, den Hafen von Auckland. Gleichzeitig trifft ein als Schweizer Flitterwöchner getarntes DSGE-Duett in Auckland ein.

Sowohl die bei Greenpeace eingeschleuste Agentin wie auch drei Mitglieder der Schiffsbesatzung der ,,Ouvea'' sind seit der Verhaftung des Agentenpaars spurlos verschollen. Der vierte Mann auf der ,,Ouvea'' ist ein Arzt aus der normannischen Stadt Dieppe, der dort eine Art Geisterpraxis unterhält und oft auf rechtsradikalen Versammlungen erscheint. Einigen Quellen zufolge sollen sich seine drei Kumpane zur Zeit als Leibwächter des Präsidenten eines befreundeten afrikanischen Staates erholen ...

Wenn ,,Le Monde'' auch schreibt: *,,Hätte man Frankreich lächerlich machen wollen, hätte man es nicht anders angestellt''* (17.8.), kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieses terroristische Unternehmen auf hoher Ebene koordiniert und vorbereitet worden ist.

Es mußten Pässe, Boote, Sprengstoff usw. usf. organisiert und insgesamt eine beträchtliche Summe Geld zur Verfügung gestellt werden. Es mußten die Agenten ausgesucht werden. Diese mußten wiederum ein bestimmtes Training absolvieren. Ebenso mußte das Unternehmen von hoher Stelle aus gebilligt werden. Schließlich mußte auch an hoher Stelle der genaue Zeitpunkt für den Anschlag entschieden werden.

Die verhaftete Agentin ist Offizier bei der ,,Aktions''-Abteilung der DSGE, der Pseudo-Ehemann ist Kommandant des Ausbildungszentrums für Kampfschwimmer in Ajaccio. Gemeinsam mit einem in der Moselle stationierten Fallschirmjäger-Regiment stellt dieses Ausbildungszentrum die Speerspitze der erwähnten ,,Aktions''-Abteilung der DSGE.




1982 wurde die DSGE gegründet (Direction générale de la sécurité extérieure) als Nachfolgerin des ehemaligen SDECE (Service de documentation extérieure et de contreespionage).

Ihre Mission wurde im Regierungsmitteilungsblatt, ,,Journal Officiel'' vom 4. April 1982, definiert: Priorität der Wirtschaftsermittlungen, verstärkte Penetrierung der ausländischen Dienste, insbesondere der östlichen Dienste, insgesamt Rückkehr zu ,,offensiven Missionen''. Die DSGE zählt heute laut offiziellen Angaben ca. 2.500 Mitarbeiter — die Häfte davon sind Zivile. Insgesamt untersteht sie dem Verteidigungsministerium, d.h. dem PS-Verteidigungsminister Charles Hernu.

Im Juli '83 engagierte das Verteidigungsministerium für die DSGE 33 Söldner, die in den Tschad geschickt wurden. Dabei waren René Dulac, ein notorischer Waffenschieber, sowie Olivier Danet, der 1981 bekannter wurde dank einer 18-monatigen Haftstrafe für Waffenschmuggel zwischen Frankreich und Belgien. Die Söldnertruppe wurde zwecks Beratung und Stärkung der Armee von Präsident Hissem Habre rekrutiert. 1984 unterstützte die DSGE aktiv die sogenannte ,,antimarxistische Guerilla'' in Angola.

Das Attentat gegen die ,,Rainbow Warrior'' ist übrigens nicht das erste dieser Art — der SDECE, Vorläufer der DSGE, zerstörte zum Beispiel im Juli 1972 das Schiff ,,Boy Moel'' der neuseeländischen Atomenergiegegner-Bewegung ,,Peace Media''.

David Mc Taggart, Präsident von Greenpeace, schätzt ein, daß sich die französische Regierung diesmal mehr Sorgen als sonst machte: *,,Wenn wir feststellen würden, es gibt hohe gesundheitliche Risiken aufgrund der früheren Explosionen, würde es Frankreich Probleme machen. Es würde dem französischen UNO-Bericht, wonach alles in Ordnung sei, widersprechen. ... Die französische Regierung hat am vergangenen 8. Mai* (wie geschmackvoll, Anm. AK) *eine 150 Megatonnen schwere Bombe explodieren lassen. Daraufhin wurde die Schiffahrt um Fangataufa und Mururoa verboten. Möglicherweise wurde das Atoll disloziert, und die Gewässer sind radioaktiv verseucht.''* (LM, 17.8.).

Der ehemalige Leiter der DST (Direction de la sécurité du Territoire, im Gegensatz zur DSGE vor allem auf den französischen Raum konzentriert), Robert Wybot, kommentierte das Attentat gegen Greenpeace: *,,Frankreich hat das getan, was nötig war, indem es Menschen neutralisiert hat, die seinen Interessen schaden.''* Kritikwürdig findet er lediglich die dumme Art der Durchführung, die zur unmittelbaren Verhaftung der Kollegen führte (,,Le Matin'', 17.8.).

Einzig und allein KPF und ,,Freunde der Erde'' fordern den Rücktritt von Charles Hernu.

**Frankreich-Kommission**

Frankreich:

# Aktivitäten der Front National, 84-85

Der FN-Wähler ist meist um die 40 Jahre alt, lebt in einer südfranzösischen Stadt mit über 150.000 Einwohnern, wählte '81 noch für die RPR (Chirac), fürchtet sich vor Ausländern und klagt über die Unsicherheit in den Städten. Nach einer am Tag der Europaparlamentswahlen durchgeführten Umfrage sind 55% der FN-Wählerschaft unter 50 Jahren (44% sind es bei der sogenannten Rechten). Sie stehen meistens im Berufsleben (23% Rentner gegenüber 32% bei der übrigen Rechten) und leben in Städten (47% gegenüber 39% bei der übrigen Rechten). Mehrheitlich, nämlich zu 57%, sind es Männer, die die FN wählen, während für die RPR-UDF mehrheitlich Frauen ihre Stimme abgeben (58%). Die Hauptbataillone der FN-Wählerschaft trifft man in den Departements Provence-Cote d'Azur und Languedoc-Roussillon sowie in der Umgebung von Paris, Lyon und im Norden (Pas-de-Calais). 90% der FN-Kandidaten kandidieren zum ersten Mal, 30% waren vorher parteilos. Im Schnitt sind die Kandidaten 40 Jahre alt, 13% davon sind Frauen.

30% sind alte FN-Weggenossen, 20% kommen von der RPR, 10% kommen entweder von der UDF oder von der PR, 10% kommen aus der Linken, 30% waren nie organisiert.

Ihre Berufe:

| | |
|---|---|
| Freie Berufe: | 14,0 % |
| Händler, Handwerker: | 11,0 % |
| Betriebsbesitzer: | 10,5 % |
| Höhere Angestellte: | 8,0 % |
| Angestellte: | 7,0 % |
| Rentner: | 7,0 % |
| Beamte: | 6,0 % |
| Arbeiter: | 5,0 % |
| Pensioniertes Militär: | 5,0 % |
| Landarbeiter: | 4,5 % |
| Lehrer: | 3,5 % |
| Medizinische Berufe: | 2,0 % |
| Journalisten: | 1,0 % |
| Hausfrauen: | 1,0 % |
| Studenten: | 0,5 % |



### Aktivitäten der FN Oktober '84 bis Juni '85

Im Oktober 1984 beschließt das nordfranzösische Gericht von Amiens, daß folgende zwei Behauptungen nicht diffamierender Natur seien: **,,Le Pen ist ein Anhänger von Franco und Hitler''** und: **,,Die Reden von Le Pen sind eine ständige Aufforderung zum Rassismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus''** (,,Le Monde'', 2.11.84).

Ebenfalls Ende Oktober erreicht die Gesellschaf Heiliger Pius X. das Verbot von Plakaten des Films ,,Ave Maria'' mit einer jungen, halbnackten gekreuzigten Frau. Diese Gesellschaft wird vom Abbe Paul Aulagnier geleitet, persönlicher Freund von J.-M. Le Pen.

Am 30. Oktober demonstrieren in Paris rund 1500 FN-Mitglieder und -Freunde für ein französisches Algerien. Im Dezember reist Jean-Marie Le Pen nach Italien zum MSI-Kongreß und nach Athen zu einem Treffen der Europäischen Rechten.

Im November veröffentlicht die türkische Zeitung ,,Gunes'' auf der Titelseite ein Interview mit Le Pen: *,,Wir sind bereit, zu den Waffen zu greifen, um Frankreichs Zerstörung zu verhindern... Wenn sie einen Klempner bestellen, laden sie ihn nicht gleich in ihr Bett ein. Die ausländischen Arbeiter sind für ein Land mit niedriger Geburtenrate die größte Katastrophe... Die Ausländer haben in Frankreich mehr Rechte als die Franzosen... Wir Franzosen haben das gute Recht, Ausländer zu holen und zurückzuschicken, wie es uns paßt. Unsere erste Pflicht ist die Entwicklung unseres Landes''* (12.11.84).

Am 22. November demonstrieren 1000 FN-Anhänger im 18. Pariser Arrondissement *,,Marchais in den Gulag, Le Pen Präsident!''* Ein junger Mann ruft ihnen aus dem Fenster zu: *,,Frankreich den Arschlöchern!''* Ein Dutzend FN-Demonstranten rennt daraufhin mit dem Schlachtruf ins Haus: *,,Die werden wir fertigmachen'' (,,Le Monde'', 24.11.84).*

*Le Pen kommentiert die Umsiedlung des Schauspielers Alain Delon in die Schweiz: ,,Delon ist kein Soldat, ein französischer Bürger ist frei: nichts in seinem Verhalten steht dem Patriotismus entgegen. Wie Millionen anderer Franzosen erschien ihm die staatliche Bevormundung unerträglich und erdrückend''.* Alain Delon selber: Jean-Marie Le Pen sei *,,der einzige Politiker, der den Franzosen die Wahrheit sagt, und in der Lage (sei), sowohl die Betrogenen des Sozialismus wie auch die Enttäuschten der (rechten) Opposition zu sammeln''* (,,Le Monde'', 22./23.11.84).

Im Dezember '84 demonstrieren im korsischen Ajaccio FN und PS gemeinsam gegen den Terrorismus.

Bei den neu-kaledonischen Wahlen (18.11.) erreicht die FN 6,72% der Stimmen (gegenüber 15,7% bei den EP-Wahlen). Bei Nachwahlen in Perpignan siegt die FN im ersten Wahlgang mit 21,28% der Stimmen. Der im November versammelte Nationalrat der FN beschließt:

— keine Wahlallianzen mit den übrigen rechten Parteien anläßlich der bevorstehenden Kantonalwahlen,

— Gründung einer Gesellschaft namens AGRRIF (Allgemeine Assoziation gegen Rassismus und für die Respektierung der französischen und christlichen Identität), deren Zielsetzung die Bekämpfung des... antifranzösischen Rassismus ist. Präsident: Romain Marie.

— Gründung zahlreicher Untersuchungskommissionen (Verteidigung, Außenpolitik, Wirtschaft, Sicherheit, Ausländerfrage etc.), unter der zentra-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

len Leitung von Bruno Goldniche, Rektor an einer der Universitätsfakultäten von Lyon (Lyon III). Ein Meeting schließt das Ganze ab, Ehrengast ist der Bürgermeister von Annecy, Ort des Geschehens. Der Bürgermeister selbst ist Mitglied der Giscard-Partei PR.

Ebenfalls im November reist Le Pen in die Schweiz. Am 26. redet er über die Werte der Rechten, auf Einladung eines ,,Cercle Lausannois'' sowie eines ,,Club Efficience'' (Club höherer Angestellter und Betriebsbesitzer aus Lausanne). Am 27. beteiligt er sich an einer Konferenz des ,,Renouveau Rhodanien'', eine katholisch-konservative Bewegung, dem Erzbischof Lefebvre nahestehend.

In Griechenland findet vom 3. bis zum 6. Dezember ein Arbeitstreffen der ,,Europäischen Rechten'' unter Le Pens Präsidium statt. Am Flughafen wird Le Pen von 2000 Anhängern des ehemaligen Diktators Papadopoulos empfangen *,,Papadopoulos — Le Pen!''*.

Le Pen hält dort eine kurze Ansprache: *,,Ich unterstütze sämtliche politische Gefangene, auch wenn diese Rechte sind. Ich, als alter Freund Griechenlands, behaupte, daß es der Tradition dieses Landes widerspricht: es ist das erste Mal, daß hier politische Gefangene sich seit 10 Jahren in Haft befinden''* (,,Le Matin'', 4.12.84).

Am 4. Dezember demonstrieren in Athen Antifaschisten gegen Le Pens Besuch.

Im November '84 ergibt eine Umfrage: 27% aller Franzosen stehen Le Pens ausländerfeindlicher Kampagne wohlwollend gegenüber, 56% sind dagegen. Der ,,typische Anhänger'' dieser Kampagne ist männlich, zwischen 35 und 65 Jahre alt, Kleinhändler, Handwerker oder Landarbeiter, und hat ansonsten Sympathien für die RPR. UDF-Parteigänger sind zu 32% mit ausländerfeindlicher Politik einverstanden, PSler zu 19% und KPFler zu 15% (SOFRES-Umfrage, ,,Nouvel Observateur'', 14.11.).

Die LICRA (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus) veröffentlicht eine andere Umfrage, wonach 4% aller Franzosen mit Le Pens ausländerfeindlicher Propaganda einverstanden sind, und 22% von ihnen ziemlich einverstanden.

61% aller Befragten meinen, es gebe zu viele Ausländer in Frankreich, 85% meinen, alle arbeitslosen Ausländer müßten in ihr Heimatland zurückgeschickt werden (,,Quotidien de Paris'', 26.11.).

Im Dezember '84 wird im übrigen bekannt, daß Madame Le Pen sich scheiden lassen will.

In einem Interview erklärt Le Pen: *,,Weil ich Antisemit bin, brauche ich aber nicht Philosemit zu sein''* — ein Versprecher... (,,Le Matin'', 31.12.) Am 16. Dezember, beim zweiten Kantonalwahlgang in Perpignan erhält die FN 43,63% der Stimmen — allerdings

*aber nicht Philosemit zu sein''* — ein Versprecher... (,,Le Matin'', 31.12.) Am 16. Dezember, beim zweiten Kantonalwahlgang in Perpignan erhält die FN 43,63% der Stimmen — allerdings

bei 68,23% Enthaltungen...

Roland Gaucher, Herausgeber vom ,,National Hebdo'', Organ der FN, beteiligt sich am 7. Medien-Kolloquium in Tokio sowie an einem Seminar in Seoul zur sowjetischen Gefahr. Das Seminar ist von ,,Causa Internationalis'' organisiert worden, eine von Moon-Anhängern gegründete Gesellschaft und von seinem Vize, Bo-Hi-Pak, geleitet.

Anfang Januar beginnt der Prozeß zwischen Le Pen und der satirischen Wochenzeitschrift ,,Le Canard Enchaine''. Im Juli '84 hatte ,,Le Canard Enchaine'' Artikel veröffentlicht, wo Le Pen der Folterung in Algerien angeklagt wurde.

Am 11. Januar erklärt der Schauspieler Alain Delon in einer Fernsehsendung, Le Pen sei *,,ein sowohl geistig wie physisch integrer Franzose, mit einer wunderbaren Frau und zwei wunderbaren Töchtern, der offen ausspricht, was viele insgeheim denken... Der einzige, der ehrlich spricht, und an Frankreichs Interessen und nicht an seine eigenen denkt.''* Auf einer Massenveranstaltung in Paris, im Rahmen der Wahlkampagne (Kantonalwahlen) erklärt Le Pen: *,,Jeder kennt die Affinitäten zwischen Linken und Terrorismus, zwischen Linken, Verbrechertum und Delinquenz. Die sozialistische Macht wird sich faschisieren, wird sich allendisieren''* (,,Le Matin'', 29.1.85).

Am 26. Januar demonstrieren in Nizza rund 8000 Menschen und fordern die Inhaftierung von Tjibaou, Chef der neukaledonischen Befreiungsbewegung FNLKS; die RPR ist mit von der Partie. Ab dem 1. Februar erscheint zweimonatlich ,,Der Brief von Jean-Marie Le Pen'', ein politisches und wirtschaftliches Informationsorgan (Jahresabonnement: 500 F.).

Ende Februar beginnt der Prozeß zwischen Le Pen und Liberation. Auch die Tageszeitung Liberation hatte Zeugenberichte zu Le Pens Foltertätigkeit während des Algerienkrieges veröffentlicht (s.o.). Im April klagt Pierrette Le Pen, die in Scheidungsprozedur lebt, in einem Interview: *,,Ich habe physische Angst. Ich habe unglaubliche Schwierigkeiten gehabt, einen Anwalt zu finden, weil Jean-Marie viele Menschen terrorisiert. Er besitzt, wie soll ich sagen, er besitzt eine Macht über Menschen, sodaß wenige es wagen, ihm zu widerstehen. Deswegen wagten es die Anwälte nicht, mich zu verteidigen. Heute sind viele Menschen völlig erstaunt, weil ich den Mut gehabt habe, wegzugehen ... Wenn ich heute, nach 5 Monaten Schweigen rede, ist es, weil ich es für wichtig halte, daß die Leute wissen, daß man mir das Recht, frei zu sein, verweigert.''* (,,Evenement du Jeudi'', 3.4.85).

Die FN gründet im gleichen Zeitraum eine Gesellschaft zur Wiedereinführung der Todesstrafe (ANARAP).

Zuvor, im Februar '85, haben Almirante, Chef der italienischen MSI, und Le Pen eine gemeinsame Pressekonferenz zum Terrorismus abgehalten. Sie befürworten eine europäische Kooperation zur Bekämpfung des Terrorismus; die Auslieferungsbedingungen sollen revidiert werden sowie der Status der politischen Flüchtlinge.

Eine für März geplante Reise nach Genf muß abgesagt werden — der Genfer Polizeichef hat ein Le Pen-Meeting verboten (,,Tribune de Geneve'', 12.3.).

Im Mai beschließt der Nationalrat der FN: Schaffung einer Sommeruniversität, Gründung nationalerArbeitszirkel (Frauen, aus Algerien zurückgekehrte Franzosen, die sogenannten ,,repatriés''), Verbreitung der sozialen Verankerung vor allem auf dem Lande, Druchführung des siebten Kongresses der FN vom 1. bis zum 3. November '85 in Versailles. Vom 10. bis zum 12. April findet in Rom eine Arbeitstagung der Gruppe der Europäischen Rechten statt. Am 10. April wird Le Pen vom Papst empfangen sowie vom damaligen Präsidenten des italienischen Senats und heutigen Staatspräsidenten Cossiga.

Das Ganze wird mit einem Meeting der MSI abgeschlossen. Vor 10.000 Menschen spricht Le Pen über die ,,drei Hauptgefahren'': die politisch-militärische Bedrohung durch die Sowjetunion und ihre pazifistischen oder terroristischen Helfershelfer, den europäischen Geburtenschwund sowie die moralische und gesellschaftliche Dekadenz.

Ansonsten bemüht sich Le Pen um finanzielle Unterstützung bei Omar Bongo, Präsident vom Gabon. Es geht um 10 Millionen Francs, Vorgespräche haben schon stattgefunden (,,Le Canard Enchaine'', 24.4.).

### Faschistische und rassistische Attentate 1984

Faschistische und rassistische Attentate 1984

Diese Auflistung ist selbstredend und leider weit davon entfernt, hundertprozentig exakt zu sein.

11.2.84: Ein 44jähriger Algerier wird im Val d'Oise (um Paris) von drei Personen erschossen, die ihm seine Beziehung zu einer Französin vorwerfen.

21.2.84: Ein PS-Abgeordneter wird in Draguignan (Südfrankreich) angeschossen.

7.3.84: In einer algerischen Bar in Menilmontant explodiert eine Sprengstoffladung, ein Mensch wird schwer verletzt. Bekennerschreiben von der Gruppe Charles Martel.

März '84: In der Region von Aubenas (Ardeche) wird ein tunesischer Student angeschossen, zwei französische muselmanische Arbeiter verprügelt. Maghrebinische und portugiesische Arbeiter werden bei Antibes von einem Dutzend junger Männer verprügelt.

27.3.84: Einem achtjährigen marokkanischen Kind wird in Sens (Yonne) die Kehle durchgeschnitten.

April '84: Ein algerischer Angestellter wird in Manosque von 4 jungen Männern angeschossen.

27.4.84: Ein Polizist verletzt in Paris einen jungen Juden.

8.7.84: Ein 14jähriger Algerier wird in Bordeaus ermordet.

2.8.84: Ein 19jähriger ermordet seine Vermieterin, eine 75jährige Frau, ,,weil sie Jüdin war'', ebenfalls in Südfrankreich.

20.8.84: Ein 22jähriger Algerier wird bei Lille erschossen. Seine Familie hatte drei Stunden vorher ein Hakenkreuz aus Holz ,,geschenkt'' bekommen.

26.8.84: Eine 19jährige Algerierin wird in Marseille aus einem Auto heraus angeschossen.

26.8.84: Ein 18jähriger Algerier wird zerfetzt auf einem Bahngleis in Südfrankreich aufgefunden.

3.9.84: Ein Stoßtrupp von höheren Angestellten vertreibt, mit Hacken bewaffnet, Arbeiterinnen, die seit 7 Monaten ihren Betrieb besetzt hielten.

11.9.84: Das Büro der LCR (IV. Internationale) in Rouen wird demoliert.

13.10.84: Ein 10jähriges senegalesisches Kind wird von einem 13jährigen in Le Havre erschossen.

31.10.84: Auf das Büro der Freundschaftsgesellschaft der Algerier in Europa wird geschossen.

10.11.84: Türkische Arbeiter, die ihren Lohn abholen wollen, werden vom Unternehmer angeschossen (in Epone, bei Paris). Ein türkischer Arbeiter stirbt, drei weitere werden verletzt.

11.11.84: Ein 22jähriger schießt auf eine Gruppe von Türken in einem Cafe in Chateaubriand (Loire). Zwei Türken sterben, drei sind verletzt.

24.11.84: 6 junge Maghrebiner werden von 40 Leuten verfolgt und geschlagen (in der Saône-et-Loire).

27.11.84: 60 jüdische Gräber werden in Nizza geschändet.

16.12.84: Ein 23jähriger Portugiese wird von einem Cafébesitzer ermordet (in der Gironde).

**Frankreich-Kommission**

# Mit Eureka zur Politischen Union Westeuropa?

**Das zivile und militärische Hochtechnologie-Programm der westeuropäischen Staaten, Eureka, haben wir in den letzten Ausgaben des ARBEITERKAMPF vor allem unter dem Aspekt seiner militärischen Bedeutung betrachtet. In diesem Artikel erläutern wir das Verhältnis von Eureka zu dem Plan der Herausbildung eines westeuropäischen Binnenmarktes bis 1992 und der Schaffung der ,,Politischen Union''.**

Den Plan der US-Administration, eine weltraumgestützte Raketenabwehr unter dem Namen SDI aufzubauen, halten wir für einen Propaganda-Coup, gehen aber zugleich davon aus, daß die gewaltigen Forschungsanstrengungen für SDI enorme technologische Fortschritte auf zivilen und militärischen Sektoren bringen werden. Die westeuropäische Bourgeoisie befürchtet, daß die US-Wirtschaft damit ,,Europa endgültig abhängt''. Um dieser Entwicklung zu entgehen, beschleunigen namentlich Frankreich und die BRD die Anstrengungen, alte Forderungen nach der Zusammenarbeit der EG-Staaten bei der Erforschung und Anwendung von Spitzentechnologien und nach einem gemeinsamen Binnenmarkt zu verwirklichen. Es hat gegenwärtig den Anschein, als würde die Mehrzahl der EG-Länder unter dem Druck der Verhältnisse diesen Weg mitbeschreiten.

Für jeden einzelnen EG-Staat gilt, was Außenminister Genscher für die BRD feststellte: *,,Unser Land kann den technologischen Wettbewerb mit den USA und Japan nicht allein auf sich gestellt bestehen. Wir haben dazu weder die Forschungs- und Industriekapazität, noch die Größe des Marktes. Für beides brauchen wir Europa.''* Genschers Forderungen damals, 1983:

1. gemeinsame Forschungsanstrengungen *,,in den strategischen Bereichen der dritten industriellen Revolution''*;
2. Die Schaffung harmonisierter westeuropäischer Normen;
3. gemeinsame öffentliche Beschaffungsprogramme.

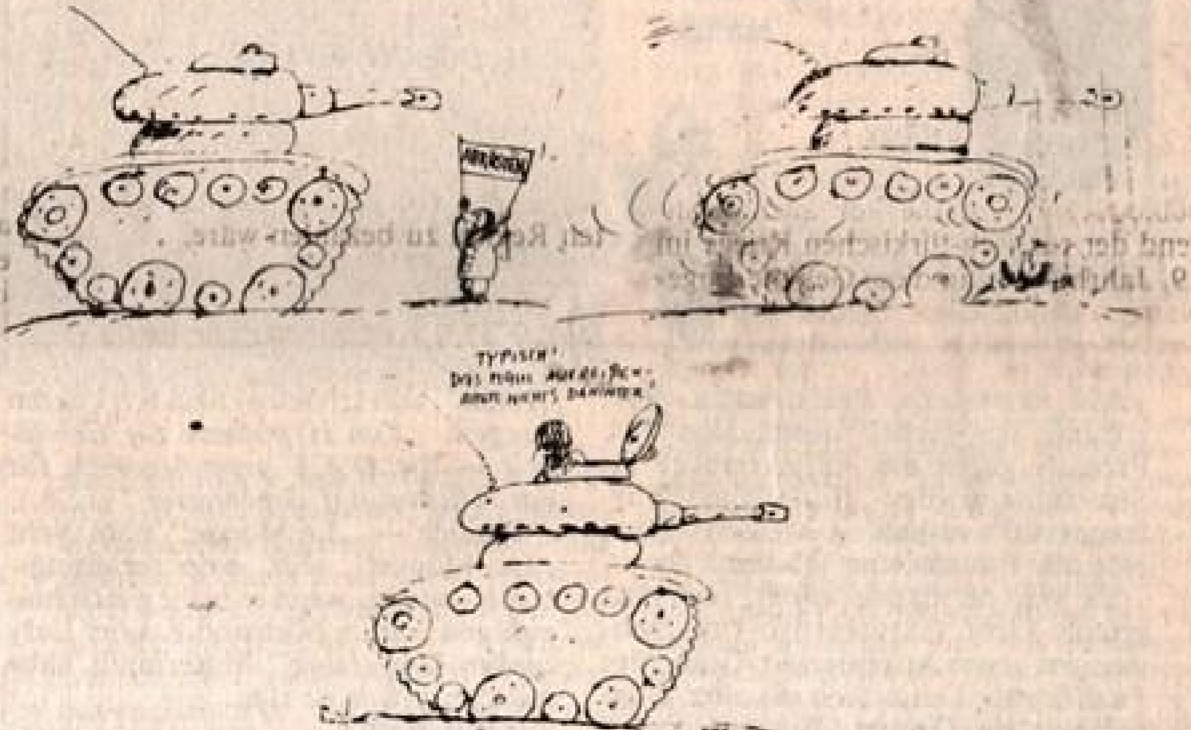
Es waren genau diese Vorstellungen, die auf dem Mailänder EG-Gipfel Ende Juni dieses Jahres im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Beratungen standen. Die EG-Kommission hatte ein Weißbuch über die Herstellung eines einheitlichen Binnenmarktes bis 1992 vorgelegt, das von den Staats- und Regierungschefs zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Die Wirtschafts- und Finanzminister wurden beauf-

einheitlichen Binnenmarktes bis 1992 vorgelegt, das von den Staats- und Regierungschefs zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Die Wirtschafts- und Finanzminister wurden beauf-

tragt, schnellstmöglich für die Beseitigung der materiellen und technischen Schranken für den freien Warenverkehr, die *,,Schaffung eines freien Marktes auf dem Gebiet der Finanzdienste und des Güterverkehrs''* und die *,,Liberalisierung des Kapitalverkehrs''* zu sorgen. ,,Die neue Dimension'' soll das Eureka-Projekt mit allen *,,sofort verfügbaren technischen und finanziellen Gemeinschaftsinstrumenten''* (wissenschaftliche Unterstützung, Kredite) unterstützt werden. Dabei setzen die westeuropäischen Bourgeoisien darauf, daß von der technologischen Zusammenarbeit Wechselwirkungen auf die Errichtung des Marktes ausgehen, da die internationale Kooperation der Monopole Fakten schaffen könne, denen die Politiker folgen müßten. Hier liegen auch noch Möglichkeiten für die weitere Ausdehnung der EG auf die skandinavischen Länder oder auf Österreich und die Schweiz, die sich ebenfalls an der Eureka-Konferenz in Paris (17./18. Juli) beteiligten.

### Europäische Verteidigungsinitiative

Die Pariser Konferenz stand ganz im Zeichen politischer Einigkeit über die Durchführung des Eureka-Programms, aber Ergebnisse über die Art der genauen Finanzierung und der Arbeitsbereiche kamen nicht zustande und werden nun in Arbeitsgruppen für die nächste Konferenz im November vorbereitet. Hinweise auf die Forschungsfelder gibt es aber reichlich: Erklärtermaßen sollen für Forschungsvorhaben der Firmen Matra (Frankreich) und Norsk Data (Norwegen) über Computerentwicklung, Bull (Frankreich) und Siemens über Rechner-Großanlagen, Thomson (Frankreich), Philips (Niederlande), General Electric (Großbritannien) und Siemens über Mikroprozessoren und Aérospatiale (Frankreich) und MBB über neue Materialien Mittel aus dem Eureka-Topf beansprucht werden.



Während die Politiker im Rahmen der Pariser Konferenz übereifrig darum bemüht waren, den friedlichen Charakter des Eureka-Programms her-

Während die Politiker im Rahmen der Pariser Konferenz übereifrig darum bemüht waren, den friedlichen Charakter des Eureka-Programms her-

vorzuheben, wird in den offiziösen Fachzeitschriften eine ganz andere Sprache gesprochen. Der Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, Seitz, fordert in ,,Europa Archiv'' 13/85 vom 10. Juli die *,,Kombination von EUREKA und Europäischer Verteidigungsinitiative ... (als) schnellsten Weg zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes''*. Seitz formuliert die drei großen Ziele einer Europäischen Verteidigungsinitiative so:

— *,,Aufbau einer integrierten Luftabwehr (gegen Flugzeuge, Lenkflugkörper, Raketen) gemeinsam mit den Amerikanern. (...) Ein integriertes Luftabwehrsystem wäre bodengestützt und hätte militärisch wie politisch eine andere Aufgabe als das weltraumgestützte Strategische Verteidigungssystem. (...)*

— *Entwicklung ,intelligenter' Waffen, die ihre Ziele selbst suchen, und Entwicklung der Aufklärungs- und Trägersysteme für das Konzept des Follow-on-Forces-Attack (FOEA) der NATO zur weitreichenden Abwehr gegen die zweite gegnerische Staffel.*

— *Entwicklung eines europäischen Multisensor-Beobachtungssatelliten ...''*

Es ist aber schon absehbar, daß man bei diesen Projekten nicht haltmachen wird. Aus Frankreich kam der von Kriegsminister Wörner prompt zustimmend aufgenommene Vorschlag, auch bei der Entwicklung von Weltraumwaffen zusammenzuarbeiten (vgl. ,,Süddeutsche Zeitung'' vom 23.7.1985).

Die westeuropäische Zusammenarbeit bei der Hochtechnologie-Rüstung soll politisch durch die Herstellung der politischen Union unter Einschluß der Sicherheitspolitik ergänzt werden. Zu diesem Zweck lagen dem Mailänder EG-Gipfel ein britischer und ein französisch-deutscher Vorschlag zur Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik vor. Während aber die britische Regierung sich mit einem Übereinkommen der 12 EG-Mitgliedstaaten über die Vertiefung der Zusammenarbeit zufriedengeben wollte, streben die BRD und Frankreich auch Änderungen des EWG-Gründungsvertrages an. Dabei geht es um die Durchsetzung des ,,Mehrheitsprinzips'' bei EG-Entscheidungen, um weitere Exekutivbefugnisse für die EG-Kommission und mehr Rechte für das Europäische Parlament. Auf dem Mailänder Gipfel stimmten Großbritannien, Griechenland und Dänemark gegen die Einberufung einer Sonderkonferenz zur Beratung und Beschlußfassung über diese Ziele. Doch inzwischen konnte der Mailänder ,,Scherbenhaufen'' eingesammelt werden: Alle zwölf EG-Außenminister einigten sich am 22. Juli auf die Durchführung der Sonderkonferenz im September und setzten zwei Arbeitsgruppen zur Vorbereitung ein, an denen sich Beamte auch der Mailänder ,,Dissidenten'' beteiligen werden. Inzwischen hat sich auch das EG-Parlament in die Debatte eingeschaltet. Eine große Mehrheit der Redner sprach sich demnach für ein EG-Sicherheitskonzept aus.

Es mag unter analytischen Gesichtspunkten nicht vorrangig sein, die Intensität und Geschwindigkeit des EG-Einigungsprozesses hervorzukehren, weil es selbst auf den am weitesten fortgeschrittenen Sektoren Weltraumfahrt und Rüstungspolitik (es sei auf die jüngsten Streitigkeiten um den Bau des Jagdflugzeuges der 90er Jahre verwiesen) immer wieder selbst unlösbare Widersprüche gibt. Das Hauptproblem

die jüngsten Streitigkeiten um den Bau des Jagdflugzeuges der 90er Jahre verwiesen) immer wieder selbst unlösbare Widersprüche gibt. Das Hauptproblem

liegt jedoch umgekehrt darin, daß die Bedeutung der EG-Einigung und des Eureka-Programms unterschätzt wird, woran die SPD und die DKP große ,,Verdienste'' haben. Wenn beispielsweise Egon Bahr sich nachhaltig für die Durchführung von Eureka starkmacht, weil es *,,geeignet sei, Westeuropa vor der Drittklassigkeit zu bewahren und seine Selbstbehauptung zu ermöglichen''*, fördert er erstens eurochauvinistische Tendenzen und liefert zweitens den Deckmantel für die Europäische Verteidigungsinitiative.

**fo.**



**Quellen:**
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin Nr. 75, 76 und 78 vom 28.6., 29.6. und 2.7.1985; H.-D. Genscher, Die technologische Herausforderung, in: Außenpolitik 1/1984; K. Seitz, SDI — Die technologische Herausforderung für Europa, in: Europa-Archiv 13/85 vom 10.7.1985; ,,Süddeutsche Zeitung'' und ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' von Juni und Juli; Forschungsminister Riesenhuber in ,,Hintergrund'', Sendung des Hessischen Rundfunks vom 29.6.1985.

# KURDISTAN (Iran - Irak)

## Ein Reisebericht von Jürgen Reents

**Vorbemerkung:**
Die Reise fand auf Einladung der DEMOKRATISCHEN PARTEI KURDISTAN/IRAN (PDK/I) statt. Die Einladung wurde anläßlich des Besuchs von Dr. Abdulrahman Ghassemlou, Generalsekretär der PDK/I, bei der Bundestagsfraktion der Grünen im Dezember 1984 ausgesprochen. Bei dieser Gelegenheit hatte Ghassemlou auch auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Hamburg gesprochen.

Ein erster Kontakt zur PDK/I war während der Gespräche mit den Auslandsvertretungen der iranischen Opposition Ende August 1984 in Paris entstanden (siehe damaligen Bericht).

An der jetzigen Reise haben Jürgen Reents und Ulrich Tilgner teilgenommen. Begleitet wurde die Reise außerdem von Ahmed Taheri, der für Übersetzungen zur Verfügung stand.



### Die Kurden — ein unterdrücktes Volk in vier Staaten

Die Kurden sind mit 20 bis 25 Millionen Menschen das größte Volk in der heutigen Welt, das keine eigene nationale Existenz hat. Im 16. Jahrhundert wurden die von kurdischen Stämmen bewohnten Gebiete erstmals zwischen dem Iran und dem Osmanischen Reich aufgeteilt. Nach dem Niedergang des Osmanischen Reiches Ende des 1. Weltkrieges wurde den Kurden zwar ein eigener Staat versprochen, dieses Versprechen aber nicht eingelöst.

Kurdistan ist heute zwischen den Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien aufgeteilt. Der relativ größte Teil der Kurden, ca. 10 Millionen Menschen, lebt in der Südosttürkei auf einer Fläche, die mit 230.000 qkm (ca. 30% der Türkei) fast die Größe der Bundesrepublik hat. Der zweitgrößte Anteil, ca. 6 Millionen, lebt in Iranisch-Kurdistan auf einer Fläche von 125.000 qkm (ca. 8% des Iran). In Irakisch-Kurdistan mit einer Fläche von 74.000 qkm (ca. 17% des Irak) leben ca. 3,5 Mio. Kurden, und auf dem relativ kleinsten kurdischen Gebiet in Syrien mit nur wenigen Tausend Quadratkilometern ca. 800.000 Kurden. Außerdem leben in der angrenzenden Sowjetunion ca. 300.000 Kurden, die vor allem während der russisch-türkischen Kriege im 19. Jahrhundert in diese Gebiete eingewandert sind. Diese Siedlungsgebiete werden allerdings nicht dem kurdischen Territorium zugerechnet, zumal die Kurden dort nirgendwo eine Bevölkerungsmehrheit stellen. In der Bundesrepublik leben ca. 300.000 Kurden, die vor allem aus Türkisch-Kurdistan kommen.

In der Geschichte des kurdischen Volkes hat es immer wieder Bemühungen zu einer nationalen Einigung des gesamten Kurdistan gegeben. Gleichzeitig haben sich die jeweiligen Zentralregierungen aber auch mit teilweisen

gen zu einer nationalen Einigung des gesamten Kurdistan gegeben. Gleichzeitig haben sich die jeweiligen Zentralregierungen aber auch mit teilweisen

Erfolgen einiger kurdischer Stämme und Organisationen des jeweils benachbarten Staates bedient, um sich politische und militärische Vorteile in der zwischenstaatlichen Auseinandersetzung zu verschaffen, was dann auch Spaltungen und bewaffnete Kämpfe der Kurden untereinander nach sich zog. Dies ist bis heute aktuell, vor allem in Gestalt der von Mustafa Barzani geführten irakischen PDK, die vom Khomeini-Regime unterstützt wird, an dessen Seite am iranisch-irakischen Krieg teilnimmt und auch in bewaffneter Auseinandersetzung mit der irakischen Patriotischen Union Kurdistans (PUK) steht. Die Maxime der verschiedenen Zentralregierungen ist in der Regel, die Kurden im eigenen Land zu unterdrücken, und die im benachbarten Land für eigene Machtinteressen zu unterstützen.

Andererseits stehen alle Zentralregierungen der Region dem Problem gegenüber, daß die Erringung größerer Freiheitsrechte in einem Teil Kurdistans seine Auswirkungen auf die anderen kurdischen Gebiete haben kann, weshalb die staatlichen Auseinandersetzungen in dieser Region schon häufig ihre Grenze oder gar ihre „Lösung" in der konzertierten Eindämmung kurdischer Freiheitsbestrebungen gefunden haben. Dies war der Fall, als 1955 der Bagdad-Pakt zwischen Iran, Irak, Türkei und Pakistan geschlossen wurde (nach irakischem Austritt 1958 als CENTO-Pakt weitergeführt); und dies war erneut der Fall, als im März 1975 der Algier-Vertrag zur Regelung der Grenzstreitigkeiten zwischen Iran und Irak ausgehandelt wurde, der den Zusammenbruch der zuvor durch das iranische Schah-Regime unterstützten irakisch-kurdischen Barzani-Bewegung zur Folge hatte. In jüngster Zeit sind die Verfolgung türkischer Kurden durch türkisches Militär auf iranischem und irakischem Gebiet mit Billigung der jeweiligen Regierungen, sowie das Scheitern der Autonomie-Verhandlungen zwischen der irakischen Regierung und der irakisch-kurdischen PUK auf Druck der türkischen Regierung Beispiele „gemeinsamer Interessenswahrung" der jeweiligen Zentralregierungen gegenüber dem kurdischen Volk. Es ist daher anzunehmen, daß eine eventuelle Beendigung des jetzigen Golfkrieges, sollte sie bei unbeschadeter Fortexistenz der zur Zeit an der Macht befindlichen Zentralregierungen von Iran und Irak zustande kommen (worauf gegenwärtig allerdings keine Aussicht ist), erneut von den Kurden der gesamten Region zu bezahlen wäre.

### Die PDK/I fordert Autonomie

Entsprechend dieser Erfahrungen und der unterschiedlichen Realitäten in den betreffenden Staaten findet man heute bei den verschiedenen kurdischen Organisationen unterschiedliche Konzeptionen, die von kurdischer Autonomie in dem jeweiligen Staat, über Unabhängigkeit des betreffenden Teils Kurdistans bis zu Vorstellungen von einem staatlich vereinigten Gesamt-Kurdistan reichen. Die Demokratische Partei

hängigkeit des betreffenden Teils Kurdistans bis zu Vorstellungen von einem staatlich vereinigten Gesamt-Kurdistan reichen. Die Demokratische Partei

Kurdistan/Iran (PDK/I), die uns zu dieser Reise eingeladen hatte, vertritt als Hauptlosung: „Demokratie für Iran — Autonomie für Kurdistan". In ihrem Programm heißt es dazu:

*„Die strategische Parole der PDK/I ist, die Autonomie Iranisch-Kurdistans innerhalb eines demokratischen Irans zu erreichen. Die autonome Regierung Kurdistans soll auf dem Gebiet Iranisch-Kurdistans errichtet werden; die Grenzen Iranisch-Kurdistans sollen auf der Grundlage der historischen, geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen, die dem Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung dieses Gebietes entsprechen, festgelegt werden. Alle Aufgaben, die mit der Außenpolitik, der nationalen Verteidigung und Wirtschaftsplänen zusammenhängen, die den Iran in seiner Gesamtheit langfristig betreffen, sind das Vorrecht der Regierung des Iran. Abgesehen von diesen Aufgaben sind die kurdischen Behörden der nationalen und autonomen Regierung Kurdistans unterstellt; die Vertreter der nationalen und autonomen Regierung Kurdistans nehmen an der Durchführung der Angelegenheiten der Zentralregierung teil.*

*Kurdisch wird die offizielle Sprache der nationalen und autonomen Regierung Kurdistans. Der Unterricht wird generell in Kurdisch gehalten, das sich auch gleichermaßen in den Regierungsorganen Geltung verschaffen wird. Persisch wird gleichfalls offizielle Sprache in dem autonomen Gebiet Kurdistans; es wird gleichzeitig mit Kurdisch ab dem vierten Jahr der Grundschule unterrichtet.*

*Die in Kurdistan lebenden nationalen Minderheiten haben die gleichen Rechte wie die kurdischen Bürger; sie genießen ihre kulturellen Rechte und ihre Kinder lernen ihre betreffenden Nationalsprachen in den Schulen. Alle Minderheiten erhalten das Recht, Zeitungen, Bücher und andere Publikationen in ihren betreffenden Sprachen zu veröffentlichen. Die Religion wird vom Staat getrennt; die Religionsfreiheit wird allen Religionen gewährt. Rassische und religiöse Diskriminierungen werden gesetzlich verboten (...)."*

Die PDK/I wurde am 16. August 1945 gegründet. Sie erreichte bereits kurz nach ihrer Gründung, am 22. Januar 1946, die Errichtung der ersten und bislang einzigen kurdischen Republik im Gebiet um Mahabad, das von den alliierten Siegermächten des 2. Weltkrieges nicht besetzt worden war. Die Republik von Mahabad, die zum Zufluchtsort und Symbol der kurdischen Unabhängigkeitsbewegungen auch in den anderen Ländern wurde, existierte jedoch nur ein knappes Jahr. Im Dezember 1946 eroberte die kaiserliche iranische Armee die kleine Kurdenrepublik ohne bewaffneten Widerstand. Der Führer der Republik und PDK/I-Gründer Quazi Mohammed wurde am 30. März 1947 von der iranischen Armee in Mahabad öffentlich erhängt, gefolgt von massiven Hinrichtungen in anderen Städten Iranisch-Kurdistan.

### Khomeinis Krieg gegen die Kurden

Khomeinis Krieg gegen die Kurden

Im Zusammenhang mit dem Sturz des Schah-Regimes Anfang 1979 wurden weite Teile Iranisch-Kurdistans befreit und unter Kontrolle iranisch-kurdischer Organisationen genommen. Das Khomeini-Regime setzte jedoch die Unterdrückung der Kurden fort, steigerte sie sogar noch weit über den Terror des Schah-Regimes hinaus, und ließ die Armee und die Pasdaran („Revolutionswächter") zum bewaffneten Kampf gegen die Kurden antreten. Dieser „andere Krieg" Khomeinis neben dem iranisch-irakischen Krieg wird in den Medien der Bundesrepublik wie auch der meisten anderen Länder fast völlig verschwiegen. Nach Angaben des militärischen Koordinators der PDK/I für Zentralkurdistan/Iran, Saber, sind in diesem Krieg bislang 3.500 Peshmergas (bewaffneter Kämpfer der kurdischen Organisationen) gefallen und weitere 30.000 Menschen aus der kurdischen Bevölkerung ums Leben gekommen; auf Seiten des Khomeini-Regimes seien in diesem Krieg 80.000 Soldaten und Pasdaran gefallen. Saber hat 13 Jahre in der Schah-Armee gedient, zuletzt als Captain, und sich während der iranischen Revolution 1979 der PDK/I angeschlossen. Er erläuterte uns die verschiedenen Etappen in diesem Krieg, in dem das Khomeini-Regime in den ersten zweieinhalb Jahren zunächst die größeren Städte in Iranisch-Kurdistan und in den folgenden eineinhalb Jahren die Hauptverbindungsstraßen und die kleineren Städte in diesem Gebiet erobert habe. Das Khomeini-Regime habe in diesem Krieg trotz seiner Grausamkeiten und Massaker unter der kurdischen Bevölkerung dennoch die weitaus größeren militärischen Verluste zu beklagen, da die Peshmergas unter dem Schutz und mit Unterstützung der Bevölkerung als Partisanen operieren würden, und zudem in den kurdischen Bergen einen „treuen Verbündeten" gegenüber der regulären Armee hätten.

Der PDK/I-Generalsekretär Ghassemlou berichtete, daß das Khomeini-Regime mittlerweile in 23 Garnisonen und 2019 kleineren Stützpunkten insgesamt mehr als 150.000 Soldaten und Pasdaran in Iranisch-Kurdistan stationiert habe. Die Städte und unmittelbaren Umgebungen der Stützpunkte seien unter Kontrolle des Regimes; die Hauptverbindungsstraßen zwischen den Städten würden tagsüber von 8 bis 17 Uhr kontrolliert — mit Armeeposten von jeweils 2 bis 5 Soldaten auf Sichtweite. Dennoch könne sich das Regime in der kurdischen Bevölkerung nicht festsetzen. Wenn die Teile Iranisch-Kurdistans, die man im eigentlichen Sinne als „befreite Gebiete" bezeichnen könne, auch relativ klein seien und im „Niemandsland" entlang der Grenze zum Irak liegen würden, so gebe es doch in weiteren Teilen Iranisch-Kurdistans außerhalb der größeren Städte eine Art Schwebezustand. Die PDK/I habe in allen Regionen clandestin arbeitende Parteigruppen und verfüge über 21 Partisanenverbände (Hez) in gesamt Iranisch-Kurdistan, die jeweils in kleinere Einheiten untergliedert seien (Pal, Dast, Lek). Das Regime würde seine Stützpunkte fast ausnahmslos nicht in die Dörfer, sondern auf den Spitzen der umliegenden Hügel und Berge bauen. Nachts könnten sich die Peshmergas in diesen Gebieten gut bewegen und auch in die Dörfer kommen. Die PDK/I würde den bewaffneten Kampf gegen das Khomeini-Regime nicht eskalieren und nur noch Stützpunkte und Patrouillen außerhalb der Dörfer angreifen, um Racheakte des Regimes an der Bevölkerung zu vermeiden. In einigen Gegenden gebe es eine Art stillschweigendes Nichtangriffsabkommen zwischen den Peshmergas und der Armee (nicht mit den Pasdaran), weil die Armee in den Kämpfen immer weitaus größere Verluste als die Peshmergas zu erleiden hatte. Dort könnten sich die Peshmergas relativ offen sogar in einigen Hundert Metern Entfernung der Militärstützpunkte bewegen, auf Sichtweite, ohne daß die Armee sie angreifen würde, aus Furcht vor Gegenschlägen. Während unserer Reise nach Iranisch-Kurdistan hinein konnten wir das bestätigt sehen.

Ghassemlou betonte uns gegenüber mit Nachdruck, daß die PDK/I für ein sofortiges Ende des iranisch-irakischen Krieges eintrete, der bislang zwischen einer Dreiviertel- und einer Million Tote und Verletzte gefordert habe. Dieser Krieg sei nichts weiter als ein Verbre-

Krieges eintrete, der bislang zwischen einer Dreiviertel- und einer Million Tote und Verletzte gefordert habe. Dieser Krieg sei nichts weiter als ein Verbre-

chen, an dessen Fortdauer das Khomeini-Regime die Schuld trage. Die Weigerung dieses Regimes, auf die Vorschläge der irakischen Regierung für einen sofortigen Waffenstillstand und einen Truppenrückzug hinter die international anerkannten Grenzen einzugehen, bezeuge, daß dieser Krieg ohne Sturz des Khomeini-Regimes nicht zu Ende gehen werde. Gleichzeitig bezeichnete Ghassemlou die irakischen Bombardierungen iranischer Städte, mit denen der Irak den Iran offensichtlich an den Verhandungstisch bomben wollte, als ein Verbrechen. Diese Bombardierungen sind seit Mitte Juni eingestellt worden — auf Drängen der iranisch-kurdischen und der iranischen Opposition, wie uns später in Bagdad von einem Mitglied der Nationalen Führung der irakischen Ba'ath-Partei bestätigt wurde. Jüngste Äußerungen des irakischen Außenministers und Vizepremierministers Tariq Aziz lassen nichtsdestoweniger darauf schließen, daß der Irak diese Bombardierungen evtl. wieder aufnehmen will (Tariq Aziz in einem Brief Mitte Juli an UN-Generalsekretär Perez de Cuellar: *„Wenn die iranische Aggression fortgesetzt wird, wird der Irak alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um sein Territorium und seine Würde zu verteidigen."* The Bagdad Observer, 21.7.85)




Ghassemlou betonte darüber hinaus, daß sich der Partisanenkampf der PDK/I von dem einiger anderer Partisanenkämpfe in der Geschichte und anderen [illegible] unterscheide. Vielfach könne man nicht ohne weiteres sagen, daß Partisanen für Frieden seien, weil sie selbst mit einem bewaffneten Kampf begonnen hätten. Das sei bei der PDK/I nicht der Fall. Sie hätten nach der iranischen Revolution nicht an Krieg gedacht, er sei ihnen aufgezwungen worden. Bei den Wahlen im Juni 1980 habe die PDK/I überall in Iranisch-Kurdistan eine überwältigende Mehrheit erhalten, in vielen Orten sogar zwischen 80 und 90%. Sie hätten sechs Monate lang mit dem Khomeini-Regime über eine Autonomie Iranisch-Kurdistans verhandelt. Das Regime habe ihnen schließlich eine „islamische Autonomie" angeboten, von der er nicht gewußt habe, was damit konkret gemeint sei. Dennoch habe er auf einer Massenkundgebung vor ca. 60.000 Menschen in Mahabad gesagt, die PDK/I wolle das akzeptieren, um einen Krieg zu verhindern; und dem sei von der kurdischen Bevölkerung zugestimmt worden. Aber das Khomeini-Regime habe seine Truppen nach Iranisch-Kurdistan geschickt und Massaker verübt. Ghassemlou: *„Wenn wir die kleinste Möglichkeit hätten, daß wir uns politisch äußern können, würden wir keinen bewaffneten Kampf führen. Wenn wir im Iran auch nur ein Viertel der Demokratie in der Bundesrepublik hätten, würden wir den bewaffneten Kampf einstellen."*

### In einem Gefängnis der PDK/I

Das Khomeini-Regime bezeichnet die PDK/I in seiner Propaganda als „Konterrevolutionäre" und wechselweise als „Agenten" der USA, der Sowjetunion und des Irak — vielleicht demnächst auch als „Agenten des deutschen Imperialismus", sagt Ghassemlou, wegen des begonnenen Kontakts zu den Grünen. Im iranischen Rundfunk würden alle Arten von Greuelmärchen über die PDK/I verbreitet; wer ihr in die Hände falle, dem würden Nase und Ohren abgeschnitten. Wir besuchen ein Lager der PDK/I, in dem sie ihre Kriegsgefangenen unterbringt.

Das Gefängnis ist wie viele Lager der PDK/I nur mit einem Fußmarsch oder mit Maultieren zu erreichen. Es macht nicht den Eindruck eines Gefängnisses: ein paar Häuser am Berghang, keine Umzäunung, zunächst auch keine Wachtposten zu sehen. Später sehen wir ein paar Peshmergas vor einem der Häuser im Schatten sitzen. Eine Gruppe von Gefangenen kommt gerade von der Feldarbeit zurück, ohne Bewachung. Sie können in der Nähe der

Häuser im Schatten sitzen. Eine Gruppe von Gefangenen kommt gerade von der Feldarbeit zurück, ohne Bewachung. Sie können in der Nähe der

Häuser Gemüse anbauen, wenn sie wollen, und die meisten tun es. Ihre Verpflegung ist die gleiche wie die der Peshmergas, ihre Unterkünfte sind die gleichen einrichtungslosen Lehmbauten, die wir überall sehen. Niemand beklagt sich über die Behandlung in diesem Gefängnis; einige sagen, die Verpflegung sei besser als in der iranischen Armee. Die meisten sind froh, daß der Krieg für sie zu Ende ist. Sie halten z.T. Lobreden auf die PDK/I, die recht überschwenglich und übertrieben klingen — aber einige wenige setzen ebenso freimütig ihre politische Propaganda gegen die PDK/I fort und erklären, daß sie nach ihrer Freilassung wieder zur iranischen Armee und zu dem Pasdaran zurückkehren wollen. Unter den Gefangenen befinden sich auch zwei Jungen im Alter von 12 Jahren, die aussagen, daß sie gefangen genommen worden seien, weil sie in einem Dorf versucht hätten, das Essen von Peshmergas zu vergiften. Sie werden nur kurze Zeit hier bleiben: ihre Eltern sind benachrichtet worden, daß sie sie wieder abholen sollen.

Die PDK/I hat mehrfach versucht, Kriegsgefangene mit dem Khomeini-Regime auszutauschen, aber das Regime sei in der Regel nicht bereit dazu. Ein Peshmerga berichtete uns von seinem Bruder, der im Kampf gegen das Khomeini-Regime gefallen sei. Seine Leiche sei anschließend von den Pasdaran mit einem Jeep mehrfach überfahren worden. Die PDK/I habe den verstümmelten Körper im Austausch gegen drei gefangene Pasdaran ausgehändigt bekommen. Die iranische Armee lasse demgegenüber nicht nur tote, sondern auch häufig verwundete Gefangene im Kampfgebiet zurück.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

### Gespräch mit einem übergelaufenen Soldaten

Während unseres Aufenthaltes im Basislager der PDK/I für die Region Sar Dasht kamen zwei Peshmergas mit einem iranischen Soldaten an. Er war kein Gefangener, sondern ein Deserteur. Das PDK/I-Basislager für diese Region liegt in unmittelbarer Nähe eines Grenzflusses zwischen Iran und Irak, auf iranischer Seite. Auf dem Berg direkt über dem Lager befindet sich ein Stützpunkt der iranischen Armee. Über das Lager hinweg dröhnt zweitweise Artilleriebeschuß von irakischer nach iranischer Seite und umgekehrt, sowie die Flugabwehrkanonen, sobald Flugzeuglärm zu hören ist. Angegriffen worden ist dieses Lager in dem Dreivierteljahr seiner Existenz an diesem Ort noch nicht, nur ein paar Irrläufer der Artillerie beider Seiten sind in der Nähe eingeschlagen. Der Leiter des Lagers, Salan, sagt dazu: *„Runterkommen vom Berg könnten die iranischen Soldaten schon, aber sie kämen nicht wieder hoch. Dazu haben wir das Lager zu gut gesichert, und das wissen sie."*

Der iranische Soldat, der zu den Peshmergas übergelaufen ist, ist 21 Jahre alt. Sein Name ist Hussein. Er kommt aus Teheran und hat dort zuerst in einer kleinen Werkstatt Bilderrahmen hergestellt, dann ist er in eine Fabrik gegangen. Dort konnte er aber nicht bleiben: wer keinen Militärdienst ableistet, sagt er, bekommt keine staatlichen Dokumente (Führerschein usw.) und darf auch nicht heiraten. Das Khomeini-Regime habe den Betrieben sogar eine Schließung angedroht, die Beschäftigte ohne Militärdienst nicht an die Behörden melden würden. Hus-

Khomeini-Regime habe den Betrieben sogar eine Schließung angedroht, die Beschäftigte ohne Militärdienst nicht an die Behörden melden würden. Hus-

sein war 7 Monate bei der Armee. Weil es in seiner Garnison zu Auseinandersetzungen zwischen Soldaten und Unteroffizieren gekommen sei, an denen er beteiligt war, sei er nach Kurdistan strafversetzt worden. Ganz Iranisch-Kurdistan gelte als „Frontgebiet"; die Soldaten bekämen dort das Zehnfache ihres sonst sehr geringen Wehrsoldes als „Frontzulage".

In dem Stützpunkt oberhalb des PDK/I-Lagers war Hussein nur drei Tage. Am Morgen des 14. Juli hat er sich aus dem Stützpunkt geschlichen und ist den Berg runtergelaufen. Nach einer Stunde hat er zunächst zwei Bauern getroffen, ihnen gesagt, daß er desertiert sei, und gefragt, wo er Peshmergas treffen könne. Sie hätten ihm den Weg gezeigt. Nach weiteren ein bis zwei Stunden sei er einer Peshmerga-Patrouille begegnet und mit dem Ruf „Ich will mich ergeben" auf sie zugelaufen. Sie hätten sich umarmt und geküßt. Seine Waffe habe er im Stützpunkt gelassen, weil er Angst hatte, daß die Peshmergas auf ihn geschossen hätten, wenn er nicht sofort hätte klarmachen können, daß er geflohen sei.

Wir fragten ihn nach der Stimmung in seinem Stützpunkt und in der Armee überhaupt. Er antwortet, die Soldaten und auch viele Offiziere und Unteroffiziere hätten den Krieg satt. Wenn niemand vom politisch-ideologischen Büro der Armee in der Nähe sei, würde offen darüber gesprochen. Der Haschisch-Konsum habe bei den Soldaten enorm zugenommen. Wenn sie tagsüber zur Bewachung der Straßen rausgeschickt würden, herrsche schreckliche Angst. Es werde sich auch darüber unterhalten, daß einige Soldaten es geschafft hätten, abzuhauen, und es werde nicht schlecht über sie gesprochen. Das habe seinen Entschluß gestärkt, aber er habe trotzdem aus Angst niemanden eingeweiht. Das Verhältnis zwischen Armeesoldaten und Pasdaran sei sehr schlecht: die Soldaten bekämen schlechtere Verpflegung und weniger Sold als die Pasdaran, und die Pasdaran würden den Soldaten nicht trauen, weil sie wüßten, daß viele gegen den Krieg und gegen Khomeini seien.

Und die Stimmung in Teheran? Sie sei wie Dynamit, die Lunte müsse nur angezündet werden. In Teheran und anderswo hinter der Front hätten die Leute noch mehr Angst vor der inneren Repression des Regimes als vor dem Krieg. Die Lebenshaltungskosten seien enorm gestiegen; vieles, was man braucht, müsse man sich auf dem Schwarzmarkt besorgen. Die Menschen seien sehr unzufrieden und würden darauf warten, daß jemand auftauche, der sie führt und das Khomeini-Regime stürzt. Er selbst habe 1979 auch an der Revolution gegen das Schah-Regime teilgenommen. Er habe mitgemacht, weil er erwartet habe, daß eine Regierung käme, die für alle da sei. Aber das Gegenteil sei eingetreten: die Situation sei schlimmer als vorher. Das Khomeini-Regime habe die Leute soweit getrieben, daß viele



Khomeinis Krieg gegen die Kurden: Erschießung von Peshmergas durch „Revolutionswächter". Während die Kameraden fallen wartet ein Peshmerga stolz auf den Tod.

sogar den Schah lieber wieder an der Macht sähen. Er selbst habe seit ungefähr 1980 gemerkt, daß das Regime gegen die Volksmassen sei, als es anfing, die Opposition zu ersticken. Er habe gesehen, wie die Hezboallahs („Partei Gottes") Frauen die Kleidung ausgezogen und sie nackt auf die Straße getrieben hätten. Er sei darüber schockiert gewesen, weil das mit dem Islam nicht vereinbar sei. Im Juni 1981 seien zwei Freunde von ihm im Zusammenhang mit dem Sturz des damaligen Staatspräsidenten Bani Sadr erschossen worden. Das Khomeini-Regime habe dem Islam geschadet. Viele würden jetzt nicht mehr beten und fasten, und seien gegen den Islam. Er selbst sei gläubiger Moslem und meine, daß eine Regierung im Iran den Islam beachten müsse. Aber entscheidend sei, was die Bevölkerung wolle; immer mehr Menschen würden wohl dazu tendieren, daß Religion und Staat getrennt wer-

se. Aber entscheidend sei, was die Bevölkerung wolle; immer mehr Menschen würden wohl dazu tendieren, daß Religion und Staat getrennt wer-

den müßten, daß jeder in der Religion tun und lassen könne, was er wolle, und die Regierung keine Vorschriften machen dürfe.

Und warum ist er zu den Peshmergas der PDK/I übergelaufen? Er sei nicht Anhänger einer besonderen Oppositionsgruppe. Er meine, daß alle sich zusammenschließen müßten, um das Khomeini-Regime zu stürzen; alle, die gegen das Regime seien, auch die Monarchisten. Er sei zu den Peshmergas gegangen, weil sie hier in der Region sind, und weil er hoffe, daß sie ihm helfen können, ins Ausland zu kommen. Er habe Verwandte in Schweden.

Am nächsten Tag fing Hussein an, sich am Aufräumen im Lager zu beteiligen. Er konnte sich völlig frei bewegen. Wir haben uns darüber etwas erstaunt gezeigt, weil z.T. auch Waffen griffbereit herumlagen. Uns wurde gesagt, daß ihnen nur ein einziger Fall in den vergangenen fünf bis sechs Jahren bekannt sei, wo ein iranischer Soldat offenbar mit einem Terrorauftrag „übergelaufen" sei, im Lager dann zu einer Waffe gegriffen und auf die Peshmergas geschossen hätte. Allein in ihrer Region seien aber seit Kriegsbeginn ca. 500 iranische Soldaten übergelaufen.

### „Stimme Kurdistans"

Die Flucht von Hussein wird am nächsten Tag über den Sender der PDK/I, „Stimme Kurdistans", bekannt gegeben, desweiteren die Flucht eines Unteroffiziers in einer anderen Region. Die Soldaten der iranischen Armee sollen durch solche Meldungen erfahren, daß dies ein guter Weg ist, um dem Krieg zu entkommen. Ghassemlou sagt uns aber auch, daß die PDK/I Schwierigkeiten mit den Desertionen habe: einige der Geflohenen würden sich nach einiger Zeit den Peshmergas anschließen, aber der weitaus größte Teil wolle von der PDK/I ins Ausland gebracht werden, oft mit dem besonderen Wunsch, nicht über Bagdad rausgeschafft zu werden, da sie Angst haben, von der irakischen Armee als Kriegsgefangene festgehalten zu werden. Das übersteige häufig die Organisationsmöglichkeiten der PDK/I.

Die „Stimme Kurdistans" sendet dreimal täglich: morgens eine Stunde nur in Kurdisch, mittags und abends je eineinhalb Stunden in Kurdisch und Farsi (Persisch). Gesendet wird auf drei Frequenzen im 75-, 62- und 49-m-Band mit einem 1-Kilowatt- und zwei 500-Watt-Sendern. Die beiden 500-Watt-Sender sind von der iranischen Armee erbeutet. Die Radiostation ist mehrfach in den Bergen verlegt worden, weil die iranische Armee sie immer wieder zu zerstören versucht hat. Das für Propaganda und Informationsarbeit zuständige Politbüromitglied der PDK/I, Dr. Said, erklärt uns aber mit Stolz, daß die „Stimme Kurdistans" in den vergangenen dreieinhalb Jahren nur einen einzigen Tag ausgefallen sei. Sorgen macht der PDK/I aber die zu geringe Leistung ihrer Einrichtung gegenüber den Störsendern der Armee. In der in einen Berg hineingebauten Radiostation zeigen uns die Rundfunktechniker der PDK/I, wie sie ständig die Frequenz wechseln müssen, um vor den starken Störsendern auszuweichen. Dazu haben sie ein Netz von Informanten in Iranisch-Kurdistan aufgebaut, die ihnen mit Funksignalen mitteilen, wenn die „Stimme Kurdistans" in ihrer Region nicht mehr zu empfangen ist. Wir werden gefragt, ob wir nicht helfen können, ihnen einen 10-Kilowatt-Sender zu beschaffen, mit dem sie gegen die Störsender besser ankommen und der ihnen außerdem eine größere Reichweite ihrer Sendungen in den ganzen Iran hinein erlaubt.

### Krankenhäuser und Rehabilitationslager

Krankenhäuser und Rehabilitationslager

Hilfe hat die PDK/I auch auf dem medizinischen Sektor sehr dringend nötig. Bei unserem Besuch im Krankenhaus von Qariza, eines von zwei Krankenhäusern, das die PDK/I für verletzte Pershmergas eingerichtet hat, werden wir mit einer medizinischen Ausstattung konfrontiert, die in ihrer Kargheit kaum zu beschreiben ist. Die wenigen Einrichtungen, die dort zur Verfügung stehen, hat die PDK/I nach der iranischen Revolution aus einem Hospital in Mahabad bekommen. Dazu gehören zwei Behandlungsliegen, eine Operationspritsche, ein altertümliches Röntgengerät, ein kleiner Sterilisationskocher, ein Mikroskop und eine Handpumpe für Narkosen. Dr. Morad, der medizinische Leiter dieses Krankenhauses, klagt auch über zu wenig Medikamente, vor allem gegen Salmonellen-Erkrankungen wie Darmfieber und gegen Tuberkulose. Über seinem Schreibtisch hängt ein Foto von Verwundeten, die von einem Erschießungskommando der Pasdaran hingerichtet werden. Neben ihm betreuen noch ein Zahnmediziner und sieben Krankenschwestern die Patienten. Hin und wieder kommen französische Ärzte von „L'aide medicale internationale" und von „medicins du monde" vorbei. Die Ärzte von „medicins du monde" bilden Peshmergas als Ambulanzhelfer aus und haben dafür Erste-Hilfe-Rucksäcke zusammengestellt und an die PDK/I gespendet. Häufig ist diese Hilfe nicht ausreichend: Die Transporte verwundeter Peshmergas aus den Kampfgebieten auf Holzpritschen und Maultieren dauern oft tagelang, so daß sie nicht selten unterwegs verbluten. Das Krankenhaus verfügt lediglich über 18 Betten. Vormittags bemühen sich Dr. Morad und die Krankenschwestern auch um eine Betreuung und Behandlung der Bevölkerung aus dem Dorf. Bei schweren Fällen versuchen sie einen Krankentransport in irakische Städte zu organisieren, nach Sulaymaniya oder Bagdad.

Im einzigen Rehabilitationszentrum der PDK/I erkundigen wir uns über die Situation der Kriegsinvaliden. 145 waren gerade dort untergebracht. Ein Drittel davon wird wohl auf absehbare Zeit hier bleiben müssen, erklärt uns Omad, der stellvertretende Leiter dieses Lagers. In ihre Dörfer können sie nicht zurück, weil sie dem Regime fast ausnahmslos als Peshmergas bekannt seien. Viele von ihnen klammern sich deswegen an die Hoffnung, im Ausland Aufnahme zu finden und dort eine Ausbildung für Invaliden zu erhalten. Die PDK/I hat Bemühungen dazu in Schweden, Österreich und Frankreich unternommen; erreicht wurde aber noch nichts. Man hatte auch geplant, in diesem Rehabilitationslager eine Werkstatt einzurichten, aber aus Finanzmangel ist das bislang nicht geschehen. Die Invaliden vertreiben sich gegenwärtig ihre Zeit damit, daß sie lesen, oder sich gegenseitig Lesen und Schreiben beibringen, wenn jemand Analphabet ist, oder den Bauern in der umliegenden Gegend bei der Landarbeit helfen, soweit diese das wollen und die betreffenden Invaliden das können. Die Verpflegung in diesem Rehabilitationslager ist besser als anderswo: dessen Bewohner bekommen sechsmal in der Woche Fleisch zu essen, im politischen Hauptquartier der PDK/I gibt es zweimal pro Woche Fleisch.

### Erinnerungen an Massaker

Der Sohn von Omad, Samran, ist gerade zusammen mit seinem Onkel zu Besuch bei seinem Vater. Er kommt aus Bukan, und ist 5 Tage hintereinander jeweils 6 bis 7 Stunden zu Fuß und mit dem Esel gelaufen, rund 100 km durch die iranisch-kurdischen Berge über die Grenze ins irakische Niemandsland. Sein Onkel mußte den Militärbehörden im Iran garantieren, daß er ihn wieder mit zurückbringt. Verwundete aus Mahabad, Piranschar und Naqadeh berichteten uns, daß ihre Familienangehörigen teilweise nur mit einer besonderen Begründung an den iranischen Militärkontrollen vorbei über die Grenze kommen: sie sagen, sie wollten ihren Mann, Bruder, Sohn oder Vater zurückholen — und teilen den Militärbehörden nach dem Besuch mit, daß es leider nicht geklappt habe.

In einem anderen Peshmerga-Lager trafen wir Jonas, 15 Jahre, der ebenfalls seinen Vater besuchen gekommen ist. Jonas kommt aus Ghalate, einem kleinen Dorf mit 150 Familien zwischen Naqadeh und Oshnoviye, südwestlich vom Urmia-See. Jonas erzählt uns, wie Pasdaran des Mollahs Hassani 1981 ins Dorf gekommen seien und 25 Männer und eine Frau massakriert hätten. Drei Söhne dieser Opfer seien bei ihm in der Schulklasse. Jonas berichtet, daß in den Dörfern Indoghasch, Gharna, Sarukani, Qalhaler und Mohamadscha — alle in der Region Mahabad/Naqadeh gelegen — 1981 und 1982 ähnliche Massaker stattgefunden hätten. Nachdem diese Region unter Kontrolle des Regimes steht, würden die Mollahs häufig in die 8. und 9. Schulklassen kommen, um Bassidji (Armeefreiwillige) zu werben. Er kenne niemanden, der darauf eingegangen sei. Einige Schüler würden den Mollahs offen antworten: „Lieber werden wir Peshmergas". Kurdisch zu sprechen, sei in den Schulen offiziell verboten; einige Lehrer würden das dennoch dulden.

### Frauenfrage

Nach unserer Rückkehr in das politische Hauptquartier der PDK/I unterhielten wir uns mit Ghassemlou über die Situation der Frauen in Kurdistan und die Behandlung der Frauenfrage in der PDK/I. In dem Bericht des Zentralkomitees an den 6. Kongreß der PDK/I im Januar 1984 hatte Ghassemlou von der „ungenügenden Teilnahme der Frauen ... an den politischen und sozialen Aktivitäten" gesprochen und erklärt, „daß der Fortschritt jeder Bewegung von der Teilnahme der Frauen in dieser Bewegung abhängt", was „nicht in genügendem Maße" verwirklicht sei. Auf der Reise hat sich uns dieser Sachverhalt viel einfacher dargestellt: Soweit wir überhaupt Frauen zu Gesicht bekommen haben, waren sie am Brotbacken oder Kinderhüten. An den gemeinsamen Essen in den Lagern, zu denen sich oft 50 und mehr Leute auf großen Teppichen zusammensetzen, nahmen Frauen dann nie teil. Rahim, der verantwortliche Leiter des Provinzkomitees der PDK/I von Oshnoviye, hatte uns, als wir ihn

sammensetzen, nahmen Frauen dann nie teil. Rahim, der verantwortliche Leiter des Provinzkomitees der PDK/I von Oshnoviye, hatte uns, als wir ihn

nach dem Grund dafür fragten, geantwortet, daß die Leute zusammen essen würden, die dem Komitee angehören, und da sei keine Frau dabei. Auf die Frage, ob er sich erinnere, wann der letzte Artikel zur Frauenfrage in ihrer Zeitung veröffentlicht worden sei, und was dessen Inhalt war, antwortete er nach kurzem Nachdenken, daß in der parteiinternen Zeitung Tikoshar („Aktivist") vor ca. drei Monaten ein Artikel über die Rolle der Frauen in der kurdischen und in der vietnamesischen Revolution erschienen sei.

Ghassemlou äußerte sich grundsätzlich: Das Haupthindernis für die Emanzipation der Frauen in Iranisch-Kurdistan sei die Rückschrittlichkeit der islamischen Gesellschaft. Das zweite Hindernis seien die Männer, auch in der Partei, z.T. auch in der Parteiführung, mit ihren Vorurteilen gegenüber Frauen. Das dritte Hindernis seien die Frauen selber mit ihrer fehlenden oder geringen Bereitschaft, sich politische Rechte zu erkämpfen. Das alles seien grundsätzliche Probleme, zu denen noch zwei aktuelle Probleme hinzukämen: erstens die besondere Ideologie der Islamischen Republik, die in Iran unter dem Khomeini-Regime installiert wurde, und zweitens für ihre Partei die Tatsache, daß sie sich gegenwärtig weitgehend fern der Städte aufhalten und damit fast ausschließlich den noch rückschrittlicheren Lebensgewohnheiten des ländlichen Lebens ausgesetzt seien.

Als die PDK/I zu Beginn der iranischen Revolution noch in Mahabad unbehelligt tätig sein konnte, habe sie eine Frauenorganisation mit 1.000 Mitgliedern gehabt. Der 4. Kongreß der Partei (1979) habe eine Frau in das 25köpfige ZK gewählt; jetzt sei keine Frau mehr darunter. Die Lösung der Frauenfrage auch in der Partei erfordere mindestens zwei bis drei Generationen. Die PDK/I habe aber einige „Gesetze" erlassen, die für Parteimitglieder verpflichtend seien, und auf deren Beachtung die PDK/I dort, wo sie dies könne, auch außerhalb der Partei drängen würde. Dies seien: Erstens das Verbot des Frauentausches, d.h. der gegenseitigen Verheiratung von Schwestern durch ihre Brüder, oder, was in der islamischen Gesellschaft noch häufiger vorkomme, daß ein Vater seine Tochter verheirate und sich dafür die Schwester des Bräutigams als Frau eintausche. Zweitens das Verbot der Kinderverheiratung. Drittens das Verbot des Frauenkaufs. Und viertens das Verbot der Polygamie. (Rahim hatte uns erzählt, daß das Polygamie-Verbot in der Partei allerdings Ausnahmen zulasse: „wenn die Frau unfruchtbar oder kränklich ist, und ihren hausfraulichen und ehelichen Pflichten nicht nachkommen kann".)

Dieser Reisebericht endete mit einer Kritik aus der Sicht der PDK/I an verschiedenen anderen oppositionellen Organisationen im Iran. Wir haben den Bericht um diesen Teil gekürzt, da uns dies im **Zusammenhang** mit diesem Reisebericht nicht sinnvoll erschien. AK-Red.

Spendenaktion für die

### Spendenaktion für die STIMME KURDISTANS

Seit 1980 tobt ein Krieg am Golf, der mittlerweile rund 1 Million Tote und Verletzte gefordert hat — ein Krieg, den der Irak begonnen hat, den der Iran nicht mehr beenden will, und an dem fast alle rüstungsliefernden Staaten verdienen, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland.

Seit 1979, und verstärkt seit 1981, führt das Khomeini-Regime noch einen anderen Krieg: gegen die Kurden im Iran. Die Kurden sind heute das größte Volk auf der Welt, das keine eigene nationale Existenz hat: 20 bis 25 Millionen Menschen. Rund 7 Millionen davon leben im Iran; die anderen in der Türkei, in Irak, Syrien und ein kleiner Teil in der Sowjetunion.

Das Khomeini-Regime hat Iranisch-Kurdistan seit Beginn des Krieges mit einem Netz von mehr als 2.000 Militärstützpunkten überzogen. Die iranische Armee und die Pasdaran („Revolutionswächter") haben im Namen des Ayatollah unzählige Massaker an der kurdischen Bevölkerung begangen. Der Terror des Khomeini-Regimes gegen die iranischen Kurden übersteigt nach allen Berichten noch den Terror, den bereits das Schah-Regime gegen die Kurden verübt hat.

Aber das Khomeini-Regime hat Iranisch-Kurdistan nicht vollständig unter seine Kontrolle bringen können. Es gibt heftigen Widerstand gegen die Besatzungstruppen des Ayatollah, in dem die Demokratische Partei Kurdistan/Iran (PDK/I) eine große Rolle spielt. Die PDK/I, die bei Wahlen in Iranisch-Kurdistan im Juni 1980 trotz massiver Behinderungen fast überall eine überwältigende Mehrheit erhalten hat, in einigen Orten sogar zwischen 80 und 90 %, fordert eine Autonomie Kurdistans in einem demokratischen Iran. Sie kämpft mit ihren Partisanen (Peshmergas) für einen Sturz des Khomeini-Regimes und für ein Ende des iranisch-irakischen Krieges. Die PDK/I ist damit auch eine zentrale Säule der gesamtiranischen Opposition gegen das Khomeini-Regime.

Die Demokratische Partei Kurdistan/Iran hat darum gebeten, ihr beim Aufbau eines besseren Radiosenders zu helfen. Sie verfügt bislang über einen kleinen Sender in den kurdischen Bergen, den sie trotz mehrfacher Bomben- und Artillerie-Angriffe immer aufrecht erhalten konnte. Dieser Sender ist jedoch gegen den Störfunk der iranischen Armee zu schwach und reicht nicht weit genug ins Land hinein. Die „Stimme Kurdistans" ist eine Stimme gegen den Krieg und für die Rechte des kurdischen Volkes im Iran, die auch der kurdischen Bevölkerung in den anderen Staaten helfen wird.

**Wir bitten um Spenden auf folgendes Konto:**
**Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)**
**Kto.-Nr. 119.013.811/**
**Jürgen Reents**
**Stichwort: Stimme Kurdistans**



# Bezahlt wird nicht ...?!

## Neuer Versuch im Schulden-Dialog

Heftige Reaktionen ernteten die neuen Versuche einiger Länder der ,,Dritten Welt'', ihre Verschuldung gegenüber den imperialistischen Staaten anders als bisher zu behandeln. Anläßlich der Amtseinführung des neuen peruanischen Präsidenten Garcia hatte dieser Ende Juli erklärt, daß Peru nunmehr nur noch 10% seiner Exporterlöse zur Begleichung seiner Auslandsschuld aufwenden wolle. Gleichzeitig forderte Garcia, daß die betreffenden Länder mit ihren Gläubigern einen **,politischen Dialog'** führen sollten. Voraussetzung hierfür sei jedoch eine weitgehende Vereinheitlichung der betroffenen Länder Lateinamerikas. Darüberhinaus wolle Peru künftig mit seinen Gläubigern ohne Hinzuziehung des IWF verhandeln.

Im Rahmen der Feierlichkeiten in Peru unterzeichneten sieben Staatspräsidenten und weitere 13 Vertreter lateinamerikanischer Regierungen die ,,Deklaration von Lima'', mit der die Gläubiger Lateinamerikas höflich aufgefordert werden, u.a. bei ihren Forderungen nach Rückzahlung der Schulden zu berücksichtigen, wieviel die entsprechenden Länder über ihre Exporte einnehmen. Insgesamt hielt sich diese Erklärung jedoch bedeckter als die Regierungserklärung des peruanischen Präsidenten. In seiner Erklärung hatte Garcia gegen mehrere ,,Gesetze'' im bisherigen Schuldendiktat verstoßen. Die Willensäußerung, nur 10% der Exporterlöse für die Rückzahlung der Schulden aufzuwenden, ist ein Versuch, wenigstens teilweise eine nationalstaatliche Souveränität für Peru wiederzuerkämpfen. Im vergangenen Jahr hatte Peru rund 1,5 Mrd. Dollar an Zinsen gezahlt, bei einem Exporterlös von vier Mrd. Dollar: das waren also fast 40% der Exporterlöse. Andere lateinamerikanische Länder zahlen fast ihre gesamten Exporterlöse an die westlichen Industriestaaten zurück.

Zum anderen ist die Forderung, ohne den IWF mit den Gläubigern zu verhandeln, für die Metropolen unannehmbar, da gerade die Teilnahme des IWF für sie der Garant ist, daß Sonderinteressen aus dem Spiel bleiben. Über den IWF wird gewährleistet, daß die Gläubiger eine einheitliche Position vertreten und nicht besondere Bedingungen gewähren, um vielleicht einen Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen.

### Und dann kam Fidel...

Besonders bissig wurden die Meinungsäußerungen aus dem imperialistischen Lager, seitdem Fidel Castro sich des Themas Verschuldung angenommen hat. Im Laufe dieses Sommers organisierte Fidel Castro mehrere Konferenzen in Kuba: im Juni eine Frauenkonferenz, anschließend eine Tagung lateinamerikanischer Journalisten, sodann eine Konferenz für Gewerkschafter aus Lateinamerika und der Karibik und Anfang August ein Treffen von Regierungsvertretern dieser Region. Auf allen diesen Treffen wurde ausgiebig über die Verschuldung und die mit ihr zusammenhängenen Probleme diskutiert und wurden verschiedene Erklärungen verabschiedet. ,,Fidel Castro auf Erpresserkurs'', ,,Castro legt die Lunte'', ,,Possenspiele in Havanna'' — dies sind entsprechende Überschriften in der hiesigen Presse dazu.

An der Mitte Juli organisierten Gewerkschaftskonferenz lateinamerikanischer und karibischer Arbeiter nahmen 46 nationale Gewerkschaftszusammenschlüsse, 135 berufs- oder regionalbezogene Gewerkschaften, 16 Bauernorganisationen und Bergarbeitervertretungen teil. Insgesamt waren 330 Gewerkschafter von 197 Organisationen aus 29 lateinamerikanischen und karibischen Ländern anwesend. Die Teilnehmerliste präsentierte so ziemlich alles, was einen Namen in der linken und fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung dieses Erdteils hat. Von 80 Rednern — ob Frau, ob Mann — wurden die speziellen Probleme der Länder diskutiert und vielfältige Vorschläge gemacht (siehe Abschlußerklärung). In dieser Form haben sich die verschiedenen Fraktionen der lateinamerikanischen und karibischen Arbeiterklasse und Bauernbewegung noch nie zu einem gemeinsamen Problem geäußert, und es ist alles andere als ein Zufall, daß für diesen Versuch eine Vereinheitlichung zu finden, die Impulse von Kuba kamen.

Ende Juli organisierte Kuba ein Treffen von Regierungsvertretern der gleichen Region zum gleichen Thema. In der Presse der Industriestaaten wurde diese Konferenz als gescheitert bewertet, da im wesentlichen keine hochkarätigen Regierungsdelegationen angereist waren. Bolivien und Nicaragua waren durch Minister, die großen Staaten durch ehemalige Regierungschefs und Minister vertreten. Auch diese Konferenz wurde mit einer ähnlichen Erklärung wie das Treffen der Gewerkschafter beendet.

Unter den Völkern Lateinamerikas und der Karibik sind die Forderungen, wie sie auf den Konferenzen in Havana formuliert wurden, äußerst populär. Schon der argentinische Präsident Alfonsin konnte vor zwei Jahren seinen Wahlerfolg u.a. nur mit dem Versprechen erreichen, daß er in der Verschuldungsfrage dem weiteren Ausverkauf des Landes einen Riegel vorschieben wolle. Ohne derartige Forderungen ist gegenwärtig kein Politiker Lateinamerikas mehrheitsfähig, da sich hier auch das Interesse der jeweiligen nationalen Bourgeoisien artikuliert.

Für das nächste Jahr planen einige lateinamerikanische Regierungen eine gemeinsame ,,Schuldenkonferenz'' in Panama. Bisher sind solche Projekte immer daran gescheitert, daß die Metropolen die Schuldnerländer gegeneinander ausspielen konnten oder sie schlicht durch massiven Druck — diplomatisch oder militärisch — von solchen Vorhaben abhielten. Die Agitation gegen die Konferenzen von Havana zielte sicherlich auch auf diese Vorhaben ab. Die USA reagierten mit ihrer allseits bekannten Arroganz: ,,*Wenn das Haushaltsdefizit eines einzigen Industrielandes rund zehn Prozent der Weltersparnis absorbiert, müssen andere Länder ihre Ansprüche auf die Weltersparnis reduzieren*'" so sollen die Länder der ,,Dritten Welt'' bitte-schön nicht am status quo rütteln. Stoltenberg ließ eine andere Variante erkennen, wie den betroffenen Staaten ihre eigentlichen Interessen und deren Durchsetzung erklärt werden können. Zu den Konferenzen von Havana meinte er: ,,*Die Schuldenkrise soll als Hebel zur Zerstörung der finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen möglichst vieler Länder Lateinamerikas mit den westlichen Industrienationen genutzt werden.*'' So hat Fidel mal wieder das Seine dazu beigetragen, daß die Lösung eines Problems dort angelangt ist, wo's sein sollte: in der ,,Politisierung des Dialogs''.

**Imperialismus-Kommission**

# ACT OF HAVANA

Die Teilnehmer diskutierten die sehr schwere ökonomische Krise, die Lateinamerika und die Karibik besonders hart trifft, die die Nationen dieser Region in eine schlimmere Situation als während der Großen Depression in den 30ern versetzt. In Lateinamerika wuchs das Sozialprodukt 1981 nur um 1,7%, fiel in absoluten Zahlen 1982 und 1983 um ein und 3% und wuchs 1984 nur um 2,6%. Dies bedeutet, daß das Sozialprodukt pro Kopf in Lateinamerika und der Karibik unter dem Niveau der Zeit von vor zehn Jahren liegt.

Die Delegierten betonten, daß es 56 Millionen Erwerbslose in Lateinamerika und der Karibik gibt; zählt man die Unterbeschäftigten hinzu, sind es 110 Millionen. 40% der lateinamerikanischen Bevölkerung leben am Rande des Existenzminimums und 30% darunter.

Alle Teilnehmer stimmten darin überein, daß die Verschuldung der schwerwiegendste Beweis für die gegenwärtige Krise ist und damit der wichtigste Faktor, der nicht nur die Krise verschlimmert, sondern ebenso eine ökonomische Erholung verhindert und alle Chancen für eine Entwicklung behindert. Sie unterwirft unsere Völker, und besonders die Arbeitenden, einer nicht zu ertragenden Politik, die unseren Lebensstandard kürzt und unsere Souveränität durch die wachsende Abhängigkeit von den Kreditbanken beschneidet, ebenso wie durch den IWF und die Regierungen der Industrienationen, die die entscheidenden Institutionen kontrollieren.

Der Prozeß der wachsenden Verschuldung Lateinamerikas und die Gründe dafür wurden von den Teilnehmern beurteilt. Sie betonten, daß diese Entwicklung im Ablauf der gegenwärtigen und ungerechten internationalen Weltwirtschaftsordnung begründet liegt, besonders in den ungleichen Terms of Trade, die uns dazu zwingen, unsere Güter zu immer niedrigeren preisen zu verkaufen und Importe zu immer höheren Preisen zu kaufen, was allein 1984 zu einem Verlust von 20 Mrd. Dollar führte. Andere Gesichtspunkte sind Protektionismus und Dumping, die in der eigennützigen Politik der Subventionierung von Produkten begründet sind, die nicht auf einem offenen Markt konkurrieren können; dies steht im Widerspruch zur Rhetorik über den freien Handel, die von den Regierungen der Vereinigten Staaten und der EG geführt wird. Die zusammengehörenden Ergebnisse einer hohen Zinsrate und eines überbewerteten Dollars — die die Volkswirtschaften dieser Region zusätzliche 45 Mrd. Dollar durch erhöhte Zinszahlungen kosteten — haben eine höhere Kapitalflucht provoziert (10 Mrd. Dollar in diesem Zeitraum) und die Inflation verschlimmert.

Die Delegierten hoben die Unverantwortlichkeit der Kreditbanken hervor, die im Wettbewerb um die Anlage ihres Kapitals in Form von Anleihen die Normen der Banksicherheit ignoriert haben und die Länder der Region ermutigt haben, sich zu verschulden, um die hohen Profite zu erlangen, die die Banken realisiert haben und noch realisieren.

Die Politik und die Leitung des IWF wurde einhellig verurteilt: der IWF als eine Institution, die die Interessen der Kreditbanken und der Länder widerspiegelt, die ihn geschaffen haben und ihn kontrollieren. (...) Der IWF hat bewiesen, daß er ein Polizist der Bankprofite und eine Institution ist, die nicht nur überwacht, sondern auch die Länder Lateinamerikas unterdrückt.

Die Teilnehmer beschrieben die laufenden Verhandlungen als eine falsche Lösung des Schuldenproblems, denn unter den harten Bedingungen des IWF und bei laufenden hohen Kosten verlängern die Verhandlungen nur die Agonie und verstärken die Abhängigkeit unserer Länder.

Die große Mehrheit der Teilnehmer empfahl die Annullierung der Auslandsschulden. Andere Gewerkschaftsführer stellten Pläne für ein Moratorium vor, für sofortige Einstellung der Zahlungen oder Aufhebung der Zahlungen für eine begrenzte Zahl von Jahren — einschließlich der Zinszahlungen. Alle waren jedoch der Meinung, daß die Schulden nicht bezahlbar sind.

Die Teilnehmenden betonten, daß die Annullierung der Schulden, ein Moratorium, sofortige Aufhebung der Zahlung oder Verschiebung für eine Zahl von Jahren unverzichtbar ist für den Prozeß der demokratischen Öffnung in dieser Region; und sie fügten hinzu, falls weiterhin Anstrengungen unternommen werden, die Schulden trotz aller Kosten einzutreiben, dies zu weitverbreiteten sozialen Unruhen führen werde aufgrund der untragbaren Situation für die Arbeitenden und die Massen insgesamt.

Außerdem gab es eine weitreichende Übereinstimmung gegenüber der Notwendigkeit, eine Verbindung zwischen der Lösung der Verschuldung und einer Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung zu finden, die die UNO 1974 benannt hatte. Die Teilnehmenden stimmten darin überein, daß die kurzfristige Erholung schnell erschöpft sei und wir wieder in der gleichen Situation seien oder in einer schlimmeren, wenn folgende Phänomene in Lateinamerika und der Karibik nicht ausgeschaltet würden: ungleiche Terms of Trade, unsere Länder berührender ungerechter Protektionismus, unkontrollierte Handlungen der Transnationalen, Geld- und Finanzmanipulationen, die zu hohen Zinsraten und einem überbewerteten Dollar führen, u.a.m.

Die große Mehrheit unterstützte die Notwendigkeit einer starken und entschlossenen Einheit Lateinamerikas, so daß im Zusammenhang mit Aktionen gegen die Verschuldung und dem Kampf für die Errichtung einer Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung ein Schritt in Richtung regionaler ökonomischer Integration getan werden kann; einer Integration, die wir als machtvolles Instrument für eine ökonomische Entwicklung, für die Stärkung unserer Verhandlungsposition und für Anhebung des Lebensstandards der Arbeitenden und aller unserer Völker nutzen können. (...)

Die angenommenen Schritte, die die Ansichten der großen Mehrheit widerspiegeln, sind:

1. Die organisierte Arbeiterbewegung verlangt von den Regierungen der jeweiligen Länder, Schritte und Maßnahmen zu unternehmen, die zur Annullierung, zu einem Moratorium, Aufhebung oder Aufschiebung für eine Reihe von Jahren der Schuld- und Zinszahlungen führt, und daß die Regierungen Solidarität üben mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik, die den gleichen Standpunkt vertreten.
2. Gewerkschaften nahezulegen, daß sie , unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen in jedem Land, die Eingliederung der Regierungen in eine gemeinsame Front der Schuldnerländer Lateinamerikas und der Karibik unterstützen; diese Front kann als Gesprächspartner mit Privatbanken, internationalen Finanzorganisationen und den Regierungen der Gläubiger-(Industrie-)Länder dienen.
3. Darauf hinzuwirken, daß Arbeiter- und Bauernführer, die auf diesem Treffen waren für die Organisationen, die sie repräsentieren, eine kontinuierliche Aufarbeitung des Schuldenthemas planen mit der breitestmöglichen Beteiligung, um eine allgemeine Position in dieser Frage und eine Kampfstrategie zu erreichen, die in jedem Land verfolgt wird.
4. Gewerkschaften und Bauernorganisationen nahezulegen, daß im Kampf zur Lösung des Schuldenproblems enge Verbindungen zu folgenden anderen sozialen Kräften und deren Organisationen errichtet werden sollten: Bauern, Studenten und Jugend, Intellektuellen, Geschäftswelt, dem religiösen Bereich, Frauen, Bewohnern der Elendsviertel, Menschenrechtsgruppen und zum universitären Lehrkörper. (...)

Inspiriert vom historischen Erbe aus dem Heiligen Buch der Mayas: „Laßt alle aufstehen, laßt alle rufen, so daß nicht einer oder zwei von uns zurückgelassen werden", bekräftigten die Teilnehmer der Konferenz ihren Willen zum Kampf für:

— Erstens: Die Annullierung, ein Moratorium, die sofortige Aufhebung oder unbeschränkte Verschiebung der Zahlung der Auslandsschuld einschließlich der Zinsen!

— Zweitens: Die Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung!

— Drittens: Lateinamerikanische und Karibische Einheit! Fortschritt hin zu einer lateinamerikanischen und karibischen ökonomischen Integration, um die Entwicklung und Unabhängigkeit unserer Länder zu fördern!

**Unterzeichnet von allen Teilnehmern**
**18. Juli 1985**

(Gekürzte Fassung der „Erklärung von Havana", aus: Granma, 28. Juli 1985)

# Korrespondenz aus Nicaragua:
# Sieg im Wirtschaftskrieg

**Zum 1. Mai 1985 startete die sandinistische Regierung einen „12-Punkte-Plan'' um der Wirtschaftskrise des Landes zu begegnen. Anfang Mai verkündete US-Präsident Reagan in Bonn das Wirtschaftsembargo gegen Nicaragua, dem die Sandinisten mit einem Aufruf zum „Wirtschaftlichen Aufstand'' zum 11. Juli, dem 6. Jahrestag der Revolution, antworteten.**

## Zwölf Aufgaben für die Arbeiterklasse und das Volk

Die Nationale Leitung der FSLN wandte sich dieses Jahr zum 1. Mai mit einer „Botschaft'' an die Arbeiterklasse und an das ganze nicaraguanische Volk. (1) Diese „Kampfplattform'' nennt in 12 Punkten die vordringlichsten Aufgaben, die sich in der gegenwärtigen Situation dem Land stellen. Die einzelnen Teile sind als verbindliche Handlungsanweisungen abgefaßt, die an jedem Arbeitsplatz diskutiert und kreativ umgesetzt werden sollen. Die Stärkung der Wirtschaft gilt dabei als integraler Bestandteil der Verteidigung. Die 12 Aufgaben zielen darauf ab, daß alle Menschen, die nicht direkt an den Fronten kämpfen, sich auch in ihren jeweiligen Arbeits- und Lebensbereichen der Verteidigung verpflichtet fühlen. Die ersten beiden Punkte nennen die Notwendigkeit der Verteidigung der Revolution und rufen auf zum Militärdienst (SMP) und zur Integration in die Volksmilizen (MPS). Die weiteren Aufgaben beinhalten:

— Verpflichtung aller, auch der Großproduzenten (Appell an die „Nationale Einheit'') zur Produktionssteigerung bei Nahrungsmitteln und Exportgütern
— Gemeinsame Verantwortung für die Kinder und Familienangehörigen der Kämpfer und Gefallenen
— Übernehmen der Aufgaben der an die Front mobilisierten Arbeitskollegen
— Ausbildung und Integration der Frau in die produktive Arbeit, damit sie den Platz der im Kampf stehenden Männer ausfüllen kann
— Organisierung der revolutionären Nachtwache und der Zivilverteidigung an den Arbeitsplätzen zur Verhinderung von Sabotageakten
— Ausweitung der freiwilligen Arbeit und unbezahlter Überstunden, um „uns auf Stand zu bringen an unserem Arbeitsplatz''
Nachtwache und der Zivilverteidigung an den Arbeitsplätzen zur Verhinderung von Sabotageakten
— Ausweitung der freiwilligen Arbeit und unbezahlter Überstunden, um „uns auf Stand zu bringen an unserem Arbeitsplatz''
— Anheben der Arbeitsproduktivität durch effektivere Organisation und Disziplin
— Verringerung der Produktionskosten, durch Energiesparen und sorgsamen Umgang mit Rohstoffen und Maschinen, um die Produktionspläne zu erfüllen
— Verbesserung der administrativen Kontrollen und erhöhte Wachsamkeit gegenüber Verschwendung und Veruntreuung
— Entschiedenes Vorgehen gegen die „Bezahlung in Naturalien'' (s. Kasten), die unter den gegenwärtigen Bedingungen die Versorgungsschwierigkeiten und das Spekulantentum vergrößert und die Inflation anheizt.

In Beantwortung auf diesen 12-Punkte-Plan fanden überall im ganzen Land Vollversammlungen in den Arbeitszentren statt. An diesen nahmen die Gewerkschaften, Verwaltungen (Betriebsleitungen), Arbeiter, die FSLN und in einigen Fällen auch Vertreter der sandinistischen Frauenorganisation AMNLAE und der sandinistischen Jugend teil. In BARRICADA wurden täglich Beispiele publiziert, wie die Vorschläge in den Betrieben umgesetzt würden.



## Die Antwort auf die Wirtschaftsblockade: „Wir sind in der Lage, die Aggression zu besiegen!'' (2)

Die Antwort auf die Wirtschaftsblockade: „Wir sind in der Lage, die Aggression zu besiegen!'' (2)

Nach der Verhängung der Wirtschaftsblockade durch die USA wandte sich die Revolutionsregierung und die FSLN direkt an das nicaraguanische Volk. In ihrem Kommunique greifen die Sandinisten auf das Konzept der „Nationalen Einheit'' zurück. Sie appellieren an alle, sich in einer großen nationalen Anstrengung der Blockade entgegenzustellen: *„Diese Maßnahme schadet allen Sektoren des Landes und verlangt deshalb eine Antwort der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit''* (2).

Für den Außenhandel sieht die FSLN einen Weg, aus der Not eine Tugend zu machen: *„Wenn unser Land bislang in vielen Bereichen abhängig war, so ist dies die Möglichkeit für uns, mit dieser Abhängigkeit zu brechen, und eine wirkliche diversifizierte und sichere internationale Zusammenarbeit aufzubauen.''* (2)

Die Sandinisten schlagen eine Kampagne vor, die die 12 Punkte des 1. Mai weiterentwickelt und konkretisiert: *„der US-Boykott soll uns dazu dienen, einen inneren Prozeß der Rationalisierung und der besseren Organisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Die gesamte Bevölkerung muß mobilisiert werden, um einen aktiven Part zu übernehmen beim Sparen, Rationalisieren und Konsumgewohnheiten.''* (2) Folgende Aufgaben werden in dieser Kampagne herausstellt:

— Aufbau eines effektiven Verteilungssystems zur gerechten Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln; Initiierung der Nahrungsmittelproduktion am Arbeitsplatz selbst, in den Gemeinden und zuhause
— Alllemeine Erhöhung der Produktionsnormen
— Sparsamer und sorgsamer Umgang mit Rohstoffen, Zwischengütern und Energie, mit Produktionsanlagen und Werkzeugen, mit Medikamenten und medizinischem Gerät
— Unterstützung der „Erneuererbewegung'' und organisierten Herstellung von Ersatzteilen und Werkzeug.

Für einzelne gesellschaftliche Bereiche werden folgende Maßnahmen genannt:

1. Im Bereich der Nahrungsmittelproduktion wird die Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln angestrebt. Dies soll erreicht werden z.B. durch Anbau von Grundnahrungsmitteln auf den Haziendas und Fincas zur Versorgung der Arbeiter und das Anlegen von Gemüsegärten durch die Gemeinden und Privathaushalte. Ferner sollen da, wo Bewässerung möglich ist, die Exportagro-Anbauflächen in der Trockenzeit für die Grundnahrungsmittelproduktion genutzt werden.

2. Im Versorgungsbereich geht es um gerechtere Verteilungsstrukturen und die Bekämpfung der Spekulation, z.B. durch die Aufstellung eines Konsumentenregisters, Einrichtung von Kommissariaten, d.h. Läden, die Betrieben angeschlossen sind, Aufhebung der „Bezahlung in Naturalien'' und Ausweitung der Kompetenzen des Innenministeriums, um effektiver gegen Spekulanten vorgehen zu können.

3. Im Bereich der Produktionsanlagen und Ersatzteile soll zum einen die Erneuererbewegung unterstützt werden, zum anderen soll Ersatzteilengpässen

nenministeriums, um effektiver gegen Spekulanten vorgehen zu können.

3. Im Bereich der Produktionsanlagen und Ersatzteile soll zum einen die Erneuererbewegung unterstützt werden, zum anderen soll Ersatzteilengpässen

u.a. durch folgende Maßnahmen vorgebeugt werden: Nationales Maschinen- und Werkzeuginventar, Kooperativenbildung kleinerer Werkstätten, Aufbau einer Ersatzteilbank durch das Transportministerium und ein zentraler Autoersatzteilmarkt für den Privatsektor.

4. Die Maßnahmen im Exportbereich richten sich ausschließlich an die Privatproduzenten. Die Regierung sagt folgende Maßnahmen zu: in enger Zusammenarbeit mit den Privatproduzenten die Suche nach Alternativen beim Import von Rohstoffen, Düngemittel, Saatgut und Ersatzteilen zu fördern, um die Aussaat für den nächsten Erntezyklus zu garantieren. Bei Übererfüllung der Produktionsziele wird den Großgrundbesitzern in Aussicht gestellt, zum Teil in Dollars bezahlt zu werden.

5. Im Energiesektor wird vor allem die Notwendigkeit von Einsparungen betont.

6. Im Gesundheitsbereich erfolgt ein Aufruf zum rationelleren Einsatz von Ressourcen. Hier wendet sich die Revolutionsregierung besonders an Ärzte und Spezialisten, trotz aller Schwierigkeiten im Land zu bleiben.

Diese Maßnahmen sind langfristig angelegt, deswegen kann über Erfolg und Mißerfolg ihrer Umsetzung noch nichts gesagt werden. Hinsichtlich des Versuchs der Frente, auf der politischen Ebene der Blockade mit der Wiederbelebung der „Nationalen Einheit'' zu begegnen, sind keine bedeutenden Fortschritte erzielt worden. Obwohl sich einige Privatproduzenten kooperativ äußerten (3), konnte sich der wichtigste Unternehmerverband zu keiner Verurteilung der Blockade durchringen. Für ihn bleibt die Wirtschaftskrise weiterhin Folge der falschen Wirtschaftspolitik der FSLN. Einige Sektoren des Großgrundbesitzes versuchten sogar, die kritische Situation zu nutzen, um der Regierung Zugeständnisse abzupressen. (4) Fortschritte in Richtung auf nationale Verständigung gab es nur in der Asamblea (Parlament), d.h. mit denjenigen Kräften, die seit den Wahlen sowieso in den gesellschaftlichen Prozeß eingebunden sind. Die Aktivitäten im Exportbereich zeigten Erfolge. Schon seit dem Sieg der Revolution war die stetige Umschichtung der Außenhandelsbeziehungen wichtiger Bestandteil der sandinistischen Wirtschaftspolitik (s. nebenstehende Statistik). Nach der Verhängung der Blockade konnten bedeutende Fortschritte in der Diversifizierung des Außenhandels erzielt werden, u.a. ein Ergebnis der extensiven Rundreise von Daniel Ortega und Sergio Ramirez in Europa, ein wichtiges Ergebnis sind die auf den EG-Markt umgeleiteten Bananenexporte.

**Bestimmungsländer der nic. Exporte:**

| Land od. Region | 1950 | 1960 | 1977 | 1981 | 1982 | 1984 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| USA | 70,0 | 43,0 | 22,8 | 23,2 | 22,6 | 8,0 |
| Westeuropa | 18,0 | 24,0 | 29,8 | 20,8 | 22,9 | 40,0 |
| Zentralamerika | 4,0 | 4,0 | 21,0 | 14,2 | 13,2 | ? |
| soz. Länder | — | — | — | 5,6 | 7,3 | 5,0 |
| Lateinamerika und Japan | 8,0 | 29,0 | 27,2 | 36,2 | 34,0 | ? |

**Herkunftsländer der nic. Importe:**

| Länder | 1960 | 1977 | 1981 | 1982 | 1984 |
|---|---|---|---|---|---|
| USA | 52,6 | 29,0 | 26,3 | 19,0 | 16,0 |
| Zentralamerika | 4,0 | 21,6 | 21,1 | 15,1 | ? |
| soz. Länder | — | — | 3,3 | 11,5 | 30,0 |
| Mexiko /Venezuela | | | 12,0 | 21,1 | 25,0 |
| Frankreich | | | 0,9 | 4,2 | |
| Spanien | | | 1,2 | 2,8 | |
| Westeuropa | | | | | 12,0 |

(alles in Prozenten, Quelle: Barricada, 6.5.85)

## Aufruf zum „Wirtschaftlichen Aufstand'': Managua auf Stand bringen!

Auch die Mobilisierung für den 6. Jahrestag der Revolution lehnt sich an die im Mai gestarteten Kampagnen an. Mit dem Aufruf zum „Wirtschaftlichen Aufstand'' und dem Motto „Managua bringt sich auf Stand'' werden folgende Ziele gegeben: Garantie der militärischen Ausbildung der Bevölkerung, Verstärkung der Revolutionären Nachtwache, 100% Erfüllung der Produktionspläne durch Erfindungsgeist und freiwillige Arbeit, Sparsamkeit etc. Gleichzeitig kündigten die Sandi-

de Ziele gegeben: Garantie der militärischen Ausbildung der Bevölkerung, Verstärkung der Revolutionären Nachtwache, 100% Erfüllung der Produktionspläne durch Erfindungsgeist und freiwillige Arbeit, Sparsamkeit etc. Gleichzeitig kündigten die Sandi-

nisten die Übergabe von Landtiteln für 8.000 Manzanas an die Campesinos der Region an.

70.000 Obstbäume sollen in Managua gepflanzt, Gärten angelegt und Gemüse ausgesät werden. Zudem werden Sammelaktionen für die in den Kriegsgebieten umgesiedelten Campesinos und große Hygienekampagnen durchgeführt. In vielen Stadtteilen Managuas wurden wilde Müllhalden beseitigt, Regenabflußkanäle von Unrat gereinigt und öffentliche Plätze gesäubert und geschmückt.

Die „Barricada'' berichtete in den Wochen vor dem 19. Juli über die Neustrukturierung und Wiederbelebung der revolutionären Nachtwache. Milizionäre machen nun zusätzliche Rundgänge von einer Wachgruppe zur anderen, um die Aufmerksamkeit an den strategisch wichtigen Punkten der Stadt zu verstärken. Teil dieser Kampagne gegen den Trott ist auch der spontane Besuch eines Commandanten mitten in der Nacht bei irgendeinem Wachposten. Am 13. Juli gab Verteidigungsminister Humberto Ortega bekannt, daß im ersten halben Jahr 1985 mehr als 200.000 Waffen ans Volk ausgegeben worden sind und daß im Falle einer Intervention die Nicaraguaner in der Lage sein würden, ihr Land Haus für Haus, Straßenzug für Straßenzug zurückzuerkämpfen. (5)

## Das Modell der gemischten Wirtschaft bleibt

Die drei in diesem Artikel beschriebenen Aufrufe dokumentieren den Versuch der FSLN, der durch die US-Blockade verschärften Wirtschaftskrise zu begegnen. Die Effekte dieses Versuchs liegen schwerpunktmäßig auf propagandistischer Ebene. Das sandinistische Wirtschaftsmodell der gemischten Wirtschaft wird nicht angetastet. Denkbar gewesen wäre auch eine Politik mit Verstaatlichungen, größerer Zentralisierung etc.

Aber die organisierte Unternehmerschaft bleibt trotzdem bei ihrem alten Konfrontationskurs. Die Blockade wurde von COSEP (6) weder verurteilt, noch deren negative Konsequenzen für die Wirtschaft anerkannt. Vielmehr lasteten sie präventiv die kommenden Schwierigkeiten der sandinistischen Wirtschaftspolitik an. COSEP-Vorsitzender E. Bolanos ruft zum zivilen Widerstand gegen die FSLN auf, den er zum „entscheidenden'' Kampf erhebt, der auf allen Ebenen geführt werden müsse, „auch in der Produktion''. (7)

Angesichts der Tatsache, daß die devisenbringenden Exporte zu gut 80% vom privaten Sektor erwirtschaftet werden, sind die Sandinisten zu einer integrativen Politik gezwungen. Zur Zeit heißt dies konkret, daß Produktionsanreize gesetzt werden, beispielsweise wird den Großproduzenten bei Übererfüllung ihrer Produktionsziele der Überschuß zum Teil in Devisen ausgezahlt (8).

Hier wird nicht nur ein wichtiges Element des sandinistischen Wirtschaftsmodells aufgeweicht, sondern es werden auch zentrale Einflußmöglichkeiten zurückgenommen. Bislang hatten sich die Sandinisten durch die Verstaatlichung der Devisenbewirtschaftung das Außenhandelsmonopol gesichert. Durch die direkte Auszahlung in Devisen kann nun vom Privatkapital dieses wichtige Instrument ökonomischer Einflußnahme durch die Regierung umgangen werden.

Auch das ursprüngliche Konzept der
schaftung das Außenhandelsmonopol gesichert. Durch die direkte Auszahlung in Devisen kann nun vom Privatkapital dieses wichtige Instrument ökonomischer Einflußnahme durch die Regierung umgangen werden.

Auch das ursprüngliche Konzept der Agrarreform erfährt bereits seit etwa einem Jahr eine Umorientierung, die sich zur Zeit verstärkt manifestiert. Anstelle eines forcierten Ausbaus des Kooperativenmodells werden Landtitel an Einzelbauern vergeben zur privaten Bewirtschaftung. Damit erreicht die Frente eine Stärkung ihrer sozialen Basis auf dem Land, vor allem in den Gebieten, in denen die Contra aktiv ist, andererseits führt diese Maßnahme zur Schwächung der nationalen Agrarproduktion.

Abgesehen von diesen Einbrüchen kann jedoch von einer Umstrukturierung der nicaraguanischen Wirtschaft nach der Blockade nicht gesprochen werden. Der Bereich, in dem staatliche Eingriffe zugenommen haben, ist der Distributions- und Sozial-Bereich, d.h. die sozialen Folgen der Krise sollen aufgefangen werden. Regelmäßige Lohnerhöhungen sollen Preissteigerungen ausgleichen. Durch die Einrichtung von staatlichen Läden, die den je-

## Die Bewegung der Erneuerer

1979 standen die Sandinisten vor dem Problem, mit wenig Geld die alten Abhängigkeiten des Landes aufzubrechen. Wie kurbelt man die wirtschaftliche Produktion an, deren technologische Basis ein 40 bis 50 Jahre alter Maschinenpark aus den USA ist. In den Jahren nach der Revolution entstanden spontane Initiativen, um mit den veralteten Anlagen zu arbeiten. Diese Initiativen nannten sich „Erneuerer''. 1981 veranstaltete die Gewerkschaftszentrale eine Versammlung dieser Initiativen, um diese zu einer Bewegung zusammenzufassen. Diese Initiativen wurden von den Betriebsleitungen jedoch rechts liegengelassen und nicht gefördert. Eine nationale Kommission zur Unterstützung wurde eingerichtet und 1984 übertrug die Regierung die Verantwortung für diese Initiativen den Betriebsleitungen. Auf Betriebsebene wurden wissenschaftlich-technische Räte mit der Aufgabe eingerichtet, viele Arbeiter für diese Bewegung zu mobilisieren und einen technischen Entwicklungsplan auszuarbeiten. Ziele dieses Plans sind: Importsubstitution, Nachbauen, Anpassung, Reparatur, Ausbesserung und Modifizierung der Maschinen. Dazu sorgen die Räte für Sparen und Recycling von Material und Energie, Ausbildung der Erneuerer und technische Beratung.

## Feldzug gegen die Bezahlung in Naturalien

„Bezahlung in Naturalien'' bedeutet, daß die Arbeiter eine bestimmte Quote der Produkte ihrer Fabrik zum Vorzugspreis kaufen können. Schon unter Somoza stellte diese Art der Bezahlung einen großen Teil des Lohnes dar. Heute wirkt sich dies negativ sowohl in der Produktion als auch bei der Versorgung der Konsumenten aus. Die so erworbenen Naturalien wandern auf den schwarzen Markt, die Händler machen Gewinne und dem offiziellen Markt sind die Produkte entzogen. Andererseits konnten manche Arbeiter mit dem Verhökern ihrer „Naturalien'' ihren Lohn um 300% steigern. Ein Beispiel: Der Arbeiter von NICARAO ersteht eine Unterhose für 43 Cordobas, auf dem Schwarzmarkt kostet sie 450 C. Oder: eine Hose kostet den Arbeiter von El TruiTriunfo 316 C., auf dem Schwarzmarkt bekommt er dafür 2.500 C. 1984 erhielten 130 Arbeiter von Triunfo 12.480 Hosen und Hemden zu Billigpreisen, 251.450 Paar Schuhe wurden den nur 1.070 Arbeitern der Schuhindustrie ausgehändigt. Und so wurden dem öffentlichen Gesundheitsbereich ca. 196.000 Meter Gaze und 7.848 Ballen Watte entzogen, genau die Menge, die die Arbeiter von PROSAN 1984 als Naturalzahlung erhielten.

In einigen Sektoren machte diese Naturalzahlung mehr als 49% des realen Einkommens aus, und 150.000 Arbeiter in den nicht produktorientierten Industriezweigen waren von dieser Art Einkommensaufbesserung ausgeschlossen.

Um diesen Teil der Produktion wieder dem normalen Markt zuzuführen, und um sowohl der Händlermentalität einiger Sektoren der Arbeiterschaft den Boden zu entziehen und der Lohnungerechtigkeit vorzubauen, wurde dies Recht auf Naturalzahlung abgeschafft.

(Informationen nach Barricada, 17.5./18.5./20.5.)

weiligen Arbeitsstätten direkt angeschlossen sind, versuchen die Sandinisten, den Reallohn vor der galoppierenden Inflation und der Spekulation zu retten. Diese Versorgungszentren für Arbeiter (Central de Abastecimiento de Trabajadores) bieten Grundbedarfsmittel des täglichen Lebens, incl. Kleidung, zu staatlich festgelegten, niedrigen Preisen. Dieses Versorgungsnetz befindet sich erst im Aufbau. Auch bleibt noch offen, inwieweit es real die Konsequenzen der Wirtschaftsblockade auffangen kann. Da diese Maßnahme der Sandinisten nur im nichtproduktiven Sektor angesiedelt sind, bleiben sie im wesentlichen Symptombekämpfung. Die Wirtschaft ist und bleibt der Schwachpunkt der nicaraguanischen Revolution, jedenfalls solange wie die Triebkräfte im privaten Bereich angesiedelt sind. Bislang konnte die FSLN als Antwort auf die US-Blockade mit ihren Kampagnen ihre Massenbasis stärken. Der diesjährige 19. Juli war unbestreitbarer Beweis dafür. Die erste Runde ging an die Sandinisten!

**U./U. León**

**Anmerkungen:**
1. „Una plataforma de lucha: A organizar la defensa sobre los doce puntos", Barricada, 3.5.85
2. „Communicado al pueblo de Nicaragua. Somos capaces de vencer la agresión", Barricada, 11.5.85
3. Barricada, 4.6.85
4. Nach „envio", Nr. 48, Juni 85
5. Barricada, 17.6.85
6. Bar., 8.5.85
7. COSEP/oppositioneller und größter Unternehmerverband, dem abstinenten Wahlbündnis Sacasa zugehörig.
8. Bar., 18.7.85
9. Bar., 31.7.85

## Leserbrief zu: »Der Kampf um die Zukunft ...« in AK 260

Der Artikel schildert aus der Sicht einer Brigadistin* die politische und ökonomische Entwicklung der Region Nueva Guinea in Südnicaragua. Wir möchten zu zwei Aspekten, die die Politik der FSLN betreffen, einige Anmerkungen machen, um dem falschen Eindruck entgegenzuwirken, den der Artikel (in seiner jetzigen Form) hervorruft.

### 1. Betr.: Bevölkerungs- und Frauenpolitik:

*„Die Frente geht dabei weniger von den Rechten der Frauen aus, als von der Situation, daß das Land total unterbevölkert ist und ohne ein Bevölkerungswachstum eine wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich ist."* Die Artikelschreiberin unterstellt dabei, daß die FSLN Kinderreichtum positiv propagiert ohne Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Als Beleg nennt sie Abtreibungsverbot und Erschwernis des Sterilisationswunsches der Frau. Tatsache ist, daß die sandinistischen Massenorganisationen, allen voran AMNLAE und die sandinistische Jugend, breite Aufklärungskampagnen über Sexualität und Verhütung gestartet haben, die jedoch auf dem Land, wegen der traditionellen Moralvorstellungen und des Einflusses der Kirche, nur schwer greifen. Selbst diese Informationskampagnen kollidieren mit der Hierarchie der katholischen Kirche, die derzeit in Nicaragua einflußreichste organisierte Oppositionskraft. Ein Vorstoß in Richtung auf Legalisierung von Abtreibung etwa wäre politischer Selbstmord der Sandinisten.

politischer Selbstmord der Sandinisten.

Die Autorin stellt etwas als aktiv propagiertes politisches Ziel dar (Kinderreichtum wegen Unterbevölkerung contra Frauenrechte) was schlicht aktueller Ausdruck des politisch-ideologischen Machtkampfes zwischen katholischer Kirche und FSLN ist.

### 2. Betr.: Die politische Arbeit der Frente in den ländlichen Regionen

Der Artikel kritisiert die mangelnde Präsenz der Frente im ländlichen Bereich, spricht von „Versäumnissen", die „keine Einzelfälle" sind: *„Für viele städtisch geprägte Mitglieder der Frente spielt die Entwicklung auf dem Land nur eine untergeordnete Rolle."*

Hier liegt das gleiche Mißverständnis vor am anderen Beispiel. Die unzureichende politische Arbeit der FSLN auf dem Land ist bedauerlich und verhängnisvoll, allerdings genauso der Frente als Problem bewußt. Die Gründe dafür liegen zum einen in der Geschichte des Befreiungskampfes. Die Frente war jahrelang eine Gruppe von wenigen Kämpfern. In der schnellen Dynamik der Endoffensive, die die FSLN zu einem Guerillaheer mit Massenbasis machte, blieb nicht die Zeit zur politisch-ideologischen Ausbildung eines breiteren Kaderstammes. Dieser Mangel macht sich heute in allen Bereichen bemerkbar. Ein weiterer Grund liegt darin, daß es angesichts des Krieges notwendig ist, die wenigen ländlichen Kader, die es gibt, im militärischen Bereich einzusetzen. Dies hat zur Konsequenz, daß die FSLN nicht in der Lage ist, die (zivilen) politischen Strukturen auf dem Land (zum Teil noch nicht einmal im städtischen Bereich) im notwendigen Umfang aufrechtzuerhalten. Diese aufgezwungene Einschränkung jedoch umzudeuten in Geringschätzung der politischen Arbeit in der ländlichen Region ist Humbug. Im Gegenteil: die ländliche Entwicklung — besonders in Kriegsgebieten — wird momentan in der sandinistischen Politik priorisiert. In den letzten Monaten wurde die Agrarreform (die eben nicht nur einfach Landvergabe heißt, sondern politische Mobilisierung der Campesinos einschließt) forciert vorangetrieben. Unter dem Motto „Das Bündnis mit dem Campesino" wurde der Comandante der Revolution Luis Carrión, Mitglied der Nationalen Leitung der FSLN, als direkter Verantwortlicher für die Kriegsregion im Norden von allen übrigen Aufgaben freigestellt.

wortlicher für die Kriegsregion im Norden von allen übrigen Aufgaben freigestellt.

Bei einer Einschätzung der Politik der Frente darf man den Blickwinkel, auch als Brigadistin, nicht auf Talolinga oder San Martin beschränken. Im Übrigen: daß *„die Bevölkerung langfristig (sich) auf die Seite der stärksten Bataillone stellen wird"* ist unserer Meinung nach kein allgemeines geschichtliches Bewegungsgesetz. Die im Text erwähnte „Bautisten-Sekte" meint wohl die Baptisten-Kirche (die 6,5% der großen christlichen Bekenntnisse weltweit stellt. Lutheraner im Vergleich dazu 7,9%).

**Mit solidarischen Grüßen aus Nicaragua libre, u./u., León**

Anm. AK: Die angesprochene Autorin D. des oben gemeinten Artikels ist ein Mann.

# Schwelbrand El Salvador

**Die Guerilla kann derzeit den Kampf nicht für sich, und damit im Sinne des Volkes entscheiden. Aber sie schlägt zu, wann sie will und wo sie will. Die USA kontrollieren mit ihren Überwachungsflugzeugen das Terrain, aber eine Invasion wagen sie nicht. Der Präsident Duarte schuf eine bürgerliche und regierungsfähige Mehrheit, das Militär bemüht sich um Kampfeslust und ein neues Image beim Volk, die faschistische Rechte gibt sich parlamentarisch. Wer hat denn da die Macht im Staate, fragt sich die Solidaritätsbewegung und ist rat- und tatlos.**

Im Herbst 1984 glaubte die US-Regierung, den Guerilla-Krieg in El Salvador bis 1986 beenden zu können. Dazu müßten von ihrer Seite die Bedingungen geschaffen werden, das hieß damals die Aufrechterhaltung der finanziellen Unterstützung des salvadorenischen Staates durch US-Wirtschafts- und Militärhilfe. Nun, nach fast einem Jahr, lebt die Guerilla immer noch.

### Guerilla-Krieg

Am 20. Juni erschoß ein Kommando der PRTC (1) in San Salvador vier Marines der dortigen US-Palastwache beim Kaffeetrinken. Ronald Reagan setzte 100.000 Dollar als Belohnung für Informationen über die Beteiligten des Guerillaangriffs aus und eine FBI-Einheit sollte vor Ort kriminalistische Unterstützung leisten. Das Generalkommando der FMLN erklärte daraufhin u.a., daß R. Reagan sich bitte nicht beschweren solle, da er bzw. jeder in El Salvador stationierte US-Soldat ein Teil der gegen das Volk kriegsführenden Partei sei. *„Der Krieg kann nicht mehr allein von den Armen geführt werden; ebenso unerträglich ist es, daß der Krieg nur auf dem Land und in den Dörfern stattfindet, während das Oberkommando, die Yankee-Berater und die Christdemokraten inmitten von Degeneration und Überfluß leben, in der Stille der Wohnviertel der Oligarchie, im scharfen Gegensatz zur Armut des Volkes, das unter den Bomben leidet."*

In der ersten Juli-Hälfte befreite die FMLN aus dem Hauptgefängnis des Landes — in der Nähe von San Salvador — 148 Gefangene. Im Juni drang eine Brigade der FMLN in Santa Ana ein und verdunkelte die Stadt. Der Angriff auf diese Stadt war deshalb so bemerkenswert, weil offiziell die Front der Guerilla hier als relativ schwach eingeschätzt wurde. Die Verluste der Armee bezifferte ein führendes Mitglied der FMLN für die Monate Januar und Februar diesen Jahres auf 800 Tote, Verletzte und Deserteure.

In ihrer Bilanz für das Jahr 1984 erklärte die FMLN, daß sie dem Regime über 5.000 Verluste zugefügt habe, wiederum Tote, Verletzte und Deserteure zusammengerechnet. Ein erheblicher Teil des Waffenarsenals der salvadorenischen Armee wurde zerstört, und im Oktober 84 mußte die Armee den Verlust ihres „hoffnungsvollsten" Oberkommandeurs Monterrosa hinnehmen. Dieser war mit seinem Hubschrauber in die Luft geflogen, als er unwissentlich eine Bombe beschlagnahmt hatte. Sowohl von der Guerilla als auch von der FDR, dem nichtmilitärischen Teil des Bündnisses FMLN/FDR, wurde das Jahr 1984 positiv abgeschlossen. Der Vorsitzende der FDR Ungo erklärte im Januar, daß die Guerilla sich in den vergangenen Jahren verfünffacht oder versechsfacht habe und heute ein Viertel des Landes kontrolliere. 15.000 Mann Verluste habe die FMLN der Armee in den letzten vier Jahren beigebracht, das entspricht einem Drittel ihrer heutigen Truppenstärke von 45.000 Soldaten. Daß die Guerilla trotz dieser Erfolge nicht in der Lage ist, die Entscheidung zu erzwingen, ist auf die massive US-Unterstützung zurückzuführen, die jeden Hubschrauber, der abgeschossen wird, in kürzester Zeit durch einen neuen ersetzt.



José Venturelli

Die Befreiungskräfte haben ihre Strategie in den vergangenen Monaten geändert und gingen dazu über, in kleinen Gruppen nach Guerilla-Taktik zu agieren. Während und kurz nach der Aufstandsphase in El Salvador vor fünf Jahren operierte die FMLN teilweise in Truppenstärke von 1.000 Frauen und Männern während einer Operation. In dem Maße, wie durch die US-Hilfe die Armee ausrüstungsmäßig und finanziell am Leben gehalten wurde, mußte die FMLN erkennen, daß diese Strategie zu einem Verlust an eigenen Kräften führte, der in keinem Verhältnis zum Ergebnis stand. Desweiteren mußte die FMLN erkennen, daß die Kräfte um Duarte und die Oligarchie mittels einer brutalen Repression in der Lage waren, den Widerstand in den urbanen Regionen des Landes zu brechen. In den vergangenen fünf Jahren starben mehr als 50.000 Menschen im Bürgerkrieg, übertragen auf die Verhältnisse in der BRD hätte dies eine Zahl von über 600.000 Toten bedeutet. Deshalb ist der militärische Widerstand im vergangenen Jahr zum Guerilla-Kampf übergegangen. Grundlage dafür ist die Einschätzung, daß die FMLN einen langandauernden Zermürbungskrieg führen muß; Ziele in diesem Krieg sind die wirtschaftlichen Einrichtungen der Oligarchie und des Bürgertums um Duarte, die staatliche Infrastruktur der Städte, Angriffe auf das Militär und die US-Berater. Im März erklärte dazu der Comandante Villalobos (2): *„Alle Machtdemonstrationen, die die Armee in den letzten Tagen ausgeführt hat, sind Verzweiflungstaten, um kurzfristig einen Sieg davonzutragen. ... Wir fragen uns: Wie wird es in drei oder vier Jahren, wenn die Ebene, auf der Krieg geführt wird, noch zugenommen haben wird, innerhalb der Armee aussehen? Wenn die politische Krise noch tiefer sein wird, wenn die Wirtschaftskrise drei- oder viermal schlimmer sein wird ... Wird in dieser Situation die Armee noch in der Lage sein, alles das überhaupt einzusetzen, was sie im Rahmen der US-Unterstützung erhält. Wird es den Yankees möglich sein, diese Unterstützung aufrechtzuerhalten?"*

*„Diese Tatsachen könnten sie sogar zu einer direkten Intervention von Yankee-Truppen bewegen. Auf diese Truppen sind wir vorbereitet, und wir glauben, wir müssen den Krieg auf die beschriebene Weise führen."*

### ... und Bombenterror

Diese Phase des Krieges in El Salvador wird von der FMLN mit der Phase des Vietnam-Krieges verglichen, als die USA dazu übergingen, eigene Truppen in Vietnam einzusetzen. Offiziell haben die USA ca. 60 Militärpersonen als Berater und Ausbilder im Land. Über die Luftaufklärung und Koordinierung des Krieges von Honduras aus greifen die USA selbst in den Krieg ein.

In den letzten beiden Jahren ist das salvadorenische Militär dazu übergegangen, die von der Guerilla kontrollierten Gebiete durch Bombardierungen und gezielte Truppenvorstöße zu entvölkern. Rund ein Fünftel der Bevölkerung El Salvadors ist auf der Flucht oder lebt in Flüchtlingslagern im benachbarten Honduras; das Ziel dieser Politik ist klar: *„Die Armee hat es (...) geschafft, die soziale Basis der Guerilla in den kontrollierten Zonen drastisch zu dezimieren. Geisterdörfer wie Torola, Arambala, San Fernando, Perquin sind stumme Zeugen der brutalen Strategie der verbrannten Erde. In einem einst wirtschaftlich regen Bauerndorf von 5.000 Einwohnern wie Torola trafen wir noch eine Hand voll alter Leute, die zwischen den Trümmern leben."*(3)

Trotz aller Versuche, der Armee ein „humaneres" Image zu verleihen ist die Armee auf dem Land für jeden unmittelbar erfahrbar eine feindliche Macht. Auch die logistische Unterstützung durch die USA verhindert nicht, wie am Beispiel des Angriffs auf die Stadt Santa Ana deutlich wurde, daß die Armee durch die Guerilla getroffen werden kann. Der Angriff auf Santa Ana vollzog sich für die Armee total überraschend. Und dies war nur möglich durch die direkte Unterstützung durch die Bevölkerung, die durch die neuen Taktiken der Armee terrorisiert wird. Der Mangel an Motivation, die strategisch wichtigen Punkte von Santa Ana zu verteidigen, war nur zu deutlich. In den Tagen nach diesem Angriff äußerten verschiedene verwundete Soldaten ihre Angst, daß sie nirgendwo auf dem Lande vor der Guerilla sicher seien. *„Nirgendwo gibt es Sicherheit"*, sagte einer der Soldaten. *„Die muchachos sind überall. Ich wünschte, die Regierung würde wieder anfangen, mit ihnen zu reden. Das ist der einzige Weg wie es jemals aufhören wird."* (4)

### Dialog und Wahlen

Die wichtigste politische Entwicklung der letzten Jahre war für die Menschen in El Salvador der Beginn der Verhandlungen zwischen der FMLN/FDR und der Regierung Duarte. Mitte Oktober 1984 und Ende November des gleichen Jahres trafen sich Delegatio-

Fortsetzung nächste Seite

## Leserbrief zu: »Der Kampf um die Zunkunft ...«

# Lieber bumsen im Dunklen als schreiben im Dunklen

Vorweg: Ich finde den Artikel insgesamt ziemlich gut, weil das Leben, die gegenwärtigen Probleme dort und ihre Wurzeln beschrieben werden, weil die Bedeutung unseres Engagements dargelegt wird, ohne Illusionen zu schüren und gleichzeitig Hoffnungen zu ersticken. Dennoch, lieber D., sind Dir m. E. Fehler unterlaufen, die ich ungerne einfach schlucken möchte, obwohl ich mich, da ich im Norden Nicaraguas, in „Las Segovias", arbeite, mit den besonderen Problemen in der von Dir beschriebenen Gegend nicht auskenne.

Schockiert hat mich regelrecht Dein Ausspruch, daß nach Sonnenuntergang beim spärlichen Licht aus Petroleumlampen *„die Menschen früh ins Bett gehen und das Bumsen die einzige Freizeitbeschäftigung ist."* Ohne die Situation der Frauen auf dem Land — und hier im Norden geht's auch früh ins Bett, meist jedoch nicht wegen des Lichts oder des Bumsens, sondern des frühen Aufstehens wegen — glorifizieren zu wollen, meine ich jedoch, daß sich in Deiner Äußerung eine gehörige Portion Rassismus versteckt. Fehlt nur noch die Forderung nach einer (von wem?) verordneten Geburtenkontrolle. Das es sich nicht um einen Ausrutscher handelt, beweist Du selber im selben Abschnitt: *„Die Frente geht dabei weniger von den Rechten der Frau aus als von der Situation, daß das Land total unterbevölkert ist und ohne ein Bevölkerungswachstum eine wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich ist."* Es ist zwar als ehrenhaft anzurechnen, daß Du Dich auf die Seite der Frauen schlägst, allerdings finde ich es nicht so amüsant, zu diesem Zweck die Politik der Frente in ihr Gegenteil zu verzerren. Sicher, es fehlen (männliche!) Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, nur, dadurch, daß es jetzt und in naher Zukunft mehr Kinder gibt, dadurch hat das Land weder mehr Soldaten noch mehr Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, sondern das Problem der Versorgung verschärft sich dadurch noch. Da das selbst den dauerbumsenden Nicas klar ist, versuchen sie, durch strukturelle Veränderungen in der Landwirtschaftproduktion ihre Probleme anzugehen, ihrer Haltung zur Verhütung und zur Abtreibung liegen völlig andere Erwägungen zugrunde.Solltest Du mich, der hier als sterilisierter Mann in der Reforma Agraria arbeitet, eines Besseren belehren können, ich würde wohl schnell meine Koffer packen.

Fazit: Ich weiß nicht, ob und mit wem vom Frente Du dich über diese „Bevölkerungspolitik" unterhalten hast, m. E. sieht der Frente jedoch gerade das Bevölkerungswachstum als Problem, wenn auch nicht aus so ehrenhaften Motiven wie Du, sondern nur aus Gründen der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung, Wohnraum etc.. Daß die Rechte der Frau auch in Nicaragua nicht immer den ihnen gebührenden Platz einnehmen, will auch ich nicht bestreiten, nur ob Dein Artikel ihnen nutzt.

**Br.**

nen der beiden Seiten. Die FDR /FMLN präsentierte einen 29-Punkte Katalog, in dem sie u.a. die Aufklärung und Verurteilung der Verantwortlichen für die Morde an Erzbischof Romero, den vier US-amerikanischen Nonnen und den Exekutivkomitee-Mitgliedern der FDR forderten. Desweiteren forderten sie eine 50%ige Lohnerhöhung für die Arbeiter verschiedener Wirtschaftsbereiche, die Beendigung der Bombardements, Freilassung der politischen Gefangenen, freien Zugang zu den Medien und den Abzug der US-Militärberater. Duarte kündigte eine umfassende und uneingeschränkte Amnestie an, die bis heute nicht verwirklicht ist. Für das Volk war diese Verhandlungsrunde ein Grund zu feiern.

Für dieses Treffen hatte Duarte ausdrücklich die Billigung der US-Regierung. Im Lager der Oligarchie El Salvadors, die im wesentlichen die rechtsradikale Strömung des politschen Spektrums bildet, gab man sich abwartend. In der Zeit zwischen den beiden Verhandlungsrunden demonstrierten an einem Tag 5.000 Menschen in San Salvador mit einem „Marsch für den



Frieden". Unmittelbar nach der ersten Verhandlungsrunde gingen die Bom-

Frieden". Unmittelbar nach der ersten Verhandlungsrunde gingen die Bombardierungen der von der Guerilla kontrollierten Zonen unvermindert weiter.

In der Zwischenzeit äußern sich Vertreter der FDR/FMLN zum Dialog und betonen ihr ernsthaftes Interesse. Vertreter der FDR gehen sogar so weit, die Beteiligung an Wahlen in Aussicht zu stellen und einen einseitigen Waffenstillstand auszurufen.

An der zweiten Runde nimmt Duarte selber nicht mehr teil. Wie sich später herausstellte, hatte der einflußreiche Unternehmerverband ANEP sich gegen einen weiteren Dialog ausgesprochen, und die rechtsradikale ARENA-Partei setzte Duarte ebenfalls unter Druck. Auf diesem Treffen unterbreitete die Guerilla ihren Vorschlag der „Regierung der Breiten Beteiligung". Im großen und ganzen war dies ein Versuch, die reale Einbindung der FMLN/FDR in eine Machtkoalition mit Duarte anzustreben, allgemeine und freie Wahlen auszuschreiben und dem Volk freie und ungefährdete Bewegungsfreiheit zu ermöglichen. Duarte lehnt diesen Vorschlag ab, und in den kommenden Monaten werden verschiedene Anläufe der FMLN/FDR, in einen neuen Dialog zu treten, von Duarte ausweichend, aber in der Praxis hart zurückgewiesen. Die weiteren Monate zeigten auch, daß die USA mehr an einer militärischen Lösung der Situation in El Salvador interessiert waren.

Duarte seinerseits hatte nicht die geringsten Skrupel, die Hoffnungen des Volkes auf Frieden und Eindämmung des Terrors der Armee und der rechtsradikalen Strömungen weiterhin zu nähren. Und obwohl Duarte der FMLN/FDR klar gemacht hatte, daß für sie eine Beteiligung an den Wahlen nicht in Frage käme, es sei denn, sie legten die Waffen nieder, setzten zumindest Teile des Widerstands darauf, daß Duarte nach der Wahl Ende März 85 den Dialog fortsetzen würde. *„Alles deutet daraufhin, daß es nach den Wahlen ein drittes Treffen zwischen uns und der Regierung geben wird"*, erklärte ein Vertreter der Verhandlungskommission der FMLN zwei Wochen nach den Wahlen gegenüber der „Zeit" (12.4.85). *„Duarte muß dem Druck der Kirche und befreundeter Regierungen, von denen einige auch mit uns befreundet sind, Rechnung tragen."* In diesem Interview betonte der Vertreter der FMLN jedoch auch, *„daß die Reagan-Administration in El Salvador keine politische, sondern eine militärische Lösung sucht."* Zu Duarte selbst äußerte derselbe Vertreter der FMLN: *„Die Führung des Krieges hängt nicht von ihm ab. In El Salvador haben wir eine Regierung ohne Armee und eine Armee ohne Regierung. Wenn der Krieg nicht von Duarte abhängt, dann hängt auch der Frieden nicht von ihm ab."* Für die nächste Zukunft setzte augenscheinlich die FMLN erstens auf ihre militärische Stärke, die bedingte, daß jede Regierung El Salvadors mit ihnen verhandeln muß, soll es zu einer politischen Lösung kommen. Und zweitens hoffte die FMLN, daß — sollte sich Duarte zwischen einer durch die USA beschränkten Souveränität El Salvadors und der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Macht oder einem Bündnis mit der Opposition und dem Rauswurf der Yankees entscheiden müssen — Duarte hier als Salvadorianer handeln würde: „Unter uns Salvadorianern ist eine Lösung möglich"!

In ähnlicher Weise appellierte die FMLN/FDR in einem Kommunique zu den März-Wahlen an das Volk. Die

Frente bekräftigte ihren Willen, den bewaffneten Kampf fortzuführen und

Frente bekräftigte ihren Willen, den bewaffneten Kampf fortzuführen und gleichzeitig den Dialog weiterhin zu suchen. *„Die FMLN/FDR weiß, daß die Rettung des Vaterlandes aus dem zerstörerischen Strudel des aufgezwungenen Krieges eine tiefempfundene Sehnsucht der großen Mehrheit der salvadoreanischen Nation ist. Diese Sehnsucht geht quer durch die unterschiedlichsten Ideologien und wird geteilt von Millionen Patrioten verschiedener sozialer Klassen, die alle unser Vaterland unabhängig und frei sehen möchten. Wir sehen diese Sehnsüchte nicht als exclusive Angelegenheit unsererseits an und deshalb reichen wir unsere offene Hand jedem, egal welcher Ideologie und Klassenzugehörigkeit, der für diese edle und unverzichtbaren Ziele zu kämpfen bereit ist. Wir sind weiterhin für einen breiten Dialog, der einen möglichst großen Teil der organisierten und der individuellen Kräfte einbeziehen sollte, die diese Ziele verfolgen."* (5)

Duarte gewann die Wahlen — für alle Beobachter überraschend. Sogar die US-Regierung war mit dem Ergebnis zufrieden. Bisher hatte sie eine Situation bevorzugt, in der die extreme Rechte mit der ARENA-Partei unter der Führung d'Abuissons einen Teil der Legislative kontrolliert, während Duarte in den exekutiven Elementen des Staates agieren sollte. Durch diese Situation konnte Duarte als „moderate" Variante gegenüber dem Volk eine integrative Funktion erfüllen, gleichzeitig waren ihm aber bei der Politik gegenüber der Opposition nur beschränkte Freiheiten erlaubt. Letztendlich scheint der US-Regierung egal zu sein, wer dort unter ihnen die staatliche Kühlerfigur abgibt. Den USA geht es vornehmlich darum, daß von staatlicher Seite entschlossen der Widerstand bekämpft wird. Für die Diskussion in den USA selbst ist es sehr nützlich, wenn in El Salvador eine Situation hergestellt werden kann, die nicht durch eine ausufernde und blindwütige Liquidierung des Widerstandes gekennzeichnet ist. Da reicht es, wenn die Mordquote der Todesschwadronen auf zur Zeit 390 pro Monat reduziert wird, im Vergleich zur Zeit vor zwei Jahren, als monatlich über 2.000 Menschen getötet wurden.

Die Guerilla griff in den Wahlprozeß selbst nicht direkt ein. Von Wahlen in der gegenwärtigen Konstellation verspricht sich das Volk offensichtlich nicht viel. Insgesamt beteiligten sich an der März-Wahl nur 36% der Stimmberechtigten, und 12,5% der eingeschriebenen Wähler stimmten dazu noch mit ungültig oder enthielten sich. In absoluten Zahlen erhielt Duarte damit weniger Stimmen als in den Wahlen zuvor (mid 31/Juni 85).

Da sich an den politischen und sozialen Verhältnissen in diesem Land nichts geändert hat, liegen die Hoffnungen der Menschen in den Händen derjenigen, die für einen grundsätzlichen Wandel der Machtverhältnisse kämpfen. Die Existenz der Guerilla, ihre Überlebensmöglichkeit, die sie immer wieder unter Beweis stellt, sind ein konkreter Ausdruck und Beantwortung der Frage, wer in diesem Land die Sympathien des Volkes besitzt.

## Guerillakrieg und Solidarität — Feuer und Wasser der Soli-Szene?

Innerhalb von vier Jahren sank die Beteiligung an der Solidaritätsbewegung mit dem Kampf in El Salvador auf das Niveau eines durchschnittlichen Dritt-Welt-Landes hinab. Auch aus der Nicaragua-Solidarität ausgegrenzt fristet diese Solidarität mehr und mehr ein exotisches Dasein. Diese Entwicklung ist für die an diesem Land weiterhin Interessierten erstaunlich und peinlich berührend zugleich. Aber abseits aller internationalistischen Moral gibt es einsichtige rationale Gründe für eine solche Entwicklung.

Auch dieser Teil der Solidarität war ein Kind der Konjunktur der Kämpfe eines Volkes. Solange der Widerstand in El Salvador die Revolution in seinem Land auf die Tagesordnung setzen konnte, genoß dieser Kampf alle linke Sympathie. Der Gegner war klar: die USA und eine rechtsradikale Oligarchie. Die Form des Kampfes — bewaffnet aber nicht von einer Partei in bolschewistischer Manier gelenkt — machte es möglich, daß viele Menschen sich problemlos solidarisieren konnten. Dazu kam noch, daß äußerst brutale Repression, auch gerade gegen Vertreter der Kirche, für Menschen in der BRD eine schreiende Herausforderung war, so sehr, daß sich fortschrittliche Christen bis hin zur autonomen Szene unter einem Dach wiederfanden. Und solange Duarte von der sozialistischen Internationalen mehr geächtet als geachtet war, hatten hier auch die sozialdemokratischen Gruppierungen und Bündnisorganisationen keine Pro-

als geachtet war, hatten hier auch die

sozialdemokratischen Gruppierungen und Bündnisorganisationen keine Probleme. Nun nahm die Geschichte den Verlauf, den wir alle kennen.

Der Widerstand schaffte die Revolution nicht, sondern entwickelte sich sogar hin zu einer Gruppe von Menschen, die den Weg des Guerilla-Krieges wählten — für viele humanistisch/moralisch fühlende und denkende Menschen ein Problem, das ihnen den Zugang zur Solidarität verlegt. Duarte wurde anerkannter Staatsmann, auch von der sozialistischen Internationalen, der politische Öffnungsprozeß über Wahlen wurde dort favorisiert. Vielleicht wäre ja alles nicht so schlimm gekommen, hätte sich nicht eine so saubere Alternative wie die Nicaragua-Solidarität angeboten. Wer sich heute in der BRD für eine Solidarität mit dem Kampf in diesem Land El Salvador einsetzt, fällt fast automatisch — Kontaktschuld könnte man es nennen — unter die Unpopularität, die die FMLN/FDR erfährt. Solidaritätsarbeit ist allen konjunkturellen Attributen entschmückt, die z.B. gegenwärtig die Nicaragua-Solidarität genießt. Der El Salvador-Solidarität droht damit ein Erstickungstod, der heute fast jeden linksradikalen Politikansatz in dieser Republik erfaßt hat.

Im Laufe der letzten Monate ist jedoch eine Diskussion um die Soli-Arbeit für dieses Land entstanden, die versucht, sich dieser Konjunktur entgegenzustemmen. Wesentliches Charakteristikum dieser Diskussion ist, daß in unterschiedlicher Weise versucht wird, aus der Analyse der Situation in El Salvador eine Perspektive für die Soli-Arbeit in der BRD zu entwickeln. (6) Die gegenüber bisherigen Einschätzungen abweichenste Position vertritt der Aufsatz „No Future in El Salvador?". Ausgegangen wird hier von einem „politisch wie militärisch stabilen Regime" für die Zeit seit Anfang 1984. *„Seit 1982 jedoch (im Vergleich zur FMLN/FDR, Anm. AK) ist es das Regime, das mit Wahlen, Parlamentarismus und Reformen einer hauptsächlich nur noch militärisch starken FMLN entgegentritt und damit in die politische Offensive ging".* Die Politik der FMLN/FDR wird sodann an drei Punkten zentral kritisiert:

— *„Mit der Forderung nach Dialog und Verhandlungen hat sich die FMLN/FDR in Widersprüche verwickelt, aus denen sie nicht unbeschadet hervorgehen wird. Erstens will sie sich auf der einen Seite als Alternative zum Regime präsentieren, andererseits kann sie die Regierung jedoch nicht frontal angreifen, weil sie noch auf den fahrenden Zug aufspringen will: Machtbeteiligung und gemeinsame Wahlen."*

— *„Zweitens befindet sich die FMLN in dem Widerspruch, einerseits vorzugeben, für den ‚Frieden' einzutreten, andererseits aber zur Gewalt zu greifen, und dabei häufig gerade die zu treffen, die sie zu vertreten hofft: Busfahrer, Kleinbauern, die aufgrund der massiven Bombardements von ihren Äckern vertrieben werden, kleine Händler, usw."*

— *„Drittens fordert die FMLN von ihren Combatientes und von ihren Sympathisanten, daß sie ihr Leben für*

*die Revolution einsetzen, andererseits.*

*ihren Combatientes und von ihren Sympathisanten, daß sie ihr Leben für die Revolution einsetzen, andererseits aber nicht mehr den Sturz des Regime anzustreben, sondern den Dialog, ihre Beteiligung an gerade dem Staatsapparat, der unverändert seit Jahrzehnten mit Gewalt herrscht."*

Da der Autor dieses Aufsatzes eine Lösung durch Verhandlungen selbst ausschließt, bliebe an sich als konsequente Forderung an die Guerilla, die Waffen abzugeben. Dieser Aufsatz mogelt sich um die Bearbeitung des Problems herum, daß es nicht im Belieben der Guerilla steht, will sie in ihren Mitgliedern leben und als politischer Faktor existent bleiben, sich in dieser Form des Kampfes zu bewegen. Durch die Anpassung an die Lage, strategisch auf das Guerilla-Konzept zu bauen, hat die FMLN/FDR das ihre getan, was in ihrer Beeinflußbarkeit liegt. Wollte man etwas an der Position zum Dialog diskutieren, so ist das wesentliche Problem — falls es nicht bloße Agitation ist — der Glaube, Duarte könne nach dem Motto handeln: *„Ich kenne keine Linken und Rechten, ich kenne nur Salvadorener."* Gänzlich fragwürdig ist die Position, das Regime befände sich in einer gefestigten Position. Solange es in El Salvador zumindest ein militärisches Patt gibt, ist eine Regierung nicht alleiniger Herr der Lage ... Und sodann: In Vietnam hat die Befreiungsfront mehr als ein Dutzend Jahre mit den Yankees verhandelt, ohne daß ihre Kämpferinnen und Kämpfer irritiert waren. Daß Menschen in nennenswerter Weise aus der Guerilla „desertieren" ist als Argument neu, das sollte doch zumindest etwas belegt werden.

Trotz der Tatsache, daß die FMLN/FDR den Dialog mit dem Regime, dessen Vertreter nun mal Duarte war und ist, gesucht hat, bleibt: Der Widerspruch zwischen den Interessen des salvadorenischen Volkes und einer wie auch immer orientierten Bourgeoisie schlägt sich gegenwärtig in der Konfrontation zwischen FMLN/FDR und dem Duarte-Regime nieder. Die Unterstützung Duartes in der BRD bis in sozialdemokratische Kreise hinein macht es sehr unbequem, etwas für das salvadorenische Volk zu erreichen. Aber das ist das Problem einer Politik in der BRD, und dem gilt es, sich zu stellen.

**Imperialismus-Kommission**

**Anmerkungen/Quellen:**

1. Die PRTC (Revolutionäre Partei der Mittelamerikanischen Arbeiter) ist eine der fünf militärischen Organisationen, die in der FMLN vereinigt sind. 1979 trat die PRTC schon einmal in die internationale Öffentlichkeit, als sie zwei Manager einer us-amerikanischen Firma entführte und als Lösegeld den Abdruck einer Anzeige in der internationalen Presse einforderte (u.a. in der FAZ erschienen) mit dem Titel „An die Menschen der Welt".
2. Villalobos ist Comandante des ERP, einer weiteren Organisation der FMLN. Nach: Ides, 3.5.85
3. Aus: „Wir bereiten uns auf einen langen Krieg vor", siehe auch (6)
4. AfricAsie, August 1985
5. Ides, 26.4.85
6. „El Salvador: Krieg und Dialog", Edition Nahua, Wuppertal 85. Zwei Aufsätze: „Wir bereiten uns ..." auch erschienen in konkret, August 85; „Nicht nur ein Bürgerkrieg: Neue-

6. „El Salvador: Krieg und Dialog", Edition Nahua, Wuppertal 85. Zwei Aufsätze: „Wir bereiten uns ..." auch erschienen in konkret, August 85; „Nicht nur ein Bürgerkrieg: Neuere politische Tendenzen in El Salvador" (auch erschienen in iz3w 126).

„Fo Future in El Salvador", Paul Haru (mid) erschienen in ila-info Nr. 87.

„Die Lehren aus der Geschichte: El Salvador ist kein zweites Vietnam" G. Gottwald, Reader zum 1. Internationalismuskongreß der Grünen 1985.

Weitere Informationen sind der Reihe „Mittelamerika Informations Dienst" (mid), dem „ides" und der Tagespresse entnommen.

**Vielen Dank an ein widerspenstiges Komitee und hy. für Gedanken und Diskussionen.**

### Sri Lanka:
# Tamilische Guerilla erklärt Waffenstillstand für beendet

Die am 9.7. in Thimpu/Bhutan aufgenommenen Friedensverhandlungen zwischen Repräsentanten der tamilischen Guerilla und singhalesischen Regierungsvertretern sind gescheitert. Die an der zweiten Friedensverhandlungsrunde beteiligten tamilischen Befreiungsorganisationen verließen am Samstag den 17.8. die Verhandlungen und kündigten die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes an, nachdem am Vortag in der im Norden Sri Lankas gelegen Stadt Vavuniya mehr als hundert tamilische Zivilisten durch Angehörige der singhalesischen Besatzungsarmee ermordet worden waren.

Die Friedensverhandlungen kamen nur aufgrund erheblichen Druckes der indischen Zentralregierung auf beide Verhandlungsseiten zustande. Die indische Regierung hatte in den letzten Monaten mehrfach erklärt, daß sie kein Interesse an der Teilung der Insel und der Bildung eines unabhängigen Tamilenstaates habe. Während Rajiv Ghandi an der Befriedung der Unabhängigkeitsbestrebungen in den indischen Bundesstaaten Punjab und in Assam mittels einer Teilautonomielösungen bastelt, verfolgt die indische Regierung auch für Sri Lanka eine ähnliche Lösung. Die tamilische Guerilla reagierte recht lustlos auf die indischen Verhandlungsvorschläge, sie ist jedoch auch weiterhin auf die wohlwollende Duldung ihrer im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu liegenden Ausbildungslager und Organisationsstrukturen angewiesen.

Auch ein großer Teil der tamilischen Bevölkerung in Sri Lankas Nordosten reagierte ablehnend auf den Waffenstillstand. Am 18.6., dem Beginn der Waffenruhe, blieben Geschäfte und Schulen geschlossen, und mehrere tausend Menschen demonstrierten in der Bezirkshauptstadt Jaffna und der Hafenstadt Point Pedro gegen die Aufnahme von Verhandlungen, solange die singhalesische Zentralregierung nicht den Ausnahmezustand aussetzt und die politischen Gefangenen freiläßt.

Die singhalesische Zentralregierung behandelte die Verhandlungen als eine Farce. Staatschef Jayewardene schickte nicht einmal ein offizielles Regierungsmitglied nach Bhutan, sondern sandte seinen Bruder Hector. Und der konnte keine weitergehenden Vorschläge unterbreiten als jene hinlänglich bekannten Teilautonomievorschläge auf lokaler Ebene, wie sie in den jahrelangen 'Allparteienkonferenzen' bereits erfolglos verhandelt wurden.

So dienten Waffenruhe und Verhandlungen letztendlich nur der singhalesischen Zentralregierung dazu, eine Atempause für ihre im Nordosten der Insel stationierte, arg bedrängte Besatzungsarmee zu gewinnen. Sie nutzte den Verhandlungszeitraum für intensive Waffenkäufe in China, Pakistan und Südkorea. In der Tat hat sich das militärische Kräfteverhältnis in den letzten Monaten abermals zugunsten der tamilischen Befreiungsbewegung verbessert. Am 10. April diesen Jahres gelang es vier der größten und bis dato z.T. rivalisierenden Befreiungsorganisationen sich zu vereinigen. LTTE, TELO, EROS und ERPLF gründeten eine gemeinsame Befreiungsorganisation. Die durch die politische und militärische Koordination gewonnene Schlagkraft drückt sich auch in einer offensiveren Militärstrategie aus. Beschränkten sich die Aktionen der Guerilla längere Zeit darauf, Hinterhalte zu legen und Anschläge zu lancieren, so begeben sich die Guerillaeinheiten immer öfter in die direkte bewaffnete Auseinandersetzung mit Besatzungsarmee und Polizeikräften, indem sie Stationierungsorte und Kasernen direkt angreifen.

Nach den Stellungnahmen von Rajiv Ghandi gegen ein unabhängiges Tamil Eelam stellt sich heute die Frage, ob die tamilische Revolution nicht auch zusätzlich durch Indien bedroht ist, ob Indien einen möglichen Erfolg der tamilischen Befreiungsbewegung durch eine militärische Intervention zunichte machen würde.

**ma., Hamburg**

Bundeswehrplanung für die 90er Jahre:

# RÜSTUNG ZUM ANGRIFF IN DIE TIEFE

*„Eine Verstärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit — und damit der konventionellen Abschreckung — der NATO ist daher ein unausweichliches Gebot der Stunde. (...) Die gegenwärtig wohl größte Chance für die Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der NATO liegt (daher) in der Erweiterung des strategischen Ansatzes um die Option, den Gegner auch dort zu treffen, von wo sein Angriff gestartet, genährt und unterstützt wird."* (1)

**Dieser Aufforderung aus Wörners gemeinsam mit K. Würzbach (Kriegs-Staatssekretär) 1982 vorgelegter „Expertenstudie" zur konventionellen Aufrüstung wollen Bundeswehr und Bundesregierung mit der im Oktober '84 vom Kabinett gebilligten „Bundeswehrplanung für die 90er Jahre" nachkommen. Mit diesem auf (vorerst) rd. 240 Mrd. DM für die Jahre 1985 - 1997 projektierten und für BRD-Verhältnisse bisher einmalig gigantischen Programm werden Vorhaben ins Werk gesetzt, die im Rahmen des als FOFA („Follow-on-Forces-Attack")-Konzept von der NATO beschlossenen Rogers-Plans — an dessen Erarbeitung Wörner maßgeblich beteiligt war — die Voraussetzungen für den „Angriff in die Tiefe" auf dem „erweiterten Schlachtfeld" schaffen sollen (2).**

**Vorgaben**

Sämtliche Forderungen der Wörner-Würzbach-Studie haben in der einen oder anderen Form Eingang in die Planziele der Kabinettsvorlage gefunden. Dies sind insbesondere:
- Nutzung moderner Technologie, um u.a. die Fähigkeit zur Bekämpfung des Feindes in der Tiefe zu verbessern.
- Entwicklung moderner Gefechtsfeldüberwachungs- und Zielaufklärungssysteme.
- Einführung von moderner Streu- und Flächenmunition, von präzisionsgelenkten und selbstzielsuchenden „Abwehr"waffen und modernen verzugslosen Aufklärungs- und Führungssystemen.
- „Substantielle Verbesserungen" der Luft„verteidigung".

Hinzu kommen Maßnahmen für Marine, Logistik und Infrastruktur sowie Sanitätswesen.

Ein besonderer Schwerpunkt wurde auf den Bereich Forschung und Entwicklung gelegt, der damit einen Anteil von über 5% des „Verteidigungs"etats ausmacht (3).

Zeitlich gliedert sich die Planung in zwei Abschnitte: Während anfangs vor allem Beschaffungen der sog. Peripherie (Munition, Zusatzgeräte, u.a.) für die „Kampfwertsteigerung und Kampfwerterhaltung" der zweiten Waffengeneration (Leo II, Tornado, PAH 1, Fregatten der Bremen-Klasse etc.) im Vordergrund stehen, soll ab 1990 die Einführung der dritten Waffengeneration („Leo II", „Jäger 90", PAH 2, Fregatte F-124 u.a.) anlaufen.

**Konkrete Pläne**

Präzisionsgesteuerte Munition und „intelligente" Lenkgeschosse will die Bundeswehr in einem Wert von mindestens 17 Mrd. DM beschaffen. Hierunter fallen auch die Systeme für den Verschuß von (gelenkter und ungelenkter) Submunition, z.B. die „Mehrzweckwaffe MW1" für den Tornado mit bis zu 3,5 Tonnen verkleinerter Tochtermunition sowie das LRSOM (Luft-Luft-Rakete für Tornado) mit einer Reichweite bis zu 600 Kilometern (sog. „Abstandswaffe"). Weiterhin sollen neue Panzerabwehrraketen, der „Seezielflugkörper ANS 90" (4) sowie Kampfdrohnen (unbemannte Kleinstflugzeuge) u.a. angeschafft werden.

Im Bereich der Aufklärungs- und Führungssysteme, die eine zentrale Rolle für weitreichende offensive Kriegsführungskonzepte spielen, geht es um Ergänzung der bestehenden AWACS- und Mover-TR-1-Systeme durch eine ganze Anzahl weiterer elektronischer Steuereinrichtungen, u.a. auch hier Drohnen. Projektierte Gesamtkosten: über 7 Mrd. DM.

Für Logistik, Transport und Infrastruktur, zu denen Maßnahmen des noch bis 1993 laufenden NATO-Langzeitprogramms gehören, sind rd. 20 Mrd. DM veranschlagt, die neben der Anschaffung von Transportfahr- und -flugzeugen der Einrichtung von

Tochtermunition sowie das LRSOM (Luft-Luft-Rakete für Tornado) mit einer Reichweite bis zu 600 Kilometern (sog. „Abstandswaffe"). Weiterhin sollen neue Panzerabwehrraketen, der „Seezielflugkörper ANS 90" (4) sowie Kampfdrohnen (unbemannte Kleinstflugzeuge) u.a. angeschafft werden.

Im Bereich der Aufklärungs- und Führungssysteme, die eine zentrale Rolle für weitreichende offensive Kriegsführungskonzepte spielen, geht es um Ergänzung der bestehenden AWACS- und Mover-TR-1-Systeme durch eine ganze Anzahl weiterer elektronischer Steuereinrichtungen, u.a. auch hier Drohnen. Projektierte Gesamtkosten: über 7 Mrd. DM.

Für Logistik, Transport und Infrastruktur, zu denen Maßnahmen des noch bis 1993 laufenden NATO-Langzeitprogramms gehören, sind rd. 20 Mrd. DM veranschlagt, die neben der Anschaffung von Transportfahr- und -flugzeugen der Einrichtung von

15.000 zusätzlichen Wehrübungsplätzen bis zum Jahr 2000 dienen sollen.

**Neue Großprojekte**

Hier sollen nur kurz die wichtigsten Projekte vorgestellt werden:

— „Jäger 90", auf einen Stückpreis von 70 Mill. DM geplant. Davon sollten ursprünglich 250 Stück angeschafft werden, inzwischen ist nur noch von 200 bei gleichen Gesamtkosten (17,5 Mrd. DM) die Rede. Angestrebt wird ein Gemeinschaftsprojekt mit Briten, Franzosen, Italienern und Spaniern, wobei Frankreich und Spanien jedoch aus militärtechnischen und industriepolitischen Gründen auszusteigen scheinen (5). Als Aufgaben des Flugzeugs sind vorgesehen: Unterstützung der Luftabwehr und des Tornados bei seinen „Angriffen in die Tiefe".

— Modernisierung der Luftabwehr (Hawk-Raketen und Phantom-Jäger) für 4 Mrd. DM und Austausch der atomaren Nike-Herkules-Raketen durch die konventionellen Roland- und Patriot-Systeme für rd. 3 Mrd. DM. Die Patriot soll zur Anti-Raketen-Waffe weiterentwickelt werden (6). In den 90er Jahren soll auch Hawk durch ein neues „Mittleres Flugabwehrraketensystem" (Kostenpunkt: 7,5 Mrd. DM) ersetzt werden.

— Auswechslung von 65 Pershing-Ia-Raketen durch Pershing Ib für 1,125 Mrd. DM im ersten Schritt. Ein zweites Los für die restlichen Raketen soll folgen. Hierbei handelt es sich um eine reichweitenreduzierte Pershing II mit Atombewaffnung.

— Der „Mittlere Artillerie-Raketen-Werfer" (MARS/MLRS) mit einer Reichweite von 40 - 50 Kilometern und einer Bewaffnung von 2x6 Raketen (Bomblettmunitionsrakete mit 640 Bombletts oder Anti-Panzer-Minen-Rakete mit 28 Minen), abschießbar innerhalb einer Minute. Für 200 Exemplare mitsamt Bewaffnung will die Bundeswehr über 4 Mrd. DM ausgeben.

— „Leopard III", 1.800 Panzerkampfwagen 2000 (lt. „Blätter" 1200) für 10,25 Mrd. DM, zusätzlich fordert die Bundeswehr 250 Leo II zu den bereits 1.800 bis 1987 einzuführenden (7), und der Leo I sollen für 1,2 Mrd. DM „kampfwertgesteigert" werden. Weitere gepanzerte Kampfwagen für 13,75 Mrd. DM.

— Panzerabwehrhubschrauber 2, hiervon sind 212 Stück mit einem Gesamtpreis von 3,4 Mrd. DM vorgesehen.

— Bei den Kraftfahrzeugen sollen bis Ende der 80er Jahre 50.000 der Gewichtsklassen 2 und 5 Tonnen beschafft werden, zusätzlich Tankfahrzeuge und ab 1990 Folgebedarf für über 9 Mrd. DM.

— Die Marine erhält u.a. neue Kampfhubschrauber und U-Boot-Abwehr-Flugzeuge, modernere U-Boote, Fregatten und weitere kleinere Schiffe (Gesamtkosten ca. 13 Mrd. DM) (8).

**Personalplanung**

Weiterhin befaßt sich der Bundeswehr-Aufrüstungsplan mit der Struktur- und Personalplanung, aufbauend auf den Vorschlägen der Bundeswehrlangzeitkommission von 1982 (9): Ausgehend von der Notwendigkeit eines Friedensumfangs der Bundeswehr von 495.000 Soldaten bei nur noch geringfügigem Spielraum für weitere Kaderung rechnet der Kriegsminister aufgrund des Geburtenrückganges mit einem „Fehl" von ca. 100.000 Wehrpflichtigen bis zum Jahre 1994. Bis Ende der 90er Jahre wird gar eine Reduktion der Bundeswehr auf knapp 300.000 Mann vorhergesagt. Als Gegenmaßnahmen sind geplant:

— weitere „finanzielle Anreize" für Längerdiener, um ca. 15.000 Stellen zu besetzen;

— ab 1986: Erhöhung des Freiwilligen-Anteils von 10% auf 12,5% eines Geburtenjahrganges, Verlängerung der durchschnittlichen Verpflichtungszeit von 7,4 auf 8,8 Jahre mit dem Ziel, 27.000 Längerdiener zusätzlich zu gewinnen;

Fortsetzung nächste Seite



Mittlere Artillerie-Raketenwerfer MARS/MLRS (oben)
Leopard-Panzer (unten)



Mittlere Artillerie-Raketenwerfer MARS/MLRS (oben)
Leopard-Panzer (unten)



**Militärische Beschaffungen – Planung BRD, Stand 1.8.1984 in Mrd. DM**

| Kapitel | Bezeichnung | 1985-88 | ab 1989 |
|---|---|---|---|
| 1402 | Beschaffung, Ausr., Bekl. WHNS | 292,1 | 100 |
| 1408 | Beschaffung SanGerät | 228.0 | 532 |
| 1408 | Beschaffung Arznei | 245,0 | 526 |
| 1410 | Beschaffung Verpflegung Vorrat | 533,5 | 1.222 |
| 1410 | Beschaffung Ausst. f. Verpflegung | 1,2 | 2 |
| 1411 | Beschaffung Bekleidung | 1.618,9 | 3.299 |
| 1411 | Beschaffung Ausst. Bekleidung | 2,2 | 5 |
| 1413 | Beschaffung Pionier-Material | 227,5 | 562 |
| 1414 | Beschaffung Fernmeldeanlagen | 170,0 | 310 |
| 1414 | Beschaffung Fernmeldematerial | 4.527,2 | 10.974 |
| 1415 | Beschaffung Fahrzeuge (LKWs usw.) | 3.871,8 | 14.537 |
| 1415 | Beschaffung Kampffahrzeuge | 7.316,5 | 29.406 |
| 1415 | Beschaffung Munition einschl. Raketen und LFKs | 11.598,8 | 54.079 |
| 1415 | Beschaffung Feldzeugmaterial | 4.164,0 | 10.582 |
| 1416 | Beschaffung ABC-Schutzmaterial | 424,4 | 568 |
| 1417 | Beschaffung QM-Material | 403,9 | 869 |
| 1418 | Beschaffung Schiffe | 3.553,1 | 22.853 |
| 1419 | Beschaffung Flugzeuge | 2.572,6 | 36.321 |
| 1419 | Beschaffung Tornado | 10.430,0 | 1.021 |
| 1419 | Beschaffung Alpha Jet | 183,0 | --- |
| 1422 | Beschaffung Anteil AWACS | 31,0 | --- |
| | Summe | 52.394,7 | 187.774 |
| | Fernmeldeprogramm | + 21,0 | --- |
| | | 52.415,7 | 187.774 |

**Summe 1985-1997: 240.189.900.000 DM**

30. Geburtstag der Bundeswehr:

# 1000 Festlichkeiten der Militaristen!



30. Geburtstag der Bundeswehr:

1000 Festlichkeiten der Militaristen!



Gelöbnisfeier 6. Mai 1980 in Bremen

Anfang Mai wurden Feierlichkeiten aus Anlaß des 30. Jubiläums des NATO-Beitritts noch klein gehalten. Jetzt zum 30jährigen Bestehen der Bundeswehr (am 12.11.85) will die Bundeswehr gleich einen Rekord an Jubelfeiern aufstellen.

Die Bundespost druckt 30 Millionen „Eiserne Kreuze" auf Briefmarken, Springers Welt eine 100-Seiten-Beilage im Oktober. Ein Seminar mit 15 Chefredakteuren über 2 Tage soll diese entsprechend einstimmen. 11 Mio. DM werden für die Bundeswehrwerbung auf den Tisch gelegt.

*„Der Eifer der vom Minister angespornten Stäbe ist riesengroß: Mehr als 370 Feiern sollen im Herbst nach letzten Meldungen überall in der Republik stattfinden: 94 Gelöbnisse und Vereidigungen, unzählige ‚Tage der offenen Türen' mit Erbsensuppe und Waffenschau und mindestens 17mal der Große Zapfenstreich: ‚Wir beten an die Macht der Liebe - Helm ab - zum Gebet.'"* (Spiegel, 23.7.85).

Am 13.11. ist das gesamte Kabinett zu einem großen Gefechtsschießen mit scharfer Munition nach Bergen Hohne geladen; am 22. November gibt die Bundeswehr in der Beethovenhalle in Bonn ein großes Konzert und einen Appell zum Besten. Um den 12.11. herum sind die Länderchefs gefragt: In der Holstenhalle in Neumünster spricht Barschel zum Zapfenstreich, am 13.11. empfängt Dohnany die Bundeswehr im Rathaus, Strauß ist beim Zapfenstreich auf dem Königsplatz am 12.11. und Vogel spricht auf dem Hambacher Schloß. Just Mitten in der diesjährigen zentralen Friedenswoche der Friedensbewegung will die Bundeswehr auch in der Öffentlichkeit sich groß herausstellen. Immerhin wird man/frau sich erinnern, daß 1980/81 durch und nach den „Bremer Krawallen" der Bundeswehr doch ein wenig die Freude an solch öffentlichen Darstellungen vermasselt werden konnte ...

Die Bundeswehr will sich der Öffentlichkeit vorstellen als *„eine der besten Armeen der westlichen Welt"* und *„erzogen zur Härte und kriegsnah ausgebildet"*, wie es der Oberkommandierende ausdrückte (Spiegel, s.o.). Bekanntlich schießt und verteidigt die Bundeswehr unsere Sicherheit nur zurück, aber vorwärts dann bitteschön: So übt die Bundeswehr im Rahmen von 28 Herbstmanövern u.a. zwischen dem 12. und 21. September grenznah die Elbüberquerung — allerdings diesmal (noch) nicht nach Osten sondern von Nord nach Süd und umgekehrt (FAZ, 20.8.85).

Damit das alles noch besser wird, hat die Regierung einen Rüstungsplan für die Bundeswehr für die nächsten 12 Jahre verabschiedet, mit dem die „Vorneverteidigung", aber vor allem auch der Schlag in die Tiefe, gegen die 2. Angriffsstaffel des Gegners, wirkungsvoll verwirklicht werden kann. Dieser Plan wird die Rüstungskosten für die kommenden 12 Jahre wohl über eine Billion Mark (das sind 12 Nullen) hochschnellen lassen.

Wir bringen in diesem AK einen Artikel zur geplanten Bundeswehraufrüstung und eine Anzeige für eine Broschüre zur Bundeswehr, die die Göttinger KB-Gruppe aus bisherigen AK-Artikeln aus Anlaß der Bundeswehrfeierlichkeiten vertreibt. Darin wird auch eine Liste der bekanntgewordenen Bundeswehrfeierlichkeiten zur besseren Vorbereitung enthalten sein. Wir werden weiter dazu im AK berichten.

HH

Fortsetzung von vorheriger Seite

— dazu: bis 1991 Abbau des sog. „Verwendungsstaus", d.h. vorzeitiger Ruhestand für 1.500 Berufsoffiziere im Alter zwischen 45 und 53 Jahren mit entsprechender staatlicher Bezahlung (10) sowie Erhöhung des sog. „Kernbestandes" (11) von 84.000 auf 90.000 zwischen 1991 und 1995;

— für die Wehrdienstleistenden: ab 1989 (evtl. früher, 12) Änderung der Tauglichkeitskriterien (12.000), Reduzierung von Einberufungshindernissen (6.000), Verminderung der Freistellungsquote für Zivil- und Katastrophenschutz (9.000) sowie

— 1989 Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate (bringt 42.000 zusätzliche Soldaten) (13).

Es folgt die bereits erwähnte Erhöhung der Zahl der Wehrübungsplätze um 15.000 bis zum Jahr 2000 mit der Absicht, künftig häufigere und kürzere Wehrübungen durchzuführen (14).

In Planung ist ebenfalls — wenn auch von Kohl aus der offiziellen Vorlage verbannt — ab 1995 15-20.000 Frauen für den „freiwilligen Dienst für weibliche Soldaten" zu gewinnen (15).

**Kosten**

Vom Kriegsminister selber werden die Gesamtkosten der Bundeswehrplanung auf knapp 240 Mrd. DM veranschlagt, verteilt auf die Haushalte 1985 - 97. Daß dieser Betrag ausreicht, erscheint mehr als fraglich. Als Anschauungsbeispiel kann hier die „Kostenexplosion" beim Tornado dienen: Infolge Inflation, Folgekosten und „Nachbesserungen" stieg dessen Systempreis von 35 auf 105 Mrd. DM (16). Bei der großen Anzahl geplanter derartiger Projekte im Rahmen des neuen Programms ist somit eine massive Kostensteigerung zu erwarten, so daß M. Hennes (17) von einem Mindestsockel von 300 - 370 Mrd. DM ausgeht und die gesamten Militärausgaben der BRD für den projektierten Zeitraum auf über eine Billion DM schätzt.

**Angriff in die Tiefe!**

*„Ein erfolgreicher Kampf gegen die feindlichen Verbände in der Tiefe des Gefechtsfeldes setzt die Entwicklung moderner Gefechtsfeldüberwachungs- und Zielaufklärungssysteme voraus. Aber schon bevor dies zur Verfügung steht, sind entscheidende Verbesserungen möglich. Die Abriegelung des Gefechtsfeldes verlangt zunächst und vor allem die Bekämpfung fester Ziele ... Alle diese Ziele sind bereits heute bekannt und vermessen. Die taktischen Luftstreitkräfte der NATO reichen nicht aus ... auch noch die wirksame Bekämpfung dieser Ziele zu übernehmen. ... Demgegenüber steht ein ganzes Arsenal von unbemannten Plattformen zur Bekämpfung der oben genannten festen Ziele zur Verfügung ... außerdem bietet die neue Technologie moderne Submunition, mit der diese Ziele wirksam bekämpft werden können ... Wesentlicher Teil der Bekämpfung der Verbände zweiter und dritter Welle ist dabei die Lähmung des gegnerischen Führungssystems. Auch hierfür gibt es heute bereits Waffen, die sich auf Radio und Radarsender selbst einsteuern.*

*Noch auf absehbare Zeit kommt insbesondere im Kampf gegen die beweglichen Ziele im rückwärtigen Raum des sowjetischen Operationsgebietes den bemannten Kampfflugzeugen eine erhebliche Bedeutung zu. Neue Munitionsarten erlauben es hierbei erstmals, Einheiten und Verbände der sowjetischen Landstreitkräfte in ihrem Vormarsch wirksam zu verzögern. (...)*

*Der schnellen Niederringung der gegnerischen Luftüberlegenheit kommt in dem Konzept des extended-battlefield besondere Bedeutung zu. Aus der schnellen Abnutzung der eigenen Luftstreitkräfte könnte sich für die NATO am ehesten der Zwang zum Nuklearwaffeneinsatz ergeben. Die Bekämpfung der gegnerischen Luftwaffe kann nicht durch Luftverteidigungskräfte allein erfolgen. Sie setzt den Angriff auf die gegnerischen Luftbasen voraus ..."* (18)

**Antimilitarismus-Kommission KB/Göttingen**

Anmerkungen:

1) Wörner/Würzbach: Studie einer Expertengruppe zur Stärkung der konventionellen Verteidigung, dok. in: „Angriff als Verteidigung", Hrsg.: Die Grünen im Bundestag
2) vgl.: „Die 'konventionelle Option' der NATO — Ein Blitzkrieg wird vorbereitet" in AK 232
3) „Wehrtechnik" 7/85
4) Öffentlich bekannt geworden im Zusammenhang mit der Aufhebung des WEU-Produktionsverbotes für strategische Bomber und (Lenk-)Flugkörper großer Reichweite in der BRD
5) taz, 3.8.85
6) vgl.: „Defensivbewaffnung und Erstschlagsstrategie — z.B. Patriot" in AK 248
7) FAZ, 30.7.85
8) Ausführliche Tabellen finden sich in: „Vor einer neuen Aufrüstungswelle — Die BW-Planung für die 80er und 90er Jahre", Blätter für deutsche und internationale Politik 4/85
9) auszugsweise dok. in AK 229
10) FAZ, 9.2.85
11) Berufssoldaten, Offiziere auf Zeit, Zivilpersonal auf milit. Dienstposten und Offiziersanwärter mit Ausnahme der Reserveoffizieranwärter
12) lt. FR, 11.10.84
13) Wörners Versuch, die Wehrdienstverlängerung noch im Herbst '84 zu verabschieden, ist aus wahltaktischen Gründen auf nach der Bundestagswahl '87 verschoben worden (Spiegel, 1.10.84).
14) FR, 19.11.84
15) Spiegel, 22.10.84
16) Die Luftwaffe will inzwischen weitere 40 Tornados zu 3,7 Mrd. DM für taktische Aufklärung und als Abschirmung für die Tornado-Jagdbomber gegen elektronische Kampfführung erwerben (FAZ, 2.3.85).
17) Blätter ..., s. Anm. 8; zur Preisentwicklung folgende aktuelle Zahlen: Der Preis für die Patriot-Raketen ist bereits von 884.000 DM pro Stück auf 1,7 Mill. DM, der für die Abschußbatterien von 156 auf 193 Mill. DM gestiegen, ähnliches wiederfuhr den MARS-Raketen: Die M-77 sind um über 170 Mill. DM, die AT-2 um 83 Mill. DM, die Werfer um 108 Mill. DM teurer geworden; diverse Programme werden bereits gestreckt und gekürzt (alle Angaben aus: „Die konventionelle Aufrüstung für die 90er Jahre", Hrsg.: Annemarie Borgmann u.a.; hieraus stammen auch die nebenstehend abgedruckten Tabellen, enthält darüberhinaus eingehendere Analysen des Themenkomplexes ).
18) s. Anm. 1).

**Milliarden für die Bundeswehr**

Die wichtigsten Rüstungsbeschaffungsmaßnahmen für die 90er Jahre im Überblick (Stand: 1.8.1984)

| | Stück | Mrd. DM | |
|---|---|---|---|
| **1. Fahrzeuge, Panzer, Feldzeugmaterial** (im wesentlichen Einzelplan 14 15 des Bundeshaushaltes) | | | |
| Neues Fernmeldeverbindungssystem darunter 50.100 Funkgeräte | | 4,868 | |
| LKWs 2 und 5 Tonnen | 52.570 | 5,710 | (bis 1990) |
| KfZ-Folgebedarf ab 1990 | | 9,014 | (ab 1990) |
| Neuentwicklungen für Kampfwagen der 90er Jahre (z.B. Panzerhaubitze 155-1, Roland, Gepard usw.) | | 9,776 | (bis 1990) |
| Gepanzerte Kampfwagen 90 | 4.467 | 12,118 | (ab 1990) |
| Leopard 3 (Entwicklungsbeginn ungewiß) | 1.800 | 10,250 | |
| Panzerabwehrhubschrauber 2 (ohne jede Munition) | 212 | 2,300 | |
| Munition für 155mm und 203mm-Artillerie (u.a. SADARM) | 153.000 | 2,040 | |
| MARS-Raketenwerfer | 200 | 1,160 | |
| Luftflugkörper für MARS (M77 und AT 2) | 85.000 | 2,780 | (ab 1987) |
| LFK MARS, TGW | 20.000 | 5,300 | (ab 1995) |
| **2. Raketen und Flugzeuge** (Einzelpläne 14 15 und 14 18) | | | |
| System Patriot | 28 | 4,373 | |
| LFK für Patriot | 1.680 | 1,900 | |
| Pershing Ib 1. Los | 65 | 1,125 | |
| Jäger 90 nebst Takt. Aufklärungssystem | 250 | 20,300 | (ab 1995) |
| MPA 90 (ASW) | 18 | 2,585 | |
| FlaRakSystem MFS mit LFK | 43 | 6,300 | (ab 1996) |
| Mehrzweckwaffe 1 (für Tornado) | 1.250 | 3,100 | (ab 1985) |
| LFK PARS bis 4000 m | 60.850 | 5,050 | (ab 1993) |
| LRSOM-Raketen | 500 | 1,500 | |
| ASRAAM | 4.663 | 1,100 | |
| AMRAAM | 3.300 | 2,500 | |
| LFK 90 (ANS) (weitreichende Schiffsrak.) | ? | 2,772 | (geschätzt) |
| Drohnen (für Aufklärung, Luftkampf, Kleinzielortung) | ? | 2,420 | |
| **3. Marine** (hauptsächlich Einzelplan 14 19) | | | |
| Fregatte 90 | 6 | 4,380 | |
| U-Boot 211 | 24 | 7,200 | |
| Schnellbot 143 (A und Umbau) | je 10 | 1,822 | |
| Schnelles Minenkampfboot | 10 | 1,094 | |
| Marinehubschrauber | 60 | 2,400 | |

**SPD für strukturelle Nicht-Angriffsfähigkeit**

oder: Wie die SPD offensiven Kriegsführungskonzepten à la Rogers Plan und Airland Battle in den Arm fällt!

Vogel: Die Bundeswehrplanungen sind zu teuer und ohne ‚in sich geschlossene Konzeption'; die Notwendigkeit einer Wehrdienstverlängerung ist ‚nicht ausreichend begründet'; die Absicht, die Friedensstärke der Bundeswehr auf 495.000 festzuhalten, ist ‚illusorisch'; der „Jäger 90" ist nicht entwicklungsreif usw. (taz, 29.10.84).

Dem „Jäger 90" will die SPD nur zustimmen, wenn er als „Abfangjäger" und nicht als „Jagdbomber" gebaut wird — und das Raketensystem MARS ist ‚nicht eisenbahntransportfähig = zu hoch für Tunnel'! Lediglich bei den Pershing Ib scheint alles klar zu sein: Sie entsprechen nicht der Forderung des Parteitagsleitantrages nach „Übernahme der Abschreckungsaufgabe von nuklearen Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite durch moderne konventionelle Waffensysteme" (taz, 13.11.84).

Na denn: Vorwärts!

densstärke der Bundeswehr auf 495.000 festzuhalten, ist ‚illusorisch'; der „Jäger 90" ist nicht entwicklungsreif usw. (taz, 29.10.84).

Reichweite durch moderne konventionelle Waffensysteme" (taz, 13.11.84).

Na denn: Vorwärts!

## 30 Jahre Bundeswehr
## 30 Jahre NATO-Mitgliedschaft

30 Jahre Bundeswehr
30 Jahre NATO-Mitgliedschaft

### Seminar des KB in Baden-Württemberg

Nachdem jahrelang in der Friedensbewegung nur „die anderen" kritisiert wurden (wahlweise die USA oder gar „beide Supermächte"), bahnt sich hier langsam eine Änderung an.

Teile der Friedensbewegung beginnen, die NATO **insgesamt** und dabei insbesondere den eigenen Militarismus anzugreifen. Die Initiativen zum bundesdeutschen Rüstungsexport, zum geplanten Zivilschutzgesetz und gegen die Fraueneinbeziehung in die Armee sind Beispiele dafür. Aktionen gegen die Bundeswehr-Feierlichkeiten im Herbst 1985 könnten diese Tendenz verstärken und verallgemeinern.

Mit unseren Wochenendseminaren wollen wir fundierte Wissensvermittlung zum Thema NATO und Bundeswehr bieten, und gleichzeitig Handlungsstrategien der radikalen Linken in diesem Bereich diskutieren.

Das Seminar ist in 4 Punkte gegliedert:

**I. Die Bundeswehr — eine offensive Armee**
Die Gründung der Bundeswehr, von den USA aufgezwungen? — Offensivstrategien nicht erst seit „Airlandbattle"! — Bundeswehr und „Wiedervereinigung"

**II. Strategiediskussion in der NATO**
Die Glaubwürdigkeitskrise der NATO: Von deutschem Boden soll nie wieder ein VERLORENER Krieg ausgehen — aber wie geht das? — Widersprüche in der NATO: Atomoptimisten gegen Atompessimisten? — Wie friedfertig ist die SPD-Kritik an den USA? — Wann kann die NATO angreifen? — Wird der nächste Krieg ein konventioneller?

**III. Europäisierung der NATO**
Zerbricht die NATO? — Entsteht in Westeuropa eine neue Supermacht? — Kehrt Frankreich in die NATO zurück? — Wege und Optionen der „Europäisierung" der NATO — Warum wir für den NATO-Austritt der BRD eintreten.

**IV. Praktische Fragen**
Vorbereitung der Bundeswehr-Aktionen im Herbst 1985 und der Anti-NATO-Kampagne im nächsten Frühjahr.

Dieses Seminar findet 4 mal an verschiedenen Orten und an verschiedenen Wochenenden statt, **mit jeweils gleichem Inhalt**. Durch diese Auffächerung sollen mehr Leute die Möglichkeit zur Teilnahme haben.

Gearbeitet wird in **Kleingruppen**, die dem/r Einzelnen ein optimales Einbringen eigener Fragestellungen ermöglichen.

**Preis:** 30 - 40 DM (Übernachtung + Verpflegung), zuzüglich Vorbereitungsmaterialien (bei dringendem Bedarf auch billiger).

**Termine:** 28./29. September (Stuttgart/Tübingen)
5./ 6. Oktober (Mannheim/Heidelberg)
12./13. Oktober (Freiburg/Südbaden)
19./20. Oktober (Rheinland-Pfalz)

Kommunistischer Bund (KB)

**Anmeldung:** Entweder bei den örtlichen KB-Leuten, oder am besten zentral **über:** Buchladen Jos Fritz, c/o KB, Wilhelmstr. 15, 78 Freiburg

# Anti-Nato-Kongreß

**Im Frühjahr 1986 beabsichtigt der Trägerkreis der Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BUF) einen „Anti-NATO-Kongreß" durchzuführen. Eine Einladung zu einem ersten Vorbereitungstreffen und zur Gründung eines Trägerkreises ist bereits heraus. Dieses Treffen wird am 6. Oktober 85 in Frankfurt, Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12, 12 Uhr stattfinden.**

Während auch in großen Teilen der Friedensbewegung die Infragestellung der NATO immer noch einen Einbruch in ein gut gehütetes Heiligtum gleichkommt, verfolgen die Initiatoren des „Anti-NATO-Kongresses" das Ziel, dieses Tabu zu brechen. Sie sehen einen engen Zusammenhang zwischen der in der Friedensbewegung bis jetzt sabotierten Orientierungsdebatte und der bis heute ebenfalls unbeantworteten, nicht einmal ernsthaft gestellten „NATO-Frage". Der Kongreß soll das Versprechen einlösen, die allseits als notwendig befundene, bislang aber nicht angegangene Diskussion über das Verhältnis zu dem Kriegsbündnis NATO zu führen — nicht zuletzt, um daraus Schlüsse für die Perspektivdebatte der Friedensbewegung zu ziehen.

In Arbeitsgruppen sollen u.a. Themen wie:
- BRD als zentrales Aufmarschgebiet der NATO in Europa
- Aufrüstung der Bundeswehr zur „konventionellen Angriffsstreitkraft" der NATO
- Interesse und Rolle der BRD an der „Europäisierung Europas" — Rolle der verschiedenen Parteien (bes. SPD) dabei
- BRD und Atomwaffen, ist eine „Europäische Atomstreitmacht" eine reale Option?
- Rolle der BRD (und der Bundeswehr) im Rahmen der westeuropäischen und NATO-Kriegspolitik gegenüber der 3. Welt

diskutiert werden; Themen also, die sich mit dem Verhältnis BRD und NATO beschäftigen und in der Friedensbewegung bisher eher am Rande standen.

Als Trägerkreis eines solchen Kongresses käme etwa das politische Spektrum in Frage, daß auch die Demonstration und das Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel im vergangenen Mai organisiert hatte. Der Kongreß soll aber vor allem auch dem Zweck dienen, die Auseinandersetzung mit solchen Kräften und Positionen in der Friedensbewegung zu führen, die bisher noch die Ansicht vertreten, daß die NATO heute nicht auf die Tagesordnung gehöre und Abrüstung hierzulande besser durchzusetzen wäre, wenn der Status Quo der BRD-Mitgliedschaft im imperialistischen Bündnis erst einmal unangetastet bleibt. Die Kongreß-Initiatoren vertreten demgegenüber die Ansicht, daß eine Infragestellung der NATO beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis die unabdingbare Voraussetzung jedes wirklichen Abrüstungsschrittes ist. Diese Diskussion, mit der SPD auf der einen und Anti-NATO-Kräften auf der anderen Seite wird sicherlich einen wichtigen Stellenwert haben.

Schon jetzt sollte diese Diskussion in den verschiedenen Medien, auf Veranstaltungen und bei anderen Gelegenheiten in der Friedensbewegung geführt werden, regt der BUF-Trägerkreis in seiner Einladung an. Dazu könnte ja auch die Informationswoche der Friedensbewegung im November Gelegenheit bieten. Im Vorfeld des Kongresses ist daran gedacht, Gäste aus Spanien, Irland, Griechenland u.ä. einzuladen, um mit ihnen Veranstaltungen in verschiedenen Städten zu organisieren, wo sie aus den Erfahrungen der Anti-NATO-Bewegungen ihrer Länder berichten könnten. In der spanischen Friedensbewegung ist ja bekanntlich das Thema NATO aus aktuellem Anlaß ein ganz zentrales und von einiger Brisanz auch gegenüber der sozialistischen Regierung. Ein Anti-NATO-Kongreß im nächsten Frühjahr könnte vielleicht auch in diesem Land ein paar Denkanstöße geben.

**Th., Bonn**

**Wir übernehmen den folgenden Artikel mit freundlicher Genehmigung des Autors, Günter Neuberger, aus der Null-Nummer der Zeitschrift „Geheim" (Postf. 27 03 24, 5000 Köln 1). „Geheim", die sich ähnliche Aufgaben stellt wie etwa „Counterspy" oder „CovertAction", wird vom Herbst dieses Jahres an regulär erscheinen.**

# Operation KAL 007

## Die Militarisierung des Weltraums und ihre ersten Opfer

**Vor zwei Jahren, am 1. September 1983, stürzte der südkoreanische Jumbo-Jet KAL 007, getroffen von einer sowjetischen Luft-Luft-Rakete, mit 269 Insassen ins Japanische Meer. Nach allem, was wir heute wissen, war die Verletzung des sowjetischen Luftraums durch KAL 007 kein „Irrflug", sondern ein entscheidendes Element in einer vom Weltraum aus durchgeführten Spionageoperation großen Zuschnitts.**

Am 10. April 1984 sendete das Fernsehmagazin *Panorama* ein Interview mit Rudolf Braunburg, ehemals Lufthansa-Kapitän.

„Nach allem, was inzwischen an Tatsachen bekannt geworden ist"

so Braunburg im Laufe des Interviews,

„bleibt eigentlich nur die einzige Erklärung, daß dieser Zwischenfall bewußt provoziert worden ist. Man kann ein Abwehrsystem eigentlich nur noch durch einen solchen Fall testen. Aufklärungssatelliten zum Beispiel haben eine ganz andere Aufgabe. Hier geht es darum, die akute, aktuelle Verteidigungsmöglichkeit, Verteidigungsbereitschaft eines anderen Landes im Falle einer Luftraumverletzung zu testen, und dazu ist dieser Fall meiner Meinung nach zumindest geduldet, wahrscheinlich provoziert worden."

Demnach hätte sich KAL 007 — allen gegenteiligen Behauptungen der Fluggesellschaft, der südkoreanischen und der US-Regierung zum Trotz — tatsächlich auf einer Spionagemission befunden, und die Kursabweichung der Maschine wäre nicht, wie vielfach angenommen durch einen Navigationsfehler oder menschliches Versagen zustandegekommen.

### Piloten im Tiefschlaf?

Als der KAL-Jumbo gut 100 Kilometer nördlich von Hokkaido ins Japanische Meer stürzte, befand er sich 500 Kilo-

Als der KAL-Jumbo gut 100 Kilometer nördlich von Hokkaido ins Japanische Meer stürzte, befand er sich 500 Kilometer westlich der vorgeschriebenen Flugroute. Das Luftverteidigungs-Radar in Anchorage stellte fest, daß die Maschine schon kurz nach dem Start auf falschem Kurs flog. Über der Halbinsel Kamtschatka drang der Jumbo zunächst unbehelligt in sowjetischen Luftraum ein, verließ ihn wieder, um das Ochotskische Meer zu überfliegen, und geriet über Sachalin erneut in sowjetischen Luftraum. Kurz vor Verlassen des sowjetischen Luftraums erfolgte der Abschuß durch einen Abfangjäger vom Typ SU-15.

Im Navigationsbereich des Korea-Jumbos lagen die vier wichtigsten Stützpunkte der Sowjetflotte:
— Petropawlowsk, die auf der Südspitze Kamtschatkas gelegene Hauptbasis der 7. Sowjet-Flotte;
— Sowjetskaja Gawan, ein wichtiger Festlandshafen für U-Boote und kleinere Kriegsschiffe;
— Korsakow, ursprünglich nur ein kleiner Hafen auf Sachalin, inzwischen einer der wichtigsten Stützpunkte in dieser Region;
— Wladiwostok ... mit riesigen Bau- und Reparaturwerften, Kais und Versorgungsanlagen ... „Herz" der Pazifikflotte. Zeitweilig muß die Stadt genau auf dem Kurs des koreanischen Jumbos gelegen haben. (1)

Rudolf Braunburg hält eine unbeabsichtigte Kursabweichung dieses Ausmaßes für ziemlich ausgeschlossen, weil folgende Faktoren gleichzeitig hätten zusammentreffen müssen:

a) Ein außergewöhnlich starker Südwind, der das Flugzeug nach Norden versetzt hätte...
b) Totales Versagen aller drei, unabhängig voneinander arbeitenden Navigationssysteme oder falsche Zahleneingabe.
c) Eine Dreimann-Cockpit-Crew, die gemeinsam in Tiefschlaf fällt und die Fehlnavigation, die sich auch mit anderen Hilfsmitteln leicht feststellen läßt, nicht registriert. (2)

Zu a):

„Laut Wetterkarte wehte der Wind ablandig, d.h. er hätte den Flug 007 in Richtung Pazifik geblasen." (3)

Zu b): Das boden- und wetterunabhängige Trägheits-Navigationssystem INS (*Inertial Navigation System*) ist an Bord ziviler Verkehrsflugzeuge gleich dreifach vorhanden. Die Systeme arbeiten unabhängig voneinander und sind unabhängig voneinander programmierbar. Laut Rudolf Braunburg wird

„die fehlerfreie Zahleneingabe (in das INS-System)...durch den Copiloten und, solange er noch an Bord sein darf, den Flugingenieur laufend überprüft". (4)

Eine durchgängige Falschprogrammierung ist daher äußerst unwahrscheinlich — es sei denn, sie würde absichtlich vorgenommen.
Zu c)

„Piloten werden nicht dafür bezahlt, daß sie untätig auf ihren Sitzen ruhen, während die Automatik das Flugzeug steuert. Ihre Aufgabe ist es, regelmäßig den Standort festzustellen."

So die bündige Feststellung in *Der Flugleiter (5)*, Zeitschrift des Verbandes deutscher Flugleiter e.V. Das Blatt gibt auch Auskunft darüber, wie KAL 007 auch bei dem — höchst unwahrscheinlichen — Ausfall aller drei INS-Systeme die Kursabweichung hätte ermitteln können:

„Auf der Insel Shemya befindet sich eine militärische Radarstation der USA, mit der Piloten auf VHF (UKW-Sprechfunk) sprechen können. Von dort ist also jederzeit Beistand zu erhalten. Zudem besteht die Möglichkeit bei Verdacht des Verfliegens, eine Peilung im Kurzwellenbereich anzufordern." (6)

Gute Orientierungsmöglichkeiten bietet auch

„das Bordradar, dessen Antenne nach unten gekippt werden kann (tilt-down) und das in dieser Stellung 'mapping' ein ausgezeichnetes Bild von Küstenlinien gibt". (7)

Die KAL-Besatzung hätte so feststellen müssen, daß sie sich über Land und nicht über dem offenen Pazifik befand.
Braunburg, der die Nordpazifik-Route selbst geflogen ist, gibt eine weitere herkömmliche Navigationsmöglichkeit:

„Auf Kamtschatka ... gibt es eine Fülle von Funkfeuern, die nach der guten alten Art der Radiokompaß-Navigation angepeilt werden können." (8)

„Auf Kamtschatka ... gibt es eine Fülle von Funkfeuern, die nach der guten alten Art der Radiokompaß-Navigation angepeilt werden können." (8)

Sich auch nur beim leisesten Zweifel über die Korrektheit des Kurses zumindest einer dieser Methoden zu bedienen, hätte Flugkapitän Chung Byung In hinreichend Grund gehabt: die korrekte Luftstraße, die ihn von Anchorage nach Seoul hätte führen sollen, nähert sich bis auf 30 Kilometer sowjetischem Hoheitsgebiet, das auf den gebräuchlichen Flugrouten-Karten unmißverständlich als militärisches Sperrgebiet gekennzeichnet ist.

Das Luftfahrthandbuch der UdSSR erklärt das gesamte sowjetische Territorium zum verbotenen Gebiet für ausländische Flugzeuge und verweigert ausdrücklich Garantien für deren Sicherheit im Falle einer Luftraumverletzung. Von einem „automatischen" Abschuß „ohne Vorwarnung" ist indessen nirgends die Rede:

Auf Seite GEN 1-7 (des sowjetischen Luftfahrthandbuchs) wird darauf hingewiesen, was dem Piloten blüht, wenn er die Regeln verletzt hat ... Es wird auf eine nicht näher definierte Bestrafung hingewiesen oder eine Geldstrafe von 100 Rubeln verhängt ... Der KE (KAL- Anm.d.Verf.) 007-Pilot wäre also nach erzwungener Landung verurteilt worden. Von Zuständen, wie sie einige westliche Journalisten der Masse suggerieren wollten, daß über der UdSSR gleich jeder abgeschossen wird, der vom Wege abkommt, kann also nicht die Rede sein. (9)

### Die offenen Fragen

Die insgesamt zehn sowjetischen Abfangjäger, die den koreanischen Jumbo durch den Luftraum der UdSSR eskortierten, haben sowohl über Funk als auch durch international festgelegte optische Signale (Flügelrütteln und Ausfahren des Fahrwerks, Scheinwerferblinken, Abfeuern von Leuchtspurmunition parallel zur Flugrichtung) KAL 007 zur Landung auf einem sowjetischen Flughafen aufgefordert. Kapitän Chung Byung In, mit insgesamt 10627 Flugstunden ein erfahrener Flugzeugführer, wußte diese Signale mit Sicherheit zu deuten; er hätte ebenfalls wissen müssen, daß ein Nichtbefolgen das auslösen würde, was dann schließlich eingetreten ist: den Abschuß und den Tod aller Flugzeuginsassen. Warum also versuchte er in internationalen Luftraum über dem Japanischen Meer zu entkommen?

Es kann heute mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden, daß KAL 007 „irrtümlich" vom Kurs abgekommen ist. Wer, so ist zu fragen, hat die INS-Systeme mit den falschen Flugdaten grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden, daß KAL 007 „irrtümlich" vom Kurs abgekommen ist. Wer, so ist zu fragen, hat die INS-Systeme mit den falschen Flugdaten gefüttert? War es die Besatzung selbst? Waren es andere Personen, die dies mit Wissen der Besatzung getan haben? Oder ist das Navigationssystem ohne Wissen der Besatzung manipuliert worden?

Die Besatzung der Maschine bestand aus insgesamt 29 Personen. Das sind 12 Besatzungsmitglieder mehr als sich normalerweise an Bord einer Boeing 747 der Lufthansa befinden. (10) Was war der Grund für diese ungewöhnliche Zahl von Flugbegleitern? Warum, so ist weiter zu fragen, gab die Fulggesellschaft die Namen des Piloten, des Kopiloten sowie der 240 ums Leben gekommenen Passagiere bekannt, nicht aber die Namen der verbleibenden 27 Besatzungsmitglieder? Muß man befürchten, daß die Bekanntgabe der Namen den Schlüssel zur Beantwortung der nach wie vor offenen Fragen liefern würde?

### Zivilluftfahrt und Spionage

Der koreanische Jumbo war nicht das erste Zivilflugzeug, das durch Abschuß vom Himmel geholt wurde — aber es war das erste, das Opfer einer sowjetischen Rakete wurde. Braunburg gibt die Zahl der seit 1947 abgeschossenen Zivilflugzeuge mit insgesamt 32 an, wovon allen zwei Abschüsse auf das Konto der israelischen Luftwaffe gehen. (11) Der nahezu einhellige Aufschrei der Empörung, der nach dem Abschuß des Korea-Jumbos durch die westlichen Medien ging, war in allen anderen Fällen ausgeblieben.

Trotz der überschäumenden Emotionen wurden schon bald vereinzelte Vermutungen laut, das abgeschossene Flugzeug habe einen Spionageauftrag gehabt. Der Mißbrauch der Zivilluftfahrt für derartige Zwecke muß leider als Routine bezeichnet werden. So meldete das Pariser Blatt *Liberation* am 5. September 1983, Air France-Flugzeuge hätten auf ihren Linienflügen Paris-Moskau im Auftrag der USA Luftaufnahmen von sowjetischen Militäreinrichtungen gemacht und seien zu diesem Zweck wenn nötig vom vorgeschriebenen Kurs abgewichen. (12) Brauburg berichtet von namentlich nicht genannten fernöstlichen Fluggesellschaften, die

„von den Fliegern intern als ‚CIA-Airlines' bezeichnet" (13)

werden ...

### Der „Minenhund" und das „Frettchen"

Der „Minenhund" und das „Frettchen"

Erst drei Wochen nach dem Abschuß, am 20. September 1983, erschien im sowjetischen Parteiblatt *Prawda* ein ausführlicher Artikel, worin die USA beschuldigt wurden, den KAL-Jumbo als eine Art Minenhund im Rahmen einer großangelegten elektronischen Spionageoperation benutzt zu haben. Die Maschine sei, so die *Prawda*, vorsätzlich in sowjetischen Luftraum eingedrungen und habe so die sowjetischen Frühwarn- und Leitsysteme aktiviert. Die elektronischen Signale dieser Systeme seien von einem amerikanischen Ferret (Frettchen; Anm. d. Verf.) -D-Satelliten aufgefangen worden, der das fragliche Gebiet zur selben Zeit dreimal überflogen habe. Diese Darstellung wird durch das in London erscheinende Fachblatt *Defence Attaché* (14) bestätigt. Als Verfasser des Artikels „Reassessing the Sakhalin Incident" zeichnet ein gewisser P.Q. Mann, laut *Newsweek"* (15) ein Mann aus der britischen Rüstungsindustrie, der dieses Pseudonym gewählt hat.

Welchen Wert elektronische Aufklärung (ELINT — *electronic intelligence)* durch Ferret-Satelliten für die Militärplaner hat, belegt P.Q. Mann durch zwei Zitate aus einschlägigen Fachpublikationen. In *Spaceflight* vom 7. Juli 1978 heißt es:

Es ist ihre Aufgabe, Radio- und Radarausstrahlungen zu empfangen und aufzuzeichnen, während sie sich über fremdem Territorium befinden, und sie später zu Analysezwecken an Bodenstationen zu überspielen. So ist es möglich, das gegnerische Flugzeug- und Raketen-Abwehrradar zu orten, eine Reihe von Schlüssen über ihre Eigentümlichkeiten und Wirkungsweise zu ziehen und die Kommunikation des Militärs und der Regierungsstellen abzuhören...Dieses Wissen gibt einen tiefen Einblick in die offensive und defensive Bedrohung, die von der Gegenseite ausgeht, und ihre Strategie und Planungen für die Zukunft.(16)

In dem Buch „Principles of Electronic Warfare" von R.J. Schlesinger et al. heißt es:

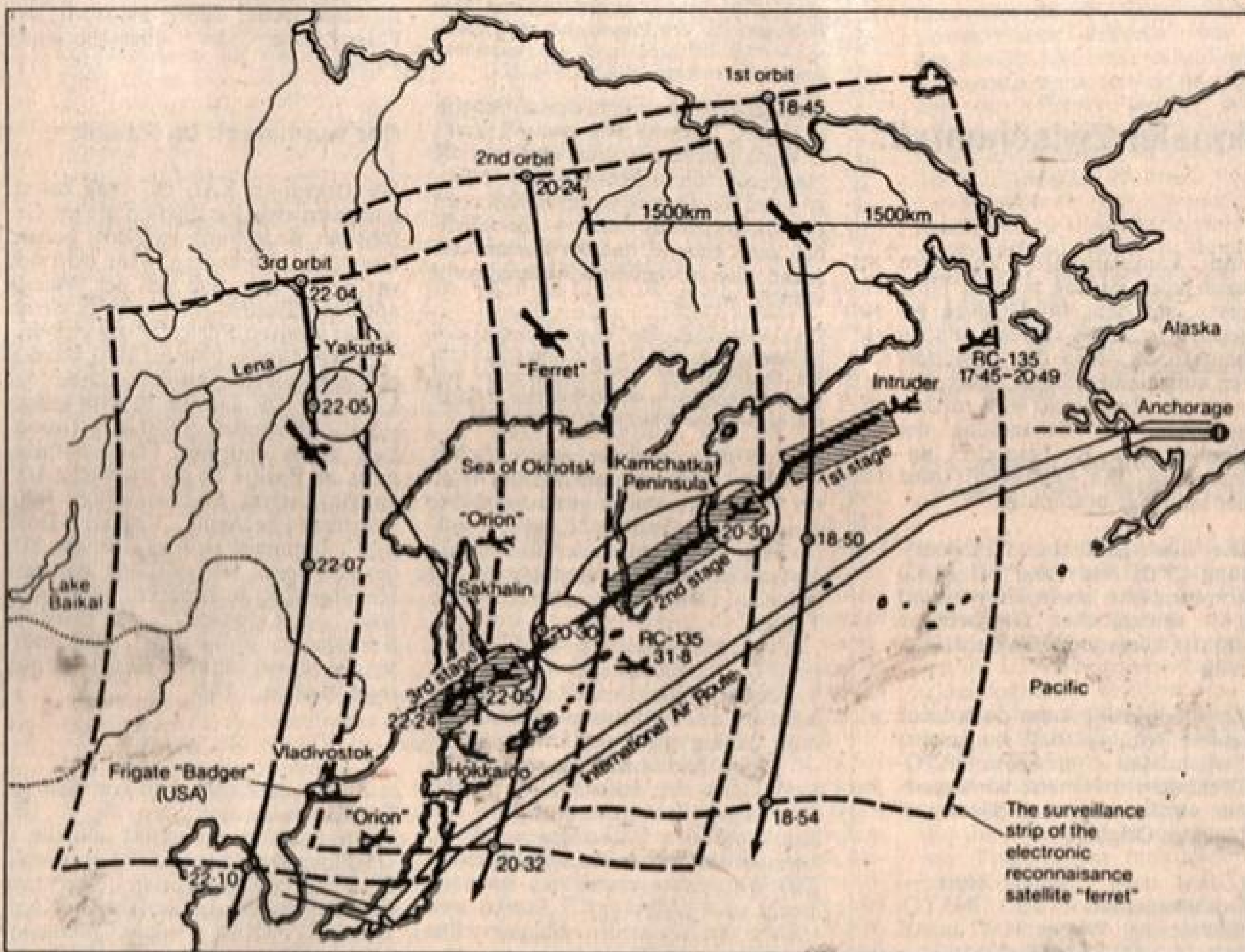
Ein weiteres Verfahren, Informationen zu gewinnen..., bestünde darin, absichtlich Elemente der Verteidigung eines Landes zu aktivieren und die darauf folgenden Aktivitäten sorgfältig zu beobachten. Diese Falle könnte gestellt werden, indem man ein Flugzeug oder einen Flugzeugverband auf das gegnerische Radar-Frühwarnsystem zufliegen ließe.(17)

Das erste Unternehmen dieser Art fand laut P.Q.Mann im Januar 1964 statt, noch in den Anfangszeiten der elektronischen Aufklärung durch Satelliten. Ein T-39-Übungsjet der US-Luftwaffe drang etwa 100 Kilometer in den Luftraum der DDR ein und wurde von einem sowjetischen Jagdflugzeug abgeschossen. Zum Zeitpunkt des Abschusses, um 14.02 GMT, befand sich ein neun Tage zuvor gestarteter Aufklärungssatellit noch über dem Mittelmeerraum — auf einer Flugbahn in Richtung Norden. Zwei bis drei Minuten später wäre er in einer Position gewesen, die eine optimale Erfassung der „zum Glühen" gebrachten elektronischen Abwehrsysteme in der DDR gestattet hätte. Mit anderen Worten: Der ten später wäre er in einer Position gewesen, die eine optimale Erfassung der „zum Glühen" gebrachten elektronischen Abwehrsysteme in der DDR gestattet hätte. Mit anderen Worten: Der frühzeitige Abschuß der US-Maschine beendete die ELINT-Operation, bevor sie richtig begonnen hatte. Die Ausbeute dürfte dementsprechend mager gewesen sein.

42 Tage später, am 10. März, drang eine US-Aufklärungsmaschine vom Typ RB-66 in den Luftraum der DDR ein — weiter nördlich als die T-39, aber fast zur gleichen Tageszeit. Auch diese Maschine wurde abgeschossen. Der elektronische Aufklärungssatellit befand sich über dem Mittelmeer — wie 42 Tage zuvor! Zufall? Dagegen spräche, so P.Q. Mann, schon die mathematische Wahrscheinlichkeit, die er mit 1:200 beziffert.

Beide Operationen hatten wohl kaum den gewünschten Erfolg — in erster Linie deshalb, weil die Luftraumverletzer sofort als Militärmaschinen identifiziert und abgeschossen wurden. Ihre Verweildauer über DDR-Territorium war zu kurz, als daß der Aufklärungssatellit ausreichende Erkenntnisse über die Wirkungsweise der dortigen Luftabwehrsysteme hätte gewinnen können.

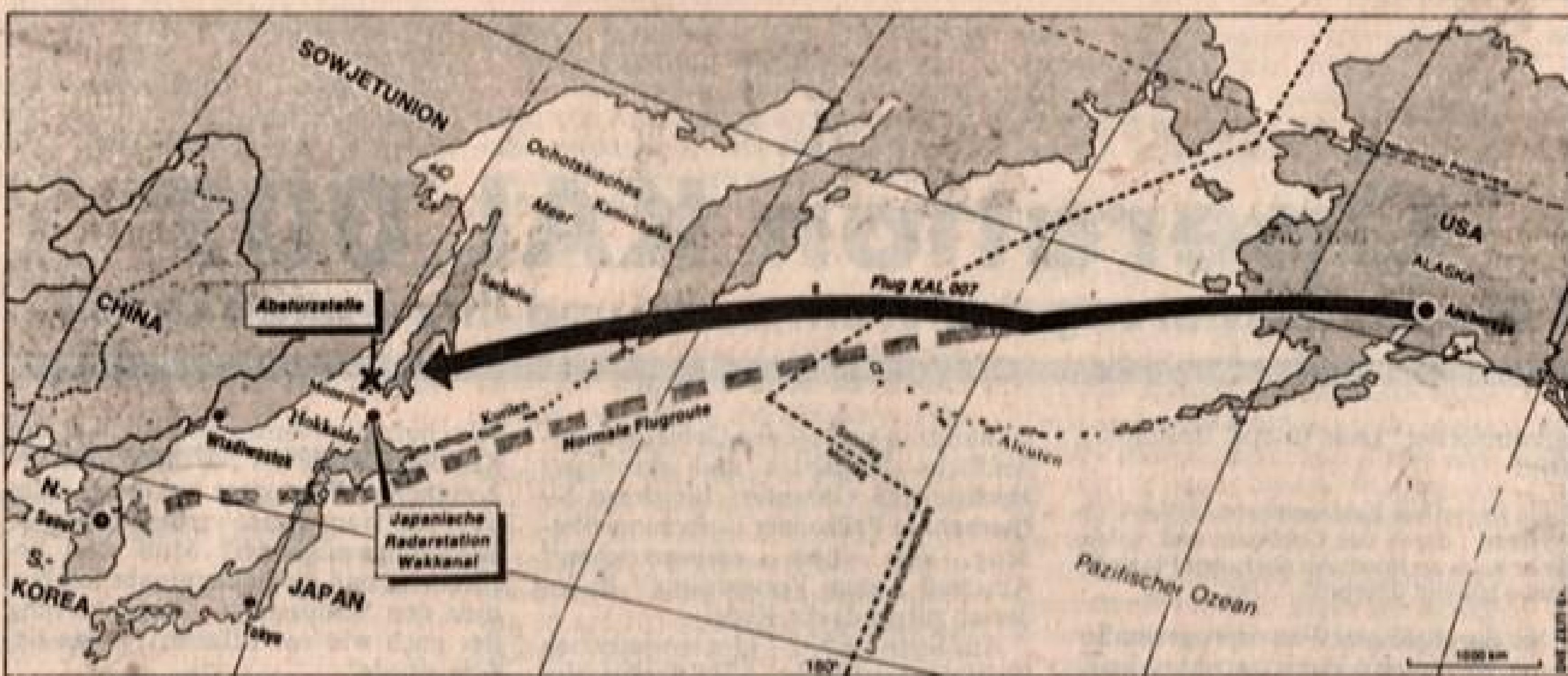
Die Planer der Operation KAL 007 mußten also sicherstellen, daß sich Derartiges nicht wiederholte: Die Angriffsschwelle für die sowjetischen Jagdflugzeuge mußte angehoben werden. Als „Minenhund" wurde folglich ein Flugzeug ausgewählt, das auf den ersten Blick weder eindeutig als militärisch noch eindeutig als zivil zu identifizieren war: die Boeing 747 der koreanischen Fluggesellschaft Korean Air Lines. Sie war tatsächlich eine Zivilmaschine, hatte aber gleichzeitig Ähnlichkeit mit dem Aufklärungsflugzeug RC-135 der US-Luftwaffe. Diese Maschinen sind umgebaute Boeings 707, und einige von ihnen haben einen Radarbuckel. Das macht sie mit den Boeing 747 verwechselbar, die ebenfalls einen Buckel im vorderen Rumpfbereich hat. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die RC-135 wesentlich kürzer ist




Grafische Darstellung der Überflugbahnen des elektronischen Spionagesatelliten „Ferret-D"

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite




als die Boeing 747; Größenvergleiche sind wegen fehlender Vergleichsmaßstäbe in der Luft extrem schwierig, zumal wenn es ,wie zur Zeit des Abschusses, stockfinster ist.

Dieses Verwirrspiel wurde noch undurchsichtiger dadurch, daß eine RC-135 in der Nähe des koreanischen Jumbos war und zeitweise sogar auf einem parallelen Kurs flog. Allem Anschein nach ist dieses Verwirrspiel gelungen: Die Maschine wurde erst dann abgeschossen, als sie versuchte, nach Überfliegen der Insel Sachalin in internationalen Luftraum zu entkommen. Davor hatte sie sich mehr als zwei Stunden über sowjetischem Territorium aufgehalten.

Zwei Stunden — das war mehr als genug, um die gewünschten Aufschlüsse über das Luftverteidigungs- und Warnsystem der UdSSR zu erhalten. Während dieser beiden Stunden überflog der elektronische Aufklärungssatellit Ferret-D das fragliche Gebiet dreimal. Zwischen 18.45 und 18.50 Uhr GMT überflog der Satellit von Osten kommend zum ersten Mal den koreanischen Jumbo, der sich zu diesem Zeitpunkt noch über dem Bering-Meer befand. Um 20.30 Uhr GMT kreuzte Ferret-D zum zweiten Mal den Kurs des Jumbos. Dies war der Zeitpunkt, wo die Maschine zum ersten Mal in sowjetischen Luftraum über der Halbinsel Kamtschatka eindrang. Während des dritten Überflugs von 22.05 bis 22.10 Uhr GMT drang die Maschine in den Luftraum über Sachalin ein. Die sowjetischen Abwehr- und Warnsysteme wurden also während der gesamten Verweildauer über sowjetischem Hoheitsgebiet lückenlos ausgespäht.

Alles deutet auf eine mit äußerster Präzision geplante und durchgeführte ELINT-Operation hin. Dafür spricht die Anwesenheit der US-Fregatte *Badger*, die im Japanischen Meer östlich von Wladiwostok dümpelte, also genau an dem Punkt, wo KAL 007 nach Überfliegen von Sachalin wieder internationalen Luftraum erreichen sollte. Darüber hinaus waren zwei amerikanische U-Boot-Jäger vom Typ Orion in der Nähe, der eine operierte über dem Japanischen Meer, der andere über dem Ochotskischen Meer.

### Die Rolle des Space Shuttle

Das wiederverwendbare US-Raumfahrzeug *Space Shuttle* hat vorwiegend militärische Aufgaben. Vor dem Bewilligungs-Unterausschuß für Verteidigung des US-Kongresses erklärte der ehemalige Luftwaffenminister Hans Mark, man benötige

ein weit leistungsfähigeres Überwachungssystem, möglicherweise unter Beteiligung von Menschen, so daß wir nicht nur von Maschinen abhängig sind und die Informationen und Einschätzungen erhalten von Leuten, die das direkte Vertrauen des Präsi-

Bewilligungs-Unterausschuß für Verteidigung des US-Kongresses erklärte der ehemalige Luftwaffenminister Hans Mark, man benötige

ein weit leistungsfähigeres Überwachungssystem, möglicherweise unter Beteiligung von Menschen, so daß wir nicht nur von Maschinen abhängig sind und die Informationen und Einschätzungen erhalten von Leuten, die das direkte Vertrauen des Präsi-
denten haben. (18)

Generalleutnant Thomas Stafford zum selben Thema:

Mittelfristig kann ich mir vorstellen, daß die nationalen Kommandobefugnisse an jemanden im Weltraum delegiert werden könnten ... (Solch ein Kommandoposten) könnte nach wie vor Relais-Satelliten zur Führung aller Ihrer Streitkräfte und Ressourcen sehr effektiv nutzen. So sehe ich als ersten Schritt der militärischen Nutzung (der *Space Shuttle)* Kommando-, Kontroll- und Kommunikationsaufgaben. (19)

36 Stunden vor dem Abschuß des koreanischen Jumbos über dem Japanischen Meer, am 30.August 1983 um 6.32 GMT, startete eine Raumfähre vom amerikanischen Raumfahrtzentrum Cap Canaveral. Laut P.Q. Mann befand sich die Raumfähre etwa 2200 bis 3200 Kilometer südlich vom Ort des Geschehens auf einem östlichen bis südöstlichen Kurs. Dieser Abstand war weit genug, um nicht unmittelbar mit der Mission von KAL 007 in Verbindung gebracht zu werden (was bis heute — zumindest öffentlich — seitens der UdSSR auch nicht geschehen ist); gleichwohl war die Raumfähre nahe genug, um ihre Kommando-, Kontroll- und Kommunikationsfunktionen wahrnehmen zu können. Es wäre darüber hinaus möglich gewesen, die Raumfähre durch die Veränderung eines einzigen Flugparameters, nämlich des Umlaufwinkels, direkt über das Operationsgebiet zu dirigieren. Nach Manns Berechnungen passierte die Raumfähre — in gebührendem Abstand — das Operationsgebiet

— kurz vor Eindringen des KAL-Jumbos in sowjetischen Luftraum: der Aufklärer vom Typ RC-135 näherte sich der Maschine und blieb für einige Minuten auf Parallelkurs;

— nach Überfliegen der Halbinsel Kamtschatka durch KAL 007: dies war der mittlere Punkt der Operation;

— nach der Beendigung der Operation, d.h. nach dem vorgesehenen Verlassen des sowjetischen Luftraums (was durch den Abschuß vereitelt wurde).

Angesichts der Tatsache, daß die Flugroute des Jumbo nicht nur vom Ferret-D-Satelliten, sondern auch von der Raumfähre observiert wurde, ist zu fragen, warum die Operation nicht ab-

— nach der Beendigung der Operation, d.h. nach dem vorgesehenen Verlassen des sowjetischen Luftraums (was durch den Abschuß vereitelt wurde).

Angesichts der Tatsache, daß die Flugroute des Jumbo nicht nur vom Ferret-D-Satelliten, sondern auch von der Raumfähre observiert wurde, ist zu fragen, warum die Operation nicht ab-
gebrochen wurde, als sie anfing, lebensgefährlich zu werden. Das war spätestens dann der Fall, als sowjetische Jägerstaffeln die Verfolgung des Luftraumverletzers aufnahmen — eine Tatsache, die weder dem Satelliten noch der Raumfähre verborgen geblieben sein dürfte. Angesicht diser Situation liegt der Schluß nahe, daß das Todesurteil für die 269 Flugzeuginsassen in der amerikanischen Raumfähre gefällt worden ist.

Es darf angenommen werden, daß die Operation KAL 007 für die USA äußerst ergiebig war. Sie dürfte wertvolle Aufschlüsse gebracht haben über das sowjetische Radar-Frühwarnsystem, die Luftabwehrsysteme, das Jäger-Leitsystem sowie über die militärischen wie politischen Kommunikationsstränge.

### Die Rolle der RC-135

Der Aufklärer vom Typ RC-135 hatte laut P.Q. Mann die Aufgabe, die exakte Identifizierung des koreanischen Jumbos zu erschweren. Möglicherweise war dies nicht der einzige Auftrag. In der US-Tageszeitung *Denver Post* meldeten sich im Laufe der Diskussion um den Flugzeugabschuß zwei ehemalige RC-135-Piloten zu Wort, Edward Eskelson und Tom Bernard. Sie erklärten, daß die RC-135-Aufklärer direkt der Nationalen Sicherheitsbehörde NSA (*National Security Agency*) unterstünden:

Nach unseren Erfahrungen modifiziert NSA gelegentlich die Flugrouten von RC-135-Flugzeugen, so daß sie vorsätzlich in den Luftraum des Ziellandes eindringen und so die Luftverteidigungssysteme des Landes in Alarmzustand versetzen. NSA hat so die Möglichkeit, diese aktivierten Systeme auf mögliche Defekte und Schwächen hin zu analysieren. (20)

Diese Aussage stützt P.Q. Manns Theorie. Die militärtaktische Funktion dieser Maschinen reicht jedoch wesentlich weiter.

Die RC-135 hat ein höchstentwickeltes, absolut sicheres Kommunikationssystem,

so Eskelson und Bernard weiter,

das an das höchstenwickelte Kommunika-

Diese Aussage stützt P.Q. Manns Theorie. Die militärtaktische Funktion dieser Maschinen reicht jedoch wesentlich weiter.

Die RC-135 hat ein höchstentwickeltes, absolut sicheres Kommunikationssystem,

so Eskelson und Bernard weiter,

das an das höchstenwickelte Kommunika-
tionsnetz der Welt angeschlossen ist. Dieses System gestattet die sofortige Weiterleitung taktischer Informationen an die höchsten Regierungsstellen, einschließlich des Präsidenten, von jedem Ort der Welt aus. Eine Botschaft für den Präsidenten muß spätestens zehn Minuten nach der wirklichen Sendezeit in seinen Händen sein. (21)

Demnach ist es nicht unwahrscheinlich, das „höchste Regierungsstellen" in Washington, auf jeden Fall aber die Nationale Sicherheitsbehörde NSA, von den Vorgängen im nordwestlichen Pazifik informiert waren — einschließlich der Tatsache, daß der koreanische Jumbo von sowjetischen Abfangjägern verfolgt wurde.

Eine weitere Besonderheit der RC-135 ist eine Ausrüstung, die, bedient von Offizieren der Strategischen Luftflotte, Radar- und Radiosendungen sowie bestimmte elektronische Systeme ,blockieren' kann. (22)

Es liegt nahe, daß die elektronischen Abwehr- und Kommunikationssysteme der Sowjetunion nicht nur ausgespäht, sondern auch beeinflußt werden sollten. Die Anwesenheit der Raumfähre als taktischer Kommandoposten im erdnahen Weltraum erhärtet diese These.

Möglicherweise liefert die Fähigkeit der RC-135, Radar- und elektronische Systeme zu „blockieren" bzw. auszuschalten, den Schlüssel zur Klärung einiger bislang ungelöster Probleme:

— Die militärischen Radarsysteme Japans haben den koreanischen Jumbo die letzten 17 Minuten vor dem Abschuß auf den Bildschirmen gehabt, konnten ihn aber nicht identifizieren. (23) Waren die japanischen Radarsysteme etwa „blockiert"? Waren vielleicht auch zivile Flugleitstellen blockiert und so außerstande, die Maschine zu identifizieren und möglicherweise zu warnen?

— Sind elektronische Systeme an Bord des koreanischen Jumbos durch Einwirkung der RC-135 gestört oder außer Betrieb gesetzt worden? Etwa die INS-Systeme (sofern sie nicht in Anchorage falsch programmiert wurden) oder das Wetterradar?

Es ist ferner zu fragen, wie weit die Möglichkeiten der USA entwickelt sind, die politischen und militärischen Nervenstränge der UdSSR nicht nur offenzulegen, sondern aktiv zu beeinflussen. Damit wären die Voraussetzungen gegeben, daß die USA durch die Manipulation der elektronischen Kommunikationssysteme in der UdSSR die sowjetische „Aggression" selbst in Gang setzen könnten, die dann als Vorwand für den eigenen „Gegenschlag" dienen könnte.

### Die Planer

Nach Lage der Dinge ist es nahezu unabweisbar, daß die Oberation KAL 007 in den USA geplant und in jeder Phase von dort überwacht und gesteuert wurde. Oberste Planungs- und Überwachungsinstanz war die Nationale Sicherheitsbehörde NSA, in deren Zuständigkeit jede Art der Ausspähung mit elektronischen oder sonstigen technischen Mitteln fällt.

Der CIA *(Central Intelligence Agency)*, zuständig für verdeckte Operationen *(covert operations)*, dürfte als Bindeglied zum südkoreanischen Geheimdienst KCIA *(Korean Central Intelligence Agency)* fungiert haben; diese beiden Geheimdienste haben langjährige beste Beziehungen, die von Kennern als „intim" eingestuft werden.

Ebenso intim sind die Beziehungen des KCIA zu Korean Airlines.

Vor dem Hintergrund dieses geheimdienstlichen Netzwerks erscheinen einige Umstände der Operation weit weniger mysteriös — beispielsweise eine mögliche Fehlprogrammierung der INS-Systeme vor dem Start in Anchorage.

Trotz der zahlreichen Erkenntnisse, die mittlerweile vorliegen, bleiben nicht wenige Fragen ungeklärt. Die Bergung der Wrackteile aus dem Japanischen Meer — womöglich unter der

ger mysteriös — beispielsweise eine mögliche Fehlprogrammierung der INS-Systeme vor dem Start in Anchorage.

Trotz der zahlreichen Erkenntnisse, die mittlerweile vorliegen, bleiben nicht wenige Fragen ungeklärt. Die Bergung der Wrackteile aus dem Japanischen Meer — womöglich unter der
Oberaufsicht der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation ICAO — könnte zur weiteren Aufhellung des Sachverhalts beitragen. Von vorrangigem Interesse wäre dabei natürlich der Flugschreiber des abgeschossenen Jumbos.

### Der Aufmarsch im Pazifik

Die Operation KAL 007 mag bei so manchem eher Faszination als ein Gefühl der Bedrohung ausgelöst haben. Das dürfte sich ändern, wenn man sich vor Augen hält, daß sich der gesamte nördliche Pazifik zusehends zu einem hochexplosiven Pulverfaß entwickelt.

In den Jahren 1981 bis 1983 wurden die pazifischen Flottenverbände der USA von 479 auf 506 Schiffe aufgestockt. 1988 sollen es 610 sein. Grundlage dieses enormen Flottenaufmarsches im Pazifik ist die nach dem US-amerikanischen Marineminister John F. Lehman benannte „Lehmann-Doktrin". Demnach muß es oberstes Ziel der USA sein, weltweit eine maritime Überlegenheit zu erlangen. „Wir müssen", so Lehmann, „die russische Kriegsmarine auslöschen ... Wir müssen die Sowjetunion zu einer isolierten Insel machen." (24)

Zu diesem Zweck wird vor allem im Pazifik aufgerüstet, wo die 7. US-Flotte (westlicher Pazifik) und die 3. US-Flotte (östlicher Pazifik) operieren. Diese beiden Kriegsflotten stehen unter dem Oberbefehl des Pazifischen Kommandos PACOM *(Pacific Command)* und umfassen „nahezu die Hälfte der US-Seestreitkräfte in Friedenszeiten". (25)

Hauptfaktor bei der Entfaltung US-amerikanischer Militärmacht im Pazifik ist die Flotte. Nicht zu verkennen ist freilich auch die Tatsache, daß ein gegen die Sowjetunion gerichteter Stützpunktgürtel mit Erstschlagkapazität entstanden ist, der von Neuseeland über Australien und die Philippinen bis nach Japan reicht und den gesamten Pazifischen Ozean durchzieht. Synchron zur militärischen Aufrüstung läuft eine politische Offensive der USA mit dem Ziel, gegen die UdSSR gerichtete regionale Paktsysteme zu reaktivieren bzw. neue ins Leben zu rufen:

— Der südpazifische ANZUS-Block besteht aus den USA, Australien und Neuseeland. Mit der Aufstellung einer pazifischen Schnellen Eingreiftruppe wurde ANZUS nach über 20jährigem Schlummer wiederbelebt.

— ASEAN, die aus Thailand, den Philippinen, Malaysia, Indonesien und Brunei bestehende Vereinigung südostasiatischer Staaten, soll nach dem Willen der USA künftig nicht mehr nur ein politischer Zusammenschluß sein, sondern zu einem Militärpakt ausgebaut werden.

— Wichtigstes diplomatisches Ziel der USA ist indessen das Schmieden eines Dreierpakts USA-Südkorea-Japan.

Der derzeitige Oberbefehlshaber des Pazifischen Kommandos, Admiral Robert Long, hält den Pazifik für eine Region, „wo wir höchstwarscheinlich eine Konfrontation mit der Sowjetunion erleben werden". (26) Der „Ernstfall" würde sich etwa folgendermaßen abspielen: Die japanische Flotte, die „mit jetzt 54 und demnächst 60 Zerstörern und Fregatten ... eine formidable Stärke" (27) hat, sperrt die Meerengen von Tsushima (50 km breit), Tsugaru (7,2 km) und Soya (42 km). Die sowjetische Pazifikflotte ist im Japanischen Meer eingeschlossen und so außerstande, in den offenen Pazifik auszulaufen. Die sowjetischen Flottenverbände werden von US-amerikanischen und sükoreanischen Bomberverbänden angegriffen mit dem Ziel, sie zu vernichten.

### Der Kreis schließt sich

An diesem Punkt wird die Bedeutung der Operation KAL 007 sichtbar. Für den Fall einer derartigen militärischen Lage im nordwestlichen Pazifik wäre es für die eingeschlossenen sowjetischen Flottenverbände eine Überlebensfrage, ob sie von der eigenen Luftwaffe vor der Vernichtung geschützt werden könnten. Kenntnisse über die Wirkungsweise der sowjetischen Verteidigungselektronik, über die militärischen und politischen Kommunikationsstränge brächten den USA unschätzbare taktische Vorteile.


1) Der Spiegel, Heft 36/1983
2) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 18.3.1984, S.28
3) Der Flugleiter, Heft 1/1984, S.9
4) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 11.9.1983, S.3
5) Der Flugleiter, a.a.O., S.9
6) ebd.
7) ebd.
8) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt,


1) Der Spiegel, Heft 36/1983
2) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 18.3.1984, S.28
3) Der Flugleiter, Heft 1/1984, S.9
4) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 11.9.1983, S.3
5) Der Flugleiter, a.a.O., S.9
6) ebd.
7) ebd.
8) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt,


a.a.O.
9) Der Flugleiter, a.a.O., S.13
10) s.dazu a.a.O.,S.8
11 Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, a.a.O.
12) zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 6.9.1983
13) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, a.a.O.
14) Defence Attaché, Heft 1/1984, S.41 ff.
15) Newsweek vom 2.7.1984
16) zitiert nach Defence Attaché, a.a.O., S.45
17) zitiert nach ebd.
18) Gerald L. Borrowman, The Military Role in the Shuttle, in: Spaceflight, Mai 1982, zitiert nach a.a.O., S.48
19) Defence Ataché, a.a.O., S.49
20) zitiert nach Covert Action Information Bulletin, Heft 20, S.41
21) ebd.
22) ebd.
23) s. dazu Der Flugleiter, a.a.O., S.10
24) Walden Bello et al., Preparing for War in the Pacific, in: Counterspy, Sept.-Nov. 1983, S.21
25) ebd.
26) a.a.O., S.23; vgl. dazu auch Der Spiegel, Heft 27/1984, S. 104 ff.
27) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.7.1984


## „... ein ernster internationaler Zwischenfall"

Auf einem ihrer zahlreichen Raubzüge erbeutete die niederländische antimiltaristische Aktionsgruppe „Onkruit" das (geheime) Szenario der NATO-Stabsübung „Wintex 81" („Winter Exercise" ist die größte NATO-Stabsübung, die unter Teilnahme aller NATO-Mitgliedsstaaten alle zwei Jahre stattfindet). Das Szenario zu „Wintex 81" enthielt diesen in Hinblick auf die „Jumbo-Affäre" bemerkenswerten Übungsteil:

„Am 3. Februar (1981) entsteht ein ernster internationaler Zwischenfall, als auf einem normalen Linienflug nach Moskau ein Flugzeug einer großen westlichen Luftfahrtgesellschaft durch eine Störung im Navigationssystem außerhalb des erlaubten Luftkorridors gerät. Das Flugzeug wird von ,Orange'-Jägern (,Orange' ist der Gegner der NATO — Anm. AK) zur Landung auf einem kleinen Flugplatz gezwungen, wobei es verunglückt und eine Anzahl von Toten und viele Verwundete zu betrauern sind. Diplomatischen und konsularischen Vertretern wird jeder Zugang zu dem Flugplatz, auf dem das Unglück geschehen ist, sowie zu den Krankenhäusern, in denen die Verwundeten aufgenommen sind, untersagt. Auch das Rote Kreuz wird zurückgewiesen. Die Behandlung der Überlebenden ist besonders unfreundlich. Die Mannschaft wird der Spionage beschuldigt."

Die niederländische Wochenzeitung „Vrij Nederland" (1.10.83) kommentierte unter Hinweis auf „die dramatischen Geschehnisse um das koreanische Verkehrsflugzeug":

„Die Folgerung kann doch keine andere sein, als daß ein solcher Zwischenfall — nach den NATO-Drehbüchern — hätte *vorhergesehen* werden können." (Hervorhebung im Original)

(Zitiert nach „Bunker-Beute — Dokumentation der NATO-Stabsübung ,Wintex 81' " in AK 243, 13.2.84, S. 24, S. 27)

### AK-Artikel und Diskussionsbeiträge zum Abschuß der KAL 007

AK 238: Der Jumbo-Abschuß: Ein Hauch von Sarajewo
AK 238: Kampf im Zwielicht
AK 238: Zur Vermeidung von Mißverständnissen (Anm. d. AK-Red.)
AK 239: Zur Stellungnahme der AK-Redaktion nach dem Abschuß der Boing 747. Handelte die Sowjetunion verbrecherisch?
AK 241: Nachlese zur Jumbo-Affäre

# Zur Geschichte und Entwicklung der »Strategischen Rüstungsbegrenzung« Teil 1

**Ende September dieses Jahres werden die USA ein neues Raketen-U-Boot (SSBN) der „Ohio"-Klasse in Dienst stellen. Dessen 24 „Trident"-C4-Raketen (SLBM) werden das US-Arsenal auf 1214 strategische Systeme bringen, die mit Mehrfachsprengköpfen (MRV, MIRV) armiert sind. Damit würden die USA über 14 Systeme mehr verfügen, als ihnen die Obergrenzen des SALT-II-Abkommens, das zwar niemals von Washington ratifiziert wurde, dennoch von beiden nuklearen Großmächten bislang penibel eingehalten wurde, zugestehen. Es sei denn, Washington würde parallel zur Dislozierung des neuen U-Bootes 16 „Poseidon"-Raketen einmotten oder 14 „Minuteman"-3-ICBMs verschrotten, um auf diese Weise die SALT-Grenzen einzuhalten. An der Fortschreibung des „Wettrü stens", dem die SALT-Vereinbarungen lediglich „Obergrenzen" setzten, würde dies allerdings nicht rühren, zumal in Anbetracht der technologischen Fähigkeiten des neuen Systems.**

**Die gegenwärtige Debatte um die Dislozierung eines neuen Raketen-U-Bootes offenbart das ganze Dilemma und die Defizite der sogenannten „Rüstungs k o n t r o l l verhandlungen" und des dahinter stehenden Konzeptes der „kooperativen Rüstungs s t e u e r u n g", die in den 70er Jahren das Verhältnis zwischen den beiden nuklearen Großmächten bestimmten. Tatsächlich beinhalteten die diversen Abkommen nicht die numerische Verringerung der umfangreichen nuklearstrategischen Arsenale, sondern die Benennung von Obergrenzen des quantitativen „Wettrüstens" (Limitierung der Aufrüstung anstatt Abrüstung). Die Abrüstung bestimmter Systeme erfolgte lediglich — wenn sie überhaupt erfolgte — in Form der „Umrüstung" auf qualitativ bessere Systeme. Die vertraglich legitimierte Aufrüstung hat derweil dazu geführt, daß die USA im Begriff sind, die quantitative Obergrenze des SALT-II-Abkommens hinsichtlich der mit MRV bzw. MIRV armierten Trägersysteme zu durchstoßen. Die qualitative Aufrüstung wurde von den SALT-Abkommen überhaupt nicht erfaßt, bzw. lediglich in quantitativer Form, d.h. mittels der numerischen Begrenzung von Trägersystemen der Technologie der Mehrfachsprengköpfe. Die Fähigkeit, mit Hilfe von unabhängig voneinander steuerbaren Mehrfachsprengköpfen (MIVR) mit einem Trägersystem gleich mehrere Ziele abzudecken, degradierte jedoch die Trägersysteme (und Abschußvorrichtungen) zu einem zweitrangigen Faktor und Rüstungsbegrenzungskriterium.**

**Der folgende erste Teil des aus zwei Teilen bestehenden Artikels widmet sich dem SALT-I-Abkommen (ABM-Vertrag und Interimsabkommen über ICBM und SLBM von 1972) und seiner Vorgeschichte. Der zweite Teil des Artikels wird sich mit dem „Abkommen zur Verhütung nuklearen Krieges" (1973), dem SALT-II-Vertrag und den Bedenken und Einwänden der westeuropäischen NATO-Partner — die schließlich u.a. den sogenannten NATO-„Doppel" bzw. „Nach"rüstungsbeschluß zur Folge hatte — befassen. Des weiteren wird der zweite Teil des Artikels eine ausführlichere Kritik der Rüstungskontrollverhandlungen und der Konzeption der kooperativen Rüstungssteuerung — wie sie noch heute in sozialdemokratischen Kreisen Anklang findet — beinhalten.**

## Zur Vorgeschichte der strategischen Rüstungsbegrenzung

Anfang der 60er Jahre verfügte die SU erstmals über einige interkontinentale Systeme, die auch nach Hinnahme eines nuklear-strategischen Angriffes der USA noch funktions- und einsatzfähig geblieben wären. Die SU verfügte somit erstmalig über eine einiger maßen gesicherte Fähigkeit, von der SU aus das US-Territorium mit nuklearen Schlägen zu belegen. Die sowjetische Fähigkeit zum „second strike" war allerdings weit geringer als die der USA zur selben Zeit. Dennoch wurde deutlich, daß alle Pläne, die in jedem Fall eine nukleare Kriegsführung gegen die SU im Zentrum hatten, obsolet wurden. Die Chancen für einen erfolgreich durchgeführten nuklearstrategischen Angriff oder einen vorwegnehmenden nuklearstrategischen Schlag (preemptive-strike) verschlechterten sich zusehends, was mit dem Anwachsen der nuklearstrategischen Potentiale und der relativen Unverletzlichkeit der „second-strike"-Arsenale zusammenhing. Die relative Unverletzlichkeit einiger sowjetischer „second strike"-Systeme war dadurch gegeben, daß die USA ihre Abschußorte nicht genau genug kannten. Die Fähigkeit der USA zum „second strike" — die weit größer und technologisch perfekter als die der SU war — beruhte auf

genau genug kannten. Die Fähigkeit der USA zum „second strike" — die weit größer und technologisch perfekter als die der SU war — beruhte auf

der Verbunkerung von ICBM-Stellungen und der alsbald einsetzenden Installierung von Nuklearraketen auf U-Booten. Die Fähigkeit zum nuklearstrategischen „second strike" basierte seitens der USA in den nächsten Jahren in erster Linie auf ihrem SLBM-Programm (1). U-Boote bieten den Vorteil, daß sie bei nuklearem Antrieb lange unter Wasser verweilen können und infolgedessen vom Gegner kaum auszumachen und zu zerstören sind. Sie können zudem ihre Nuklearraketen im getauchten Zustand abschießen.

Zu dieser Zeit, Ende der 50er/ Anfang der 60er Jahre, wurden die folgenden drei militärstrategischen Konzepte erörtert:

— der **nukleare Überraschungsangriff (first strike)**, der die Fähigkeit zur Durchdringung der gegnerischen Abwehr und zur Zerstörung der gegnerischen Raketenbasen voraussetzte. Diese Fähigkeit hing von der Verfügung über Durchdringungshilfen (Köder, später insbesondere MIRV-Systeme) einerseits und ABM-Systemen und der Verletzbarkeit der Raketenbasen des Kontrahenten andererseits ab. Letztere kann durch Verbunkerung, räumliche Streuung der Abschußbasen oder Mobilität (z.B. Stationierung auf U-Booten) vermieden werden. Gegenüber den beiden Hauptnuklearmächten USA und SU war schon bald ein „first strike" kaum als erfolgreich denkbar, aufgrund des wachsenden Umfangs ihrer Arsenale und der relativen Unverletzbarkeit von Teilen derselben. Die Anwendung dieser Strategie kam nur noch gegenüber kleineren Nuklearmächten wie China in Betracht, die nicht über eine „second strike"-Kapazität verfügten. Auch im Verhältnis zweier kleinerer Nuklearmächte zueinander war die Anwendung des „first strike" noch denkbar.

— Der **vorwegnehmende Schlag („preemptive strike")** kam aus denselben Gründen als rationale Kriegsführungsoption nicht mehr in Betracht.

— Der **Vergeltungsschlag („second strike")** verließ sich auf die Unverletzbarkeit eines ausreichenden Teiles der eigenen Angriffssysteme. Die für den Gegner offenkundige Fähigkeit, den „first strike" zu überstehen und ihm nachträglich — insbesondere gegenüber seinen Städten — mit den „second strike"-Kapazitäten einen Schaden zuzufügen, der in keinem Verhältnis zum Nutzen eines gegenseitigen nuklearstrategischen Schlagabtausches steht, sollte ihn von einem „first strike" abschrecken.

Diese Konzeption des Vergeltungsschlages entsprach der nuklearstrategischen Ordnung, wie sie Anfang der 60er Jahre Konturen annahm; ihre Folgen waren die NATO-Strategie der „flexible response" und die US-Nukleardoktrin von der „Mutual assured Destruction" (MAD), populär übersetzt: „wer als erster schießt stirbt als zweiter".

Die Kuba-Krise von 1962 offenbarte die wachsende Bedeutung konventioneller Streitkräfte und Kriegsführungsoptionen unterhalb der Schwelle zum allgemeinen Nuklearkrieg in Anbetracht eines nuklearstrategischen Patts, das der nuklearstrategischen Kriegsführung jede Rationalität nahm.

„Wenn der sowjetische Diktator den amerikanischen Präsidenten trotzdem hätte daran hindern wollen, mit Hilfe

führung jede Rationalität nahm.

„Wenn der sowjetische Diktator den amerikanischen Präsidenten trotzdem hätte daran hindern wollen, mit Hilfe

dieser unmittelbar örtlich anwesenden riesigen amerikanischen Streitmacht in Kuba zu intervenieren und die von dort ausgehende nukleare Bedrohung Amerikas zu beseitigen, dann hätte ihm nur die Möglichkeit offen gestanden, dies seinerseits auf dem Wege nuklearer Kriegführung mit Raketen von Rußland aus zu tun. Anders ausgedrückt: Für Chruschtschow gab es nur die Alternative, entweder die amerikanische Aktion gegen Kuba zu dulden oder aber den Entschluß zum nuklearen Raketenkrieg zu fassen. Er war vernünftig genug, das letztere auszuschließen. (...) Man kann die Erfahrungen dieses Ablaufs der Kuba-Krise auch anders formulieren und sagen: Die Kuba-Krise hat derjenige gewonnen, der unter dem Schutzschirm des beiderseitigen nuklearen Patts am Orte des Geschehens konventionelle Machtmittel in einer überragenden Quantität zur Verfügung hatte. Er brauchte nur damit zu drohen diese einzusetzen, er brauchte nicht einmal tatsächlich zu schießen. Die Nutzanwendung für Europa aus der während des Ablaufs der Kuba Krise deutlich gewordenen außenpolitischen, militärisch-strategischen, gesamtstrategischen Umwälzung führt übrigens unmittelbar zum Verständnis dessen, was später die Krise der NATO genannt wurde. Was für Kuba gilt, gilt tendenziell ähnlich für Berlin oder für die Nordflanke oder die Südostflanke der NATO, für Anatolien oder Nordnorwegen." (2)

Das Verhältnis der nuklearen Waffen zu den konventionellen Waffen kehrte sich um: Während in den 50er Jahren, bzw. zur Zeit der Strategie der „massive retaliation", die konventionellen Streitkräfte die Funktion des „Schildes" und die nuklearen Streitkräfte die Funktion des „Schwertes" wahrnahmen, wurden nun die konventionellen Streitkräfte zum „Schwert" und die nuklearen Streitkräfte zum „Schild".

Nachdem die 1962 verkündeten strategischen Kriegsführungskonzepte „counterforce" und „no cities" am Erwerb sowjetischer Zweitschlagsfähigkeit gescheitert waren, und damit auch der Versuch, das „Abschreckungsproblem" einseitig per US-„superiority" zu lösen, gelangte der ehemalige US-Verteidigungsminister McNamara zu der Auffassung, daß nukleare Macht über „passive Abschreckung" hinaus politisch nutzlos sei. Vor diesem Hintergrund wurde die „Mutual Assured Destruction"-Doktrin verkündet.

Durch technische, qualitative und quantitative Maßnahmen sollte primär die Sicherstellung einer Zweitschlagskapazität gewährleistet werden. Dazu zählten u.a. eine hohe Reaktionsfähigkeit, die Verbunkerung von ICBMs in Silos, die Vermehrung der Gefechtsköpfe (MRV, MIRV), höhere Treffgenauigkeit der Systeme, Unempfindlichkeit der C-3-Einrichtungen etc.

In Anbetracht einer entstehenden sowjetischen gesicherten „Minimalabschreckung" sowie des Problemes, daß die SU keine Anstalten machte ihre Nuklearstrategie nach denselben Spielregeln zu gestalten wie die USA, wurde das US-Potential strategischer Überlegenheit sinnlos.

Weder „Schadensbegrenzung" (im Sinne der Führbarkeit eines nuklearstrategischen Schlagabtausches) noch „aktive Abschreckung" (gleich „mas-

Weder „Schadensbegrenzung" (im Sinne der Führbarkeit eines nuklearstrategischen Schlagabtausches) noch „aktive Abschreckung" (gleich „mas-

siver Entwaffnungsschlag" gegen die „first-" und „second strike"-Systeme des Gegners) konnten länger verwirklicht werden. „Schadensbegrenzung" nicht, weil sich der sowjetische Erwerb der Fähigkeit zum „second strike" gerade auf die „gesicherte Zerstörung" der amerikanischen Städte bezog. Dies aus dem simplen Grunde (u.a.), weil die SU seinerzeit überhaupt nicht über die Voraussetzung zur kontrollierten und begrenzten nuklearstrategischen Kriegsführung verfügten (z.B. hohe Treffgenauigkeit, um eine „counterforce"-Strategie verfolgen zu können), sich folglich allein schon aus Gründen des technologischen Rückstandes nicht auf die Logik der US-Kriegsführungsüberlegungen einlassen konnten. Aber selbst wenn sie technologisch (qualitativ) dazu in der Lage gewesen wären, so hätte die Verfolgung der US-Nuklearkriegslogik sie mit dem Problem konfrontiert, daß die USA — aufgrund ihrer numerischen Überlegenheit und der soeben erst erfolgten Sicherung ihres gesamten ICBM-Arsenals gegenüber einem sowjetischen „counterforce"-Schlag — einen nuklearstrategischen Schlagabtausch, der sich ausschließlich auf militärische Ziele bezogen hätte, zu ihren Gunsten hätten entscheiden können. Ein sowjetischer „counterforce"-strike hätte lediglich den „Nutzen" gehabt, daß die USA anschließend zur Entwaffnung der SU hätten übergehen können.

Vor diesem Hintergrund war es nur zu verständlich, wenn sich die sowjetische Zweitschlagsstrategie nicht gegen die gegnerischen nuklearstrategischen Abschußbasen, wie es die USA im Sinne der Führung eines nuklearstrategischen Schlagabtausches, bei dem der numerisch und technologisch Überlegene „gesiegt" hätte, wünschten, sondern gegen die amerikanischen Städte richtete. Dies führte jedoch die „counterforce" und „no cities"-Strategie als Kriegsführungsstrategie ad absurdum. Da für die SU das „no cities"-Konzept — mit anderen Worten: jedwedes Konzept eines begrenzten Atomschlages — aus Gründen strategischer Unterlegenheit nicht akzeptabel war, machte auch eine Strategie der „aktiven Abschreckung" für die USA keinen Sinn. Im gewissen Sinne wurde die technologische Unterlegenheit der Sowjets, ihre nicht vorhandene Fähigkeit zum begrenzten und kontrollierten nuklearstrategischen Schlagabtausch zum Problem für die Kriegsplaner und Nuklearstrategien im Pentagon.

Vor diesem Hintergrund ist auch zu verstehen, wenn einige Mitglieder der US-Administration in der Vorbereitung von SALT-I gar vorschlugen, der SU jenes Know-how zu übereignen, das sie in die Lage versetzen würde, Systeme mit größerer Treffgenauigkeit — ergo auch gegen „kleinere" militärische Ziele anwendbar — zu produzieren. Denn selbst wenn die SU kein „counter cities"-Konzept, sondern ein „counterforce"-Konzept verfolgt hätte, so wären zur Durchführung einer „counterforce"-Attacke mit Erfolgsaussichten gleich mehrere schwere „nukleare Hämmer" von Nöten gewesen. Mit kontrollierter und begrenzter Kriegsführung hätte ein derartiger „counterforce"-Schlag der SU — verbunden mit Verlusten unter der US-Bevölkerung ähnlich einem „counter city"-Schlag — wenig zu tun gehabt.

„counterforce"-Schlag der SU — verbunden mit Verlusten unter der US-Bevölkerung ähnlich einem „counter city"-Schlag — wenig zu tun gehabt.

Die Strategie der „Schadensbegrenzung" durch „Vorangriff" auf die strategischen Systeme der SU wurde mit der „MAD"-Doktrin abgewandelt in Richtung „gesicherte Zerstörung" eines ausreichendes Teils der Zivilisationswerte der SU-Gesellschaft. Das „counterforce"-Potential war unter den damals fehlenden technologischen Voraussetzungen funktionslos geworden, der offensive Akzent der Abschreckungsdrohung wurde vorübergehend aufgegeben. Der Schwerpunkt der Zielplanung verschob sich von „counterforce" auf „countercity". Damit war die US-Doktrinentwicklung vorübergehend wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurückgekehrt: zur „massive retaliation". Nur unter völlig anderen Bedingungen als in den 50er Jahren, denn die SU konnte nun ebenfalls ihrerseits mit der „gesicherten Zerstörung" drohen.

## Ein widersprüchlicher Prozeß: „Freeze" und „MIRV"/„ABM"

Offiziell mit der notwendigen Absicherung der „Assured Destruction Capability" begründet, was die Fähigkeit voraussetze, jede etwaige sowjetische ABM-Abwehr zu durchbrechen, stiegen die USA in einen qualitativen und technologischen Wettlauf ein, dessen Resultat insbesondere in der Entwicklung und Produktion von MRV (Mehrfachsprengköpfen) und später dann auch MIRV (Mehrfachsprengköpfe, unabhängig voneinander steuerbar, was die Anzahl der anvisierbaren Ziele pro Trägersystem multipliziert), bestand.

1967 fror McNamara zwar die Zahl der *Startgeräte* für landgestützte ICBMs bei 1054 (1000 „Minuteman", 54 „Titan - 2") und der SLBMs bei 656 auf 41 nuklear angetriebenen U-Booten des „Polaris"-Systems ein, unberührt von diesem „Freeze" blieb jedoch die Anzahl der Sprengköpfe. Die Atom-U-Boote waren mit dem neuen „Polaris-A3"-SLBM ausgerüstet, mit drei Sprengköpfen in einer Streuangriffs-Spitze MRV. McNamara leitete die Umrüstung der ICBM-Systeme von Einfachsprengköpfen auf Mehrfachsprengköpfe (MRV) und schließlich unabhängig voneinander steuerbare Mehrfachsprengköpfe (MIRV) ein. Mit dem „Polaris-A3"-System hoffte man alle Flächenziele in der SU abzudecken, was allerdings die ständige Präsenz von mindestens 15 der 41 U-Boote auf offener See erforderte. MIRV wurde erstmals 1970 als Dreifach-Angriffs-System für das ICBM-System „Minuteman"-III (3 x 200 Kt) und 1971 als Zehnfach-System (10 x 50 Kt) für das SLBM-System „Poseidon c-3" verwendet. All diese Maßnahmen, dazu gesellten sich noch die bessere Härtung der amerikanischen ICBM-Stellungen sowie größere Reichweiten der SLBMs, jenseits der Masse sowjetischer U-Boot-Abwehrwaffen und aus jeder Position auf den Weltmeeren abfeuerbar („Trident"-Programm), präsentierte McNamara lediglich als „Eindringhilfen" gegen strategische Abwehrsysteme, obgleich Mehrfachangriff bei hinreichender Zielgenauigkeit darüber hinaus auch die Zahl der erreichbaren und zerstörbaren Ziele *vermehrt* und so *zusätzliche* Angriffsoptionen bietet, welche die Zielangriffskapazität insgesamt *steigern*.

## Die amerikanische ABM-Debatte

Mitte der 60er Jahre wurde die Frage, ob die USA einen landesweiten Raketenabwehrschirm aufbauen sollten, zum zentralen Gegenstand der rüstungspolitischen Debatte in den USA. Während eine starke konservative „Hardliner"-Gruppe in und außerhalb der Administration die Installierung eines ABM-Systems verlangte, bezweifelte McNamara dessen praktischen Nutzen und konnte sich kein günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis für die diesbezüglich notwendigen massiven Investitionen vorstellen. McNamara gab der Verbesserung der Eindringfähigkeit und Zielangriffswirkung der Offensivwaffen den Vorzug. Ein ABM-System konnte seiner Auffassung nach gegenüber einer Nuklearmacht wie der SU keine Sicherheit (im Sinne von „Unverletzlichkeit" des eigenen Territoriums) mehr garantieren. Als realistische Option kam es, in Anbetracht der quantitativ und qualitativ recht enormen strategischen Arsenale der beiden „nuklearen Supermächte", nur noch gegenüber kleineren Nuklearstaaten, d.h. Staaten mit weit geringeren strategischen Arsenalen als USA und SU, in Betracht. Die Entwicklung der Waffentechnologie sollte McNamara Recht geben: Das Duell zwischen ABM-Systemen und MIRV-Systemen konn-

Betracht. Die Entwicklung der Waffentechnologie sollte McNamara Recht geben: Das Duell zwischen ABM-Systemen und MIRV-Systemen konn-

ten letztere für sich entscheiden. Als „flächendeckend" war ABM spätestens mit dem Aufkommen der MIRV-Technologie nicht mehr realisierbar. MIRV-Systeme sind nicht nur dazu in der Lage, gegnerische ABM-Systeme zu „saturieren", sie decken vor allem eine Vielzahl von Zielen oder eine Fläche ab. Spätestens Ende der 60er Jahre wurde evident: Wer seine Raketenverteidigung gegenüber der MIRV-Technologie des Kontrahenten effektiv machen will, muß wesentlich mehr zusätzlich aufwenden als derjenige, der sein vorhandenes offensives nuklearstrategisches Arsenal zusätzlich mit immer besserer MIRV-Technologie ausstattet. Daß die ABM-Forschung, Entwicklung und im geringeren Ausmaß dann auch Produktion in den USA dennoch fortgesetzt wurde, hatte die folgenden Gründe:

— Zunächst einmal galt es, die „Hardliner" innerhalb und außerhalb (Kongreß) der Administration zufrieden zu stellen, die, alarmiert durch sowjetische ABM-Arbeiten („Galosh") lautstark die Installierung eines landesweiten, flächendeckenden ABM-Schirms verlangten.

McNamara signalisierte Bereitschaft, die Installierung eines räumlich begrenzten, „dünnen" Schirms von ABM-Stellungen gegen eine mögliche c h i n e s i s c h e Drohung zu veranlassen. Von den ABM-Befürwortern konnte eine „chinaorientierte" ABM-Abwehr als Voraussetzung zu einer später auch „SU-orientierten" interpretiert werden. Zudem ergab eine „chinaorientierte" ABM-Abwehr zum damaligen Zeitpunkt auch noch durchaus einen nuklearpolitischen Sinn. Der Wert kleinerer Nuklearstreitkräfte liegt weniger in der Fähigkeit einen nuklearstrategischen Schlagabtausch mit den nuklearen „Supermächten" führen zu

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

können, sondern darin, als ,,Auslöser'' einer nuklearen Konfrontation zu fungieren, in die dann eine nukleare ,,Supermacht'', u.a. bedingt durch ihr konfrontatives Verhältnis zur anderen nuklearen ,,Supermacht'' quasi gegen ihren Willen hineingezogen wird. (2a) Diese Möglichkeit verstärkt bereits in Friedenszeiten den ,,drohpolitischen'' Charakter kleinerer Arsenale nuklearer ,,Drittstaaten'', die für sich allein genommen kaum oder nur eingeschränkt über ,,second strike-'' bzw. ,,assured destruction capability'' gegenüber den vergleichsweise ,,gigantischen'' Arsenalen der nuklearen ,,Supermächte'' verfügen. Heute muß davon ausgegangen werden, daß es keiner ,,dritten Nuklearmacht'' auf sich allein gestellt gelingen würde, eine der beiden nuklearen ,,Supermächte'' quantitativ (und wohl auch nicht qualitativ) einzuholen, geschweige denn gegenüber beiden ,,Supermächten'' ein glaubwürdiges ,,assured destruction''- oder gar ,,counterforce''-Potential aufzubauen. Eine ,,chinaorientierte'' ABM-Abwehr wollte ein chinesisches Nuklearpotential in dieser Hinsicht entwerten und neutralisieren und somit die USA gegenüber etwaigen nuklearen Unwägbarkeiten durch einen nuklearen ,,Dritten'' versichern. Auf diese Weise erschien es als möglich, die bipolare Nuklearordnung aufrecht zu halten, die man für kontrollierbarer erachtete, als eine multipolare. Eine Rolle spielte in diesem Zusammenhang sicherlich auch der Krieg in Südostasien bzw. die Verstrickung der USA und Chinas in diesen Krieg (3).

— Desweiteren war beabsichtigt, ABM als Verhandlungsmasse in zukünftige strategische Rüstungskontrollverhandlungen mit der SU einzubringen. Dies setzte allerdings voraus, das ABM-Projekt in einem bestimmten Umfang weiter zu verfolgen. Am 24. Januar 1967 erklärte Präsident Johnson in seiner Budgetbotschaft an den Kongreß, seine Administration schlage vor, Entwicklung und Erprobung des für ABM-Zwecke vorgesehenen ,,Nike-X-Systems'' ,,kraftvoll'' fortzusetzen. Gleichzeitig erklärte Johnson, die USA sollten derweil Verhandlungen mit der SU eröffnen mit dem Ziel, durch förmliches oder formloses Abkommen die Dislozierung von ABM-Systemen zu begrenzen und für den Fall des Scheiterns derartiger Verhandlungen die Entscheidung über ABM-Dislozierung erneut überprüfen. In ähnlicher Weise äußerte sich auch McNamara.

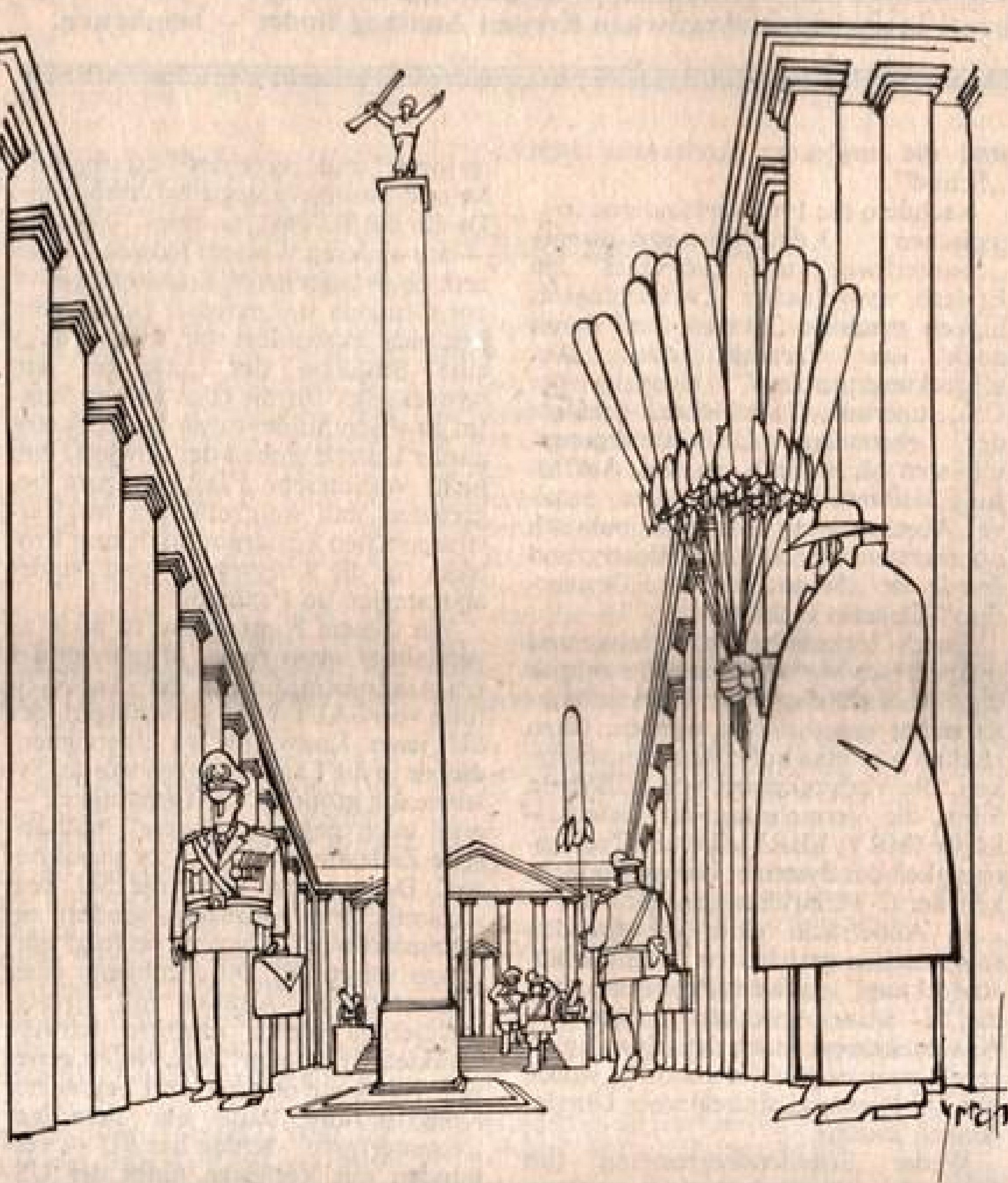
## ,,MAD''-Doktrin und Realität

Im Widerspruch zu McNamaras These, daß nukleare Macht über ,,passive Abschreckung'' hinaus unnütz geworden sei, befand sich allerdings das umfangreiche nuklearstrategische Arsenal der USA. Ihr nuklearstrategisches Arsenal erlaubte den USA, das in der ,,MAD''-Doktrin angegebene Ziel der

fangreiche nuklearstrategische Arsenal der USA. Ihr nuklearstrategisches Arsenal erlaubte den USA, das in der ,,MAD''-Doktrin angegebene Ziel der

,,gesicherten Zerstörung'' und der Fähigkeit zum ,,nuklearen Zweitschlag'' gleich mehrfach auszuführen. McNamara bemühte sich, dieses offensichtliche Mißverhältnis zwischen Doktrin und Potential mit der sogenannten ,,Over Kill''-These zu kaschieren: Demnach hatte jeder Bestandteil der strategischen ,,Triade'' (landgestützte ICBMs, seegestützte SLBMs, nuklearstrategische Bomberverbände) über eine ,,assured destruction capability'' zu verfügen, um gegen einen sowjetischen ,,first strike'' auf jeder Ebene gewappnet zu sein. Insbesondere die Einführung von MIRV mußte dieses Mißhältnis noch verstärken. Zumal sich konservative Fraktionen in den USA von der Einführung dieser Technologie (zuzüglich ABM) die Wiedergewinnung einer unbestrittenen, eindeutigen nuklearstrategischen Überlegenheit erhofften. McNamara sah sich somit mit dem Problem konfrontiert, eine entscheidende qualitative Revolutionierung des strategischen Potentials mit den eher ,,passiven'' Elementen der ,,MAD''-Doktrin in Einklang zu bringen. Von nun an wurde jede Modernisierung und jeder quantitative Ausbau des strategischen Potentials mit der angeblich notwendigen Sicherung der Fähigkeit zum ,,second strike'' begründet. Tatsächlich handelte es sich dabei um eine äußerst notdürftige ,,Begründung'', wurde doch jede Möglichkeit der Erhöhung eigener Offensivkapazitäten ausgeschöpft. Die ,,MAD''-Doktrin einerseits und die zu ihr z.T. im Widerspruch erfolgende reale Rüstungspolitik andererseits waren nicht zuletzt auch Ausdruck von innenpolitischen Widersprüchen und divergierenden Interessen in der politischen und militärischen Administration selbst. McNamara konnte weder die durch innenpolitischen Druck vorangetriebene Waffenentwicklung verhindern, noch war er gewillt, das Konzept der ,,gesicherten Zerstörung'' aufzugeben. Das Wachstum des strategischen Potentials verhielt sich wiederum zur strategischen Doktrin ,,kontrapoduktiv'', da sie zwar eine enorme Steigerung der strategischen Flexibilität gestattete, die jedoch nach der ,,MAD''-Doktrin ungenutzt bleiben mußte. Es gab nur zwei Möglichkeiten, diese Diskrepanz zu beseitigen: a. Verzicht auf die neuen Technologien und Beschränkung auf ein nuklearstrategisches Arsenal, daß die Fähigkeit zum ,,second strike'' gewährleistet oder aber b. Anpassung der Doktrin an die technologische Entwicklung, was die Abkehr von der ,,assured destruction'' zugunsten von ,,counterforce'' beinhalten mußte.

Unter Verteidigungsminister Schlesinger wurde dann später auch diese Abkehr vollzogen. Während McNamara zu der Auffassung gelangt war, daß militärische Macht über bloße Abschreckung hinaus politisch nutzlose Macht geworden sei, war Schlesinger davon überzeugt, daß militärische und auch nukleare Macht politisch ensetzbar und auf absehbare Zeit unverzichtbares Instrument amerikanischer ,,Sicherheitspolitik'' sei. Schlesinger sah in einer Aufgliederung des Abschreckungsprozesses in mehrere Stufen und Szenarien mit je nach den Umständen zugeschnittenen und ausgewählten Zieloptionen die Möglichkeit der Wiederherstellung der Option begrenzter strategischer Kriegsführung und somit auch eine Möglichkeit zur Verbesserung der ,,Nukleargarantie'' für die westeuropäischen Verbündeten. Die Fähigkeit zur und Glaubwürdigkeit der begrenzten strategischen Kriegsführung sollte durch Zielprogrammierung und Bahnverfolgung der Interkontinentalraketen, Verfügbarkeit aller relevanten Daten in Realzeit, Kenntnis der Lage und Härtung der gegnerischen landgestützten Raketen, erhöhte Treffgenauigkeit durch verbesserte Gefechtstechnologie (MIR/MARV) und neue Waffensystem wie der B1-Bomber, die MX-Rakete, Marschflugkörper, neue U-Boote der ,,Trident''-Klasse etc. verbessert werden.



Cartoon von YRRAH (aus ,,Vrij Nederland'', 16.2.85)

Cartoon von YRRAH (aus ,,Vrij Nederland'', 16.2.85)

## SALT I: ABM-Vertrag und Interimsabkommen über ICBMs und SLBMs

Am 26. Mai 1972 wurden die ersten SALT-Abkommen in Moskau von Breschnew und Nixon unterzeichnet. Es handelte sich dabei um den ABM-Vertrag und um das ,,Interimsabkommen'' über ICBM und SLBM nebst einem ,,Protokoll'' über die genaue Begrenzung der Zahl der SLBM und ihrer nuklear angetriebenen Träger-U-Boote sowie eine Reihe von Dokumenten zur Auslegung und Anwendung der vereinbarten Texte, zuzüglich einiger einseitiger protokollarischer Einlassungen.

**Der ABM-Vertrag:** Der Vertrag begrenzt die zulässigen ABM-Systeme in beiden Ländern auf je zwei zu je 100 Abfang-Flugkörpersysteme. In jeder der beiden Stellungen dürfen nur je 100 Startgeräte disloziert werden und für jedes Startgerät nur je ein ABM-Flugkörper bereit gehalten werden (4). Jede der Stellungen durfte einen Radius von 150 km nicht überschreiten und beide müssen von Mittelpunkt zu Mittelpunkt mindestens 1300 km voneinander entfernt liegen. Eine dieser Stellungen darf um die Hauptstadt, die andere um eine ICBM-Stellung angelegt werden. Radaranlagen zur Frühwarnung vor einem ballistischen Flugkörper-Angriff durften nur noch entlang der Peripherie des jeweiligen nationalen Territoriums angelegt werden. Desweiteren verbietet der Vertrag es, anderen Flugkörpern, Startgeräten und Radaranlagen ABM-Eigenschaften zu geben. Dies betraf insbesondere die bereits existierenden Boden-Luft-Abwehrsysteme, deren Umrüstung zu ABM-Zwecken besonders in den USA wiederholt geprobt wurde (z.B. das ABM-Modell ,,Nike-X'' bzw. ,,Nike-Zeus'') und geprobt wird (,,Patriot''). Es sollte ausgeschlossen werden, daß bereits existierende ballistische Flugkörpersysteme in ABM-Systeme konvertiert oder als Doppelzweckwaffen verwendet werden.

Mit den geschilderten Restriktionen sollte der folgende Zweck verfolgt werden: a. die Verhinderung des Aufbaus flächendeckender, landweiter ABM-Systeme (was aufgrund der 1300 km Distanz zwischen den Stellungen, der zahlenmäßigen Begrenzung pro Stellung und dem Verbot des Konvertierens von bereits existierenden Systemen, die theoretisch den Raum zwischen den beiden Stellungen hätten ausfüllen können, nicht mehr ohne Verstoß gegen den Vertrag möglich war); b. wurde das Wachstumspotential der Anlagen derart beschnitten, daß im Falle einer Vertragsaufkündigung das schnelle Aufziehen eines das gesamte nationale Territorium abdeckenden ABM-Schirmes verunmöglicht wurde.

Bündnispolitisch interessant war ein Passus des Vertrages, der den Transfer von ABM-Systemen und Komponenten an andere Staaten verbietet. Dabei handelte es sich um die erste Nichtweitergabeklausel, die über den nuklearen Bereich hinaus in den nicht-nuklearen, konventionellen übergriff. Betroffen waren davon alle ABM-Systemkomponenten, für ABM-Zwecke gebaute Radargeräte und Flugkörper wie Startrampen. Dieser Vertrags-Passus provozierte Anfang der 70er Jahre den Widerspruch der europäischen NATO-Partner, die sich übergangen fühlten (zur europäischen SALT-Kritik siehe weiter unten).

Für die USA war der Inhalt des ABM-Vertragswerkes durchweg akzeptabel, denn: a. war an ein landesweites ABM-System nicht mehr gedacht. Wichtige Kreise hielten gar ein solches Projekt schon damals für niemals realisierbar, zumal in Anbetracht des fortschreitenden quantitativen und qualtitativen Wettlaufs bei den nuklearstrategischen Offensivwaffen die Herausforderungen an ein ABM-System stetig steigen mußten. b. befand sich die ABM-Forschung noch am Anfang, so daß beide Seiten bei näherer Betrachtung nicht mit unmittelbaren Beschränkungen konfrontiert wurden. Die Vertragspartner gingen zudem bei Abschluß des ABM-Vertrages keine Verpflichtungen bezüglich System der Zukunftstechnologie ein. Forschung, Entwicklung und Erprobung neuer Systeme blieben weitgehend von Restriktionen unbehelligt. Das hauptsächliche Manko des Vertrages ist jedoch, daß er die Bekämpfung von Satelliten nicht ausdrücklich untersagt. Untersagt ist lediglich die Bekämpfung der Aufklärungssatelliten, die der Verifizierung von ABM-relevanten und für das ,,Interimsabkommen'' über ICBM und SLBM notwendigen Maßnahmen dienen. Der ABM-Vertrag reicht jedoch nicht aus, die Satellitenbekämpfung generell zu verbieten. Doch gerade die Bekämpfung von Satelliten spielt im Rahmen der Militarisierung des Weltraums eine große Rolle, handelt es sich dabei doch nicht um ein eher ,,futuristisch'' anmutendes Vorhaben, sondern um Maßnahmen mit ganz unmittelbaren Auswirkungen auf das irdische Kriegsgeschehen. Die Entwicklung, Erprobung und Produktion von Anti-Satelliten-Systemen, die den Gegner auf dem Schlachtfeld (bzw. noch im Vorfeld des direkten Kriegsgeschehens) ,,blind, taub, stumm'' machen bzw. die Verbindung zwischen den Streitkräften auf dem Schlachtfeld und der Kommandozentrale unterbrechen sollen, ist ein ganz wesentliches — weil realistisches — Element des gegenwärtigen US-Aufrüstungsprogammes für den Weltraum (5).

**Das ,,Interimsabkommen'' über ICBM und SLBM:** Die Definitionen strategischer Systeme beruhte auf zwei Elementen, dem Reichweitenmerkmal und dem Antriebsmerkmal. Für landgestützte ICMBs lautete die Definition — nach dem Reichweitenmerkmal — ,,ballistische Flugkörper mit einer Reichweite über die kürzeste Entfernung zwischen der nordöstlichen Grenze der kontinentalen Vereinigten Staaten und der nordwestlichen Grenze der kontinentalen Sowjetunion'' (Auslegungsdokument A), in Kilometern ausgedrückt 5.500 km. Diese Entfernung wurde im Rahmen von SALT als ,,Mindestdistanz'' bezeichnet. Sie machte die Mindestreichweite strategischer und ballistischer Flugkörper aus, soweit sie landgestützt und in den beiden betroffenen Staatsgebieten disloziert waren. Für die Definition von SLBMs als strategische Systeme — und somit unter die SALT-Vereinbarung fallend — wurde nicht das Reichweitenmerkmal, sondern das Antriebsmerkmal zugrunde gelegt. Die Definition eines SLBMs als strategisch hängt deshalb von der Art seines Trägersystems ab. Es muß sich dabei um nuklear angetriebene U-Boote handeln, die zudem das Merkmal ,,modern'' — im Vergleich zu den vor 1964 dislozierten Modellen — erfüllen.

ar angetriebene U-Boote handeln, die zudem das Merkmal ,,modern'' — im Vergleich zu den vor 1964 dislozierten

Das auf fünf Jahre befristete ,,Interimsabkommen'' sah lediglich eine Begrenzung der *Startgeräte* und *Plattformen* vor, nicht jedoch der *Flugkörper* selber, ergo auch nicht der *Antriebsstufen, Startsysteme* (z.B. Kaltstartverfahren im Silo, das die Option der ,,Nachladefähigkeit'' eröffnete), *Angriffsspitzen*, ,,Wiedereintrittsvehikel'' /,,reentry vehicle'', oder Behälter /Dispenser dafür, die mehrere Sprengköpfe absetzen können, sogenannte ,,post-boost-vehicle'') und *Sprengköpfe*. Die gesamte MIRV-Technologie wurde von dem Abkommen *nicht erfaßt*, d.h. daß der Vertrag den quantitativen Ausbau der Sprengkopfarsenale zu nuklearstrategischen Zwecken zuließ. Die USA mußten *nicht eines* ihrer laufenden und noch geplanten Waffenprogramme aufgrund des SALT-Abkommens suspendieren. Bereiche wie die der strategischen Fernbomber und Forward Based Systems, bei denen die USA erhebliche Vorteile für sich verbuchen konnten, bleiben wie die MIRV-Technologie unberücksichtigt. Insgesamt verschoben die SALT-Abkommen das Wettrüsten zwischen USA und SU von der quantitativen auf die qualitative Ebene, wo die USA einen deutlichen Vorsprung hatten.

Zwar konnte die SU im vom Abkommen erfaßten Bereich einen Zahlenvorsprung bei den Startgeräten bzw. Flugkörpern (inklusive U-Boote) vorweisen, nicht jedoch für die zielfähigen Waffen, da die sowjetischen Systeme noch nicht mit Borddatenrechnern und MIRV ausgestattet waren. Bis 1975 konnte jeder sowjetische Flugkörper nur einen Sprengkopf auf ein Ziel absetzen. Dies bedeutete, daß die SU mit den ihnen im SALT-Abkommen zugestandenen 2358 Flugkörper-Systemen (gegenüber 1710 der USA im ICBM- und SLBM-Bereich) bestenfalls ebenso viele Ziele angreifen konnten. In Wahrheit war jedoch die Zahl der anvisierbaren Ziele noch erheblich geringer, da die SU — aufgrund der geringeren Treffgenauigkeit ihrer strategischen Systeme — zur Mehrfachabdeckung gezwungen war. Zudem waren die sowjetischen Systeme gegenüber ,,counterforce''-Attacken anfälliger bzw. schlechter gewappnet, als die nuklearstrategischen Systeme der USA. Die Umrüstung der US-SLBM-Streitkräfte von ,,Polaris'' auf ,,Poseidon'', die seit 1971 im Gange war und noch während der Laufzeit des ,,Interimsabkommens'' abgeschlossen werden konnte, brachte mit 496 ,,Poseidon'' auf 31 Booten bis zu 4960 zielfähige 50 kt-Sprengköpfe dank des 10 x 50 kt-MIRV-Systems, mit dem ,,Poseidon'' bestückt wurde. Die 5550 ,,Minuteman''-3 ICBMs erhöhten die Gesamtzahl der Sprengköpfe von US-SLBMs und ICMBs dank ihrer 3 x 170 kt-MIRV Spitzen um weitere 1150 Sprengköpfe. Dazu gesellten sich noch die 480 MRV-Streuangriffs-Sprengköpfe der restlichen ,,Polaris''-A-3 SLBMs auf den übrigen zehn U-Booten (= 160 Systeme) sowie die 450 1 -2 Mt-Sprengköpfe der 450 ,,Minuteman''-2 nebst den 54 massiven Sprengköpfen der ,,Titan''-2. Allein in dem ,,Interimsabkommen'' thematisierten Bereich stellte sich für die Zeit des Abkommens das reale Angriffskräfteverhältnis mit zielfähigen Waffen als etwa 7.200 zu 2.400 (oder drei zu eins) zugunsten der USA dar. Das Kräfteverhältnis verbessert sich weiter zu Gunsten der USA, wenn man die auf Seiten der SU notwendige Mehrfachabdeckung von Zielen sowie die vom Abkommen nicht erfaßten Bereiche (nuklearstrategische Bomber, Forward Based System) mitberücksichtigt.

Die Kritik der Konservativen in den USA am SALT-Abkommen galt dem ihrerseits im Vertragswerk nicht genügend berücksichtigten ,,Faktor Wurfgewicht'', dem Indikator, den ihres Erachtens die SU zukünftig — wenn sie erst mal selbst über die MIRV-Technologie verfügen würden — in Überlegenheit übersetzen könnte, zumal die SALT-Verhandlungen der SU eine Überzahl von 648-Startvorrichtungen/Flugkörpern zugestanden hatten. Kissinger — als Verteidiger und z.T. auch Architekt der SALT-Vereinbarung — erklärte diesbezüglich, daß erst gegen Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre die SU eventuell über mehr oder größere Sprengköpfe verfügen könnten, da ihre Raketen insgesamt eine höhere Nutzlast aufzuweisen hätten. Doch seien die US-Raketen hinsichtlich Verläßlichkeit, Zielgenauigkeit und technologischer Raffinesse denen der UdSSR deutlich überlegen. Zudem würden unabhängig von der Nutzlast die landgestützten System beider Seiten in einigen Jahren verwundbarer sein, schon wegen der Fortschritte bei der Zielgenauigkeit und Schlagkraft. Den USA stände es frei (wie der SU), wenn sie es für nötig erachten würden, ihrerseits

wegen der Fortschritte bei der Zielgenauigkeit und Schlagkraft. Den USA stände es frei (wie der SU), wenn sie es für nötig erachten würden, ihrerseits

das Wurfgewicht ihrer Raketen zu verbessern. In diesem Sinne sei die Kontroverse über das Wurfgewicht irrational, zumal die USA ja sehr bewußt auf zielgenauere und ,,feinere'' Sprengköpfe gesetzt hätten. Die hohen Wurflasten der sowjetischen Systeme standen ja tatsächlich eher für den Versuch, aus einer ,,Not'' (technologischer Rückstand) eine ,,Tugend'' zu machen, denn für ein Streben nach Überlegenheit und Fähigkeit zum ,,pre-emptive strike''.

Den USA ging es insbesondere um eine zahlenmäßige Begrenzung der ,,schwersten'' SU-ICBM-Systeme, insbesondere der SS-9, die sie als Bedrohung der Überlebensfähigkeit ihrer ICBMs sowie als Hindernis für eine kontrollierte nuklearstrategische Kriegsführung betrachteten. Aus der Sicht Kissingers wäre die ,,Alternative'' zur Begrenzung dieser Systeme und damit auch zu den Verhandlungen gewesen, mit den alten Systemen ,,Minuteman''-3 und ,,Poseidon'' quantitativ ,,nachzurüsten'', anstatt auf die Entwicklung neuer, technologisch perfekterer, leistungsfähigerer und überlebensfähigerer Systeme zu orientieren. Zu einer derartigen Orientierung bedurfte es jedoch der parallelen Kommunikation mit der SU. Die SU sollte zu einer ,,Umrüstung'' im strategischen Bereich veranlaßt werden, weg von den ,,schweren'' ICBMs und der vorwiegenden Stationierung von strategischen Systemen auf dem Kontinent. Während die Zahl der US-ICBMs zunächst gleich blieb, ist die der sowjetischen in Folge des SALT-Abkommens um 210 verringert worden, um die im Abkommen eingeräumte Vorrangwahl zugunsten von SLBM auszuüben. Der von den USA erstrebte Transfer eines größeren Teils

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

der strategischen Waffen der UdSSR von Land auf See erfolgte somit. Diese Orientierung sollte nach offizieller US-Auffassung die Bedrohung der US-ICBM-Silos verringern und zugleich die Überlebensfähigkeit der „second strike capability" *unabhängig* von den ICBMs sichern (seestationierte nuklearstrategische Waffen sind für einen pre-emptiv strike erheblich schwerer auszumachen, s.o.) Für die USA war dies von Vorteil, verfügte sie doch in der SLBM-Entwicklung und Dislozierung über einen nicht unerheblichen Vorsprung. Zudem belastete diese „Umrüstung" die SU erheblich stärker, setzten die USA doch schon seit längerer Zeit auf die Dislozierung von dann auch mit MIRV-Technologie armierten SLBMs.

**Anmerkungen/Quellenhinweise**

1. Offiziell wurden und werden die nuklearstrategischen U-Boot-Waffen als „strategisches Faustpfand" deklariert, das auch noch nach dem Verlust anderer atomarer Systeme (ICBMs und strategische Bomber) zur Verfügung stehe. So wird davon ausgegangen, daß die USA mit ihrem SLBM „counter city" Zweitschlagspotential im Ernstfall über 200 sowjetische Städte auslöschen könnten. Dennoch ist die Auffassung, nach der nuklearstrategische U-Boote praktisch unauffindbar und unangreifbar sind, nicht zuletzt aufgrund der Entwicklung neuer Aufklärungs- und Seekriegsmittel zu relativeren. Dies gilt insbesondere für die SU. U-Boote sind zwar selbst unter bestimmten Bedingungen unauffindbar, doch ist ihr Einsatz im hohen Maße von funktionierenden Kommunikations- und Naviagationseinrichtungen abhängig. Die Unauffindbarkeit und Unverwundbarkeit der U-Boote wird somit durch die hohe Anfälligkeit von Kommunikations- und Navigationseinrichtungen z.T. kompensiert. Im Hafen sind strategische U-Boote (SSBN) ohnehin ihrer bedrohlichen Funktion weitgehend entkleidet. Häfen dürften zudem im Kriegsfall als strategisch prioritär Ziele gelten, das bedeutet, es dürfte ein sehr frühzeitiger Angriff auf Hafenanlagen (wie auf Flughäfen) stattfinden. Aus diesem Grunde bemühen sich die USA die Seezeiten ihrer SSBNs auf 50% zu halten. Frankreich und Großbritannien haben kaum je die Hälfte ihrer U-Boote im ständigen Einsatz, die SU begnügt sich gar mit einem Viertel. So geht trotz des zahlenmäßigen Überhangs an SSBNs auf Seiten der SU von dem weitaus größeren Anteil einsatzfähiger U-Boote der NATO eine rechnerisch betrachtet größere Bedrohung aus. Dieser Vorsprung erhöht sich noch durch die ebenfalls weitaus größere Zahl von SLBMs pro NATO-SSBN, so daß sich konstatieren läßt, daß ein US/NATO-SSBN etwa vier bis fünf sowjetische SSBNs aufwiegt.
Pott weist in seiner Studie auf die Gefahr eines Zwangs zur nuklearen Eskalation durch die SSBNs hin, bedingt durch die Gefahr der präemptiven Zerstörung des diesbezüglichen C3-Apparates: „Weniger bei der UdSSR, die kaum ein Viertel ihres Nuklearpotentials auf U-Booten gestützt haben wird, als vielmehr auf Seiten der USA die Mitte der 80er Jahre 75% aller Atomsprengköpfe auf SLBM transportieren, ist es von entscheidender Bedeutung, dieses Arsenal einsatzfähig zu halten. Jedoch schon bei einem konventionellen Krieg wären Kommunikationseinrichtungen gefährdet und jede Seite müßte den Augenblick fürchten, in dem unterhalb der nuklearen Kriegsschwelle die Funktionsfähigkeit ihrer U-Bootkommunikation aufgerieben zu werden droht. D.h. ein konventioneller Angriff auf diese Anlagen, erst recht jedoch der Einsatz taktisch-nuklearer Waffen, führt über kurz oder lang in die Zwangslage, die höchste Stufe strategisch-nuklearer Eskalationsdominanz zu überschreiten. Die USA könnten sich vor die Wahl gestellt sehen,
Anlagen, erst recht jedoch der Einsatz taktisch-nuklearer Waffen, führt über kurz oder lang in die Zwangslage, die höchste Stufe strategisch-nuklearer Eskalationsdominanz zu überschreiten. Die USA könnten sich vor die Wahl gestellt sehen,
ihr U-Bootpotential aus der Kontrolle zu verlieren oder es frühzeitig, quasi präemptiv, einsetzen zu müssen" (Andreas Pott, Sicherheit durch seegestützte Abschreckung?, ISFH-Forschungsberichte, August 1981).

Zwar sind USA und SU dazu in der Lage, „sensible" Schlüsselzonen (in der sie „eingschlossen" werden können) zu meiden, bedingt durch die Reichweiten ihrer SLBMs, und aus den eigenen Hoheitsgewässern heraus, aus den Polarmeeren und die USA auch aus den Ozeanen die Gegenseite zu bedrohen, allerdings ist für taktische wie strategische U-Boote der Aufenthalt in den Randmeeren durch die Drohung mit dem flächendeckenden Nuklearschlag latent gefährdet.
Galten früher SLBMs aufgrund ihrer größeren Ungenauigkeit als nur für den „counter city" bzw. Zweitschlag verwendbar, so ist heute — bedingt durch die Weiterentwicklung der SLBM-Technologie — auch ihr Einsatz gegen „harte Ziele" zu „counterforce"-Zwecken denkbar. Die USA haben sich immer um eine Einreihung der SLBMs unter die nuklearen Kriegsführungswaffen bemüht. SLBMs waren schon immer sowohl für Kriegsführungsfunktionen im Sinne einer nuklearen Offensive auf militärische Ziele als auch für einen „bestrafenden" zweiten Schlag vorgesehen. „Die Vorgänge um die Einführung der MIRV-Technologie in das Poseidon-Programm haben schließlich die Tendenz und das Bestreben offengelegt, strategische U-Boote auch als Erstschlagswaffen einzusetzen. Diese Ausrichtung erscheint inzwischen sogar Priorität erlangt zu haben, betrachtet man vor dem Hintergrund der veränderten Nuklearstrategie der USA die derzeit laufenden Entwicklungen von seegestützten strategischen Cruise Missiles und der MARV-Sprengköpfe" (Pott, s.o.).

Wenigstens die heute der NATO assignierten SSBNs sind den sogenannten „Quick Reaction Alert"-Kräften zugeordnet und haben im „Priority Strike Programm" festgelegte Ziele auf einem europäischen Gefechtsfeld zugewiesen bekommen.
Zur Entwicklung der seegestützten nuklearstrategischen Rüstung siehe auch diverse SIPRI-Jahrbücher sowie Gert Krell/Dieter S. Lutz, Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt; Potentiale, Doktrin, Rüstungssteuerung, Baden-Baden 1980

2 Helmut Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, Unser Beitrag zum Frieden, Stuttgart 1969

2a Als Strauß seinerzeit für westdeutsche Nuklearwaffen plädierte, ging es ihm um die Installierung einer „nuklearen Automatik" auf dem Boden der BRD, der die Funktion zufallen sollte, die USA und ihr nukleares Potential glaubwürdig an das Territorium der BRD „anzukoppeln". Die Anfang der 60er Jahre kreierte französische „Auslöser-These" besagte, daß im Falle eines Zögerns der USA, dem „Agressor" den Nuklearwaffeneinsatz anzudrohen, die „force de frappe" diese Aufgabe übernehmen müßte. Durch den selbstständigen Einsatz seiner Nuklearwaffen sollten die USA (gegen ihren Willen) zum nuklearen Engagement gezwungen werden. Dies veranlaßte wiederum McNamara auf der NATO-Ministertagung im Frühjahr 1962 in Athen zu der Äußerung, die USA seien im Falle einer akuten Nuklearkrise gezwungen, das französische Potential auszuschalten. In der aktuellen Debatte um einen bundesrepublikanischen Finger am „nuklearen Knopferl" werden zum Teil Argumente in die Diskussion eingeführt, die an das alte Strauß-Modell der „nuklearen Automatik" und „umgekehrten Ankopplung" erinnern. So schreibt Koller bezüglich eines BRD-Nuklearwaffenarsenals: „Es darf nicht isoliert den Ressourcen der UdSSR gegenübergestellt werden, sondern man muß seine sich durch Bündnisse und Interessenlage potenzierende Bedeutung sehen. Ein Deutschland im Besitz atomarer Waffen würde es Frankreich und England unmöglich machen, der Entwicklung auf dem Kriegsschauplatz einige Zeit zuzusehen und ihre nuklearen Waffen zurückzuhalten. Denn die Auswirkungen eines atomaren Gefechts in Deutschland sind aus vielerlei Gründen — schon aus solchen der Geographie und der Physik — nicht auf sein Gebiet zu begrenzen. Wegen des Koppelungseffektes aber hätte dies zur Folge, daß auch die USA nicht nuklear abseits stehen könnten" (EW, 1/1984).

Das „chinaorientierte" ABM-Projekt firmierte damals unter dem Namen „Sentinel", zu deutsch: „Schildwache". Zum Aufbau des Systems sollten auch Nike-X-Komponenten Verwendung finden. Ein System aus Nike-X-Komponenten offerierten die USA den westeuropäischen NATO-Partnern 1967 und 1968, zum Zwecke der „Verteidigung" westeuropäischer Städte gegen nukleare Attacken der SU. Die Westeuropäer lehnten jedoch ab, a) weil sie ein derartiges System in Anbetracht der kurzen Vorwarnzeiten im Falle eines europäischen Nuklearkrieges und der Tatsache, daß Maßnahmen zur Überwindung eines westeuropäischen ABM-Schirmes (erhöhte Raketenzahl, Durchdringungshilfen, Attrappen) erheblich billiger waren, für nicht realisierbar hielten; b) weil sie befürchteten, die USA gedenke sich durch ein in Westeuropa installiertes ABM-System vom europäischen Kontinent abzukoppeln. Zudem gilt prinzipiell für ABM-Maßnahmen in Westeuropa, daß sie, sollten sie tatsächlich im Sinne von „Schadensbegrenzung" wirken, noch größeren Anforderungen ausgesetzt sind, denn ein strategischer „Schutzschirm", der den Schaden für die USA im Falle eines nuklearstrategischen Schlagabtausches verringern soll: geringere Flugzeiten der gegnerischen Flugkörper, nicht-ballistische Flugbahnen (bei Marschflugkörpern und Systemen kurzer und kürzerer Reichweite), die Unzahl von TNF-Systemen, die über noch geringere Vorwarnzeiten (bedingt durch ihre geringere Reichweite) verfügen als Mittelstreckenraketen (INF). Zur Abwehr gegnerischer TNF-Systeme bedürfte es extrem schubstarker und schneller Boden-Luft-Raketen, die dazu in der Lage wären, die anfliegenden Raketen noch über dem Territorium des Gegners abzufangen. Zudem gäbe ein ABM-System für die westeuropäischen Staaten, insbesondere die „eng geschnürte" BRD nur als „urban defense", d.h. als landweite, flächendeckende, gerade Städte und Industriezentren absichernde Einrichtung einen Sinn. Ein solches ABM-System ist jedoch noch schwieriger zu bewerkstelligen, als ein ABM-System, das nur auf „point defense", d.h. auf die Verteidigung der eigenen Raketenstellungen orientiert.

Das in den 60er Jahren in den USA erörterte ABM-System sollte aus den folgenden vier Hauptkomponenten bestehen: den beiden Raketentypen „Spartan" und „Sprint" sowie den beiden Radarsystemen PAR (Perimeter Acquisition Radar) und MSR (Missile Site Radar). Bei Spartan handelte es sich um eine dreistufige Feststoffrakete zur „Fernverteidigung" mit einer Nuklearladung von ca. einer max. Reichweite von 650 km in ca. einer Min. Die zweistufige Feststoffrakete „Sprint" sollte mittels ihrer hohen Startbeschleunigung einen relativ kleinen und leichten Nuklearsprengkopf in wenigen Sekunden auf max. 80 km Höhe bringen und der „Nahverteidigung" dienen. Man hoffte, mit Verbesserung der Steuertechnik und Treffgenauigkeit die nuklearen Sprengköpfe der Systeme mittelfristig durch konventionelle Sprengköpfe zu ersetzen, im Sinne einer weiteren Optimierung der „Schadensbegrenzung" (da der durch die Abwehr mit nuklearen Sprengköpfen über dem eigenen Gebiet hervorgerufene nukleare Fall-Out als Handicap betrachtet wurde). Durch die Explosion sollte der Zündmechanismus in der anfliegenden Rakete zerstört werden. Der PAR-Radaranlage fiel die Aufgabe zu, Ziele über tausende von Kilometern zu erfassen. Die MSR hatte Zielverfolgung und Verfolgung und Lenkung der Abwehrraketen mit möglichst hoher Präzision zu garantieren. Langfristig wurde auch an einen integrierten Radarkomplex gedacht. Das „Sentinel"-Programm war nicht das einzige ABM-Programm. Des weiteren wurde die Entwicklung eines seegestützten Systems mit der Bezeichnung SABMIS (Seabased Anti-Ballistic Missile Intercept System) gefördert. Ein weiteres Projekt mit dem Namen BAMBI (Ballistic Anti-Missile Boost Intercept) sollte die Möglichkeit der Bekämpfung sowjetischer ICBMs mit Hilfe von Orbitalwaffen untersuchen.

4. 1974 ergänzten Nixon und Breschnew den Moskauer ABM-Vertrag von 1972 durch ein Abkommen, das die Zahl der ABM-Stellungen in jedem Land von zwei auf eine reduzierte. Hintergrund war weniger ein Wille zur Abrüstung, denn der begrenzte Nutzen der bislang installierten Einrichtungen. Beide Seiten durften wählen, ob sie die Deckung der Haupstadt oder einer ICBM-Stellung vornehmen wollten. Die SU entschied sich für eine Stellung um Moskau, brachte jedoch seither die
war weniger ein Wille zur Abrüstung, denn der begrenzte Nutzen der bislang installierten Einrichtungen. Beide Seiten durften wählen, ob sie die Deckung der Haupstadt oder einer ICBM-Stellung vornehmen wollten. Die SU entschied sich für eine Stellung um Moskau, brachte jedoch seither die
Zahl der dort dislozierten ABM-Systeme nicht auf die erlaubten 100, sondern „fror" sie bei den schon damals errichteten 64 Stellungen ein. Die USA hatten sich schon 1972 für den Schutz der ICBM-Stellung bei Grand Forks in Norddakota entschieden und den begonnenen Bau einer zweiten bei Maelstrom eingestellt. 1976 entschied der Kongreß, daß eine einzige ABM-Anlage sinnlos sei, und befahl die Demontage, die 1977 ausgeführt wurde. Erhalten blieb nur das phasenversetzte Groß-Radar für das Frühwarnsystem gegen ballistische Flugkörperangriffe.

5. Neben dem ABM-Vertrag von 1972 ist auch der Weltraumvertrag von 1967 von Bedeutung. Er erklärt den Weltraum zum Staatengemeinschaftsraum und unterwirft ihn einem Gemeinnützigkeitsregime auf der Basis internationaler Zusammenarbeit und friedlicher Interessenwahrung. Wie der ABM-Vertrag stellt auch der Weltraumvertrag von 1967 nur bedingt eine rechtliche Schranke für die Weltraumrüstung dar. Art.4 Abs. 1 untersagt zwar das Stationieren von Kernwaffen im Weltraum, in Erdumlaufbahnen oder auf Himmelskörpern (dabei ging es damals vor allem um den Mond). Er verbietet jedoch satellisierte Kollisionswaffen ohne Munition (Killersatelliten), Raumflugkörper mit konventioneller Sprengladung sowie Laser- und Partikelwaffen, also die breite Palette bereits existierender oder noch in Planung/Entwicklung befindlicher ASAT/BMD-Einsatzmittel. Auch nicht verboten sind nuklear bestückte Trägermittel, die zwar auf der Erde disloziert sind, ihr Einsatzziel aber im Weltraum haben und Satelliten, die selbst zwar keine Kern- und Massenvernichtungswaffen an Bord haben, aber entscheidend dazu beitragen, daß erdgestützte Trägersysteme solche Waffen (punktgenau) auf gegnerische Ziele führen können (dies betrifft insbesondere Navigations-, aber auch Aufklärungs- und Fernmeldesatelliten).

Die Entwicklung und Dislozierung von Anti-Satelliten-Systemen, die weder vom ABM-Vertrag noch vom Weltraumvertrag erfaßt werden, sind ein wesentlicher Bestandteil der gegenwärtigen Militarisierung des Weltraums. Die SU favorisiert diesbezüglich sogenannte „Killer Satelliten". Die USA testeten Ende 1959 erstmals ein sogenanntes „Boden-Raum-System", das auf dem Abschuß von landgestützten Raketen gegen Satelliten beruhte. Es ermöglichte den USA ein funktionierendes, wenngleich nicht sehr effektives Satellitenabwehrsystem von Beginn der 60er bis Mitte der 70er Jahre.

Am 21. Januar 1984 testeten die USA erfolgreich ein 1977 unter Carter in Auftrag gegebenes „Luft-Raum System", das auf einem schnell fliegenden Raketenprojektil MHV (Miniature Homing Vehicle), das von einem F-15 Kampfflugzeug in 20 km Höhe getragen und dort gegen Satelliten abgeschossen werden kann. „Anders als das relativ plumpe und vor allem (mehrere Stunden) lang dauernde Antisatellitenverfahren der SU, kann das neue System der USA seinen Zielsatelliten somit in wenigen Minuten erreichen und durch Kollision zerstören. Die strategische Möglichkeit, den Gegner bereits im Vorfeld eines Krieges ‚blind, taub und stumm' zu machen, ist in greifbare Nähe gerückt. In Krisenzeiten wird diese Möglichkeit allerdings eher als Anreiz zu einem Präemptivkrieg denn stabilisierend wirken" (Dieter S.Lutz, „Sternenkrieg", Weltraumrecht und Rüstungssteuerung, in: B 48/84).

6. Der damalige „Verteidigungsminister" Laird: „Das einzige strategische Programm der USA, das verlangsamt oder gestoppt wird, ist das Safeguard-Programm, das wir umorientieren auf die zwei Stützpunktverteidigungsgebiete, die von den Verträgen erlaubt sind (gemeint ist der ABM-Vertrag und das US-ABM System der 70er Jahre mit dem Namen „Safeguard". Es handelte sich dabei um eine schubstarke Boden-Luft-Rakete; Anm.dsm). Die USA haben kein laufendes Beschaffungsprogramm im Bereich strategischer Offensivwaffen, das direkt von den Verträgen berührt wird. Die Programme Minuteman III, Poseidon, SCRAM, SCAD, B-1, Trident und andere laufen gegenüber früheren Vorlagen des Verteidigungsministeriums unverändert weiter. Als zusätzliche Programme bzw. zur Beschleunigung empfehlen wir: Entwicklung von Raketenabwehr zur Stützpunktverteidigung, Entwicklung eines U-Boot-gestützten Lenkflugkörpers, Verlegung von Bombern, Verbesserung der Satelliten-Beobachtung, Entwicklung verbesserter Wiedereintrittskörper erweiterte Bemühungen um fortgeschrittene Technologie für Kommando, Kontrolle und Kommunikation" (zitiert nach Krell, Zur Theorie der Rüstungsdynamik, in: Klaus-Dieter Schwarz, Sicherheitspolitik, Bad Honnef-Erpel,
eintrittskörper erweiterte Bemühungen um fortgeschrittene Technologie für Kommando, Kontrolle und Kommunikation" (zitiert nach Krell, Zur Theorie der Rüstungsdynamik, in: Klaus-Dieter Schwarz, Sicherheitspolitik, Bad Honnef-Erpel,
September 1981, 3. Auflage).

dsm




Cartoon von YRRAH (aus „Vrij Nederland", 17.3.84)

## Erläuterungen /Abkürzungsverzeichnis:

**MRV/MIRV:** Ursprünglich besaß jede Rakete *einen Atomsprengkopf*. Ende der 60er Jahre entwickelten die USA die Fähigkeit, jede Rakete mit mehreren Sprengköpfen auszustatten (die SU folgte mit einigem Abstand nämlich Mitte der 70er Jahre bei dieser Technologie). Anfangs hatten die Raketen nur ein „Wurfpaket" (MRV) von mehreren Sprengköpfen, später konnte mit jedem Sprengkopf je ein eigenes Ziel angesteuert werden. Man nennt diese MIRV = Multiple Independently targeted Reentry Vehicle (auf deutsch: unabhängig voneinander lenkbare - atombombentragende - Wiedereintrittsflugkörper, wobei mit „Wiedereintritt" der technologisch schwer zu bewältigende Einflug in die Erdatmosphäre gemeint ist).

Eine Rakete fliegt auf einer Flugbahn von ca. 10.000 km rund eine halbe Stunde. Nur zu Beginn brennt die Rakete. Wenn sie den höchsten Entfernungspunkt von der Erde erreicht hat (ca. 1300 km) werden die einzelnen Sprengköpfe ausgestoßen bzw. mit kleinen Steuerraketen in ihr Ziel gesteuert. (MIRV) Der „letzte Schrei" (vorläufig) ist die Entwicklung sog. MARV-Technologie (manoevrable re-entry vessels), wobei die einzelnen Atomsprengköpfe noch nach dem Wiedereintritt in die Atmosphäre genauer ins Ziel gesteuert werden können. Das Endziel wird zuvor als eine Art Photobild dem Atomsprengkopf eingespeichert. Mit dieser Technologie können auch Raketen von U-Booten aus punktzielgenau ein Ziel erreichen. Das scheiterte bislang daran, daß U-Boote ihren Standort nicht so genau bestimmen können.

**„Verbunkerung" („Härtung"), „CEP"** Sehr bald fing man an, die Raketen in verbunkerten Silos aufzustellen. Solche Bunker können den Druck von rund 1000 Atmosphären Überdruck aushalten, was dadurch erreicht wird, daß die Raketen tief unten in einem Beton- oder Steinberg gelagert werden. Mitte der 70er Jahre hatten die USA alle ihre landgestützten Raketen (ICBM) in solchen Bunkern untergebracht. Weil inzwischen die Raketen so genau zielen können, daß selbst diese Bunker einer Atomexplosion (im unmittelbaren Umkreis) nicht standhalten könnten, entwickelten die USA und die Sowjetunion inzwischen neue Raketen, die so klein sind, daß sie überall in der Gegend unhergefahren werden können und dadurch vor Gegenschlägen geschützt und getarnt sind. Die *Zielgenauigkeit* einer Atomrakete wird wird gemessen als „Circular Error Probable" (CEP = Streukreishalbmesser). Das bezeichnet den Radius eines Kreises um einen Zielpunkt, in dem jede 2. Atomrakete eines Typs (d.h. mit einer Wahrscheinlichkeit von 50%) genau landen würde. Diese Zielgenauigkeit ist der wichtigste Faktor, um ein anvisiertes Ziel zerstören zu können. Würde man einen Atomsprengkopf mit der doppelten Sprengkraft ausstatten, macht das nicht einmal 1/8 der Wirkung aus, als wenn man die Zielgenauigkeit verdoppeln (=halbieren) kann. Gemeinhin gilt, daß jede Rakete, die genauer als 185 Meter auf ein verbunkertes Raketensilo trifft, dieses zerstören kann, auch bei einem kleineren Atomsprengkopf, bei Zielgenauigkeiten oberhalb 370 Meter können selbst riesige Wasserstoffbomben (im Megatonnenbereich) solche Raketensilos nicht mehr zerstören.

Aus diesem Grunde konzentrierte sich in den 70er Jahren, d.h. nach der Entwicklung der Mehrfachsprengköpfe, die Raketentechnologie darauf, die Zielgenauigkeit zu verbessern. Gerade jetzt ist die Zeit der Umrüstung der US-Raketen auf punktgenaue Sprengköpfe, die jedes verbunkerte Ziel, das sie erreichen, auch zerstören können.

**SALT:** Strategic Arms Limitation Talks

**SLBM:** Submarine Launched Ballistic Missile (d.h. ballistische Raketen, die auf nukleargetriebenen U-Booten installiert sind)

**SSBN:** Sub-Surface Ballistic Nuclear (nukleargetriebene U-Boote mit ballistischen Raketen als Bewaffnung)

Nukleargetriebene U-Boote verfügen über den Vorteil längerer Tauchzeiten (was ihnen z.B. das Unterqueren des Nordpols ermöglicht bzw. - ganz allgemein — sie für den Gegner schwerer ortbar und verwundbar macht).

Während die alten „konventionellen" Diesel-elektrisch angetriebenen U-Boote immer wieder auftauchen und „schnorcheln" mußten, um aufzuladen, verfügen Atom-U-Boote theoretisch über die Fähigkeit, so lange auf Tauchfahrt zu bleiben, wie die Brennstäbe im Reaktor reichen. Die Energie für Überwasser und Unterwasserfahrten wie für Licht, Druckaggregate und Apparaturen wird von einer einzigen Quelle bezogen, die überdies eine Kapazität besitzt, die weit über denen konventionell angetriebener U-Boote liegt. Die Atomreaktoren liefern zudem genügend Energie, um in getauchtem Zustand aus Meerwasser Sauerstoff zu gewinnen.

**ICBM:** Intercontinental Ballistic Missile

**ABM:** Anti-Ballistic-Missile

**C3-I:** Command, Control, Communication

Die **TRIDENT-C-4** hat eine Reichweite von 4.000 Seemeilen und trägt 8 bis 10 Sprengköpfe von jeweils 100 KT, mit 3 Antriebsstufen und Feststoffantrieb. Gegenüber dem alten Poseidon-System fliegt sie 2.700 km weiter, was den Operationsradius der sie tragenden Atom-U-Boote erhöht. Die US-U-Boote können seit der Einführung der Trident-C-4 sowjetisches Gebiet aus erheblich größerer Distanz anvisieren und auch ihre Ortung ist durch die größere Reichweite schwieriger geworden. Hatte das Operationsgebiet der Poseidon-U-Boote eine Größe von ca. 3 Mio. Quadratmeilen, so können mit Trident-C-4 armierte U-Boote in einem Gebiet von 14,5 Mio. Quadratmeilen operieren. Die US-SSBNs können somit besser die Weite des Seeraumes nutzen, näher unter den eigenen Küsten operieren und sich besser der gegnerischen U-Boot-abwehr entziehen.

Das „Nachfolgeprojekt" heißt **TRIDENT-D-5** und wird für Ende der 80er Jahre erwartet. Dieses System stellt gegenüber seinen Vorgängern eine weitere quantitative und qualitative Steigerung dar. Die Reichweite soll bei 6.000 Seemeilen liegen (= ca. 11.000 km), es soll über 14 bis 16 einzeln und endphasen lenkbare Sprengköpfe (MARV) verfügen (s.o.), mit einer Sprengkraft von jeweils 150 bis 300 Kt. Die strategischen Vorteile von Trident-C-4 erfahren eine weitere Steigerung. Allein das potentielle Operationsgebiet der Trident-D5 SSBNs würde ca. 42,5 Mio. Quadratkilometer betragen, ein Areal, das kaum noch zusätzliche strategische Optionen zuläßt.

# NATO-Südflanke Teil IV

**Die NATO bezeichnet das Mittelmeer häufig als ihre „Südflanke", an der ihr heute aus allen Richtungen Gefahr drohe, nachdem sich hier noch bis in die 50er-Jahre hinein die Idylle eines Meeres, umgeben von NATO-Staaten und ihren Kolonien befunden hätte. Im ersten Teil des Artikels (in AK 258, S.12/13) wird dargelegt, daß noch und gerade heute das Mittelmeer als ‚mare nostrum' für die NATO als Angriffsplattform in alle Richtungen dient: in die schlecht gesicherte Flanke der Sowjetunion, aber vor allem auch in den Nahen und Mittleren Osten und nicht zuletzt nach Afrika.**

**Im 2.Teil (in AK 259) begannen wir mit der Darstellung der Situation in den einzelnen NATO-Ländern. Spanien und Portugal stellen als europäische Nachbarn der USA weitab von der europäischen Hauptfront die Versorgungsbasis des NATO-Paktes mit zahlreichen strategischen Stützpunkten und die Kontrollplattform des westlichen Mittelmeeres und der Atlantikrouten. Spaniens Armee und Flotte werden nach dem NATO-Eintritt in einem rasanten Programm auf NATO-Niveau umgerüstet.**

**Im 3.Teil (in AK 260, S.27/28) wurden Italien und Griechenland behandelt. Italiens Flotte und Luftwaffe nehmen neben den USA (und auch Frankreich, das nur offiziell sich nicht an der militärischen Integration der NATO beteiligt) zentrale militärische Funktionen in der NATO wahr. Die Masse des italienischen Heeres steht zum Einfall in Jugoslawien bereit — um dieses Land natürlich vor der Sowjetunion zu schützen. Die NATO brauche „Griechenland als verläßlichen Partner, politisch stabil, ökonomisch gesund und militärisch stark", heißt es. Doch mehr als das Obristenregime in den 60er Jahren bereitet heute Papandreou mit seinen Anti-NATO-Ausfällen Schwierigkeiten.**

**In diesem AK wird die Serie mit der Türkei als östlichen Pfeiler der NATO im Mittelmeer abgeschlossen.**

**Diese Serie ist übrigens eine überarbeitete Fassung des Artikels, der inzwischen in einer Broschüre der Initiative ‚Kein Frieden mit der NATO — Raus aus der NATO!' erschienen ist.**

**Diese Serie ist übrigens eine überarbeitete Fassung des Artikels, der inzwischen in einer Broschüre der Initiative ‚Kein Frieden mit der NATO — Raus aus der NATO!' erschienen ist.**

Herbst 1985, Ostanatolien: Panzer rasseln durch Dörfer, Soldaten brechen Türen auf, zerschlagen das Mobiliar, vernichten Erntevorräte, die Bewohner werden auf dem Dorfplatz zusammengetrieben. „Wehrsiedlungen" werden errichtet, rund 50 Dörfer evakuiert, die Bevölkerung an die Mittelmeerküste deportiert. Anderswo sind Düsenjäger im Einsatz gegen die eigene Bevölkerung. Sie führen einen unerklärten Krieg gegen das kurdische Volk. Schon im Frühsommer des Vorjahres operierten 6.000 türkische Soldaten sechs Wochen lang im türkisch-irakischen Grenzgebiet, absprachegemäß bis zu 30 km tief auf irakischem Territorium. An die 2.000 „Separatisten" wurden gefangengenommen. Genau zur selben Zeit lief das Manöver „Adventure Express 83" der Mobilen Einsatztruppe der NATO, in dem 4.000 Elitesoldaten über der Osttürkei abgesetzt wurden (1). Zufälliges Zusammentreffen?

### Die militärstrategische Bedeutung der Türkei

Zwei große „Hilfsaktionen" hat das westliche Bündnis dem Partnerland Türkei gewährt — „nicht aus reiner Menschenfreundlichkeit", wie der zuständige US-Ministerialbeamte Richard Burt offenherzig bekennt, „sondern weil eine starke und stabile Türkei unbedingt in unserem Interesse ist" (2). Die traditionelle Rolle der Türkei bei der Kontrolle der Meerengen steht dabei längst nicht mehr im Vordergrund. Immerhin — Bosporus und Dardanellen sind wirkungsvolle Sperren, die es der SU in Krisenzeiten unmöglich machen, mit ihrer Schwarzmeerflotte im Mittelmeer zu intervenieren, und die dort operierende 3. Eskadra der Sowjetmarine leicht in eine Mausefalle geraten ließen (3).

### Horchposten und Flankenbedrohung gegen die SU

### Horchposten und Flankenbedrohung gegen die SU

Wichtiger wird heute die Lage der Türkei im Schnittpunkt der Konfliktlinien der NATO — Warschauer Pakt einerseits und NATO — Mittelost andererseits bewertet. Die Türkei kann hier wahlweise als Sperriegel oder als Landbrücke fungieren. Sie wurde von den USA zu einem Spionagezentrum ersten Ranges ausgebaut. 1980 waren in der Türkei 5.000 US-Militärs in 26 Basen und Anlagen stationiert (4). „Seit dem Verlust der elektronischen Aufklärungsstationen im Iran sind die vergleichbaren Einrichtungen in Sinop an der Schwarzmeerküste und in Karmüsel am Marmarameer um so wichtiger geworden zur Verfolgung sowjetischer Raketentests neben der Überwachung von See- und Luftraumaktivitäten im Schwarzen Meer. Zu diesem System gehören auch weitere Anlagen in Samsun und Diyabakir sowie eine seismologische Installation in Balbasi bei Ankara, die sich mit sowjetischen Nukleartests befaßt. Neben zahlreichen Bodenstationen ihres ‚Defense Satellite Communications'-Netzes betreiben die Amerikaner in der Türkei ferner in Kargaburun am Maramarameer eine Loran-Navigationsstation" (5).

In Konya wurde Ende 1983 eine von drei vorgeschobenen Einsatz-Basen des AWACS-Systems eingerichtet (5a). Etwa ein Viertel ihrer gesamten Direktaufklärung über das sowjetische Raketenprogramm tätigt die NATO über türkische Anlagen. Die geographische Nähe bietet dabei entscheidende Vorteile: „Von westlichen Beobachtungsposten in der Türkei kann die von sowjetischen Flugkörpern erzeugte Hitze gemessen und sogar tragbare Sprechfunkgeräte können abgehört werden. Dieses Tausend-Meilen-Fenster nach Rußland ist unersetzbar" (6).

Im Kriegsfall kommt der NATO-Südost-Flanke im Rahmen der US- und NATO-Kriegsführungspläne eine „Entlastungs-Angriffs-Funktion" (7) zu. Wie es in dem „Leitlinien-Dokument" des Pentagon von 1982 heißt, „ ‚werden Offensivmaßnahmen gegen die Flanken des Warschauer Paktes besondere Bedeutung erhalten, um einen Abzug von Verbänden des Paktes von der Zentralfront zu erzwingen'. Die Nordflanke stützt sich auf Norwegen, die südliche Flanke auf die Türkei" (8). Die türkische Armee selbst, mit über einer halben Million Mann die größte NATO-Armee überhaupt in Europa, bindet — nach eigener Einschätzung — mindestens 20 sowjetische Divisionen (9). Die Herrichtung der Türkei zur „Angriffsplattform gegen die Südflanke des Warschauer Paktes" (10) wird als „wirksamste Gegenbedrohung Südrußlands" (11) gerade von bundesdeutschen Militärexperten für äußerst wichtig gehalten — denn sie schwächt die sowjetischen Kräfte in Mitteleuropa und verschlechtert die strategische Gesamtsituation der SU ganz wesentlich: „Die Möglichkeit, auf türkischem Boden Waffensysteme einer ausreichenden Reichweite gegenüber der südlichen Sowjetunion (etwa 300-600 km von der türkischen Nordküste über das Schwarze Meer bis zur Krim und zur südrussischen Küste) zu stationieren und dazu auch in Richtung auf das Kaukasusgebiet zu operieren, setzte Rußland zurück in seine historische Dreifrontenkriegslage für den Fall eines bewaffneten Konflikts" (12).



Die Türkei ist zentraler Horchposten der NATO in die Sowjetunion (aus: Int. Wehrrevue)

### Sprungbrett für die „Schnelle Eingreiftruppe"

Die „Brauchbarkeit" der Türkei als Aufklärungszentrum und Flankenbedrohung gegen die Sowjetunion wird aus der Sicht der NATO-Planer noch übertroffen durch ihre Rolle als Basis für mögliche Nah- und Mittelost-Interventionen. Mit der Aufstellung der „Schnellen Eingreiftruppe" (RDF) ab 1979 sind die USA zu einer Politik der offenen Intervention zurückgekehrt. Bereits 1982 standen 220.000 Mann bereit, darunter vor allem Spezialeinheiten wie die „Green Berets" und die „Special Forces" des Heeres und das Marinecorps sowie Teile des strategischen Bomberkommandos inklusive Atombewaffnung.

Das größte Problem für den praktischen Einsatz dieser Truppen war der Transport in die Einsatzzonen und der Nachschub für längeranhaltende Operationen. Die Lufttransportkapazität des Strategic Airlift Command ist begrenzt. Dazu kommt, daß die Großraumtransportflugzeuge C-5A „Galaxy" die meisten Flughäfen überhaupt nicht anfliegen können, die kleineren C 141 Starlifter weniger als die Hälfte der infragekommenden Flugplätze des Mittleren Ostens (14). „Wir können", erklärte RDF-Kommandeur Robert Kingston, „in zwei Tagen eine Luftlandebrigade in den Nahen Osten transportieren. Im Falle einer Krise können wir innerhalb von zwei Wochen eine ganze Division im Nahen Osten stationieren. Um diese Operationen durchzuführen, brauchen wir in der Region Lagerungsmöglichkeiten für schweres Material" (15).

Die Errichtung von Depots für Waffen und Gerät in der Türkei würde einen Großteil der Kapazitäten für Truppentransporte freimachen und die Schlagkraft der RDF wesentlich steigern. Der einmalige Wert der Türkei für RDF-Operationen im Mittleren Osten liegt vor allem darin, daß hier eine vollständige, zuverlässige Einflugschneise bis praktisch auf taktische Einsatzweite zum Persischen Golf besteht, und daß diese Route die einzige ist, die permanent einsetzbar und auch bei längeren Mittel-Ost-Kriegen sehr sicher zu schützen ist (16).

Nach den Auseinandersetzungen um die türkische Zypern-Invasion, die 1975 zu einem zeitweiligen Waffenembargo der USA und zur (formellen) bei längeren Mittel-Ost-Kriegen sehr sicher zu schützen ist (16).

Nach den Auseinandersetzungen um die türkische Zypern-Invasion, die 1975 zu einem zeitweiligen Waffenembargo der USA und zur (formellen) Übernahme der US-Stützpunkte durch die Türkei geführt hatten, wurden die beiderseitigen Beziehungen Anfang der 80er Jahre durch Verträge neu geregelt. Das Abkommen vom 29.3.80 regelt die Nutzung der US-Militäreinrichtungen in der Türkei gegen Militär- und Rüstungshilfen der USA" (17). Da die türkische Regierung auf gute Beziehungen zu den Staaten im Nahen und Mittleren Osten großen Wert legt, und darüberhinaus auf einen weitverbreiteten Anti-Amerikanismus in der türkischen Öffentlichkeit Rücksicht nehmen muß, hat sie mehrfach erklärt, die US- und NATO-Basen dürften nur im „NATO-Fall" (Angriff auf ein Mitgliedsland) für militärische Aktionen genutzt werden. Diese Ankündigungen werden in NATO-Kreisen allerdings nicht sonderlich ernst genommen, zumal die NATO sich insgesamt bereit erklärt hat, Aggressionen der USA auch außerhalb des Bündnisterritoriums mit abzudecken, und der „NATO-Fall" von der Türkei recht großzügig interpretiert wird (18).

Nach der Schaffung eines „türkisch-amerikanischen Verteidigungsrates" Ende 1981 wurde 1982 ein „Memorandum Of Understanding" geschlossen, das den Ausbau von 15 türkischen Flughäfen und den Bau eines neuen vorsieht. Vor allem geht es darum, Start und Landung von Großtransportern (wie den C-5A „Galaxy") zu ermöglichen. Weiter erlaubt das Abkommen den USA, in Krisenfällen Truppen in die Basen zu verlegen und schon vorher dort militärisches Gut einzulagern (19).

Wie die USA von diesen Stützpunkten Gebrauch macht, hat sie bereits in der Vergangenheit demonstriert:

— Die US-Intervention im Libanon 1958 lief bekanntermaßen über die US-Airbase Incirlik (bei Adana am Schwarzen Meer)

— Im Schwarzen September 1970 erhielt Hussein einen Großteil seines Nachschubs für das Niedermetzeln der in Jordanien lebenden Palästinenser von dort

— Nach der Botschaftsbesetzung in Teheran wurden die Fallschirmjäger in Incirlik in Alarmzustand versetzt, und von dort aus startete ein Teil der Flugzeuge zur versuchten Geiselbefreiung

— Bei der Versorgung des US-Kontingents im Libanon 1983/84 war ebenfalls Incirlik Versorgungsstützpunkt (20).

### Regionale Ordnungsmacht

Die Türkei will jedoch nicht nur das „vorgeschobene Flugzeugmutterschiff der Vereinigten Staaten" sein. Sie erhebt selbst Anspruch auf eine regionale Großmachtrolle, und fühlt sich zur „Lösung" von „regionalen Sicherheitsproblemen und internen Aufständen" in Nachbarländern berufen: „Die Türkei hat ernstliche Zweifel, ob die RDF nützlich wäre gegen ‚low-level'-Konflikte, egal, ob indirekte sowjetische Initiativen beteiligt sind oder nicht. Die Länder der Region sind besser geeignet, mit solchen unvorhersehbaren Fällen umzugehen" (21).

Ohne selbstverständlich auf das eigene Einsatzinstrumentarium zu verzichten, wird dieser Machtanspruch von der NATO unterstützt. „Sowohl für sehbaren Fällen umzugehen" (21).

Ohne selbstverständlich auf das eigene Einsatzinstrumentarium zu verzichten, wird dieser Machtanspruch von der NATO unterstützt. „Sowohl für die NATO als auch für sich selbst" könne die Türkei „einer der potentiell großen stabilisierenden Faktoren in der Region", „eine bedeutende regionale Abschreckungsmacht" sein (22). Dabei wird durchaus gesehen, daß die Türkei nicht nur als Anhängsel der US- und NATO-Politik erscheinen sollte, sondern zur Erfüllung ihrer Funktion eine gewisse (scheinbare) Eigenständigkeit aufweisen muß. „Gerade der Versuch aber, in der Region eine Rolle zu spielen, die nicht mit dem Stigma der Paktgebundenheit gebrandmarkt ist, dürfte die Türkei langfristig als westlichen Außenposten wertvoller machen als eine Politik im Namen der westlichen Mächte, die den Konfliktstoff in der Region nur erhöhen könnte" (23).

Nach dem Militärputsch — von 1980 auf 1981 — stieg der Militäretat um 65% und machte damit 18% des gesamten Staatshaushaltes aus. Der Generalstab der Armee erarbeitete ein ehrgeiziges Vier-Stufen-Programm, um militärisch den ins Auge gefaßten Aufgaben gewachsen zu sein. Sowohl in der NATO wie in der „Joint Defence Group" wurde dieser Plan mehrfach diskutiert und Einzelheiten der Zeit- und Finanzplanung festgelegt. Insbesondere mit Hilfe der BRD werden große Anstrengungen zum Aufbau einer türkischen Rüstungsindustrie unternommen, die auch regionale Bedeutung erlangen soll bzw. z.T. bereits erlangt hat. Rüstungs-Kooperationsabkommen bestehen mit Pakistan, Bangladesh, Jordanien, Somalia und dem Irak; enge Zusammenarbeit auch mit Ägypten. Klammheimlich, unter stillschweigender Duldung der USA, beteiligt sich die Türkei an der Entwicklung der „Islamischen Bombe" in gemeinsamer Atomforschung mit Pakistan (24).

Die eingangs geschilderten Militäraktionen der Türkei im türkisch-irakischen Grenzgebiet dienten nicht nur der blutigen Unterdrückung der kurdischen Peschmerga, sondern signalisierten auch, daß die Türkei bereits in der Praxis eine regionale Polizistenrolle übernommen hat, die auch vor der Grenze anderer Staaten nicht halt macht. Die Schwächung sowohl des Iran wie Irak — beide haben gemeinsame Grenzen mit der Türkei und sind in den letzten Jahren zu deren Handelspartnern aufgerückt — hat die türkische Stellung sehr gestärkt. Der Import-Bedarf beider Staaten ist durch den Krieg enorm gestiegen, die türkischen Straßen sind die einzigen passierbaren Landtransportwege, und Irak ist für seinen Öl-Export allein auf die Pipeline Kirkuk-Iskenderun angewiesen.

Fortsetzung nächste Seite

### Halbamtliche Begründung für einen Militärputsch

„Mit der Türkei besitzt der Westen eine geopolitische-strategische Schlüsselstellung für das Gleichgewicht im östlichen Mittelmeer und im gesamten Nahen Osten ... Eine Abwendung der Türkei vom westlichen Bündnis würde die NATO-Verteidigung an der Südflanke empfindlich treffen, die Kontrolle der strategisch wichtigen Meerengen durch die westliche Allianz nicht mehr erlauben und die Aktionsmöglichkeiten der westlichen See- und Luftstreitkräfte z.B. in einem militärischen Nahost-Konflikt erheblich einschränken. Allein das Ausscheren dieses Staates aus dem westlichen Verteidigungsdispositiv würde die strategische Situation fundamental verändern. Und ein Bündnis etwa zwischen der Sowjetunion und der Türkei würde gar für die westliche Sicherheit und die Unabhängigkeit der Länder des Nahen und Mittleren Ostens eine kritische Lage herbeiführen."

(Walter Schilling: Die Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens für die westliche Sicherheit, Europäische Wehrkunde 8/80, S.379)

„Die Türkei kann die Flanke der NATO sein, sie ist aber vor allem die zentrale Front für die Stabilität im Nahen Osten".

(General W.A. Knowlton vor der Vereinigung der Reserveoffiziere am 24.2.77 in Washington, zit. nach Gürkan, S.24)

„Unsere Türkeihilfe ist kein herablassendes, generöses Geschenk an diesen Verbündeten. Sie dient der Wahrung unserer eigenen elementaren Sicherheitsinteressen, sie ist unser Beitrag zur bündnisinternen Lastenteilung zugunsten der Stabilisierung dieser Region ..."

(Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt, am 4.12.82, in Südosteuropa-Mitteilungen 1/83, S.13)

„Mit ihrer gestiegenen internationalen Bonität und der wiedergewonnenen politischen Stabilität bildet die Türkei für ausländische Exporteure und Investoren attraktive Geschäftsmöglichkeiten."

(Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinvestitionen, Weltwirtschaft am Jahreswechsel 1984/85: Türkei, Januar 1985, S.5)

Fortsetzung von vorheriger Seite

Für den Fall einer Niederlage des Irak hat die Türkei bereits weitgehende Ansprüche angemeldet: Der New Statesman meldete am 15.7.83, Ankara wünsche von Washington „freie Hand, in den Irak zurückzukehren und die Kontrolle der Ölfelder von Kirkuk zu übernehmen, falls die Bagdader Regierung Saddam Husseins stürze". Mittlere US-Beamte, so der New Statesman, schlössen nicht aus, daß solche Vorschläge weiter oben geprüft würden (25).

Alles in allem wird deutlich, daß nicht nur die Türkei selbst Vormachtansprüche innerhalb der Region stellt, sondern auch die USA und die NATO großes Interesse an einem „Krisenbogen" Ägypten, Saudi-Arabien, Israel, Türkei, Pakistan zeigen, und daß der Türkei darin eine Rolle als Ordnungsmacht im Mittleren Osten und als neues subimperialistisches Zentrum zugedacht ist. Interventionen türkischer — islamischer — Soldaten machen kein so schlechtes Bild wie ein Eingreifen der Supermacht USA, und wesentlich billiger sind sie überdies. Eine unkontrollierbare Eigenständigkeit der türkischen Politik ist dabei nicht zu befürchten — ist sie doch als NATO-Land und hoch verschuldeter Kreditnehmer völlig von ihren westlichen Partnern abhängig.

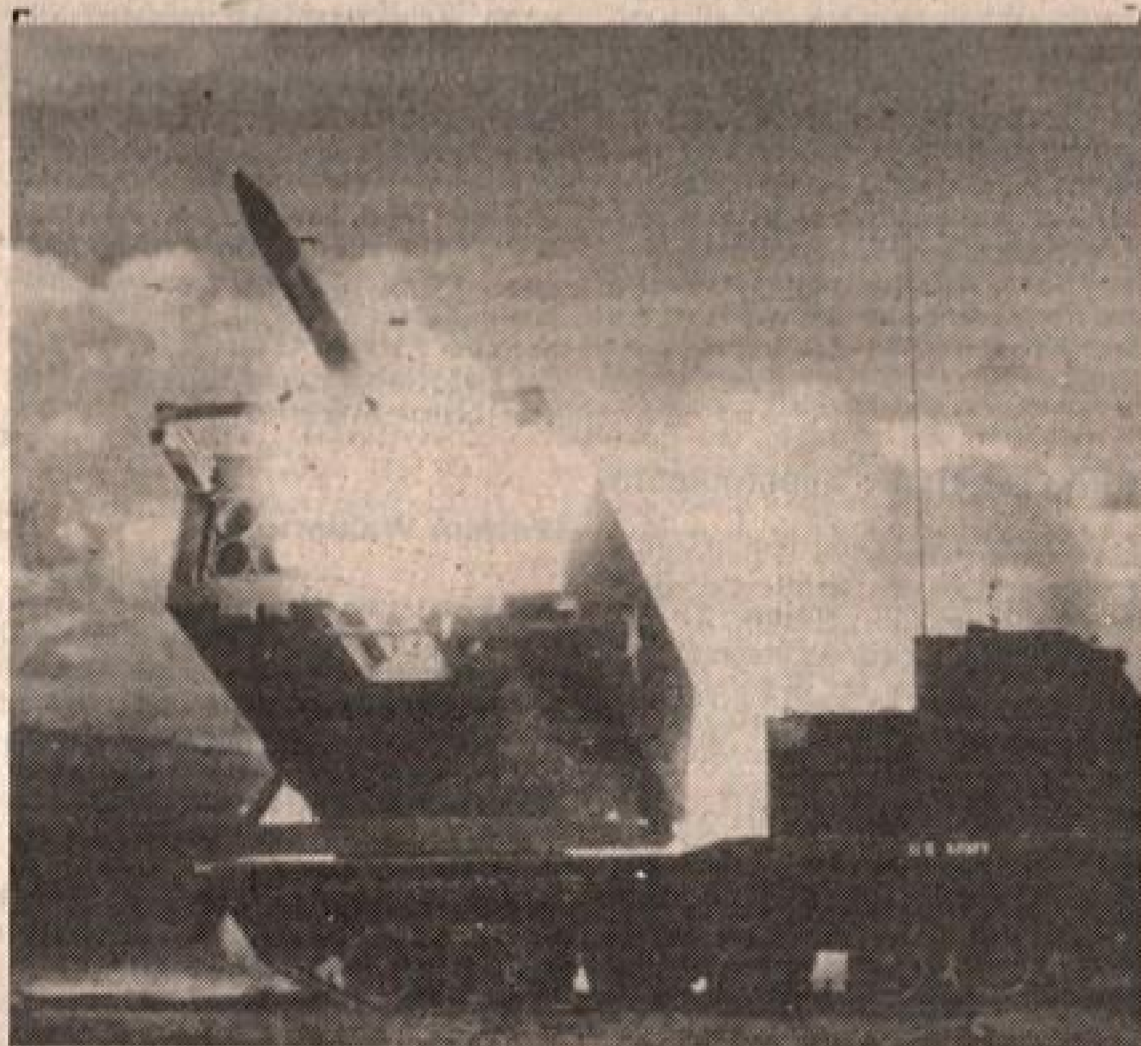
## Türkei, BRD und die NATO-interne Arbeitsteilung

Als „kranker Mann am Bosporus" gehandelt, wirtschaftlich angespannt und politisch desolat, war die Erfüllung der NATO-Aufgaben durch die Türkei schon 1971 infrage gestellt gewesen. Ein von den USA protegierter Militärputsch hatte damals für Ordnung gesorgt. Im Rahmen einer organisierten Arbeitsteilung innerhalb der NATO hat es die BRD übernommen, in der Türkei für die nötige politische und wirtschaftliche Stabilität zu sorgen. 1974 leistete die BRD über den Entwicklungshilfeausschuß der OECD an die Türkei Wirtschaftszahlungen in Höhe von 242 Mio. Dollar; das war eine Steigerung binnen zweier Jahre von über 400% (der Betrag sank dagegen bis auf 5,0 Mio. Dollar im Jahre 1976) (26). Bis Ende 1983 hatte die BRD Entwicklungshilfekredite von insgesamt 4,75 Mrd. DM zugesagt (zuzüglich 229 Mio. DM nicht zurückzahlbarer Zuschüsse (27). Während Interventionspolitik und globale „Power Projection" Aufgabe der USA blieb, hatte die BRD — da ein Einsatz deutscher Soldaten im Ausland zu viele ungute Erinnerungen geweckt hätte — andere Aufgaben im „Burden Sharing" der NATO zu übernehmen. „Die bundesrepublikanische Hilfe für die Türkei wird von der NATO explizit als ‚ein weiterer Aspekt des Arbeitsteilungs-Programms' betrachtet" (28).

Neben der Wirtschaftshilfe spielte die Bundesdeutsche Militärhilfe eine besondere Rolle beim Ausbau der Türkei zum NATO-Sprungbrett nach Mittelost. Seit 1964 erhielt die Türkei Kriegsmaterial im Wert von 1,19 Mrd. DM, darunter in neuerer Zeit 77 Kampfpanzer Leopard I, vier Fregatten sowie Lizenzen für U-Boote und Landungsboote. Auch auf 100 ausgemusterte „Starfighter" der Bundeswehr darf sich die Türkei Hoffnungen machen (29). Seit 1972 unterhalten die türkischen Streitkräfte beim Bundeswehrbeschaffungsamt in Koblenz einen eigenen, direkt dem türkischen Generalstab unterstellten Beschaffungs-Verbindungsstab für den Kontakt mit der bundesdeutschen Rüstungsindustrie. Beim Ausbau der Türkei zur Waffenschmiede der Region steht bundesdeutsches Kapital an vorderster Front — bei der Errichtung von Panzerinstandsetzungswerken bei Arifiye und Kayseri oder von Marinewerften bei Istanbul oder am Schwarzen Meer (30). Darüberhinaus wird über die Montage von Leopard II-Panzern in der Türkei verhandelt, die dann auch nach Saudi-Arabien und Ägypten verkauft werden sollen (31). „Es ist zu erwarten", schrieb V. Böge bereits 1981, „daß in Zukunft verstärkt militärisches Personal in die Türkei geschickt wird, um die türkischen Soldaten in Benutzung und Wartung des gelieferten Geräts (z.B. der Leopard-Panzer) zu unterweisen und zu unterstützen. Türkische Soldaten werden bereits in der Bundesrepublik ausgebildet" (32). Konkrete Angaben werden von der Bundesregierung allerdings nicht herausgegeben.

## Westliche Freiheit und Militärdiktatur

Ende der 70er Jahre verschärfte sich die wirtschaftliche Situation der Türkei drastisch. Sie war bei 97 Ländern, 223 Banken und 90.000 Firmen mit insgesamt 15 Mrd. Dollar verschuldet — ohne Aussicht, diese Schulden zurückzahlen zu können, da die jährlichen Zahlungsverpflichtungen bereits höher waren als die gesamten Exporteinnahmen. Allein 1979 ergab ein Gesamt-Negativ-Saldo (Außenhandelsdefizit und Schuldendienst) von 5417,4 Mio. US-Dollar (33). Zwei OECD-Hilfsaktionen — koordiniert von einem eigens gebildeten Türkei-Konsortium unter Leitung zuerst des niedersächsischen Finanzministers



Leisler-Kiep, dann des SPD-Bundesministers Matthöfer — erbrachten zwar insgesamt über zwei Milliarden Dollar, aber kaum eine Linderung der Probleme. Steigende Arbeitslosigkeit, eine Inflationsrate (1980) von über 100% und die Ruinierung von Teilen des Kleinbürgertums führten zu allgemeiner Verelendung, aber auch zunehmend zu Streiks und bewaffneten Auseinandersetzungen.

Die vom internationalen Währungsfond und dem Türkei-Konsortium diktierten Bedingungen zur wirtschaftlichen Sanierung der Türkei (drastische Abwertung der Lira, Öffnung für ausländische Investitionen, Erhöhung der Energie- und Treibstoffpreise, Lohn- und Gehaltsstopp etc.) waren auch unter teilweiser Ausrufung des Kriegsrechts von einer zivilen Regierung nicht durchsetzbar (34).

Die Machtübernahme des Militärs am 12.9.80 — zeitgleich mit einem Manöver der NATO-„Feuerwehrtruppe" am Bosporus —, das Verbot der Parteien, Gewerkschaften und kritischer Presse, die Massenverhaftungen, Folterungen und Hinrichtungen von Regimegegnern — all das waren notwendige Voraussetzungen zum Vollzug des monetaristischen Wirtschaftsprogramms. Bei der NATO wurde der Putsch ihrer türkischen Kollegen „mit spürbarer Erleichterung" (35) und ohne sonderliche Sorge um Demokratie und Menschenrechte aufgenommen. „Der mit der Koordinierung der Türkei-Hilfe beauftragte Bundesfinanzminister Matthöfer (SPD) hat nach Bekanntwerden des Militärputsches in der Türkei gesagt, er hoffe auf einen heilsamen Schock, aus dem ein Arrangement hervorgehe, an dem sowohl die demokratischen Kräfte als auch die Armee beteiligt seien" (36).

Die — damals noch sozialliberale — Bundesregierung stellte ihre Hilfe für die Türkei nach dem Putsch keineswegs ein — im Gegenteil. Selbst die Beteiligung am Ausbau des unmittelbaren Repressionsapparats wurde ganz selbstverständlich fortgeführt. „Das erste internationale Abkommen, dem die Junta ihre Zustimmung gab, war ein Vertrag mit der Bundesrepublik über bundesdeutsche Polizeihilfe im Wert von 15 Mio. DM. Der Vertrag sieht unter anderem die Lieferung von Waffen, Munition, kugelsicheren Westen und Polizeifahrzeugen vor" (37). 1974 bis 1984 wurden 42 türkische Polizeiführer an der Polizeiführungsakademie Hiltrup ausgebildet (38).

Türkische oder kurdische Regimegegner, die in der BRD Asyl suchen, müssen nicht nur damit rechnen, daß ihre Asylakten und politischen Aktivitäten dem türkischen Geheimdienst mitgeteilt werden. Sie müssen auch befürchten, wieder in die Türkei zurückgeschickt zu werden — etwa, weil Folter in der Türkei völlig normal und kein Zeichen politischer Verfolgung ist (VGH Mannheim), oder weil selbst eine drohende Hinrichtung in der Türkei noch lange kein Asylgrund in der BRD ist (OVG Lüneburg).

Auch auf diplomatischem Parkett kann sich das türkische Folterregime auf die Unterstützung der BRD verlassen. Als etwa Ende November 1984 die Besetzung des Präsidentenstuhls im Europarat zur Debatte stand, stieß die türkische Anwartschaft auf einigen Widerstand. „Auf der Sitzung, bei der es zuverlässigen Quellen zufolge zu erregenden Diskussionen gekommen war, hätten nur die britische und die bundesdeutsche Delegation den Antrag Ankaras unterstützt", meldete ap (39).

Für die NATO hatte die Militärdiktatur nicht nur politisch-militärisch eine große Bedeutung. Sie machte die Türkei auch wieder zu einem profitträchtigen Anlageland. Die BRD-Wirtschaft (als wichtigster Kapitalimporteur) war 1983 mit 12 Mrd. US-Dollar an 36 türkischen Firmen beteiligt (40); und „der Verflechtungsgrad beider Länder — unter Berücksichtigung der geographischen Distanz — hat ein Ausmaß erreicht, wie er im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Ländern kaum feststellbar ist" (41).

Kein Wunder: der durchschnittliche Stundenlohn sank in der Türkei von 1,50 DM (1980) auf 90 Pfennig (1983). (Zum Vergleich: im Nachbarland Griechenland stieg er im gleichen Zeitraum von 5,11 DM auf 6,05 DM). Eine „bemerkenswerte Verbilligung der Arbeitskosten", wie die Bundesstelle für Außenhandelsinformation befriedigt feststellt. Der durchschnittliche Reallohnsatz des Jahres 1984 lag unter dem von 1963 (42). Die jährliche Inflationsrate lag im Oktober 1984 bei 56,1%, allein im Januar 1985 stiegen die Preise um 8,2% (was einer annähernden Verdopplung der jährlichen Inflationsrate für 1985 auf 98,4% entspräche) (43). Weit überproportional stiegen dabei die Mieten und die Preise für Grundnahrungsmittel.

Rund 2 Millionen Türk/inn/en müssen mit dem Mindesteinkommen von 17.000 Lira (ca. 120 DM monatlich) auskommen, während als absolutes Existenzminimum für einen ledigen, kinderlosen Arbeiter (bei 3.500 Kalorien täglich) 25.000 Lira gilt. Die Arbeitslosen — nach offiziellen Zahlen fast 4 Millionen, tatsächlich wohl weit über ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung — müssen ohne jede Unterstützung überleben (44). Die Folgen sind dieselben wie überall in der Dritten Welt: grassierender Hunger, abrupt zunehmende Kinderarbeit, Prostitution...

Die „Rolle des Militärs als innenpolitische Ordnungsmacht", die die offiziöse „Europäische Wehrkunde" so lobend hervorhob (45), hatte also nach dessen Machtübernahme durchaus Erfolge. Voraussetzung dafür waren hier wie dort die blutige Verfolgung von linken Organisationen, Gewerkschaften und nationalen Minderheiten (vor allem der Kurden), die im Land ein Klima der Friedhofsruhe geschaffen hat. Die Gesamtzahl der aus politischen Gründen seit dem Putsch Verhafteten wird auf über 120.000 geschätzt (46). Seit Ausrufung des Kriegsrechts Ende 1978 wurden 520 Todesurteile verhängt. 50 Menschen wurden seit dem 12.9.80 hingerichtet, in 6.208 Fällen die Todesstrafe beantragt (47).

Die Verfolgung richtet sich keineswegs „gegen linke und rechte Terroristen gleichermaßen", wie es die Regierung glauben machen will. Auf einen festgenommenen Faschisten kommen zehn Linke, von den Strafmaßen ganz zu schweigen. Die jüngst erfolgte Freilassung von Alparslan Türkes, dem Chef der „Grauen Wölfe" (MHP) und erklärten Hitler-Verehrers, war nur der letzte Schritt bei der Rehabilitierung offen faschistischer Kräfte (48). Dagegen wurden mehr als 1.400 Funktionäre des verbotenen Gewerkschaftsbundes DISK vor Gericht gestellt; 78 von ihnen droht die Todesstrafe (49). Selbst 23 Mitglieder des türkischen „Friedenskomitees" wurden wegen angeblicher „kommunistischer Propaganda" zu Haftstrafen von 5 bis 8 Jahren verurteilt (50).

Nach der Verhaftung haben die Festgenommenen wochen- oder monatelang keinerlei Kontakt zu Angehörigen oder Anwälten. Sie werden noch immer — wie amnesty international berichtet — „grausamen Mißhandlungen und systematischer Folterung ausgeliefert" (51). Die Militärs haben sich kaum die Mühe gemacht, dies zu verhehlen: „Letzten Monat hat ein Regierungssprecher zugegeben, daß einige der Befragungsmethoden, die in der Türkei angewandt werden, ‚in anderen Ländern als Folter betrachtet werden mögen', aber er verteidigte dies, indem er erklärte, zur Bekämpfung des Terrorismus wäre es notwendig gewesen, einen Weg zu finden, ‚um diese Killer zum Reden zu bringen' " (52).

Und dies sind die Mittel, mit denen das „Partnerland Türkei" für die „Wertegemeinschaft freiheitlicher westlicher Demokratien" NATO-sicher gemacht wird: „... kaum eine Form der Folter fehlt", heißt es in dem ai-Bericht von 1984. „Zahlreiche namentlich genannte Opfer berichteten davon, daß sie in abgedunkelten Isolationszellen gehalten, zusammengeschlagen, an Stricken aufgehängt und auf die Fußsohlen gepeitscht wurden. Stromstöße in die Geschlechtsteile zählen ebenfalls zu den gebräuchlichsten Foltermethoden" (53). Über 100 Menschen wurden regelrecht zu Tode gefoltert, mehr als 40 Gefangene lagen im Juli 1984 in Krankenhäusern im Koma. Seit Regierungsantritt des „gewählten" Ministerpräsidenten Özal im Herbst 1983 sind bis Juli 1984 15 Menschen im Hungerstreik gegen die Folter gestorben (54).

Im „Partnerland Türkei" erhellt sich so drastisch wie sonst kaum irgendwo der Zynismus der NATO, wenn sie vorgibt, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zuhause und in der ganzen Welt zu verteidigen.

Wie lange allerdings die Generäle und die von ihnen abhängigen zivilen Marionetten mit Verfolgung, Folter und Hinrichtungen ein erneutes Aufflammen politscher und sozialer Kämpfe verhindern können, steht in den Sternen. Die rasante Verelendung auch von Händlern, Gewerbetreibenden und mittleren Beamten, die Ruinierung von Millionen kleiner Sparer durch diverse Bankpleiten, die systematische Zerstörung der binnenmarktorientierten Industrie, eine Lohn- und Sozialpolitik, die den Großteil der Bevölkerung unter das absolute Existenzminimum drückt — all das schafft immensen sozialen Sprengstoff. In Chile haben staatliche Repression und monetaristische Wirtschaftpolitik innerhalb von zehn Jahren zu einer völligen Isolierung der Militärdiktatur im Volk geführt. In der Türkei könnte dieser Prozeß noch bedeutend rascher vonstatten gehen.

**Anmerkungen**

1) Vgl. FR, 21.9.84, NZZ 1.11.84, Türkei-Information Nr. 21, TAZ, 31.10.84, blätter des iz3w, Nr. 122, S. 54
2) Europäische Wehrkunde (EWK) 11/84, S. 626
3) Vgl. Ihsan Gürkan: Die Türkei — Eckpfeiler der NATO im Südosten, in: Beiträge zur Konfliktforschung 1/81, S. 10 ff
4) Volker Böge: Die Türkei und die NATO, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Mai 1981, S. 202
5) Neue Züricher Zeitung, zit. nach Türkei-Informationen (TI) Nr. 18, S. 12
5a) Wehrtechnik 9/83, S. 64
6) W. Scott Thompson: Power Projection, New York 1978, S. 39, zit. nach Gürkan, S. 12
7) Gregor M. Manousakis: Der Islam und die NATO, Koblenz 1980, S. 105
8) New York Times, 31.5.82, nach Blätter... 8/82, S. 1015
9) Gürkan, S. 23. Demgegenüber bemängeln bundesdeutsche Militärexperten, die 2. und 3. türkische Armee — beide stehen im Osten — seien „jedoch hinsichtlich ihrer Ausrüstung und Bewaffnung zur Zeit nicht in der Lage, das für diese Region und die Gefechtsart Angriff notwendige ‚bewegliche Gefecht verbundener Waffen' zu führen". Als Abhilfe schlägt der Autor eine enge Rüstungs- und Ausbildungskooperation mit Saudiarabien vor (Michael Baron von Wittken-Jungnik: Die militärische Interessensicherung des Westens im Mittleren Osten, in EWK 9/81, S. 395).
10) Manousakis, S. 105
11) Lothar Rühl: Die Sicherheit Westeuropas und die geopolitische Verbindung zum Mittleren Osten, in EWK 2/81, S. 49. Betroffen sind besonders die Industriegebiete von Kriwoi Rog und Donez-Becken, die Werften von Odessa und Nikolajew an der Mündung des Bug, die Hauptbasis der Schwarzmeerflotte in Sewastopol usw. Vgl. Böge, S. 18
12) Rühl, EWK 2/81, S. 49
14) Vgl. Türkeikomitee Frankfurt: Die Militärisch-Politische Rolle der Türkei im Nahen und Mittleren Osten, Januar 1984, S. 11 f.
15) General Robert Kingston, nach Cumhuriyet, 20.12.81, zit. nach TI 17, S. 8
16) Türkeikomitee Ffm., S. 20. Zwischenstation und erste Drehscheibe in einem solchen Fall wären die Airbases Frankfurt und Ramstein in der BRD. Im Wartime-Host Nation Support-Abkommen hat sich die BRD bereit erklärt, in Krisenzeiten wesentliche logistische Aufgaben für das Funktionieren des US-Militärapparates zu übernehmen, und damit in der BRD einer US-Interventionstruppe den Rücken freizuhalten.
17) Kurt Jakob: Arbeitspapier zur Entwicklung der amerikanisch-türkischen Beziehungen, Ebenhausen Dezember 1980. S. 3
18) Dazu die Einschätzung der Ebenhausener ‚Stiftung für Wissenschaft und Politik', eines brain-trusts der Bundesregierung: „Die Basen werden künftig nach (Außenminister Erkmen's) Ankündigung unter Kontrolle der türkischen Regierung und unter dem Oberbefehl der türkischen Streitkräfte stehen. Die Praxis wird zeigen, ob es sich ausschließlich um ein nominelles Vereinbarungselement handelt... Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß die aus innenpolitischen Gründen (Antiamerikanismus) und außenpolitische Rücksichten (regionale Interessen) erfolgte Übernahme in türkische Souveränität zumindest die bisherigen Nutzungsmöglichkeiten für die Amerikaner keineswegs einschränken muß" (Jakob, S. 14 f.)
19) Robert Manning: A Tilt Towards Turkey, in The Middle East, April 1983, S. 26, und Cumhuriyet, 16.11.82, zit. nach TI 17, S. 8
20) Vgl.TI 11, S. 12 und TI 22, S. 16
21) Ali L. Karaosmanoglu: Turkey's Security And The Middle East, in Foreign Affairs, Fall 1983, S. 170
22) North Atlantic Assembly, Political Commitee: Interim Report Of The Sub-Commitee On The Southern Region On Turkey: A Nation in Crisis, November 1980, S. 23 f., zit. nach Böge, S. 224. Im gleichen Sinne schrieb jüngst US-Unterstaatssekretär Richard Burt: „... macht all dies die Türkei zu einem regionalen Machtfaktor von hoher Bedeutung... Die Wirkungsmöglichkeiten der Türkei ergeben sich auch aus ihren nationalen Eigenarten, da sie sowohl ein westliches und europäisches als auch ein nahöstliches und islamisches Land ist" (in EWK 11/84, S. 625).
23) Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, zit. nach Jürgen Roth: Im Würgegriff der NATO, in Alternative Türkeihilfe (Hrsg): Militärs an der Macht, Herford 1983, S. 2
24) Vgl. Günter Schröder: Die neue Ordnungsmacht im Nahen Osten rüstet auf, in TAZ, 12.9.83, S. 3; Türkeikomitee Ffm., S. 29; Konkret 4/82, S. 40; Böge, S. 13
25) TI 21, S. 2
26) ebda.
27) Uwe Jens Pasdach, Regierungsdirektor im BMWi: Die deutsch-türkischen Wirtschaftbeziehungen, Südosteuropa-Mitteilungen 1/84, S. 50
28) North Atlantic Assembly, Political Commitee: General Report On Alliance Political Developments, Presented By Mr. Peter Corterier (Federal Republic of Germany), November 1980, S. 22, zit. nach Böge, S. 288
29) SIPRI-Yearbook 1984; Manning, S. 29
30) Jürgen Roth: Kriegsrecht im NATO-Land Türkei, in Konkret 4/82, S. 40; Wehrtechnik 9/81, S. 43 ff.
31) Hürriyet, 19.2.85, nach Türkei-Infodienst, 19.2.85
32) Böge, S. 209; vgl. auch Wehrtechnik 5/80, S. 72
33) Vgl. Blätter des iz3w, Nr. 77 (Mai 79), S. 60 und Hakki Keskin: Die Türkei, Akt. Ausg. Berlin 1981, S. 272 f.
34) Das war auch den bundesdeutschen Verantwortlichen klar: „Die Generäle sind die einzige Ordnungsmacht im Staat, und sie sind für die NATO", bemerkte am 27.6.80, knapp drei Monate vor dem Putsch, die FAZ
35) FR, 13.9.80
36) FAZ, 13.9.80
37) Im Dezember 1980 hielt sich eine bundesdeutsche Polizei-Delegation zu Gesprächen über die Verwendung dieser Hilfe in der Türkei auf, im selben Monat wurde ein erstes Kontingent von 27 Polizeifahrzeugen an die Türken ausgeliefert.Böge, S. 209 f.
38) Blätter des iz3w, Nr. 117 (Mai 1984), S. 29
39) nach TAZ, 23.11.84
40) Pasdach, S. 44. „Außer einer beträchtlichen deutschen Militärhilfe", schreibt die FAZ am 3.12.84, „wird 1984 ein Jahr der türkischen Großaufträge an die deutsche Industrie sein, deren Finanzierung mit beträchtlicher wirtschaftlicher Hilfe seitens der Bundesregierung ermöglicht wird."
42) Nachrichten für den Außenhandel, 25.1.85
43) Mitteilungen der BfAI: Weltwirtschaft am Jahreswechsel 1984/85. Türkei, Januar 1985, S. 1; Milliyet, 8.2.85, zit. nach Türkei-Infodienst, 11.2.85
44) FR, 4.3.85; Badische Zeitung, 28.11.84
45) EWK 8/80, S. 379
46) Nach offiziellen Angaben vom 30.6.83 gab es damals 21.046 politische Gefangene in türkischen Militärgefängnissen. Die Zahl der politischen Gefangenen in Zivilgefängnissen wurde nicht bekanntgegeben.
47) Türkei-Infodienst, Nr. 105 (8.4.85)
48) Schon vor Türkes waren die übrigen Führungskader der MHP nach und nach freigelassen worden. Die Partei des amtierenden Ministerpräsidenten Özal hat sich zum Sammelbecken ehemaliger MHPler entwickelt, und jüngst wurde ein Türkes-Sympathisant zum Chef der Staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt ernannt (TAZ, 12.4.85). Der Chef der klerikal-faschistischen „Islamischen Heilspartei" Nechettin Erbakan und seine Mitstreiter wurden bereits Mitte Februar von einem Militärgericht freigesprochen (TAZ, 14.2.85)
49) FR, 4.3.85
50) TAZ, 12.11.84
51) FR, 9.5.84
52) International Herald Tribune, 2.12.84, zit. nach Reiner Werle: Modell Türkei, Hamburg 1983, S. 179
53) FR, 9.5.84
54) FR, 9.7.84

**Jo Neubert**

# Zur Geschichte der Grünen Partei

## »Kurzer Lehrgang« Teil 2

**Weiter geht es mit der im letzten AK begonnenen Geschichte der Grünen. In diesem zweiten (vorerst) abschließenden Teil wird der chronologische Ablauf hier und da zugunsten politisch-inhaltlicher Zusammenhänge durchbrochen. Eine detaillierte Betrachtung der Parlamentsarbeit der einzelnen Landtagsfraktionen oder gar der unzähligen grünen Abgeordneten in den Kommunalparlamenten kann aus Platzgründen nicht stattfinden. Referiert werden nur solche landespolitischen Aktivitäten, die Diskussionsgegenstand der Gesamtpartei waren und sind (insbesondere die Tolerierungspolitik in Hamburg und Hessen). Zu letzterem, der Politik der Grünen gegenüber der SPD, wäre eine gesonderte Chronik noch zu schreiben. Das zu diesem Thema existierende Material von Beschlüssen, Statements und Aufsätzen wie auch von praktischen Zusammenarbeitsversuchen könnte vielleicht sogar eher als diese breit angelegte — und daher notgedrungen nicht sehr tiefschürfende — Parteigeschichte die Frage beantworten: Wohin bewegen sich die Grünen? Oder auch: wie lange noch?**

### Nach der Wahlschlappe

Mit nur 1,5% der Stimmen für die Grünen wurden bei der **Bundestagswahl am 5.10.80** die vorsichtigsten Prognosen noch unterboten. Die Strauß-Kandidatur hatte eine kräftige Mobilisierung für das fast schon abgewirtschaftete ,,kleinere Übel'' gebracht. Von den 894.000 Menschen, die den Achtungserfolg der Grünen bei der 79er Europawahl ermöglicht hatten, blieben bei dieser Wahl nur noch 568.000. Prozentual verlor die grüne Partei durchgängig in allen Bundesländern etwa die Hälfte ihres Stimmenanteils. Der Hamburger Landesverband, der sich im Wahlkampf um linke Akzente bemüht hatte, machte da keine Ausnahme. Seine 2,3% bedeuteten zwar (hinter Bremen mit 2,7%) das zweitbeste Einzelergebnis. Für den beabsichtigten innerparteilichen Poker mit den Rechten und ,,Mittelkräften'' gab es nichts her.

### Gruhl-Fraktion außer Form

Für die rechten Grünen, die nach dem Dortmunder Parteitag die Beobachterrolle übernommen und den Bundestagswahlkampf boykottiert hatten, waren die 1,5% das erhoffte Ergebnis. **Gruhls** Vorhaben, nach dem Debakel in Strauß-Manier bei den Grünen ,,aufzuräumen'', alles links von der grünen Mitte an den Rand oder aus der Partei hinauszudrängen und einen

**Gruhls** Vorhaben, nach dem Debakel in Strauß-Manier bei den Grünen ,,aufzuräumen'', alles links von der grünen Mitte an den Rand oder aus der Partei hinauszudrängen und einen

*,,ökologischen Neuanfang''* zu machen, kam dennoch nicht vom Fleck. Zu grobschlächtig forderte er die Zurücknahme des gesamten Saarbrücker Programms, für ihn ein *,,alternatives Luftschloß''*, das er von *,,Klassenkampfideologien und materialistischen Forderungen''* geprägt sah. Der *,,Aufstand der grünen Mitte''* (Helmut Lippelt), mit dem nicht wenige Grüne liebäugelten, sollte anders aussehen. Die Rechten, nach Dortmund in der **,,Grünen Föderation''** locker zusammengeschlossen, konnten sich zudem taktisch nicht einig werden. Während **Baldur Springmann** möglichst schnell eine neue, programmatisch stramm rechte Partei mit strengen Aufnahmekriterien gründen wollte, konnte Gruhl sich nicht entschließen. Die dann im **Oktober 1981** gegründete **,,Ökologisch-demokratische Partei'' (ÖDP)**, die ,,seriöse, ehrliche, politisch saubere Wahlalternative'' (Eigenwerbung), hatte keinerlei Ausstrahlung mehr in Richtung grüne Mitte. Ihr Trägerkreis war noch schmaler als der der Grünen Föderation. Sie führte von Anfang an ein Schattendasein und kam bei ihren wenigen Wahlbeteiligungen nicht über 0,2% hinaus.

### Aufstand der Mitte

Nicht nur der AK hatte der Gruhl-Fraktion mehr zugetraut. Die Erwartung, daß nach der Wahlschlappe in der Grünen Partei *,,Mord und Totschlag''* (AK-Überschrift, allerdings mit Fragezeichen) losbrechen würden, erfüllte sich auf andere Weise.

Den Anfang machten die Linken. Viel zitiert wurde ein als richtungsweisend gedachtes Papier von **Jürgen Reents** *,,Die Grüne Partei muß links sein, oder sie wird gar nicht mehr sein''*. Die kleine, aber schlagkräftige **,,Gruppe Z''** wollte, als Lehren aus der Wahlniederlage, die politischen Schwerpunkte der Grünen auf eine *,,aktive und offensive Friedenspolitik''* und Antifaschismus verlegen und eine Hinwendung der Partei *,,zur Arbeiterbewegung und zur außerparlamentarischen Bewegung''* (Papiere von **Ingo Borsum** und **Jürgen Reents**) vollzogen sehen.

Diese linke Offensive kam unvermittelt ins Stocken, als der ,,Aufstand der Grünen Mitte'' gegen die ,,Z-Unterwanderung'' in den Landesverbänden Schleswig-Holstein und Hamburg einsetzte. Immer neue Opfer kommunistischer Majorisierung präsentierten sich, Ausschlußanträge beschäftigten ganze Bundeshauptausschuß-Sitzungen. Eigens zur Bekämpfung der Z-Dominanz gründeten ehemalige Linke und enge Bündnispartner der Z-Fraktion aus der Zeit, als es den massenhaften Eintritt linker und buntalternativer Kräfte in die Grüne Partei zu organisieren galt, die **,,Basisdemokratischen Undogmatischen Sozialisten'' (BUS)**. Namhafte Vertreter dieser Anti-Strömung waren **Ernst Hoplitschek, Klaus Wolschner, Manfred Zieran, Jan Kuhnert.**

Nach fast einjährigen heftigen Auseinandersetzungen und inquisitorischen Anhörungen der Hauptverdächtigen endete der Streit glimpflich. Die Z-Mitglieder durften in der Partei bleiben, nachdem sie in verschiedenen Streitpunkten auf eine — aus grüner Sicht — positive Weiterentwicklung ihrer Positionen verweisen konnten: Absage an ,,demokratischen Zentralismus'' und Leninismus, Distanzierung von militanten Aktionen der zu dieser Zeit in Blüte stehenden Hausbesetzer- und Krawallantenbewegung.




Die Forderung steht nicht im grünen ,,Friedensmanifest''

### Grüne sammeln Proteststimmen

Kaum war die CDU/CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Strauß bei der Bundestagswahl gescheitert, da wurde von der gerade glorreich bestätigten sozialliberalen Koalition ein scharfer Rechtskurs eingeleitet. Der AK brachte die wesentlich von der erstarkten FDP (die bereits den Koalitionswechsel vorbereitete) forcierte Politik auf die Formeln *,,Rechtsentwicklung und Sparmaßnahmen''* bzw. *,,Sparpolitik zugunsten imperialistischer Expansion''* (AK 188).

Die Unzufriedenheit großer Teile der ,,Kleineres-Übel''-Wähler mit diesem Kurs brachte den Grünen bei den folgenden Wahlen unerwartete Stimmengewinne. Bei den **Kommunalwahlen in Hessen (22.3.81)**, den ersten bedeutenden Wahlen nach der Bundestagswahl, hatte auch der AK mit seiner pessimistischen Prognose *,,voll daneben gelegen''* (Selbstkritik der KB-Gruppe Frankfurt in AK 198). Trotz teilweise provokatorischer, die Linke weitgehend ausgrenzender Alleingänge und politisch wie personell ziemlich schwächlicher Kandidaturen wurden die Grünen in fast alle Großstadtparlamente gewählt. Zweistellige Ergebnisse erreichten Freie Wählergemeinschaften und Grüne Bürgerlisten in den von der Erweiterung des Frankfurter Flughafens bedrohten Gemeinden.

Locker schaffte auch die **Alternative Liste Westberlin am 10.5.81** den Einzug in das Abgeordnetenhaus. 7,2%, gleich neun Abgeordnete, machten die Fronstadt vorübergehend ,,unregierbar'' — bis die FDP einen CDU-Minderheitssenat ermöglichte. Im Bezirk Kreuzberg erreichte die AL 15,7%, in einzelnen Kreuzberger Stimmbezirken zwischen 20 und 30%, in einem Schöneberger Stimmbezirk gar 41%. Diese Rekordergebnisse waren vor allem die Früchte der durch die Hausbesetzerbewegung bewirkten politischen Polarisierung in der Stadt.

Die grün-alternative Welle schwappte im **September 1981** auch nach **Niedersachsen.** Bei den **Kommunalwahlen** erreichten grüne und alternative Listen (hochgerechnet) 7% im Landesdurchschnitt.

### Grüne gegen die Supermächte

In der innerparteilichen Auseinandersetzung schloß sich an die Beilegung des Streits um die ,,Gruppe Z'' der Kampf der Flügel um ein verbindliches Friedensprogramm an. Schwerpunktthema des **Offenbacher Parteitags im Oktober 1981** war die Diskussion und Verabschiedung eines grünen ,,Friedensmanifests'', das eine Klärung der kontroversen Positionen bringen und die Grundlage für ein einheitliches grünes Auftreten innerhalb der Friedensbewegung schaffen sollte. Beides mißlang. Das verabschiedete Manifest mischte unvereinbare Positionen und bewegte sich — so der AK (Nr. 210) — im Spektrum *,,zwischen Radikalpazifismus und Drei-Welten-Theorie''*. Neben der Ablehnung der NATO-Nachrüstung und jeglicher ,,Alternativverteidigung'' enthielt es leicht restaurierte Antiquitäten aus dem Nachlaß der aufgelösten **,,KPD''**: die *,,weltweit operierende Kriegsflotte''* und den *,,gigantischen Nachrüstungsbeschluß''* der Sowjetunion *,,auf dem Feld der strategischen Atomwaffen''*, die neben der NATO-Aufrüstung gleichberechtigt und *,,blockübergreifend''* zu bekämpfen seien. Ein Offener Brief des KB an die Grünen zu den Ungereimtheiten des Friedensmanifests wurde zwar auf Nachfrage von den zuständigen Gremien als *,,hochinteressant und diskussionswürdig''* bezeichnet, aber nie beantwortet.

In dem Bestreben, gegenüber der ,,DKP-dominierten'' Friedensbewegung grüne Konturen zu ziehen, hatte der Offenbacher Parteitag auch eine **Demonstration anläßlich des Breschnew-Besuchs in Bonn** beschlossen. Im Bündnis mit diversen ML-Gruppierungen marschierte am **22.1.81** ein kleines grünes Häuflein durch Bonn, um Reagans ,,Null-Lösung'' zu propagieren: Nachrüstungsverzicht gegen Verschrottung aller sowjetischen Mittelstreckenraketen. Von der Teilnehmerzahl her — insgesamt 8.000, davon 3.000 Grüne und Unabhängige (d.h. Nicht-MLer) — war die Demo ein totaler Flop.

Weitere Profilierungsversuche gegen die beklagenswerte ,,Einseitigkeit'' der Friedensbewegung wurden unternommen. Erste Nörgeleien prominenter Grüner gegen den Krefelder Appell setzten ein. Der grüne Bundesvorstand, der noch im April 1981 mit einer Strafanzeige gegen die Bundesregierung wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges für Aufsehen gesorgt hatte, wurde zum Schauplatz von *,,Grabenkämpfen mit sehr unfeinen Mitteln''* **(Gert Bastian). Rudolf Bahro,** Bundesvorstandsmitglied **Ernst Hoplitschek** und schließlich fast der gesamte Bundesvorstand versuchten in der Vorbereitungsphase zur großen **Bonner Demonstration gegen NATO-Gipfel und Reagan-Besuch am 10.6.82** ihre blockübergreifende ,,Abrüstung in Ost und West''-Linie durchzusetzen und die DKP und andere ,,Moskauorientierte'' aus dem Bündnis zu drängen. Das Ergebnis dieser Spaltungsmanöver war für die Grünen ziemlich verheerend. Der parteiunabhängige Teil der Friedensbewegung distanzierte sich von solchen Machenschaften.

### Weitere Wahlerfolge

Den Vormarsch der Grünen in die Parlamente konnten solche Rückschläge nicht stoppen. Bei den **Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein (März 1982)** wurde fast durchgängig die 5%-Hürde übersprungen. Die Landtagswahlen in Niedersachsen wenige Wochen danach brachten der Grünen Partei 6,7% der Stimmen.

### Hamburger Verhältnisse

Die **Hamburger Bürgerschaftswahl am 4.6.82** brachte eine auf Landesebene bisher nicht dagewesene Konstellation: eine rechnerische Mehrheit von SPD (42,8%) und **Grün-Alternativer Liste** (7,7%). Dieses voraussehbare Ergebnis hatte in der Gründungsphase der GAL zu einigen Kontroversen geführt. Der KB, der gegenüber der SPD eine Tolerierungspolitik auf Grundlage eines Katalogs von Minimalforderungen vorgeschlagen hatte, war für diese Taktik von zwei Seiten angegriffen worden: von grundsätzlichen Gegnern jeglicher, auch an vorher festgelegte Bedingungen geknüpften Tolerierung eines SPD-Senats ebenso wie von den Wortführern der ,,Gruppe Z'' (allen voran der heutige ,,Fundamentalist'' **Ebermann**), die, ungebunden von Forderungskatalogen, offen und flexibel in Tolerierungsverhandlungen einsteigen wollten.

Als Kompromiß wurde dann doch ein Acht-Punkte-Katalog aufgestellt, der u.a. die Rücknahme von Sparmaßnahmen im Sozialbereich, Stop der Hafenerweiterung, Ausstieg aus der Atomenergie und ein Sofortprogramm gegen die Arbeitslosigkeit forderte und in Tolerierungsverhandlungen der SPD präsentiert werden sollte. Diese Verhandlungen, offiziell ,,Gespräche'', kamen dann im Spätsommer tatsächlich zustande. Für einige Wochen waren Hamburg und die dortigen ,,Verhältnisse'' ins Zentrum bundesweiten Interesses gerückt. Auf dem grünen **Bundesparteitag in Hagen im November 1982** beargwöhnten noch große Teile der Grünen die ,,Hamburger Linie'' als opportunistische Anpassung an die SPD. ,,Rechts'' von den Hamburgern und auf völlig verlorenem Posten argumentierte in Hagen nur der baden-württembergische Koalitionsbefürworter **Winfried Kretschmann**. Der auf dem Parteitag zu dieser Frage gefaßte Beschluß ließ für die Bundesebene fast alles offen und schloß nur die Beteiligung an Koalitionen kategorisch aus.

In **Hamburg** gab es keine Einigung zwischen SPD und GAL. Die SPD spielte auf Zeit und peilte **Neuwahlen** an, bei denen sie dann **(Dezember 1982)** völlig überraschend die absolute Mehrheit zurückgewann und die GAL leichte Verluste hinnehmen mußte (6,8%).

### Grünes Wirtschaftsprogramm

Im Vorfeld der Bundestagswahlen 1983 berieten die Grünen zwei Parteitage lang ihr Verhältnis zur herrschenden Wirtschaftsordnung, zu Industrieproduktion, Alternativprojekten und zur Gewerkschaftsbewegung. Das in **Sindelfingen am 7.2.83** beschlossene Sofortprogramm *,,Sinnvoll arbeiten — solidarisch leben. Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau''* ist ein typisch grünes Kompromißpapier, das für alle Strömungen und Fraktionen etwas bietet und Unvereinbares gleichberechtigt nebeneinander stellt: einerseits die Übernahme gewerkschaftlicher Forderungen, andererseits das *,,integrierte Ökodorf als Keimzelle der neuen Gesellschaft''*. Der von Bahro propagierte *,,Ausstieg aus dem Industriesystem''* mit erhofften 5 Millionen Arbeitslosen — Arbeitslosigkeit als historische Chance! — wurde immerhin abgelehnt. Andererseits kostete es die linken Grünen einige Mühe und mehrere Abstimmungen, bis die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auch für Bezieher ,,mittlerer'' (nicht nur ,,unterer'') Einkommen in das Programm aufgenommen war.

,,mittlerer'' (nicht nur ,,unterer'') Einkommen in das Programm aufgenommen war.

### Wir sind die stärkste der Partei'n

Mit den Wahlerfolgen der Jahre 81 und 82 war den Grünen das Monopol auf erfolgversprechende alternative Kandidaturen in Bund und Ländern zugefallen. Anders stellte sich das nur in einigen Städten mit alteingesessenen alternativen bzw. grün-alternativen Listen dar (Westberlin, Hamburg, aber auch eine Reihe kleinerer Städte). Linke Gruppierungen außerhalb der Grünen wurden hauptsächlich als lästige Konkurrenten oder Störfaktoren begriffen, so etwa die sich ab **Anfang 1982** formierenden **,,Demokratischen Sozialisten''**, die vom grünen Bundesvorstand arrogant darauf hingewiesen wurden, daß es bereits die Grünen gebe und eine eigenständige linkssozialdemokratische Organisation überflüssig sei.

Bei der **hessischen Landtagswahl am 26.9.82** lehnten die Grünen ein Wahlbündnis strikt ab und kippten mit **Alexander Schubart** den prominentesten Vertreter der außerparlamentarischen Bewegung im Lande wieder von der Kandidatenliste.

Die 8% für die Grünen in Hessen — das bislang beste Landtagswahlergebnis überhaupt — schienen solchen Alleingängen rechtzugeben. Wieder war es den Grünen gelungen, in großem Maße Proteststimmen auf sich zu vereinigen. Für die nach dem Bonner Koalitionswechsel fällige Bundestagsneuwahl waren damit die Weichen in Richtung grüne Alleinkandidatur gestellt. Nur auf einigen Landeslisten wurden auch ein paar unabhängige Kandidaten ohne grüne Parteibücher geduldet.

Mit dieser Links-Abgrenzung hatten die Grünen sich auch gegen eine differenzierte Politik — etwa nach dem Vorbild der Hamburger GAL — in der für viele ihrer potentiellen Wähler entscheidenden Frage abgeschottet: welchen Beitrag sie — die von Willy Brandt nach der Hessenwahl ausgemachte ,,neue Mehrheit'' auch auf Bundesebene vorausgesetzt — zum Sturz der Kohl-Genscher-Regierung zu leisten bereit wären; ob und unter welchen Bedingungen die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung für sie in Frage käme. Zwischen SPD und Grünen schwankende Wähler waren so

### Die historische Aufgabe der SPD

*,,Die Kür Hans-Jochen Vogels zum Kanzler-Kandidaten für die 83er Bundestagswahl signalisiert zweierlei: Kein Sozialdemokrat glaubt heute, im März eine Mehrheit gewinnen zu können — und die SPD begibt sich auf den Weg der Integration von Grünen und Alternativen. In einer Linkskurve wollen die Sozialdemokraten diese Kräfte an- und aufnehmen.*

*Während des Alternativmarsches kann die SPD, wie Peter Glotz formuliert, nicht den ,Staat im Besitz halten', weil sie Positionen vertritt, die in der Bundesrepublik nicht mehrheitsfähig sind. Täte sie dies nur verbal, würde es ihr von den skeptischen Grünen und Alternativen nicht abgenommen, und die gesamte Operation wäre umsonst gewesen. Gelingt der SPD dieser mühsame Integrationsprozeß, so wird ihr schon wegen der Attraktivität der Macht in Zukunft auch wieder der Rückweg zur Mitte, folglich zur Mehrheits- und Regierungsfähigkeit, gelingen. Dies ist entgegen allen Unionsattacken die historische Aufgabe der SPD''.*

(,,Wirtschaftswoche'', 5.11.82)

kaum zu gewinnen. Der Einzug der Grünen in den **Bundestag (März 1983)** fiel mit 5,3% denkbar knapp aus. Hier wäre mehr möglich gewesen.

## Bahro: ,,Von Schwarz zu Grün''

Auch nach der Wahl gelang es den linken Grünen nicht, in die Offensive zu kommen. Im Gegenteil: dem auf dem Hagener Parteitag neu in den Bundesvorstand gewählten **Rudolf Bahro**, von vielen als ,,klügster Kopf der Grünen'' oder zumindest als ,,kühner Denker'' angesehen, gelang es, die Wahlauswertung in eine ganz spezielle Richtung zu lenken. Für Bahro hieß *,,die strategische Frage nach dieser Wahl: Wie erreichen wir den direkten Übergang von Schwarz zu Grün!''* Schon zwei Jahre zuvor hatte Bahro davor gewarnt, die *,,lebenskonservative Mehrheit''* durch linken Radikalismus vor den Kopf zu stoßen. Diese ,,Lebenskonservativen'' hätten diesmal noch der CDU/CSU zum Wahlsieg verholfen, entwickelte Bahros Adlatus **Thomas Schmid** die Gedanken des Meisters weiter. Aber: *,,Der Erfolg der CDU/CSU ist nicht einfach Ergebnis plumper Wählermanipulation. Er enthält mehr Grünes, als manchem, der mangels sozialistischer Parteiinitiative bei den Grünen gelandet ist, lieb sein kann.''*

Dieser eigenwilligen ,,Wahlanalyse'' wurde ein zweitägiger **Sonderparteitag Anfang Juni 1983 in Hannover** gewidmet. Die Linken strampelten sich ab, Bahros Verrücktheiten zurückzuweisen. Beschlossen wurde nichts.

## Nichts zu holen für die Linken in Bremen

**Bremen** wurde, wie schon bei der Bürgerschaftswahl 1979, so auch **im September 1983** Schauplatz einer bitteren Niederlage der Linken. Die **Bremer Grüne Liste (BGL)**, die bei der 79er Wahl ins Parlament eingezogen war, hatte sich frühzeitig diskreditiert. Ihre Forderung nach noch drastischeren als vom SPD-Senat geplanten Einsparungen im Sozial- und Umweltschutzbereich und **Olaf Dinnés** Unterstützung von ,,Bürgerwehren'' hatten die BGL fast durchgängig weit rechts von der SPD profiliert. Der Bremer Landesverband der Bundespartei Die Grünen knüpfte in seiner (Nicht-)Bündnispolitik an den Antikommunismus der BGL an und bestand auf einer Alleinkandidatur. Die in Konkurrenz zu den Grünen und der BGL kandidierende **Betrieblich-Alternative Liste (BAL)**, hervorgegangen vor allem aus dem linken Betriebsbereich unter Einbeziehung der **DKP**, scheiterte klar. Die Grünen erreichten 5,4%, die BGL 2,4%, die BAL nur 1,4%. Diese Niederlage der BAL hatte ein unschönes Nachspiel — in Hamburg. Mit Hinweis auf die — verbale — Unterstützung der Hamburger Alternativen Liste für die BAL wurde von den Grünen monatelang die Gründung einer gemeinsamen Grün-Alternativen Liste als grüner Landesverband blockiert.

derlage der BAL hatte ein unschönes Nachspiel — in Hamburg. Mit Hinweis auf die — verbale — Unterstützung der Hamburger Alternativen Liste für die BAL wurde von den Grünen monatelang die Gründung einer gemeinsamen Grün-Alternativen Liste als grüner Landesverband blockiert.

## Grenzüberschreitend: Grüne Deutschlandpolitik

Höhepunkt der ,,deutschlandpolitischen'' Offensive der Grünen war eine Aktion von fünf ,,Prominenten'' am **12. Mai 1983 auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz**, die planmäßig mit deren Verhaftung endete. Neben den vier Bundestagsabgeordneten (Kelly, Bastian, Vogt, Potthast) und Bundesgeschäftsführer Beckmann waren von Westberlin aus auch **Milan Horacek**, Freund aller Ost-Dissidenten, und **Ernst Hoplitschek** beteiligt: eine auffällige Verbrüderung bislang verfeindeter Personen (und Strömungen), u.a. der Intimfeinde aus gemeinsamen Bundesvorstandsetagen, Petra Kelly und Ernst Hoplitschek. Die Mini-Demonstration, die die Sowjetunion zur Abrüstung aufforderte und der Solidarität mit der DDR-Friedensbewegung dienen sollte, wurde in der ,,taz'' propagandistisch flankiert und stieß innerhalb der Grünen Partei auf breite Zustimmung. Mit ihrer in einer gemeinsamen Erklärung formulierten, unsinnigerweise wesentlich am Vorwurf der ,,Mediengeilheit'' der Manifestanten aufgehängten, Kritik standen Bundesvorstandssprecher **Rainer Trampert, Thomas Ebermann** und **Jürgen Reents** ziemlich isoliert da.

Der grüne **Friedensparteitag in Duisburg** (am Wochenende vor der Nachrüstungsdebatte im Bundestag) stand weitgehend im Zeichen des *,,Ausbruchs aus dem sowjetfreundlichen Minimalkonsens der Friedensbewegung''* (Bahro). Bei der auf Sensationen orientierten Presse konnten sich die Grünen bedanken, daß in der Berichterstattung über den Parteitag an erster Stelle stets die in Duisburg erstmals erhobene Forderung nach NATO-Austritt der BRD genannt wurde: für bundesrepublikanische Verhältnisse ein geradezu aberwitziges Vorhaben! Geprägt wurde der Duisburger Beschluß allerdings durch den ,,blockübergreifenden'' Kampf gegen die ,,Supermächte'' und die ,,Überwindung von Jalta''. Zur Einschätzung der Weltlage wurden alte Erkenntnisse der chinesischen ,,Drei-Welten-Theorie'' und Entdeckungen überseeischer sowjetischer ,,Flottenstützpunkte'', bekannt aus der ,,KVZ'' in ihrer Blütezeit, präsentiert: *,,Der 3. Weltkrieg beginnt im Kampf der Militärblöcke um Einflußzonen, Stützpunkte und Aufmarschpositionen in der Dritten Welt.''*

Der KB nahm die Herausbildung dieser gesamtdeutschen ,,blockübergreifenden'' grünen Friedenspolitik und die Zustimmung des Ex-Generals und Bundestagsabgeordneten **Gerd Bastian** zur Anschaffung eines angeblich rein ,,defensiven'' Kampfhubschraubers durch die Bundeswehr zum Anlaß für eine detaillierte Auseinandersetzung in einer zwölfseitigen AK-Beilage ,,Grüne Ostpolitik'' (AK 241, Mitherausgeber BWK).

Innerhalb der Grünen flammte der Streit um die ,,deutsche Frage'' neu auf an einer unscheinbaren Presseerklärung des in der Bundestagsfraktion stark angefeindeten ,,deutschlandpolitischen Sprechers'' **Dirk Schneider**, der eine *,,Wiedervereinigung und ein Offenhalten der deutschen Frage''* für unakzeptabel erklärt hatte.

Im Gegenzug profilierte sich in der Gruppe der deutschnationalen Grünen MdB **Hubert Kleinert**, ,,finanzpolitischer Sprecher'', rechts von der CDU. Kleinert wollte den ,,Milliardenkredit an die DDR'' an sehr viel schärfere als die von der Bundesregierung ausgehandelten Bedingungen geknüpft sehen.

## Die Bundestagsfraktion — Partei in der Partei

Der Einzug der Grünen in den Bundestag hatte, bezogen auf das bundesrepublikanische politische ,,Klima'', angenehme Begleiterscheinungen, vor allem in den Medien. Während es die Spielregeln der repräsentativen Demokratie durchaus erlauben, auch breiteste außerparlamentarische Bewegungen in Presse und Rundfunk einfach zu übergehen oder als Randerscheinungen abzuhandeln, geht das mit gewählten ,,Volksvertretern'' eben nicht so ohne weiteres. In der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung etwa über neue christdemokratische Gesetzesinitiativen muß seit dem 6.3.83 auch immer gleich der grüne Protest gegen diese Vorhaben gemeldet werden.

Der Höhepunkt jeder Live-Sendung an Landtagswahltagen, die ,,Bonner Runde'' der Parteivorsitzenden, wurde namentlich durch Bundesvorstandssprecher **Rainer Trampert** spannend für das Wahlvolk und zuweilen unangenehm für seine etablierten Diskus-

Der Höhepunkt jeder Live-Sendung an Landtagswahltagen, die ,,Bonner Runde'' der Parteivorsitzenden, wurde namentlich durch Bundesvorstandssprecher **Rainer Trampert** spannend für das Wahlvolk und zuweilen unangenehm für seine etablierten Diskus-

sionspartner. In der **Nachrüstungsdebatte des Bundestages im Herbst 1983** schlugen sich die Grünen wacker und medienwirksam für die Bewegung auf der Straße und vor den Fernsehgeräten.

Die Alltagsarbeit der Fraktion gestaltete sich naturgemäß sehr viel unscheinbarer als solche sporadischen glanzvollen Auftritte. Der insgesamt etwa 150 Mitarbeiter/innen umfassende Apparat hat in den vergangenen Jahren eine Unzahl von Anfragen, Erklärungen und Anträgen produziert. Ohnehin durch das hauptsächlich auf Bonn ausgerichtete Medieninteresse im Vorteil gegenüber der grünen ,,Basis'', ist die voll professionalisierte Fraktion zur Partei in der Partei geworden. Hier wird die Politik der Grünen gemacht. Negativ macht sich bemerkbar, daß auf den Parteitagen zur Arbeit der Bundestagsfraktion immer wieder hauptsächlich Strukturfragen (Rotation, Diäten) diskutiert wurden. Die hierzu gefaßten Beschlüsse sind darüberhinaus teilweise in ihr Gegenteil verkehrt worden. Der ,,Facharbeiterlohn'' für Parlamentarier beispielsweise liegt in einigen Fällen bei 7.000 DM; was andererseits die Grünen nicht davon abhält, gegen die ,,Überschätzung'' des materiellen Lebensstandards die ,,neue Qualität menschlichen Lebens'' zu betonen (Sindelfinger Wirtschaftsprogramm).

## Skandale pflastern ihren Weg

Im Rahmen dieser kurzen Parteigeschichte der Grünen, in der die Bonner Parlamentsarbeit nicht allzu differenziert gewürdigt werden kann, dürfen auch die Skandale und Krisen nicht fehlen, von denen die Fraktion nicht gerade selten heimgesucht wurde. Schon der Einstieg ins Bonner Geschehen war extrem ungünstig:

— **Werner Vogel**, als ältester Abgeordneter (,,Alterspräsident'') für die Eröffnung der neuen Legislaturperiode vorgesehen, mußte den Platz räumen, als seine braune Vergangenheit bekannt wurde. Vogel war während des Krieges hoher Beamter im Reichsinnenministerium gewesen. Besonders peinlich: diese Tatsachen waren den grünen Gremien in NRW, Vogels Heimat-Landesverband, seit langem bekannt; Einspruch gegen Vogels Kandidatur hatte niemand erhoben.

— Wenig später fiel ein anderer grüner Abgeordneter durch sexistische Belästigungen von Fraktions-Mitarbeiterinnen auf. Auch er mußte gehen. Ein Freudentag für die ,,Bild''-Zeitung, die mit der Titelschlagzeile ,,Schon wieder ein Grüner!'' über die Partei herfiel.

— In eine schwere Krise wurde die Fraktion durch Ex-General **Bastian** gestürzt. Sein Eintreten für einen rein ,,defensiven'' Kampfhubschrauber der Bundeswehr, mit dem grünen Grundsatz der Gewaltfreiheit absolut unvereinbar, war noch ohne größere Aufregung hingenommen worden. Bastians Forderung nach mehreren persönlichen Mitarbeitern für die Konzipierung einer grünen Außen- (und Militär-)-Politik und seine öffentlichen Angriffe gegen die ,,linksradikale'' Fraktion mußten dann doch zurückgewiesen werden. Bastian trat im Januar 1984 aus der Fraktion aus und sitzt seitdem als Fraktionsloser im Bundestag. Bei einem weiteren Austritt hätten die Grünen ihren Fraktionsstatus verloren.

— Die Linken, insbesondere aus der Hamburger GAL, erhoben Einspruch gegen eine im **Juni 1984** vereinbarte **Allparteienresolution zu Afghanistan** in der die sowjetische Besetzung als Bedrohung des Weltfriedens gekennzeichnet wurde. Nach kontroverser Debatte war das Abstimmungsverhalten der grünen MdB's uneinheitlich.

— Kritik von allen Seiten gab es am Verhalten der Grünen zum **RAF-Hungerstreik im Winter 1984/85**: von links an der Aufforderung der Fraktionsmehrheit an die Gefangenen, den Streik abzubrechen; von rechts an einem Brief der Abgeordneten **Vollmer** und **Nickels** an die Gefangenen, in dem die beiden grünen Frauen ihre Gesprächsbereitschaft bekundeten. Dagegen gab es hysterische Reaktionen nicht nur in der Springer-Presse, sondern auch in den eigenen Reihen, vor allem von **Otto Schily**, der sich für das staatliche Gewaltmonopol ins Zeug legt. Der alte Kämpfer **Joschka Fischer** warf der RAF vor, den *,,Gewaltkapazitäten des Staates''* durch den bewaffneten Kampf *,,ein weiteres Gewaltpotential''* hinzuzufügen.

## Hessische Grüne zwischen Fundamentalopposition und Koalition

Kaum drei Jahre ist es her, seit die hes-

Hessische Grüne zwischen Fundamentalopposition und Koalition

Kaum drei Jahre ist es her, seit die hes-

**sischen Grünen** mit klar fundamentaloppositioneller Linie in den Landtagswahlkampf zogen. In deutlicher Abgrenzung zur Tolerierungspolitik der Hamburger GAL beschloß die **Landesversammlung am 14.8.82** ,,Zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien'': *,,Wir sind ... nicht bereit, von unseren Inhalten abzugehen, zu weichen oder für eine Auflistung von Forderungen, die nie vollständig sein kann, grüne Grundsätze aufzugeben''*. Eine parlamentarische Zusammenarbeit, egal ob mit SPD oder CDU — beide waren aus damaliger Sicht von den Grünen *,,gleich weit entfernt''* (*,,Äquidistanz''*) — sollte nur möglich sein, *,,wenn sie Forderungen oder Programmpunkte der Grünen-Hessen akzeptieren''*. Eine spezielle Politik gegenüber der SPD mit ihren unterschiedlichen Flügeln — von ,,Dachlatten''-Börner, der mit den Grünen nicht einmal reden wollte, bis zu Linken, die forderten, *,,Kompromißlinien mit den Grünen abzuklopfen''* — wurde nicht entwickelt. Der AK kommentierte: *,,Hessens Grüne machen Börner ein Geschenk''* (AK 224).

Die **Landtagswahl am 26.9.82** brachte den Grünen 8% und Hessen die ,,neue Mehrheit'', wie Willy Brandt am Wahlabend mit seinem Sinn für Effekte erklärte. Gleich nach der Wahl liefen zwischen Grünen und SPD Gespräche an. Als erstes Signal ihres guten Willens, Hessen nicht ,,unregierbar'' zu machen, stimmten die Grünen im **Januar 1983** dem **Haushaltsvorschaltgesetz** zu. In der Folge spielte die SPD auf Zeit. Die von der CDU schon gleich geforderte **Neuwahl** konnte so auf den **25.9.83** geschoben werden. Die Hoffnung der Etablierten, die Grünen diesmal aus dem Landtag heraushalten zu können, erfüllte sich allerdings nicht, wenngleich die Grünen herbe Verluste hinnehmen mußten und nur noch auf 5,9% kamen. An den ,,hessischen Verhältnissen'' änderte sich nichts.

In ihrem **Marbacher Beschluß vom 1.10.83** machten die Grünen der SPD ein Tolerierungsangebot für den Fall, daß u.a. *,,ein Ausstieg aus der Kernenergie eingeleitet''* und der *,,Militarisierung Hessens''* eine Absage erteilt werde. In unzähligen Verhandlungskommissionen'', wurde um die finanzielle Förderung von Alternativbetrieben, ein Bauernprogramm u.ä. geschachert; die Sozialdemokraten inszenierten bei Bedarf ,,Verhandlungskrisen''. Auf der **Landesversammlung in Usingen am 11.1.84** stimmten etwa 60% der anwesenden Grünen für die Verabschiedung eines gemeinsamen Haushalts. Am **19.5.** wurde das **in Lollar** bestätigt, zugleich aber ein bedeutsames ,,Aber'' eingebaut. Die Zustimmung zum Haushalt und zu Ministerpräsident Börner dürfte nicht mißverstanden werden: *,,An der grundsätzlichen Gegnerschaft der Grünen Hessen zur Atomtechnologie, zur Startbahn West und zur Militarisierung Hessens hat sich nichts geändert''*.

Der Bruch des ,,verheißungsvollen Experiments'' kam dann doch. Der Erweiterung der Nuklearbetriebe Nukem und Alkem in Hanau mochte selbst Börners ,,Lieblingsgrüner'' **Karl Kerschgens** nicht mehr zustimmen. Am **17.11.84** wurde die parlamentarische Zusammenarbeit gekündigt, gleichzeitig aber der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade gescheiterten Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten, *,,daß die Umsetzung der Ver-*

tig aber der Hoffnung auf eine bessere gemeinsame Zukunft Ausdruck verliehen und — grotesk genug — der gerade gescheiterten Tolerierung die Vorteile einer formellen Koalition gegenübergestellt. Für die Zukunft müsse gelten, *,,daß die Umsetzung der Ver-*

*einbarungen im Rahmen der Tolerierung durch entsprechende personelle und organisatorische Maßnahmen insbesondere im Umweltbereich im Einvernehmen mit den Grünen gesichert wird''* (Beschluß der **Landesversammlung in Lich am 1.12.84**).

## Opponieren, tolerieren, koalieren

Die Frage des Verhaltens der Grünen gegenüber der SPD war Tagesordnungspunkt auf sämtlichen Parteitagen seit 1982. Der Trend ist eindeutig. Im **November 1982 in Hagen** war die Zustimmung für die Tolerierungspolitik der Hamburger GAL etwa gleich breit wie für die ,,Fundamentalopposition''. Eine belächelte Minderheit stellten die offenen Koalitionsbefürworter (**Kretschmann, Hasenclever**).

Der **Hamburger Parteitag** gerade zwei Jahre später endete schon mit einem *,,erfolgreichen Unentschieden für die ,Realpolitiker' ''*, wie der AK schrieb (Nr. 253). Der Beschluß der Versammlung, es gebe in der SPD-Frage *,,gegenwärtig keinen Entscheidungsbedarf''*, bedeutete nach dem Verlauf des Parteitags eine Niederlage für das Zweckbündnis aus ,,Ökosozialisten'' (**Trampert**) und ,,Fundamentalisten'' (**Bahro**). Deren Versuch, Schranken für allzu ungehemmte ,,Experimente'' der Realos zu errichten, erhielt keine Mehrheit. Auf dem **Hagener Parteitag im Juni dieses Jahres** erfuhr der Hamburger Beschluß seine konsequente Fortschreibung. Dort wurde das ,,Offenhalten'' noch etwas ,,offener'' gehalten: erstmals zählt auch die Variante ,,Regierungsbeteiligung'' zum offiziell zulässigen Spektrum grünen Taktierens.

## Mit Schwenk nach rechts den Abwärtstrend stoppen?

Mit den grünen Wahlniederlagen des **Frühjahrs 1985 (Saarland: 2,3%; NRW: 4,6%)** wurde die SPD-Debatte zusätzlich belastet durch gegenseitige Schuldzuweisungen der einzelnen Flügel. Während Bundesvorstandssprecherin **Jutta Ditfurth** ziemlich weit neben den Tatsachen die ,,Anbiederei'' der saarländischen Parteifreunde an die SPD für das Debakel verantwortlich machte, konterten die Realos: hätten die saarländischen Grünen Oskar Lafontaines hinterhältiges ,,Angebot'' einer Regierungsbeteiligung angenommen, dann wären sie auch in den Landtag gewählt worden. **Otto Schily:** *,,Machtabstinenz wird vom Wähler nicht honoriert''*. ,,Katastrophale'' Wirkungen hätte auch das angeblich ungeklärte Verhältnis der Grünen zum ,,Terrorismus'' gehabt. Beleg: der schon erwähnte Brief an die RAF-Gefangenen.

In NRW war die Wahlkampflinie gegenüber der SPD starken Schwankungen unterworfen. Waren zunächst unverzichtbare ,,Schlüsselforderungen'' aufgestellt worden, so wurde nach Vorliegen des saarländischen Wahlergebnisses auf moderatere Töne umgeschaltet, die Verhandelbarkeit der Forderungen und die Bereitschaft zur ,,Verantwortungsübernahme'' betont. Entsprechend schwieriger wurden nach der Niederlage die Schuldzuweisungen. Das von einigen geforderte Köpferollen, der Rücktritt gar des ,,integrationsunfähigen'' Bundesvorstands ließen sich nicht durchsetzen.

,,Verantwortungsübernahme'' betont. Entsprechend schwieriger wurden nach der Niederlage die Schuldzuweisungen. Das von einigen geforderte Köpferollen, der Rücktritt gar des ,,integrationsunfähigen'' Bundesvorstands ließen sich nicht durchsetzen.

Ziemlich einheitlich von allen grünen Fraktionen wurde allerdings der von der Presse genüßlich hochgespielte ,,Kindersex-Beschluß'' der NRW-Grünen (Freigabe der Päderastie im Sinne einer angeblich ,,repressionsfreien'' Sexualität) als schwerer Fehler und wesentlicher Grund für die Wahlniederlage gesehen. So problematisch dieser Beschluß war — das durch die Pressekampagne bewirkte panische Abrücken davon läßt befürchten, daß künftig ähnlich auch mit anderen ,,unpopulären'', weil linken Inhalten umgegangen werden soll. Wenn's der Wähler wünscht, muß man sich halt von einigem distanzieren — ,,der Gewalt'' auf jeden Fall, zu anderem ,,bekennen'': dem staatlichen Gewaltmonopol, dem ,,Rechtsstaat'', dem ,,parlamentarischen Weg'' ...?

An solche Bekenntnisse könnte sich die grüne Mitgliederbasis möglicherweise eher gewöhnen als daran, *,,daß die Summe* (grüner) *Politik auch mal bei fünf Prozent oder darunter liegen kann''*. Diese ziemlich vernünftig klingenden Worte von Bundesvorstand **Rainer Trampert** nach der NRW-Wahl sind für eine Partei, die im AK mal als *,,typisches Produkt der bundesdeutschen Fünf-Prozent-Klausel''* bezeichnet wurde, nur ein schwacher Trost.

**js./Hamburg**



Robin Jakobitz:

# Neue deutschlandpolitische Horizonte bei den Grünen?

## Über einige aktuelle Auferstehungen des Deutschen Reiches

**Gegenstand dieses Gastbeitrages von Robin Jakobitz ist die Auseinandersetzung mit deutschlandpolitischen Horizonten der Grünen. Robin Jakobitz kommt aus der ISP-Strömung, arbeitet in den Grünen im Kreis Pinneberg und in der grünen Bundes-Friedens-AG mit. Er hatte sich vergeblich bemüht, diesen Artikel in der Kommune unterzubringen, die laut Abmachung der alten MOZ-Redaktion einen gewissen Platzanteil in ihrer Zeitung zugesagt hatte.**

**Dem Abdruck ging eine Diskussion zwischen dem Autor und Mitgliedern der AK-Redaktion voraus, in der unterschiedliche Bewertungen und Differenzen zu seinen Artikel diskutiert wurden, die im Kern bestehen blieben. So würde etwa der Aussage widersprochen, daß die abgeschlossenen Ostverträge ein Äquivalent zu einem Friedensvertrag darstellen würden, zumal diese nur mit drei Staaten abgeschlossen wurden und da nach dem Kriege abgeschlossene Friedensverträge mit anderen Staaten (z.B. Österreich oder Japan) weitergehende Regelungen vorsahen, z.B. in Bezug auf Reparationszahlungen oder eine Begrenzung der Streitkräfte z.B.).**

Mit dem 8.Mai, dem Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus, ist ein ganz besonderer Umstand verknüpft, der in der letzten Zeit verschiedentlich wieder Gegenstand der öffentlichen Debatte war: Der Agressor des 2. Weltkrieges, das Deutsche Reich, hat mit der Anti-Hitler-Koalition (USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich, u.a.) nie einen Friedensvertrag geschlossen.

Kein Wunder, sollte man angesichts der Tatsache meinen, daß die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki ca. 3 Monate nach dem 8.Mai 45 zwar auf Japan fielen, aber die Sowjetunion meinten. Die USA meldeten damit ihren weltweiten hegemonialen Anspruch an und die Westalliierten hatten, wie Churchill feststellte, „das falsche Schwein geschlachtet".

Ein Friedensvertrag der Westalliierten und der Sowjetunion mit Ganz-Deutschland blieb, da ein solches Projekt Einvernehmen über die Zukunft Deutschlands vorausgesetzt hätte, wegen der globalen Lage (z.B. Korea-Krieg, etc.), des Kalten Krieges in Europa und der schnellen Westintegration der Bundesrepublik samt späterem NATO-Eintritt, eine völlig realitätsferne Skurilität. Man sollte meinen, daran hätte sich bis heute nichts geändert. Doch es kommt anders ... Neu ist an der aufgeflammten Debatte um einen Friedensvertrag eigentlich nur zweierlei: Die Kohl-Regierung bekommt Ärger mit der „Gruppe Stahlhelm" in ihrer Bundestagsfraktion (Abelein, Graf Huyn, Jäger und Co.) und den schlesischen Landsmannschaften (Hupka und Co.), weil sie aus ihrer Staats- und bündnispolitischen Verantwortung heraus die *politische Bindewirkung* der Ostverträge (im Warschauer Vertrag: Keine Gebietsansprüche gegen Polen) betonen muß, während die revanchistischen Kräfte mit dem Hinweis auf einen nicht-vorhandenen Friedensvertrag einen juristischen Anspruch auf Schlesien geltend machen wollen. Die diesen Anspruch begründende Argumentation ist so alt wie der westdeutsche Revanchismus, also ca. 40 Jahre: Nach geltendem Kriegsrecht (Haager Landkriegsverordnung, etc.) darf es keine Annexionen geben; Schlesien ist auch offiziell nie annektiert worden; und da das deutsche Reich im 2. Weltkrieg *nicht* untergegangen ist, sondern in der BRD weiter existiert bzw., von ihr vertreten wird, gibt es einen Rechtsanspruch auf diese Gebiete.

Zweitens ist neu, daß sich die Spitzenfunktionäre/innen der Grünen positiv auf einen solchen Friedensvertrag mit Ganz-Deutschland beziehen. So erklärte Antje Vollmer, als Sprecherin der Grünen im Bundestag, am 27. Februar '85 anläßlich der Debatte um den „Bericht zur Lage der Nation": „In Kreisen der Grünen, aber auch innerhalb der SPD, ist die Diskussion darüber entstanden, daß es 40 Jahre nach Kriegsende Zeit ist, endlich einen Friedensvertrag zwischen den ehemaligen Feindstaaten und den beiden deutschen Staaten zu schließen." („Die Grünen", März '85)

Diese Rede wurde mit einiger Sicherheit bei einem bestimmten Spektrum inner- und außerhalb der Grünen Partei als ein entscheidender Durchbruch gefeiert. Dieser illustre Kreis, dessen vielfältige Intentionen im weiteren untersucht werden sollen, gruppiert sich aktuell zentral um eine „Denkschrift zur Verwirklichung der europäischen Friedensordnung — Deutscher Friedensvertrag und deutsche Konföderation — Europäisches Sicherheitssystem" (1), sowie um einen bundesweiten Initativkreis „Linke Deutschland-Diskussion" mit ihrem Aufruftext „Anstoß für eine deutsch-deutsche Alternative".

Der allen diesen deutsch-deutschen Projekten zugrundeliegende Gedankengang ist nicht einfach die Wiedervereinigung unter kapitalistischen Vorzeichen a la Dregger usw., nein, das Anliegen wird heutzutage friedenspolitisch geschickt verpackt und bündnispolitisch auffrisiert. *Der Ausgangspunkt* für alle weiteren Schritte ist ein Friedensvertrag, damit „die Deutschen endlich unzweideutig den territorialen Status quo Deutschlands anerkennen, um den politischen Status quo verändern zu können, um die Blockteilung Deutschlands und Europas friedlich überwinden zu können" (aus: „Die Grünen", 2.Februar 85).

Die traditionellen Aktivitätszentren dieser deutschlandpolitischen Linie sind die AG Deutschland und Berlinpolitik der AL und ihr intellektuelles Umfeld, die Unter-AG Deutschlandpolitik der Bundesarbeitsgemeinschaft Gesamteuropa der Grünen, sowie — und jetzt wird es bräunlich — der ehemalige Sternredakteur W. Venohr und diverse nationalrevolutionäre Gruppen und Individuen.

In der innergrünen Diskussion hat es deutschland- und friedenspolitische Kongresse in Baden-Württemberg und Bayern, die Rede von A. Vollmer und einen Antrag des KV-Bonn zur letzten Bundesdelegiertenkonferenz in Hamburg gegeben, die allesamt einen Friedensvertrag zum zentralen Inhalt hatten. Diese innergrüne Kontroverse voranzutreiben ist Ansatz dieses Artikels, weil ich, um es deutlich zu sagen, einige Leute aus dem sonstigen Spektrum für schlicht nicht diskussionsfähig halte und deshalb ausgegrenzt wissen will. Wie z.B. den Herrn Venohr, der in der Zeitung „Neue Zeit" (München 2/79) auf die Frage „Wie beurteilen Sie die Nationalrevolutionäre?" folgendes zum „Besten" gibt: *„Ja, wieviel Nationalrevolutionäre gibt es denn? 100 oder 150? Vielleicht 200? Wenn damit eine spontane Revolution der Massen ausgelöst werden soll (nach dem Eichberg-Slogan: ‚Die nächste Revolution kommt bestimmt!'), dann werden wir wohl sehr lange warten können. Warten ist aber gefährlich, denn viel eher könnte sich die pessimistische Prognose erfüllen: ‚Der nächste Krieg kommt bestimmt!' Wenn aber die Nationalrevolutionäre in der gegenwärtigen konkreten historischen Situation der Mut zur Elite aufbrächten, also zum Prinzip des geistigen Partisanentums, um Presse, Rundfunk, Fernsehen und Universitäten mit dem Virus der nationalen Frage zu infizieren, dann könnten sich die Nationalrevolutionäre verdient machen."*

Daß solche von völkischer Ideologie durchdrungenen Texte sich eindeutig positiv auf die Grünen als Hoffnungsträger beziehen, sollte eigentlich eine schrille Alarmglocke in jedem Mitglied der Grünen auslösen. Daß dies bisher augenscheinlich nicht der Fall ist, ist also hinreichend Anlaß, um sich ausführlicher und differenziert mit dem Thema Friedensvertrag auseinanderzusetzen.

### Die Quellen der Attraktivität eines Friedensvertrages

Die Attraktivität eines Friedensvertrages zwischen „Ganz-Deutschland" und der Anti-Hitler-Koalition speist sich wesentlich aus vier Quellen:

— Die Umsetzung der Stoßrichtung: Anerkennung der politischen Realitäten im Nachkriegseuropa, also samt Abtritt der ehemals deutschen Ostgebiete im heutigen Polen und der DDR-Staatsbürgerschaft — durch einen Friedensvertrag, der von beiden deutschen Staaten und der Staaten der Anti-Hitler-Koalition zu ratifizieren wäre.

— Die sich auf dieser Grundlage ergebende Entwicklungsmöglichkeit, daß „beide deutschen Staaten gleichzeitig aus ihren Militärblöcken entlassen werden" (Antje Vollmer), „das Tabuthema Wiedervereinigung in unserem Sinn zu brechen" (Antrag KV-Bonn) oder für einen „nationalen Kompromiß" im Sinne einer Konföderation beider deutscher Staaten (Denkschrift, z.B. S.42)

— Die Erlangung der Souveränität, um in der BRD die Amerikaner samt Pershing 2 usw. rauszuschmeißen.

— Sowie die vierte Quelle, die in der einen oder anderen Form und Stärke als Komponente auch in den anderen Quellen zu finden ist: Über ein „Pushen" des deutschen Nationalismus die innere Kraft und Konsistenz zu erlangen, um den „Besatzern" in der BRD und (dann) den Sowjets in der DDR die Stirn bieten zu können.

Diese vier Quellen sollen nun im Lichte von 4 Fragestellungen einer Analyse unterzogen werden:

1. Warum gibt es keinen Friedensvertrag?
2. Wie ist es um die Souveränität der BRD bestellt?
3. Kann die „Deutsche Einheit" noch ein wünschens- und erstrebenswertes Ziel sein?
4. Gibt es heute oder in absehbarer Zeit verwendbare, emanzipative Momente am/eines deutschen Nationalismus?

### Warum gibt es keinen Friedensvertrag?

Weil die nach dem 2. Weltkrieg dominanten gesellschaftlichen Kräfte in der entstehenden BRD die deutsche Frage im Einklang mit der globalen US-Konfrontationspolitik offen lassen wollten. Offen lassen, also im Sinne Adenauers und des Kalten Krieges. D.h. dieses „Offenlassen" kombinierte sich mit der Ablehnung aller Friedensvertragsofferten aus der DDR und der Sowjetunion.

Die grandiose Konstruktion, die zwecks Begründung dieses Offenlassens kreiert wurde, beruht auf zwei Säulen: a. Der Fortexistenz des deutschen Reiches über den 8.Mai 45 hinaus und b. in der Nicht-Existenz eines Friedensvertrages mit diesem Deutschen Reich, bzw. seinem „legitimen Nachfolger": der BRD.

Es ist also quasi eine Staatsdoktrin der BRD, daß das deutsche Reich, nicht wie es heute die DDR vertritt, im 2. Weltkrieg untergegangen ist, sondern weiterexistiert, zwar momentan handlungsunfähig ist, aber von der BRD stellvertretend repräsentiert wird. Die BRD beansprucht also eine doppelte Souveränität: einerseits über das Territorium der BRD, andererseits über das Gebiet des Deutschen Reiches von 37 oder 39 (oder ...). Diese Konstruktion hat im Laufe der Zeit einige Bücherregale juristischer Literatur produziert, um verschiedenste Identitäts-, Dach-, Teilordnungs-, Dismembrations-, Sezessions- und sonstige Theorien zu begründen.

Das einzige Mittel, um den „Dornröschenschlaf" des Deutschen Reiches zu beenden, ist ein Friedensvertrag, der das Vermächtnis des Hitlerfaschismus endgültig als „völkerrechtsverbindlich" klärt. Solange es also keinen Friedenvertrag gibt, sind alle Regelungen, die das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander betroffen, *vorläufiger Natur*. Auf ihnen liegt ein Rechtsvorbehalt, der sich aus der Nicht-Existenz eines Friedensvertrages ergibt.

Dies ist auch das Geheimnis des Eiertanzes um die „Briefe zur deutschen Einheit", deren Übergabe im Zusammenhang mit den Ostverträgen Anfang der 70er Jahre diesen Rechtsvorbehalt seitens der Brandt/Scheel-Regierung zum Ausdruck bringen sollten.

Der Streit zwischen Hupka, der Stahlhelmfraktion usw. und Kohl besteht nur darin, ob diese *gemeinsamen Rechtspositionen* in Bezug auf Schlesien etc. heutzutage politisch aktiviert werden oder lieber weiterschlafen sollen.

Daß die DDR kassiert werden soll, natürlich mit Bezugnahme auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und in Frieden und Freiheit, steht völlig außerhalb jeder Diskussion; alle reaktionären Anachronismen leiten sich aus diesem Staats- und Völkerrechtsverständnis der BRD ab. Obwohl z.B. auf den Alleinvertretungsanspruch im Grundlagenvertrag vom Mai 73 explizit verzichtet wird, hielt das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Grundlagenvertrag fest: *„Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht ‚Rechtsnachfolger' des Deutschen Reiches, sondern identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich' in Bezug auf seine räumlich Ausdehnung allerdings nur teilidentisch."* Nicht zuletzt durch dieses für alle BRD-Verfassungsorgane verbindliche Urteil ist die Beanspruchung einer doppelten Identität der BRD in allen Poren des Staatsapparats und insbesondere der Judikative erhalten geblieben.

Die Grünen sollten anstatt mit der Forderung nach einem Friedensvertrag die Rechtstitel auf das Ganze-Deutschland aufs Neue zu aktualisieren (auch wenn dies in der Absicht geschieht, die Nachkriegsrealitäten festzuschreiben), lieber mit allem beißenden Hohn und Spott über die beanspruchte Doppelidentität in allen gesellschaftlichen Bereichen herziehen:

— z.B. über die Erfassungsstelle Salzgitter, die alle Rechtsbrüche (gemessen an BRD-Recht, versteht sich) der „kommunistischen Diktatur drüben" sorgfältig registriert und für den Tag X speichert;

— über die Skurilität, daß der Honnecker deshalb quasi erst amnestiert werden muß, um den Kohl besuchen zu können;

— darüber, daß der Kabarettist Dietrich Kittner, der aus der Nähe von Breslau (Schlesien) stammt, beim Verfassungsschutz unter „PBO" registriert ist und PBO für „polnisch besetzte Ostgebiete" steht;

— über den Wahnwitz, daß bundesdeutsche MdB's ihre Reisen in die DDR bei der Abteilung „Inlandsreisen" abrechnen müssen;

— über die Lächerlichkeit, daß DDR-Bürger in der BRD bundesdeutsche Wahlbenachrichtigungen zugeschickt bekommen;

— oder über das Dilemma der Bundesregierung mit den Botschaftsflüchtlingen in Ost-Berlin und Prag, die eigentlich alle sofort einen bundesdeutschen Paß bekommen müßten.

Dieser aggressive Alleinvertretungsanspruch ist also nach wie vor in den BRD-Staatsapparaten materiell und in weiten Teilen der Bevölkerung ideologisch verankert. Seine aktive Umsetzung wird einerseits grundlegend durch das politisch-militärische Kräfteverhältnis in Mitteleuropa verunmöglicht, andererseits ergeben sich auf dieser Erkenntnis fußend bestimmte Interessen, die dazu führen auch rethorisch „etwas leiser zu treten", so z.B.:

— Aufgabe der Hallstein-Doktrin (= Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Staaten, die die DDR anerkennen) am Ende der 60er Jahre und der sich daraus entwickelnde Grundlagenvertrag mit der DDR;

— die mit dem Osthandel verbunden Interessen;

— die Rücksichtnahme auf bestimmte, in Westeuropa verbreitetete Vorbehalte gegenüber einem wiedervereinigten Gesamt-Deutschland, wie sie z.B. in der bissig zurückgewiesenen Äußerung des italienischen Außenministers Andreotti: „Es müßten zwei deutsche Staaten bleiben" im Herbst 84 zum Ausdruck kamen.

Die Grünen werden sich in der Debatte um den Friedensvertrag die eindeutige Beantwortung der Frage nach einer doppelten Souveränität und dem Alleinvertretungsanspruch erst noch einfallen lassen müssen. M.E. jedoch kann man ein Mittel, ein Instrument, wie den Friedensvertrag nicht von diesem verfassungsrechtlichen veräußerten Begründungszusammenhängen und damit verbündenen politischen Interessen abtrennen. Da nutzt auch die bange Hoffnung von Antje Vollmer nichts, daß die DDR das Friedensvertragsspielchen mitspielen könnte: „Beide deutschen Staaten sind Rechtsnachfolger des ehemaligen Deutschen Reiches und übernehmen damit einen Teil der Verantwortung - auch die DDR." (aus Bundestagsrede vom 27.2.85) Auch auf die „Gefahr" hin als ständige Vertretung der DDR verschrien zu werden, meine ich, daß die Rechtsinterpretation der Ostverträge durch die DDR friedenspolitischen Erfordernissen in Mitteleuropa wesentlich zuträglicher ist. Die DDR ist nämlich der Auffassung (s. auch „Der Sonntag" Nr. 9/85), daß die Ostverträge (alle aus den Jahren 70 bis 73) zwischen der Sowjetunion, Polen, der CSSR und der DDR mit der Bundesrepublik einen Friedensvertrag ersetzen können, bzw. erübrigen könnten, wenn diese Politik fortgesetzt werden würde. Auch ist m.E. die DDR-Einschätzung, das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz sei eine „juristische Leiche", korrekt.

Diese Auffassung in der Gesellschaft der BRD durchzusetzen, das Reinregieren in die DDR oder etwaige großdeutsche Ansprüche - egal in welcher Form - scharf zurückzuweisen und nach einem politisch und juristisch praktikablen Weg zu suchen, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, sowie die Streichung des Wiedervereinigungsgebotes aus der Grundgesetz-Präambel durchzusetzen, heißt Deutschlandpolitik als konkrete Friedenspolitik zu begreifen. Denn selbst bürgerliche Juristen kommen nicht um die Tatsache herum, daß die verschiedenen bundesdeutschen Theorien — beginnend bei der Identitätskrise über die diversen Kernstaats-, Schrumpfstaats- und Teilordnungslehren — von ihrer juristischen Legitimation her an einem seidenen Faden hängen: Der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft! Um dies zu verstehen, muß man sich klarmachen, daß der Sinn eines Friedensvertrages nicht in dem Dokument als solchem besteht, sondern darin, daß eine Reihe *relevanter, regelungsbedürftiger Fragen* nach der Beendigung eines Krieges geklärt werden, z.B. die Billigung von Annexionen, die Anerkennung neuer Grenzen und der Hoheitsgebiete neuer Staaten, Staatsangehörigkeitsfragen, Vermögensregelungen, Reparationen, usw..

Der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 72 hat in Bezug auf die DDR (in Bezug auf Polen siehe den Warschauer Vertrag, usw.) aus diesem Bündel von regelungsbedürftigen Fragen einige beantwortet, nämlich die territoriale Abgrenzung (mit Ausnahme des Grenzverlaufes *auf* der Elbe bei Lauenburg) und die sich damit verbindende Anerkennung der Hoheitsgewalt für das DDR-Staatsgebiet. Die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, d.h. die Anerkennung des Völkerrechtssubjektes „Volk der DDR", wäre ein wesentlicher Schritt dahin, das bestehende Vertragswerk zu einem funktionalen Äquivalent für einen Friedensvertrag auszubauen. Trotz der sich dabei ergebenden immanenten Schwierigkeiten (so müßten dann die DDR-Flüchtlinge z.B. als politische -!- Asylanten behandelt werden) ist dies der einzige Weg, die verfassungsrechtlichen Blockaden zu umgehen und die sog. Dispositionsrechte der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition zwar nicht formal, aber materiell zu unterlaufen. Die ganze lange Reihe von Phrasen: Verantwortung für ganz Deutschland, fehlender Friedensvertrag (keine volle Souveränität), gesamtdeutsches Dach, usw. würde in sich zusammenbrechen! Die Verankerung dieser Formel-Reihe ist nicht etwa der ehemaligen Anti-Hitlerkoalition und deren „schludriger" Abwicklung geschuldet, sondern sie ist wesentlich eine zusammengebastelte Krücke für eine „fortwirkende" gesamtdeutsche Klammer, die Berlin einschließt und der man sich eben nicht gut entziehen kann (weil man nicht will). Das gutgemeinte Anliegen „zu einer Anerkennung der politischen Realtitäten" (Antrag KV-Bonn) zu kommen und „allen revanchistischen Tendenzen energisch entgegenzutreten", wird über den Umweg des 40 Jahre verspäteten Friedensvertrages inklusive Auferstehung des Deutschen Reiches nicht gelingen, weil dieses Mittel als Ausgangspunkt jeder revanchistischen Spielart in der BRD an sich untauglich ist.

### Wie ist es um die Souveränität der BRD bestellt?

Nach den grün-internen Meinungen zu urteilen, ist es nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über die Organklage der Bundestagsfraktion der Grünen um die Souveränität der Bundesrepublik endgültig schlecht bestellt: „Ein Ermächtigungsurteil".

Worum ging es? Unter dem Titel: „Konzertanz in Grün" nimmt der Verfassungsrechtler Helmut Ridder in der Düsseldorfer Zeitschrift „Debatte" genüßlich die Klage der Grünen ausein-

ander. Zur Sache: „*Die Bundesregierung habe, so lautete der Vorwurf der Grünen, es unterlassen, sich für ihre Zustimmung zur Ausrüstung der in der BRD stationierten US-Streitkräfte mit den bewußten Raketen, die aufgrund der integrierten NATO-Kommandostruktur im ‚Ernstfall' durch den amerikanischen Präsidenten zum Einsatz gelangen können, durch ein Gesetz des Bundestages ermächtigen zu lassen, und dadurch verfassungsmäßige Rechte des Bundestages verletzt.*"

Im weiteren weist der Autor nach, daß die in allen deutschen Wohnstuben und an allen Stammtischen „.... *über die massenkonsensfähige These ...., daß die Zustimmung der BRD ... über eine ‚Übertragung von Hoheitsrechten' der BRD nach auswärts sei*", jeder Grundlage entbehre und zwar weil nichts übertragen werden kann, was nicht vorhanden ist. „*Die BRD war bei ihrer Entstehung im Jahre 49 von Besatzungsrecht wegen unbewaffnet; es gab keinen ‚Nachfolger' der de facto und de jure liquidierten Großdeutschen Wehrmacht. Sie wurde 55 im Zustand jedenfalls rechtlicher Atomwaffenlosigkeit ‚souverän'. Sie ist in diesem Zustand gleichzeitig Mitglied des WEU/NATO-Systems geworden, wobei die Fortdauer der Atomwaffenlosigkeit vertraglich ausdrücklich festgelegt wurde und zwar unkündbar. (...) Das besagt indes nichts zu der Frage, ob die amerikanischen Waffensysteme auch ohne Zustimmung der BRD auf ihrem Territorium aufgestellt, einsatzbereit gemacht und eingesetzt werden dürften. Dies ist selbstverständlich zu verneinen (...)*" Nach Ridders Meinung „*hat mit allen Prozeßbeteiligten, durch alle Prozeßbeteiligten und an der Spitze aller Prozeßbeteiligten ‚Deutschland'*" gewonnen, weil in dem Urteil klammheimlich ein nicht vorhandenes Souveränitätsdefizit (im Sinne fehlender Verfügungsgewalt über Atomwaffen) festgeschrieben wurde. Denn ein Souveränitätsbegriff mit einer „*vor- und damit überrechtliche(n) und deshalb folgerichtig in der ‚Kriegsfreiheit' gipfelnde(n) Qualität*", ist in der BRD auch nach den Vernichtungsfeldzügen der Nazis immer noch nicht ausgemerzt bzw. sind diese Souveränitätsvorstellungen nun auch juristisch untermauert worden. (Alle Zitate aus: Düsseldorfer „Debatte" 2/85)

Diese Episode soll für viele andere stehen, in denen sich Grüne, Alternative und Linke über die scheinbar fehlende staatliche Souveränität der BRD die Haare ergrauen ließen.

Klammert man einmal die spezielle Situation Berlins als selbstständiger politischer Einheit mit nach wie vor bestehenden aliierten Kontroll- und Hoheitsrechten aus, so sind alle modischen Snacks über die bösen Amis, Franzmänner und Tommys, die durch ihre Entscheidungsgewalt der BRD entzogene Truppenstationierung die Souveränität der BRD beschneiden, Mythen, die besser bei der NPD oder der „Notverwaltung des deutschen Ostens" aufgehoben sind.

Aber es kommt noch härter: Statt nämlich die von allen Bundesregierungen freiwillig gewollte Truppenstationierung im Rahmen der NATO zu kritisieren (man/frau erinnere sich mal an das Gejaule, das losging, immer wenn im amerikanischen Kongreß Stimmen laut wurden, die die Reduzierung der US-Präsenz in Europa/BRD verlangten), wird von interessierter Seite daran gearbeitet, die sogenannte vorbehaltsrechtliche Stationierung nach dem Deutschlandvertrag (von 1955) zu dem entscheidenden Dollpunkt hochzustilisieren.

Vorbehaltliche Stationierung meint, daß die Truppen der USA, Frankreichs und Großbritanniens aus der Verantwortung für „Ganz-Deutschland" in der BRD stehen und zwar so lange wie es keinen Friedensvertrag gibt, der endgültig die völkerrechtliche usw. Lage in den Grenzen des ehemaligen Deutschen Reiches klärt.

Diese vielbeklagte, „souveränitätsbeschneidende", vorbehaltsrechtliche Stationierung entpuppt sich historisch betrachtet als Maßnahme gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik durch Deutschland. Sie ist mit genau dieser Intention in den sog. Feindstaaten-Artikeln 53 und 107 der Satzung der Vereinten Nationen verankert. Im Kern geht es in Artikel 53 darum, daß Maßnahmen gegen einen ehemaligen Feindstaat aus dem 2. Weltkrieg (also insbesondere Deutschland), der sich der Wiederaufnahme der Angriffspolitik schuldig macht, von den vier Siegermächten ergriffen werden können ohne dazu vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beauftragt worden zu sein. Das bedeutet, daß historisch gesehen bestimmte Truppenkontingente der Anti-Hitler-Koalition in „Ganz-Deutschland" stehen, um Deutschland die Souveränität zu nehmen, einen weiteren Angriffskrieg vorzubereiten. Vor dem Hintergrund, daß der Begriff Weltkrieg nicht nur dadurch gekennzeichnet ist, daß der Krieg eine weltweite, räumliche Ausdehnung hat, sondern auch dadurch, daß er von Deutschland ausgeht, eine nur allzu verständliche Maßnahme.

Ist es schon ein Skandal für sich, daß die Geschichte der Feindstaaten-Artikel der Satzung der Vereinten Nationen der bundesdeutschen Öffentlichkeit mit Erfolg vorenthalten werden konnte, so ist geradezu beschämend, wenn Grüne und „Linke" heute daraus friedensbedrohende Souveränitätsdefizite erwachsen lassen und dadurch den Eindruck schüren, als würde „den Deutschen" eine aggressive Vorneverteidigung gegen ihren Willen aufgezwungen. Die Geschichte der Truppenaufenthaltsverträge im Rahmen der NATO ist nämlich eine ganz andere und völlig freiwillige, die sowohl einem völlig anderen Zweck dient, als auch zeitlich der Anti-Hitler-Koalition und ihren wenigen Überbleibseln nachgelagert ist. Zudem ist die Übertragung von souveränen Rechten der BRD auf die entsprechenden NATO-Stäbe weitaus einschneidender und für die heutigen Zwecke der Truppenstationierung der USA usw. auf dem Boden der BRD auch wesentlich relevanter.

Ohne an dieser Stelle eine umfassende Darstellung der rein juristischen Dimensionen der Souveränitätsfrage abgeben zu wollen, sollen doch einige wesentliche Dinge klargestellt und die entscheidenden politischen Bezüge hergestellt werden.

Vom 19. bis 23. Oktober 1954 fanden in Paris vier miteinander verbundene Konferenzen statt, deren Ergebnis die sogenannten „*Pariser Verträge*" waren. Dazu gehörte unter anderem die Gründung der Westeuropäischen Union (mit 50jähriger Laufzeit; also erst ab 1998 mit einjähriger Laufzeit kündbar, obwohl fast alle rüstungspolitischen Beschränkungen für die BRD mittlerweile im Einvernehmen aufgehoben wurden), die Aufnahme der BRD in die NATO (seit 60 mit einjähriger Frist kündbar), der Truppenaufenthaltsvertrag, sowie der Abschluß eines Deutschlandvertrages in dem gegenüber dem ursprünglichen Entwurf vom 26.5.52 modifizierter Form.

H. Ridder vertritt dazu die weitestgehende Auffassung: „*Ganz sicher hat sich **die besatzungsrechtliche Wurzel** der Truppenstationierung spätestens aufgelöst mit Inkrafttreten des NATO-Truppenstatuts vom 19. Juni 51 für die BRD, also mit dem 1. Juli 1963, dem Tage, an dem auch das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut vom 3. August 1959 in Kraft getreten und der Truppenvertrag vom 23. Oktober 1954 erloschen ist. Der Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der BRD vom 23. Oktober 1954 läuft mindestens leer; da er nach Art.3 ‚mit dem Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung mit Deutschland' außer Kraft treten soll und an die Stelle einer solchen friedensvertraglichen Regelung endgültig das System der Ostverträge der BRD getreten ist, muß er meines Erachtens für konsumiert gehalten werden.*" (Aus „Blätter für deutsche und internationale Politik" 82: Die Souveräntität der BRD ...)

Entscheidend ist also: Interpretiert man das Vertragswerk der Ostverträge als quasi-Friedensvertrag, so sind die Wurzeln der Truppenstationierung (WEU-Vertrag und Besatzungsrecht) hinfällig.

Auch Prof. Däubler geht in seinem Buch „Stationierung und Grundgesetz" davon aus, daß die BRD souverän ist. Er leitet dies aus dem Art. 2 des NATO-Truppenstatuts ab, wonach die Truppen das Recht des Aufnahmestaates zu achten haben.

Eine etwas vorsichtigere Position bezieht Werner Jung (in: Konferenzreader „Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden", 28.-30. Januar 82, Westberlin): „*Die bei dem Inkrafttreten des deutschen Verteidigungsbeitrages ... hier gegeben gewesene Präsenz von fremden Streitkräften gleicher Nationalität und Effektivstärke steht unter der Souveränität der BRD und kann nur mit ihrer Zustimmung erhöht werden. Wir sind deswegen kein besetztes Land, weil die Fremdtruppen Bündnistruppen sind. Niemand weiß allerdings, ob und in welchem Umfang diese Bündnistruppen zugleich Vorbehaltsrechte der drei Westmächte in bezug auf kurz gesagt - Deutschland als Ganzes wahrnehmen ...*" Diese letzten noch bestehenden Unklarheiten resultierten letzlich *aus dem Dilemma* der Bundesregierungen der 50er und 60er Jahre: Alleinvertretungsanspruch bedeutet: Kein Friedensvertrag, also auch von der juristischen Konstruktion her kein Wegfall der alliierten Vorbehaltsrechte in Bezug



Aus: GAL (d.i. Gerard Alsteens): Kissinger, Carter, Coca & Co. Politieke Tekeningen 1970-1977. Antwerpen: Standaard Uitgeverij, 1977

auf Ganz-Deutschland, also auch in diesem Sinne keine volle Souveräntität. Die geschickte Propaganda der CDU/-CSU-Regierungen hat immer nur den ersten Punkt (Alleinvertretungsanspruch) betont, das andere war — weil real unwichtig — was für Verfassungs- und Staatsrechtler als „Spielwiese". Heute nun daherzukommen und die volle Souveränität der BRD einzufordern, weil man einen wahrhaft dramatischen Akt der Unterwerfung unter „ausländische" Interessen, der bisher immer verschwiegen wurde, ausfindig gemacht habe, ist wirklich eine nicht wieder gut zu machende Dummheit.

Angesichts dieser Verhältnisse sollte klar sein, daß die Parole „Wir sind ein besetztes Land" nicht aufklärerisch ist, und eigentlich nur in die Propaganda der NPD „Gegen die Sowjets und Amis — für Deutschland" hineinpassen kann.

Klar ist aber auch, daß diejenigen, die einen Friedensvertrag anstreben, *zwangsläufig* bei der Feststellung der Nicht-Souveränität landen müssen. Hören wir also auf damit, die konkrete Militärpolitik der Bundesregierungen seit 55 dadurch zu entschuldigen, daß wir die Verantwortung auf die Westalliierten abschieben. So wäre — gesetzt den Fall, eine bundesdeutsche Regierung wäre tatsächlich gewillt, die Pershing-2 Raketen aus dem Land zu schaffen — die Berufung auf die Stationierungsvorbehalte der Alliierten durch die USA, ein juristisch völlig absurdes Unterfangen. So lautet der Deutschlandvertrag vom 23. Okt. 54 klipp und klar in Art.4, Abs.2: „Die Bundesrepublik ist damit einverstanden, daß vom Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag an ***Streitkräfte der gleichen Nationalität und Effektivstärke*** wie zur Zeit dieses Inkrafttretens in der Bundesrepublik stationiert werden dürfen" (s. auch die Problematik der Lagerung chemischer Waffen auf dem Boden der BRD, die mit diesem Zeitpunkt und dieser Effektivstärke zusammenhängt).

Friedens- und abrüstungspolitisch, also vor allem mit Bezug auf die Raketenstationierung bringt ein Friedensvertrag also gar nichts. Da zählen die politischen Kräfteverhältnisse, wobei zu berücksichtigen ist, daß die vereinte Reaktion alles daran setzen wird, daß die US-Army samt Raketen hier bleibt. Dies führt zu einem weiteren Gedankengang, der die immanenten Schwierigkeiten derjenigen bloßlegt, die den Friedensvertrag als friedens- und abrüstungspolitisches Instrument einzusetzen gedenken. Wenn klar ist, daß die Friedensbewegung und somit jedwede grüne oder rot-grüne Regierung die Erstschlags-Waffen und/oder die AIR-LAND-BATTLE-Truppen nur mit einer die NATO erschütternden Konfrontation mit den USA aus dem Land schaffen würde. Wieso wird dann nicht der Gedanke an eine partnerschaftliche und einvernehmliche Unterschrift unter einem Friedensvertrag, der dasselbe Ziel impliziert, nur alles auf eine saubere juristische Grundlage stellen soll, von vornherein als absurd erkannt. Denn die US-Army würde im Falle einer Bundesregierung, die ihre Abrüstungsabsichten zu realisieren begänne, eine zweite Funktion neben der Aufmarschstellung gen Osten enthüllen, nämlich als Helfer in der Not für die gerade abgesetzten Herrschaften, und zwar dies völlig unabhängig von der juristischen Lage. Staatliche Souveränität ist somit immer, das läßt sich daran deutlich erfassen, an die *spezifische Souveränität der herrschenden Klasse* geknüpft, weil jede politische Nation von einem bestimmten hegemonialen Block überhaupt erst konstituiert wird.

## Kann die „Deutsche Einheit" bzw. eine „Deutsche Konföderation" noch ein erstrebenswertes Ziel sein?

Ein Friedensvertrag soll neben der Anerkennung der politischen Realitäten im Sinne einer deutschen Zweistaatlichkeit mit unterschiedlichen politisch-ökonomischen Systemen, der Erlangung der „vollen Souveränität" usw. die Möglichkeit einer Konföderation bzw. eines deutschen Bundes eröffnen. Dieses delikate Anliegen wird in den meisten Schriften sehr geschickt in jede Menge Friedenspolitik eingewoben. Das trägt man dann wie folgt vor: „*Heute ist klar, daß die Teilung Deutschlands und seine Einbindung in NATO und Warschauer Pakt Sicherheit weder für die Deutschen noch für ihre Nachbarvölker geschaffen hat. Die Kriegsgefahr ist nicht gebannt (...) Nur unterschlagen beide deutschen Regierungen, daß es gar nicht in ihrer Hand liegt, zu entscheiden, daß ‚von deutschem Boden' kein Krieg ausgehen darf. Unablässig häufen die USA und die Sowjetunion neue Waffen auf deutschem Boden auf (...)*" (Denkschrift zur Verwirklichung der Europäischen Friedensordnung, S.24) „*Die Einsicht, daß unter den Bedingungen der Militärpakte die nationale Existenz unseres Volkes als erstes Schlachtopfer auf dem Spiel steht, schärft den Blick für andere Fragen des deutschen Selbstbestimmungsrechtes. Die im Kalten Krieg geschaffenen deutschlandpolitischen Regelungen sind friedenspolitisch Stückwerk, weil sie das deutsche Volk, im eklatanten Widerspruch zu den Grundprinzipien der Vereinten Nationen, daran hindern, über seine inneren Angelegenheiten selbst zu entscheiden.*" (Denkschrift, S.25)

Die Konsequenz dieser Demagogie ist immer dieselbe: Die fremdbestimmte Spaltung Deutschlands ist Ausgangspunkt und Ursache der Kriegsgefahr: also muß man sich an diese Ursachen heranmachen und in irgendeiner Form die Wiedervereinigung organisieren. Jedoch denken wir uns einen Augenblick in eine solche deutsche Konföderation ein; natürlich mit Friedensvertrag und weitgehender Entmilitärisierung. Was ist mit den unterschiedlichen politisch-ökonomischen Systemen? Zu diesem Problem steht z.B. in der Denkschrift sehr wenig. Nämlich erstens nur, daß „*in beiden deutschen Staaten ungeachtet der weiter bestehenden Gegensätze Mut und Einsicht zum ‚nationalen Kompromiß' aufgebracht werden muß*", und zweitens, daß „*die Konföderation zugegebenermaßen von der SED eine gewisse Bereitschaft zum Risiko (erfordert), (sie) enthielte für sie (die DDR bzw. die SED) zugleich auch ganz neue Chancen der innerstaatlichen Legitimation einerseits, gesamtdeutscher Initiativen andererseits.*" (Denkschrift, S.42) Ein schöner Trost!

Daß die exporthungrige, bundesdeutsche Industrie die DDR sofort kassieren würde, wenn diese ihr Außenhandelsmonopol auch nur ein bißchen lockern würde, ist den Autoren nur als „gewisses Risiko" aufgefallen. Überhaupt bleibt auf dieser ökonomischen Ebene völlig unklar, was die Vorschläge der Denkschrift von denen eines Herrn Dregger unterscheidet. Das einzig denkbare Resultat ist: Ablehnung der Vorschläge durch die DDR. Und nun, stelle man sich vor, es gäbe in der BRD ein starke „Bewegung", die all ihre Hoffnung in die Konföderation gelegt hätte ...

Aber allein schon der Versuch, eine Konföderation unabhängig vom Kapitalismus in der BRD zu denken, ist Ausdruck eines sozusagen speziellen Anliegens der Denkschrift: der „Entideologisierung der Deutschen".

Der rethorische Trick, der die ganze Denkschrift durchzieht, ist folgender: Abstrahiert man davon, daß zwischen BRD und DDR die Systemgrenze zwischen Kapitalismus und realem Sozialismus verläuft, und daß die jeweiligen hegemonialen Kräfte die Einordnung bewußt und freiwillig vollzogen haben, dann bleiben eigentlich nur noch Deutsche übrig, und es ist völlig unklar, wieso die nicht zusammenkommen sollten. Die „Deutschen" werden also als ideologisch vereinnahmt dargestellt: hier kapitalistisch-westliche Ideologie, dort sozialistisch-östliche Ideologie. Ideologie wird dann nicht mehr als Ausdruck eines hegemonialen Blocks in der Gesellschaft begriffen, der „nicht nur auf der Basis gegenseitiger materieller Interessen und des Verhandelns und Abwägens desselben aufgebaut (ist), sondern auch über die bindende Kraft des Ideologischen, der Gefühle, (...), kollektiver Sehnsüchte, Mythen usw." (aus: LeopoldoMarmora, Nation und Internationalismus, S. 123)

Die so unter einer bestimmten Hegemonie geronnenen Lebenspraxen der Menschen in der BRD werden nicht mehr als das Resultat der nationenbildenden Bourgeoisie analysiert, sondern nur noch als von außen importiert bzw. aufgepreßt. Die tragende Grundlage einer solchen Konföderation, wie sie den Autoren der Denkschrift vorschwebt, würde also fernab jeglicher realer, politischen Größen in dem Deutschtum bestehen, daß schon jeden „nationalen Kompromiß" zwischen den Welten organisieren würde. Die Quintessenz dieses Projektes löst sich auf in einen spezifischen Nationalismus, dessen Merkmal eine vorpolitische, völkische Substanz ist.

Auch kämen neben internen Problemen einer Konföderation zwangsläufig die externen hinzu; das Verhältnis zu den anderen europäischen Staaten. Und da gilt immer noch: „*Solange nämlich wird die eine Seite keine Ruhe geben, wenn die andere behauptet, nun sei Ruhe am Platz — und umgekehrt. Denn: WER DEUTSCHLAND HAT, HAT EUROPA!*" Diesen Satz habe ich nicht etwa bei Bismarck, Friedrich-Wilhelm oder Hitler gelesen, sondern erst kürzlich in dem Presse- und Informationsbulletin der Bundesregierung vom 21. März 85, vorgetragen vom parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche (sic!) Beziehungen Dr. Ottfried Hennig beim Bismarck-Kommers der Bielefelder Korporationsverbände am 15. März 85.

Ja, der Andreotti wußte wovon er redete, und die Franzosen wissen es eigentlich auch, denn sie sind in den gut 70 Jahren Existenz gleich dreimal von den Deutschen (denen ohne aufgepfropfte Ideologie, versteht sich!) überrannt worden. Ja, wer Deutschland hat, der hat Europa; diese Überlegung hat Millionen Menschen das Leben gekostet und sie drückt das innerste Wesen des großdeutschen Chauvinismus und Imperialismus aus. Und jedermann/frau der/die Lippen für eine Konföderation spitzt, sollte man die „Wahrheit" mitteilen. SIE ist das einzig REALE an der europäischen Di-

Fortsetzung von vorheriger Seite

mension der deutschen Frage.

Die letzte Liane ergreifen unsere Konföderatisten von der Denkschrift ..., indem sie auf diverse Angebote der SED und der KPdSU, die zumeist über einen Friedensvertrag ein neutrales Deutschland erreichen wollten, aus den 50er und 60er Jahren abheben. Nun, auch dieser Ausweg ist spätestens und zumindest für die DDR seit der Verfassungsrevision im Jahre 74 verlegt, in der die DDR den Einheitsanspruch aus ihrer Verfassung strich. Und es nützt auch nichts, wenn z.B. der eingangs erwähnte Unterzeichner der Denkschrift, W. Venohr, in einem Artikel mit der Überschrift „Arm in Arm mit Brzezinski" (US-Sicherheitsberater unter Carter: die Überschrift ist Programm!) im Deutschland-Archiv 2/85 auf Äußerungen des SU-Funktionärs Sagladin im Spiegel vom 10.12.84 verweist, in denen sich dieser nicht kategorisch der Vorstellung verweigert, daß zwei Systeme in einem Land bzw. einer Nation miteinander koexistieren könnten. Wenn in der Bundesrepublik ein paar deutschnationale Querköpfe sich auch heute noch für Gesamtdeutsche Neutralität erwärmen können, dann ist das eine Sache. Wenn aber die westdeutsche Bourgeoisie „Arm in Arm mit Brzezinski" o.ä. den realen Sozialismus liquidieren will, und zwar nicht mit „noblen Konföderationsvorschlägen", sondern mit den neusten Instrumenten kapitalistischer Produktivkraftentwicklung, dann ist das eine andere Sache. Die Sowjetunion wird diesen Unterschied sehr wohl auszumachen wissen.

## Gibt es heute wieder verwendbare, emanzipative Momente eines deutschen Nationalismus?

Bisher wurde der Friedensvertrag nur als ein Instrument der Festschreibung der Nachkriegsrealitäten, zur Möglichkeit der Abrüstung usw. analysiert. Das Ergebnis war eindeutig negativ. Im Gegenteil, die Forderung nach einem Friedensvertrag kann, wenn überhaupt, nur eine Rolle spielen als Instrument eines auf Umsetzung orientierten Revanchismus, d.h. bei der Organisierung eines relevanten gesellschaftlichen Pols rechts von Dregger bis Strauß; in diesem Prozeß könnte den Vertriebenenverbänden eine zentrale Rolle zufallen.

Mit der nationalen Frage ist also in der BRD ein latentes Potential verbunden, das sich einerseits unter der Kohl-Regierung ganz rechtsaußen auszukristallisieren droht, andererseits aber auf subtile Art und Weise wesentlich breitere Sektoren bis weit hinein in die SPD erfaßt. In diesem Zusammenhang sind in der Grünen Partei drei Motivationen erkennbar, die alle einem Friedensvertrag offen gegenüberstehen, weil dieser zum Ausgangspunkt für die Absicht werden könnte, das (bundes-)deutsche Volk als DEUTSCHES VOLK hinter sich zu bringen:

a.) Diejenigen, die auch nach 40 Jahren der Entwicklung unterschiedlicher Gesellschaftsformationen, unterschiedlicher Kulturen, Lebenspraxen usw. das deutsche Volk immer noch als eine ideelle, aber durch die Geschichte ausgewiesene Einheit begreifen.

b.) Diejenigen, die „den Tiger reiten" wollen (Bahro); und sei es aus der Überlegung heraus, daß die Linke *gegen* die nationalen Kräfte immer der Verlierer geblieben ist, und der ist bekanntlich in Deutschland nie geschont worden.

c.) Die ganz klugen, die „nationale Hegemonie" mit Sich-an-die-Spitze-des-Nationalismus-stellen im Sinne der Deutschen und der deutschen Einheit verwechseln. Diese letzteren sind insbesondere so klug, daß sie ihr Verständnis von nationaler Hegemonie mit einer bestimmten Art von Friedenspolitik verkoppeln, was im Resultat die üblichen „Doppelschläge gegen die Amis und Sowjets" hervorbringt, die sich auf der Grundlage des traditionellen Anti-Kommunismus und der Bedrohungsangst auch in der Friedensbewegung noch eine gewisse, allerdings marginale Popularität erhalten haben.

Zu fragen wäre also, ob in diesem (gesamtdeutschen) Konzept Momente vorhanden sind, die auf die Strategie der Grünen — eine Strategie einseitiger Abrüstungsschritte — übertragbar wären. Momente, die — wie auch immer — eine bestimmte Abkapselung der Deutschen beinhalten würden.

Die wichtigen und bisher unwidersprochenen Gesichtspunkte, die G. Munier und M. Barg in ihrem Artikel: „Deutsche Frage — bringt die Wiederentdeckung von Nationalbewußtsein und Patriotismus die grün-alternative Bewgung voran?" (in: MOZ, 8/84) gegen eine Übernahme nationalistischer Ideologieelemente darlegen, können hier nicht noch einmal alle aufgenommen werden. Eine gesamtdeutsche Hegemoniestrategie soll hier nur *zusätzlich* auf ihre Effekte im Hinblick auf die tatsächlich ablaufenden Prozesse in Westeuropa andiskutiert werden, weil sich dabei besonders deutlich ihre Kontraproduktivität für die sozialen Bewegungen zeigt.

Seit fast 30 Jahren basteln die herrschenden Klassen in Europa und die jeweiligen Regierungen trotz aller Brüche und Rückschläge an einem Vereinten Europa. Der Grund dafür, daß man dabei „kaum" vorangekommen ist, liegt zum einen an den internen Widersprüchen und Blockaden zwischen den europäischen Staaten und Kapitalen, zum anderen aber an ihrem gemeinsamen Verhältnis zur NATO-Hegemonialmacht USA, die über ihre weltweite militärische Rolle und ihre dominante Position in strategischen Wirtschaftsbranchen und Banksektoren eine Einigung Westeuropas dauerhaft verhindern konnte. Fakt ist jedenfalls, daß die geschaffenen Institutionen wie EG, der gemeinsame Markt, die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die Westeuropäische Union (WEU), das Europäische Währungssystem (EWS), usw. einen riesigen Vorsprung in der Internationalisierung derjenigen anzeigen, gegen die die Grünen als Oppositionskraft angetreten sind. Auch die aktuellen Prozesse deuten nicht nur auf Bruch und Diskontinuität hin wie etwa die (vorübergehende?) Zersplitterung an dem „Krieg der Sterne-Programm" der USA, oder den permanenten Streitigkeiten auf dem Agrarsektor, sondern auch auf ein kleinteiliges; z.T. ruckartiges Vorankommen: vgl. die Diskussion um das Europa zweier Geschwindigkeiten, die Anpassung der spanischen und portugiesischen Wirtschaften an die Voraussetzungen einer EG-Mitgliedschaft, die Abschaffung aller Zollformalitäten für den Privatverkehr zwischen BRD und Frankreich und anderen Nationen, die Einführung einer europäischen Währungseinheit (die ECU) und das Eureka-Programm.

All dies muß als eine dauerhafte, sektorale und hin und wieder von Rückschlägen begleitete Homogenisierung der Politik im europäischen „Großwirtschaftsraum" verstanden werden, die praktisch jedem größeren politischen, ökonomischen oder militärischen Projekt in der BRD eine spezifische europäische Dimension gibt. Dabei wird die bestehende Hegemonie strukturell befestigt, Widerstände konzertiert ausgeräumt, und eine neue Hegemonie in einem wesentlich größeren europäischen Machtblock Zug um Zug aufgebaut, wobei der Achse BRD-Frankreich eine überragende Position „zuwächst".

Dagegen nimmt sich der Internationalisierungsgrad der westeuropäischen Friedensbewegung oder der gewerkschaftlichen Abwehrkämpfe katastrophal gering aus. Dieser Umstand ist vor allem dadurch bewirkt, daß generell in allerbreitesten Bevölkerungskreisen die *nationale Form* von Politik weiterhin als die einzig relevante angesehen wird. Würde man diesem Denken durch gesamtdeutsch-nationalistische Ideologieelemente in der BRD auch noch einen alternativ gestylten Aufschwung verleihen, in dem man die Deutschen in ihrer Eigenschaft als Deutsche hauptsächlich und nicht als sozial konstituierte Subjekte anruft, so läuft dies einer Vernetzung des Widerstands auf europäischer Ebene entgegen.

## Was bleibt für die Politik der Grünen?

Die Hauptfragen der Grünen in Bezug auf die Resultate des 2. Weltkrieges, d.h. die Abtrennung der ehemaligen Ostgebiete und das Entstehen zweier Staaten mit sich gegenseitig ausschließenden Gesellschaftsystemen auf dem Boden des ehemaligen Deutschen Reiches, bestehen m.E. einerseits in einer schroffen Politik gegen den Groß-Deutschen (Rest-)Kern des Staatsapparates der BRD auf allen administrativen, juristischen und ideologischen Ebenen, sowie andererseits in einer gesellschaftlichen Überzeugungs- und Mobilisierungsarbeit, die entsprechende Bewußtseinsfacetten in der Bevölkerung zwar als Gegenstand, nicht aber als Adressaten hat.

Diese Aufgaben sind nicht etwa als irgendwie geringfügig geartete Aufräumarbeiten zu verstehen, weil die für Friedensbewegte und Grüne absurd anmutenden und teils verstreuten Bestandteile einer groß-deutschen Identität trotz aller relativen Blässe nach 13 Jahren sozialdemokratischer Regierung dennoch zum zentralen Staatsinventar und -verständnis der BRD gehören.

Für den Einsatz der Grünen gegen diese — historisch betrachtet — agressive Konstante deutscher Staatspolitik hat die DDR *keinen Preis* in Form von Wohlgefallen oder innerer Liberalisierung zu zahlen, weil sie ähnliche oder gar gleiche Forderungen an die BRD stellt (s. z.B. die „Forderungen von Gera" der DDR: Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Verlegung des Grenzverlaufs in die Elbmitte, Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter, usw.) Dies sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Der Versuch ihrer Verknüpfung läuft im Kern auf den Versuch einer Instrumentalisierung des Revanchismus in der BRD hinaus.

**Robin Jakobitz**

(1) in AK 254, vom 14.1.85, S. 10ff wurde die „Denkschrift zur Verwirklichung der europäischen Friedensordnung" von der Hand „linker" Neu-Patrioten aus Westberlin vorgestellt und diskutiert.

# Grüner Alltag in Bonn

**Trotz Sommerloch: nicht nur Genscher ist in Bonn geblieben, um täglich seine öffentlichen Erklärungen abzugeben. Auch die Grünen im Bundestag halten tapfer aus, um dem politischen Gegner in der Urlaubszeit Paroli zu bieten. Im folgenden Ausschnitte aus den Aktivitäten des grünen Apparats während der vergangenen Wochen.**

## Moskauer Weltjugendfestspiele: Erfolg der Entspannungspolitik

„Als ‚erbärmliche Zensur' haben die GRÜNEN IM BUNDESTAG die Weigerung der Bundesregierung bezeichnet, die Reise bundesdeutscher Jugendlicher zu den Weltjugendfestspielen in Moskau finanziell zu unterstützen. Besonders ärgerlich sei, so der Pressesprecher der GRÜNEN IM BUNDESTAG, die obrigkeitsstaatliche Arroganz, in der Bundesfamilienminister Geißler glaube, den Jugendlichen und ihren Verbänden ihre politische Mündigkeit und Kritikfähigkeit absprechen und sie als nützliche Idioten eines Propaganda-Spektakels hinstellen zu können." (23.7.)

**Für einige Teilnehmer hat die Bundestagsfraktion der Grünen die Reisekosten übernommen. Nach ihrer Rückkehr von den Moskauer Festspielen erklärten die Abgeordneten Marita Wagner und Norbert Mann:**

„Die Jugendverbände des Bundesjugendrings und des Rings politischer Jugend haben sich erfolgreich der Instrumentalisierung durch die Regierungen in Bonn und Moskau widersetzt. Mit ihrem entschiedenen Auftreten haben die Jugendverbände erreicht, daß eine offene Gesprächsatmosphäre, in der kontroverse Positionen zu den verschiedensten Themen wie u. a. zur Kriegsdienstverweigerung, Interventionspolitik der UdSSR, Jugendkultur und des realen Einflusses von Frauen auf die Politik in offenem Dialog ausdiskutiert werden konnten. Nach den Protesten der bundesdeutschen Verbände wurden nicht nur in der Berlin-Frage die politischen Realitäten anerkannt, sondern seitens der Gastgeber die bürokratisierten Zugangsbeschränkungen soweit beseitigt, daß eine offene Begegnung unter den Jugendgruppen der verschiedenen Länder ermöglicht wurde. Dies gab auch uns die Möglichkeit, viele Einzelgespräche außerhalb des offiziellen Programms sowohl mit offiziellen Jugendvertretern als auch mit Moskauer Bürgern zu führen. Dabei wurde ein unerwartet hohes Informations- und Diskussionsinteresse gegenüber den GRÜNEN deutlich, denen inbesondere in Umweltfragen und in der Friedenspolitik besondere Kompetenz zugebilligt wird. Alle Gespräche fanden in einer offenen und vorurteilsfreien Atmosphäre statt und haben damit unserer Intention Rechnung getragen, mit der Teilnahme einen praktischen Beitrag zur Entspannungspolitik zu leisten."

**Den in Moskau anwesenden kritischen Jugendverbänden sei es zu verdanken, „daß die Weltjugendfestspiele nicht zu einer einseitigen Veranstaltung ohne politische Kontroversen wurden" (5.8.).**

## Zehn Jahre KSZE

**Anläßlich des zehnten Jahrestages der KSZE in Helsinki äußerten sich die Grünen kritisch zu den Wirkungen der dort beschlossenen Schlußakte. Zur Situation der Menschenrechte erklärten die Grünen:**

„Die Verpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte wurde vor allem von der Sowjetunion wie ein Fetzen Papier beiseite geschoben. Die Menschenrechtsgruppen, die sich in der Sowjetunion bildeten, sind inzwischen zerschlagen, fast alle ihre Mitglieder verhaftet, verfolgt oder zur Ausreise gedrängt. Die polnische Regierung verbot die Solidarnosc, die tschechoslowakische verfolgt die Charta 77. Mit der Duldung der Menschenrechtsverletzungen sei politisch oder wirtschaftlich dem ‚Westen' sich zuordnenden Staaten wie Argentinien, wie der Türkei, wie als aktuelles Beispiel Südafrika u. a., zeigten die Bundesregierungen von 1975 bis heute ein derartig einäugiges Verständnis der Menschenrechte, daß wir ihr Verhalten nicht als eine glaubwürdige Politik ansehen können.

Hinzu kamen Verschärfung des Asylrechts, Berufsverbote, Bau von Hochsicherheitstrakten im eigenen Land."

**Dennoch betrachten die Grünen**

„den KSZE-Prozeß als wichtig und positiv:

— es ist wichtig, daß die Regierungen der verschiedenen blockgebundenen Staaten miteinander sprechen

— es ist wichtig, daß die neutralen und blockfreien Staaten Europas in der KSZE ein Forum zur Artikulation ihrer Ansichten und Interessen gefunden haben

— es ist wichtig, daß im KSZE-Prozeß die europäischen Interessen sich besser als vorher zum Ausdruck bringen können

— es ist wichtig, daß die Menschen und die Basisbewegungen in den Staaten Europas mit der KSZE-Schlußakte ein Dokument haben, mit dem sie weiterhin ihre Regierungen an die selbst eingegangenen Verpflichtungen erinnern können." (30.7.)

## Auf sowjetische Initiative positiv reagieren!

„Zum sowjetischen Atomtest-Stopp erklären die GRÜNEN IM BUNDESTAG:

Die GRÜNEN treten für einen sofortigen und bedingungslosen unbefristeten Atomtest-Stopp ein und geben einseitigen Initiativen die größten Chancen, dies auch auf internationaler Ebene zu erreichen.

Die Ankündigung von Gorbatschow, vom 6. August bis zum Jahresende einseitig keine weiteren Atomversuche durchzuführen, kann von abrüstungsbewußten Menschen nur begrüßt werden, wenn man die Initiative an den bestehenden verhärteten politischen Verhältnissen in den einzelnen Staaten und zwischen ihnen mißt. Dadurch wird endlich auch das Thema Atomtest-Stopp auf die Tagesordnung gesetzt (...)

Die GRÜNEN fordern die Friedensbewegung wie auch die Bundesregierung auf, die sowjetische Initiative ernst zu nehmen und nach Wegen zu suchen, daß diese Initiative mit Leben gefüllt wird und nicht zu dem verkommen muß, was man ihr nachsagt, nämlich nicht mehr als ein geschickter Propagandazug zu sein. Die Realisierung der Initiative im Sinne eines Beitrags zur Abrüstung liegt auch in unseren Händen," (30.7.)

## SPD-Atompolitik doppelzüngig und unglaubwürdig

**Fraktionssprecherin Hannegret Hönes weist auf die Unvereinbarkeiten von SPD-Parteitagsbeschlüssen und realer sozialdemokratischer Politik zur Wiederaufbereitungstechnologie hin:**

„Erst jetzt wurde bekannt, daß Bayern nur mit Hilfe der SPD-regierten Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Bremen im zuständigen Planungsausschuß die gewünschten Bundeszuschüsse für die WAA in Wackersdorf sichern konnte. Das CDU-Land Niedersachsen hatte diese Zuschüsse — offenbar aus Verärgerung über die Absage an einen niedersächsischen Standort — blockiert; SPD-regierte Bundesländer sprangen jedoch für Strauß in die Bresche und sorgten mit ihrem Stimmverhalten dafür, daß die gefährlichste aller Atomanlgen mit nunmehr einer halben Million Mark aus Steuermitteln subventioniert wird.

So wird von der SPD vor Ort gegen die WAA Stimmung gemacht, der SPD-Landrat zur Gallionsfigur der Anti-AKW-Bewegung stilisiert, der bösen CDU die Schuld gegeben und dennoch hat man selbst für die Atomanlage in Bayern gesorgt.

Beste Aussichten, im kommenden Wahlkampf in Bayern ein Dauerthema zu finden, für dessen Installierung man selbst kräftig mitgearbeitet hat. Beste Stimmung auch für Farthmann und Jochjmsen in NRW, allerbestes Wahlkampfklima für den Anti-Atom-Schröder in Niedersachsen.

Was nützen also SPD-Parteitagsbeschlüsse gegen eine Plutoniumwirtschaft, wenn die Verantwortlichen dieser Partei im entscheidenden Moment darauf pfeifen?" (8.7.)

## Für umfassenden Wirtschaftsboykott gegen Südafrika

**Zu den Äußerungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Verheugen nach seiner Südafrika-Reise erklärt Annemarie Borgmann, Mitglied der Grünen im Auswärtigen Ausschuß:**

„Die Ergebnisse der Reise des Abgeordneten Verheugen nach Südafrika sind begrüßenswert und insgesamt vernünftig. Dies bezieht sich vor allem auf den von ihm vorgetragenen Forderungskatalog zu einer bundesdeutschen Reaktion auf die Entwicklung im Apartheidstaat. Es ist ausdrücklich zu begrüßen, daß die SPD damit ebenfalls für die Verhängung von Wirtschaftssanktionen eintritt. Die Forderungen der SPD enthalten weitgehend das, was die GRÜNEN bereits am 22. Juli dieses Jahres gefordert haben und an die wir hier erinnern:

Ein umfassender Wirtschaftsboykott Südafrikas ist nötig. Die GRÜNEN IM BUNDESTAG verlangen:

— das Verbot jeglicher Kredite und Anleihen an die Regierung Südafrikas;

— das Verbot jeglicher Investition in Südafrika und Namibia, solange dort südafrikanische Truppen stehen und keine international überwachten freien Wahlen stattgefunden haben;

— das Verbot des An- und Verkaufs von Krügerrand Goldmünzen;

— das Verbot des Exports aller militärisch nutzbarer Güter nach Südafrika, inklusive aller Güter, die für paramilitärische oder polizeiliche Aufgaben benutzt werden können, da solche bundesdeutschen Erzeugnisse heute zur Niederhaltung der Bevölkerung benutzt werden;

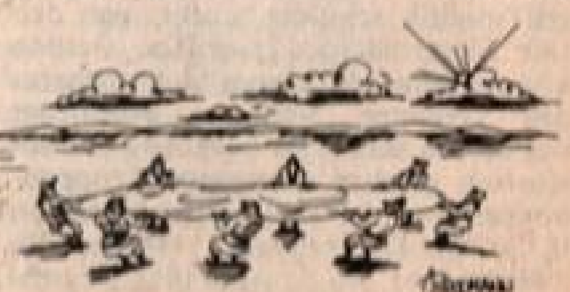
— das Verbot aller Uranimporte aus Südafrika und Namibia;

— der Entzug der Landerechte für südafrikanische Fluglinien (außer in Notfällen, in denen sonst das Leben von Menschen bedroht wäre).

Auf dieser offensichtlich gemeinsamen Grundlage bieten wir der SPD-Fraktion eine sachorientierte Zusammenarbeit und die Entwicklung gemeinsamer Initiativen zu Südafrika an." (8.8.)

**Ganz so problemlos läuft die „sachorientierte Zusammenarbeit" mit der Sozialdemokratie aber nicht. Trotz Zusagen an die Grünen hat die SPD die von den Grünen beantragte Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses zu Südafrika nach Absprache mit der CDU bis in den September hinein verschoben. Dazu erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Axel Vogel:**

„Die SPD hat ihren eigenen Terminvorschlag fallen lassen und sich ohne sachliche Grundlage der Verschleppungsstrategie von CDU/CSU und FDP angeschlossen. Die GRÜNEN IM BUNDESTAG haben für diese Art von Kungelei kein Verständnis. Trotz vieler in letzter Zeit von SPD-Seite gemachten radikalen Äußerungen gegen den Rassismus und die Apartheid in Südafrika scheint der SPD die Urlaubsruhe des Parlaments wichtiger zu sein als eine schnelle und klare Politik gegen Rassismus und Apartheit." (8.8.)





# Logische Phantasie

## Egon Erwin Kisch 1885-1948

## (Zweite Folge)

**„Sooft gereizt eine Stimme von kapitalistischem Timbre ertönt: ‚Wiederum steckt das Proletariat seine Nase in fremde Geschäfte' — frage ich mich: was ist das für eine Nase? Und gebe zur Antwort: diese Nase ist Egon Erwin Kisch.'' (60/21) So gratulierte Sergej Tretjakov Kisch zum Fünfzigstem.**
**In der ersten Folge unserer Artikel-Reihe zu Kischs 100. Geburtstag berichteten wir über sein Werk und Leben bis 1933; untersuchten, wie einfach seine „einfache Wahrheit'' und wie „rasend'' dieser Reporter tatsächlich war, und schnupperten auch an Gisls Kaffeekanne. Den Bericht über Werk und Leben setzen wir hier fort über die Stationen Frankreich, Australien, Spanien, Mexiko, Prag bis zu seinem Tode 1948; wir stellen das Kisch-Bild der DDR und der BRD vor und schließen mit einer Sammelrezension der lieferbaren Werke von und über Egon Erwin Kisch.**

## Reportage als Kunstform und Kampfform

**Aus Deutschland wurde Kisch abgeschoben; englischen Boden, er will beim Londoner Gegenprozeß über die Reichstagsbrandstiftung aussagen, darf er nicht betreten; in Australien, wohin er als Delegierter des Weltkomitees gegen Krieg und Faschismus entsandt ist, soll er nicht landen dürfen; nach der Besetzung des tschechischen Teils der CSR durch die deutschen Faschisten ist ihm seine Heimatstadt Prag versperrt; die USA wollen ihm die Durchreise nach Mexiko verwehren. Immer wieder steht vor ihm**

### „Eintritt verboten"

Aus Paris schreibt Kisch im Juni 1933 der Mutter: „In der Schweiz war's ganz nett, meinem Vortrag hat man mir verboten''. (24/245)

„Eintritt verboten"

Aus Paris schreibt Kisch im Juni 1933 der Mutter: „In der Schweiz war's ganz nett, meinem Vortrag hat man mir verboten''. (24/245)

Genauer gesagt: Verboten worden war ihm vom Bundesrat der Schweiz, den Vortrag selbst zu halten. So wurde dann sein Text von einem anderen Genossen verlesen, während Kisch danebenstand und den Vortrag mit erhobener Faust begleitete. (12)

Der Schweizer Bundesrat handelte durchaus mit dem feinen Instinkt seiner Klasse, hatte Kisch doch unmittelbar nach seiner Freilassung aus faschistischer Haft gezeigt, daß es im antifaschistischen Kampf „jetzt erst recht'' heißt. Die ersten Enthüllungen über den faschistischen Terror stammen von seiner Hand (IX/320). Als Tarnschrift unter dem Titel „Der Führer'', auf dem Umschlag ein Porträt von Hermann Göring, erschien seine Arbeit *Über die Hintergründe des Reichstagsbrandes* (IX/363). Von der Weltpresse aufgenommen wurde sein fingierter Briefwechsel mit Hitler, in dem er dessen behauptetes Kriegsheldentum bespöttelte, was für die faschistische Presse Anlaß war, eilends einen Artikel „Wie Hitler das EK I. erwarb'' herauszubringen. (VI/296) Im Pariser Exil beteiligte er sich an der Neugründung des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller, dem Aufbau der Deutschen Freiheitsbibliothek (vgl. 2) und engagierte sich für die Bildung der Volksfront. „Es gab keine Aktion der antifaschistischen Schriftsteller in Paris, an der Kisch nicht führend beteiligt war'', schrieb Bruno Frei. (21/184; 60/38)

Der Fortführung seiner Reportage-Arbeit tat dies keinen Abbruch. Er reist nach Belgien, Spanien, Korsika, Monte Carlo, in die Niederlande. Ergebnis sind seine Reportagesammlungen *Eintritt verboten* und *Abenteuer in fünf Kontinenten*, die 1934 bzw. 1935 in Paris bei der Editions du Carrefour (einer Fortführung des „Münzenberg-Konzerns'') erschienen. 1936 folgen, bei Allert de Lange in Amsterdam, die *Geschichten aus sieben Ghettos*.

Zu Füßen dieser Werbung marktet der Adressat, das Amsterdamer Ghetto, jedoch hat niemand Ohren, zu hören, was der Mann in steinerner Geduld redet, niemand Augen, zu sehen, was auf der Kirche angeschrieben ist.
Noch beschwörender als der Christ strecken die jüdischen Budenbesitzer ihre Arme aus, noch lobpreisender, noch beteuernder, und der Passant ist vollauf mit der Prüfung der feilgehaltenen Ware beschäftigt; Mißbilligung markierend, fragt er nach dem Preis des von ihm ausgewählten Stücks, feilscht, geht, kommt wieder. (VI/7)

Kisch, der zeitlebens sein Judentum nicht verleugnete, geht mit dem Amsterdamer Sephardim, den Nachkommen der im 16. Jh. aus Spanien vertriebenen Juden, harsch ins Gericht wegen ihrer Verachtung gegenüber den Ostjuden:

Flüchtlinge der spanischen Inquisition zu sein, dünkt ihnen etwas Vornehmes, wogegen sie in den Flüchlingen der Pogrome, noch nach dreihundert Jahren, einen Armeleutegeruch spüren. (IV/17)

### „Landung in Australien"

„Landung in Australien"

Als Delegierter des Weltkomitees gegen Krieg und Faschismus wird Kisch im Oktober 1934 zum antifaschistischen Kongreß nach Melbourne entsandt. Heraus kommt dabei neben wirksamer antifaschistischer Agitation eine der schwersten innenpolitischen Krisen, die Australien bis dahin erlebte, und heraus kommt weiter dabei Kischs Reisebericht *Landung in Australien*.

Kisch erhält Landeverbot in Australien. Nachdem die „Strathaird'' schon in mehreren australischen Häfen angelegt hat, Kisch aber immer noch nicht an Land darf, hat er schließlich die Faxen satt und ... hören wir ihn selbst:

Die „Strathaird'' stieß ab, ein Meter Wasser war schon zwischen dem Schiffsrumpf und dem Uferrand, da sah die Menschenmenge auf dem Kai mit Entsetzen, wie sich fünfeinhalb Meter hoch über ihr ein Mann auf die Reeling schwang; um Gotteswillen, er wird sich doch nicht herunterstürzen?
Man wird verstehen, daß wir nicht selbst sagen, was sich ereignet hat, sondern es weniger Beteiligten, unberufen Berufeneren zu sagen überlassen. Im Berliner „Angriff'' zum Beispiel wird es folgendermaßen gesagt: „Jüdische Frechheit des Rasenden Reporters. — Gerechte Strafe: Kisch bricht sich die Beine.'' Ohne Zweifel ist dieser „Angriff'' übertrieben; so groß war die jüdische Frechheit denn doch nicht, sie begnügte sich damit, ihm ein Bein zu brechen, allerdings doppelt. (IV/354; 28/74)

Trotz gebrochenem Bein muß Kisch zurück aufs Schiff, das nach Sydney weiterfährt. Dort soll vor Gericht entschieden werden. Obwohl das Gericht nun die Landeerlaubnis erteilt, wird Kisch auf der Bahre zur Polizei gebracht. Er soll eine Diktatprüfung ablegen, die das Gesetz jedem Einwanderer vorschreibt. Und zwar in Gälisch, einem keltischen Dialekt, den in Schottland nicht einmal drei Prozent der Einwohner sprechen. Kisch verweigert die Teilnahme an dieser Farce, wird in einer Einzelzelle arretiert, und tobt, tobt solange bis er ins Krankenhaus verlegt wird.

Er brüllt, es sei eine Schande für Australien, den Gast einer großen Organisation so zu behandeln. Er brüllt, es sei ein schmutziger Trick, ihn in keltischer Sprache zu prüfen. (Heiterkeit in den Nachbarzellen. Zurufe: „Ist das wahr?'') Er brüllt, ja, das sei wahr, man habe ihn einer Prüfung in gälischem Keltisch unterzogen, um ihn in diese Dreckzelle werfen zu können. Er brüllt, die australischen Merinos wollen sich auf diese Weise bei den Nazi-Leithammeln beliebt machen. Er brüllt — eben gehen Polizisten vorbei —: Warum laßt ihr euch, Polizisten, gefallen, daß man so mit einem Friedensdelegierten umgeht! Er brüllt, er werde dem Inspektor die Reitpeitsche in sein Affengesicht schlagen. Er brüllt, brüllt stundenlang, von Beifallsrufen und Händeklatschen aus den Nachbarzellen begleitet. (IV/375; 28/104)

Es folgen, u.a., mehrere Gerichtsverhandlungen und innenpolitische Krisen einerseits, etwa hundert antifaschistische Meetings, auf denen Kisch spricht, andererseits. Für den 27. Februar 1935, den Jahrestag der Nacht, in der die Nazis den Reichstag anzündeten, bereiten die Melbourner Antifaschisten eine Kundgebung gegen den Terror in Deutschland vor. Der Zug soll u.a. von Kisch geführt werden.

verhandlungen und innenpolitische Krisen einerseits, etwa hundert antifaschistische Meetings, auf denen Kisch spricht, andererseits. Für den 27. Februar 1935, den Jahrestag der Nacht, in der die Nazis den Reichstag anzündeten, bereiten die Melbourner Antifa-

Mit Fackeln und Fahnen bewegen sich die Kolonnen (...), und du weißt, der Strom ist unendlich, nicht nur in den Straßen Melbournes erzwingt er sich den Weg, er fließt durch Europa, Amerika, Asien, Afrika.
Ein mächtiger Strom. Ein mächtiger? Sind nicht weit mächtiger die ererbten, erbeuteten Vorrechte, der starre Besitz, die Interessen des Profits, der Cäsarenwahn der Staatsmänner, die Verbreiter der Volksverdummung, die korrupten Politiker, die glatten Diplomaten?
(...) Und dieser Strom von arbeitenden Menschen — ihre Fäuste und Fahnen und Fackeln heben sich durch die Nacht, rufen nach Befreiung der gefangenen Genossen —, diese Tausende von Melbourne, mit denen Millionen in aller Welt marschieren, haben noch nicht die Macht, das Mauerwerk der faschistischen Bastillen zu sprengen. (IV/428f.; 28/190f.)

### „Soldaten am Meeresstrand"

Spanien 1936: Die spanischen Faschisten, unterstützt von Deutschland und Italien, geduldet vom „freien Westen'', putschen gegen die Republik. „Die blutigen Schlachtfelder Spaniens'', erkannte der spanische Außenminister Del Vago, „sind in der Tat schon die Schlachtfelder des Zweiten Weltkrieges.'' (zit. n. 45/153) Die Antifaschisten der Welt, wo es ihnen nur möglich ist, kommen der bedrohten Republik zu Hilfe. Ein Bruder von Kisch arbeitet als Chirurg auf der Seite der Republikaner. Kisch ist vom Juni 1937 bis zum April 1938 als Berichterstatter, als Agitator und als Sympathisant der „Kämpfe und Kämpfer'' bei den Interbrigaden. (48/362)

Der Krieg hat die Landsitze der Aristokratie entweder zerstört oder für das Volk bewohnbar gemacht. In Guadalajara ist das märchenhafte Schloß der Herzöge von Infantado zum Beispiel vom Bomben vernichtet. Hundert andere aber dienen als Hospitäler, Kinderheime, Erholungsstätten. Staunend gehen die neuen Insassen an all dem ererbten Reichtum der Aristokratie vorüber, der die Ursache für die ererbte Armut des spanischen Volkes war. (VI/340)

Kisch besucht ein Hospital der Internationalen Brigaden, das „aus vielen schönen Villen in Palmengärten'' besteht, und er stellt sich vor:

Was würden die Villenbesitzer, die alljährlich zwei Monate hier verbracht haben, dazu sagen, daß ihre schönen Villen das ganze Jahr geöffnet bleiben, daß jede Villa, auf den individuellen Geschmack einer einzigen Familie zugeschnitten, jetzt bis zu fünfzig Menschen Wohnung gibt? Wie schrecklich, ein Massenquartier! (VI/311)

Daß aber das gesamte spanische Adels-und Herrenpack sich von 1939 an wieder des ungeteilten Besitzes ihrer Villen erfreuen konnte, dafür sorgte nicht zuletzt die „strikte Nichteinmischung'' Großbritanniens, Frankreichs und der USA.

### „Entdeckungen in Mexiko"

Friedrich Torberg erinnert sich, Kisch habe ihm in Paris, wohl kurz vor dem Beginn des Krieges, gesagt: „Weißt du, mir kann eigentlich nichts passieren, ich bin ein Tscheche, ein Deutscher, ein Jud, ich bin aus einem guten Haus, ich bin Kommunist — etwas hilft mir immer.'' (12)

Die deutschen Faschisten haben 1938 Österreich „Heim ins Reich'' geholt, deutsche Truppen marschieren in das (tschechoslowakische) Sudeten-

ich bin Kommunist — etwas hilft mir immer.'' (12)

Die deutschen Faschisten haben 1938 Österreich „Heim ins Reich'' geholt, deutsche Truppen marschieren in das (tschechoslowakische) Sudetenland ein und besetzen 1939 „Böhmen und Mähren''. Am 1. September 1939 beginnt mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. Die zweite große Welle der Vertreibung hat für die Exilanten und Emigranten begonnen. Kisch flieht von Paris aus über die USA nach Mexiko.

In Mexiko, wo fast ein Viertel aller exilierten Schriftsteller internationalen Namens Asyl gefunden hatten, beteiligt er sich aktiv an der Bildung der Parteigruppe der KPD und steht — wie in den vorhergegangenen Jahren des Exils — im Zentrum antifaschistischer Tätigkeit, ist Mitbegründer und Träger des Heinrich-Heine-Klubs, der Zeitschrift „Freies Deutschland'' und des Exil-Verlages „El Libro Libre''.

Unter welch unsäglichen Mühen die Produktion der meisten Exil-Zeitschriften vor sich ging, davon legen Kischs *Erinnerungen eines alten Mitarbeiters* anschaulich Zeugnis ab:

Wenn eine Spalte gesetzt war, band unser Chefredakteur den Bleisatz fest zusammen, verpackte ihn und lief damit — Straßenbahnspesen hätten uns gerade noch gefehlt — in die Druckerei. Noch rascher mußte er mit dem Blei zurückjagen, wenn der Druck beendet war. Denn in der Setzerei standen nämlich die Setzer und die Setzmaschine ohne Blei. Als das Blatt umbrochen war, war an seinen Mitarbeitern nichts mehr zu umbrechen. (IX/487)

Kischs Autobiografie (bis etwa 1914 reichend, die Fortführung konnte er nicht mehr schreiben) erscheint 1942 als erste Publikation des Verlages El Libro Libre unter dem Titel *Marktplatz der Sensationen* (VII), 1945 dann seine letzte große Reportagensammlung *Entdeckungen in Mexiko* (VII).

Heinrich Mann pries Kisch als „Entdecker Mexikos'': „Wer hat es vor ihm gesehen? Niemand ganz, das steht zu vermuten (...). Alexander von Humboldt (...) war von den früheren Mexiko-Forschern der umsichtigste. Humboldt, ein wohlbestallter Reisender mit vorher befristetem Aufenthalt und gesicherter Rückkehr, ist rundweg Forscher. Er ist nicht Interviewer, Mephisto und Virtuose. Kisch hat dies und einiges mehr. Er hat Visionen. Was er auf dem Gipfel eines soeben geborenen Feuerberges erblickt, mit realistischen Augen dennoch erblickt! Er hat einen prophetischen Sinn für das Gegenwärtige, das macht ihn zum Revolutionär und Dichter.'' (21/83f.; 60/338)

Im *Indiodorf unter dem Davidsstern* nimmt Kisch am Sabbat-Gottesdienst teil:

Am Schluß stellte sich die Gemeinde vor dem Altartisch auf zum Totengebet. (...) Auch ich trat vor, schloß die Füße aneinander und sprach nach, was der Rabbi uns vorsprach, nur die Namen seiner Toten fügte jeder Betende selbst ein.
Mein Vater und meine Mutter waren in Prag geboren, lebten dort, starben dort und sind dort begraben. Niemals konnte ihnen in den Sinn kommen, daß einer ihrer Söhne den Totenspruch für sie in einer Gruppe von Indios sprechen werde, im Schatten der silbertragenden Berge von Pachuca. Meine Eltern, die ihr Leben im Bärenhaus der Prager Altstadt verbrachten, ahnten nicht, daß ihre Söhne einmal aus dem Bärenhaus verjagt sein würden, nach Mexiko der eine, nach Indien der andere und die beiden, die dem Hitlerterror nicht entfliehen konnten, in unbekannte Stätten unvorstellbaren Grauens. Meine Gedanken schweiften weiter, Verwandte, Freunde, Bekannte und Fremde, Opfer Hitlers, alle haben Anspruch darauf, daß ihrer im Totengebet gedacht werde. (VII/567)

Kisch hat hier gleichsam den Grundton angeschlagen, der seine letzten Lebensjahre tief verschatten wird. Die

ter, Verwandte, Freunde, Bekannte und Fremde, Opfer Hitlers, alle haben Anspruch darauf, daß ihrer im Totengebet gedacht werde. (VII/567)

Kisch hat hier gleichsam den Grundton angeschlagen, der seine letzten Lebensjahre tief verschatten wird. Die französische Schriftstellerin Simone Téry, gleich Kisch im mexikanischen Exil, erinnert sich: „Kisch kämpfte leidenschaftlicher als je mit der Feder. (...) Aber Kisch mit seinem Empfindungsreichtum litt vielleicht mehr als jeder andere unter dem grausamen Exil. Er erlitt den tausendfachen Tod seines gepeinigten Vaterlandes und alle Marter des mit Blut befleckten Europa. Niemals (...) habe ich größeren Schmerz in seinem Gesicht gesehen als in Mexiko.'' (21/152; 60/144)

Als er 1944 erfährt, daß zwei seiner Brüder im KZ ermordet worden sind, sperrt er sich von allen Menschen ab. Lenka Reinerová, aus Prag stammend wie er und enge Vertraute, die schließlich zu ihm vordringt, sagt er: „(...) bist auch aus der Melanchtrichgasse, und auf dich wartet dasselbe, wirst schon sehen.'' (60/261)

Dieser Gedanke beherrscht ihn selbst an dem Tage, als die Nachricht von der Niederschlagung des Faschismus eintrifft. Lenka Reinerová: „Er blickte mir, ohne zu lächeln, entgegen, selbst in seinen Augen funkelte es nicht, seine ganze Person drückte unendliche Müdigkeit und Trauer aus.
‚Egonek', sagte ich erschrocken, ‚der Krieg ist doch zu Ende.'
‚Eben.' Er seufzte, hängte sich schwer in mich ein, wie jemand, der Halt sucht. ‚Was werden wir jetzt erst alles erfahren. Das ganze unfaßbare Sterben.' '' (60/263)

### Friedhof

Im Juni 1945 hatte sich Kisch von Mexiko aus an Klement Gottwald, den stellvertretenden Ministerpräsidenten der Tschechoslowakei, mit dem Wunsch gewandt, „so bald wie möglich nach Hause zurückzukehren''. Anfang 1946 erhält er „Telegramme'' von Gottwald und anderen führenden Politikern der CSR, sogleich nach Prag zu kommen. (48/416)

In einem Interview, das der im März 1946 in Prag angelangte Kisch gibt, teilt er seinen ersten Eindruck mit: „Ich habe viele Tote getroffen. Sie stehen vor jedem Haus, sehen aus jedem Fenster. Es sind alte Freunde, Verwandte, Bekannte, die mich anblicken.

Fortsetzung nächste Seite

Das Foto auf dieser Seite zeigt Kisch an der Reeling auf dem Oberdeck der „Strathaird'', wahrscheinlich bei der Ankunft in Melbourne

# Kommunist? Schon immer? Oder nie? Oder was?

**,,Deutsch-deutsches'' Scharmützel um Kisch: Ist für die Hardliner der einen Seite Kischs Weg zum Kommunismus schon vorbestimmt gewesen, als er noch die Windeln näßte, behaupten die Hardliner der anderen Seite schlicht, er sei nie Kommunist gewesen.**

## Kisch à la DDR

,,Dieser eigenwillige Bürgersohn trat der Partei des Proletariats bei und wurde ein Soldat der Revolution auf dem Frontabschnitt der Literatur.'' (79/139) — ,,Abenteuerlich und bunt war der Lebensgang von Egon Erwin Kisch, ihn trieben Neugier und Kampflust. (...) Aber eindeutig und streng verlief seine innere Richtung, und man ist versucht von einem Musterfall einer Entwicklung zu reden, der Entwicklung zur sozialistischen Literatur.'' (46/7)

Diese Elemente aus dem realsozialistischen Stabilbaukasten, konstruiert in den Jahren 1960 bzw. 1968, sind längst auf dem berühmten Misthaufen der Geschichte gelandet. Die Forschungsergebnisse des Prager Literaturwissenschaftlers Josef Polácek vertieften und differenzierten das Bild des Prager Kisch. In den Publikationen *Briefe an den Bruder Paul und die Mutter* (24), 1978 erschienen sowie *Mein Leben für die Zeitung* (Bd. 8 u. 9 der Ges. Werke, 1983, 1. Aufl.) ist mancherlei veröffentlicht, was Kisch weniger als soldatisch eindeutig und streng zeigt, sondern vielmehr als leibhaftigen Menschen. Und Dieter Schlenstedt, der seit rund 25 Jahren über Kisch arbeitet, ist mit seiner jüngst erschienenen Studie *Egon Erwin Kisch. Leben und Werk* (48) bemerkenswert von früherer Heldenlieddichtung abgerückt.

Leider beschränkt sich das Bemühen um ein realitätsnahes Kisch-Bild auf den Bereich der Wissenschaft. Daneben stehen Arbeiten wie die der Journalisten Klaus Haupt und Harald Wessel, die seit einigen Jahren ,,zur Vorbereitung des 100. Geburtstages von Kisch'' im ,,Neuen Deutschland'' — also mit Allerhöchster Zustimmung — sog. Reportagen über Kisch publizierten, die nun auch in Buchform unter dem Titel *Kisch war hier. Reportagen über den ,Rasenden Reporter'* herausgekommen sind (Verlag der Nation, aufgelegt bemerkenswerterweise sowohl in einer Paperback-Ausgabe wie als Leinenband). Haupt und Wessel zeichnen, den Schritt entschlossen zurück in die 50er Jahre gelenkt, erneut das Bild eines Revolutionshelden.

,,Mit der Entscheidung in Sankt Aegyd im November 1917 (Bildung eines illegalen Arbeiter- und Soldatenrates — Anm. d. Vf.) zählt Kisch zu den aktiven Funktionären der revolutionären Arbeiterbewegung'', reportiert Klaus Haupt. ,,Von diesem Zeitpunkt an (...)

Fortsetzung von vorheriger Seite

Sie sind durch den Nazismus gestorben. Es ist ein trauriges Gefühl, auf ei-

Fortsetzung von vorheriger Seite

Sie sind durch den Nazismus gestorben. Es ist ein trauriges Gefühl, auf einen Friedhof zurückzukehren.'' (zit. n. 48/420)

Konfrontiert war Kisch zudem mit den ,,Problemen der Nationalitätenpolitik (...). Ihre von der Geschichte aufgezwungene radikale Lösung widersprach gewiß allem'', konzediert sogar sein (DDR-)Biograf Schlenstedt, ,,was er früher an Vorstellungen über das Zusammenleben der Völker und Nationen entwickelt hätte.'' (48/419)

Und konfrontiert war Kisch ebenfalls mit den schwerwiegenden Problemen eines Autors, der nach zwölfjährigem Exil (genauer gesagt, da er seit Anfang der 20er Jahre sich nur noch besuchshalber in Prag aufgehalten hatte: nach fast fünfundzwanzigjähriger Abwesenheit) in sein in scharfem Umbruch sich befindendes Land zurückgekehrt. Zeugnis des Versuchs, sich in dieser politischen und persönlichen Lage neu zu orientieren ist sein Vorhaben, ein umfangreiches Reportagewerk über die neue Tschechoslowakai zu schreiben. Der Plan, den Kisch anlegte, zeigt, daß er vornehmlich über den wirtschaftlichen Aufbau des Landes berichten wollte.

Schon gesundheitlich angegriffen aus dem Exil zurückgekehrt, gedrückt von den Schatten der Vergangenheit und belastet mit den Problemen der Gegenwart kann er nur noch wenige Teile des geplanten Werkes abschließen. Fragment bleibt auch seine letzte größere Reportage — eine ,,Reportage vergangenheitswärts'' — über *Karl Marx in Karlsbad* (11,2/380).

In Mexiko hatte Kisch gespöttelt: ,,(...) ich werde mir sehr fehlen, wenn ich nicht mehr dasein werde.'' (60/271) Am 31. März 1948 lag die Hand stille, die es aufgeschrieben hatte.

AG Exil

Zu seinem 50. Geburtstag bekam Kisch runde 1.200 Gratulationen. Zwei Exil-Zeitschriften gaben Sondernummern heraus. Johannes Wüsten gratulierte im ,,Gegen-Angriff'' (v. 26.4.35) mit dieser Zeichnung

arbeitet er zielstrebig auf revolutionäre Veränderungen hin.'' (10/55)

Halt Pech, daß, wie Guido Zamis schon 1982 in den in der DDR erscheinenden *Beiträge(n) zur Geschichte der Arbeiterbewegung* aufgrund der Angaben des Organisators der Novemberkonferenz zu dem Schluß gelangte, ,,daß Kisch nicht an jener Konferenz teilgenommen hat'' (60/212), und daß er auch bei den Januarstreiks 1918 ,,weiterhin mehr Beobachter als Teilnehmer gewesen sein (dürfte).'' (60/213) Und weiter Pech — nicht für Kisch, ist es doch allein Zeugnis seiner

Entwicklung —, daß der ,,zielstrebig aktive Funktionär'' noch ein Jahr nach besagtem November 1917 blühenden Unsinn verzapfte wie diesen: Kisch bedauert in seinem Artikel *Die Rote Gar-*

Entwicklung —, daß der ,,zielstrebig aktive Funktionär'' noch ein Jahr nach besagtem November 1917 blühenden Unsinn verzapfte wie diesen: Kisch bedauert in seinem Artikel *Die Rote Garde und die Parteien* den politischen Gegensatz zwischen offizieller Sozialdemokratie und Roter Garde, der ,,nicht ein Gegensatz der Massen ist. Die stehen alle so fest auf dem Boden des Kommunistischen Manifests wie nur je ein Christ auf dem Boden des Evangeliums gestanden hat.'' (VIII/235)

Haupt, in offensichtlicher Unkenntnis der Kisch-Werke (denn sonst wär's Böswilligkeit), setzt aber noch einen drauf: ,,So hat er sich unwiderruflich eingereiht in die Bataillone der revolutionären Arbeiterklasse, die den Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben hat.'' (10/60) Nur sechs Buchseiten weiter, jetzt reportiert Haupts Kollege Wessel, müssen wir jedoch lesen, daß Kisch noch so Manches nachzuholen hat. In dessen Auffassung aus dem Jahre 1923, ,,daß nicht die bessere Sache den irdischen Sieg erficht, sondern die besser verfochtene Sache'' (26/7) stecke ,,immer noch (...) ein Hauch von Fortschrittspessimismus, ein für den aktiven Menschen seltsamer Skeptizismus, der von einer Überschätzung des subjektiven Faktors in der Geschichte herrührt, von ungenügendem philosophischen Verständnis, von theoretischer Ahnungslosigkeit in materialistischer Dialektik'', befindet Wessel und fragt: ,,Was hatte Kisch denn zu dieser Zeit'' — sechs Jahre nachdem er sich ,,unwiderruflich eingereiht'' hatte — ,,auch von Marx und Engels wirklich gelesen?'' (10/66)

Ist solch Geschreibe noch kurios, so ist allein abstoßend, wie mit dem politischen Gegner (aus den 20er Jahren!) des eigenen Lagers umgegangen wird. Um die ,,Enthüllung'' gebührend einzuleiten, daß nicht Kisch es war, der in Wien die Redaktion der ,,Neuen Freien Presse'' besetzte, sondern Ruth Fischer (führende KPD-Funktionärin bis 1925, 1926 als ,,Ultra-Linke'' ausgeschlossen), formuliert Wessel: ,,Ob Kisch die leidenschaftliche Frau, die ihre flammenden Reden auf Arbeiterversammlungen mit tiefstmöglichem Brustausschnitt vorzutragen pflegte, in Berlin traf, mag bezweifelt werden.'' (10/67)

Es verwundert bei solch einem Machwerk schließlich auch nicht mehr, wenn Wessel im Mexiko-Kapitel über Kisch zum Abschluß der Satz einfällt: ,,Kischs glückliche Zeit unter der Supersonne Mexikos war vorüber.'' (10/210) Ein Blick in die Erinnerungen von Kischs Exil-Gefährten in Mexiko

— im *Kisch-Kalender* (21) 1956 veröffentlicht und vermehrt in *Servus Kisch* (60), 1985 — hätte Wessel belehrt, daß die ,,Supersonne'', so sie denn überhaupt für einen Vertriebenen geschie-

— im *Kisch-Kalender* (21) 1956 veröffentlicht und vermehrt in *Servus Kisch* (60), 1985 — hätte Wessel belehrt, daß die ,,Supersonne'', so sie denn überhaupt für einen Vertriebenen geschienen hat, für Kisch verdüstert war vom Wissen um die Toten unter den Verwandten und Freunden und der Ahnung, mit welchen Schrecken er noch konfrontiert sein würde.

Ein paar hübsche Funde haben die Autoren gemacht, aber — alles in allem — ist das nur ein Löffel Honig in einem Faß Teer.

## Kisch à la BRD

,,Kisch (ist) niemals Mitglied der kommunistischen Partei gewesen'', läßt R. Ströbinger in der ,,Welt'' (30.3.78) wissen, wie schon dreizehn Jahre zuvor ein W. G. in der gleichen Zeitung. So dreist gelogen wird jedoch selten. (Erfreut nehmen wir allerdings zur Kenntnis, daß Gisl Kisch nicht nur guten Kaffee kochen konnte, denn ,,wenn ihn, wie Kischs Gefährten übereinstimmend feststellen,'' weiß Ströbinger ,,nicht die feste Hand seiner Frau Gisl, einer dogmatischen, moskautreuen Kommunistin, gelenkt hätte, würde er schon Jahre vor seinem Tod die ihn zermürbende und schließlich auch erdrückende Last des Kommunismus abgeschüttelt haben.'')

Durchgesetzt hat sich, nachdem es, wie in den 50er Jahren, nicht mehr ausreichte, Kisch schlicht als ,,roten Hund'' zu ignorieren oder zu verdammen, die Behauptung, Kisch sei ,,vom Kommunismus abgefallen'', um dann solchermaßen *den Schriftsteller und den Kommunisten* (wie bei Brecht, bei Seghers u. a.) *auseinanderzudividieren* (vgl. 70; 27/351). Vor allem eine von Alfred Kantorowicz überlieferte Äußerung Kischs aus dem Spanischen Bürgerkrieg sowie die Spekulation, was mit Kisch geschehen wäre, wäre er nicht ,,rechtzeitig'' (vor erneuten ,,stalinistischen'' Prozessen) gestorben, sind die bestimmenden Elemente des Kisch-Bildes in der BRD, die vieldutzendfach verwendet worden sind und verwendet werden. (80)

Kantorowicz' Kisch-Überlieferung aus dem Spanischen Bürgerkrieg hat allerdings eine komplizierte Genese durchlaufen bis sie wurde, was sie nun ist und wohl auch noch lange bleiben wird. In Kantorowicz' *Spanischem Tagebuch'' (1949) wie in seinem Beitrag im Kisch-Kalender* (1956) ist Kisch in Spanien der ungebrochene Kämpe und Spaßvogel: ,,Als Kisch im Frühjahr 1937 zu uns, den (...) Männern der XIII. Internationalen Brigade kam'' war er ,,lebhaft und auf alles aufmerksam, zu Wortwitzen und Schüttelreimen bereit. (...) Seine innere Spannkraft haben all die schweren Jahre nicht brechen können''. (21/112 f.) Drei Jahre später, Kantorowicz hat 1957 die DDR verlassen und ist in den Westen gegangen, liest sich das in seinem *Deutschen Tagebuch* ganz anders: ,,Ächzend ließ er sich auf einen Stein nieder, zeichnete, vor sich hin brütend, mit seinem Stock Schnörkel in den Sand, sah mir in die Augen und sagte: ,Weh uns, wenn wir gesiegt haben!' '' (zit. n. 61/23)

Diese Äußerung hat Kantorowicz in der Folge vielfach in seinen Artikeln, Büchern und Interviews zitiert. Bekannt ist uns allerdings nicht, daß er den so eklatanten Wechsel seiner Kisch-Darstellung irgendwo begründet hätte; in seinem Kisch-Porträt in *Journalisten über Journalisten* beispielsweise bringt er die erste, ihm noch genehme Hälfte aus dem (in der DDR erschienenen) *Kisch-Kalender*und hängt das grundlegend gewandelte Kisch-Bild schlicht hintendran. Für den Großkritiker Reich-Ranicki wie für andere Interessierte wurde der von Kantorowicz überlieferte ,,Satz zum Programm'' (61/23) und Legionen bundesdeutscher Feuilletonisten folgten ihnen.

Bruno Frei, Exil-Genosse Kischs in Paris, hielt diesen und ähnlich gelagerten Zeugnissen von Kischs ,,Abfall vom Kommunismus'' entgegen: ,,Manche wollten Tränen in Kisch's Augen gesehen haben, als die Nachricht von den Prozessen in Moskau Verwirrung stiftete. Darauf ist zu sagen: *Kisch weinte? Wer nicht? Wer blieb kalt und ungerührt, als in der Roten Hauptstadt das Drama der Prozesse abrollte?*'' (8/13 — Hervorhebung i. Orig.)

Das ,,beliebte was-wäre-wenn-Spiel'' nannte Frei die verbreitete Spekulation (durchaus nicht nur) Kalter Krieger, was wäre gewesen, wäre Kisch nicht

Das ,,beliebte was-wäre-wenn-Spiel'' nannte Frei die verbreitete Spekulation (durchaus nicht nur) Kalter Krieger, was wäre gewesen, wäre Kisch nicht schon 1948 gestorben, was wäre gewesen, wenn er zur Zeit erneuter ,,stalinistischer'' Prozesse (Slansky-Prozeß, 1952) noch gelebt hätte. (8/13)

Für Peter Demetz in der ,,FAZ'' (8.3.80) ist nicht zu bezweifeln, ,,daß Egonek noch im Tode ein Glückskind war: wäre er vier Jahre später gestorben (...), man hätte ihn (...) als Agenten westlicher Geheimdienste verflucht und wie einen Hund verscharrt.'' Kantorowicz (den wir übrigens nicht für einen *bewußten* Kalten Krieger halten) ist einer der Väter dieser Spekulation. Vergleichsweise differenziert hatte er Ende der 50er Jahre als ,,zumindest wahrscheinlich'' bezeichnet, ,,daß auch Egon Erwin Kisch auf der Anklagebank gesessen hätte. Er gehörte genau in die Kategorie der Hauptangeklagten: bürgerlicher Herkunft, Jude, Westemigrant, Teilnehmer am Spanienkampf, also mit Jugoslawen, das heißt Titoisten bekannt, ebenso mit Amerikanern, und wer weiß welchen ,Parteifreunden', westlichen Geheimdienstlern.'' (18/211 f.)

Die Wirksamkeit dieser Spekulation ist nicht zu bestreiten, gründet sie doch nicht allein auf antikommunistischer Hetze, sondern auch auf tatsächlichen ,,stalinistischen'' Verbrechen.

## Zwei Seiten einer Medaille?

In der DDR wird die Vereinnahmung Kischs geprobt (Wissenschaftler wie Dieter Schlenstedt nehmen wir zum guten Teil davon aus), indem die ,,Unstimmigkeiten'' seiner Biografie — tatsächlich: die widersprüchliche, also: wirkliche Entwicklung — wo nicht verschwiegen, so doch weggeschönt werden.

Fortsetzung nächste Seite

## Über den Umgang mit einem Autor

Im Jahre 1961 war es, als Walter Schmieding (nachmaliger Autor zahlreicher Artikel, eines Rundfunk- und eines Fernseh-Features über Kisch sowie Herausgeber einer Sammlung von Kisch-Reportagen) einen Kisch-Band unter dem Titel ,,Der rasende Reporter'' einem so fulminanten wie berechtigten Verriß unterzog: ,, ,Der rasende Reporter' von 1961 ist nicht identisch mit Kischs Buch ,Der rasende Reporter' aus den zwanziger Jahren; er enthält aus diesem Buch nur fünf Arbeiten, die anderen ,klassischen Reportagen' sind aus anderen Büchern ausgewählt worden. Das ist, gelinge gesagt, eine Irreführung. (...) Zu der editorischen Nachlässigkeit (falsche Datierungen und Titelangaben — Anm. d. Vf.) gesellt sich Systemlosigkeit. Es bleibt unerfindlich, nach welchen Gesichtspunkten die Auswahl der Reportagen getroffen worden ist. Weder eine zeitliche noch eine thematische Anordnung ist erkennbar. Reportagen aus verschiedenen Jahrzehnten stehen unvermittelt nebeneinander (...). Das macht den Überblick verwirrend, wenn nicht unmöglich.'' (,,Ruhr-Nachrichten'', 30.3.61).

Diese Rezension könnte längst Staub und vergessen sein, wenn nicht ihr Autor Schmieding, mittlerweile zum ZDF-Kulturredakteur avanciert, runde zwanzig Jahre später, 1979, seinerseits eine Sammlung mit Kisch-Reportagen — ,,Nichts ist erregender als die Wahrheit'' (Kiepenheuer & Witsch; Büchergilde Gutenberg; 1983 Taschenbuchausg. bei Knaur) — herausgegeben hätte, bei der er mit Akribie all die Schlampereien getreulich nachvollzieht, die er 1961 den Herausgebern des ,,Rasenden Reporter'' angekreidet hatte.

Die Auswahl der Reportagen wird von Schmieding nicht begründet. Lediglich der Klappen-Text teilt mit, sie sei nach ,,biographisch-chronologischen Gesichtspunkten'' erfolgt. ,,Wenn ich das richtig verstanden habe'', schreibt Hans-Albert Walter in der ,,FR'' (18.8.79), ,,sollen also mit den Reportagen die Lebensstationen ihres Verfassers illustriert werden. Bei einem Reisereporter wie Kisch ist dieses biographische Prinzip so oberflächlich wie unangebracht. Weit wichtiger wäre es gewesen, die literarisch-politische Entwicklung zu dokumentieren. Sie wird aber geradezu verdeckt und verschüttet, wenn man — wie Schmieding es tut — Arbeiten aus den vierziger Jahren neben solche aus der Zeit vor 1914 stellt. Würden wenigstens die Entstehungsdaten der einzelnen Reportagen mitgeteilt, würde zumindest gesagt, nach welcher Quelle sie gedruckt sind, so könnte sich der Leser zur Not selbst helfen. Schmieding hat aber weder das noch ein Nachwort für nötig gehalten. In seinen kärglichen Vorbe-

merkungen zu den einzelnen ,Kapiteln' nennt er noch nicht einmal immer die Buchausgabe, die er benutzt hat. Hat er Grund, seine Spuren zu verwischen?''

Kürzungen in den ausgewählten Texten macht Schmieding nicht kenntlich. Aus

merkungen zu den einzelnen ,Kapiteln' nennt er noch nicht einmal immer die Buchausgabe, die er benutzt hat. Hat er Grund, seine Spuren zu verwischen?''

Kürzungen in den ausgewählten Texten macht Schmieding nicht kenntlich. Aus den rund 170 Seiten des ersten Kapitels der ,,Landung in Australien'' bricht er deren 34 heraus und macht daraus dann durch rigorose Streichungen 15. Walter: ,,Das ist kein Kisch-Querschnitt mehr. Das ist ein Kisch-Verschnitt.''

Wiewohl Schmieding so die ,,Landung'' gröblichst zusammengeschnitten hat, schießt er auf den wenigen verbliebenen Seiten ein fantastisches Eigentor. Während in der Erstausgabe der ,,Landung'' die Rede ist von ,,Henri Barbusse, Romain Rolland und André Gide'', lesen wir bei Schmieding: ,,Henri Barbusse, Romain Rolland und andere'' (S. 83). Der ,,Abgeordnete Willy Münzenberg'' bzw. ,,Herr Willy Münzenberg'' ist bei Schmieding auf ein ,,M.'' bzw. ,,Herr M.'' (S. 90) zusammengeschmolzen. Nun war zwar André Gide, der 1936 ein der SU-Führung nicht genehmes Buch geschrieben hatte zur ,,Unperson'' geworden wie Willy Münzenberg, der sich 1938 von der KPD getrennt hatte, und beider Namen (wie viele andere) wurden allenthalben in der Zeit des ,,Stalinismus'' getilgt, auch in den Werken Kischs. Aber seit spätestens der 2. Auflage (1973) des entsprechenden Bandes der in der DDR erschienenen Kisch-Werke ist die vollständige Namensnennung der Erstausgabe wieder hergestellt, und 1975 erschien in der BRD eine Taschenbuch-Ausgabe der ,,Landung'' nach dieser Vorlage. Nach einer ,,gesäuberten'' Vorlage aus der Zeit des ,,Stalinismus'' dann noch im Jahre 1979 zu drucken, das mußte ausgerechnet einem Walter Schmieding passieren, dem die einzig verläßlichen Zeugen für Kisch und dessen Verhältnis zum Kommunismus die Kantorowicz, Kesten und Koestler sind.

Schmieding über Schmieding: ,,Kisch hat mir (...) die Tür aufgestoßen zu einem besseren Verständnis (...) von den Aufgaben des Journalismus ganz allgemein.'' (Deutschlandfunk, 28.3.78) — Ach ja?

Der Trag(ikom)ödie folgte das Satyrspiel: 1983 bringt Knaur die Taschenbuchausgabe des Schmiedingschen Verschnitts heraus, korrigiert ist kein einziger Fehler der Originalausgabe...

# Von Kisch über Kisch – Tips zum Weiterlesen

Womit beginnen angesichts der Fülle dessen, was Kisch geschrieben hat? Die Antwort fällt leicht, ist doch vor ein paar Wochen in der von *Hans-Albert Walter* herausgegebenen Bibliothek Exilliteratur der Büchergilde Gutenberg in einer wunderschönen Ausgabe Kischs *Landung in Australien* erschienen. Gedruckt nach der Erstausgabe (Kenner werden diesen Hinweis zu schätzen wissen... ), mit siebenundvierzig zum Teil noch nicht veröffentlichten Fotos (Kisch mit zwei Koala-Bären auf dem Arm!) und lebenden Kolumnentiteln (worauf Kisch selbst unter den schwierigen Produktionsbedingungen im Exil bestanden hatte). Und: mit einem Nachwort des Herausgebers Hans-Albert Walter, das ihm den Ehrentitel eines „politischen Literatur-Detektivs" („FR") eingetragen hat. Walter beginnt das rund achtzigseitige Nachwort mit einer Darstellung von Kischs Arbeitsweise und Selbstverständnis; trägt die — von Kisch ungeschriebene — Vorgeschichte seiner Reise nach und kritisiert in zwar scharfer aber unbedingt solidarischer Weise die Fehler der antifaschistischen Politik von KPD und KPdSU; weist den Niederschlag nach, den der Schock über den unerwarteten Sieg des Faschismus in Kischs Reportage gefunden hat; und zerpflückt schließlich die Mystifikationen, die in Kischs Darstellung enthalten sind. Walter abschließend über Kisch: „Kein Reporter, beileibe nicht, sondern einer vom Schlage der alten Märchen- und Sagenerzähler, ein Zauberkünstler, sitzend auf den Märkten und Plätzen, durchaus nicht pausenlos im Dienste der Partei, stets aber in der Verkleidung des Reporters, der uns von neuen maeren wunders vil geseit..." (Leinen, 480 S., Büchergilde-Preis DM 29,90). — Das Nachwort von Hans-Albert Walter ist übrigens nur in der Ausgabe der Büchergilde enthalten, nicht in der bei Kiepenheuer & Wisch erschienenen Ausgabe der „Landung ...".

Wer einen anderen Einstieg sucht und in so unterhaltender wie informativer Weise einen Gesamtüberblick auf Kischs Werk und Leben bekommen will, dem sei mit allem Nachdruck *Karin Schannes* Buch *Anschläge* empfohlen. Sie bedient sich des Kunstgriffs, Kisch durch den jungen Emigranten August vorzustellen, der 1939 in New York mit demselben Schiff ankommt, auf dem Kisch, belegt mit Landeverbot, die Weihnachtstage dieses Jahres verbringen muß. August ist nach der Begegnung mit Kisch begierig, dessen Bücher aufzustöbern, fragt andere Emigranten nach Kisch aus und nimmt solchermaßen — unterstützt durch zahlreiche, kürzere Werkauszüge im Text — den Leser bei der Wanderung durch Kischs Leben und Schaffen an

solchermaßen — unterstützt durch zahlreiche, kürzere Werkauszüge im Text — den Leser bei der Wanderung durch Kischs Leben und Schaffen an

die Hand. Karin Schanne hat ihrem Buch einen Anhang beigegeben, in dem sie längere Werkauszüge aufgenommen hat, auf die im Haupttext jeweils verwiesen wird, und eine Zeittafel, die in synoptischer Darstellung neben den Daten zu Kisch auch zentrale Daten des Zeitgeschehens bringt. Eine sorgsame und warmherzige, beileibe aber nicht unkritische Darstellung! (Klett-Verlag, 206 S., Pb., Abb., DM 19,80)



Bei der Arbeit an einer seiner letzten Reportagen in der volkseigenen Fabrik des ehemaligen Schuhkönigs Bata

Wer sich nun den (ziemlich) ganzen Kisch aneignen will, zudem gegenüber den (BRD-)Einzelausgaben von Kisch-Werken preislich sehr günstig abschneiden, der schaffe sich die seit 1960 beim Berliner Aufbauverlag erscheinenden *Gesammelten Werke in Einzelausgaben* an (herausgegeben von *Bodo Uhse* und *Gisela Kisch*, fortgeführt von *Fritz Hofmann* und *Josef Poläcek*). Sorgfältige Edition (fremdsprachige Begriffe, Anspielungen, unbekanntere geschichtliche Zusammenhänge werden durchweg im Anhang erläutert) und stabiler Leineneinband für rd. DM 16,- bei jeweils 500, 600 Seiten pro Band lassen einen den Realsozialismus in etwas freundlicherem Licht erscheinen. Lieferbar sind von den insgesamt zehn Bänden (in elf Teilen) außer Band 1 (Nachauflage 1986) und Band 10 (angekündigt für „Sommer 1985", ca. 800 S., mit ca. DM 30,- ein preislicher Ausreißer) alle Bände.

Gut zwei Dutzend der Reportagen, die Kisch in der Arbeiter-Illustrierten Zeitung bzw. in deren Nachfolgerin, der

Gut zwei Dutzend der Reportagen, die Kisch in der Arbeiter-Illustrierten Zeitung bzw. in deren Nachfolgerin, der

Volks-Illustrierten, veröffentlichte hat der Aufbau-Verlag in *Unter den Uhren von Prag — Bildreportagen aus aller Welt* im Faksimile vorgelegt (Nachwort *Fritz Hofmann*). (Hardcover, Großformat, 64 S., DM 14,80)

Außerhalb der Gesammelten Werke erschienen ist *Klassischer Journalismus. Die Meisterwerke der Zeitung. Gesammelt und herausgegeben von Egon Erwin Kisch*. In dieser Anthologie hat Kisch rund 150 Leitartikel, Tagesnachrichten, Gerichtsberichte, Feuilletons u.a. von Plinius d.J. (79 u.Z.) bis Peter Altenberg (1907), vorangestellt jeweils ein pointiertes Autorporträt, zusammengetragen. Eine Sammlung, die bis heute, über sechs Jahrzehnte nach ihrem ersten Erscheinen, ihresgleichen noch nicht gefunden hat! — Kurioserweise erschien die Neuauflage dieses Buches nicht zuerst beim Rechte-Inhaber Aufbau-Verlag, sondern 1974 bei Rogner & Bernhard. „Nur bei Zweitausendeins" ist diese Ausgabe in einem unhandlichen, geschmäcklerischen Format, aber mit einem informativen Nachwort von *Christian Siegel* erhältlich (Pb., 684 S., DM 17,-). Nur wenig teurer, dafür aber in solidem Leineneinband hat der Aufbau-Verlag die Sammlung dann 1982 mit einem Nachwort von *Fritz Hofmann* herausgebracht (584 S., DM 19,4

Wesentliches Material zur Biografie von Kisch enthalten die *Briefe an den Bruder Paul und an die Mutter, 1905-1936* (herausgegeben und mit einem Nachwort von *Josef Poläcek* unter Mitarbeit von *Fritz Hofmann*). Beigegeben sind dem Band eine Reihe an anderer Stelle noch nicht veröffentlichte Texte von Kisch (u.a. Auszüge aus seinen Vorarbeiten für die — nicht mehr erfolgte — Fortsetzung seiner Biografie). In einem umfangreichen Anmerkungsapparat werden Begriffe und Anspielungen erläutert. (Aufbau-Verlag, 504 S., DM 15,-)

*Servus Kisch* heißt der vom Aufbau-Verlag zu Kischs Hundertstem vorgelegte Band mit Erinnerungen, Rezensionen und Anekdoten. Wiederaufgenommen sind die meisten der Texte, die vor dreißig Jahren im „Kisch-Kalender" gebracht wurden (Kantorowicz, der sich 1955 noch gedruckt erinnern durfte, darf nun nicht mehr; Bloch, der bald nach 1955 nicht mehr gedurft hätte, darf mittlerweile wieder; Tretjakow darf jetzt auch; Weinert durfte damals, zwischendurch und heute). Insbesondere hingewiesen sei auf zwei der neuaufgenommenen und umfangreichen Erinnerungen: Guido Zamis, Teilnehmer der seinerzeitigen Kämpfe in Wien, berichtet detailliert über Kisch und die Rote Garde; Lenka Reinerová, Nachbarin Kischs in Prag und Genossin im Exil in Mexiko schildert eindrucksvoll die Jahre in Frankreich und Mexiko. Fünf Sterne für Michael Roggemann, der den Schutzumschlag in bester Heartfieldscher Art gestaltet hat! (Ln., 412 S., DM 14,80)

Nach mehr als fünfzig Jahren erschien 1983 erstmals wieder der *Rasende Reporter* in ursprünglicher Form (in der Aufbau-Ausgabe sind einige der Reportagen dieser Sammlung aus editorischen Gründen an anderer Stelle aufgenommen). *Hans-Albert Walter* hat den Band mit einem „excellenten Nachwort — das Beste, was in letzter Zeit zu Kisch geschrieben wurde" (Kisch-Kenner Erhard Schütz in der „FR"), dem „Vorschlag, wie Kisch zu lesen sei" versehen. Ein Manko des Bandes ist allerdings, daß — ebenso wie bei der „Landung in Australien" — erläuternde Anmerkungen fehlen, verwendet Kisch doch Begriffe in sieben, acht Sprachen und macht zeitgenössische Anspielungen, die heute nicht mehr verständlich sind (Kiepenheuer & Witsch, Sonderausg. 1985, Hardcover, DM 24,80).

Die Neuausgabe fand allerdings nicht nur Beifall. „Ein(en) Bärendienst an Egon Erwin Kisch" geleistet zu haben warf Marcel Reich-Ranicki dem Herausgeber Walter vor. Kischs Reportagen seien heutzutage allenfalls noch für die Wissenschaft von Interesse, der Leser nehme sie nicht mehr an. Natürlich weiß auch der Großkritiker, daß Kisch-Bücher in der DDR nicht selten an der Spitze der Bestseller-Liste stehen wie ihm ebenfalls kaum verborgen geblieben sein kann, daß DDR-Verlage von 1947 bis 1984 1,7 Mio. Bücher von Kisch — Einzelausgaben, Querschnitte, Werke — aufgelegt und verkauft haben („ND", 30.4.85). Aber Reich-Ranicke braucht diese Ein-

Querschnitte, Werke — aufgelegt und verkauft haben („ND", 30.4.85). Aber Reich-Ranicke braucht diese Ein-

leitung seiner Rezension, um sein eigentliches Anliegen abzutarnen: immer mal wieder einen Schlag gegen jene Exilforscher zu führen, die die gesellschaftlichen und politischen Aspekte der Exilliteratur in den Vordergrund stellen wollen und sich nicht seiner Auffassung fügen, „die Exilforschung sei nur ein Provisorium und müsse ihre eigene Selbstauflösung anstreben" („FAZ", 23.9.80). Hans-Albert Walter ist Reich-Ranicki hier ein besonderer Stachel im Fleisch und so nutzt er die Verfügung über das „FAZ"-Feuilleton, jenen anzupöbeln: „Diese Neuausgabe hat Hans-Albert Walter, der rüde und rabiate Exilforscher, mit einem so ausführlichen wie bemühten Nachwort versehen, in dem er wieder einmal kräftig um sich schlägt." („FAZ", 3.2.84)

An Einzelausgaben von Kisch-Werken in BRD-Verlagen liegen des weiteren vor die *Entdeckungen in Mexiko* mit einem Nachwort von *Christian Siegel* (Kiepenheuer & Witsch, DM 38,-; Knaur, Taschenbuch, Nr. 1088, DM 9,80), und die *Geschichten aus sieben Ghettos* mit einem Vorwort von *Günter Wallraff* (Fischer-Taschenbuch Nr. 5174, DM 7,80).

Einen anderen möglichen Zugang als über ein einzelnes Werk bietet der von *Erhard Schütz* ausgewählte, mit einem sehr informativen Nachwort versehene und sinnvoll geordnete Querschnitt durch Kischs Schaffen, der unter dem Titel *Reportagen* 1978 bei Reclam (Stuttgart) erschienen ist (UB 9893, 326 S., DM 9,20). — Ebenfalls einen Querschnitt durch sein Schaffen, mit geringerem editorischen Aufwand (ein Nachwort von *Joachim Schreck* aus dem Jahre 1972, das dem Stand der Forschung wahrlich nicht mehr entspricht), dafür aber dick und billig (411 S., DM 6,-) enthält die 1985 beim Röderberg-Verlag erschienene Ausgabe *Das tätowierte Porträt*.

Wer tiefer in Kischs Werk und damit in Fragen des sozial(istisch) engagierten Journalismus einsteigen will, der sei auf einige wissenschaftliche Arbeiten hingewiesen. — Mit *Egon Erwin Kisch — Reportage und politischer Journalismus* legte Christian Siegel 1973 die erste wissenschaftliche Arbeit über Kisch in der BRD vor (Schünemanns Universitätsverlag, 384 S., Pb., DM 35,-). — Thematisch erweitert und ergänzend zu Siegel hat *Erhard Schütz* 1977 eine *Kritik der literarischen Reportage* verfaßt, in der er Reportagen und Reiseberichte aus der Weimarer Republik über die USA und die Sowjetunion darstellt und vergleicht (Wilhelm Fink Verlag, 221 S., Pb., DM 38,-). Beide Bände sind noch lieferbar, was angesichts der Verramsch-Mentalität bundesdeutscher Verleger sobald eine Ausgabe zwei, drei Jahre alt ist, schon fast eine Kultur-Leistung darstellt. — Der Band Nr. 67 von *Text + Kritik* (63 S., DM 8,-) ist Kisch gewidmet. *Siegel* und *Schütz* referieren in kurzer Form Aspekte aus ihren obengenannten Arbeiten; *Kronberger*, ausgewiesener Spezialist für Kischs Zeit in Wien, stellt dessen „Wende vom bürgerlichen Journalisten zum Revolutionär" dar; *Manfred Jäger* analysiert das „Kisch-Bild der DDR". — *Dieter Schlenstedt* verfaßte die 1962 in der 1. und 1967 in der 2. Auflage (vermehrt und ergänzt um die Forschungsergebnisse von Josef Polácek, Prag) bei Volk und Wissen, Berlin erschienene Monographie *Egon Erwin Kisch. Le-*

und ergänzt um die Forschungsergebnisse von Josef Polácek, Prag) bei Volk und Wissen, Berlin erschienene Monographie *Egon Erwin Kisch. Le-*

*ben und Werk*. Dieses Werk repräsentierte über annähernd ein Vierteljahrhundert den Forschungsstand und das Kisch-Bild in der DDR. Jüngst erschien nun, im Umfang um mehr als das Vierfache vermehrt, eine Neufassung von Schlenstedts Arbeit, in der er weitaus differenzierter zu Werke geht und von sich sozialistisch gebärdender, tatsächlich aber nur platt mechanistischer Heldendarstellung gebührenden Abstand hält. (Die Lizenzausgabe für Westberlin und die BRD ist beim Verlag das europäische buch herausgekommen. 461 S., zahlreiche Abb., brosch., DM 14,80).

**AG Exil**



Kisch am Grabe seines Großvaters auf dem Jüdischen Friedhof nahe der Alt-Neu-Synagoge in Prag

**Quellen und Anmerkungen**

Das kommt eben davon, wenn die erste Folge eines Artikels bereits gedruckt ist, bevor die zweite im Typoskript abgeschlossen: Chaos bei den Quellennachweisen, Nachträge und zu alldem noch die „plötzliche" Erkenntnis, würden alle verwendeten Quellen aufgeführt werden, dies eine runde AK-Seite beanspruchen würde. Wer liest das? Ja, die Spezialisten unter den Spezialisten. Wir führen daher im folgenden nur die Quellen auf, aus denen wir direkt zitiert haben oder wo es sich um einen sonst wichtigen Nachweis handelt. (Die komplette Liste erhalten die ganz Abgehärteten gegen adressierten und mit einsdreißig frankierten Umschlag von der AG Exil, Verlagsadresse).

Kisch-Werke: Die römische Ziffer bezeichnet die Zahl des Bandes der Gesammelten Werke in Einzelausgaben (Aufbau-Verlag, Berlin 1960 ff.), die Zahl hinterm Schrägstrich, sofern nicht nur auf einen Titel verwiesen werden soll, die Seitenzahl. — Außerhalb der Werke Erschienenes und westdeutsche Einzelausgaben s. u. unter Kisch.

Entsprechend sind die sonstigen Quellenverweise zu lesen: Zahl vorm Strich die Quelle, Zahl hinterm Strich die Seite (bei Zeitungen nicht angegeben).

2 Arbeiterkampf: Deutsche Freiheitsbibliothek — Paris 1935, Nr. 247 (4.6.84), S. 46f.
8 Frei, Bruno: Zweimal Kisch. In: Text + Kritik, Heft 67, Egon Erwin Kisch, München: edition text + kritik, 1980
10 Haupt, Klaus/Wessel, Harald: Kisch war hier. Reportagen über den „Rasenden Reporter". Berlin (DDR): Verlag der Nation, 1985 (Paperback-Ausgabe)
12 Heinrich, Gerd: Schreib das auf, Kisch!, Fernsehdokumentation, NDR III, 27.4.85. Wh. einer Sendung zu Kischs 30. Todestag (1978)
13 Helmond, Toke van: 100 Jaar Allert de Lange. Amsterdam: Allert de Lange, 1980 (einmalige Aufl. aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens, nicht in den Handel gebracht)
15 Hiller, Kurt: Kisch über Rußland. In: Die Weltbühne, Nr. 16, 17.4.28, S. 586 ff.
18 Kantorowicz, Alfred: Alfred Kanrorowicz über Egon Erwin Kisch. In: Journalisten über Journalisten. Hg. Hans Jürgen Schultz. München: Kindler Verlag, 1980
21 Kisch-Kalender. Hrg. v. F. C. Weiskopf unter Mitarb. v. Dieter Noll. Berlin (DDR): Aufbau-Verlag, 1956
23 Kisch, Egon Erwin: Reportagen. Ausw. u. Nachw. Erhard Schütz. Stuttgart: Philipp Reclam jun. (UB Nr. 9893), 1978
24 ders.: Briefe an den Bruder Paul und an die Mutter 1905—1936. Hrg. u. m. e. Nachw. v. Josef Polácek unter Mitarb. v. Josef Hofmann. Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag, 1978
26 ders.: Klassischer Journalismus. Die Meisterwerke der Zeitung. Nachw. Josef Hofmann. Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag, 1982
27 ders.: Der rasende Reporter. Mit „Ein(em) Vorschlag, wie Kisch zu lesen sei" v. Hans-Albert Walter. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1983, Sonderausgabe 1985
28 ders.: Landung in Australien. Hrg. u. m. e. Nachwort von Hans-Albert Walter. Frankfurt: Büchergilde Gutenberg, 1985
30 Kreis, Gabriele: Frauen im Exil. Düsseldorf: Claasen Verlag, 1984
32 Laub, Gabriel: Die Kunst der Wahrheit. NDR III (Radio), 28.4.85
38 Panter, Peter (d. i. Kurt Tucholsky): Rez. v. „Paradies Amerika". In: Die Weltbühne, 1930, H. 13, S. 466
39 ders.: Rez. v. „Schreib das auf, Kisch!". In: a.a.O., 1930, H. 52, S.944
45 Schanne, Karin: Anschläge. Der rasende Reporter Egon Erwin Kisch. Stuttgart: Klett, 1983
46 Schlenstedt, Dieter: Egon Erwin Kisch. Leben und Werk. Berlin (DDR): Volk und Wissen Volkseigener Verlag, 1968 (2. Aufl.)
48 ders.: Egon Erwin Kisch. Leben und Werk. Westberlin: das europäische buch, 1985 (diese
46 Schlenstedt, Dieter: Egon Erwin Kisch. Leben und Werk. Berlin (DDR): Volk und Wissen Volkseigener Verlag, 1968 (2. Aufl.)
48 ders.: Egon Erwin Kisch. Leben und Werk. Westberlin: das europäische buch, 1985 (diese
jüngst erschienene grundlegende und im Umfang mehr als vervierfachte Neubearbeitungdes Werkes von 1968 konnte nur noch partiell herangezogen werden)
49 Schlichter, Rudolf. — Rudolf Schlichter 1890-1955 (Katalog). Hrg. Staatliche Kunsthalle (West-)Berlin. Westberlin: Frölich & Kaufmann, 1984
55 Schütz, Erhard: Kritik der literarischen Reportage. Reportagen und Reiseberichte aus der Weimarer Republik über die USA und die Sowjetunion. München: Wilhelm Fink Verlag, 1977
56 ders.: Moral aus der Geschichte. Zur Wahrheit des Egon Erwin Kisch. In: text + kritik (s. 8)
59 Seghers, Anna: Aufsätze, Ansprachen, Essays 1927-1953 (Ges. Werke in Einzelausg., Bd. XIII). Berlin und Weimar: Aufbau Verlag, 1984 (2. Aufl.)
60 Servus, Kisch! Erinnerungen — Rezensionen — Anekdoten. Hg. v. Fritz Hofmann unter Mitarb. v. Josef Polácek. Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag, 1985
61 Siegel, Christian Ernst: Egon Erwin Kisch. Reportage und politischer Journalismus. Studien zur Publizistik, Bd. 18. Bremen: Schünemanns Universitätsverlag, 1973
62 ders.: Die Reportage. Stuttgart: Metzler (Sammlg. Metzler; M 164: Abt. E, Poetik), 1978
70 Walter, Hans-Albert: Zensiert, gekürzt, verstümmelt — Eine Anthologie mit Reportagen von Egon Erwin Kisch (Rez. der von Walter Schmieding hrg. Sammlung „Nichts ist erregender als die Wahrheit"). In: FR, 18.8.79
72 Weiskopf, F. C.: Kurzbericht über Rußlandbücher (darin: Rez. v. „Asien gründlich verändert"). In: Die Weltbühne, H. 50, 1932, S. 870
78 Wrobel, Ignaz (d. i. Kurt Tucholsky): Rez. v. „Der Fall des Generalstabschefs Redl". In: a.a.O., 1925, H. 10, S. 359
Nachtrag:
79 Kamnitzer, Heinz: Revolutionär und Dichter. In: Neue Deutsche Literatur, H. 4, 1960
80 Die Autoren der rund 300 Ausschnitte in der „Kisch-Mappe" der Zeitungsausschnittsammlung der Stadtbücherei Dortmund, vor allem aus dem Zeitraum von Anfang der 60er Jahre an, gehen zu rund 75 % nach der einen, der anderen oder auch beiden Methoden vor. Eine besondere Variante enthalten die Artikel in der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung", in „Emuna" und ähnlichen Quellen: dort wird nicht selten der Kommunist Kisch schlicht verschwiegen und der Jude Kisch herausgestrichen (was wohl auch daraus resultiert, daß in den entspr. Darstellungen in der DDR Kischs enge Bindung an das Judentum lange Zeit sehr nebenbei oder auch gar nicht erwähnt wurde).

Fortsetzung von vorheriger Seite

In der BRD wird die Vereinnahmung Kischs (wovon Wissenschaftler wie Hans-Albert Walter und Publizisten wie Erhard Schütz ausdrücklich ausgenommen seien) mit dem gegenteiligen Verfahren geprobt. Kischs Schaffen und seine öffentlichen Äußerungen zählen nichts gegenüber den Überlieferungen vor allem ehemaliger Kommunisten, die von Kischs Zweifeln berichten. Die „Unstimmigkeiten" seiner Biografie — tatsächlich: s. o. — werden zur bestimmenden Seite erhoben.

Hier der Dumpfsinn von der Unvereinbarkeit von gesellschaftlichem Engagement und Kunst, dort „Nationales Erbe" und Denkmalspflege. Was würde Kisch auf dieses „deutsch-deutsche" Scharmützel geantwortet haben? Hätte er sich vielleicht eines Wortes seines Kollegen Tucholsky entsonnen, der für sich in Anspruch nahm, „den unbequemsten Platz, nämlich den Platz zwischen allen Stühlen" gewählt zu haben, und sich sodann aufgemacht und eine Reportage geschrieben vom armen Kisch, den alle haben wollten aber keiner, wie er wirklich war?

**K., AG Exil**

# »An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen«

(Matth. 7,13-23)

Fragt man sich, ob es in der Bundesrepublik eine ähnliche moralische Instanz gegeben hat wie Sartre in Frankreich, dann fällt einem, unabhängig von der Sinnigkeit bzw. Unsinnigkeit des Vergleiches, tatsächlich nur Heinrich Böll ein.

Die Bemerkung Cohn-Bendits allerdings, Bölls „Einzelgängertum" sei höher zu bewerten als Sartres „Ideologiegläubigkeit" und „Opportunismus", wirft nur ein vernichtendes Bild auf Cohn-Bendits eigenen gläubigen Opportunismus gegenüber den jeweiligen Modeströmungen. Denn an purer Ignoranz kann es ja bei diesem nicht liegen, höchstens an galoppierender Gehirnerweichung infolge einer solchen opportunistischen Diskriminierung jedes Linksradikalismus, für den er selbst einmal, lang ist es her, ein Plädoyer schrieb.

Ganz pedantisch sollte wiederholt werden: Was ist Sartres Denken und Handeln anderes als ein permanenter Kampf gegen jede Ideologiegläubigkeit und jeden Opportunismus? Welche waren die wichtigsten Stationen seiner politischen Aktivität?

1947 Radiosendung *La Tribune des Temps Modernes* gegen de Gaulle und gegen die KPF.

1948 Mitgründung des *Rassemblement Démocratique Révolutionnaire*, einer basisdemokratisch orientierten Vereinigung linker Kräfte für ein blockfreies sozialistisches Europa. Sartre tritt aus, als diese ins US-Lager abdriftet.

1950 zusammen mit Merleau-Ponty Protest gegen die innersowjetische Repression.

1952 Annäherung an die KPF, von der er bislang nur beschimpft worden war, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Bezeichnenderweise wurde seine berüchtigte Artikelfolge *Die Kommunisten und der Frieden* in keinem Land des sogenannten Realsozialismus veröffentlicht, weil es sich dabei eben nicht um eine Unterwerfung unter die Ideologie des Stalinismus und seiner Institutionen handelt, sondern um die, wenn man so will, „realpolitische" Einschätzung, daß KPF und CGT die einzigen real existierenden Organisationen der französischen Arbeiterklasse sind, und daß eine Unterstützung der Abrüstungsinitiativen der SU die einzige Chance für die Verhinderung eines Atomkrieges und die Verwirklichung des Sozialismus darstellen.

Teilnahme am Wiener Weltfriedenskongreß und Mitarbeit in der Weltfriedensbewegung bei gleichzeitiger Verurteilung der „antitrotzkistischen" und „antizionistischen" Schauprozesse um Rudolf Slánsky in Prag.

öffentlicht, weil es sich dabei eben nicht um eine Unterwerfung unter die Ideologie des Stalinismus und seiner Institutionen handelt, sondern um die, wenn man so will, „realpolitische" Einschätzung, daß KPF und CGT die einzigen real existierenden Organisationen der französischen Arbeiterklasse sind, und daß eine Unterstützung der Abrüstungsinitiativen der SU die einzige Chance für die Verhinderung eines Atomkrieges und die Verwirklichung des Sozialismus darstellen.

Teilnahme am Wiener Weltfriedenskongreß und Mitarbeit in der Weltfriedensbewegung bei gleichzeitiger Verurteilung der „antitrotzkistischen" und „antizionistischen" Schauprozesse um Rudolf Slánsky in Prag.

1956 Verurteilung der Intervention der Roten Armee gegen den Ungarnaufstand.

1960 Veröffentlichung der antistalinistischen, libertär-sozialistischen *Kritik der dialektischen Vernunft*. Unterzeichnung des „*Manifestes der 121*" über das Recht zur Desertation im Algerienkrieg und zahlreiche Aktionen gegen den Algerienkrieg, die ihm zwei Bombenanschläge der faschistischen Parallelarmee OAS auf seine Wohnung einbringen.

1967 Russell-Tribunal gegen die Kriegsverbrechen der USA in Vietnam. Später, 1979, setzte sich Sartre auch für die Unterstützung der boat people ein.

1968 aktive Teilnahme an der Mai-Bewegung und Unterstützung der aus ihr hervorgegangenen linksradikalen Aktionen. Verurteilung der Intervention der Staaten des Warschauer Paktes gegen den „Prager Frühling".

1973 Gründung der Zeitschrift *Libération*.

1974 Besuch in Stammheim.

Noch in einer weiteren wichtigen Frage hat sich Sartre nie „ideologiegläubig" oder „opportunistisch" — was sich ja, streng verstanden, eigentlich ausschließt — dem Schwachsinn einer politischen Mode gebeugt: Bei aller Kritik an der Politik der israelischen Regierungspolitik hat er sich nie zur Äußerung verstiegen, der israelische Staat sei faschistisch oder ein pures Kolonialregime und müsse daher liquidiert werden.

Diese Position führte übrigens dazu, daß die Witwe von Frantz Fanon verboten hat, daß die *Verdammten dieser Erde* weiterhin mit seinem Vorwort erscheint. Sicher hat auch ein Sartre sich in seinen politischen Einschätzungen manchmal geirrt und wurde auch manchmal Opfer von Illusionen. Niemals aber wurde er deshalb zu einem kalten Krieger, Renegat oder Feind des Sozialismus.

Bei dieser Klarstellung geht es nicht um Denkmalpflege des Monuments Jean-Paul Sartre, sondern um die Entlarvung der Diskriminierung einer lebenslangen linksradikalen Position und Aktivität, die ohnehin für die internationale Linke Anregung und Vorbild bleiben wird. Wir schließen mit einem Absatz aus der auch von Böll geschätzten Bergpredigt: „Was siehest du aber den Splitter in deines Bruders Auge, und des Balkens in deinem Auge wirst du nicht gewahr? Wie kannst du sagen zu deinem Bruder: Halt still, Bruder, ich will den Splitter aus deinem Auge ziehen, wenn du siehst selbst nicht den Balken in deinem Auge? Du Heuchler, zieh zuvor den Balken aus deinem Auge und siehe dann zu, daß du den Splitter aus deines Bruders Auge ziehest!" (Lukas, 6, 41—43).

**Anti-Pharisäer-Kommission**

**Böll in Frankreich** 19.7.85 FAZ

## „Wie der Tod Sartres"

Die führenden Pariser Zeitungen haben den Tod Heinrich Bölls auf der ersten Seite gemeldet und den Nachrufen oft außergewöhnlichen Umfang eingeräumt, in der „Libération" beispielsweise drei Seiten. Einhellig wurde Böll als eine intellektuelle und moralische Instanz der Bundesrepublik bezeichnet, in dessen Werk „die Wiedergeburt einer Nation" gestaltet sei, so daß man „die Tragödie Deutschlands" besser verstehe („Le Monde"). Bölls Freund und Übersetzer René Wintzen betont in seinem Nachruf in „Le Monde" zugleich, daß diese Verankerung in der Zeitgeschichte als Würdigung nicht ausreiche, daß vielmehr Bölls Künstlermoral, sein Respekt vor der Sprache und vor der Verantwortung des Schriftstellers, als eigentliche Wurzel auch seines humanitären Ethos gelten müsse. Ähnlich argumentiert „Le Matin", Bölls unerschütterliches Eintreten für die Rechte des Individuums reihe ihn ein in die große Tradition europäischer Romankunst.

In allen Nachrufen wurde darauf hingewiesen, daß Böll als erster deutscher Staatsbürger seit Thomas Mann den Literaturnobelpreis erhalten habe. Wiewohl das Werk Bölls weitgehend in französischer Übersetzung vorliegt (die erste erschien 1954), war den Berichten doch anzumerken, welch wichtige Rolle Schlöndorffs „Katharina Blum"-Verfilmung für die Popularität dieses Schriftstellers in Frankreich bedeutet hat. „Libération" veröffentlichte neben ihrem Nachruf jetzt auch ein Telefon-Interview mit dem Regisseur über seine Erinnerungen an Böll. Nicole Casanova, als Kennerin deutscher Gegenwartsliteratur vielfach ausgewiesen, schreibt im „Quotidien de Paris", der Tod Heinrich Bölls sei „für Deutschland so schmerzlich und folgenschwer, wie es für uns der Tod von Camus oder Sartre war".

Daniel Cohn-Bendit, auf den Vergleich mit Sartre angesprochen, erklärte hingegen der „Libération", Bölls Einzelgängertum sei höher zu bewerten als Sartres ideologische Gläubigkeit, denn im Gegensatz zu Sartre sei Böll „niemals opportunistisch gewesen". Die kommunistische Parteizeitung „L'Humanité würdigte Böll vor allem als Gegner der Aufstellung von Pershing-Raketen auf deutschem Boden. — Welches Buch Bölls in Frankreich für das bedeutendste gehalten wird, war den Nachrufen nicht eindeutig zu entnehmen, wohl aber, zwischen den Zeilen, welches den meisten Kritikern als ihr liebstes Böll-Buch gilt: Es ist das „Irische Tagebuch". W. W.

dessen Werk „die Wiedergeburt einer Nation" gestaltet sei, so daß man „die Tragödie Deutschlands" besser verstehe („Le Monde"). Bölls Freund und Übersetzer René Wintzen betont in seinem Nachruf in „Le Monde" zugleich, daß diese Verankerung in der Zeitgeschichte als Würdigung nicht ausreiche, daß vielmehr Bölls Künstlermoral, sein Respekt vor der Sprache und vor der Verantwortung des Schriftstellers, als eigentliche Wurzel auch seines humanitären Ethos gelten müsse. Ähnlich argumentiert „Le Matin", Bölls unerschütterliches Eintreten für die Rechte des Individuums reihe ihn ein in die große Tradition europäischer Romankunst.

In allen Nachrufen wurde darauf hingewiesen, daß Böll als erster deutscher Staatsbürger seit Thomas Mann den Literaturnobelpreis erhalten habe. Wiewohl das Werk Bölls weitgehend in

Bölls sei „für Deutschland so schmerzlich und folgenschwer, wie es für uns der Tod von Camus oder Sartre war".

Daniel Cohn-Bendit, auf den Vergleich mit Sartre angesprochen, erklärte hingegen der „Libération", Bölls Einzelgängertum sei höher zu bewerten als Sartres ideologische Gläubigkeit, denn im Gegensatz zu Sartre sei Böll „niemals opportunistisch gewesen". Die kommunistische Parteizeitung „L'Humanité würdigte Böll vor allem als Gegner der Aufstellung von Pershing-Raketen auf deutschem Boden. — Welches Buch Bölls in Frankreich für das bedeutendste gehalten wird, war den Nachrufen nicht eindeutig zu entnehmen, wohl aber, zwischen den Zeilen, welches den meisten Kritikern als ihr liebstes Böll-Buch gilt: Es ist das „Irische Tagebuch". W. W.

Buchbesprechung:

# Multis und Menschenrechte in der Dritten Welt

*Volker Kasch / Ulrich Leffler*
*Peter Schmitz / Rainer Tetzlaff*
*Multis und Menschenrechte*
*in der Dritten Welt*
*Lamuv - Taschenbuch 42*
*Bornheim-Merten 1985*
*262 Seiten, 18,80 DM*

Unbefangene Leser/innen werden über dieses Buch überrascht sein: die Autoren gebrauchen den Begriff „Menschenrechte" in einem ungewöhnlichen, weil politisch-ökonomischen Sinn.

Menschenrechte, das sind für sie nicht nur Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit u.ä., sondern ebensosehr Recht auf eigenständige Entwicklung, Bildung, gewerkschaftliche Organisierung, Gesundheitsvorsorge, Freiheit vor ökonomischer Ausbeutung. Insoweit handelt es sich um ein pädagogisches Buch, dazu geeignet, ideologisch verengte Sichtweisen und Sprachregelungen aufzubrechen. Das ist das Wichtigste und Positivste an dieser von amnesty international in Auftrag gegebenen Studie über das Verhalten von Multis in der sogenannten Dritten Welt.

Das zweitwichtigste ist der dokumentarische Fleiß der Autoren. Eine Vielzahl von Beispielen ist aufgelistet, die meisten bekannten und manche nicht so bekannten Schweinereien der Multis in der „3. Welt" werden dargestellt. Da geht es um die Frage der Machtkontrolle, um Freihandelszonen ohne jegliche Rechte für die Arbeiter/innen, um die besondere Ausbeutung von Frauen, um Pharmageschäfte, um die Verdrängung herkömmlicher Produktionsstrukturen, um ökologische Vergiftung riesiger Zonen. Insoweit ist das Buch ein hervorragendes Nachschlagewerk für alle, die manchmal oder öfters über Fragen von Unterentwicklung oder Industrialisierung diskutieren (müssen). Jede Solidaritätsgruppe sollte ein Exemplar dieses Buches besitzen.

Die Vorteile sind aber zugleich die Nachteile dieses Buches: es bringt nur wenige neue Fakten, Menschen, die sich schon länger mit Fragen der „3. Welt" beschäftigen, werden das meiste kennen. Und die Autoren verzichten auf eine Analyse der Ursachen, die Multis zu dem von ihnen dargestellten Verhalten führen. Es bleibt unerwähnt, daß die Notwendigkeit der Kapitalverwertung eine vollständig außermoralische Sache ist, die bestimmte Ereignisse hervorbringen muß, will das Einzelkapital nicht untergehen. So können auch keine, oder bestenfalls illusionistische Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Das ist zwar schade, aber die Linke insgesamt hat ja an konkreten, heute realisierbaren Schritten auch nur sehr wenig vorzuschlagen. Insofern handelt es sich zwar um eine Schwäche des Buches, aber eben um eine solche, die die Gesamtsituation der Linken und der Solidaritätsbewegung widerspiegelt und nicht den Autoren speziell anzulasten wäre.

Insgesamt ein interessantes, äußerst lesenswertes Buch.

**wr**

Buchbesprechung

»Die Wendejugend«

Überlassen wir den „gewendeten" Köpfen nicht das Feld in der Jugendarbeit! Jeder dritte Erstwähler in NRW hat schwarz gewählt (CDU und FDP)! Wir müssen endlich eine lustvolle offensive Jugendpolitik entwickeln .

Ich denke, für die „alte" Linke war es in den frühen 70ern noch leicht, Autoritäten abzulehnen, dem Aufschwung der Neuen Linken mit der

er: „Ich habe ihre Anstöße aufgenommen, zum Beispiel Möglichkeiten der Demokratie, im Umweltschutz, in der Friedenspolitik ... dies versuche ich in die JU hineinzutragen. Bei der JU liegt m. E. das Problem darin, daß sich die Leute viel zu sehr anpassen um hochzukommen ..." Nach der Veröffentlichung von „Wendejugend" wurde Kohlhas denn auch von seinem Vor-

Buchbesprechung

# »Die Wendejugend«

Überlassen wir den „gewendeten" Köpfen nicht das Feld in der Jugendarbeit! Jeder dritte Erstwähler in NRW hat schwarz gewählt (CDU und FDP)! Wir müssen endlich eine lustvolle offensive Jugendpolitik entwickeln .

Ich denke, für die „alte" Linke war es in den frühen 70ern noch leicht, Autoritäten abzulehnen, dem Aufschwung der Neuen Linken mit der Hoffnung nach Freiheit und Sozialismus zu folgen und politisches Engagement zu entwickeln. Wir hatten es meist nicht nötig, uns differenziert mit den Konservativen auseinanderzusetzen, weil sie zur schweigenden Mehrheit gehörten und in der Defensive waren. Heute hat sich das Blatt gewendet. Während wir 68er noch verbalradikal auf unsere „Karriere" pfeifen konnten (aber doch mehr oder weniger die Möglichkeiten dazu hatten), setzt sich heute angesichts Arbeitslosigkeit und Zukunftsangst das Ellenbogenverhalten durch — und es beginnt für Schüler schon sehr früh.

Klaus Farin und Leo A. Müller haben zwei Jahre lang empirische Untersuchungen betrieben und „vor Ort" die politischen Gedanken, die Aktivitäten und das Umfeld der „Wendejugend" erforscht. Das Buch bietet eine Fülle von authentischem Material (Interviews) über diese Szene. Wenn diese Jugendlichen auch sicherlich nicht die Zielgruppe linker Politik sein werden, so gilt doch, sie an den Schulen und Universitäten mit schlagkräftigen Argumenten und Alternativen zu isolieren.

Wenn sich auch die positive Jugend des Heiner Geißler zu 90% aus dem Nachwuchs des Industriemanagements, Gymnasiasten, rekrutiert (nach Farin), so sollte es bei der Beurteilung darum gehen, in ihnen den „harten Kern", die Nachwuchsriege der CDU zu sehen, denn „einsteigen" (in die Politik, Macht, Geld) ist ihre Devise. Farin und Müller weisen an Beispielen nach, wie stark gerade die rechten Fraktionen von SU und JU von ihren „Vätern" aus Bonn gefördert werden (mit Geld und Posten).

Aus den Recherchen der Autoren geht hervor, wie notwendig eine differenzierte Betrachtung dieser Gruppe für die Linke ist. So stellen sie in dem Abschnitt „Maul halten und Durch" in einem Interview Eberhard Kohlhas vor, den linken Außenseiter der JU Main-Taunus. Auf die Frage der Autoren, wie er seine Erfahrungen bei den Grünen (!) verarbeitet habe, antwortet er: „Ich habe ihre Anstöße aufgenommen, zum Beispiel Möglichkeiten der Demokratie, im Umweltschutz, in der Friedenspolitik ... dies versuche ich in die JU hineinzutragen. Bei der JU liegt m. E. das Problem darin, daß sich die Leute viel zu sehr anpassen um hochzukommen ..." Nach der Veröffentlichung von „Wendejugend" wurde Kohlhas denn auch von seinem Vorstandsposten suspendiert.

Ein anderes Beispiel zeigt, wie gefährlich nahe viele JU-Verbände den Neuen Faschisten stehen — vor allem in der Ausländerfrage. In dem Kapitel: „Demokratische Statisten in einem faschistoiden Theater" geben Farin und Müller anschauliche Beispiele.

In der BSU-Zeitung „Klartext" werden zur Ausländerfrage folgende Thesen aufgestellt: „Ursache der Ausländerhetze seien Ängste, denn: wer will schon einen Ayatollah als Bürgermeister." Die Forderungen des „Klartext":

— Ausweisung von kriminellen, politisch aktiven, arbeitslosen und wohnungslosen Ausländern

— Straffung und Verlegung der Asylverfahren an die Landesgrenze, sowie Abbau wirtschaftlicher Anreize. Friedensdemonstranten sind denn auch „Rechtsbrecher, Chaoten und Kommunisten" oder schlicht „Geisteskranke". Ein Kommentar erübrigt sich, wenn Farin und Müller belegen, daß Machtkämpfe in solchen Kreisverbänden mit Fäusten und Gaspistolen ausgetragen werden.

Beinahe witzig mutet die in „Wendejungend" abgedruckte Austrittserklärung von einem 13(!)jährigen aus der BSU an, dem vorgelogen wurde, er würde mit seiner Unterschrift einem Video-Club beitreten.

Auf einer Diskussionsveranstaltung im Hamburger Buchladen Gegenwind im Mai '85 stellte Klaus Farin das Buch „Wendejugend" vor. Er zeigte noch spannende Hintergründe auf, die von einzelnen JU-Verbänden durch einstweilige Verfügungen aus dem Buch gestichen werden mußten.

Farin und Müller haben zur Konservativen Aktion und zur Paneuropa Jugend Materialien in „Wendejugend" zusammengestellt — zu einem Interview waren diese Rechten natürlich nicht bereit. Setzt Euch auseinander mit dem Buch und nutzt Gelegenheiten, mit den Autoren zu sprechen — es macht nebenbei noch Spaß.

**Elke, Buchladen Gegenwind**

Hochzeit KPD/GIM:

# Das Aufgebot ist bestellt



Wir haben im ARBEITERKAMPF mehrfach über die geheimen Spitzenverhandlungen zwischen der trotzkistischen GIM und der stalinistischen KPD (ehemals KPD/ML) berichtet. Erstmals hat jetzt die KDP in ihrer Zeitung "Roter Morgen" (vom 23.8.85) über den Stand dieser Geheimverhandlungen öffentlich berichtet. In einem Bericht vom Plenum des ZK der KPD vom 17.August wird über die konkrete Vorbereitung der Fusion zwischen den beiden Organisationen gesprochen, die inzwischen so weit gediehen ist, daß auf dem Treffen der Leitungen von GIM und KPD am 18.August bereits über „*Fragen des Parteiverständnisses, des Organisationsaufbaus und der innerparteilichen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung*" einer zukünftigen neuen Organisation gesprochen wurde.

Zum Stand der inhaltlichen Differenzen heißt es in dem KPD-Bericht, daß im Positionsaustausch um die bisher vorliegenden Dokumente (KPD-Programm-Entwurf, GIM-Vorschlag für eine Fusionsplattform) „*ein relativ hohes Maß an Übereinkunft deutlich wurde*". Es habe auch Differenzen an „*keineswegs unwichtigen Fragen*" gegeben. Als „*neuralgische Fragen*" werden benannt: „*die Einschätzung der internationalen Rolle der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, die Beurteilung der inneren Verhältnisse in den von uns als revisionistisch bezeichneten Ländern, auch Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik und Westberlin*". Hier eine völlige Klärung zu erwarten, sei unrealistisch. Trotz dieser nicht näher charakterisierten Differenzen gebe es aber auch in den Streitfragen „*eine Basis gemeinsamer Auffassungen*" für die Kritik an den inneren Verhältnissen in den revisionistischen Ländern, an „*sowjetischer Hochrüstung und sowjetischem Hegemoniestreben*", die es ermögliche, die eigenen „*revolutionär-sozialistischen Ziele in scharfer Abgrenzung davon zu entwickeln*".

Fazit des KPD-ZK: „**Insgesamt gesehen, meinen wir, daß die bestehenden Differenzen die Einheit in einer Partei nicht unmöglich machen, sondern daß das erreichte Maß an programmatischer Übereinstimmung es geradezu erfordert, die Einheit in einer Partei auch politisch zu verwirklichen.**"

Die „*neue Situation*" erfordere neue Entscheidungen. Das ZK schlägt deshalb den Mitgliedern der KPD vor, bereits am 21. und 22. September in der gesamten Partei Mitgliederversammlungen durchzuführen, auf denen ZK-Vertreter von KPD und GIM anwesend sein sollen. Zusätzlich soll die Tagesordnung des KPD-Sonderparteitags im November, der ursprünglich das neue Programm verabschieden sollte, geändert werden. Ins Zentrum gerückt werden soll die Entscheidung über die weitere Zusammenarbeit mit der GIM. Der Parteitag soll kein neues Programm beschließen, sondern nur das alte außer Kraft setzen und den derzeitigen Programmentwurf als erneut in der eigenen Partei und „*unter den revolutionären Sozialisten*" zu diskutierenden Entwurf verabschieden, sowie einen zeitlichen Rahmen für diese Debatte setzen. Ganz offensichtlich soll die angestrebte Fusion nicht durch ein bereits festgelegtes eigenes Programm belastet werden, sondern bereits unter Einbeziehung der GIM-Positionen das Programm als das zukünftige gemeinsame der fusionierten Organisationen GIM/KPD auf den Weg gebracht werden. Aus Anlaß der DGB-Herbstaktionen wollen GIM und KPD bereits gemeinsame Flugblätter und eine Zeitung herausgeben.



# »Einmischung erwünscht«

**,,Obwohl als einzelner schreibend, habe ich mich nie als einzelnen empfunden, sondern als Gebundenen, gebunden an Zeit und Zeitgenossenschaft, an das von einer Generation Erlebte, Erfahrene, Gesehene und Gehörte.''**

Mit diesen Worten charakterisierte der am 16. Juli gestorbene Schriftsteller Heinrich Böll in seinen Poetikvorlesungen in Frankfurt 1964 sein literarisches Selbstverständnis. Bei keinem bundesrepublikanischen Schriftsteller spielt die eigene Biographie für das literarische Werk eine so entscheide Rolle. Hatte er in seinen ersten nach 1945 veröffentlichten Erzählungen selbsterlebte Geschichten noch aus überwiegend subjektiver Sicht dargestellt, so gelang ihm in den folgenden Jahren immer mehr die Verknüpfung von eigener Erfahrung und bundesrepublikanischer Geschichte. Was er über Leni Pfeiffer, die Hauptfigur des Romans ,,Gruppenbild mit Dame'' schrieb, gilt auch für ihn: ,,*Ich habe versucht, das Schicksal einer deutschen Frau von etwa Ende Vierzig zu beschreiben oder zu schreiben, die die ganze Last dieser Geschichte zwischen 1922 und 1970 mit uns auf sich genommen hat.*''

,,*Beruf und Tätigkeit standen für mich seit dem siebzehnten Lebensjahr fest: Schriftsteller*'', sagte Heinrich Böll im Rückblick. Seit dem siebzehnten Lebensjahr hatte der 1917 in Köln geborene Schriftsteller bereits Romane, Erzählungen und Texte geschrieben — sie allerdings während der Zeit des Faschismus und auch nach 1945 nicht veröffentlicht.

Der Wunsch, Schriftsteller zu werden, so erinnerte sich Heinrich Böll, war während der Weltwirtschaftskrise entstanden. Der Tischlermeister Viktor Böll mußte seinen Handwerksbetrieb schließen, die Familie geriet in große finanzielle Schwierigkeiten. Viktor Böll und seine Frau Maria, die ihren Kindern sehr viel Eigenständigkeit und Freiheit ließen, versuchten zunächst, die Bedrohung der ökonomischen Existenz vor den Kindern zu verbergen, ,, ... *bis dann der Knall der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre kam, und da war nun nichts mehr zu verbergen.*''

Die Bedrohung der Kindheit und der Familie durch politische und ökonomische Ereignisse wurde eine Grunderfahrung Heinrich Bölls und bildete auch später den Antrieb für sein politisches Engagement.

Trotz zunehmender wirtschaftlicher Not hielt die Familie zusammen. Die Erfahrungen in dem Milieu aus ,,heruntergekommenem Kleinbürgertum'' — heruntergekommen nicht in moralischen, sondern statistischen Sinne, wie Heinrich Böll betont — ,,mit proletarischer Beimischung'' prägten Heinrich Bölls Lebenseinstellung, so z.B. die ständige Frage, ob die Familie die nächste Miete bezahlen könnte und die große Bedeutung der elementaren Be-

Erfahrungen in dem Milieu aus ,,heruntergekommenem Kleinbürgertum'' — heruntergekommen nicht in moralischen, sondern statistischen Sinne, wie Heinrich Böll betont — ,,mit proletarischer Beimischung'' prägten Heinrich Bölls Lebenseinstellung, so z.B. die ständige Frage, ob die Familie die nächste Miete bezahlen könnte und die große Bedeutung der elementaren Be-

dürfnisse, wie Wohnen, Essen, Schlafen, Trinken und Lieben, die er in seinem Werk immer wieder thematisiert hat.

Auch an die Machtübergabe an die Nationalsozialisten erinnerte sich Heinrich Böll — er war damals fünfzehn Jahre alt — genau. Der junge Heinrich Böll, der schon früh eine Abneigung gegen Reglements und bürgerliche Formen entwickelt hatte, der nach dem Umzug seiner Eltern in einen Kölner Vorort mit den Kindern der ,,Roten'' auf der Straße gespielt hatte (die ,,besseren'' Kinder, die mit den ,,roten'' nicht spielen durften, waren ,,langweilig'') — der junge Heinrich Böll erlebte dies alles als ,,*die Zerstörung der Straße als Heimat, und Straßen sind Heimat*''. Dieser emotionale Antifaschismus wurde bestärkt durch die Haltung der Eltern, insbesondere seiner Mutter Maria. ,,*Meine Mutter hat sofort gesagt: das bedeutet Krieg ... Meine Mutter hat sehr heftig (auf Hitler) reagiert, politisch auch, ohne jede Einschränkung; mein Vater, der größtenteils auf Aufträge von Behörden angewiesen war ... war unserer Meinung, mußte aber, konnte natürlich nicht nach außen hin Propaganda machen. Das habe ich auch kapiert, das hatte ich auch nicht erwartet.*'' Dankbar erinnerte sich Heinrich Böll daran, daß in der elterlichen Wohnung ,,*1933 oder 1934, ... illegale Treffen von katholischen Jugendverbänden stattfanden und ich das miterleben durfte ...*''

## ,, ... nach 45 der Aufbau nach den alten Plänen''

Den entscheidenden Anstoß, nach 1945 wieder mit dem Schreiben zu beginnen, war ,,*trotz Trümmer, Elend, Schwierigkeiten, Hunger und so weiter ... das Gefühl, befreit zu sein ...*'' Ab 1947 erschienen die ersten Kurzgeschichten Heinrich Bölls in Zeitschriften, 1950 zusammengefaßt in dem Band ,,Wanderer, kommst du nach Spa ...''. Ihr Thema ist vor allem — bis auf einige Ausnahmen — die Darstellung des Krieges aus der Perspektive einzelner Menschen, in der Mehrzahl einfacher Frontsoldaten. Gegen das Grauen des Krieges, seine ,,Sinnlosigkeit'' versuchen die meisten dieser Figuren ihre Hoffnung auf Glück, Liebe und ein Leben im Frieden zu bewahren.

Die Ursachen des Krieges werden in diesen Kurzgeschichten nicht aufgezeigt. Nur vereinzelt wird — so im Hörspiel ,,Die Brücke von Berczaba'' — über die Darstellung des Krieges als schicksalhafte Erfahrung einzelner Menschen hinaus die ,,Veranstaltung'' Krieg als riesige Verschwendung gesellschaftlicher Arbeit dargestellt.

Die literarische Auseinandersetzung mit der Nachkriegsrealität und den ersten Anzeichen der Restauration beginnt dann mit den 1953 und 1954 veröffentlichten Romanen ,,Und sagte kein einziges Wort'' und ,,Haus ohne Hüter''. Thema dieser Romane ist der Versuch einzelner Menschen, in den Trümmern der Städte ein neues Leben zu beginnen. Den Menschen, die — neben dem materiellen Elend — die Vergangenheit nicht vergessen können und wollen, stellt Heinrich Böll die ,,Männer ohne Erinnerungsvermögen'' gegenüber, Altnazis, die bereits wieder in Amt und Ehren sind und Intellektuel-

Hüter''. Thema dieser Romane ist der Versuch einzelner Menschen, in den Trümmern der Städte ein neues Leben zu beginnen. Den Menschen, die — neben dem materiellen Elend — die Vergangenheit nicht vergessen können und wollen, stellt Heinrich Böll die ,,Männer ohne Erinnerungsvermögen'' gegenüber, Altnazis, die bereits wieder in Amt und Ehren sind und Intellektuel-

le, Vertreter der ,,Inneren Emigration'', die bereits wieder im Kulturbetrieb etabliert sind. Über den Antikommunismus heißt es in ,,Haus ohne Hüter'' aus der Sicht eines Jungen: ,,*Albert fand die Nazis schrecklich, aber in der Schule wurden sie nicht so schlimm dargestellt, andere Schrecken überdeckten die der nicht so schlimmen Nazis: die Russen.*''

Das Fortwirken der nicht bewältigten faschistischen Vergangenheit bleibt auch in den folgenden Romanen Heinrich Bölls ein zentrales Thema. In ,,Ansichten eines Clowns'' ist es der Aussteiger Schnier, der Clown, der nicht vergessen kann und von der formierten Gesellschaft an den Rand gedrängt wird. Diese pessimistische Sicht Heinrich Bölls Ende der 50er Jahre hat seine Ursachen in der Gewißheit, daß die Restauration sich durchgesetzt hatte. Im Roman ,,Billard um halbzehn'' steht das Symbol des ,,Büffels'' für die Kontinuität der ,,deutschnationalen Kriminellen''. Hindenburg war das Vorbild für dieses Symbol. ,,*Deutsch-Nationale zusammen mit den Industriellen und Bankiers ... das waren für mich die Büffel. ... Ich glaube, die Büffel sind (in der Bundesrepublik) im Hintergrund ... Da sich die Demokratie so geordnet hat wie in der Bundesrepublik, muß man ein paar von ihnen nach vorn schieben ... Wenn Sie deren öffentliche Artikulation analysieren, finden Sie eine Primitivität im Ausdruck und in der Denkweise, die sich gegenüber der von 1932 nicht einen Millimeter verändert hat.*''

Die positiven Figuren in den Romanen Heinrich Bölls, die den Repräsentanten der Profitgesellschaft gegenübergestellt sind, leben häufig am Rand der Gesellschaft in einem kleinbürgerlich-proletarischen Milieu. Sie leben in Widerspruch zur Leistungsgesellschaft, lehnen häufig die kapitalistische Arbeitsmoral ab. Es sind Einzelgänger, die — wie etwa Schnier in ,,Ansichten eines Clowns'' — am Ende völlig handlungsunfähig sind und scheitern oder sich aus der Gesellschaft in Randbezirke zurückziehen. Über Leni Pfeiffer, die Hauptfigur aus ,,Gruppenbild mit Dame'' heißt es, daß sie ,,*sozial fast zum Abfall gehört mit ihrer ganzen Clique und den Leuten, die bei ihr wohnen.*'' Leistungsverweigerung, im Roman abgekürzt als ,,Lvw.'', ist — neben dem Grundthema Bölls, der Darstellung eines Menschenlebens von den 20er Jahren bis heute — ein zentrales Thema des Romans. Weiterhin ist den Figuren der Gruppe um Leni jene Verachtung bürgerlicher Formen zu eigen, die schon für den jungen Heinrich Böll während der Zeit des Faschismus typisch war.

Wer in den Romanen eine proletarisch-revolutionäre Perspektive erhofft, wird freilich enttäuscht. Dies zu verlangen hieße aber, von einem Schriftsteller zu fordern, daß er die gesellschaftliche Entwicklung überholt und Erfahrungen darzustellen versucht, die in der Gesellschaft noch nicht erfahrbar sind. Insofern sind die in Heinrich Bölls Romanen vereinzelt auftauchenden resignierten und ausgestiegenen Kommunisten ,,realistisch'', entsprechen sie doch dem gegenwärtigen Zustand der Arbeiterklasse. Leistungsverweigerung, Subversion wie ,,Entfernung von der Truppe'' sind in Bölls Romanen die Widerstandsformen von Figuren, die überwiegend

nicht erfahrbar sind. Insofern sind die in Heinrich Bölls Romanen vereinzelt auftauchenden resignierten und ausgestiegenen Kommunisten ,,realistisch'', entsprechen sie doch dem gegenwärtigen Zustand der Arbeiterklasse. Leistungsverweigerung, Subversion wie ,,Entfernung von der Truppe'' sind in Bölls Romanen die Widerstandsformen von Figuren, die überwiegend

dem kleinbürgerlich-proletarischen Milieu entstammen. In ihnen zeigt Heinrich Böll sein Anliegen auf: ,,*Es ist unsere Aufgabe, daran zu erinnern, daß der Mensch nicht nur existiert, um verwaltet zu werden ...*''

## ,,Einmischung erwünscht''

1977 sagte Günter Wallraff über Heinrich Böll: ,,*Heinrich Böll hat der Bundesrepublik im Ausland einen Kredit verschafft, den diese nicht verdient. Er steht für eine Haltung, die im eigenen Land nichts gilt.*'' Daß Heinrich Böll schon relativ früh im Ausland als ,,guter Deutscher'' angesehen wurde, liegt vor allem daran, daß er sich in seinen literarischen Werken und in den politischen Reden und Essays gegen die Verdrängung der Vergangenheit, gegen die ,,Auslöschung von Erinnerung'' wandte.

Auch in der Bundesrepublik wurde er aufgrund seiner Polemiken gegen einzelne Erscheinungsformen der kapitalistischen Gesellschaft zum ,,Gewissen der Nation'', zu einer ,,moralischen Instanz'' hochstilisiert. So griff Heinrich Böll beispielsweise in seiner Polemik ,,Hast du was, dann bist du was?'', in der er die Streuung von sog. ,,Volksaktien'' als Täuschungsmanöver zur Herstellung einer ,,neuen Weltanschauung des identitätsstiftenden Besitzes'' verurteilte, weniger die Unternehmer als vielmehr die katholische Kirche an, die diese Maßnahme in Hirtenbriefen unterstützte. Er kontrastierte diese Maßnahme der Kirche mit der christlichen Utopie der Armut. Er empfahl, dem heiliggesprochenen ,,Habenichts'' Franz von Assisi doch nachträglich ,,ein bisher geheimgehaltenes Aktienpaket in den Nachlaß'' zu schmuggeln. Darüberhinaus finden sich in den politischen Arbeiten Heinrich Bölls auch Sätze, die dem ,,Moralisten'' in der Zeit des Kalten Krieges hätten gefährlich werden können. So in dem ,,Brief an einen jungen Katholiken'', in dem Böll u.a. schreibt, daß ,,*das bolschewistische Rußland sich im Jahre 1941, als die deutsche Wehrmacht dort einfiel, im Zustand der gerechten Verteidigung befand.*''

Heinrich Böll hat sich immer dagegen gewehrt, in die Rolle eines moralischen Gewissens der Bundesrepublik gedrängt zu werden. Er empfand es als ,,beunruhigend'', als ,,zutiefst undemokratische Entwicklung'', daß einer wie er, ,,*der sich hierzulande hin und wieder mal moralisch oder moralisierend geäußert hat, sehr schnell zu einer Instanz (wird), die er gar nicht allein darstellen kann ...*'' Wie eng die Grenzen eines ,,moralischen Gewissens der Nation'' gesteckt sind, hat Heinrich Böll 1972 erfahren. Als der ,,Moralist'' es wagte, ,,freies Geleit für Ulrike Meinhof'' zu fordern, paßte sein politisches Engagement nicht mehr in die Staatsräson. Er wurde als ,,Drahtzieher und Symphatisant des Terrorismus'' verteufelt.

An dem Artikel ,,Will Ulrike Gnade oder freies Geleit'', der im ,,Spiegel'' im Januar 1972 erschien, läßt sich das Charakteristische für Heinrich Bölls politisches Engagement ablesen. Nach einem noch ungeklärten Bankraub in Kaiserslautern, bei dem ein Polizist erschossen worden war, hatte die Bildzeitung verkündet: ,,Baader-Meinhof-Bande mordet weiter''. Die journalisti-

mus'' verteufelt.

An dem Artikel ,,Will Ulrike Gnade oder freies Geleit'', der im ,,Spiegel'' im Januar 1972 erschien, läßt sich das Charakteristische für Heinrich Bölls politisches Engagement ablesen. Nach einem noch ungeklärten Bankraub in Kaiserslautern, bei dem ein Polizist erschossen worden war, hatte die Bildzeitung verkündet: ,,Baader-Meinhof-Bande mordet weiter''. Die journalisti-

sche Praxis der ,,Bildzeitung'' war der Anlaß für Bölls Attake. Bölls Anliegen war es, eine Öffentlichkeit zu kritisieren, die ein Phänomen wie die Bildzeitung duldet. Grundlage des Artikels sind die Enttäuschung über die Entwicklung der Bundesrepublik nach 1945 und die im Zuge von Restauration und Wiederaufrüstung verdrängte faschistische Vergangenheit. Hierzu möchte ich eine längere Passage aus Heinrich Bölls Artikel zitieren. Nachdem er die Praxis der Baader-Meinhof-Gruppe als einen ,,sinnlosen Krieg'' bezeichnet hatte, fuhr er fort: ,,*Ich halte es für psychologisch aussichtslos, Kleinbürgern, Arbeitern, Angestellten, Beamten (auch Polizeibeamten), die vom Erlebnis zweier totaler Inflationen geschreckt sind, ihren relativen Wohlstand ausreden zu wollen, wenn man ihnen nicht erst einmal ausführlich und nationalökonomisch exakt darlegt, wie fürchterlich ,gleich' die Chancen bei der Währungsreform waren. Und hat je einer die jüngeren Polizeibeamten darüber informiert, auf dem Hintergrund welcher Polizeigeschichte sie ihren tatsächlich schweren Beruf ausüben, oder sind die jungen Juristen alle darüber informiert, auf dem Hintergrund welcher Rechtsgeschichte sie ihren Beruf ausüben?*

*Für einen so abscheulichen Satrape wie Baldur von Schirach, der einige Millionen junger Deutscher in die verschiedensten Todesarten trieb und zu den verschiedensten Mordarten ermutigte, sogar für ihn gab es Gnade. Ulrike Meinhof muß damit rechnen, sich einer totalen Gnadenlosigkeit ausgeliefert zu sehen. Baldur von Schirach hat nicht so lange gesessen, wie Ulrike Meinhof sitzen müßte. Haben die Polizeibeamten, Juristen, Publizisten je bedacht, daß alle Mitglieder der Gruppe um Ulrike Meinhof, alle, praktische Sozialarbeit getan haben und Einblick in die Verhältnisse genommen, die möglicherweise zu einer Kriegserklärung geführt haben? Schließlich gibt es das Rotbuch 24 des Wagenbach Verlags, Titel: ,Bambule', Verfasserin: Ulrike Marie Meinhof. Lesenswert, aufschlußreich — als Film immer noch nicht gesendet.*

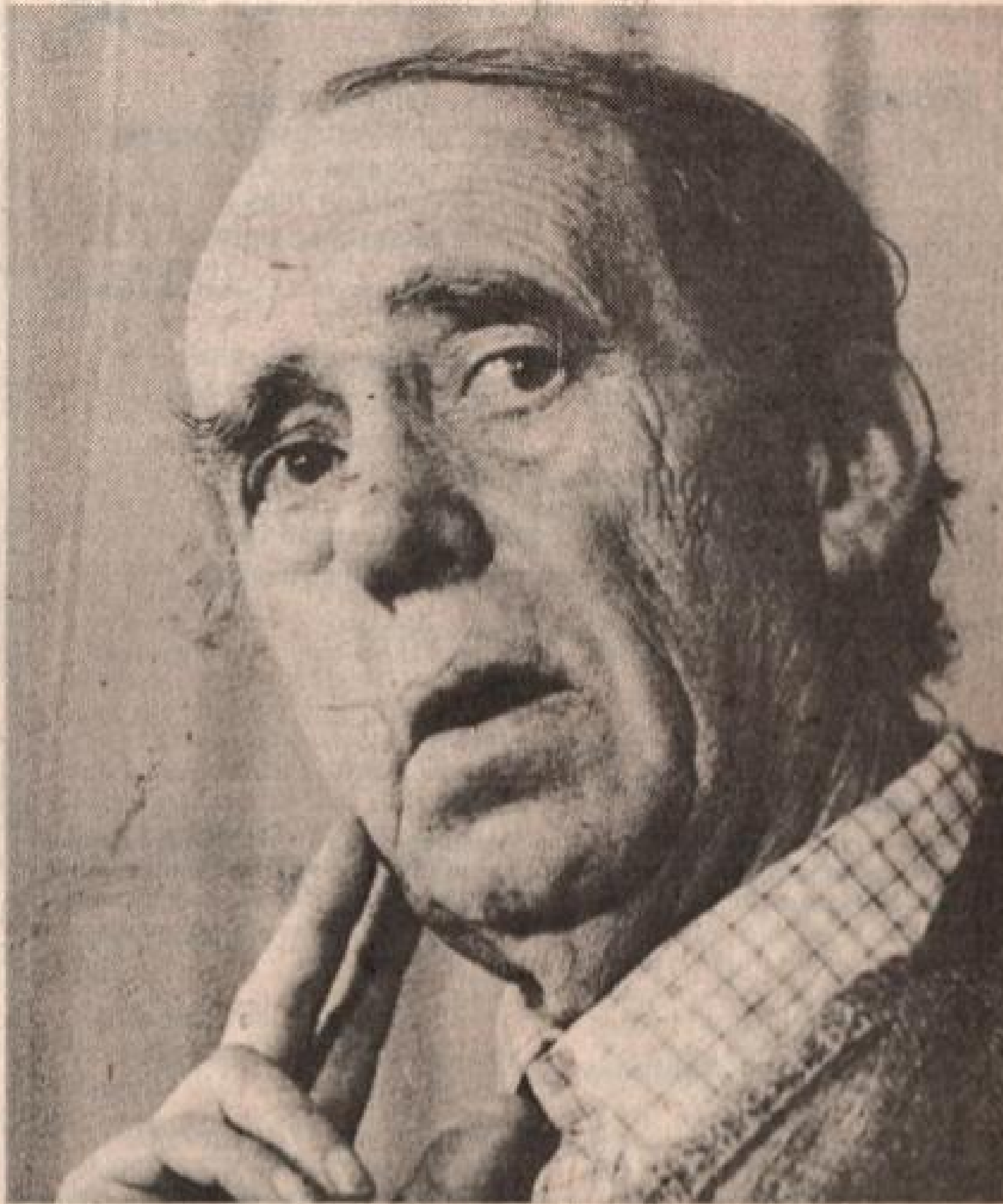
*Wieviel junge Polizeibeamte und Juristen wissen noch, welche Kriegsverbrecher, rechtmäßig verurteilt, auf Anraten Konrad Adenauers heimlich aus den Gefängnissen entlassen worden und nie wieder zurückbeordert worden sind? Auch das gehört zu unserer Rechtsgeschichte und läßt Ausdrücke wie Klassenjustiz so gerechtfertigt erscheinen wie eine Theorie des Strafvollzugs der politischen Opportunität.*''

Ich will hier nicht die Hetze der Medien, insbesondere der Bild-Zeitung nachzeichnen, sie sind dokumentiert. Was in den meisten Nachrufen auf Heinrich Böll, seiner Stilisierung zur ,,moralischen Instanz'' und zum ,,Klassiker'', verloren zu gehen droht, ist seine Fähigkeit, soziale Konflikte zu wagen, für eine demokratische Öffentlichkeit zu kämpfen. Vielleicht lag es auch an der Art und Weise, mit der er sich zu Wort meldete, so als wäre es beispielsweise das Selbstverständlichste von der Welt, Beate Klarsfeld Blumen zu übersenden, nachdem sie Kiesinger geohrfeigt hatte: ,, ... *weil ich's mir selbst schuldig war, als Person, als einer, der soeben 3x17 alt geworden ist*

ist seine Fähigkeit, soziale Konflikte zu wagen, für eine demokratische Öffentlichkeit zu kämpfen. Vielleicht lag es auch an der Art und Weise, mit der er sich zu Wort meldete, so als wäre es beispielsweise das Selbstverständlichste von der Welt, Beate Klarsfeld Blumen zu übersenden, nachdem sie Kiesinger geohrfeigt hatte: ,, ... *weil ich's mir selbst schuldig war, als Person, als einer, der soeben 3x17 alt geworden ist*

*und der 15 Jahre und einen Monat alt war, als der bürgerliche Politiker von Papen Hitler zur Macht verhalf; ... meiner Mutter wegen, in Erinnerung an sie, die im November 1944 während*

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

*eines Tieffliegerangriffs starb; sie vereinte Eigenschaften in sich, die selten vereint sind! Intelligenz, Naivität, Temperament, Instinkt und Witz, und sie bestärkte mich darin, die verfluchten Nazis zu hassen, ganz besonders jene von der Sorte, zu der Herr Kiesinger zählt ...''*

Für Heinrich Böll gab es einen Zusammenhang zwischen der politischen Geschichte und der eigenen Lebensgeschichte. Wie für Peter Brückner, so war auch für ihn der *„deutsche Respekt vor den gegebenen Verhältnissen''* ein Greuel, weil dieser Respekt *„unsere Fähigkeit (blockiert) Wirklichkeit zu sehen, sie in unser Projekt, in unser Leben einzuholen.''* (P. Brückner)

*„Ich glaube, es ist wirklich fast eine deutsche Tragödie, daß wir alles lernen, zu Hause oder auch in der Schule — aber leben lernen wir nicht. Die Freude am Leben, am Alltäglichen, ... ist schon verdorben durch irgendwelche Hintergedanken, die man hat: was machst du heute, was mußt du alles tun? Daß das Leben also als solches kaum als Wert erkannt wird, und damit auch nicht das gemeinsame Leben oder das Zusammenleben; daß immer alles einen höheren Sinn haben muß, und wenn er auch im abstrakten Gelddienen besteht ... Das Leben als solches ist deformiert.''*

**G., Hamburg**

eine volle Flasche Korn werfen

# Heinrich Böll - Ansichten eines Kultusministers

**Die Rache der BILDzeitung**

**Fernsehen wird durch BILD erst schön**

**Solschenizyns Freund**

Von Prof. Dr. HANS MAIER, Kultusminister in Bayern

**Gleich schlagen sie sich . . .**

**Humorvolle Zuversicht**

**Raucherbein, Zehen amputiert**

Auf den ersten Blick erstaunlich: BILD widmet dem gestorbenen Schriftsteller Heinrich Böll am 17. Juli die Schlagzeile auf Seite 1 — noch über dem an Krebs erkrankten Übervater der freiheitlichen Welt, Ronald Reagan. Was dann allerdings nach der typischen BILD-Überschrift „Böll tot'' — und in den weiteren Artikeln auf Seite 2 — folgt, ist eine Zurechtstutzung Heinrich Bölls auf BILD-Niveau.

Unter der Überschrift „Raucherbein, Zehen amputiert'' widmet sich der Schreiber — neben ein paar biografischen Angaben — vor allem dem Raucherbein. Gegenüber dem trotz Krebs weiterhin penetranten Optimismus ausstrahlenden Reagan kommt der Kettenraucher Böll schlecht weg: *„1980 mußten ihm deshalb* (wegen des Rauchens) *fünf Zehen am rechten Fuß amputiert werden. Gleichzeitig bekam er künstliche Adern eingesetzt.''* Und dann die Warnung an alle Raucher: *„Ärzte forderten ihn auf, nicht mehr zu rauchen. Böll rauchte weiter.''*

Das Raucherbein ist BILD am nächsten Tag weitere Zeilen wert. Unter der wiederum genialen Überschrift *„Böll: ‚Ich stöhne ja nur noch' ''* gibt es die kurze Notiz, daß Heinrich Böll seinen letzten Roman „Frauen vor Flußlandschaft'' noch kurz vor seinem Tod abgschlossen hat. Eine Mitarbeiterin bestätigt: *„Er war voller Tatendrang, plante immerfort Neues.''*

Der nächste Absatz dann in Fettdruck: ***„Doch da war auch die Krankheit: Das schlimme Raucherbein, Gefäßverengung — das Gehen wurde zur Qual.''*** Nachdem im ersten Absatz der erfolgreiche Schriftsteller und Nobelpreisträger vorgestellt wurde, wird im folgenden die Kehrseite des Erfolgs und des Ruhms aufgezeigt. Den Lesern und Leserinnen wird die alltägliche BILD-Moral suggeriert: Sei zufrieden mit deinem Los. Alles hat seine Schattenseite. Die Bäume wachsen eben nirgendwo in den Himmel.

Den nächsten Anlauf, Heinrich Böll auf BILD-Niveau zurechtzubiegen, unternimmt dann auf Seite 2 CSU-Kultusminister Maier. Maier überschreibt seinen Artikel „Heinrich Böll — Ansichten eines Kultusministers''. Eine hämische Anspielung auf den Roman „Ansichten eines Clowns'', in dem Heinrich Böll den rabiaten Katholizismus à la Maier kritisiert hatte. Der Artikel zeichnet ein äußerst zwiespältiges Bild von Heinrich Böll. Maier berichtet über eine Begegnung mit dem Schriftsteller in Paris, bei der er mit Heinrich Böll über den Terrorismus diskutierte! Einerseits schildert er Heinrich Böll als einen Schriftsteller, der „wunderbare Menschenschicksale'' (ganz allgemein menschlich-neutral, versteht sich) geschaffen hat und der als Mensch „bärbeißig und liebenswürdig zugleich'' gewesen sei. Andererseits

versteht sich) geschaffen hat und der als Mensch „bärbeißig und liebenswürdig zugleich'' gewesen sei. Andererseits

stellt er die politischen Ansichten Heinrich Bölls als äußerst fragwürdig hin — mit Ausnahme des Engagements und der Hilfe für Solschenizyn, wie das nebenstehende Foto suggeriert. Über Heinrich Bölls Ansichten über den Terrorismus: *„.... er hatte ja eine merkwürdige Einstellung zu diesem Thema''*. Und dann erst Bölls „Pessimismus über die Entwicklung der Bundesrepublik'', den auch Maier, der bieder-vertraulich als Beinahe-Freund erscheint, bei einem Gespräch in einem Café im Künstlerviertel in St. Germain (!) „nicht beseitigen kann''. Da die von Heinrich Böll ja oft genug genannten Ursachen für den Pessimismus unterschlagen werden, erscheint dieser als etwas Unbegründetes, höchst Subjektives, als eine Verirrung des großen Schriftstellers und Nobelpreisträgers. Zudem wird der Eindruck vermittelt, daß Heinrich Böll mit CDU-Größen und mit dem konservativen Soziologen Schelsky auf Du und Du gestanden hätte.

Am Ende betont Maier dann noch mal (Fettdruck!), daß ***„wir einen großen Schriftsteller verloren''*** haben. Einen um sein Engagement für eine wirkliche Demokratie reduzierten Heinrich Böll, einen Heinrich Böll, dessen Engagement ja in erster Linie gegen Leute wie Maier gerichtet war. Aber: so hätte Maier den Schriftsteller Heinrich Böll gern, als einen Menschen, der hinter der Schreibmaschine sitzt und sich nicht aufs politische Terrain begibt (außer für Solschenizyn).

Die Politik den Politikern! Schuster bleib bei deinen Leisten, Schriftsteller bei deiner Schreibmaschine! Jeder soll gefälligst seine Rolle spielen und nicht die Regeln dieser unserer allerbesten Demokratie übertreten. Und nun, nachdem wir Heinrich Böll wegen seiner Verirrungen teils verständnisvoll, teils hämisch zur Seite genommen und getadelt haben, können wir ihn ja wohl in die große BILDfamilie aufnehmen!!

Die Wahrheit über Heinrich Böll, als wär's die Wahrheit über Bubi Scholz oder Harald Juhnke!

**G., Hamburg**



## Inhalt



Ein Reisebericht von Jürgen Reents ....S. 21
**Asien**